



'Rote Karte' für ZL-Fraktion? Bilanzartikel S.54

Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 168 10.12.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Mit der SPD in den Atomstaat der '80er Jahre? Nein danke!

„Sicherheit für die 80er Jahre“ hieß das Motto des SPD-Parteitag der vergangenen Woche. Was da an „Sicherheit“ herauskam, läßt jedem kritischen Beobachter das kalte Grausen über den Rücken laufen:

— Die SPD bekennt sich bedingungslos zum weiteren Ausbau der Kernenergie. Die tödlichen Gefahren der Atomkraftwerke, der schwere Unfall von Harrisburg, die zurückliegende Massenproteste der Demonstrationen in Hannover und Bonn gegen das Atomprogramm, all das hat die SPD und ihre Regierungspolitik letztlich unbeeindruckt gelassen.

— Die SPD bekennt sich bedingungslos zur Aufrüstung, sie hat sich bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß sie nicht nur „regierungsfähig“ ist, sondern mehr noch, an der Regierung bereit ist, imperialistische Kriegspolitik im Rahmen der NATO zu unterstützen.

Damit hat die SPD wieder einmal den Beweis erbracht, daß sie eine Partei ist, die die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie bestens vertritt.

Daneben beherrschten Fragen der Taktik gegenüber dem „Protestpotential“ den Parteitag. Bei klarer Parteinahme für die Bourgeoisie rang die SPD darum, ihre erschütterte Integrationsfähigkeit gegenüber diesem Potential zu erhalten und zu erneuern. Nur in diesem Zusammenhang spielte die Auseinandersetzung um einen CSU-Kanzler Strauß überhaupt eine Rolle auf dem Parteitag. Die SPD hat auch den Beweis erbracht, daß sie nicht in ernsthafter Gegnerschaft zu diesem Mann der Reaktion nach innen und außen steht. Die Angriffe auf Strauß waren rein taktisches Kalkül zur Erhaltung der Mehrheitsfähigkeit der SPD.

Die Debatte um die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen

Mit 90 % der Delegiertenstimmen verabschiedete der Parteitag einen Antrag, der vorbehaltlos die Stationierung von 527 nuklearen Mittelstreckenraketen, der „Pershing 2“, in Westeuropa befürwortet, davon 200 auf dem Boden der BRD. Diese Diskussion hat zunächst im Zentrum der Parteitagsberichterstattung gestanden, von scheinbar größerer Bedeutung noch als die Kernenergie-debatte.

Bundeskanzler Schmidt hatte die Diskussion mit einem offensichtlichen Erpressungsmanöver begleitet, als er feststellte, „er sei besorgt über eine sich abzeichnende Entwicklung, die einen von dieser Linie abweichenden Parteitagsbeschluß möglich erscheinen lasse. Er könne einen solchen Beschluß als Bundeskanzler nicht mittragen“ (SZ, 3.12.). Dabei war die mehrheitliche Verabschiedung dieses Antrages nie ernstlich gefährdet.

Vielmehr ging es Schmidt und seiner Regierungsmannschaft darum, deutlich nach außen zu dokumentieren Fortsetzung Seite 3



Alternative, Bunte, Grüne, BI's, Linke:
Beratungskongreß

14. - 16.12.
Frankfurt

Universität, Graefstraße

Beginn: 14.12. Freitag 19 Uhr Hörsaal VI
PODIUMSDISKUSSION

Linke und Grüne

allgemeine Bedingungen für ein mögliches Zusammengehen mit den verschiedenen grünen Strömungen

15.12. VOLLVERSAMMLUNG

10 Uhr, Hörsaal VI

anschließend ARBEITSGRUPPEN

16.12. 10 Uhr - ca. 16 Uhr VOLLVERSAMMLUNG

Kinderbetreuung
ist gewährleistet

Veranstalter: AStA der
Universität Frankfurt



„Keine neuen Kernwaffen – Verhandeln ja – Modernisieren nein“ – dieses Transparent wurde am 24.11. in Utrecht von führenden Vertretern u.a. der Initiative „Stop de Neutronenbom“, der Pazifistisch-Sozialistischen Partei, der Radikaldemokraten, des Interkirchlichen Friedensrates und der Sozialdemokraten einer Demonstration gegen die Nato-Pläne mit rund 25.000 Teilnehmern vorangetragen.

Massenproteste gegen NATO-Pläne

Über 30.000 Menschen demonstrierten am 9.12. trotz strömenden Regens in einem kilometerlangen Zug durch Brüssel. Anlässlich der NATO-Ratstagung, die über die Aufrüstung der NATO mit neuen Atomwaffen beschließen will, die in den verschiedenen europäischen Ländern stationiert werden sollen, forderten die Demonstranten:

KEINE ATOMWAFFEN IN BELGIEN!
VERHANDLUNGEN JETZT!
FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE ZONE IN EUROPA!
STOPP DEM RÜSTUNGSWETTLAUF!
KEINE NEUEN ATOMWAFFEN!

PERSHING II UND CRUISE MISSILE, ABBAU DER SS 20 UND ANDERER ATOMWAFFEN!

Aufgerufen hatte das belgische nationale Friedenskomitee, an dem über 40 Organisationen beteiligt sind. Starke Beteiligung gab es auch vor allem aus den Niederlanden und aus der BRD mit 4000 - 5000 Teilnehmern. Hierzulande hatte sich erstmals nicht nur das DKP-nahe „Komitee für Frieden und Abrüstung“ für die Demo eingesetzt, sondern selbst die Grünen, der BBU und viele andere hatten zum Protest gegen die NATO-Pläne aufgerufen. Auch in der BRD selbst kam es zu zahlreichen Protestaktionen. (Berichte siehe Seite 2 und 3)

Liebe AK-Leser/innen, wenn die nächste Ausgabe des AK erst am 14. Januar herauskommt, so hat das mit der augenblicklichen „schwierigen Lage des KB“ nichts zu tun, sondern liegt schlicht am Kalender (Feiertage und KB-Kongreß am 1. Januar-Wochenende). Bis dahin alles Gute – und einen guten Rutsch,

AK-Redaktion



Wahlsieg der Rechten in Portugal

Die Parlamentswahlen am 2.12. brachten dem Rechtsbündnis Alianca Democratica (AD) rund 45% der Stimmen und die Absolute Mehrheit der Sitze im neuen portugiesischen Parlament. Zu diesem Rechtsbündnis hatten sich PSD (ehem. PPD, eine rechts, sozialdemokratische Partei), die CDS (Christdemokraten) und die bedeutungslose kleine PPM (Monarchisten) zusammengeschlossen. Dieses Rechtsbündnis war im Wahlkampf auch von den Faschisten des MIRN unterstützt worden; außerhalb des Bündnisses war nur die rechtsradikal-christdemokratische PDC geblieben, die mit 1,1 % der Stimmen ihren Anteil gegenüber den Wahlen von 1976 verdoppeln konnte. Gegenüber 1976, als sie einzeln kandidierten, haben die drei Parteien des Rechtsbündnisses jetzt knapp 5% hinzugewonnen. Überdurchschnittlich gewonnen haben sie in der südlichen Hälfte Portugals, während sie im Norden - wo sie schon 1976 die absolute Mehrheit hatten - kaum dazugewannen oder sogar leicht verloren. Spektakulär sind besonders die rechten Zugewinne in den Wahl-Regionen von Lissabon, Setubal (Industrieregion) und Evora (nördliches Alentejo): 9 - 10,5 %! Auffallend auch ein rechter Zugewinn um 8% in der Region von Faro (Algarve-Küste) früher eine Hochburg der sozialdemokratischen PS. Verlierer der Wahl ist die PS von Mario Soares, die von 35% auf etwa 27,5% abfiel und statt 106 nur noch 73 Parlamentssitze haben wird. Die PS hat damit eine Rechnung für ihre von der SPD-Spitze und vom internationalen Finanzkapital dirigierte volksfeindliche Politik bekommen. Besonders stark der Verlust in Lissabon: rund 12,5%.

Zufrieden äußerte sich die 'Kommunistische Partei (PCP), die es vorgezogen hatte unter dem Namen APU (Alianca Povo Unido) anzutreten. Von 14,6% (1976) stieg sie jetzt auf 19%. Besonders auffallend sind die Zugewinne der PCP im 'schwarzen' Norden des Landes, wo sie ihre (bescheidenen) Anteile z.T. verdoppeln konnte - so etwa in der Region von Braga, wo sie jetzt fast 10% bekam (1976: 4,1). In Porto verbesserte sich die PCP von 8,4 auf 14,4%. Unterdurchschnittlich blieben die Zugewinne in Lissabon (von 21,8 auf 25,6) und in Setubal (von 44,3 auf 46,9). Stärkste der kleinen linken Gruppen wurde - wie schon 1976 - die UDP, die zur albanischen „ML“-Internationalen gehörte. Von 1,7% (1976) auf nunmehr 2,2 % gelang ihr ein netter Zugewinn, der u.a. den Stimmen des zugrunde gegangenen MES (1976 noch 0,6%) zu verdanken sein dürfte. In Lissabon (2,7%) langte es, wie schon 1976, wieder für einen Abgeordneten der UDP. In der Region Setubal konnte sich die UDP von 2,8 auf 4,0% verbessern; im Alentejo verlor sie Stimmen. Zweit, „stärkste“ wurde die MRPP mit 0,9% (1976 : 0,7). „Auffallend“ sind vor allem ihre Zugewinne im Alentejo - 1,5% (1976 : 0,4%) in Beja und 0,9% (0,3) in Evora. Die militant antisowjetische, aber keineswegs klassenversöhnliche MRPP dürfte erheblich von der Nicht-Kandidatur der PCP/ML (chinesische „ML“-Internationale, extrem klassenversöhnlich) profitiert haben; diese hatte 1976 immerhin 0,6% der Stimmen bekommen. Hingegen blieb die OCMLP, die sich ebenfalls um das „Potential“ der PCP/ML bemühte, unter 0,1%.

Enttäuschend war das Ergebnis für die UEDS, eine vom früheren Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso geleitete linke Abspaltung der PS: 0,7%. Zufrieden können die Trotz-kisten sein, deren PSR auf 0,6 % kam, während die trotzkistischen Gruppen (LCI, PRT) 1976 nur 0,4% hatten.

AD wird nun eine Regierung bilden, die voraussichtlich von PSD-Chef Sa Carneiro geführt wird. Von dieser Regierung sind verstärkte Angriffe auf die ohnehin miserablen Lebensverhältnisse des Volkes und auf die demokratischen Rechte zu erwarten. Allerdings stehen nach der portugiesischen Verfassung schon 1980 Neuwahlen an (die jetzigen Wahlen galten nur als 'Zwischenwahlen') und die AD wird bis dahin versuchen, ihren Wahlsieg zu stabilisieren und Verhältnisse zu schaffen, die einen noch stärkeren Rechtsruck 1980 ermöglichen könnten.

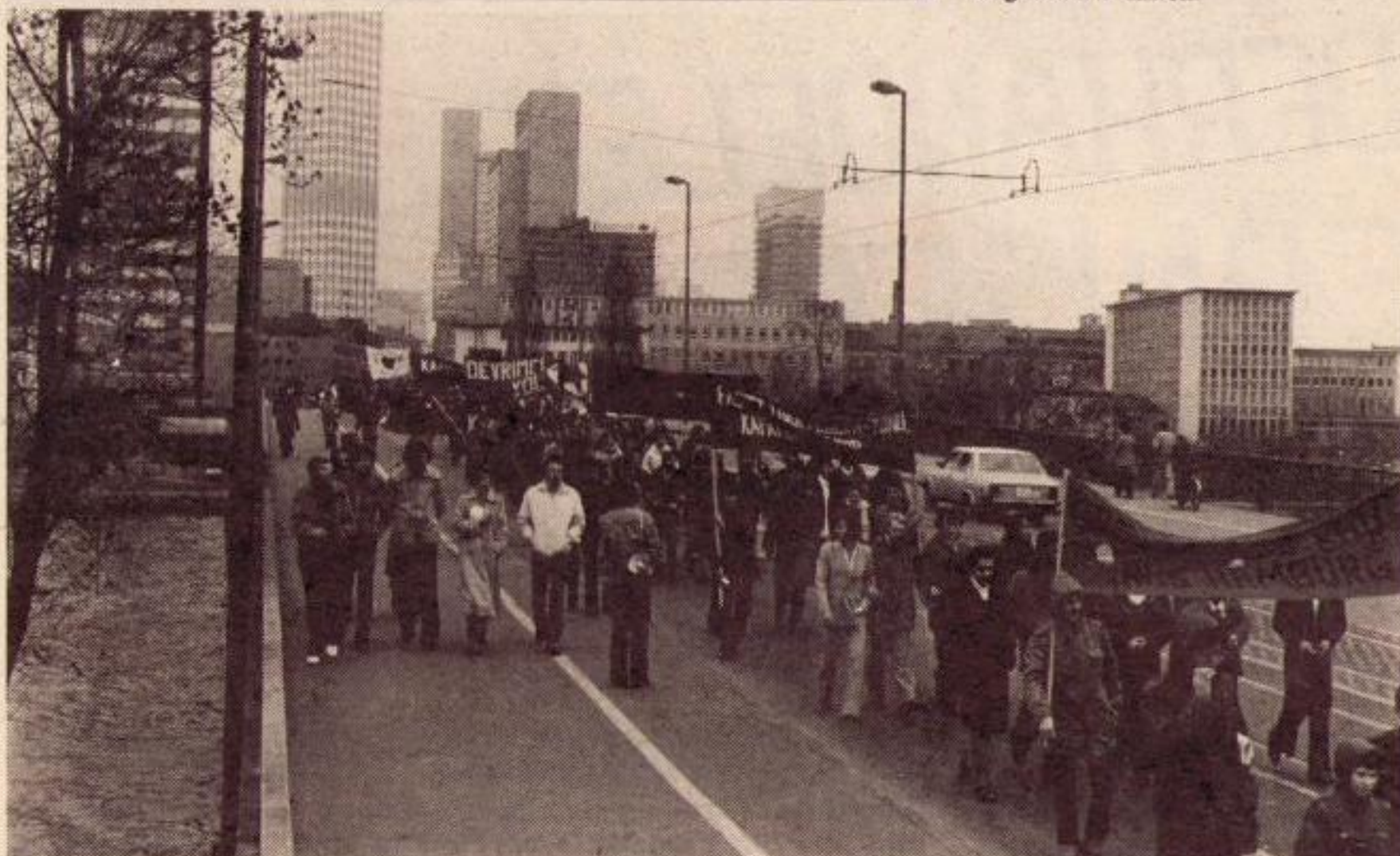
AD wird nun eine Regierung bilden, die voraussichtlich von PSD-Chef Sa Carneiro geführt wird. Von dieser Regierung sind verstärkte Angriffe auf die ohnehin miserablen Lebensverhältnisse des Volkes und auf die demokratischen Rechte zu erwarten. Allerdings stehen nach der portugiesischen Verfassung schon 1980 Neuwahlen an (die jetzigen Wahlen galten nur als 'Zwischenwahlen') und die AD wird bis dahin versuchen, ihren Wahlsieg zu stabilisieren und Verhältnisse zu schaffen, die einen noch stärkeren Rechtsruck 1980 ermöglichen könnten.

kisten sein, deren PSR auf 0,6 % kam, während die trotzkistischen Gruppen (LCI, PRT) 1976 nur 0,4% hatten.

Impressum

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 10.000. Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



1000 bis 1500 Antifaschisten demonstrierten am 8.12. in Frankfurt gegen eine am gleichen Tag stattfindende Tarnveranstaltung der türkischen Faschisten („Graue Wölfe“). Die Teilnehmer der Demonstration, zu der ein breites Bündnis aufgerufen hatte (siehe Artikel in diesem ARBEITERKAMPF), waren in erster Linie türkische und leider nur wenige westdeutsche Kollegen. Die Demonstration wurde von massiven Polizeikräften, mit langen Knütteln ausgerüstet, „begleitet“. Zu einem Zwischenfall kam es, als ein Demonstrant eine Fahne vor die Kamera von ständig filmenden Zivilisten hielt.

„Nachrüstung“ in den Niederlanden abgelehnt

Am 7.12. haben sich die Abgeordneten im niederländischen Parlament nicht mehr nur, wie von der Regierung ursprünglich eingeplant, gegen die Stationierung modernisierter Atomraketen in den Niederlanden ausgesprochen, sondern gegen die „Nachrüstung“ insgesamt! Ein entsprechender Antrag der oppositionellen Sozialdemokraten (PvdA) und der Liberalen (D'66) wurde mit 76 gegen 69 Stimmen angenommen. Zehn christdemokratische Abgeordnete aus dem Regierungslager unterstützten den Antrag. Die christdemokratisch-rechtsliberale Regierung ist damit rücktrittsreif.

Diesem einsichtsvollen Handelns christliche Regierung ist damit rückim Parlament vorausgegangen war wochenlang vielfältiger und breit getragener Protest gegen die Nato-Pläne in den ganzen Niederlanden. Mehrfach erschienen halbe und ganze Zeitungsseiten lange Unterschriftensammlungen unter Resolutionen gegen die Stationierung modernisierter Atomraketen in den Niederlanden bzw. gegen die „Nachrüstung“ insgesamt, viele örtliche und regionale Demonstrationen wurden durchgeführt, Frauen in Den Haag zogen im Schweigemarsch zum dortigen Parlament. Die größte dieser Protestaktionen fand am 24.11. mit rund 25000 Teilnehmern in Utrecht statt. „Keine neuen Kernwaffen - Verhandeln ja - Modernisieren nein“ hieß es auf dem Zug vorangetragenen Transparent, „Aktion! Aktion!“ war die meistgerufene Parole. Kundgebung und Demonstration in Utrecht wurden gemeinsam getragen vom Interkirchlichen Friedensrat (IKV), Pax Christi, der Initiative „Stop de Neutronenbom“ und den im Parlament vertretenen Sozialdemokraten (PvdA), Radikaldemokraten (PPR), Pazifisten-Sozialisten (PSP) und der revisionistischen KP (CPN). Besondere Bedeutung ist der Teilnahme der niederländischen Sozialdemokraten beizumessen, deren Kundgebungssprecher, der Ex-Premier Den Uyl, für ein „Moratorium“, eine Aussetzung des Nato-Beschlusses votierte, während ihre bundesdeutsche Schwesterpartei auf ihrem Parteitag („ohne Begeisterung“) einschränkungslos der Modernisierung des Nato-Waffen-Potentials zustimmte.

Der Aussteiger

Die NATO hat ihren Aussteiger. Holland wird das eurostrategische Konzept des Bündnisses nicht mehr mittragen; die Regierung muß vom Parlament hoffnungslos desavouiert, um Dispens von der Raketenentscheidung der nächsten Woche bitten. Der Flurschaden, den die Anti-Kernwaffen-Bewegung und die Ohne-uns-Fanatiker in den Niederlanden angerichtet haben, läßt sich noch schwer abschätzen. Es ist der vielleicht tiefste Einbruch in die Kontinuität der gemeinsamen Verteidigungsbemühungen der Allianz. Was da, flankiert von den Nicht-Kernwaffen-Trägern Dänemark und Norwegen, gegen die Nachrüstung, vor allem gegen den Stationierungsbeschuß ins Feld geführt wird, hat mit politischer Vernunft und realistischer Einschätzung der Abrüstungs-Chancen nichts mehr zu tun. Schlimmer noch: Das Parlament in Den Haag hat sein Nein bewußt und rücksichtslos auf Kosten des Bündnisses gesprochen; als ob es denkbar wäre, im Schutz der Gemeinschaft zu leben, ohne die Risiken mitzutragen. Würden die anderen dem Beispiel Hollands folgen, müßte das atlantische Bündnis Konkurs anmelden. Damit ist nicht zu rechnen, aber der Verlust wird die Gesamtbilanz erheblich belasten.

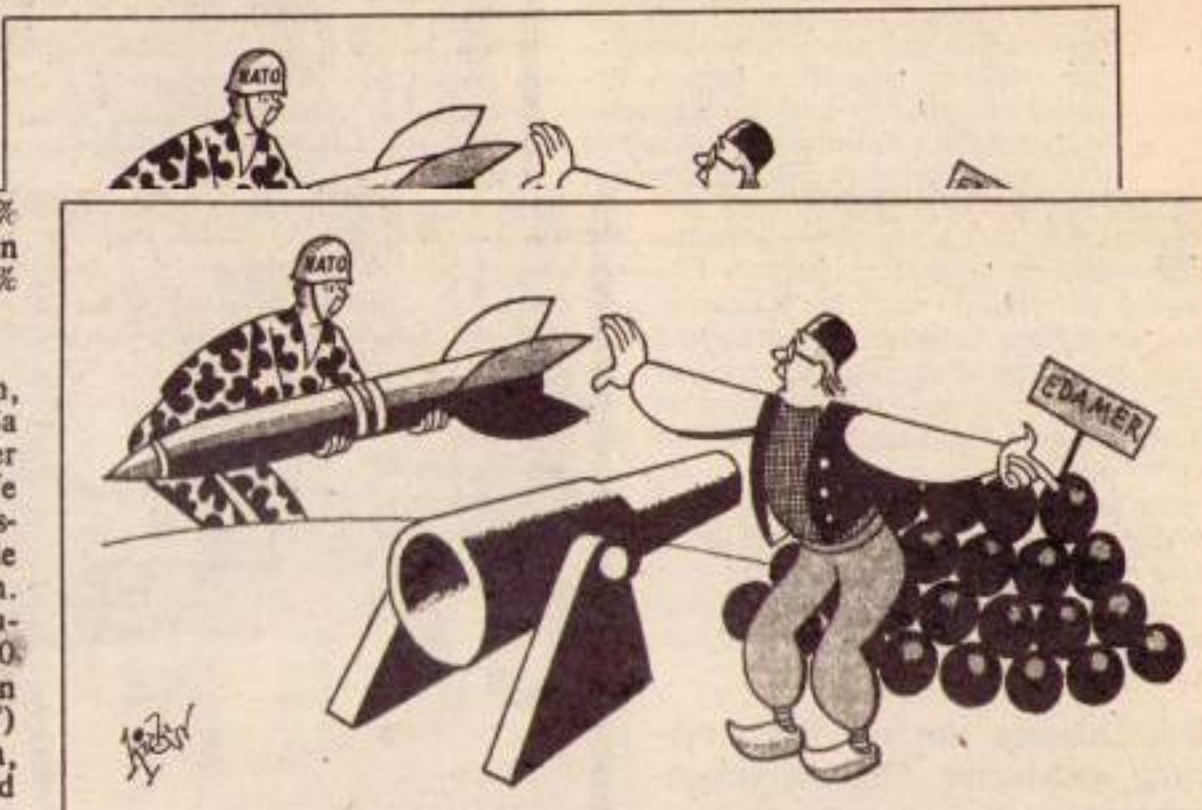
kem.

aus: „Die Welt“, 8.12.79

Neben Den Uyl sprachen u.a. der Vorsitzende des Rates der Kirchen, Prof. Berkhof, der für den Fall, daß das Parlament sich den Nato-Plänen beuge, zu verstärktem Widerstand aus den Kirchen heraus aufrief. Ria Beckers (PPR) forderte für die Bürger das Recht, eine Steuerzahlung für die heutige Verteidigungspolitik zu verweigern.

„Die holländische Krankheit“ der Nato ist gefährlich“, sorgte sich die „Welt“ (3.11.), „weil sie ansteckend wirken könnte“. Hoffen wir also auf eine grassierende Epidemie...! (nach „de Volkskrant“, 26.11., „Die Welt“, 8.12.)

Niederlande-Kommission



„Nein, danke, ich bleibe bei meiner konventionellen Munition!“

ZEICHNUNG: HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Zeichner Hicks - immer dabei: Früher Rassenhetze in der Nazi-Press, heute Großmacht-Chauvinismus in Springers „Flaggschiff“ „Die Welt“ (8.12.1979)

5000 gegen NPD-Parteitag

Das Wochenende vom 8./9.12.79 in Ketsch bei Mannheim stand ganz im Zeichen antifaschistischer Mobilisierung gegen den dort stattfindenden NPD-Parteitag.

Nachdem es schon am Samstag morgen erste Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und Polizei gegeben hatte, die den NPD-Delegierten den Zutritt zur Rheinhalle ermöglichte, sammelten sich mehrere tausend Antifaschisten am Samstag Vormittag auf einer DGB-Kundgebung dicht neben der hermetisch abgeriegelten Halle. Von dort zogen mehrere tausend Antifaschisten in einer Demonstration durch Ketsch, an deren Ende die VVN eine Kundgebung abhielt.

Am späten Nachmittag und Abend organisierte die SDAJ ein „Rock gegen Rechts“-Konzert.

Am Sonntag, 9.12.79 fanden zwei weitere Demonstrationen statt, die beide zum Ziel hatten, einen angekündigten Umzug einer „antikommunistischen Front gegen Kommunismus, Terrorismus und Reaktion“ im Anschluß an den Parteitag zu verhindern. Mehrere tausend Antifaschisten

der ganz kurzfristig angesetzten Demonstration von VVN und DKP. Als der Nazi-Umzug nicht stattfand, zogen beide Demonstrationstrübe zur Rheinhalle und sorgten dafür, daß die NPD sich durch den Hinterausgang verkrümelte mußte.

Leider kam es auch dieses Mal nicht zu einem einheitlichen Vorgehen von VVN und Antifa-Komitees. Während letztere alle antifaschistischen Aktionen des Wochenendes unterstützten und speziell die Sonntags-Demonstration herausstellten, konnte sich die VVN nicht dazu entschließen, ihrerseits die Sonntags-Aktion der AE zu unterstützen; ganz kurzfristig setzte sie stattdessen eine zweite an.

Um die Vermietung der Halle hatte es im Vorfeld des Parteitags Auseinandersetzungen gegeben. Nach Bekanntwerden der klammheimlich erfolgten Vermietung an die NPD zog die Stadt Ketsch den Vertrag zurück. Vor Gericht allerdings bekam die NPD „natürlich“ wieder Recht. Auf dem NPD-Parteitag selbst kam es nicht zu den von vielen erwarteten

Mit der SPD in den Atomstaat der '80er Jahre? Nein danke!

Fortsetzung von Seite 1

ren, daß sich die NATO-Bündnispartner auf eine unter sozialdemokratischer Regierung stehende Bundesrepublik verlassen können, die Befürworter des Ausbaus dieses imperialistischen Militärbündnisses ist und eine offensive nukleare Aufrüstung unterstützt.

Der SPD-Beschluß sollte außerdem außenpolitischen Druck auf die sozialdemokratischen Regierungspartner in den Niederlanden und Dänemark schaffen, die NATO-Aufrüstung hinzunehmen. Die Springer-Zeitung „Welt“ schrieb begeistert: daß mit diesem Beschluß „entscheidende Weichen gestellt worden seien, damit die noch zögernden Regierungen in Den Haag und Kopenhagen möglicherweise ihren Widerstand gegen die sicherheitspolitische Initiative aufgeben“ (6.12.).

Die SPD-Debatte war beherrscht von der unter NATO-Militärstrategen üblichen Terminologie, mit der die eigene Aufrüstung als Reaktion auf einen konstruierten Rüstungsvorsprung des Warschauer Pakts verdeckt wird. So geisterte der Begriff der „Nachrüstung“ durch den Raum, die „Raketenlücke“ mußte ebenso herhalten, wie es in der Vergangenheit eine angebliche „Panzerlücke“, eine „Bomber-“ und „Raketenunterlegenheit“ gegeben haben soll. Die Tatsache, daß jetzt nach der Einführung der „Cruise Missile“, der „Neutronenbombe“ und der „Pershing 2“ das ganze noch als „realistischer Beitrag zur Abrüstung“ (Helmut Schmidt) verkauft werden kann und 90 % Zustimmung erhält, zeigt nur, wie weit nach rechts die SPD sich entwickelt hat.

Und die SPD-„Linke“, die von den Medien hochgespielt, angeblich das Projekt gefährdete? Sie hatte ihre Hauptsprecher im Bremer Henning Scherf und im Juso-Vorsitzenden Schröder. Auch diese beiden unterwarfen sich dieser „Abrüstungs“-Logik, indem sie in ihrem Initiativantrag forderten, den NATO-Beschluß zur Stationierung der Raketen so lange hinauszuzögern, wie Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Begrenzung von deren „euro-strategischen Systemen“ Aussicht auf Erfolg hätten. Diese „Linken“ stehen damit noch weit rechts vom Beschluß in den Niederlanden, auf jeden Fall eine weitere nukleare Aufrüstung zu verhindern, was sogar von Teilen der dortigen Christdemokratie unterstützt wird.

Willi Brandt, dem Leitbild der „Entspannungspolitik“, war es wieder einmal vorbehalten, die Logik des „kleineren Übels“ für die Kritiker in der SPD zu formulieren: „Nach reiflicher Überlegung bin ich für Antrag II. Dies mit Begeisterung zu tun, würde auch mir schwerfallen. Wirklichkeitsfremd sei die Annahme, der Parteitag könne an diesem 5. Dezember den Beschlußmechanismus der NATO außer Betrieb setzen“. Den Bauchschmerzsozialdemokraten gab er dann zum Schluß wieder Hoffnung: „Bis zur Stationierung 1983 werden wir noch zwei Parteitage haben. Die SPD wird diesen Zeitraum wachsam begleiten. Es gibt keinen Automatismus“ („Welt“, 6.12.).

Die AKW-Debatte: Grünes Licht für weiteren Ausbau des Atomprogramms

Das einzige, was an dieser AKW-Diskussion wirklich „grün“ war, war das grüne Licht, das für mehr Atomkraftwerke gegeben wurde. Der mit 60 % gegen 40 % der Delegiertenstimmen verabschiedete Antrag sieht vor:

— Baugenehmigungen für neue AKWs können erteilt werden, wenn „eine erste Teilerrichtungsgeheimigung für ein integriertes Entsorgungszentrum erteilt oder eine Entsorgung bis zur Errichtung eines integrierten Entsorgungszentrums durch verbindliche Verträge sichergestellt worden ist oder daß der Bund und die Länder mit der Verwirklichung eines gemeinsamen Entsorgungskonzepts beginnen, das die Schaffung ausreichender Zwischenlagerkapazitäten mit der stufenweisen Realisierung einer sicheren Endlagerung verbindet“.

Eine Betriebsgenehmigung für ein AKW soll erteilt werden, „wenn die erforderlichen Zwischenlagerkapazität bereit steht und mit der Errichtung eines sicheren Endlagers begonnen ist“.

Diesen Beschluß nun nannte Willi Brandt höhnischerweise eine „Zwischenentscheidung, die auch die Möglichkeit des Aussteigens aus der Kern-

kraft nicht abschneidet“ (FR, 8.12.). Als ob Schmidt, Brandt und Co. auch nur im Traum an ein „Aussteigen“ denken würden. Dieser Beschluß bedeutet in Wahrheit: Volle Pulle voraus für das Atomprogramm!

— Selbst wenn eine erste Teilgenehmigung für das „Entsorgungszentrum“ noch nicht vorliegt, lassen die „Oder“-Formulierungen den weiteren Ausbau über „verbindliche Verträge“ (mit der WAA in La Hague) oder mit der Formulierung „mit der Verwirklichung ... beginnen“ zu. Gerade letzteres soll derzeit auf dem Wege der Rechtsprechung (Brokdorf-Prozeß) sehr weit ausgelegt werden, so daß bereits der Beginn der Probebohrungen in Gorleben als ein solcher „Beginn“ ausgelegt werden kann, wobei dann die Frage der Sicherheit völlig in den Hintergrund tritt. Gleichmaßen auslegbar sind die Formulierungen über die Erteilung einer Betriebsgenehmigung.

Die SPD ist mit ihrem neuen Beschluß noch hinter das Ergebnis des Hamburger Parteitags 1977 zurückgefallen. Erhard Eppler vermerkte in der Parteitagsdiskussion zu recht, daß noch 1977 „eine gesicherte Entsorgung zur Voraussetzung für den Bau weiterer Kernkraftwerke gemacht“ worden sei. „Jetzt, wo diese Bedingung nicht zu erfüllen sei, werde die Entsorgungshürde niedriger gehängt“ („Welt“, 7.12.). Man paßt sich halt an die Bedürfnisse der Atommafia an.

Der SPD-Beschluß findet logischerweise auch Zustimmung und Befürwortung bei den AKW-Betreibern. Die „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke“ und das von der Industrie unterhaltene „Deutsche Atomforum“ haben die SPD-Beschlüsse begrüßt („FR“, 8.12.). Die CDU, die Abgrenzungsschwierigkeiten hat, kritisiert nicht etwa die Beschlüsse, sondern allein, daß die SPD zu viele Rücksichten auf die Kritiker (?) genommen habe. Insgesamt ist das Ergebnis dieses Parteitages ein weiterer Rechtsruck in der AKW-Frage. Dies ist insbesondere beim Gewerkschafts (führer)-Flügel deutlich geworden. Er hat sich vorbehaltlos hinter die Schmidt-Linie gestellt. Schmidt wiederum hat sich mit Vorliebe gerade auf deren Pro-AKW-Standpunkt gestützt: „Ich unterschreibe von A bis Z, was der DGB sagt. Die Kollegen haben es sich nicht leicht gemacht. Vetter nicht, Loderer und Hauschild nicht, Adolf Schmidt und alle anderen nicht“ („Welt“, 5.12.79). Demonstrativ hatten vor dem Parteitag 60 Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein, darunter führende Gewerkschafter wie ÖTV-Schwalbach und 14 Betriebsräte, ihre Unterstützung für die Schmidt-Linie erklärt. Springer's „Welt“ konstatierte mit Freude: „Deutlicher als in Hamburg vor zwei Jahren sprachen sich die Gewerkschaftsvertreter unter den Delegierten für den Leitantrag aus, gingen in der Befürwortung der Kernenergie zum Teil auch darüber hinaus“ (6.12.).

Der Eppler-Kurs: Sorge um die Integrationsfähigkeit

Die Zahl der wirklichen Kernenergie-Gegner auf dem SPD-Parteitag ist wesentlich kleiner, als es in der 60 : 40-Abstimmung zum Ausdruck kommt. Konsequenz gegen AKWs haben nur einige Jusos und der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Jansen gesprochen. Wesentlich größer war der Anhängerkreis um den baden-württembergischen SPD-Vorsitzenden Eppler. Eppler hatte mit Erfolg den größten Teil der Opposition auf seine Linie vereinigt, die vorsah:

— längerfristigen Ausstieg aus dem AKW-Programm, aber Anerkennung der derzeit geschaffenen Realitäten des Atomprogramms

— beschleunigte Entwicklung alternativer Technologien.

Auf jeden Fall machte Eppler entschiedene Front gegen die harte Linie der konsequenten Ablehnung des Atomprogramms, da diese nicht „mehrheitsfähig“ sei. Insbesondere stritt Eppler dafür, daß der von den Kritikern in der SPD geforderte Exportstopp für Atomanlagen nicht typisch für „linke“ Sozialdemokraten. Es ist ein Kurs, der sich bemüht, dem Kapital nicht weh zu tun und einen Mittelweg zwischen offener Unterstützung der Atomindustrie und deren Ablehnung zu finden. Von bürgerlicher Seite ist Eppler daher, durch-

aus mit Wohlwollen, einerseits zum Führer der AKW-Gegner hochstilisiert worden, andererseits wird darauf hingewiesen, daß er seinen Kurs vor allem aus einer Hauptsorge heraus fährt: er sorgt sich um die Integrationsfähigkeit der SPD gegenüber den AKW-Gegnern und der sich herausbildenden grünen Partei. Die großbürgerliche FAZ weist darauf hin: „Hinter Eppler stehen auch viele, die sich als Kernenergie-Gegner politisch profilieren und so die Abwanderung zu den Grünen Listen verhindern wollen“ (8.12.). Schon vor dem Parteitag schrieb die FAZ: „In der Sache, nämlich der Kernenergie, sind sich die beiden Präsidiumsmitglieder der SPD (gemeint sind Schmidt und Eppler) manchmal trotz allem näher, als es die viel grüblerischer Emphase vorgebrachten öffentlichen Reden Epplers erwarten ließen“. Eppler habe „seine Opposition als Position einer Aufjaglinie für die Regierungspolitik parteiintern“ vertreten („FAZ“, 28.11.). Ein offenes Wort!

Die SPD, Strauß und die Grünen/Alternativen

Schwer tat sich die SPD mit den Grünen/Alternativen. Der Verlust an Einfluß gegenüber dieser Bewegung, u.a. zum Ausdruck gekommen in verschiedenen Wahlerfolgen der Alternativbewegung, dürfte mit den neuen Parteitagsbeschlüssen nicht wieder rückgängig zu machen sein. Der Parteitag offenbarte dies Dilemma vor allem beim „Ringen“ um den AKW-Beschluß. Dieses „Ringen“ war rein taktisch bestimmt gegenüber dem Protestpotential, das sich von der SPD abzuwenden beginnt (so war bereits vor dem Parteitag klar, daß der Leitantrag zur Kernenergie eine Mehrheit bekommt). Die Linie der Parteispitze gegenüber den Grünen war deutlich und vereinheitlicht (in verschiedenen Varianten wurde sie von Schmidt, Brandt, Bahr und Koschnick vorgetragen): — Bahr rechnete vor, daß die Grünen bei ca. 4 % Stimmengewinn und selbst bei Verlusten für die CDU diese dann an die Regierungsmacht bringen könnten, wenn die FDP unter 5% bleibe. Die Formel der SPD-Führung lautet daher: Ernstnehmen der Grünen und ihrer Forderungen, vor allem „durch Stärkung des eigenen Ökologie-Flügels“ in der SPD („FR“, 5.12.). Der Eppler-Flügel wird daher auch weiter gehätschelt werden. Gleichzeitig aber verkündet die SPD eine Kampfansage an die Grünen: „Wo die Grünen bei den Wahlen als Partei antreten, sind sie unsere politischen Gegner“ (Schmidt, „FR“, 5.12.). Die grüne/alternative Bewegung wird daher nach dem SPD-Parteitag verstärkt mit Einmischungsversuchen der SPD konfrontiert sein.

Als drohender Hammer gegenüber der innerparteilichen Opposition, vor allem aber gegenüber den Grünen und allen mit ihnen Sympathisierenden dient die Kanzlerkandidatur Strauß. Der SPD-Parteitag war gekennzeichnet durch eine äußerst friedliche Linie gegenüber Strauß. Zwar fand der SPD-Vorsitzende Brandt starke Worte gegen Strauß („politischer Umweltzerstörer von

Rechtsaußen“), wofür er sich nahezu einhellig Kritik von der gesamten bürgerlichen Presse einhandelte, doch war das die Ausnahme und diente ausschließlich der Einstimmung der Parteibasis auf Einheit und Geschlossenheit. Die Auseinandersetzung um Strauß spielte im weiteren keine Rolle — Kanzler Schmidt z.B. handelte sich Lob für seine „staatsmännisch-sachliche“ Kritik an Strauß ein, wobei positiv vermerkt wurde, daß Schmidt gegenüber seinem vorliegenden Redemanuskript eine Strauß-Kritik sogar noch entschärft hatte. Die sanfte Linie gegenüber Strauß darf angesichts der Parteitagskontroversen auch kaum verwundern. In den wichtigsten Sachfragen, Aufrüstung und Pro-AKW konnte sich dieser Parteitag gar nicht von Strauß absetzen, sondern mußte dies vielmehr gegenüber den Kritikern aus der Anti-AKW- und Friedensbewegung tun, in ungetrübter Übereinstimmung mit Strauß!

Nur in einem Punkt wurde Strauß noch einmal berührt: gegen die Grünen/Alternativen. Brandt rief ihnen gegenüber aus: „Objektiv habt Ihr die Rolle übernommen, die man in der CSU-Zentrale einer vierten Partei zugeordnet hat“ („SZ“, 4.12.).

Für die Alternativbewegung ist es sehr wichtig, daß die Drohung von einem Kanzler Strauß sehr ernst zu nehmen, ist sie doch objektiv Wasser auf die Mühlen dieser Integrationsversuche. Umso wichtiger ist es zu erkennen, daß eine Alternative zu Strauß und Schmidt eine fortschrittliche Alternative sein muß. Eine Diskussion um die SPD-Beschlüsse bietet hierfür gute Ansätze. Sind es doch Parteitagsbeschlüsse, die JA sagen zum Wahnsinn des Atomprogramms und der Rüstung. Die SPD-„Linke“ hat damit eine deutliche Schlappe erlitten und ihr Versuch, die fortschrittliche Bewegung enger an die SPD zu binden, dürfte durch diesen Parteitag nicht erleichtert worden sein. Andererseits werden diese Kräfte bemüht sein, die 40% Gegenstimmen zum Leitantrag zur Kernenergie in dem Sinne zu wenden: sieht stehst, soweit sind wir schon, wenn wir jetzt kräftig bei der SPD mitmachen, werden wir bald „mehrheitsfähig“ (Eppler in der „FAZ“ vom 8.12.).

Die Rolle der „Linken“, speziell der Jusos, in der SPD hat unfreiwillig Kanzler Schmidt karikiert: gönnerhaft gestand er den Jusos zu, sich die „Köpfe über große Politik heiß (zu) reden“, doch besser sei es, wenn sie sich verschiedenen sozialen Aufgaben (Arbeitsanrunderbund, Rotes Kreuz) widmen würden. So z.B. sei es vorbildhaft, daß letzten Sommer „250 junge Menschen aus Hamburg ... jeder 14 Tage Sommerurlaub hergegeben haben, um die Hallig Norderoog ... davor zu bewahren, daß sie von der Nordsee völlig aufgefressen wird.“ („FAZ“, 6.12.). Schmidt: „Wenn

davor zu bewahren, daß sie von der Nordsee völlig aufgefressen wird.“ („FAZ“, 6.12.). Schmidt: „Wenn Jungsozialisten so etwas organisieren könnten, was meint ihr, was ihr für Ansehen gewinnen könntet. ... Ich habe mir immer vorgestellt, Sozialismus habe etwas mit Gemeinschaft zu tun. Und das muß man lernen.“

Starclub

ihrer Partei durchzusetzen. Den Grünen riet er, sich nicht durch kommunistische „Avantgardeparteien“ unterwandern zu lassen. Prof. Haug („Argumente“) setzte sich für eine breite Anti-Strauß-Bewegung ein, ließ aber offen, wie man sich ansonsten in der Wahlfrage verhalten solle. Petra Kelly (Europa-Grüne) überraschte mit der Behauptung einer Identität von Ökologiefrage und Feminismus. Dem widersprach I. Strobl („Emma“), die dabei befürchtete, daß die Frauenbewegung über Bord geht. Rudi Dutschke unterließ zunächst seine einschlägig bekannten Attacken gegen die K-Gruppen und kritisierte stattdessen eine „Blockade der Diskussion“ durch den Bundesvorstand der Grünen. Dies könne von Sozialisten nicht hingenommen werden. Kunzelmann („KPD“) freute sich über diese „neuen Töne von Rudi“, merkte aber an, daß Dutschke selber ganz schön mitgemauschelt habe. Dafür lobte Dutschke die „KPD“, daß sie Stalin über Bord geworfen habe und nun Lenin anknabberte, während er den KB tadelte für seine Wahlpolitik in Bremen. Semler („KPD“) mochte dazu nichts sagen, bekannte aber, daß seine Partei in der Krise sei.

Ähnlich viele Besucher kamen auf eine vom SB initiierte Veranstaltung am 2.12., auf der die linke Prominenz noch hochkarätiger vertreten war.

20.000 gegen Atomkurs der SPD

Höhepunkt der Aktivitäten gegen den SPD-Parteitag in Westberlin bildete neben einer Reihe von Veranstaltungen die Demonstration am 5.12.79, an der rund 20 000 Menschen teilnahmen.

Bemerkenswert daran ist vor allem, wer den Aufruf zur Großdemonstration gegen das Atomprogramm unterzeichnet hat: das politische Spektrum umfaßt die SEW-nahen „Aktionsgemeinschaften Demokraten und Sozialisten“ an TU und FU (ADS'en), weitere Studentenorganisationen, die Alternative Liste, die Zeitschrift „kritik“, den AK Umwelt und Energie der Jusos, den AK Umwelt der Humanistischen Union, die GEW im DGB/Westberlin, Juso-Hochschulgruppe an der TU, das SB, den Westberliner Landesverband und den Bundesvorstand der Jungdemokraten, die „KPD“, den SSB, den LBU, diverse Bürgerinitiativen und diverse Anti-AKW-Gruppen.

Der von diesem breiten Spektrum der Westberliner Linken unterzeichnete Aufruf enthält eine klare Absage an das gesamte Atomprogramm der Bundesregierung einschließlich Zwischenlagern, spricht sich gegen den Export atomarer Technologie aus, wendet sich gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern und fordert die „sofortige Vernichtung sämtlicher Atomwaffen auf der ganzen Welt“. Bemerkenswert ist, daß die SEW an der Formulierung ausgetiegt ist, daß Westberlin im „Falle einer Atomkatastrophe in Gorleben unmittelbar bedroht“ wäre, ebenso „wie von einem Strahlenunfall in den AKW's Magdeburg, Stendal und Rheinsberg in der DDR“. Die ADSen haben dieser Aussage aber (wohl oder übel) zugestimmt!

Auch daß gewichtige Teile der Westberliner Jusos diese klare

und eindeutige Absage an das Schmidt'sche Atomprogramm mitunterzeichnet haben, ist hervorzuheben und sollte Schule machen ...

Dort schilderte Holger Strohm die mörderischen Gefahren der Atomkraftwerke, während Willi Hoss vor der Computerisierung der Arbeitsplätze warnte.

Eppler warf ein, es sei richtig, unmenschliche Arbeitsplätze durch Automatisierung zu beseitigen und forderte Bahro auf, seine Kritik mehr auf die RGW-Länder zu konzentrieren. Bahro wies dies zurück, da diese Länder letztlich auch nur den Stempel der kapitalistischen Industrialisierung trügen. In bezug auf die SPD habe er sich immer noch nicht festgelegt, da man Strauß auf alle Fälle verhindern müsse, andererseits vier Jahre Schmidt „vier verlorene Jahre“ seien. Auf alle Fälle bedürfe es einer Basisbewegung außerhalb der SPD, um auf diese überhaupt noch einwirken zu können. Eppler will nicht aus der SPD austreten, und Robert Jungk bekannte ebenso klar: „Wir werden uns nicht mehr betrogen lassen!“ S. Plogstedt („Courage“) schließlich meinte, das Selbstbestimmungsrecht der Frau stehe hinter der ökologischen Bedrohung der Existenz zurück und empfahl einen zweijährigen Geburtenstreik der Frauen. Am Ende wurde eine sehr konsequente Resolution an den SPD-Parteitag verabschiedet. Das Atomprogramm wie auch die Einführung der neuen NATO-Mittelstreckenraketen wurden darin klar abgelehnt.

Bunte-Liste-Versammlung Hamburg:

In der Sache einig?
Aber Eklat
bei den Vorstandswahlen!

Am 1./2.12. fand in kurzer Folge die dritte Vollversammlung der Bunten Liste statt. Diskussionsthemen sollten die Bundestagswahlen und die Strukturen der BuLi sein. Vorgesehen war außerdem die Neuwahl des Vorstandes. Zur Strukturen-Diskussion kam es jedoch nicht mehr. In der Sache wurden die Beschlüsse der bisherigen VVs eindeutig bestätigt, d.h. die Forderung nach einer gleichberechtigten Rolle der BuLi bei der Parteigründung im Januar. Zu einem Eklat kam es jedoch bei den Vorstandswahlen. Hintergrund hierfür waren grundverschiedene Auffassungen über die grüne Partei und die Frage, wie sich die BuLi dazu stellen soll. Zusätzliche Brisanz bekam die Auseinandersetzung durch die Fraktionierung im KB.

Die Ausgangslage

Die BuLi hatte auf ihren letzten beiden VVs (28.10. und 19.11.) jeweils Entschlüsse mit großer Mehrheit verabschiedet, die die Bereitschaft bekundeten, zusammen mit anderen bunt und alternativen Listen ein Bündnis mit den Grünen unter genau definierten Voraussetzungen (in programmatischer und organisatorischer Hinsicht) zu schließen. Andererseits gibt es innerhalb der BuLi eine Gruppe, die für den sofortigen Übertritt in die Grünen plädiert, noch vor dem alternativen Beratungskongreß in Frankfurt. Im Vorstand ist diese Gruppe mit drei Personen vertreten, wovon zwei schon bei den Grünen eingetreten sind (Ch. H. und M. Sch.).

Diese Vorstandsmitglieder hatten in den letzten Wochen wiederholt die Beschlüsse der Basis mißachtet und versucht, über ihre Vorstandsposition Zutreiberdienste für die Grünen zu leisten. Im ersten Fall geht es um einen Brief von Ch. H., die sie zu Unrecht „im Auftrag des BuLi-Vorstandes“ an den Vorstand der Grünen geschickt hatte; darin kündigte sie an, „der zukünftigen Partei als gesamte Bunte Liste beizutreten“. Gleichzeitig fordert sie 200 Eintrittsformulare für die grüne Partei an.

Im zweiten Fall handelt es sich um ein Rundschreiben dieser drei Vorstandsmitglieder (nach der VV am 19.11.) Darin rufen sie zum sofortigen Eintritt in die Grünen auf, obwohl die BuLi-VV einige Tage vorher mit großer Mehrheit genau das obwohl die BuLi-VV einige Tage vorher mit großer Mehrheit genau das Gegenteil beschlossen hatte.

Der Brief wurde — scheinbar offiziell — mit dem BuLi-Stempel versehen und über den BuLi-Verteiler breit verschickt.

Diese Vorfälle, von den restlichen Vorstandsmitgliedern zwar intern kritisiert, aber nach außen gedeckt, wurden vom KB in einem Flugblatt auf der BuLi-VV öffentlich gemacht.

In einer Reihe von Initiativen (insbesondere Frauen-Gruppen) waren ebenfalls darüber diskutiert worden und es lagen Protest-Erklärungen aus diesen Gruppen vor.

Bevor jedoch diese Kritiken vorgetragen werden konnten, wurde eine gemeinsame Erklärung des Vorstandes vorgetragen; außerdem nahmen die drei kritisierten Vorstandsmitglieder Stellung.

Im Vorstand war ein enges Bündnis zwischen den drei „Grünen“ Mitgliedern und der Gruppe um Jürgen Reents (ZL-Fraktion des KB) zustande gekommen, das jegliche Kritik abzublocken versuchte: Der Vorstand erklärte zum ersten Schreiben, daß es sich um ein individuelles Schreiben gehandelt habe, das nicht die Meinung des gesamten Vorstandes widerspiegele.

Zum zweiten Brief erklärte der Vorstand lediglich, daß „berechtigt zu kritisieren“ sei, daß dieser Brief mit dem Absenderstempel der BuLi versehen war. Die Mißachtung der Mitgliederbeschlüsse wurde vom gesamten Vorstand als „Recht auf freie Meinungsäußerung“ verteidigt. In ihren Erklärungen zum zweiten Brief sagten die drei „grünen“ Vorstandsmitglieder: sie seien davon ausgegangen, daß auf der VV am 19.11. nicht „problemorientiert“ diskutiert worden sei. Das Problem sei, daß der „grüne Zug“ am Fahren sei und die BuLi den Anschluß verpasse. Die VV vom 19.11. habe dieses Problem nicht erkannt und „falsche Beschlüsse“ gefaßt; das hätten sie „zurechtrücken“ wollen. Echt basisdemokratisch!... Bis zu diesem Zeitpunkt war festzu-

stellen: Der Vorstand insgesamt distanzierte sich zwar vom Vorgehen einzelner Mitglieder, deckte aber den Bruch von Beschlüssen und die eigenmächtige Politik einzelner Vorstandsmitglieder als „freie Meinungsäußerung“.

Erst nach diesen Ausführungen kamen die Kritiker zu Wort. Eine Eimsbüttler Frauengruppe erwartete „eine klare Distanzierung von diesem Vorgehen“ und hielt „eine Wiederwahl (der drei) zum Vorstand im Augenblick nicht (für) geeignet“. Eine Anti-AKW-Initiative forderte, „sich von diesem Vorgehen zu distanzieren oder ihre Funktionen im Vorstand niederzulegen“. Eine Lehrlingsinitiative kritisierte ebenfalls das Vorgehen und erklärte: „Das sollte bei der Neuwahl des BL-Vorstandes... berücksichtigt werden“. Der KB hatte in seinem Flugblatt erklärt: „Wir sind der Meinung, daß die BuLi-Mitgliederversammlung Anspruch auf eine (selbstkritische) Erklärung des Vorstandes hat“, ohne die Frage von personellen Konsequenzen anzusprechen.

Der Vorstand reagierte auf diese Kritik mit einer massiven Verschärfung des Konflikts: Rundheraus sprach er den Initiativen das Recht zur Kritik, geschweige denn zu personellen Forderungen, ab!

Die Forderung nach Berücksichtigung dieser Kritik bei der Neuwahl des Vorstandes wurde als „Angriff auf das pluralistische Verständnis der BuLi“ bezeichnet. Es gehe den Kritikern um die „Liquidierung der BuLi“!

Gleichzeitig wurde erklärt, der Vorstand stelle sich nur kollektiv zur Neuwahl. Sollte er dafür nicht die Zustimmung der Versammlung finden, würde er geschlossen zurücktreten. Dieses Vorgehen ist durchaus mit Praktiken bürgerlicher Parteien vergleichbar.

Unter dem Eindruck dieses massiven Powers wurde schließlich mit knapper Mehrheit ein Antrag verabschiedet, der die Differenzen im Vorstand als lediglich „taktischer Natur“ bezeichnete. Danach forderte der Vorstand, noch am gleichen Abend die Neuwahl durchzuführen.

Diese sollte im Blockverfahren durchgeführt werden, wobei sie noch drei weitere (vom Vorstand vorgeschlagene!) Kandidaten zugewählt werden sollten. Die VV-Mehrheit entschied jedoch, die Wahlen auf den nächsten Tag zu verschieben.

Die Debatte am nächsten Tag

Die Debatte am nächsten Tag begann mit einer weiteren Verschärfung durch den Vorstand: In einer gemeinsamen vorgetragenen Erklärung wurden alle Kritiker als Zerstörer des pluralistischen Gedankens der BuLi diffamiert.

Hieran entspann sich die gleiche Debatte wie am Vortag. Schließlich wurde die Erklärung mit knapper Mehrheit (220:210) mißbilligt.

Nach einer kurzen Beratungspause erklärte sich der Vorstand bereit, zwei neue Vertreter aus den Reihen der Kritiker aufzunehmen, bei einem Vorstand von neun Personen. Dies angesichts einer Situation, in der die Versammlung in zwei fast gleiche Teile „gespalten“ war. Nach wiederum langen Debatten erklärte der Vorstand sich schließlich bereit, vier Vertreter aus den Reihen der Kritiker aufzunehmen. Unter dem massiven Druck einer drohenden Spaltung akzeptierte die VV diesen „Kompromiß“ schließlich mit 240:210 Stimmen.

Vor den Vorstandswahlen waren einstimmig drei Resolutionen verabschiedet worden.

1. Ein Aufruf zum Frankfurter Beratungskongreß, der die Vorstellungen der GLH unterstützt.
2. Ein Brief an den Vorstand der Grünen, in dem ein eigenständiges Delegationsrecht der BuLi gefordert wird.
3. Eine Kritik an der Informationspolitik der Grünen, die die Beschlüsse in Offenbach und die vorliegenden Programm- und Satzungsentwürfe nicht rechtzeitig veröffentlicht haben, so daß die Antragsfrist für Änderungsvorschläge nicht eingehalten werden kann.

Mit der einstimmigen Verabschiedung dieser Entschlüsse versuchte der Vorstand später, die Auseinandersetzung um die Vorstandswahlen auf eine reine Personalquerelle herunterzuziehen. Tatsache ist jedoch, daß es weiterhin grundsätzliche Differenzen darüber gibt, wie sich an der grünen Partei beteiligt wird. Während

die jetzige Vorstandsmehrheit in jedem Fall für einen massenhaften Eintritt bei den Grünen plädiert, beharrt der andere Teil auf den gleichberechtigten Bündnischarakter der neuzugründenden Partei.

Die BuLi und der KB

Insbesondere von der Gruppe um Jürgen Reents (ZL-Fraktion des KB) war die Parole ausgegeben worden, der KB betreibe hier „brutale Machtpolitik“ und wolle die BuLi spalten bzw. „liquidieren“. Diese Version spiegelte sich dann z.B. auch in der „taz“ wieder.

Grundsätzlich ist dagegen festzustellen, daß solche Auseinandersetzungen wie innerhalb der BuLi in ähnlicher Weise in allen bunt und alternativen Listen laufen. Tatsache ist aber auch, daß sie anderswo nicht in dieser Schärfe und in dieser totalen Konfrontation ausgetragen werden. Dieser Teil ist tatsächlich den fraktionellen Auseinandersetzungen im KB geschuldet.

Man muß jedoch auch festhalten, daß die ZL-Fraktion vor dieser Auseinandersetzung mit der provokatorischen Behauptung hausieren ging, der KB wolle „aus der Wahlbewegung aussteigen“. Noch einen Schritt weiter ging die ZL-Fraktion auf der BuLi-VV, wo die Gruppe um Jürgen Reents behauptete, der KB habe zur Majorisierung seine Mitglieder „angekartet“ und betreibe „brutale Machtpolitik“. Bei diesen Tiraden kam es dann auch zu rührenden Verbrüderungsszenen mit der früheren „Kritik-Fraktion“ des KB, die schon zu den Grünen übergetreten ist.

Aber auch vor grimmigen Attacken auf die Basis der BuLi, auf kritische Stimmen aus den Initiativen, schreckte das Schutz- und Trutzbündnis im Vorstand nicht zurück. Mehrmals wurden die Versammlungsteilnehmer von Vorstandsmitgliedern in ausfallendem Ton beschimpft: sie täten nichts für die BuLi und ließen sich nicht blicken, während sich der Vorstand die Hacken wund laufe. Der Vorstand setze seine Gesundheit aufs Spiel und müsse sich dafür jetzt zum Dank auch noch Kritik anhören! — Ein Vertreter des Kinderhauses wurde von der Gruppe um Jürgen Reents angepöbelt, weil er mit Hinweis auf sonstige Belastungen seine Arbeit in einem Parlaments-Ausschuß (Eimsbüttel) sonstigen Belastungen seine Arbeit in einem Parlaments-Ausschuß (Eimsbüttel) aufgegeben hatte — ohne auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, daß gerade in dieser Zeit das Kinderhaus massive (und zeitraubende!) Auseinandersetzungen mit den Behörden auszustehen hatte.

Den BuLi-Frauengruppen, die gerade mit Aktivitäten zum Wahlkampf 1980 begonnen haben, wurde von der Gruppe um J. Reents vorgeworfen, sie täten doch sowieso nichts (als Antwort auf den Antrag, eine Frau aus den Frauengruppen in den Vorstand aufzunehmen!).

Der Mehrheit der Anwesenden wurde vorgeworfen, sie seien seit langem das erste Mal wieder auf einer BuLi-Mitgliederversammlung, wobei stillschweigend verschwiegen wurde, daß der Vorstand ein Jahr lang keine Mitgliederversammlung einberufen hatte. Und trotz einhelliger Aufforderung auf der Mitgliederversammlung am 28.10., den Rechenschaftsbericht des Vorstandes den Initiativen schriftlich vorzulegen, war dies bis Anfang Dezember immer noch nicht geschehen. Trotzdem wurde von den Mitgliedern gefordert, diesen Vorstand zu bestätigen. Das hat wohl wenig mit Basisdemokratie zu tun.

Schließlich wird von der Gruppe um Jürgen Reents auch in der weiteren Konzeption eine Abkehr von den Basisinitiativen angepeilt, die eigentlich die Träger der BuLi sein sollten. So wird plötzlich ein Zeitungskonzept „zur Diskussion gestellt“, nach dem die BuLi-Zeitung zur allgemein-politischen, überörtlichen Zeitung ausgebaut werden soll, bei der die Basisinitiativen wohl nur noch am Rande vorkommen sollen. Das Konzept „Jeder kann mitarbeiten“ soll zugunsten einer festen Redaktion mit Ressortverantwortlichen aufgegeben werden.

Daß mit einer derartigen Konzeption und Arbeitsweise Initiativen für die Mitarbeit bei der BuLi (bzw. ihrer Zeitung) gewonnen oder dauerhaft interessiert werden können, muß ernsthaft bezweifelt werden.

Mobilisierung zum Frankfurter Alternativen-Kongreß

Die Mitgliederversammlung der Bunten Liste Hamburg ruft alle Mitglieder und Freunde der Bunten Liste sowie alle anderen alternativen Listen in der Bundesrepublik auf, zahlreich zum Alternativen-Kongreß am 14./15./16. Dezember in Frankfurt teilzunehmen, um dort zu einem politisch-programmatisch und organisatorisch gemeinsamen Vorgehen hinsichtlich des Gründungskongresses einer grün/alternativen Partei am 13. Januar 1980 in Karlsruhe zu kommen. Die Mitgliederversammlung der Bunten Liste Hamburg unterstützt das von der GLH für dieses Treffen vorgelegte Konzept. Umstritten ist, wie die Arbeitsgruppen thematisch gegliedert sein sollen. Wir unterstützen den Vorschlag der GLH, die Diskussion und Arbeit der AGs an der Gliederung des Darmstädter Alternativ-Präambel-Entwurfes zu orientieren. Insbesondere tritt die Bunte Liste Hamburg dafür ein, daß am Abend des 15.12.79 nicht eine zweite Podiumsdiskussionsveranstaltung stattfindet, sondern ein offenes Plenum, um die Ergebnisse der zuvor tagenden Arbeitsgruppen zu beraten. Dies entspricht unserer Vorstellung, daß dieser Alternativen-Kongreß in erster Linie zum Meinungsaustausch unter den alternativen und buntten Listen mit der Absicht einer weitestmöglichen Vereinheitlichung hinsichtlich des Karlsruher Kongresses dienen soll. Darüberhinaus muß dieser Kongreß auch ein weiterer Schritt zur langfristigen, engeren Kooperation unter den alternativen Listen sein, für die die Bunte Liste Hamburg schon seit längerem immer wieder mit eigenen Initiativen und Vorschlägen eingetreten ist.

Abstimmungsergebnis: Ohne Gegenstimme angenommen bei 2 Enthaltungen



Nachfrage zu selbständigem Delegationsrecht der Alternativen

Die Bunte Liste Hamburg hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 19.11.79 den Antrag beschlossen, „am Gründungskongreß am 13.1.1980 mit Delegierten gemäß ihrer Mitgliederstärke vertreten zu sein.“ Gleiche Anträge wurden auch von der AL Westberlin, der GLH, der AL Bremen und der CDU gestellt.

Am 20.11.79 zitierte die „taz“ August Haußleiter, AUD-Vorsitzender und Bundesvorstandsmitglied der GRÜNEN, mit folgenden Worten zur Delegiertenfrage: „Der Delegiertenstatus für den Gründungskongreß bezieht sich auf die Mitglieder der SPV Die Grünen und der Gruppierungen, die in dieser aufzubauenden Partei mitarbeiten, und da gehört meiner Meinung nach die AL Berlin absolut dazu, und ist entsprechend berechtigt, Mitglieder zu der Gründungsversammlung zu senden. Das ist meine Meinung und ich habe keine andere Meinung im Bundesvorstand gehört.“

Mit Schreiben vom 22.11.79 fragte der Vorstand der Bunten Liste Hamburg daraufhin beim Bundesvorstand der GRÜNEN an, ob diese Äußerung von August Haußleiter gegenüber der „taz“ die offizielle Vorstandsmeinung der GRÜNEN sei, und ob es eine richtige Interpretation dieser Äußerung sei, wenn daraus eine Zustimmung zum selbständigen Delegationsrecht der Bunt und Alternativen für den Gründungskongreß herausgelenkt wird.

Diese Anfrage ist bislang vom GRÜNEN-Vorstand nicht beantwortet worden. Gegenüber der AL Westberlin hat Karl Kerschgens vom GRÜNEN-Bundesvorstand jedoch mit Schreiben vom 19.11.79 mitgeteilt: „Nach Absprache mit dem Bundeswahlleiter ist die juristisch sauberste und günstigste Form der Parteigründung für uns die Überführung der SPV. Die Grünen in eine Partei Die Grünen. Nach dem Parteiengesetz besteht außerdem das Einzelmitgliedsprinzip. Deshalb können wir nicht auf der einen Seite Delegierte der umzuwandelnden SPV auf dem Gründungskongreß haben und auf der anderen Seite Delegierte von anderen Organisationen, die nicht Mitglieder der GRÜNEN sind.“ Damit widerspricht Kerschgens der Äußerung von Haußleiter. Anzunehmen ist folglich, obwohl uns keine offizielle Antwort auf die Anfrage des Vorstands der Bunt und Alternativen vorliegt, daß der Bundesvorstand der GRÜNEN den bunt und alternativen Listen das geforderte selbständige Delegationsrecht verweigern will.

Die Mitgliederversammlung der Bunt und Alternativen stellt dazu nochmals fest: Die beabsichtigte grün/alternative Partei ist nach unserem Verständnis ein anderer organisatorischer Zusammenschluß als die zur Europa-Wahl konstituierte „Sonstige politische Vereinigung DIE GRÜNEN“. Die grundsätzliche neue Qualität einer grün/alternativen Partei muß in der Einbeziehung der Bunt und Alternativen und sonstiger radikaldemokratischer Kräfte bei Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen und politischen Selbstständigkeit liegen. Es handelt sich politisch also keineswegs um eine bloße organisatorische „Umwandlung“ der bisherigen SPV in eine Partei. Die von Kerschgens genannte „Absprache mit dem Bundeswahlleiter“, daß eine solche „Umwandlung“ die „juristisch sauberste und günstigste Form der Parteigründung“ sei, beinhaltet im übrigen ja auch, daß es daneben andere juristisch mögliche Formen der Parteigründung gibt. Das von einigen GRÜNEN immer wieder vorgebrachte Argument, man sei zu einer solchen Form der Parteigründung durch vorherige Eintritte in die SPV juristisch gezwungen, ist damit widerlegt.

Einigen GRÜNEN immer wieder vorgebrachte Argumente, man sei zu einer solchen Form der Parteigründung durch vorherige Eintritte in die SPV juristisch gezwungen, ist damit widerlegt.

Die Mitgliederversammlung der Bunt und Alternativen fordert den Bundesvorstand der GRÜNEN darum auf:

1. alle „Absprachen mit dem Bundeswahlleiter“ bekanntzumachen, d.h. insbesondere mitzuteilen, welche anderen juristisch zulässigen Formen der Parteigründung und Kandidatur zur Bundestagswahl in diesen „Absprachen“ erörtert und vom Bundeswahlleiter genannt wurden;
2. mitzuteilen, ob von Seiten des Bundesvorstands der GRÜNEN überhaupt die Möglichkeit auch einer Kandidatur in Form eines Wahlbündnisses nach dem Muster der SPV juristisch geprüft wurde und welches Ergebnis diese Prüfung, sofern geschehen, erbracht hat;
3. den alternativen und buntten Listen ein selbständiges Delegationsrecht zum Gründungskongreß zuzugestehen.

Abstimmungsergebnis: Ohne Gegenstimme angenommen bei 1 Enthaltung



Resolution 3 auf Antrag des Vorstandes:

Vernachlässigung der Informationspflicht

In der Schlußresolution des Offenbacher Kongresses vom 4. November 79 heißt es:

„Die Vorschläge und Dokumente des Offenbacher Kongresses werden sofort veröffentlicht, um allen Interessierten auf breiter Basis die Möglichkeit zu geben, die Programmkommission bis Anfang Dezember Vorschläge zu machen.“ Es ist uns bekannt, daß die Alternative Liste Westberlin sich in Schreiben an die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN in Bonn angeboten hat, die technische Erstellung und bundesweite Verbreitung einer solchen Dokumentenmappe zu übernehmen. Diesbezüglich hat die AL Westberlin um Übersendung allen in der GRÜNEN-Geschäftsstelle vorliegenden Materials gebeten. Mit Unterschrift von Karl Kerschgens hat der Bundesvorstand in einem Brief vom 19.11.79 kühl geantwortet: „Die für die Geschäftsstelle zuständigen Vorstandsmitglieder haben die Bundesgeschäftsstelle mit der Herausgabe der zum Programm eingebrachten Anträge beauftragt, da die Sammlung i. d. Woche nach Offenbach nicht vollständig vorlag und ohnehin in Bonn koordiniert werden mußte. Die vorliegenden Anträge sollen als Anlage zu dem nächsten Rundbrief, der ebenfalls in Bonn hergestellt werden muß, versandt werden. Mir ist nicht bekannt, daß nur die AL authentisch und autorisiert diese Zusammenstellung herausbringen könnte. Dies nehmen wir für uns mit gleichem Recht in Anspruch.“ Tatsache ist, daß eine solche von der Bundesgeschäftsstelle bzw. dem Bundesvorstand der GRÜNEN herausgegebene Zusammenstellung erst heute vorliegt, und die Möglichkeit für die Basis, zu Entwürfen oder Teilentwürfen für das Programm Stellung zu nehmen, wie es die Absicht der Offenbacher Schlußresolution ist, damit nicht gegeben ist. Die Programmkommission soll jedoch bereits am 7./8./9.12.79 tagen.

Die Mitgliederversammlung der Bunt und Alternativen verurteilt scharf die Vernachlässigung der Informationspflicht durch die Bundesgeschäftsstelle bzw. den Bundesvorstand der GRÜNEN als erneute Verletzung der Basisdemokratie.

Abstimmungsergebnis: Ohne Gegenstimme angenommen bei 3 Enthaltungen

Das Geschiebe um die Delegiertenfrage

Anfangen hat es in Offenbach: Während auf dem gemeinsamen Kongreß zwischen Grünen und Buntten relativ freimütig über die Fragen des Programms diskutiert wurde, hatte die „Sonstige Politische Vereinigung“ der Grünen (SPV) längst Fakten geschaffen. Die Partei soll ausschließlich durch eine Umwandlung der SPV (eine Konstruktion eigens für den Europawahlkampf) in eine Partei gebildet werden. Je 10 Mitglieder der SPV sollen dafür eine(n) Delegierte(n) zum Gründungsparteitag am 13.1.80 nach Karlsruhe entsenden. Das schuf auch prompt innerhalb der Buntten/Alternativen einen Chor, der erklärte, jetzt nichts wie rein in die Grünen, sonst sei man außen vor. Das weitere könne man später auch noch sehen, gegebenenfalls trete man halt wieder aus.

Nun ist dieses Vorgehen der Grünen, das die Möglichkeit der Ausgrenzung gegen Links schaffen soll, in jeder Beziehung windig. Denn ein solches Vorgehen müßte innerhalb der Grünen satzungsmäßig festgeschrieben sein, sonst entbehrt es natürlich jeder (Partei-)rechtlichen Grundlage.

So hat sich Gruhl bemüht, mit dem Bundeswahlleiter da einiges „glattzubügeln“. Gruhl erklärte dem Bundeswahlleiter, man solle den Beschluß der Grünen von Offenbach als Satzungsänderung „interpretieren“. Ein Vorstandsmitglied der Grünen meldete dagegen immerhin „juristische Bedenken“ an (lt. Protokoll des Bundesvorstands der Grünen vom 17.11.79). Eine solche Satzungsgebung ließe sich in der Tat von jedem SPV-Mitglied mit Leichtigkeit anfechten.

Um das ganze Gebäude (einer nicht offenen Partei-Gründung) abzusichern, muß sich der grüne Vorstand darüberhinaus selber den Rang eines satzunggebenden Gremiums genehmigen, was sogar einer bürgerlichen Parteiengesetzgebung Hohn spricht.

So wurde per Vorstand in NRW festgelegt, man müsse bis zum 10.12. — d.h. eine Woche vor Parteigründung in diesem Bundesland — Mitglied der Grünen sein, um an der Landesverbandsgründung teilnehmen zu können. Auch hier erhofft man sich, Bunte/Alternative aus dem Renglied der Grünen sein, um an der Landesverbandsgründung teilnehmen zu können. Auch hier erhofft man sich, Bunte/Alternative aus dem Rennen zu werfen. Für die Bundesparteigründung soll man bis zum 20.12. Mitglied der SPV werden, um noch für die Delegiertenwahlen berücksichtigt zu werden.

Die Buntten/Alternativen haben überall die Forderung erhoben, ebenfalls in gleicher Weise Delegierte entsenden zu können.

Kerschgens (AUD) antwortete daraufhin im Namen des grünen Bundesvorstands an die AL Westberlin (am 19.11.), es könnten nur Delegierte von der SPV entsandt werden. Als „Begründung“ wurde lediglich angegeben, daß dies „nach Absprache mit dem Bundeswahlleiter... die juristisch sauberste und günstigste Form der Parteigründung“ sei.

Wie windelweich diese Argumentation zur Abstützung grüner Ausgrenzungspolitik ist, kann man daran sehen, daß sich die rechten Grünen selber einen Töufel um Satzungsbeschlüsse des Vorstands scheren (der ja auch in keiner Weise lt. Parteiengesetz dazu befugt ist). So hat der Bundesvorstand ebenfalls beschlossen, daß Kreis- und Landesverbände nur auf der Basis der Einladung aller grünen Mitglieder einschließlich der Aktion 3. Weg und der FIU gegründet werden sollen. Grundlage der Abstimmungsberechtigung sei ein Mitgliedsausweis von der Bundesgeschäftsstelle (Protokoll der Grünen vom 17.11.).

Nun haben rechte Grüne häufiger nach eigenen Vorstellungen gegründet. In Westberlin wurde ein Landesverband im rechten Exklusivkreis aus der Taufe gehoben. In Bremen wurde der Landesverband mit einigen wenigen dazu berufenen BGLern ausgerufen. Öffentlich — wie es der Bundesvorstand verlangt — war die Sitzung ebenfalls nicht. In Münster gründeten die Grünen, die nicht bereit waren, auf Ortsebene mit der dortigen „Grünen Alternative“ zusammenzuarbeiten, schon im kom-

munalen Wahlkampf „ihren“ Kreisverband.

In Düsseldorf geschah vor kurzem das gleiche, sodaß es dort jetzt wie in Münster zwei Kreisverbände gibt. In Köln haben Teile der Grünen das gleiche vor.

Es geht sogar das Gerücht, daß der rechte, rassistische Grüne Wegener aus Bottrop schon die Grüne Partei in NRW mit Getreuen gegründet habe, um sich auf diesen Wege juristisch den Namen zu sichern. Gegen ihn soll deswegen der Ausschluß betrieben werden. Schaut man sich die Reaktionen des Bundesvorstands der Grünen auf dieses Treiben an, so zeigt sich, wie wenig die juristische Argumentation, die immer nach links hin angewendet wird, wirklich zieht. In der Öffentlichkeit wurde immer herausgestrichen, daß diese rechten Gründungen nicht rechtens seien bzw. „nicht anerkannt“ würden. Im Rundschreiben 4/79 an die grünen Mitglieder findet sich jedoch lediglich der Appell, die vom Vorstand verkündeten Regeln „sollten beachtet werden“. Die Gründungen müssen demzufolge der Landes- und Bundesgeschäftsstelle lediglich „mitgeteilt“ werden.

Besondere Furore hatte die Westberliner Landesverbandsgründung gemacht, die Gruhl mit dem dortigen Grünen Schöttler am Rande der Tagung des „Club of Rome“ abgesprochen haben soll, und die natürlich einen besonderen Affront gegen die AL Westberlin darstellt. Das ist deshalb peinlich, da in den AL-Gremien durchaus die Tendenz besteht, auf eigene Delegierte zu verzichten und den Grünen beizutreten.

Zwar erklärte August Haußleiter, er fordere vom Bundesvorstand einen Beschluß, nachdem die Grünen „sich nicht in der Lage“ sehen, den Landesverband anzuerkennen.

Geschehen ist dergleichen bislang noch nichts. Der Bundesvorstand teilte dem Landesverband (am 29.11.79) lediglich mit, er „behält sich die Nichtanerkennung des Landesverbandes Berlin bis auf weiteres vor“; ansonsten bittet er, über die „Vermittlungsgespräche“ mit der AL auf dem Laufenden gehalten zu werden. Es gibt offensichtlich, v.a. der Partei, ansonsten bittet er, über die „Vermittlungsgespräche“ mit der AL auf dem Laufenden gehalten zu werden. Es gibt offensichtlich vor der Parteigründung auch gar keine rechtliche Basis, um solche Gründungen verbieten zu können.

Mit diesen grünen „Satzungsbestimmungen“ wird bislang lediglich politischer Poker gegenüber den Bunt/Alternativen betrieben, in der Hoffnung, machtpolitisch damit durchzukommen, da die Alternativen/Buntten davon ja auch wenig verstehen.

Ähnlich unsinnig ist die Behauptung, Doppelmemberschaften seien „nach dem Parteiengesetz verboten“. Auch dies ist reine Einschüchterung und durch keinerlei juristische Grundlage belegt.

Neben diesen Tricks mit den Delegierten hat der Bundes-„Satzungs“-Vorstand für Karlsruhe einige weitere Spezialitäten ausgeheckt.

Nach Bundesvorstandsbeschluß soll für Karlsruhe schon die geplante Sitzung in Fragen des Antragsrechts vorweggenommen werden. Anträge sollen auf dem Gründungsparteitag lediglich Landes- bzw. Kreisverbände stellen dürfen, und das sogar nur bis zum 31.12. Die Grünen hoffen nach dem Motto „Freiheit siegt“ die Spielregeln ihrer Parteigründungen illegal festlegen zu können. Die Frage ist dabei, wieweit die Buntten/Alternativen dies Spiel tatsächlich ohne Widerstand hinnehmen wollen.

Gerade angesichts der chaotischen Situation, die bei den Grünen herrscht, wo alle möglichen Verbandsgründungen unterschiedlich gelaufen sind und anfechtbar wären, bleibt als einzige wirklich „saubere Lösung“, daß die Parteigründung am 13. Januar in Karlsruhe durch die Anwesenden vorgenommen wird, wobei man sich demokratisch darauf einigen sollte, daß stimmberechtigt wirklich nur diejenigen teilnehmen, die als Delegierte (nach dem vereinbarten Schlüssel 1:10) von solchen Gruppen ausgewiesen sind, die sich an dieser Partei beteiligen wollen.

Satzungskommission Ergebnisse

Am 1./2.12. bzw. am 8.12. fanden in Bonn bzw. Hannover die Treffen der (inzwischen ebenfalls grün-buntten) Satzungskommission statt, in der jeweils mit drei Stimmen AUD und GAZ vertreten sind, mit je zwei Stimmen GLU und GL-SH und mit je einer Stimme die AL Westberlin, die BuLi Hamburg und die GLH. Zum Verfahren für beide Sitzungen wurde festgelegt, daß für jeden Vorschlag dafür/dagegen/ oder Enthaltung gestimmt werden konnte. Abgestimmt wurden z.T. Alternativformulierungen, d.h. daß die Satzungskommission solche Alternativen vorlegt, die in ihr eine Mehrheit gefunden haben (so kommen z.B. die „Mehrheiten“ für und gegen UVB-Formulierungen zustande). Am 1./2.12. wurde die Präambel (kurze allgemeine Einleitung der Satzung) und die §§ 1 und 2 der Bundessatzung diskutiert:

Die Präambelvorschläge zur Satzung der Bunt/Alternativen (mit Unterstützung der AUD)

Die Partei (...Name) versteht sich als radikaldemokratische Alternative zu den bestehenden etablierten Parteien. Die Mitglieder der (...Name) kommen aus verschiedenen Erfahrungszusammenhängen, insbesondere aus Bürger- und Basisinitiativen. Sie sind während ihrer Arbeit zu der Überzeugung gekommen, daß es zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einer Organisation bedarf, die sich u.a. an den Wahlen beteiligt und im Parlament vertreten ist, um getreu den Grundprinzipien ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch und sozial — ihr vorrangiges Ziel, den Lebensschutz, zu verwirklichen.

Dabei machen wir uns keine Illusionen über die Bedeutung von Parlamentswahlen, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Sie (...Name) tritt nicht als Konkurrenz zu Bürger- und Basisinitiativen oder deren Zusammenschlüssen auf, sondern will ihnen das Parlament als zusätzliches Forum eröffnen. Dabei streben wir eine neue Form der Beteiligung der Bürger und ihrer Initiativen an politischen und parlamentarischen Planungs- und Entscheidungsprozessen an. Die betroffenen Bürger selber sollen in einem demokratischen Willensbildungsprozeß ihre gemeinsamen Interessen bestimmen und durchsetzen.

(Hieran schließt sich der letzte Absatz des „Grünen“ Satzungsentwurfs an. Abschließend wird fortgefahren:)

(Hieran schließt sich der letzte Absatz des „Grünen“ Satzungsentwurfs an. Abschließend wird fortgefahren:)

Die Satzung orientiert sich am Prinzip der Basisdemokratie. Es gilt der Grundsatz, daß die zu einer sachgerechten Entscheidung befähigte unterste Ebene Trägerin der Entscheidungsgewalt sein soll.

DER „GRÜNE“ PRÄAMBEL-VORSCHLAG

Die Mitglieder der Partei „Die Grünen“ sind überzeugt, daß es zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele einer Organisation bedarf, die sich an Wahlen beteiligt und in den Parlamenten vertreten ist. Sie betrachten die parlamentarische Arbeit als ein Mittel unter anderen, getreu den Grundprinzipien — ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch und sozial — ihr oberstes Ziel, den Lebensschutz zu verwirklichen.

Sie fühlen sich verpflichtet, stets für die Gesamtinteressen der Bevölkerung in allen Teilbereichen und nicht für Gruppeninteressen tätig zu werden und bei allen Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte vorrangig auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen und insbesondere auch für die kommenden Generationen bedacht zu sein.

Die Offenheit zum Gespräch mit allen Personen und Gruppen, die sich in ihrem Wirken und Handeln mit den oben genannten Grundprinzipien in Einklang bringen lassen, gehört zum Selbstverständnis der Partei. Die unterschiedlichen Motive des jeweiligen Engagements werden anerkannt und toleriert, um die Offenheit, Lebensnähe und Vielfalt der grünen politischen Alternative zu bewahren.

ZU § 1:

Der Vorschlag der Buntten/Alternativen, die zu gründende Partei „Grüne Alternative“ zu nennen, wurde mit 3 : 11 abgelehnt, es wurde zu

Protokoll gegeben, daß die Buntten/Alternativen dazu in Frankfurt noch einen Alternativ-Vorschlag einbringen zu wollen. Statt „Die Grünen sind eine Partei im Sinne des Grundgesetzes“ haben die Alternativen/Buntten vorgeschlagen „im Sinne § 21 GG (Parteiengesetz)“.

ZU § 2:

Hier sah der ursprüngliche Satzungsentwurf der Grünen ein Verbot der Doppelmemberschaft vor (Unvereinbarkeitsbeschluß). Dagegen haben die Buntten/Alternativen vorgeschlagen: „Jeder Mann und jede Frau kann Mitglied der Grünen werden, wenn er/sie die politischen Ziele und das gemeinsame Programm der Grünen unterstützt und bei der Verwirklichung aktiv mitzuarbeiten bereit ist“ (Abstimmung: 7 : 5 mit den Stimmen der AUD).

Ausgerechnet Lippelt (GLU) schlug noch eine verschärfte Fassung gegenüber der vom Bundesvorstand der Grünen vorgeschlagenen vor: Danach kann Mitglied werden: „... jeder, der ... keiner anderen Partei oder politischen Organisation angehört, deren Ziele im Widerspruch zum Programm der Grünen steht. Bis zum 30.4.1980 ist eine Übergangsregelung für Organisationen möglich, die zur Auflösung bereit sind.“ Ausgenommen sind Wählergemeinschaften und Gruppierungen wie die AL Westberlin, die Laut Wahlgesetz ja als Partei gegründet werden mußte. Lokale und persönliche Gegebenheiten sollen bei der Frage des Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen Doppelmemberschaft berücksichtigt werden, d.h. nicht „dogmatisch“ angewendet werden. (Abstimmung: 5 : 2 (BuLi/GLH), bei 6 Enthaltungen).

Norbert Mann plauderte bereits aus, daß er sich dafür einsetzen wolle, daß der Bundesvorstand seinen Vorschlag zugunsten Lippelts zurückzieht.

Am 8.12. ist die Satzungskommission in ihrer Diskussion bis zum §10 gekommen. Wie schon am Wochenende zuvor wurde vereinbart, die verschiedenen Alternativvorschläge zu verschicken. Änderungsformulierungen zu den noch ausstehenden §§ 11 bis 14 sollen von den Kommissionsmitgliedern nachträglich bis zum 10.12. eingereicht und dann mit verschickt werden. Von den zahlreichen Änderungsvorschlägen wollen wir hier einige wichtige herausgreifen:

zu § 3: („Aufnahme von Mitgliedern“). Auf Anregung von Haußleiter (AUD) wurde folgende Formulierung anstelle der bisherigen gewählt:

zu § 3: („Aufnahme von Mitgliedern“). Auf Anregung von Haußleiter (AUD) wurde folgende Formulierung anstelle der bisherigen gewählt:

„1. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Gebietsvorstandes der jeweiligen untersten Ebene. Gegen die Zurückweisung eines Aufnahmeantrags kann der Bewerber bei der zuständigen Mitgliederversammlung Einspruch einlegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet bei einfacher Mehrheit.“

2. Die Zurückweisung durch den Vorstand ist dem Bewerber gegenüber zu begründen.

3. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Zustimmung zur Aufnahme.“

Holler (GL-SH) forderte dagegen einen Kandidatenstatus: Erst nach einer dreimonatigen Anwartschaft (Mitglied ohne Stimmrecht!) soll über eine Aufnahme endgültig entschieden werden.

zu § 4: („Beendigung der Mitgliedschaft“). Mit 6:3:2 Stimmen wurde sich für eine Streichung von Absatz 3 ausgesprochen. Der Vorschlag des Vertreters der AL, wonach die jeweils zuständige Mitgliederversammlung Antragsrecht auf Ausschuß eines Mitglieds haben soll (§ 4, Abs. 4), wurde mit 3:8:2 abgelehnt.

zu § 5: („Rechte und Pflichten der Mitglieder“). Hierzu hat der Vertreter der AL beantragt, daß „jedes Mitglied das Recht (habe), an allen

Sitzungen von Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Parteiorganen teilzunehmen“. Dieser Antrag nach Öffentlichkeit der Gremien — für die Bunt/Alternativen eine Selbstverständlichkeit — ist mit 4:9 Stimmen abgelehnt worden!

Gegen die Stimmen der Rechten (insbes. GAZ) wurde dagegen ein Antrag des BuLi-Vertreters mit 7:6 angenommen, der die Forderung nach mehr Autonomie erhebt:

„Jedes Mitglied hat das Recht, sich mit anderen Mitgliedern in Fachgruppen eigenständig zu organisieren. Dies gilt insbesondere für Frauen und Minderheiten.“

Für den Abs. 2 des § 5 (Pflichten der Mitglieder) wurde von dem BuLi-Vertreter die Streichung des Absatzes gefordert, in dem die Mitglieder auf Grundsätze und Ziele der Partei verpflichtet werden sollen. Bei den Bunt/Alternativen wird dies durch die Arbeit und Zielsetzung der einzelnen Basisinitiativen festgelegt. Auch diese Antrag wurde abgelehnt (3:7:2). Der Antrag auf Beibehaltung dieses Passus durch Holler (GL-SH) wurde dagegen mit 9:1:2 Stimmen angenommen.

zu § 7: („Organe“).

Auf Antrag des BuLi-Vertreters soll unter diesem Paragraphen ein Absatz 2 eingefügt werden: „Weitere Organe der Partei werden in den Landes- und Kreissitzungen festgelegt“. Eine abgeschwächte Formulierung Manns (GLU/NRW) wurde dann mit 10:1:1 Stimmen angenommen: „Weitere Organe der Partei können gebildet werden“. Ein ausdrückliches Entscheidungsrecht der Kreis- und Landesverbände ist hiermit nicht formuliert.

zu § 8: („Die Bundesversammlung“). In einer Protokollnotiz wurde festgehalten, daß nicht jedes Vorstandsmitglied gleichzeitig ein Stimmrecht auf der Bundesversammlung besitzt: „Nach einhelliger Meinung haben Mitglieder des Bundesvorstands und die Vorsitzenden der Landesverbände Rede- und Antragsrecht, was in der Geschäftsordnung geregelt wird“.

Für den Absatz 5 ist ein Ergänzungsantrag für einen Punkt 4 einstimmig angenommen worden, wonach eine außerordentliche Bundesversammlung auch „auf Antrag von einem Zehntel der Mitglieder oder der Kreisverbände“ einberufen werden muß.

Bei vier Enthaltungen stimmte die Kommission einer Erweiterung der Antragsrechte auf einer Bundesversammlung zu, wonach es jetzt unter Absatz 6 ergänzend heißen soll: „Orts- und Kreisverbände sowie 20 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen“.

zu § 9: („Der Bundesvorstand“). „Orts- und Kreisverbände sowie 20 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen“.

zu § 9: („Der Bundesvorstand“).

Auf Antrag des rechten Vertreters der Grünen/Saar wurde mit 6 gegen 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Rotationsprinzip bei der Wahl des Vorstands abgelehnt.

Für die Anzahl der Mitglieder des Bundesvorstands wurde festgehalten, daß jedes Bundesland mit einem Mitglied vertreten sein soll. In den Abs. 5 wurde mit 7 gegen 5 Stimmen eingefügt: „Mandatsträger der Partei im Bundestag oder der Länderparlamente können nicht Mitglied des Bundesvorstands sein.“

zu § 10:

In der ursprünglichen Fassung der Grünen heißt es, daß die Bestimmungen für die Bundesorgane „analog für die entsprechenden Organe der Landes-, Kreis- und Ortsverbände“ gelten, womit ein streng hierarchischer Parteaufbau abgesichert werden soll. Von daher sichert der mehrheitlich angenommene Vorschlag für einen Abs. 2 dieses Paragraphen („Die Kreis- und Landesverbände haben Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie“), keineswegs eine von den Buntten/Alternativen angestrebte Autonomie ab, da in dem darauf folgenden Satz eine Festschreibung auf den Abs. 1 dieses Paragraphen vorgenommen wird: „Programm und Satzung dürfen den Grundsätzen und Zielen der Partei nicht widersprechen.“

**WAHL
INFO**
NR.1 DEZ.79

INHALT:

Frankfurter Kongreß Vorschläge zum Programm	S. 2-3
Kurzberichte und Resolutionen der BuLi-Hamburg-VV	S. 4
Weitere Berichte von Buntten und Alternativen	S. 5-6
Erfahrungen mit der Parteibildung der GRÜNEN	S. 7-10
Veranstaltungsberichte Programm- und Satzungsdiskussion	S. 10-12 S. 12-16

Für DM -50 über die Verlags-
adresse zu bestellen

Landesverbandsgründung der Grünen in Niedersachsen

Am 9.12. wurde in Niedersachsen der Landesverband der Grünen bei 250 Anwesenden und bei knapp 120 stimmberechtigten Delegierten (für 1200 Mitglieder, das entspricht auch der Mitgliederstärke der GLU) gegründet. Verschiedet wurde eine Satzung, der die grüne Satzungs-Präambel ohne Diskussion vorangestellt wurde. Es wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluss bei Doppelmitgliedschaft in anderen Parteien in der Satzung verankert (60:50), während für eine Satzung ohne jeden UVB nur 38 Delegierte stimmten. Zusätzlich können die Kreisverbände einen Mitarbeiterstatus (auch für Gruppen) einrichten; allerdings auch mit der Hälfte der Mitglieder alle Gruppierungen ausschließen, die nicht „Grundsätzen“ und „Methoden“ der Grünen entsprechen. Ansonsten sollen Männer und Frauen gleichberechtigt in die Gremien gewählt werden. Die Kreisverbände entscheiden über

die Mitgliedschaft, die vorgesehene Einspruchsmöglichkeit des Vorstands wurde aus dem Entwurf gestrichen. Vorstandssitzungen sind öffentlich, verankert wurde auch das rotierende System bei Vorständen (2-fache Wiederwahl ist erlaubt).

Nur wenig Gedanken wurde sich von der GLU über ein weiteres Zusammengehen mit den Bunten/Alternativen gemacht. Als Mitglieder des GLU-Kreisverbandes Hannover erklärten, man habe beschlossen, sich für 2 Delegierte der Hannoveraner Bunten einzusetzen, wurde diesem Antrag einfach mit großer Mehrheit überhaupt jede Diskussion und Abstimmung verweigert. Als Vorstand wurden gewählt Josewski/Hildesheim Frau Holt/Stade und Langer von der GAZ. Schriftführer wurde Bading (aus Hannover), als Kassiererin gewann Frau Boldt aus der GAZ gegenüber Grete Thomas, die bisher die GLU-Kassiererin war.

Protestresolution

Auf der Bundesmitgliederversammlung der SPV „Die Grünen“, die am 3./4.11.79 in Offenbach stattfand, wurde mit 348:311 Stimmen ein Antrag abgelehnt, der ein Verbot von Doppelmitgliedschaften (=Unvereinbarkeitsbeschluss) forderte. Gegen dieses Votum der Mitgliederversammlung wird laufend verstoßen: sowohl der Satzungsentwurf der zentralen Satzungskommission der SPV „Die Grünen“ als auch der in der GLU Niedersachsen umlaufende Satzungsentwurf sehen Unvereinbarkeitsbeschlüsse vor. Die Mustersatzung der zentralen Satzungskommission, der deshalb eine große Bedeutung zukommt, weil die zu verabschiedende Bundessatzung in den wesentlichen Teilen von den Untergliederungen der zukünftigen Partei zu übernehmen ist, geht sogar soweit, auch eine weitere Mitgliedschaft in „parteiähnlichen Organisationen“ für unvereinbar zu erklären. Eine solche Klausel kann ohne weiteres auch auf die Mitgliedschaft in Bunten/Alternativen

Listen bzw. Wählerinitiativen ausgedehnt werden. Der künftige Bundesvorstand soll ferner unter bestimmten Bedingungen die Rechte erhalten, Verweise zu erteilen, Kreis- bzw. Landesvorstände des Amtes zu entheben und Gebietsverbände aufzulösen.

Wir müssen dazu feststellen:

1. Der vorläufige Vorstand bzw. die zentrale Satzungskommission ignorieren heute schon Abstimmungen der Mitgliederversammlung.
2. Dem noch zu wählenden Vorstand sollen Rechte zugestanden werden, die ihm eine Machtfülle verleihen, durch die er sich in keiner Weise mehr von den Vorständen der etablierten Parteien unterscheiden wird.

Wir nehmen aufgrund dieser Feststellungen an, daß der in dem Präambel-Entwurf enthaltene Teil zur Frage der Basisdemokratie in der Praxis ohne jegliche Bedeutung bleiben wird.

Darüberhinaus fehlen in dem Präambel-Entwurf präzise Aussagen gegen die Unterdrückung der Frauen

(insbesondere wird nicht die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert) und gegen den Abbau demokratischer Rechte (z.B. Weg mit den Berufsverböten). Zu diesen Punkten haben wir — neben der Frage der Kernenergie — in unserem Kreisverband die meisten Aktivitäten entwickelt.

Aus den genannten Gründen sehen wir uns b.a.w. außerstande, hier im Ammerland für die Gründung eines Kreisverbandes der SPV „Die Grünen“ einzutreten. An dem am 12./13.1.80 in Karlsruhe stattfindenden Gründungsparlament, auf dem sich diese Fragen endgültig entscheiden werden, wollen wir deshalb teilnehmen. Wir fordern gemäß unserer Mitgliederstärke die Anerkennung von zwei Delegierten.

Sitzung des KV Ammerland/GLU Niedersachsen am 5.12.79: Der Beschluss wurde einstimmig (8 Stimmen) angenommen.

Heinz Brandt: „Klassenkampf unvereinbar mit der grünen Idee“

Die Vertretung des Klassenkampfes ist mit der Mitgliedschaft innerhalb der grünen Partei unvereinbar; dies ist das Fazit der Ausführungen von Heinz Brandt, eines der führenden Theoretiker der Grünen, auf einer Podiumsdiskussion in Hamburg. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Wollen wir das System verändern?“ Podiumsteilnehmer waren neben Heinz Brandt: Eberhard Bueb (2. GAZ-Vorsitzender in Bayern), Milan Horacek (CSSR-Emigrant, Freie Internationale Universität), Max Winkler (AUD-Bayern) und Holger Strohm (ehemaliger Kandidat der Bunten Liste).

Was die Sprecher sich tatsächlich unter Systemveränderung vorstellen, blieb, sehr zum Unmut der meisten Besucher, weitgehend im Dunkeln. Am konkretesten wurden noch Eberhard Bueb und Heinz Brandt. Ersterer propagierte unter der Devise „Small is beautiful“ die Hinwendung zu einem Wirtschaftssystem der Selbstversorgung, der „Kleinproduktion“ und dem Aufbau von kleinen, überschaubaren gesellschaftlichen Einheiten. Dies sei allerdings nur auf einem hohen technologischen Stand möglich und bei Ausgleicheung der bestehenden

Ungleichheiten zwischen Industriationen und „Entwicklungsländern“. Er stellte in Frage, ob die grüne Partei schon so geschaffen sei, um radikale und demokratische Änderungen herbeizuführen und setzte sich in diesem Zusammenhang für mehr „Toleranz“ bei der Parteigründung ein. Heinz Brandt stellte die Frage in den Mittelpunkt, wie „die drohende Katastrophe zu verhindern sei“. Es gehe um Leben oder Tod und erst in zweiter Linie um die Veränderung des Systems. In erster Linie gehe es darum, daß der eine Mensch nicht des anderen Wolf sei, sondern im Gedanken der christlichen Nächstenliebe eine Änderung des menschlichen Zusammenlebens herbeigeführt werde. Es war schon etwas skurril, daß er, der sich selbst noch als Marxist bezeichnet, das Christentum als den ersten Versuch einer umfassenden Änderung des menschlichen Zusammenlebens pries.

In der Diskussion mit den Besuchern der Veranstaltung ging es dann im wesentlichen um folgende Fragen: Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der grünen Partei; wie stellt sich die grüne Partei zu den Arbeiterforderungen und zum Klassenkampf; welches Verhältnis hat sie zu den

Bürgerinitiativen.

Alle Podiumsteilnehmer sprachen sich gegen formale Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus, wobei von Heinz Brandt gleich die Einschränkung gemacht wurde, es solle ein 10-Punkte Katalog aufgestellt werden, den jeder anzuerkennen habe. Völlig flüchtig er aus, als es um die Frage des Klassenkampfes ging. Laut Satzung sollen alle Mitglieder auf die Vertretung eines Gesamtinteresses und gegen die Vertretung von Gruppeninteressen verpflichtet werden. Dies bedeutet natürlich ein inhaltlicher Unvereinbarkeitsbeschluss gegen alle Sozialisten.

Heinz Brandt beschimpfte die Klassenkampfvertreter als „Steinzeitideologen“ (ein Vokabular, das den AKW-Betreibern entliehen ist!); es gehe heute um die Frage „Leben oder Tod“; wer dies nicht einsehen wolle, könne nicht Mitglied der Grünen werden; die Grünen würden dafür sorgen, daß jeder, der, wie die „K-Gruppen“, die Vertretung des Klassenkampfes in die grüne Partei hineinbringen wolle, ausgeschlossen werde. Die grüne Partei sei eine Ein-Punkt-Bewegung, die mit keinerlei anderen Fragen verwässert werden dürfe.

Für diesen Beitrag erntete er schon als einziger Sprecher Buh-Rufe von dem sonst sehr höflichen Publikum. Dies brachte ihn aber kaum zum Nachdenken, sondern er steigerte seine Angriffe noch. Auf Nachfrage, wie es die grüne Partei mit dem „praktischen Widerstand gegen die AKWs“ halte (wie dies in Spontikreisen immer genannt wird), beschimpfte er militante Teile der Anti-AKW-Bewegung als „Terroristen“. Das Sprengen von Strommasten der AKWs läge auf der gleichen Ebene wie die Knieschüsse der italienischen Terroristen. Noch weiter ging er als er sich im Namen der Grünen gegen jede militante Aktion aussprach; sie wollten Millionen gewinnen und das ginge nur auf absolut gewaltfreiem Weg.

Damit hatte er den Saal vollends

gegen sich, und zwar auch den Teil, der offenkundig Sympathien für die Grünen empfindet. Die anderen Sprecher gingen auf diese Fragen differenzierter ein. Sie sprachen sich für eine Zusammenarbeit mit allen Kräften der bunt-alternativen Bewegung aus. Keiner jedoch „wagte“ es, zu erklären, daß Heinz Brandt nicht repräsentativ für die Grünen sei.

Und so wird er weiterhin landauf landab reisen und die Einengung der grünen Partei auf den „Lebensschutz“ und den Erhalt der Gattung, bei Ausgrenzung sozialer und radikaldemokratischer Fragen, offiziell im Namen der Grünen propagieren. In diese Richtung herrscht eben die Toleranz, die gegenüber der Linken verweigert wird. Das ist sicherlich kein Zufall.

Willi Hoss: Von links in die Mitte?

Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler Benz, ausgeschlossen aus der IG Metall und Mitglied im Sozialistischen Büro (SB), gilt innerhalb der Linken

draußen bleiben sollten.“ Und in einer Fernsehsendung des Süddeutschen Rundfunks (4.12.) sprach er sich schon für das Verbot der Don-

hinwendung zu einem Wirtschaftssystem der Selbstversorgung, der „Kleinproduktion“ und dem Aufbau von kleinen, überschaubaren gesellschaftlichen Einheiten. Dies sei allerdings nur auf einem hohen technologischen Stand möglich und bei Ausgleicheung der bestehenden

in der Diskussion mit den Besuchern der Veranstaltung ging es dann im wesentlichen um folgende Fragen: Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der grünen Partei; wie stellt sich die grüne Partei zu den Arbeiterforderungen und zum Klassenkampf; welches Verhältnis hat sie zu den

tur sorgen, daß jeder, der, wie die „K-Gruppen“, die Vertretung des Klassenkampfes in die grüne Partei hineinbringen wolle, ausgeschlossen werde. Die grüne Partei sei eine Ein-Punkt-Bewegung, die mit keinerlei anderen Fragen verwässert werden dürfe.

Neue Wege der Integration Die SPD und die bunt-alternativ-grüne Bewegung

Nach zehn Jahren Regierungstätigkeit ist Integrationskraft der SPD nach links arg zerschossen. Die Wahlerfolge der bunten, alternativen und grünen Listen machen deutlich, daß ein organisierter Bruch mit der SPD begonnen hat und dies insbesondere innerhalb der Jugend. Dies hat innerhalb der SPD zu einem Diskussionsprozeß geführt, wie diese Partei ihre Integrationskraft zurückgewinnen kann oder welche anderen Wege es gibt, die Jugend an dieses System zu binden.

Einer der führenden Theoretiker in dieser Richtung ist der Westberliner Kultursenator Peter Glotz. Er geht davon aus, „daß eine erhebliche Minderheit der jungen Generation... in teils kritischer, teils aggressiver Distanz zu den Institutionen, teilweise zum Staat, ja mehr noch zum Teil auch zur industriellen Zivilisation steht.“ Er warnt davor, sich darauf zu verlassen, daß sich diese Probleme im Arbeitsprozeß auflösen werden, denn „einer großen Zahl von ihnen fehlt eine innere Bindung an die Art von Demokratie, die wir für richtig halten.“

Glotz kommt dabei zu der Erkenntnis, daß mit dem normalen Instrumentarium der SPD die Integration nicht mehr zu schaffen ist; denn „eine erhebliche Anzahl der 18-25 jährigen kritisiert uns nicht etwa, weil wir unseren Idealen nicht konsequent genug folgen; sie haben vielmehr das Gefühl, daß wir mit ihnen gar nichts mehr zu tun haben, daß wir ihrer Bereitschaft, sich zu engagieren, überhaupt kein Ziel bieten“ (alle Zitate in der „FR“ vom 6.9.79).

Glotz selbst hat bisher kein umfassendes Integrationskonzept vorgelegt. Bekannt geworden ist er durch das Anbieten des „Dialogs“ an die alternative und Studentebewegung. Er empfiehlt der SPD, erst einmal das Gespräch mit den neuen Bewegungen zu suchen, um die SPD im ersten

Schritt als Gesprächspartner akzeptabel zu machen.

In dieser Richtung scheinen die Überlegungen innerhalb der SPD schon einige Früchte getragen zu haben. Selbst ein Technokrat wie der Forschungsminister Hauff kommt zu der Erkenntnis: „Es gibt eine neue APO... Sie ist auch die Suche nach neuen Lebensstilen, neuen zwischenmenschlichen Kontaktformen u. nach Selbstfindung.“ Und völlig im Gegensatz zu der sonstigen Demagogie gegen angebliche „Maschinenstürmer“, „Technikfeinde“, „Zivilisationsgegner“ usw. schmeichelt er plötzlich dieser Bewegung: „Für mich ist es in der Tat beeindruckend, was etwa im Bereich der alternativen Gruppen innerhalb weniger Jahre geschaffen worden ist... Unabhängig von jeder Bewertung zeigt dies doch, daß unsere Gesellschaft versucht, kreative Antworten auf eine neue Situation zu finden.“ Es ist schon erstaunlich, zu welchen Verwandlungskünsten SPD-Politiker immer wieder fähig sind und mit welcher unerschämter Selbstverständlichkeit sie einerseits breite Teile der arbeitenden Bevölkerung gegen die oppositionellen Bewegungen aufzuheben versuchen, um sich gleichzeitig als Partner anzubieten. Auch für Hauff stellte sich aus den oben ausgeführten Betrachtungen die Frage, ob die SPD in den 80er Jahren „in gleicher Weise (wie Anfang der 70er Jahre, Ann.AK) ihre Dialog- und Integrationsfähigkeit unter Beweis stellen kann“ (Zitate nach „Vorwärts“, 22.11.79).

Der SPD-Chef, Willi Brandt, hat sich über die politisch-theoretischen Fragen hinaus schon Überlegungen zur praktischen Seite dieser für die SPD und das kapitalistische System notwendige Integration gemacht. Er geht davon aus, daß dies nicht so einfach sein wird, wie gegenüber der APO, da die heutige Bewegung viel mehr in die Breite geht. Er schreibt

der SPD in diesem Prozeß eine „wichtige Rolle“ zu, aber er glaubt nicht, „daß sie (die SPD, Ann.AK) in der Lage sein wird, sich allein (Herv.AK) anzubieten als Partner derer, die es umtreibt.“ („Vorwärts“, 29.11.). Wenn die SPD dies nicht allein schaffen kann, muß also eine andere Organisation diese Rolle übernehmen. Da gegenwärtig nicht abzusehen ist, daß von der SPD eine eigene Organisation zu diesem Zweck aufgebaut wird, bleibt nur die grüne Partei. Um diesen Zweck zu erreichen, muß mit allen Registern gerechnet werden: von dem Versuch der politischen Beeinflussung über die Anbindung an die SPD bis hin zu direkten Infiltration von SPD-Politikern in diese Partei.

Die ersten Ergebnisse dieses Kurses sind heute schon sichtbar. So, wenn der grüne Olaf Dinne die Möglichkeit eines Verzichtes der Kandidatur der Grünen offen hält; so die vielfältigsten Versuche, radikaldemokratische Positionen aus dem Programm herauszuhalten; so der Versuch, einen scharfen Trennungsstrich gegenüber der radikalen und revolutionären Linken zu ziehen, die immerhin in den vergangenen zehn Jahren ein wesentlicher Bestandteil der fortschrittlichen Opposition gewesen ist. In diesem Sinne muß auch das Auftreten eines Rudi Dutschke verstanden werden, der immer wieder die Gründung einer linkssozialistischen Partei als „verfrüht“ erklärt hat und nun plötzlich zu den aktivsten Verfechtern einer rein grünen Partei gehört; ebenso wie sein Freund Heinz Brandt, der immer wieder das „kleinere Übel“ propagiert hat und heute zu den schärfsten Antikommunisten innerhalb der Grünen zählt. Es ist wohl kein Zufall, daß dies allesamt ehemalige Unterstützer der Sozialdemokraten sind.

Willi Hoss: Von links in die Mitte?

Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler Benz, ausgeschlossen aus der IG Metall und Mitglied im Sozialistischen Büro (SB), gilt innerhalb der Linken als ein Repräsentant der linksoppositionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Er hat sich erstmals vor sechs Wochen in die Debatte um eine alternative Wahlbeteiligung zu den Bundestagswahlen eingeschaltet. Seitdem hat er sich selbst offenkundig zu den Grünen. Und genau seit diesem Zeitpunkt hat er in wesentlichen Fragen bemerkenswerte Positionswechsel vorgenommen, die charakteristisch sind für die allmähliche Aufgabe linker Positionen bei Übernahme der grünen Ideologie.

1. Die Sache mit den K-Gruppen

In seinen ersten Äußerungen (Gespräch mit der „taz“ abgedruckt am 19.10) geht er von „schwerwiegenden Spannungen“ zwischen den Grünen und den Linken und Kommunisten aus. Er forderte jedoch, „daß beide Seiten bereit sind, aufeinander zuzugehen“. Am Ende eines solchen Prozesses sollte stehen, daß die Linke zeigt, „daß sie aus der Geschichte gelernt hat“, und die Grünen erkennen, „daß die Umweltprobleme im Kern Probleme ihrer eigenen bürgerlichen Gesellschaft sind“. Auch einen Tag später (am 20.10. auf einer SB-Tagung) setzte er sich damit auseinander, daß in der Ökologiefrage bürgerliche Kräfte die Führung inne hätten. Als Ausnahme hob er damit die Brokdorf III-Demonstration hervor, die wesentlich vom KB getragen worden sei.

In einem AK-Bericht hoben wir damals hervor, daß Willi Hoss keineswegs wie die „taz“ behauptet hatte, auf dieser Tagung identische Positionen wie Dutschke vertrat. Freilich: die „taz“ hatte den besseren „Riecher“, was die folgende Entwicklung angeht.

Einen Monat später stellt sich für Hoss die Sache schon anders dar. In einem Gespräch mit der „FR“ (abgedruckt am 17.11.) antwortet er auf die Frage der Mitarbeit von Mitgliedern kommunistischer Organisationen: „Aus den oben genannten Gründen (Wachstumsfrage, traditionelle Arbeiterbewegung, Ann.AK) im Zusammenhang mit unserem Demokratiebegriff meine ich, daß sie

draußen bleiben sollten.“ Und in einer Fernsehsendung des Süddeutschen Rundfunks (4.12.) sprach er sich schon für das Verbot der Doppelmitgliedschaft aus; er sei der Meinung, „daß jemand, wenn er sagt, bei den Grünen ist er für basisdemokratische Arbeit, dann kann er nicht zugleich auf der anderen Seite in einer Partei sein, die dem demokratischen Zentralismus huldigt“ (Mitschnitt).

Daß hier wiederum ein prominenter Vertreter des SB für den Ausschluss organisierter Kommunisten aus der Wahlbewegung agitiert, erinnert in mancherlei Hinsicht an das Russell-Tribunal und dessen Organisation, wo ebenfalls einzelne führenden Köpfe des SBs diese Rolle übernommen hatten.

2. Die Sache mit den Arbeiterforderungen

Im „taz“-Gespräch vertrat Hoss noch die Ansicht, die Wählbarkeit der grünen Partei für Arbeiter „hänge davon ab, inwieweit deren Probleme und Forderungen in deren Programmatik auftauchen“ würden. Er wandte sich gegen Gruhl; dessen Vorstellungen seien jedoch nur zurückzudrängen, wenn sich die Arbeiterinitiativen selbst in die Diskussion einschalten würden. Man hätte erwarten können, daß sich Hoss gerade diese Aufgabe stellen würde, also den Forderungen der Arbeiter Nachdruck zu verleihen und die reaktionäre Verzichtsideologie als arbeiterfeindlich zu bekämpfen. Doch auch hier kam es anders, als man denkt. Schon in Offenbach vertrat er die Idee einer „neuen Arbeiterbewegung“, die sich von der Wachstumsorientierung frei machen müsse. Im schon genannten „FR“-Gespräch spielen diese Forderungen gar keine Rolle mehr. Dort heißt es auf entsprechende Fragen, von der Orientierung auf die Arbeiterklasse „müssen wir Abstand gewinnen“, neue Widersprüche würden eine „neue breitere Politik erfordern“.

Willi Hoss hat seine Mitarbeit bei den Grünen angekündigt. Man darf gespannt sein, wie er seine Rolle als Linker und als Vertreter der oppositionellen Arbeiterbewegung noch einsetzen wird, und welche linken und Arbeiterideen dabei noch über Bord gehen.

Vom roten Jochen zum grünen Steffen

Der „rote Jochen“, wie Jochen Steffen sich selbst gern bezeichnen ließ, ist aus der SPD ausgetreten. Nachdem er noch vor wenigen Wochen verkündet hatte, er wolle die SPD verlassen, wenn diese auf ihrem Berliner Parteitag „... mit Mehrheit (sich) für eine Zwischenlagerung von Atommüll entscheiden sollte“ (Interview mit „Quick“, zitiert nach „FR“, 24.11.79), veröffentlichte die „TAZ“ am 29.11. einen offenen Brief an den Landesvorsitzenden der SPD in Schleswig-Holstein, Jansen, in dem es lapidar heißt: „Kurz: hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der SPD“. Zur eigenen politischen Zukunft führt Steffen darin aus: „... ich habe nicht die Absicht, Mitglied der Grünen zu werden. Aber ich werde, soweit man als „Staatsbürger“ seine Meinung verbreiten kann, mit der sachlich erforderlichen Distanz bei der kommenden Wahl für sie eintreten“.

Steffen war 30 Jahre Mitglied der SPD und nahm in ihr nicht nur auf der Ebene der Landespolitik in Schleswig-Holstein führende Positionen ein. Steffen war nicht nur lange Jahre Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein, Spitzenkandidat der SPD bei Landtagswahlen und „Oppositionsführer“ im Landtag. Er war auch lange Jahre Mitglied des Bundesvorstandes der SPD, Mitglied der sog. Strategiekommision und Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD. Mit Steffen hat nicht nur ein als „prominent“ zu bezeichnender Sozialdemokrat die SPD verlassen, sondern auch jemand, der über Jahre zur engeren Führungsriege der SPD gehört hat. Er gehörte zu den strategischen Vordenkern in der SPD. Es lohnt sich, sich daran zu erinnern, daß die Konzepte der Reintegration großer Teile der APO in die SPD Anfang der siebziger Jahre auch die Handschrift Steffens trugen.

Steffen hat später, zeitlich etwa beginnend mit dem Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung, die „Entwicklung „neuer Protestbewegungen“ aufmerksam verfolgt und in verschiedenen Kommentaren (vor allem in DAS DA-avant) auf die sinkende Integrationskraft der SPD hingewiesen. In seinem „Abschiedsbrief“ an Jansen erinnert er noch einmal ausdrücklich an die in der SPD-Führung in Schleswig-Holstein entwickelten Positionen zur „Zusammenarbeit“ mit der Bürgerinitiative in Schleswig-Holstein entwickelten Positionen zur „Zusammenarbeit“ mit der Bürgerinitiativen-Bewegung. Er schreibt dort: „Wir meinten, im Kern stimmten sie (die Bürgerinitiativen) mit uns überein, in den anderen Punkten teilweise. Wir wollten die Frontstellung zwischen ihnen und unseren Repräsentanten abzubauen versuchen. Zumal sie „eigentlich“ in einem zentralen Punkt das gleiche wollen wie wir ... Wir haben nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der „entstehenden Umweltschutzbewegung“ ein Raster der Bewertung zugrunde läge, der dem Wertesystem humanistischer, demokratischer Sozialisten weitgehend entspräche. Immer wieder haben wir wiederholt, daß hier ein schwerer Bruch im sozioökonomischen Konsens auftreten müsse, der bei wachsendem Problemdruck Freiheit und Demokratie gefährden werde“ („TAZ“, 29.11.).

Der Versuch, die Bürgerinitiativen zur SPD zurückzuholen, ist für Steffen zumindest kurzfristig gescheitert. In bezug auf die Grünen, die sich selbst als parlamentarischer Arm der Bürgerinitiativen begreifen, meint er deshalb: „Wenn heute die da unten nicht mehr wollen, was die da oben auch nicht mehr können, dann werden sie Grüne. Sie sind unmittelbar ein Ausdruck des Protestes. Mittelbar verkörpern sie ein neues, wenn auch sich selbst unklares Prinzip, miteinander zu leben. Sie haben also eine neue Strategie. Sie suchen nach dem verlorengegangenen Menschen, um ihn tatsächlich in einen noch nicht genau bestimmten Mittelpunkt zu stellen“ (DAS DA, 1/79). Weil die Grünen in diesem Sinne allgemeiner Menschlichkeitsphilosophie ihre Ideen der realen sozialdemokratischen Politik wirksam entgegengesetzt können, wird die SPD Steffens Meinung nach weiter an die Grünen verlieren. „Je handfester und galoppierender die Grünen die galoppierende Entmenslichung und das Wüten gegen eine lebensfähige Natur stoppen, um so mehr werden sie in Wählerschichten der Sozialdemokratie vorstoßen“ (DAS DA, 1/79). Steffen befürchtet deshalb auch: „Der Konkurrenzkampf zwischen Grünen und Sozialdemokraten

um die Wählerstimmen wird zunehmend ihr Verhältnis bestimmen. Ein Vorgeschmack war die Feststellung Egon Bahrs, die Grünen gefährdeten die Grundlagen der Demokratie“ (DAS DA, 1/79).

Trotzdem rät Steffen zu einer „vorsichtigen“ Politik der Grünen gegenüber der SPD. Die sachlich erforderliche Distanz, die er zu den Grünen in seinem Brief an Jansen propagiert, ist in DAS DA noch als verklausulierte Ablehnung einer Bundestagskandidatur formuliert. „Die Grünen täten gut daran, diesen Klärungsprozeß in der SPD vorsichtig zu behandeln. Einmal, weil ihre eigene Koalition von Gruhl bis Dutschke noch der wachsenden Selbstverständigung und der inneren Profilierung bedarf. Zum anderen, weil in der SPD selbst der Abmarsch auf prinzipielle Positionen der Grünen erst begonnen hat. Denen wird Schmidt den Marsch blasen. So benötigen die Grünen selbst noch Zeit. Und die Zeit arbeitet für sie. Wer in dieser Lage ist, der sollte sich auch Zeit nehmen...“

Endlich und nicht zuletzt: die kommende Bundestagswahl wird den politischen Konsolidierungsprozeß der Grünen vorerst unterbrechen. Die sogenannte Alternative Schmidt oder Strauß wird die mögliche Wählerschaft der Grünen spalten. Etliche werden sich sagen, solange die Grünen nicht stabilisiert sind, ist der Weg in ein autoritäres System mit schlechtem Gewissen besser, als der gleiche Weg mit gutem Gewissen.“ Für sich meint Steffen allerdings: „Ich werde zwar die SPD nicht wählen. Für mich ist die Grenze des Zumutbaren erreicht“ (DAS DA, 1/79).

Im Brief an Jansen spricht er die Grünen von dem Vorwurf, sie könnten Strauß zur Macht verhelfen, frei: „Es ist für mich unwahrscheinlich, daß der Kanzler die Wahl verliert“. Wenn er sie verlieren sollten, dann nicht wegen „der Grünen“. Dann würde er verlieren, weil die „wenig politisierten Personen, die um die Grenze „milder Armut“ herum existieren, nicht mehr für die Wahl der SPD zu motivieren sind. Das wäre dann eine Art „Gerechtigkeit“, die eine Folge mangelnder Solidarität ist“ (TAZ, 29.11.).

Das weitere Engagement des Neugrünen Jochen Steffen in der grünen

Das weitere Engagement des Neugrünen Jochen Steffen in der grünen Wahlbewegung ist demnach noch unklar. Mit seinen jüngsten Erklärungen hat er sich noch mehrere Wege offen gelassen. Klar dürfte allerdings sein, daß sich Steffen, wenn er sich in den grünen und alternativen Parteibildungsprozeß stärker einschalten sollte, sich nicht für eine grün-bunte Einheit unter Einbeziehung von Kommunisten und ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse einsetzen wird. Seine Vorstellung von einer grünen Partei reicht ausdrücklich nur von Gruhl bis Dutschke. In einer „Personenbeschreibung“ des derzeit in Österreich lebenden Steffen bescheinigt ihm der „Spiegel“ auch: „Der Staatssozialismus, der Sozialismus der leninistischen Eliten, hat den radikalen Demokraten stets mit kalter Wut erfüllt“ („Spiegel“, 3.12.79).

Steffens Austritt markiert sicherlich die wachsenden Schwierigkeiten der SPD und des bürgerlichen Parteiensystems mit der Wahlbewegung. Langfristig könnten ehemalige Spitzenkader der SPD wie Steffen für die SPD aber zum Gewinn werden, wenn diese Kräfte in der Wahlbewegung den Antikommunismus propagieren, sich mit den rechten grünen Positionen verbinden und sich gegen radikale und antikapitalistische Umwelt- und Gesellschaftskritik stemmen. Bekanntlich sind die „kleinen Steffens“ der Bremer Grünen um O.Dinne in diesem Sinne schon munter zugegangen. Auf dem SPD-Parteitag dominierten noch die Positionen, die eine scharfe Abgrenzung der SPD von den Grünen und Buntten als „Wahlkonkurrenten“ gefordert haben. Was aber, wenn eine grüne oder alternative Partei die 5 %-Hürde nimmt? Steffens ehemaliger SPD-Kollege Jansen denkt hier schon weiter: „Die Grünen werden nicht nur in Bremen stärker werden, wenn wir als Alternative nicht mehr akzeptiert werden.“ Und die Frage nach einer möglichen Koalition mit den Grünen beantwortet er schlicht: „Koalitionsfragen beantworte ich auf jeder Ebene erst nach den Wahlen“ (DAS DA, 1/79).

Rai./Göttingen

Basisgruppen auf dem grünen Trip

Innerhalb der Basisgruppen-Fraktion in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), einem Zusammenschluß linker studentischer Vertretungsorgane, Gruppen und Einzelpersonen, wird jetzt massiv für den Eintritt in „Die Grünen“ geworben. Am Wochenende 1./2.12. wurde von einem kleinen Kreis ein diesbezüglicher „Offener Brief“ im Namen der Basisgruppen verabschiedet, der zusammen mit Beitrittsformularen der Basisgruppen-Fraktion verschickt wurde.

Es ist gerade einen Monat her, daß die Diskussion um die Bundestagswahl 1980 und eine Beteiligung der Basisgruppen an einem Bündnis von Grünen, Buntten und Alternativen überregional begonnen wurde. Auf einem ersten Treffen unmittelbar vor dem Treffen der Grünen und Alternativen in Offenbach standen sich verschiedene Positionen gegenüber. Vertreten waren sowohl Positionen, die eher skeptisch gegen eine Wahlbeteiligung von Basisgruppen generell auftraten, Positionen, die eng aus der Mitarbeit in Buntten bzw. Alternativen Listen in Hamburg und Westberlin heraus argumentierten und solche, die gegen jede Blockbildung („Fraktionierung“) der Buntten und Alternativen und für sofortigen Eintritt und Mitarbeit bei den Grünen unter Akzeptierung der vorliegenden Präambel und Unvereinbarkeitsbeschlüsse eintraten.

Schon dieses Treffen war mit etwa 40 Teilnehmer/innen nicht gerade gut besucht. Es wurde eine Erklärung für das Treffen in Offenbach verabschiedet, in dem es u.a. heißt: „Die Basisgruppen unterstützen die Entwicklung einer politischen Alternative zu den herrschenden Parteien nach dem Prinzip Einheit in der Vielfalt. Sie verstehen sich als autonomer Zusammenschluß im Rahmen dieser Wahlbewegung, als Kräfte der Studentenbewegung, die den Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform im Kontext mit gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen vorantreiben. ... Eine aktive Wahlunterstützung und die Mitarbeit in einer alternativen grünen Partei wird u.a. davon abhängen, wie es für sie möglich wird, ihre politischen Vorstellungen einzubringen und als selbstbestimmter Faktor in diesem Rahmen mitzuwirken.“

Schon vor Offenbach gab es unter den Teilnehmer/innen des Basisgruppen-Treffens Differenzen darüber, ob die Basisgruppen sich an der Ausarbeitung und Diskussion von Standpunkten der Buntten und Alternativen zu Programm und Struktur der alternativen Partei beteiligen sollten.

Von Seiten eines Kreises von Basisgruppierern um den Vertreter der Basisgruppen im Vorstand der VDS, Ali Schmeissner (Tübingen) herum wird im wesentlichen gegen eine „Spaltungsfahrer“ auf Seiten der Linken gewarnt. A.Schmeissner formulierte seinen Standpunkt im folgenden

Rundbrief: „Will man also überhaupt über Programm und Organisationsstruktur mitbestimmen, hilft kein Gemjammer oder demagogisches Gehetze, wie es offenbar von einem Teil der Linken weiter betrieben wird. Man muß halt schleunigst Mitglied werden und durch die Herausbildung eines linken Flügels an der politischen Entwicklung praktisch teilhaben.“ (BG-Rundbrief, 20.11.).

Inzwischen ist von der Herausbildung eines linken Flügels nur noch die Aufforderung zum schnellstmöglichen Eintritt bei den Grünen geblieben.

Am Wochenende 1./2.12. formulierte ein kleiner Kreis von Basisgruppen-Mitgliedern einen „Offenen Brief“ „mit dem Ziel, Genos/innen als Mitglieder für die GRÜNEN zu werben, um einerseits mit dem Gewicht von undogmatischen Linken drohende Spaltungsprozesse von Seiten rechter GRÜNEN und sektiererischer Linker zu verhindern.“ (BG-Rundbrief, 2.12.).

Auf der Rückseite des Rundbriefs ist ein Eintrittsformular für „DIE GRÜNEN“ abgedruckt, mit der Aufforderung, dies nachzudrucken und möglichst zahlreich einzutreten.

Entsprechend ist der „Offene Brief“ so abgefaßt, daß weder auf die programmatischen und Struktur-Fragen eines alternativen Wahlbündnis eingegangen wird, noch eine Kritik an dem Vorgehen rechter Grünen und/oder Forderungen der basisdemokratischen und linken Bewegung an das Wahlbündnis formuliert werden. Stattdessen erschöpft sich der „Offene Brief“ in der Aufforderung, bei den Grünen mitzumachen. „Als Basisgruppen fordern wir die oppositionellen Strömungen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die Frauen- und Bürgerinitiativenbewegung, die Jugend- und Lehrlingsbewegung, die und außerparlamentarische Ökologie- und Alternativbewegung insgesamt auf, diesen Prozeß der Parteigründung mitzubeeinflussen ...“

In bezug auf die Auseinandersetzung in NRW wird der Schwerpunkt darauf gelegt, diejenigen, die einem vorschnellen und bedingungslosen Eintritt bei den Grünen noch kritisch gegenüberstehen, für „Die Grünen“ zu werben. „Wir sehen die Notwendigkeit einer breiten Mitgliederwerbung für die Grünen unter allen Kräften, die der bisherigen Programmatik und Organisationsauffassung kritisch gegenüberstehen ... Dies gilt auch (und besonders) für diejenigen Kräfte, die aufgrund lokaler alternativer Wahlbündnisse einem Eintritt in die Grünen skeptisch gegenüberstehen...“

Statt einer Stärkung der Positionen der buntten und alternativen Listen gegenüber der Politik rechter Grüner, die Parteigründung allein als ihre Sache durchziehen, werden hier die

buntten und alternativen Listen zum Verzicht auf ihre Eigenständigkeit aufgefordert. Entsprechend lehnt der Kreis der Basisgruppen, der hinter dem „Offenen Brief“ steht, den Versuch einer Einigung der Buntten und Alternativen über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den Grünen als „Kritik von außen, die stets den Gedanken eines programmierten Spaltungsmanövers Nahrung gibt“ ab („Offener Brief“).

Sie kündigen an, daß die Basisgruppier aus NRW sich an dem Frankfurter Kongreß der Buntten und Alternativen nicht beteiligen werden, weil gleichzeitig in NRW die Gründung des Landesverbands der Grünen stattfinden soll. Außerdem sehen sie „die Gefahr, daß auf diesem Kongreß die Linke den notwendig breit angelegten Bündnischarakter verdrängen könnte und die notwendige Kompromißbereitschaft für den Gründungs-Parteitag der Bundespartei Die Grünen am 12./13.1.80 in Karlsruhe in Vergessenheit gerät. Deshalb werden wir auf diesem Kongreß dafür eintreten, daß im Sinne unserer Haltung die Mitgliedschaft aller Strömungen der Linken in den grünen Kreisverbänden vollzogen wird...“

An die Adresse der GLH, der AL Westberlin und der BuLi Hamburg gerichtet, die ein eigenständiges Delegationsrecht zur Gründung der grün-alternativen Partei fordern, heben die Verfasser des „Offenen Brief“ während des Zeigefingers: „Wir weisen aber noch einmal darauf hin, daß ein formaler Streit um Delegiertestimmen einem inhaltlichen Prozeß der Programm- und Organisationsfindung eher hinderlich wäre, als diesen im Gesamtinteresse voranzutreiben.“

Eine Position, die vorgibt, vom Standpunkt eines „Gesamtinteresses“ über den Dingen zu stehen und über „kleine Streitereien“ hinweg die wahren Verfechter der Einheit von Grünen, Buntten und Alternativen zu sein.

Eine Position, die dem Kreis der Basisgruppen denkbar schlecht zu Gesicht steht, denkt man/frau nur an das Vorgehen, angesichts mangelnder Diskussion innerhalb der Basisgruppen insgesamt über die Wahlbewegung jetzt im Eilverfahren das Gewicht der Stimme der Basisgruppen für die Mobilisierung zum bedingungslosen Eintritt in „Die Grünen“ in die Waagschale zu werfen. Angesichts der mangelhaften Beteiligung der Basisgruppen an der Diskussion um die Grün-Bunte Einheit innerhalb der Basisgruppen an der Diskussion um die Grün-Bunte Einheit, angesichts der vorhandenen verschiedenen Strömungen innerhalb der Basisgruppen (Wahlboykott, Grüne und Bunte) die beileibe nicht auch nur ansatzweise ausdiskutiert sind, ist dieses Vorgehen nicht gerade ein Beweis für Basisdemokratie innerhalb der Basisgruppen.

Eine Genossin des SSB/Hamburg

Die „KPD“ und die Wahlbewegung – Aktuelles aus NRW

Wer die gegenwärtige Politik der „KPD“ in der Wahlbewegung verstehen will, hat es schwer. Die Erleichterung altgedienter Parteikader, daß auf die jahrelange rigide „Ausrichtung der Parteireihen“ seitens der Zentrale schon seit längerem verzichtet wird, ist so groß, daß man heute kaum noch zwei „KPD“ler findet, die sich einig sind. Oder es passiert einem, daß derselbe Genosse heute das Gegenteil von dem vorbringt, was er gestern noch mit Überzeugung vertreten hat.

Der Kommentar des „Ständigen Ausschusses“ der „KPD“ zum Darmstädter Alternativentreffen (v. 3.11.) und der dort entwickelten Präambel, in dem „die Entschlossenheit, auf richtigen programmatischen Positionen zu beharren“ begrüßt wurde, hat für die praktische Wahlpolitik der „KPD“ – zumindest in NRW – keine Bedeutung. Ob der „Ständige Ausschuß“ selbst noch daran festhält, ist zweifelhaft. Zu vermuten ist, daß das einigende Grundprinzip der „KPD“-Wahlpolitik – sich von Fall zu Fall der jeweils herrschenden Stimmung anzupassen – auch vor der Parteileitung nicht haltmacht.

Der „KPD“-Standardbeitrag, der eigentlich auf keinem grün-buntten Wahltreffen fehlt, auf dem grüne Machtpolitiker Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Abgrenzung nach links fordern, hat etwa folgenden Aufbau: Zunächst kommt eine ans Herz gehende Selbstkritik der früheren

sektiererischen Fehler der „KPD“; dann wird die Unzulänglichkeit der eigenen ideologischen Positionen (Stichwort „Marxismus in der Krise“) und die Lernfähigkeit der Partei betont. Die Linken fangen spätestens an diesem Punkt an, ungeduldig auf ihren Stühlen herumzuzurutschen, weil nach mehreren Minuten Redebeitrag immer noch kein Wort der Kritik am Abgrenzungskurs der grünen Macher gefallen ist. Aber dann kriegt der Parteiredner die Kurve und hängt noch folgende zwei Sätze (sinngemäß) an: „Seht ihr, ihr Grünen, die KPD hat aus ihrem Sektierertum gelernt. Macht ihr bitte nicht jetzt die gleichen Fehler, die wir jahrelang gemacht haben.“

Bei solcher Art der Selbstverleugung weiß man als Bunter (und Roter) buchstäblich nicht, ob man lachen oder weinen soll. Viele befallt wohl eher eine tiefe Traurigkeit, zumal die „KPD“ gegenwärtig scharf von der grünen Unvereinbarkeitspolitik betroffen ist. Sowohl die Delegierte der Buntten und Alternativen von NRW in der Bundes-Programmkommission als auch einer der Vertreter in der NRW-Präambelkommission (beide „KPD“) werden vom grünen Bundesvorstand bzw. den Landesvorständen wegen ihrer „KPD“-Mitgliedschaft nicht akzeptiert.

Neben solchen peinlichen Auftritten wird der Ausverkauf linker Verhandlungspositionen gegenüber den Grünen aber auch aktiv von der „KPD“ mitbetrieben. So hatte der Landes-Koordinationsausschuß der

Grünen in NRW beschlossen, zur Gründung der grünen Landespartei am 15./16.12. nur die zuzulassen, die bis zum 10.12. in die SPV Die Grünen eingetreten sind; Mitglieder anderer Parteien und des KB dürften nicht Gründungsmitglieder sein u.a. Mit Stimmen der „KPD“ (u.a. NRW-„Wahlstrategie“ Thomas Luczak) wurde auf dem Münsteraner Treffen von Buntten und Alternativen in NRW dazu ein Beschluß gefaßt, der eine ziemliche Kapitulation vor dieser grünen Machtpolitik bedeutet: Falls der Landeskoordinationsausschuß der Grünen seine Beschlüsse nicht am 6.12. zurücknehme, sollten alle Buntten und Alternativen bis zum 10.12. in die SPV Die Grünen eintreten. Der einzige „KPD“ler, der auf dem Landestreffen gegen diese Empfehlung gestimmt hatte, war übrigens ein Tag später – „angesichts der neuen (?) Situation“ – auf der Mitgliederversammlung der Grünen Alternativen Liste Münster (GAL) plötzlich dann auch dafür. Den gemeinsamen Beschluß des grün-bunt-alternativen Vorbereitungstreffens am 21.11. in Waltrop: „Gründungsmitglied sollen nicht nur die Mitglieder der „SPV“ sein können, sondern alle auf der Gründung Anwesenden, die sich als Gründungsmitglieder erklären wollen“ (zitiert nach „Rote Fahne“ vom 29.11.), hat für die „KPD“ schon wenige Tage später offensichtlich keine Verbindlichkeit mehr. Linke Blockbildung gegen rechte Erpressungsversuche ist nicht

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von S. 7

nach dem Geschmack der „KPD“. Anstatt – wie in Waltrop – die Bunt- und Alternativen zu mobilisieren und im „Block“ mit den kooperationsbereiten Grünen die Machtpolitik zu isolieren – was allerdings nur über eine inhaltliche Konfrontation möglich ist – verlegt sich die „KPD“ auf den Weg des individuellen Eintritts in die SPV. Die Abstimmung darüber, ob der Gründungskongress in NRW für alle Bunt- und Alternativen geöffnet wird, soll allein den SPV-Mitgliedern vorbehalten bleiben.

Die Politik des vorbehaltlosen Eintritts in die Grünen wird von der „KPD“ auch in Bezug auf die Gründung der Bundespartei bevorzugt. Wo immer es einen grünen Kreisverband zu gründen gibt, ist die „KPD“ dabei. Das Münsteraner Beispiel ist für den Anpassungskurs der „KPD“ recht aufschlussreich: Unter Mitwirkung der „KPD“ wird am 23.11. ein grüner Kreisverband gegründet, ohne daß das vorher mit der GAL abgesprochen worden wäre. Der „KPD“-Ortschef wird in den Kreisvorstand gewählt. Nur auf Antrag eines anwesenden KB-Mitgliedes wird der Kreisverband verpflichtet, sich für ein Delegationsrecht der bunt- und alternativen Listen, u.a. der GAL, zum Karlsruher Gründungskongress einzusetzen. Die „KPD“ ist gegen Nennung der GAL und stellt einen Gegenantrag, der allerdings keine Mehrheit bekommt. Ebenfalls auf Antrag eines KB-Mitgliedes und gegen den Antrag der „KPD“ nimmt der Kreisverband folgenden Paragraphen in seine Satzung auf: „Dieser Kreisverband steht sich auf kommunalpolitischer Ebene durch die GAL vertreten. Es soll eine enge Zusammenarbeit stattfinden.“

Geradezu grotesk wurde die Situation auf der Mitgliederversammlung der GAL am 3.12. Vom KB wurde eine Resolution vorgelegt, in der das Verhältnis GAL/Kreisverband geregelt wird. Nach der Kritik an der unabgesprochenen Gründung des Kreisverbandes werden in der Resolution für die GAL-Mitglieder Richtlinien für ihre Mitarbeit im Kreisverband festgelegt. Am Schluß wird auf die Bedenken der Bunt- und Alternativen gegenüber Masseneintritten in die grünen Kreisverbände hingewiesen und die Frankfurter Bundeskonferenz der Bunt- und Alternativen unterstützt. Eine teilweise wörtlich identische Resolution war schon von der

Bunt-Liste Bielefeld verabschiedet worden.

Um die Resolution vom Tisch zu bekommen, führten zwei „KPD“-ler unglaubliche Eiertänze auf. Der eine argumentierte zunächst, er sehe es nicht ein, solche „Selbstverständlichkeiten“ überhaupt abzustimmen; außerdem falle die Resolution hinter bereits in der GAL vereinheitlichte Positionen zurück. Auf das Angebot, die Resolution um diese Punkte zu erweitern (die er allerdings bisher noch nicht genannt hatte), kam er in arge Verlegenheit. Sein Genosse (der aus dem grünen Kreisvorstand) versuchte, ihm aus der Patsche zu helfen, indem er „Nichtbefassung“ beantragte, weil die Resolution „abwegig“ sei. Für Nichtbefassung stimmten außer den beiden „KPD“-lern aber nur noch drei weitere GAL-Mitglieder (bei etwa 50 Anwesenden). Daraufhin versuchte die „KPD“, die Resolution nicht etwa zu erweitern – wie vielleicht einige naiverweise angenommen hatten – sondern beantragte mehrere Abschwächungen bzw. Streichungen, die aber keine Mehrheiten fanden. Z.B. sollten nach Meinung der „KPD“ die Sätze gestrichen werden: „Wir teilen die Bedenken bunter und alternativer Listen, voreilig massenhaft in die grünen Kreisverbände einzutreten. Die Beteiligung von Listenmitgliedern an der Gründung von Kreisverbänden greift der notwendigen gemeinsamen Entscheidung der Bunt- und Alternativen nicht vor.“ Die Resolution wurde dann aber doch mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen.

Auch „Selbstverständlichkeiten“, d.h. uralte Essentials der Bunt- und Alternativen, liegen der „KPD“ heutzutage schwer im Magen: Sie können ja die Einheit mit den Grünen gefährden. Die Politik der „KPD“ in der Wahlbewegung ähnelt in mancherlei Hinsicht der Politik der DKP in den Gewerkschaften: fortgesetzte Anbiederungsversuche nach rechts bei gleichzeitiger Denunziation linker Politik; Stillhalte- und Anpassungskurs bis hin zur Selbstverleugung, in der Hoffnung, dadurch weniger aufzufallen und sich nicht den Zorn der Mächtigen zuzuziehen. Daß die „KPD“ mit dieser Politik – ebenso wie die DKP in der Gewerkschaft – den Ast absägt, auf dem sie selbst sitzt und den Rechten ihren eigenen Ausschluß erleichtert, liegt auf der Hand.

Ein Genosse des KB/Gruppe Münster

Versuch eines Alleingangs in Westberlin

In der Alternativen Liste Westberlin betreibt eine kleine Gruppe von Noch-Alternativen und Schon-Grünen, die sich vor allem in der AG Bundestagswahlen der AL konzentriert, eine ganz rabiate Politik des sofortigen, massenhaften Eintritts in die Grünen. Diese Gruppe polemisiert offen gegen den Frankfurter Beratungskongress von Bunt-ten, Alternativen und Linken, bezeichnet eine „Einigung von Bunt-ten und Alternativen“ als „klassische Latrinenparole“, und setzt sich stattdessen für eine bewußte „Zuspitzung“ der Widersprüche innerhalb der Bunt-ten und Alternativen Listen ein (Zitate aus einem Text-Entwurf von E. Hopfischek). Umgekehrt gilt ihnen z.B. das Bestehen auf einem Delegationsrecht der Bunt-ten/Alternativen für Karlsruhe als „Spaltungs“-Versuch! Sie verhehlen auch nicht, daß sie den „Klärungsprozeß, der sich z.Zt. innerhalb aller linken Organisationen beobachten läßt“ (Sprich: Auflösungsstendenzen); „fordern“ wollen. Diese Gruppe – obwohl zahlenmäßig nicht sehr stark – nimmt heute maßgeblichen Einfluß auf die Politik der AL Westberlin gegenüber den Grünen. Zwei nicht unbedeutende Mitglieder dieser Gruppe sind selber gar nicht mal besonders lange bei der AL (Klaus Wolschner, der von der Bremer BGL kommt, oder Manuel Bohn, ehemaliger Basisgruppenfunktionär und heute Redakteur der „taz“, die die AL im Westberliner Wahlkampf nicht gerade mit Freundschaften bedacht hat).

Daß diese Gruppe, die ganz eindeutig die Interessen der Grünen bei

der AL wahrnimmt (und nicht umgekehrt!), einen so wesentlichen und verhängnisvollen Einfluß auf die „Außenpolitik“ der AL nehmen kann, ist nur dadurch zu erklären, daß sie von der Westberliner „KPD“ offenbar als engster Bündnispartner angesehen wird.

Nach dem ursprünglichen Zeitplan der AL war vorgesehen, daß die AL ihre endgültige Entscheidung über ihr Verhalten gegenüber den Grünen erst nach einer Absprache mit den anderen Bunt-ten und Alternativen Listen fällt. Dieser Zeitplan ist auf Drängen der grünen Fraktion so verändert worden, daß die Mitgliederversammlung der AL am 13.12. – also einen Tag vor Frankfurt – stattfindet. Dort wollen Hopfischek, Bohn, Sellin usw. massiv für den Eintritt in die Grünen werben, da in Frankfurt „sowieso nichts herauskommt“. Aber auch Johanna Mayr („KPD“) plädiert für den unmittelbaren, individuellen Eintritt in die Grünen, wobei sie nur noch die Bedingung stellt, daß dem künftigen Westberliner Landesverband der neuen Partei Autonomierechte in Bezug auf Programm, Satzung und Finanzen gewährt werden. Dies solle der Bundesvorstand der Grünen als „Geste des guten Willens“ zugestehen, damit Kompromisse nicht nur „einseitig“ geschlossen werden. Gleichzeitig warnt sie vor einem „maximalistischen Standpunkt des ‚alles oder nichts‘“ (Zitate aus dem Einladungs-schreiben der AL zur MVV).

Diese Polemik richtet sich gegen den (neben Hopfischek und Mayr) dritten Verfahrensvorschlag, nämlich auf eigenen Delegierten der Bunt-ten und Alternativen zu be-

harren. Dies war auch die ursprüngliche Forderung der AL gewesen. Johanna Mayrs Vorschlag ist in mehrerlei Hinsicht höchst zweifelhaft: Zunächst ist zu fragen, was eine Autonomie auf Landesebene tatsächlich wert ist, wenn linker Einfluß in der Bundespartei weitgehend ausgeschaltet wird. Zweitens ist zu überlegen, was eine entsprechende „Zusage“ des grünen Vorstands zum jetzigen Zeitpunkt bedeutet, da die Entscheidung über alle derartigen Satzungsfragen erst auf dem Gründungskongress gefällt wird, und etwaige Vorstandszusagen daher notwendig unverbindlich bleiben müssen. Drittens aber, und das ist das Wesentliche: Die „KPD“ läugelt offensichtlich mit „Berliner Lösungen“ und schätzt die Einigungsversuche mit den anderen Bunt-ten/Alternativen offensichtlich gering ein bzw. hat kein Interesse daran. Denn ein solcher Alleingang der AL (es wäre nicht der erste!) würde diese Einigungsbestrebungen zur Farce erklären. Johanna Mayrs „Bedingungen“ scheinen von der Absicht gezeichnet, endlich den schon länger geplanten Eintritt in die Grünen zu vollziehen. Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß die grünen AL'er sich in ihren Aktivitäten durch nichts gebremst fühlen, sondern eine Offensive nach der anderen starten.

Die scheinbare Zustimmung der „KPD“ zu den Bemühungen einer Einigung von Bunt-ten und Alternativen am 3.12. in Darmstadt täuscht. Bei den Westberliner „KPD“-lern ist von Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären, jedenfalls nichts zu spüren.

Bahro und/oder Kulturrevolution

Bahro und/oder Kulturrevolution

für die GAL-Mitglieder Richtlinien für ihre Mitarbeit im Kreisverband festgelegt. Am Schluß wird auf die Bedenken der Bunt-ten und Alternativen gegenüber Masseneintritten in die grünen Kreisverbände hingewiesen und die Frankfurter Bundeskonferenz der Bunt-ten und Alternativen unterstützt. Eine teilweise wörtlich identische Resolution war schon von der

Schwule und Lesben in der alternativen Wahlbewegung

Einen eher getrübbten Eindruck nehmen die aktiven Lesben und Schwulen in der AL Westberlin von deren letzten Veranstaltung mit nach Hause. Folgendes war passiert: Die Lesben und Schwulen stellten den Anwesenden (und das waren in der Mehrzahl sicher keine sexuell Diskriminierten!) ihr Programm vor. Darin forderten sie das Verbot der Diskriminierung der Homosexuellen in allen Lebensbereichen, die Wiedergutmachung für Schwule und Lesben, die in den KZ's saßen (diese Forderung ist zweifellos brisanter denn je, lehnte doch jüngst der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Häher auf eine Anfrage des saarländischen SPD-Abgeordneten Hoffmann Wiedergutmachungsleistungen für Homosexuelle, die in KZ's saßen und heute noch leben mit der altbekannten Begründung, Homosexuelle seien keine typischen Opfer des Nationalsozialismus, ab), keinerlei Behinderung der Öffentlichkeitsarbeit schwuler und lesbischer Gruppen, das Recht Homosexueller, und hier ganz besonders lesbischer Frauen, Kinder zu adoptieren bzw. bei einer Scheidung ihre zu behalten. Schließlich – und hier lag der Hase im Pfeffer – die Aufhebung, d.h. restlose Streichung der §§174-176. Kurz nachdem das Programm verlesen worden war, meldete sich eine „Nichtbetroffene“ zu Wort und meinte, der § 176 hätte doch auch etwas mit Kinderpornographie zu tun, und dagegen hätte sie was, also dürfte dieser Paragraph nicht gestrichen werden.

Die Abstimmung ergab schließlich eine knappe Mehrheit für die Beibehaltung des Paragraphen. Auch ein schnell von den Schwulen und Lesben ausgearbeiteter Kompromißvorschlag, wonach „Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen oder Kindern, sofern sie auf gegenseitiger Übereinstimmung beruhen und gewaltfrei sind, straffrei bleiben (sollen)“ wurde zwar mit knapper Mehrheit angenommen, innerhalb der AL gelten allerdings nur die Anträge als angenommen bzw. abgelehnt, für die sich große Mehrheiten finden. Als Mangel hierbei konnte deutlich die Desinformation weiter Teile der Anwesenden festgestellt werden, nur so wird dieses

Verhalten erklärlich. Um überhaupt das brisante Thema der Kriminalisierung sexueller „Minderheiten“ zu erörtern, bräuchte man viel Zeit, diese hatten die Schwulen und Lesben in der AL jedenfalls nicht – nur ca. eine halbe Stunde. Natürlich sind auch wir der Meinung, daß gewaltsame Handlungen an Kindern ungeheuren Schaden anrichten, nur meinen wir, daß hierbei keinerlei Sondergesetzbestimmungen vonnöten sind. Und der § 176 stellt eine solche dar. Um Gewalttaten an Kindern zu ahnden, würde der § 223 b, der Mißhandlungen von Schutzbefohlenen oder der § 178, der sexuelle Nötigung erfasst, ausreichen. Die Schaffung des § 176 hatte ausschließlich die Kriminalisierung von „Kinder-mit-Erwachsenen-Sexualität“ im Auge, die gesetzliche Verfolgung der Pädastrie.

Damit nicht weiterhin Meinungen des sog. „gesunden Volksempfindens“ in der AL dominieren, wäre es vonnöten, Wissenschaftler, die bereits umfangreiches Arbeiten hierzu verfaßten, einzuladen, damit ein Umdenkungsprozeß stattfinden kann. Bis dahin und das dauert sicher noch einige Zeit, sollte den Schwulen und Lesben in der AL Westberlin das gleiche Recht wie in der BuLi-Hamburg zugestanden werden: Nur sie und niemand anders als die Betroffenen selber sollen und können ihre Forderungen bestimmen und im Programm verankern.

BRD/Westberlin: Auf Initiative einiger Schwestern aus Hessen und auf Vorschlag der Bunt-ten Liste Hamburg wird auf dem Kongress der Alternativen/Bunt-ten Listen am Wochenende in Frankfurt ein eigenständiger Arbeitskreis „Schwulen- und Lesbenbewegung“ eingerichtet. Wir fordern alle Schwulen, Lesben, Pädasten, SM'ler und andere sexuell Diskriminierte auf, zahlreich zu erscheinen. Nur so kann einem Aufblühen der Schwulen- bzw. Lesbenfrage auch in der alternativen/grünen Wahlbewegung die Weichen gestellt werden.

Kontakt: Rolf Stein 0611/440671 oder Joachim Schöner 06121/41943

AG Schwule und Lesben im KB

Einen schöneren Erfolg konnte es für die Initiatoren (u.a. Iring Fetscher) des Seminars „Ökonomie und Politik im real existierenden Sozialismus“ an der Frankfurter Uni nicht geben: Dieses Seminar – noch zu Zeiten der Inhaftierung Bahros in der DDR – ins Leben gerufen, um sich mit Bahros Theorien auseinanderzusetzen und Solidarität mit ihm zu üben, hatte seine Abschlusveranstaltung am 29.11. mit Bahro selbst!

Nun gab es bekanntlich vor Bahros Auftritt in Frankfurt etliche Statements von ihm zu allen möglichen Fragen: Grüne Partei, SPD, „real existierender Sozialismus“ etc.p.p. Daß Bahro sich früher auch mit China offenbar näher befaßt hat, war bis dato nur denjenigen bekannt gewesen, die in eben diesem Seminar etwas genauer hingehört hatten (s.u.). Wir wollten darüber mehr erfahren und stellten ihm am Anfang der offenen Diskussion die folgende, schriftlich formulierte Frage:

„Lieber Bahro, es ist schon etwas länger her – Du warst damals noch in DDR-Haft – als Rudi Dutschke an diesem Ort und in dieser Veranstaltungsreihe einen Vortrag hielt. Dutschke erläuterte damals, warum er sich von Dir, wie auch von eigenen ehemaligen Vorstellungen abgrenzen müsse. Dazu zitierte er aus einer Urfassung Deiner „Alternative“, die ihm vorliege, die allerdings so nie publiziert worden ist. In diesem Manuskript sollst Du – nach Angaben von Dutschke – geschrieben haben, Mao sei die Alternative zu Stalin gewesen. Dieser Bewertung der chinesischen Revolution und Kulturrevolution widersprach Dutschke.“

Wie wir Deinen Reden und Zeitungsinterviews der letzten Zeit entnehmen, scheintst Du diese Überlegung inzwischen selbst verworfen oder jedenfalls nicht weiterverfolgt zu haben. Schade ist es allerdings, daß dieser „Lernprozeß“ für uns Linke gar nicht nachvollziehbar ist bzw. wir mit fertigen Resultaten konfrontiert werden. Daher unsere Frage: Stimmt es, was Dutschke über das ursprüngliche Manuskript der „Alternative“ hier in Frankfurt berichtet hat?

Was hat Dich damals zu dieser Aussage bewegt, und weshalb hast Du sie inzwischen zurückgenommen? Hängt das mit dem Rechtsruck der chinesischen Poli-

tik nach Mao zusammen? Oder glaubst Du, daß man mit einer solchen Einschätzung – auch wenn sie richtig sein sollte – hier und heute einfach keinen Blumenstrauß gewinnen kann?

Wir fragen dies nicht nur, weil der Maoismus und die Kulturrevolution – also eine politische Linie, die von den heutigen chinesischen Machthabern gründlich liquidiert worden ist – unseren „theoretischen Lieblingsgedanken“, wie Du Dich mitunter auszudrücken pflegst, sehr nahe kommen.

Wir fragen auch, weil es grundsätzlich darum geht, wie wir die geschichtlichen Erfahrungen mit dem Sozialismus bewerten.

Für große Teile der alten APO war die chinesische Kulturrevolution der erste Versuch, eine bürgerliche Entartung des Sozialismus zu verhindern. Trotz des Scheiterns dieses Experiments – und dafür gibt es viele konkret zu benennende Gründe, auch Fehler der Kulturrevolutionäre selbst – bleiben wir dabei, daß diese Erfahrung für alle Sozialisten ungeheuer wichtig ist.

Du sagst, der sowjetische wie auch der chinesische Sozialismus sei etwas, wohin wir „bei unserer westeuropäischen Zivilisation“ nicht wollen und nicht können. Ilias hin – Bibel her, auch andere Völker außerhalb des Abendlandes können auf eine beachtliche Zivilisation zurückblicken, die ihnen übrigens durch eben dieses „Abendland“ zerstört worden ist. Kurz und gut, diese sozialistische Vergangenheitsbewältigung ist uns ein bißchen zu pauschal, und die Kommune von Shanghai bringt uns – von einem revolutionären, marxistischen Standpunkt aus gesehen – immer noch mehr als (ausgerechnet!) das Neue Testament. Solidarische Grüße, KB/Gruppe Frankfurt.“

Hier nun Bahros Antwort auf der Veranstaltung: Tatsächlich habe die erste Fassung seines Buches von 1973 einen solchen Passus enthalten, er könne sich jedoch nicht mehr genau an die Formulierungen erinnern. „Damals nahm ich diesen Teil mit auf, da ich mich viele Jahre hindurch mit den Texten der chinesischen Kulturrevolution identifiziert“. Für ihn sei der Gedanke der Kul-

turrevolution allerdings nichts spezifisch Maoistisches, sondern eine grundlegende marxistische Idee.

Als Grund für die spätere Streichung dieser Aussagen in der „Alternative“ nannte er die sich abzeichnende innen- und außenpolitische Entwicklung Chinas, die seine Illusionen zerstört habe.

„Heute habe ich mir noch keine feste Meinung über China gebildet, da ich insbesondere seit Mao's Tod die Entwicklung nicht weiter verfolgen konnte.“

Erwähnenswert sind auch einige Aussagen Bahros zu Kambodscha. Nachdem er Pol-Pots Politik mit der von Hitler verglichen hatte, meinte er: „Ich bin heilfroh darüber, daß das Pol-Pot-Regime – auch mit der Hilfe Vietnams – zerschlagen wurde“. Während er für seine grünen Maßhalte-Appelle von der Hälfte der Zuhörer Applaus, von der anderen Pflife erntete, wurde seine kurze Stellungnahme zum Konflikt in Indochina vom Publikum verunsichert aufgenommen.

Als sich am Ende der Diskussion eine Frau zu Wort meldete und über Bahros Haltung zur Frauenfrage Näheres wissen wollte, schnitt er ein weiteres Mal die chinesische Kulturrevolution an: Zwar habe er viele Schwierigkeiten mit den Feministinnen und der Frauenpartei (... mit der er sich tags zuvor in Münster offenbar angelegt hatte), über die Behandlung der Frauenfrage während der chinesischen Kulturrevolution könne er aber – beziehungsweise auf Broyles Buch – nur gutes sagen. Dies sei beispielhaft und er stehe voll dahinter.

Tatsächlich war es während der Diskussion zu allen anderen Fragen fast unmöglich, bei Bahro überhaupt ein Verhältnis zur chinesischen Kulturrevolution zu erkennen. Hier bekennt sich Bahro eher zu den Theorien der Euros, der Reformen des „Prager Frühlings“ oder ganz einfach der Sozialdemokraten.

Trotzdem wäre eine Diskussion mit Bahro über die Kulturrevolution sicher interessant und vielleicht stellt er auch irgendwann die herausgelassenen Textstellen aus der „Alternative“ der Linken zur Diskussion.

KB/Gruppe Frankfurt

Die CSU Wahlkampfstrategie Akt 2: Strauß' Auftritte vor Funktionären



Nach Straussens Krawall-Auftritten in NRW und Bremen finden jetzt seit geraumer Zeit ausrichtende Veranstaltungen vor der engeren Gefolgschaft statt, die eine „solide Basis“ für den Wahlkampf 1980 schaffen sollen.

21.10. Offenbach: Strauß tritt vor 4000 Mitgliedern und Funktionären der Baden-Württembergischen CDU auf. „Von keinem Zwischenruf gestört“ (BZ) redet er fast zwei Stunden lang - im Saal saßen „nur Freunde“.

2.11. Kiel: Vor 1750 Kapitalisten sprach Strauß auf dem Unternehmertag des „Verbandes schleswig-holsteinischer Unternehmerverbände“ (AK 166).

23./24.11. Frankfurt: Unter dem Motto „Selbstverwaltung sichert Freiheit“ sprach Strauß vor der Bundesversammlung und dem Kongreß der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ der CDU/CSU.

24.11. Hannover: Gemeinsam mit dem auf der Strecke gebliebenen Albrecht und dem abgehalfterten Kohl trat Strauß auf dem „Deutschlandtag“ der Jungen Union in der Niedersachshalle an. Dieser Auftritt hatte zum einen die Funktion, Einheit zu demonstrieren, zum anderen, die JU auf Strauß-Linie zu bringen, denn gerade dort hatte es ja längere Zeit Schwierigkeiten gegeben.

Laut CSU-Wahlkampfleiter Zimmermann wird zur Zeit intensiv an der Wahlplattform gearbeitet, die Anfang 1980 erscheinen soll. Die „organisatorische Abstimmung und gemeinsame Planung der Parteiapparate von CDU und CSU“ sei in vollem Gange. Dazu das „Deutschland Ma-

gazin“. „Helmut Schmidt setzte auf heillose Zerstrittenheit im Lager der Union. Nun muß er erkennen, daß er Opfer seines eigenen Wunschkens wurde. Strauß und Kohl ziehen an einem Strang und die Wahlkampf-Planer von CDU und CSU arbeiten reibungslos zusammen“. Strauß wird sich bei dieser „Zusammenarbeit“ kaum das Heft aus der Hand nehmen lassen: Bereits vor einem Monat wurde in Bonn ein CSU-Wahlkampfbüro eingerichtet und mit drei CSU-Kadern besetzt.

Der SPD droht Zimmermann ganz unverhohlen: „Bei jedem erneuten Diffamierungsversuch“ (gedacht wird dabei offensichtlich an die Benennung der Grauzonen der CDU/CSU zum Rechtsradikalismus und der Machenschaften des F.J. Strauß) „werden wir uns nicht lange mit der Verteidigung aufhalten. Politik und Personen der Bonner Koalitionsparteien, ihre über das demokratische Spektrum hinausreichenden Verpflichtungen bieten reichlich Anlaß zum Angriff“. Damit wird zum einen sicher auf den Dauerbrenner „SPD'ler als Agenten Moskaus“ angespielt, aber sicher auch auf die zur Zeit gedroselte Kampagne „Nationalsozialisten = Sozialisten“.

„Die Unionsparteien bestimmen die Wahlkampfthemen“, verkündet die CDU/CSU. Der Wahlkampf soll „Antworten geben auf die Herausforderungen des beginnenden neuen Jahrzehnts“.

Die Chancen, die Bundestagswahlen zu gewinnen, hält Zimmermann für „besser denn je zuvor“.

Antifa-Kommission KB/Hamburg

Anti-Strauß-Demo in Hannover

Mit abschreckenden Strauß-Papp-Köpfen, leicht abgewandelt, Anti-AKW-Parolen („Ene-mene-miste, Franz-Josef in die Kiste...“), Liedern und Parolen protestierten am 24.11. ca. 2000 Menschen in Hannover gegen den „Besuch“ von F.J.S. in ihrer Stadt. Die Resonanz bei den Passanten war positiv, Flugblätter und Anti-Strauß-Aufkleber fanden großen Anklang.

Trotzdem kam nur schwer Stimmung in der Demonstration auf. Schuld war wohl einerseits die Tatsache, daß die Route weit ab vom Ort des Geschehens verlief, was auch ein Grund dafür war, daß Initiativen und die „Szene“ kaum zu sehen waren. Ausnahme: ein Teil der Frauen-

gruppen beteiligte sich mit eigenem Transparent und Flugblatt, die „Frauen gegen §218“ machte einen Infostand, andere spielten Sketche.

Auch die Vorbereitungen hatte einige dunkle Flecke: Die DKP-dominierte „Anti-Strauß-Initiative“ sorgte - mit Rücksicht auf SPD und DGB - dafür, daß keine organisierten Linken als Erstunterzeichner veröffentlicht wurden. Doch die SPD-Prominenz fand einen anderen Vorwand, abseits zu bleiben: Die VVN hatte als Kontaktadresse fungiert, was die CDU gegen die SPD verwenden könnte. Während die SPD-Prominenz also ausstieg, blieben die Jusos dabei. Bei dieser Vorgeschichte sind 2000 Demonstranten für hanno-

versche Verhältnisse zwar nicht schlecht; daß damit große Teile der hiesigen Strauß-Gegner auf den Beinen waren, sollte sich allerdings niemand vormachen. Auch die DKP nicht, die auf der Schlusskundgebung mit „5000“ wiederum die Beine einzeln gezählt haben muß - mindestens.

Erwähnenswert am Rande: Die Bunte-Liste-Initiative mobilisierte während der Demonstration mit einem Aufrufungsblatt zur Bunte/GLU-Veranstaltung, und die GLU verteilte ein (etwas lasches) Anti-Strauß-Flugblatt mit dem Aufruf, „grün“ zu wählen.

Zwei Genossinnen des KB Hannover

Grüner Aufwind für „Solidaristen“?

Das Zentralblatt der „Solidaristen“, „Sol“, widmet sich in seiner November-Nummer der Wahlsituation und der Auseinandersetzung um ein grünes Wahlbündnis. Wie selten zuvor, wird hier von dieser Seite Klarheit gesprochen.

Es geht den „Solidaristen“ um „die konsequente Wahrung“ ihres sogenannten „Dritten Weges“, was heißen soll: eines Operierens „zwischen den Fronten des Duells Schmidt-Strauß“. So sehr in der Mitte ist dieser Weg freilich nicht. Offenbar wittern die „Solidaristen“ gegenwärtig verstärkte Chancen, ihre Frontstellung gegen links anpreisen zu können: „Die Methoden der linksliberalen Pseudo-Kommunisten in den Buntten Listen sind ja inzwischen hinreichend bekannt geworden. (...) Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß das Selbstverständnis und die Zielsetzung der Grünen Bewegung im Gegensatz zur Buntten Bewegung unterschiedlich sind! (...) Das heißt, daß bei einem angenommenen Sprung über die 5%-Hürde durch Bunte Listen links-reaktionäre Gesellschaftsveränderungen als Hypothek auf ökologische Leistungen von der Bevölkerung bezahlt werden müßten (...)“.

Was die „Solidaristen“ den Buntten insbesondere ankreiden, ist deren Ablehnung brauner Umtriebe und „besonders in der Frage der zu erwartenden Konfrontation Schmidt-Strauß (...) eine einseitige linke Parteinarbeit“. Und weiter: „Außer-

dem würde eine linke Parteinarbeit, ein Rock gegen rechts, Strauß erst recht zum Siege verhelfen. Denn das große, immer noch ungenutzte Wählerpotential der fortschrittlich-konservativen Kräfte, organisiert in Turn-, Sport-, Wander- und Naturschutzvereinen, würde - abgestoßen durch das linke Image - wieder CDU/CSU wählen. Dieses volks- und staatsbejahende Potential gilt es für die verfassungskonforme Systemveränderung der Grünen Sache zu mobilisieren“.

Hintergrund für solche offenen Worte ist, wie es Lothar Penz (Bundesvorsitzender der „Solidaristischen Volksbewegung“ und GLU-Hamburg-Aktivist) in einem Schreiben an SVB-Mitglieder einschätzt (1.11.), „die sich abzeichnende neue Situation der Solidaristen innerhalb und außerhalb der Grünen Bewegung“. Laut Penz ist nämlich die Zeit, in der sie wegen ihres Rechtsextremismus selbst in grünen Kreisen schief angesehen wurden („verleumderische Angriffe der Roten Mafia des KB“) vorbei. Jetzt sei es an der Zeit, „alle originären grünen Kräfte“ zu sammeln und dabei jene „trojanischen Pferde“ der Linken auszuschießen, „die mit der Phrase 'Einheit in der Vielfalt' letztlich Steigbügelhalter für antiökologische Systemveränderer sind“.

Zur taktischen Ausrichtung der „Solidaristen“ schreibt Penz: 1. Möglichst keine Führungsposten in einer grünen Sammelpartei anzu-

nehmen, sondern mehr im Stillen, „bei Gefahr im Verzuge“, die Weichen zu stellen.

2. Den bisherigen Namen „Solidaristische Volksbewegung“ aufzugeben, da er „im Hinblick auf unser Rollenspiel irreführend“ sei. Im Gespräch sind neue Namen wie „Solidaristischer Bund“ oder „Bund deutscher Solidaristen“.

Beabsichtigt ist eine verstärkte Kaderarbeit der „Solidaristen“ in der grünen Szene. In diesem Zusammenhang wird die (Wieder-)Zusammenarbeit mit einer „Schwesterorganisation“ angekündigt: mit der „Sache des Volkes“, die auch, bekannt als „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation“, von sich reden macht. Auf einer derart „verbreiteten Organisationsbasis“ soll zukünftig die Propaganda der „Solidaristen“ unter Jugendlichen, Schülern, Studenten, Umweltschützern ankurzelt werden. Schließlich klinkt sich der Penz-Verein entschieden in die internationale „Solidaristen“-Szene ein, die beispielsweise einen „russischen“ Verband einbezieht. Penz und Konsorten (zu erinnern ist an Behrenz, Schaub/Pappa, Rudat - alle GLU-Hamburg - um einige der bekanntesten Namen zu nennen) wollen sich mit ihren internationalen Kumpanen 1980 zu einem ersten Kongreß in Südtirol treffen, voraussichtlich in der Woche um den 17. Juni.

Antifa-Kommission/Hamburg

Tagung des „Witikobundes“: Mobilmachung für Strauß

Tagung des „Witikobundes“: Mobilmachung für Strauß

Ganz im Zeichen der Unterstützung von Strauß' Kanzlerkandidatur stand die Jahrestagung des „Witikobundes“ am 14.10.79 in Gießen.

Der „Witikobund“ ist hervorgegangen aus dem Kreis führender Nazi-Funktionäre der sudetendeutschen „Henleinpartei“ und entfaltet - ursprünglich als Geheimbund gegründet - vor allem in den Revanchistenverbänden seine Aktivitäten. Seine politische Vertretung hatte er anfangs vor allem in der FDP, seit Anfang der 70er Jahre immer mehr in CSU und CDU. Bis hin zur NPD gehen die Kontakte des „Witikobundes“, der eine intensive Nachwuchsarbeit betreibt. Der „Witikobund“ ist eine der Nahtstellen zwischen christreaktionärem und neofaschistischem Lager.

Als seinen speziellen Beitrag zum Wahlkampf stellte der „Witikobund“ auf seiner Tagung die Unterstützung von „Bürgerinitiativen und ähnlichem zugunsten von Strauß“ in den Vordergrund.

Als Sprecher traten auf der Tagung hervor:

- Otto Habsburg; er propagierte im Arbeitskreis „Europas Völker und Volksgruppen...“ das „Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands“ über ein „wiedervereinigtes Europa“;
- Dr. Walter Brand, ehemals Leiter der Kanzlei Henleins, der die ungeheure Vorarbeit der Paneuropa-Union“ (Chef: Otto Habsburg) herausstellte;
- Dr. Heinz Lange, ex-FDP-MdB, später CDU-Landtagsabgeordneter in NRW;
- Prof. H. Diwald, dessen „Geschichte der Deutschen“ wegen Verharmlosung der Nazi-Verbrechen starker Kritik ausgesetzt ist; Diwald plädierte für „Volksgruppen nach dem Recht auf Selbstbestimmung“ und stellte die Frage, ob nicht auch



CSU-MdB und „Witiko“-Mitglied Walter Becher: „Wie in den vierziger Jahren sind wir gehalten, der Anarchie entgegenzutreten, bleiben wir aufgerufen, mit Rat und Tat, mit unserer Schaffenskraft in den täglichen Entscheidungen und als Wähler wie damals der Freiheit eine Gasse zu hauen.“ (Pfungsten 1978 auf dem „Sudetendeutschen Tag“)

Österreicher Deutsche seien. (Für 1980 hat der „Witikobund“ Salzburg als Tagungsort vorgesehen);

- Siegfried Zoglmann, ehem. FDP, jetzt CSU-Wahlkampfmanager, ehem. HJ-Gebietsleiter in der besetzten Tschechoslowakei.

Unter den Gästen des „Witikobundes“ waren u.a. der Bundesvorsitzende des „VDA - Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“, Hans Joachim Berendes, sowie der VDA-Landesvorsitzende von NRW, von Randow.

Bei der Bundestagswahl 1972 waren es u.a. die Kräfte um den

„Witikobund“, die die extrem anti-kommunistische und reaktionäre Propaganda der CSU/CDU mit organisierten. Lange und Zoglmann (damals noch FDP) waren die beiden Zentralfiguren, die damals einen „kalten Putsch“ zur Ablösung der SPD/FDP-Koalition zu organisieren versuchten, indem sie über „National-liberale Aktion“ und „Deutsche Union“ eine Sammlungsbewegung für Strauß in Szene setzten. Für 1980 hat der „Witikobund“ auf seinem diesjährigem Kongreß ein ähnliches Vorgehen beschlossen.

Antifa-Kommission/Hamburg

Kein Appetit auf Rotkäppchen?



Was er vom Kanzlerkandidaten der CSU hält, hat ein bayrischer Landwirt am Giebel seiner Scheune zum Ausdruck gebracht.

Eine fünf mal fünf Meter große Wandzeichnung zeigt den berühmtesten Landesherrn als bösen Wolf im Bett liegend, wobei Rotkäppchen fragt: „Warum hast Du so ein großes Maul?“ Eine gelungene Karikatur, würden die einen sagen.

Doch das Landratsamt sieht seinen obersten Chef in dessen Ehre gekränkt und Würde und Ansehen beeinträch-

tigt, weshalb der Scheunenbesitzer aufgefordert wurde, das Kunstwerk zu entfernen. Denn nicht einmal das Recht auf freie Meinungsäußerung erlaubt die Verschönerung am eigenen Haus.

Der Gutsbesitzer aber ist davon nicht so leicht zu überzeugen und intervenierte beim Verwaltungsgericht, dessen Entscheidung noch aussteht.

Der Rechts-Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion will sich ebenfalls mit dieser „Vorstufe zur Zensur“ (wie sehen dann die Stufen aus?) befassen.

Lars Hennings

Dabeisein ist noch lange nicht NICHTS

Der Offenbacher Kongreß hat die Möglichkeit einer akzeptablen Wahlalternative 1980 erkennen lassen. Es wird nun darauf ankommen, aus der bisherigen Debatte zu praktischer Politik zu kommen. Denn die unterschiedlichen Positionen sind kaum noch klarer herauszuarbeiten. Über sie wird im wesentlichen nur noch abgestimmt werden, das wird für die GRÜNEN zu der entscheidenden Frage ihrer Glaubwürdigkeit werden.

Um dem vorrangigen Ziel näherzukommen, mit einer akzeptablen Alternative Strauss zu verhindern (der vielbeschworene Wunsch, aus der Basisarbeit heraus die Alternative zu entwickeln, kann bis 1980 ohnehin

können (Gruhl). Offenbach hat mit der Ablehnung des taktisch ungenügend gestellten Antrages zur Unvereinbarkeit von B. Springmann einerseits, mit der sich abzeichnenden Duldung von Bahro, Harich, Hoss u.a. etlichen Linken, die bislang an der Wahlbewegung sich nicht beteiligten, Mut zum Engagement gemacht. Dies belegen Gespräche in Schleswig-Holstein. Es wird nun entscheidend darauf ankommen, diesen Prozeß zu fördern. Es geht weiterhin darum, auch den Lernprozeß der GRÜNEN selbst als solchen zu erkennen und ihm konstruktiv bei jenen Mitgliedern zu begegnen, die ihm aufgeschlossen sind, wie z.B. jenem Mitglied der GLU-Niedersach-

sene „Alternativpräambel“ ist tatsächlich die erst bundesweite inhaltliche Plattform für die gemeinsame Diskussion mit den GRÜNEN. An ihr ist sicher Kritik nötig, falsch ist es aber, sie als Mindestanspruch für die Zusammenarbeit mit den GRÜNEN zu interpretieren. Sie war der Kompromiß zwischen totaler Ablehnung der grünen Präambel und einem inhaltlich noch weniger aussagekräftigen Vorschlag. Die Alternativpräambel sollte in Offenbach zur Einleitung der Diskussion, keineswegs als Ultimatum verlesen werden, weil die anwesenden Buntten überwiegend von der Möglichkeit der Vereinigung ausgingen. Das wurde noch einmal deutlich, als mein Antrag am Abend, für den Fall der Verabschiedung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses, den Diskussionsprozeß für eine alternative Organisationsstruktur bundesweit einzuleiten, als Provokation und indiskutabel zurückgewiesen wurde. Springmanns Truppe hat sich sogleich revanchiert — und die Alternativ-Grünen wursteln noch immer nebeneinander her!

Insofern stimme ich mit der Beurteilung der Lage durch das Leitende Gremium des KB (LG-Mehrheit, „Dabeisein ist noch lange nicht alles“, AK 166) weitgehend überein: eine Auflösung der bunten/alternativen Listen spräche allen bisherigen Ansprüchen einer weiter zu konsolidierenden Basisbewegung Hohn. Und wer hätte etwas dagegen, sich immer wieder der inhaltlichen eigenen Ausgangslage zu vergewissern. Falsch wird die Tendenz dieser Stellungnahme an zwei Punkten: erstens wird die Differenziertheit der GRÜNEN zu wenig berücksichtigt und zu pauschal sich nur an den konservativen Kräften dort orientiert. Zweitens wird zu wenig auf die bisherigen Diskussionen in den dem Anspruch nach radikal demokratischen Listen Bezug genommen. Daß die GRÜNEN zusätzlich formell durch ihre bisherige Arbeit im taktischen Vorteil sind, soll für die inhaltliche Frage zurückgestellt bleiben.

Bei aller Skepsis gegenüber der 348:311-Abstimmung — klar gegen K-Gruppen gestellt, hätte sie mutmaßlich schon ein anderes Ergebnis gehabt — wurde in Offenbach doch deutlich, daß die Linken mit ihren Forderungen, insbesondere bezüglich „Lohnabhängigkeit“, auf eine breite positive Resonanz stießen. Und die Feststellung, Bahro habe den „undogmatischen Linken“ die Position gestärkt, sollte Konsequenzen haben, die vernünftige undogmatische Diskussion neu zu intensivieren. Die Diskussion — das müßte auch Hoss (s.o.) entsprechend argumentativ aufnehmen — sind doch bislang wahrlich nicht dogmatisch aufgetreten — oder zieht sich jemand den Schuh an? Völlig unklar ist bislang, welche Wirkung der Kongreß in der halben der grünen Listen gehabt hat. Einerseits sicher Ablehnung wegen der Linken, Bahro, Dutschke etc. (Fazit Steinburger Teilnehmer: wenn die Spaltung nicht kommt, haben die Kommunisten die Mehrheit), aber ob dort nicht auch demokratische Kräfte neu gestärkt in die Diskussion eingreifen werden? Darum: Lernprozeß der Wahlbewegung konstruktiv unterstützen, als wichtige Aufgabe einer linken theoretisch geschulten Fraktion in solidarischen und tolerantem Rahmen. Diesbezüglich kann der KB durchaus noch an Profil gewinnen, dies aber nur als Randbemerkung, die bezüglich des aktuellen Themas präventiv gemeint ist.

Der Beitrag der LG-Mehrheit ist in der allgemeinen Diskussion der alternativen Listen ein Rückschritt; er ist ja wohl nicht für die KB-interne Diskussion beschränkt geschrieben, sondern soll im „Umfeld“ wirken. In der Suche nach Einigkeit für große Ziele, Atomprogramm, Strauss etc. zwischen grünen ökologischen und bunten radikal demokratischen Gruppen wird plötzlich zur Minimalplattform erklärt, was die Ausgangssituation der einen Seite ist. Hier wird aber erstmal nicht inhaltlich angegriffen, sondern in der Erwiderung gegen andere Vorwürfe wird Leuten, die entsprechend den bisherigen Diskussionen zwischen grün und bunt, zwischen diesen Positionen nach einer Grundlage für eine gemeinsame Weiterdiskussion grundlegender politischer Alternativen suchen, mit den „Gesetzen der Logik“ arrogant unterstellt, sie seien nicht Herr/Frau ihrer Sinne. Tatsächlich suchten sie nicht nach inhaltlicher „minimalistischer“ Plattform, sondern „degradierten

Prinzipien zum Verhandlungsgegenstand“. Die logische Replik: Von einer solchen Position aus ist ein Bündnis zwischen grün und bunt ohne Selbstaufgabe des einen oder anderen nicht möglich. Bislang war dies allein die Forderung rechter Ökologen. Soll ihnen nun kampflös das Feld geräumt werden, die sich dann umso mehr als „Arm der Ökologie- und Basisbewegung“ aufspielen werden? Die alternative Darmstädter Präambel als die Basis eines zu akzeptierenden Kompromisses festzulegen, wie es z.B. auf der BuLi-Versammlung vom 19.11. folgerichtig gefordert wurde, ist aus der Sicht der unmittelbar an der Parteigründung engagierten Menschen gleichbedeutend mit dem Verlangen, das Ergebnis der gemeinsamen Suche müsse zuvor schon festgelegt werden. Die unbedingt notwendige konstruktive Skepsis gegen die GRÜNEN, z.B. auch bezüglich der undemokratischen Satzungen vorstellungen der bisherigen Kommission, die jetzt aber auch um vier Bunte erweitert wurde (11:4), gerät allzu leicht in ihr Gegenteil.

In den vorläufigen Formulierungen muß gerade ein großer Spielraum für Variationen der Interpretation offenbleiben, um vorläufig tragbare Konflikte nicht zu überkleistern. Und um gerade auch unseren radikal demokratischen Partnern in den alternativen Listen, die bekanntermaßen vielfach stark reformistische Vorstellungen vertreten, die konstruktive Beteiligung an der Entwicklung einer neuen Partei nicht dogmatisch zu verbauen. Die z.T. dummdreisten Angriffe gegen eine ehemalige Kandidatin der BuLi, die sich bereits zum Beitritt bei den GRÜNEN entschlossen hat, auf der Vollversammlung am 19.11. haben deutlich werden lassen, wie dicht unter der linken Oberfläche etlicher Beteiligter blöder Dogmatismus zu finden ist. Völlig zu Recht hat die Kollegin mit der Frage reagiert, ob denn nun in der BuLi ein Unvereinbarkeitsbeschluß aufgebaut werde.

Es muß darum gehen, sich auf ein Bündnis dann einzulassen, wenn es nicht gegen die „Prinzipien“ der eigenen Politik gerichtet ist und ihr insgesamt gesehen nützen kann. Selbstverständlich muß die ersatzlose Streichung des § 218 erreicht werden, selbstverständlich muß der Ausbau der Atomenergie und des Atomstaates bekämpft werden und von den Interessen der Lohnabhängigen her die Politik entwickelt werden (vgl. Ökologie und Ideologie, in: Dann sieht die Landschaft anders aus, LDU 1979). Aber heute plötzlich detailliert die Forderung nach Aufhebung der „Antiterrorismusgesetze“, die erstmals mit der Alternativpräambel in die Diskussion kam, zum Prüfstein des Ja oder Nein zu machen und die Struktur der von den GRÜNEN vorgeschlagenen Satzung dazu heranzuziehen, ist unredlich. Das hätte doch alles vor Monaten geschehen können, viel Arbeit wäre erspart geblieben. Und nun ausgerechnet am Beispiel Bahro und Dutschke scheinbar erschreckt vor der „Integrationskraft“ der GRÜNEN zu flüchten, wo die bisherige Diskussion der GRÜNEN selbst dies viel stärker problematisierte, ist bei so fähigen Leuten ebenso unglaublich. Hier werden neue strategische Überlegungen mit zweifelhaften Mitteln eingeführt und nur zu leicht können die alternativen Listen dabei geopfert statt gestärkt werden.

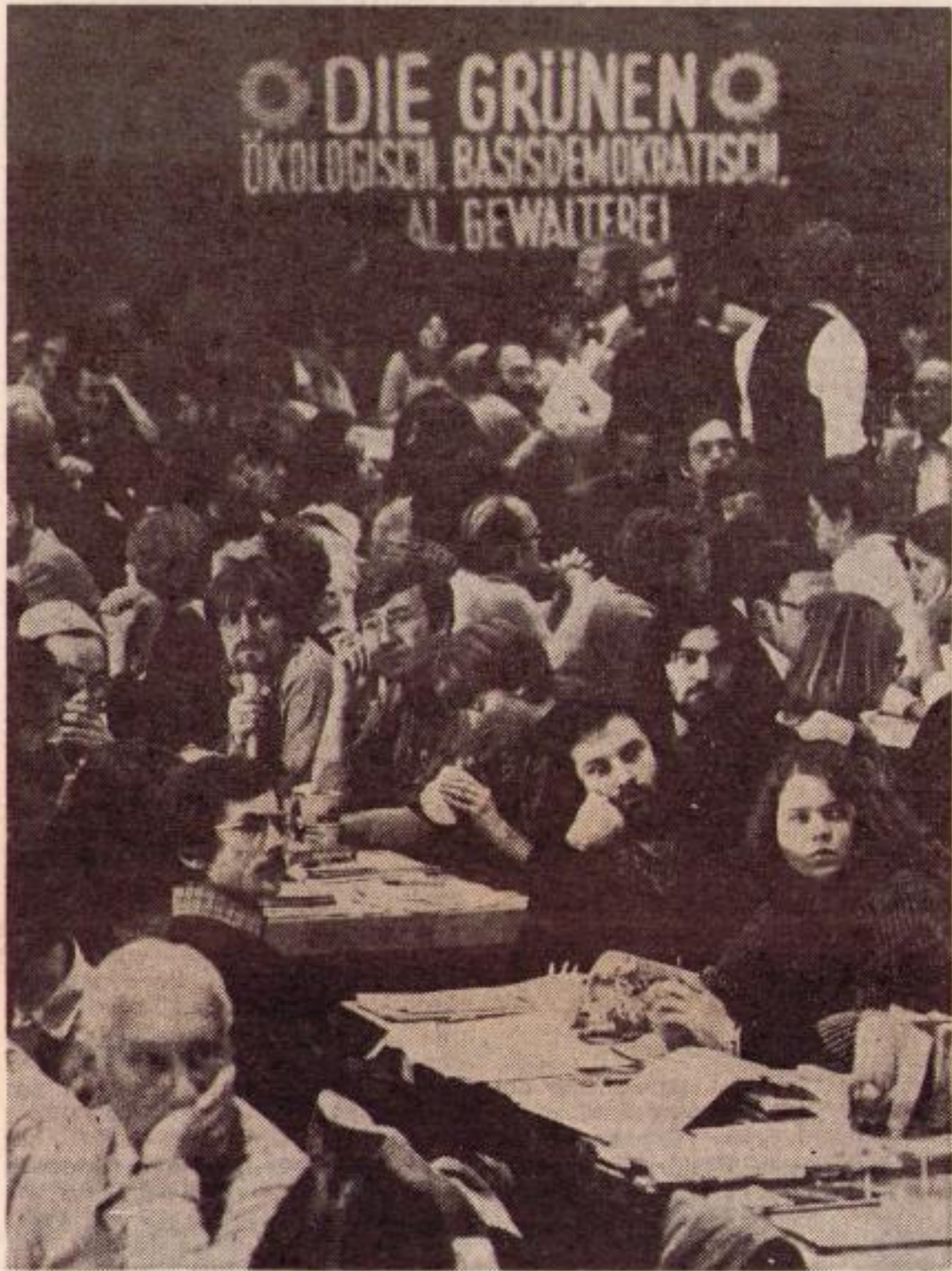
Denn ähnlich wie Bahro den „undogmatischen Linken“ die Position stärkt, wirkt der kommunistische Bund in alternativen Listen konsolidierend, nicht nur inhaltlich. Nun wäre eine Stellungnahme, daß der KB sich zwar nicht aus der Wahlbewegung, aber aus der direkten Beteiligung seiner Mitglieder bei den GRÜNEN zurückzieht, für manche vermutlich entspannend. Aber wozu hätten wir uns dann solange und so unnachgiebig dafür eingesetzt, die wir

als „undogmatisch“ von den GRÜNEN eingeschätzt von ihnen geradezu gern als Beweis ihrer Liberalität eingenommen worden wären? (?) Angesichts der Stellungnahme der LG-Mehrheit, verstärkt durch die jüngsten Erfahrungen bei der BuLi, wächst meine Sorge, ein tendenzieller Rückzug aus der Bündnisdiskussion würde bedeuten, daß alle KB-Mitglieder ihre Arbeit entsprechend umorientierten. Ein solcher Schritt würde von den anderen Mitarbeitern dieser Listen kaum anders als „Verrat“ empfunden werden: versichert, als es um die Wurst ging. Dies gilt gerade für jene, deren „Prinzipienfestigkeit“ noch nicht in jahrelanger politischer Erfahrung gereift ist. Dies Frohlocken hat bei den GRÜNEN sogleich begonnen, ihre im AK ja beschriebene Taktik könne so herum nun aufgehen. Durch solche Politik bekämen aber alle Linken, die mit dem KB zusammenarbeiten, auch nicht gerade eine bessere und glaubwürdigere Position. Insbesondere fiel aber für die weiteren Verhandlungen ein wichtiger Rückhalt weg. Was schon beklagt wird, der prinzipienlose Eintritt bei den GRÜNEN, wird für etliche die Konsequenz sein. Der äußerst wichtige und nicht nur den KB betreffende Kampf um den entscheidenden Konflikt, den Unvereinbarkeitsbeschluß mit seinen über die grüne Partei hinausreichenden Implikationen, würde entscheidend geschwächt.

So sehr ich im Bremer Wahlkampf die Doppelkandidatur der AL Bremen gerade aus schleswig-holsteinischer Sicht unterstützt habe und noch immer die bundesweite Organisation der Alternativen für äußerst wichtig halte, gerade auch vor der nächstgültigen Entscheidung um die GRÜNEN, so sehr unterstütze ich die Forderung, nicht vorschnell zu resignieren. Es muß nun die Diskussion neu entfacht werden mit jenen, die erst jetzt mobilisiert werden, die manche Erfahrung nicht mitgemacht haben und darum manche Abgrenzung heute nicht verstehen können. Diese Diskussion, selbstverständlich auf Verbesserung der grünen Alternative abzielend, muß offen bleiben und darf nicht durch „logische Lehrsätze“ gefährdet und belastet werden. Nicht die Wortexegese des Programmes wird für das Ja oder Nein entscheidend, sondern im Endeffekt steht ein vorläufiges Ergebnis zur Entscheidung, eine Bundesliste von Kandidaten und konkrete Aussagen zu den momentan wichtigsten Fragen um die praktische Veränderung des Parteienspektrums. Wenigsten Fragen um die praktische Veränderung des Parteienspektrums gegen Schmidt und Strauß. Es geht um die Möglichkeit einer neuen Qualität der solidarischen Zusammenarbeit unter den fortschrittlichen Menschen. Und ob das zu erreichende Bündnis akzeptabel ist, sollte besser daran entschieden werden, ob z.B. oppositionelle Gewerkschaftslisten, ob überhaupt Leute wie Bahro und andere Linke sich beteiligen werden, und wie mit ihnen zusammen auf der Grundlage der alternativen Programmatik, Alternativpräambel etc. eine Basis der Interpretation und Zusammenarbeit zur weiteren Entwicklung möglich ist, trotz grundlegender Unterschiede über die jeweils zugrunde liegende linke Strategie zur politischen Veränderung.

Mit den GRÜNEN werden hoffentlich über die Bundestagswahl weit hinausreichende politische Veränderungen eingeleitet. Das gilt unabhängig von unserer direkten Beteiligung. Und es ist geradezu die Pflicht der prinzipienfesten orthodoxen Linken, in diesem Bereich der gesellschaftlichen Praxis mit allen Mitteln gegen die rechtskonservativen bis hin zu neonazistischen Kräfte zu mobilisieren und sie möglichst zu isolieren, gerade weil wir die theoretische Basis für uns in Anspruch nehmen, von der aus undogmatisches Handeln leicht fallen sollte.

20.11.1979, Lars Hennings



Plenum des Offenbacher Kongresses

Plenum des Offenbacher Kongresses

nicht erfüllt werden), sollten wir in Zukunft nicht mehr von einer Vereinheitlichung politischer Ansätze ausgehen, sondern die Kooperation alternativer und grüner Listen zu einer Bundeswahlliste handfest machen — unter welchem formellen Dach auch immer. Dies auch über eine grüne Parteigründung hinweg im Auge zu behalten, setzt Gelassenheit voraus. Und es wird zu entscheiden sein, was uns eine Anti-Strauss-Wahl wert sein kann.

Bisher war einer der entscheidenden Verbindungspunkte zwischen Linken und Rechten die 5 %-Klausel. Über entscheidende politische Differenzen der Flügel des alternativen Wahlspektrums bestand Klarheit. Deutlich genug wurde auf die „braune Gefahr“, die sich mit der Stärkung der GRÜNEN ergeben könnte, hingewiesen („Alternative oder Feigenblatt“, Hrsg. Bunte Liste Hamburg, 1978: „Dann sieht die Landschaft anders aus“, Hrsg. Liste für Demokratie und Umweltschutz, 1979, wo u.a. die formelle und programmatische Entwicklung in Schleswig-Holstein diskutiert wird; Jan Peters: „Tendenzwende: Wird aus grün braun?“, in: „Arbeiterkampf“ 166). Bisher galt unter den beteiligten Linken, zur Überwindung der 5 %-Klausel sei eine gemeinsame Liste mit allen Kräften, die noch als „demokratisch“ akzeptiert werden können, sinnvoll.

Wurde von den „Ökologen“ in der ersten Gründungsphase zur Abgrenzung nach links der Unvereinbarkeitsbeschluß noch unvermittelt durchgesetzt, im Sinne eines Extremistenleras, haben sich seitdem dort die Kräfte vermehrt, die linke Positionen z.T. mittragen (vgl. die Materialsammlung der GLSH), bzw. die linke Programmatik inhaltlich zurückweisen wollen. „Dogmatischen Kommunisten“ soll nun mit der Wachstumsfrage der Garaus gemacht werden, weil diese einem Stop der heutigen Wachstumswirtschaft angeblich nicht zustimmen

sen, der solchen Lernprozeß bei sich auf der letzten Versammlung der Buntten Liste Hamburg am 19.11.1979 beschrieb und dafür nur Unhöflichkeiten erfuhr.

Das bedeutet einerseits, den flugs der Kongreßentscheidung in Offenbach folgenden Vorstandsbeschluß der GRÜNEN laut und deutlich als eine Aktion der rechten Fraktion, die allerdings bislang diesen Verband nach außen repräsentieren kann, zu bekämpfen. Offensichtlich soll das „Bremer Modell“ landesweit wiederholt werden: erst lauthals „Abgrenzung von Kommunisten“ und Etablierung im bürgerlichen Mittelblock, und dann kurz vor der Wahl den interessierten „undogmatischen Linken“, womit die kleinbürgerliche Linke gemeint wird, mit unverbindlicher Streicheleinheit die Wahlempfehlung ablocken. Andererseits sollte klargestellt werden, daß individueller Eintritt objektiv opportunistische Wirkung hat, der diese Politik begünstigt und für die sich so entscheidenden Leute vorprogrammiert, daß sie die „Jusos der GRÜNEN“ werden.

Dem muß mit solidarischer Kritik begegnet werden, um nicht die Arbeit der Linken noch im Nachhinein selbst zu diffamieren! Dies gilt auch für weitergehenden illusionären Opportunismus, wie er etwa in dem Interview zum Ausdruck kommt, das der Wortführer der nach ihm benannte gewerkschaftsoppositionellen Betriebsratsfraktion bei Daimler-Benz, W.Hoss, der „Frankfurter Rundschau“ (17.11.) gab. So verkürzt über den „Demokratiebegriff“ Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu akzeptieren, basiert offenbar auf alten Vorurteilen und schafft neue, stützt auch ganz allgemein die „Extremistenhatz“.

In Darmstadt wurde parallel zur grünen Offenbach-Veranstaltung endlich eingeleitet, was bislang sträflich vernachlässigt worden war: der Fraktionszusammenschluß bunter und alternativer Listen. Die dort beschlos-

Antwort

Lieber Lars, es scheint, daß Du bei Deiner Kritik an unserer Erklärung von einigen Voraussetzungen ausgehst, die nicht oder zumindest nicht mehr zutreffen. Dazu ein paar Anmerkungen: 1. Der Offenbacher Kongreß habe die Möglichkeit einer akzeptablen Wahlalternative für 1980 erkennen lassen. Was die Diskussion in Offenbach — insbesondere am 4.11. — angeht, magst Du recht haben.

Was die (nackte) Beschreibung lagere, wie sie sich am Abend des 4.11. darstellte, betrifft, so war damals schon Skepsis angebracht. Immerhin hatten die Grünen beschlossen, die Buntten und Alternativen nicht an der Parteigründung teilnehmen zu lassen. In diesem Zusammenhang scheint Du den grünen Vorstandsbeschluß (Verbot der Doppelmitgliedschaft in anderen Parteien) zu unterschätzen, wenn Du Dich auf die Feststellung

beschränkt, daß „die rechte Fraktion“ den grünen Verband „nach außen repräsentiert“. Diese Fraktion hat vielmehr die Macht bei den Grünen, und sie geht nicht gerade sparsam mit diesem „Vorteil“ um. Kurz: In allen grünen Landesverbänden ist nach Offenbach ein folgendes „roll back“ eingeleitet worden, das der relativ offenen Diskussion auf diesem Kongreß diametral widerspricht. Dies deutet darauf hin, daß die Grünen nach dem von Dir ebenso treffend geschilderten wie auch abgelehnten „Bremer Modell“ verfahren wollen. Ein relevanter Widerstand gegen diesen Kurs innerhalb der Grünen ist uns bisher leider nicht bekannt geworden.

2. Der KB tendiere dazu, diejenigen Bunt/Alternativen, die bei den Grünen eingetreten sind, unsolidarisch anzumachen („blöder Dogmatismus“, „Unhöflichkeit“). Der KB trenne sich gewissermaßen von alten Bündnispartnern und lasse diese bei den Grünen im Stich. Dies verstärke nur die Tendenz zu „prinzipienlosen“ und „opportunistischen“ Eintritt bei den Grünen. Du setzt Dich aber nicht mit der bedauerlichen Tatsache auseinander, daß der absolut überwiegende Teil derjenigen Linken,

die bei den Grünen eingetreten sind, maßgebliche Kernstücke der grünen Ideologie übernommen hat (Stichwort: „Überlebenskampf statt Klassenkampf“), und dies gegen die Bunt/Alternativen wendet. Dies macht eine Auseinandersetzung mit ihnen unumgänglich, auch wenn es sich dabei um „alte Bündnispartner“ handelt. Die (von uns keineswegs gewollte) Schärfe der Auseinandersetzung ist dem Umstand geschuldet, daß der Eintritt in die Grünen häufig nicht offen zur Diskussion gestellt wird, sondern gewissermaßen „hintenrum“, auf undemokratische Weise „organisiert“ wird. Was wir gerade von seiten der linken Grünen an Behinderungen des von Dir so betonten bunt/alternativen Zusammenschlusses — z.B. Boykott und Diffamierung des bevorstehenden Frankfurter Treffens — erleben mußten, spottet jeder Beschreibung und verhöhnt sämtliche alternative und basisdemokratische Prinzipien, unter denen wir seinerzeit gemeinsam angetreten sind.

3. Wir würden mit dem Darmstädter Alternativtext für eine Präambel „ultimativ“ verfahren. Von einer solchen Position aus sei „ein Bündnis zwischen grün und bunt ohne Selbstaufgabe des einen oder anderen nicht

möglich“. Damit gibst Du aber unsere Position nicht ganz richtig wieder. Wir haben nicht dazu aufgefordert, an dem Darmstädter Text unter allen Umständen mit Punkt und Komma festzuhalten. Wir haben es aber als dringende Aufgabe bezeichnet, zu diskutieren, welche minimalen Voraussetzungen erfüllt sein müssen für eine Unterstützung der grünen Partei durch die Bunt/Alternativen.

Bei einem Teil der Linken sind bisherige Grundsatzpositionen derzeit in einem unkontrollierbaren Fluß begriffen. Dies gilt vor allem für die intellektuelle Prominenz. Deutsche, der noch vor einem Jahr engagiert den Klassenkampf verteidigte (anlässlich des Westberliner Bahro-Kongresses), predigt heute nahezu das Gegenteil. Hoss paßt sich zunehmend den Grünen an, anstatt das Gewicht der gewerkschaftsoppositionellen Gruppen in diesen Prozeß einzubringen. Plogstedt meint, die Forderungen der Frauenbewegung müßten angesichts der ökologischen Bedrohung zurücktreten usw. usw. Es ist klar, daß die Bunt/Alternativen Listen von derart rapiden Positionswechseln solcher „Autoritäten“ nicht ganz unbeeinflusst geblieben sind.

„Selbstaufgabe“, wie Du schreibst, droht heute ganz gewiß nicht den Grünen, wohl aber den Bunt/Alternativen. Gegen diese Auflösungstendenzen halten wir es nach wie vor für richtig, einen Pflock einzuschlagen, eine Grenze zu ziehen, jenseits derer nichts mehr läuft. Es ehrt uns, daß Du uns zubilligst, in den Bunt/Alternativen Listen „konsolidierend“ gewirkt zu haben. Genau darum geht es uns auch in der gegenwärtigen Situation. Wenn wir diese Konsolidierung wieder erreicht haben — und es zeichnen sich durchaus Fortschritte in dieser Richtung ab — können wir auch Impulse für die linken Grünen geben, auf sie stabilisierend einwirken, nicht aber dadurch, daß wir uns diesen Auflösungstendenzen mehr oder weniger anschließen, um nicht „unhöflich“ zu wirken...

4. Es komme auf eine „Wortexegese“ grüner Programmtexten nicht so sehr an. Wichtiger seien die späteren Kandidaten und deren konkrete Aussagen zu aktuellen Fragen. Dies zu verkünden, während das Programm noch in Arbeit ist, ist sicher nicht besonders klug. Zweitens: Wer sagt denn, daß die Linke bei der Nominierung grüner Kandidaten

besser abschneidet als in der Auseinandersetzung um das Programm. Eher sollte man realistischere das Umgekehrte annehmen. Drittens und vielleicht am wichtigsten: Ein alter Hamburger Bekannter, Uwe Knickreim, derzeit Bundesvorsitzender des MSB (Studentenorganisation der DKP) prägte anlässlich einer Wahl im VDS einmal den denkwürdigen Spruch: „Gegenbenfalls kandidiere ich auf einem Stück Holz“. Dies war eigentlich noch nie unsere Position (Deine sicher auch nicht!). Derzeit ist viel und nicht zu Unrecht die Rede von der „Krise des Marxismus“ oder der „Krise der Linken“. Diese Krisen würden wir selbst noch auf die Spitze treiben, ließen wir uns auf eine solche Politik ein. Diejenigen hätten dann in der Tat recht, die behaupten, uns ginge es nur um machtpolitische Positionen, nur um ein egoistisches „Hickhack“. Im Unterschied etwa zur „KPD“ ist die Krise des KB allerdings nicht so weit gediehen, als daß wir alles zur Disposition stellen würden, wofür wir in den letzten zehn Jahren gekämpft haben. So schnell geht uns nicht die Puste aus.

de., Red.

Kommunales Wahlrecht für alle Ausländer!

Seit den ersten Anwerbungen in den südeuropäischen Ländern sind nunmehr 25 Jahre vergangen. Die meisten der ausländischen Familien haben hier eine neue „Heimat“ gefunden; nur wenige von ihnen können zurückkehren, ihren Herkunftsländern haben sie und ihre Kinder sich entfremdet. Der westdeutsche Staat hat in keiner Phase der Arbeitsimmigration das Erforderliche für die Integration der ausländischen Kollegen getan. Es wurde zu keiner Zeit ein angemessenes Sprachkursangebot eingerichtet, die staatliche Förderung der Sozialberatung kann nur mit Mühe eine Alibi-funktion ausfüllen. Die Ausbildung der ausländischen Kinder und Jugendlichen führt nach wie vor in die Sackgasse der Isolierung und Ghettoisierung, da geeignete Maßnahmen zur Aufhebung der Rassentrennung nicht ergriffen werden.

Dies alles wird mit dem sich hartnäckig haltenden Argument gerechtfertigt, die BRD sei kein Einwanderungsland und die „Reintegrationsfähigkeit“ der ausländischen Kollegen solle nicht dadurch verbaut werden, daß die Ausländer „eingedeutscht“ werden.

Die Ausländer sind in hohem Maß gewerkschaftlich organisiert. Sie haben wiederholt bewiesen — insbesondere in der Streikbewegung Anfang der 70er Jahre —, daß sie bereit sind, die deutschen Kollegen solidarisch zu unterstützen und zur Durchsetzung bestimmter Forderungen beizutragen.

Den ausländischen Kollegen ist es bisher jedoch kaum gelungen, sich auf breiter Ebene für die Durchsetzung ihrer speziellen Interessen zu organisieren. Dies liegt zum einen daran, daß durch das Ausländergesetz nicht genehme politische Betätigung von der Ausweisung aus der BRD bedroht wird, zum anderen richten viele Ausländer ihr politisches Interesse und Engagement weiterhin auf ihre Heimatländer, weil sie die häufig wenig begründete Hoffnung haben, in diese Länder zurückkehren zu können. Ein weiterer Grund liegt darin, daß den ausländischen Kollegen im Gegensatz zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Ebene auf politischer Ebene das Wahlrecht verweigert wird, denn für breite Bevölkerungsteile ist das Wahlrecht der erste Anlaß, sich mit seiner Situation politisch auseinanderzusetzen.

Die Forderung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“ wird seit Beginn der 70er Jahre immer wieder von den Ausländergruppen und Gruppen der Ausländerarbeit erhoben. Zwar wird damit die anzustrebende Gleichstellung im Wahlrecht mit der deutschen Bevölkerung nach lange nicht erreicht, ist jedoch die gegenwärtig realistische Ebene des Kampfes. Die Forderung „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“ bedeutet also einen ersten Schritt in der Wahlfrage und einen Teil der Forderung zur Integration der Ausländer in der BRD. Die Integration der Ausländer wird erreicht durch entsprechende Maßnahmen in der sozialen Hilfe, durch die Abschaffung von diskriminierenden Bestimmungen im Ausländergesetz, im Arbeitsförderungs-gesetz, in der Praxis der Wohnungsvergabe etc. Solange sich hier nichts

ändert, wird das Kommunalwahlrecht auf das Alltagsleben der ausländischen Kollegen keine großen Auswirkungen haben.

Dennoch wäre ein erkämpftes Kommunalwahlrecht ein erster Durchbruch zu politischen Rechten und könnte auf Dauer zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den politischen Betätigung verändernden Bestimmungen des Ausländergesetzes führen. Die ausländischen Kollegen zahlen die gleichen Steuern und Sozialabgaben wie die deutsche Bevölkerung, sie haben die selben Probleme mit Vermietern, Kapitalisten und in der Schule. Insofern kann die Vertretung der Ausländer in den kommunalen Parlamenten auch eine konkrete Unterstützung ihrer Interessen sein.

SPD: Grundsätzlich ja, aber ...

Die SPD hat in ihrem kommunalpolitischen Grundsatzprogramm beschlossen, daß „Ausländer, die sich mindestens 5 Jahre ohne Unterbrechung in einer Gemeinde aufhalten, in diesem Bundesland das aktive und passive Wahlrecht erhalten (sollen)“. Auch in dem SPD-Wahlprogramm zu den Europawahlen ist die Forderung nach der Gewährung des Kommunalwahlrechts für Ausländer enthalten.

In der Praxis stellt sich die Haltung der SPD zu dieser Frage jedoch nicht rechtlich im Ausland vor.

In der Praxis stellt sich die Haltung der SPD zu dieser Frage jedoch nicht mehr so eindeutig dar.

Erstens ist insgesamt von Seiten der SPD kaum ein Finger gerührt worden, das Kommunalwahlrecht tatsächlich durchzusetzen und zweitens melden sich auch immer wieder Stimmen, die sich gegen dieses Recht aussprechen.

So setzt sich der Westberliner SPD-Innensenator Ulrich gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer ein, mit dem Vorwand, daß sich niemand eine rechtsradikale türkische Partei bei den Kommunalwahlen wünsche. Die ganze Demagogie dieser Argumentation wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die faschistische MHP ihre Gefährlichkeit ja nicht durch irgendeine hypothetische Parlamentsarbeit erhält, sondern durch den tagtäglichen Terror gegen die türkischen Kollegen, ohne daß wirksame Gegenmaßnahmen seitens des Innenministers ergriffen werden. Auch der SPD-dominierte Westberliner Senat kann sich nicht für die Einführung des Kommunalwahlrechts erwärmen, weil angeblich dafür „politisch keine Chance“ bestehen würde. Er setzt sich als „Alternative“ dafür ein, Ausländervertretern beratende Stimme in parlamentarischen Ausschüssen zu geben („Berl. Stimme“, 27.10.). Seitdem sich der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Kühn, in seinen insgesamt relativ „ausländerfreundlichen“ Kommissionsvorschlägen zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer eindeutig für die Einführung des Kommunalwahlrechts ausgesprochen hat, scheinen sich jedoch vielerorts in den Ortsvereinen die „demokratischen“ Geister zu regen. Es bleibt abzuwarten, ob dies endlich zu praktischen Schritten der entscheidenden Parteigremien führt oder ob sich diese Vorschläge lediglich in die Liste der „Grundsatzklärungen“ einreihen



Stop für Richard von Weizsäcker vor einem West-Berliner Wahllokal. Ausländische Kollegen protestieren, daß sie nicht wählen dürfen.

Die Haltung der Gewerkschaften

Die Haltung der Gewerkschaften

Der DGB-Bundesvorstand wendet sich in seinem Beschluß vom 7.2.1978 gegen die Einführung des Kommunalwahlrechts, da „die Bundesrepublik Deutschland nicht einseitig dieses Recht an Bürger anderer Staaten — auch wenn sie sich längere Zeit in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten — verleihen (sollte)“. Der DGB befürwortet dagegen eine Regelung im gesamteuropäischen Rahmen. Er befindet sich damit in Gesellschaft von CDU-Politikern, die z.T. auch einer gesamteuropäischen Regelung das Wort reden, die sich dann nur auf EG-Angehörige beziehen soll. Doch auch im DGB bestehen abweichende Ansichten, wie die des GEW-Landesverbandes Westberlin oder die des DGB-Kreisvorsitzenden Frankfurt, die das kommunale Wahlrecht für Ausländer fordern. Auch die DAG kann sich natürlich aus der Ablehnungsfront des kommunalen Wahlrechts nicht ausgrenzen. Der Münchner Bezirksleiter der DAG, Hündgen, stellte auf einer 1. Mai-Veranstaltung seiner Organisation 1977 fest, das Wahlrecht müsse ausschließlich den Bürgern der Bundesrepublik vorbehalten bleiben, wobei unter Bürgern eben nur Deutsche gefaßt werden — also sind Ausländer Bürger 2. Klasse! „Es reicht ja völlig aus, daß ein Ausländer die Möglichkeit hat, nach mehrjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik die deutsche Staatsbürgerschaft und damit automatisch das Recht zum Wählen zu erwerben.“ Hündgen ist dabei sicher selbst bekannt, daß individuelle Hindernisse gegen einen Wechsel der Staatsbürgerschaft absolut nichts zu tun haben mit dem Bedürfnis, politische Rechte wahrzunehmen.

Beispiel Schweden

Vorbild für die Gleichstellung der

Ausländer im Wahlrecht ist die Gesetzgebung in Schweden, wo seit 1976 das kommunale und sogar das regionale Wahlrecht für Ausländer besteht.

Nach den ersten Erfahrungen zu urteilen, bewirke die Wahlrechtsreform ein stärkeres Interesse am politischen Leben in Schweden unter den Ausländern, ohne daß dabei die nationale und kulturelle Identität aufgegeben wurde. Inzwischen hat sich der schwedische Gewerkschaftsbund dafür ausgesprochen, Ausländern das Stimmrecht für alle politischen Wahlen zu geben.

Auch in den Niederlanden besteht eine entsprechende Übereinkunft der relevanten Parteien und ein Antrag im Parlament, daß kommunale Wahlrecht für Ausländer einzuführen. Da die Durchsetzung des Wahlrechts jedoch eine Verwaltungsänderung erforderlich macht, wird sich die Entscheidung hierüber noch hinziehen.

Diese Aktivitäten werden unterstützt durch entsprechende Beschlüsse von EG-Gremien, die auch für die BRD ihre Bedeutung haben sollten. So fordert etwa die Europäische Kommission in ihrem Aktionsprogramm zu Gunsten der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien vom 18.12.74, Ausländer unter bestimmten Voraussetzungen an den Kommunalwahlen bis 1980 zu beteiligen. Auch der Beschluß des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments von 1977 sieht vor, daß alle Bürger der Europäischen Gemeinschaft sich an Kommunalwahlen in ihrem Wohnort beteiligen können.

Das Ausländerkomitee Westberlin liefert seit einiger Zeit gute Beispiele, wie Ausländer und Deutsche gemeinsam aktiv für die Durchsetzung des Wahlrechts eintreten können. Mit Aktionen vor den Wahllokalen am Wahltag, einer Demonstration und einer informativen Broschüre macht es die Öffentlichkeit ständig auf dieses Thema aufmerksam. Ähnliche Ak-

tionsbündnisse müssen auch in anderen Orten geschaffen werden. Gerade in Hamburg stellen sich der Forderungsbündnisse müssen auch in anderen Orten geschaffen werden. Gerade in Hamburg stellen sich der Forderung nach Stimmrecht der Ausländer bei den Kommunalwahlen keine rechtlichen Hindernisse entgegen, weil hier die Landesverfassung dieses Recht für Ausländer nicht ausschließt.

Die Aufgabe der Linken in solchen Aktionsbündnissen muß sein, die Aktivitäten tatkräftig zu unterstützen, ohne bei der Forderung nach kommunalen Wahlrecht stehenzubleiben, sondern sie in Zusammenhang stellen mit der Forderung nach der völligen sozialen und rechtlichen Gleichstellung von Ausländern und Deutschen.

Besondere Vorsicht sollte dabei den bürgerlichen Parteien gelten. Denn sollte eine rechtliche Möglichkeit der Wahlbeteiligung geschaffen werden, werden diese die ersten sein, die sich um die ausländischen Kollegen „kümmern“, um die Stimmen einzusammeln. Deshalb gilt gleichzeitig, daß das Wahlrecht nur Sinn hat, wenn die ausländischen Gruppierungen auch selbst kandidieren können und somit selbst ihre Interessen vertreten.

In der Bundesrepublik leben über drei Millionen Ausländer, was einem Ausländeranteil von etwa 7% entspricht. Fast die Hälfte aller Ausländer leben, wohnen und arbeiten seit mehr als sieben Jahren in der BRD. Ende der 50er Jahre wurde damit begonnen, täglich hunderte von Frauen und Männern für die westdeutsche Wirtschaft anzuwerben. Für die Kapitalisten waren sie ein entscheidender Faktor, die Produktion zu erweitern und die Kapazitäten auszubauen. Die westdeutsche Bevölkerung verdankt ihren relativen Wohlstand in großem Maß den Arbeitsimmigranten.

Ausländerkommission KB-Hamburg
Ein Genosse aus Salzgitter

Krebs aus der Spraydose

Unter der Einwirkung chemischer Substanzen wird, zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der amerikanischen National Academy of Science (Nationale Wissenschaftsakademie - NAS), doppelt soviel Ozon in der Erdatmosphäre abgebaut, wie man noch im Jahr 1976 angenommen und vorhergesagt hat! Nach den neuesten Messungen und Berechnungen dürften 16 Prozent der Ozonschicht in den nächsten 40 Jahren zerstört sein, wenn die Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) „Freon“, „Frigen“ oder „Kaltron“ (so die Handelsnamen) weiterhin als Treibgase für Spraydosen (desweiteren in Kühlschränken, Reinigungsmitteln und Kunststoffen etc.) verwendet werden. Die Gefahr dieser Chemikalien besteht darin, daß es sich hierbei um reaktions-träge, chlorhaltige Verbindungen handelt, die bis zur Stratosphäre aufsteigen (diese liegt in 12 bis 60 km Höhe) und dort unter Einwirkung ultravioletter Strahlen chemische Verbindungen mit dem Ozon eingehen und auf diese Weise das Ozonmolekül zerstören. Ohne diese Ozonschicht wären auf Grund des stark veränderten Klimas Katastrophen unvermeidbar: Der Stu-

die zufolge, soll sich der Ozonanteil in der Stratosphäre bis zum Jahr 2020 um 16,5% vermindert haben, wenn die Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) unvermindert in die Atmosphäre gelassen werden. Diese Minderung, so haben Wissenschaftler ausgerechnet, „zöge eine Vermehrung der Ultraviolett-Einstrahlung um 30 Prozent nach sich ... (was) ... eine Zunahme der Hautkrebs-erkrankungen um 60 Prozent bedeuten ...“ würde („Spiegel“ 48/79).

Trotz dieser Gefahren hält der Weltverbrauch an FKW unvermindert an bzw. steigt sogar kräftig. Allein durch Spraydosen wurden 1977 rund 700.000 Tonnen der FKW-Treibgase in die Atmosphäre versprüht. Insgesamt waren es bis Ende letzten Jahres 9,2 Mio. Tonnen! (ebenda)

Und dies ist „keineswegs notwendig“, wie die Bundesregierung in ihrem Umweltgutachten von 1978 sehr richtig feststellt. Eine entscheidende Alternative wäre, um den Bedarf an Spraydosen einzudämmen (der Anteil der kosmetischen Sprays beträgt in der BRD etwa 70% des gesamten Spraymarktes), die Rückkehr zu Omas Flakon mit dem altbewährten Pump-

zerstäuber. Während man in den USA und Schweden dazu übergegangen ist, durch gesetzliche Regelungen den FKW-Verbrauch einzuschränken, versucht man in der BRD die Kapitalisten zur freiwilligen Aufgabe dieser Treibgase zu bewegen, indem man Spraydosen, die keine FKW-Treibgase enthalten, mit einem „Umweltschutzengel“ (dies ist kein Witz!) versehen läßt. Und dies, obwohl der Bundesregierung die Gefahr dieser Chemikalien durchaus bewußt ist. In ihrem Umweltgutachten von 1978 heißt es hierzu: „Selbst bei einem plötzlichen 100%igen Produktionsstopp für FKW wird die Wirkung der bisher emittierten FKW ihr Maximum erst nach einem Jahrzehnt erreichen und danach mit einer Zeitkonstanten von fast 100 Jahren abklingen“ (Umweltgutachten der Bundesregierung, April '78, Drucksache 8/1938, S.175).

Unter dem Hinweis, daß Meßverfahren, „Veränderungen der Ozonschicht durch FKW von natürlichen Schwankungen zu unterscheiden ... frühestens in 10 bis 15 Jahren möglich“ sind, darf in der BRD munter weiter produziert werden, denn „be-

weisen“ kann man es nicht. Stattdessen werden dicke Reduzierungsstrategien (natürlich im Rahmen der EG, um den eigenen Profit nicht zu schmälern) und Forschungsprogramme erstellt, die die luftchemischen Veränderungen und ihre biologischen Folgen ermitteln sollen.

Die Finanzierung wird, so das Umweltgutachten, international von der Europäischen Gemeinschaft und dem Militärbündnis NATO (!!) getragen, was bedenklich stimmen muß. Im Vietnam-Krieg waren nämlich solche geologischen Erkenntnisse zur Kriegsführung ausgenutzt worden, indem durch Flugzeugabwürfe Wolken mit Trockeneiswürfeln oder Silberjodidkristallen „geimpft“ wurden, um somit künstlichen Regen auszulösen. Durch die Folgen fanden Tausende von Vietnamesen durch Hunger und Überschwemmung den Tod. Vielleicht fällt ja auch hier militärisch Interessantes ab.

AKW-Nein-Kommission

Weitere Giftgasfunde!

Rund 100 Büchsen mit dem hochgiftigen Kampfstoff Lost sind in einem Waldstück bei Grafenwöhr/Oberpfalz in zwei Meter Tiefe gefunden worden. Ein erster Hinweis über ein hier möglicherweise angesiedeltes Giftgaslager hatten die Behörden bereits im Sommer dieses Jahres erhalten, nachdem in einer Kiesgrube bereits zwei Lost-Büchsen gefunden worden waren.

Das Innenministerium brüstet sich derzeit damit, daß es aus „Sicherheitsgründen mit Erfolg gelungen (sei), das Bekanntwerden des Lagerorts zu verhindern“ („Süddeutsche Zeitung“ - „SZ“, 29.11.).

Die Geheimhaltung geht sogar soweit, daß selbst die Stadtverwaltung von Grafenwöhr nicht einmal den genauen Lagerort kennt und sich deshalb auch für nicht zuständig erklären kann. Der eigentliche Grund des Schweigens dürfte darin liegen, daß

die Kampfstoffexperten sehr fündig geworden sind, denn im zweiten Weltkrieg war hier eine der „Nebeltruppen“ stationiert, die auf Befehl Hitlers hier Gasübungen durchführte.

In Schlierling bei Regensburg hingegen war eine Geheimhaltung nicht gelungen. Hier sind bisher über 300 Giftampullen mit dem Kampfstoff S-Lost gefunden worden. Den für die Behörden entscheidenden Hinweis auf dieses Lager gab ein ehemaliger SS-Mann, der dort nach Kriegsende gemeinsam mit anderen Gefangenen defekte Gasgranaten ausgraben und entschärfen mußte („SZ“, 30.11.).

Noch im April 1945 hatten hier 6 Millionen (!) Kilogramm hochgiftiger Giftgasstoffe gelagert! Obwohl eine der bisher gefundenen Ampullen leer war, erklären die Behörden, daß für

die Bevölkerung keine Gefahr bestehe. Schlierlings Bürgermeister Kattenbeck meinte, wenn das Gift sich jemals im Grundwasser befunden hätte, „dann wären wir schon tot“ (ebenda). Von Schlierling wurden die Giftampullen an einem geheimgehaltenen Ort zur Vernichtung (?) gebracht.

Essen: Blaukreuz- und Gelbkreuzkampfstoffe sollen heute noch auf dem Gelände der Firma Olsberg in Essen-Katernberg vergraben sein. Dies hat zumindest die DKP in einem Flugblatt behauptet und somit die Behörden in einen „heilsamen Zugzwang“, so der Leiter des Ordnungsamtes, Meusinger, gebracht. An einem anderen Ort im Essener Stadtteil Kettwig ist der Kampfräumdienst mittlerweile an die Arbeit gegangen. Ein Sprecher dieser Behörde gab jedoch zu, daß noch weitere Giftgas-

lager in Baldenay und Kray seien, deren „Gefährdungsgrad“ für die Essener Bevölkerung natürlich „minimal“ sei („taz“, 29.11.).

Auch im Fall Stoltzenberg gibt es eine erwähnenswerte Überlegung der Politiker zu berichten. So haben die Luftbildaufnahmen ergeben, daß im Erdreich des Stoltzenberg-Geländes weitere Munition in Glasbehältern lagert, die noch aufwendigere Bergungsmaßnahmen erfordern. Um dieser kostenaufwendigen Räumungsprozedur zu entgehen, bestehen derzeit Überlegungen das verseuchte Gelände mit einer dicken Betonschicht abzudecken, wobei ungeklärt ist, „ob die Glasbehälter diesem Druck unbeschadet überstehen können“ („Hamburger Regional-Anzeiger“, 22.11.).

AKW-Nein-Kommission

AKW Fessenheim: Apocalypse und Widerstand



Nach den Meldungen über Risse in Reaktorteilen des AKWs Fessenheim und 24 anderer französischer AKWs (s. AK 167), hat sich zwischenzeitlich das Ausmaß dieser Gefahren in dramatischer Weise weiter offenbart:

Der iranische Atomingenieur S.Etemand hat enthüllt, daß eine mögliche Folge der Haarrisse das Bersten des Reaktors sein könne.

Diese Aussage ist deswegen brisant, weil Etemand vier Jahre lang Sicherheitsspezialist der französischen Reaktorbaufirma FRAMATOME war und im Sommer 1978 zu der Gruppe von Wissenschaftlern gehörte, die im Auftrag von FRAMATOME die möglichen Folgen der Haarrisse untersucht hatte. Nach der Studie des FRAMATOME-Experten könne bei einem Bruch z.B. eines angerissenen Druck-

behälterstutzens der Kern nicht mehr gekühlt werden; er würde schmelzen und durch Kontakt mit Kühlwasser würde er in einer Explosion den Reaktorkessel sprengen. Ein Super-GAU!

Der Bruch einer schadhafte Rohrbodenplatte - so Etemand - sei beispielsweise schon nach drei bis fünf Jahren zu erwarten. Da Fessenheim seit 1977 in Betrieb ist, und bei einem schon laufenden Reaktor die möglichen Bruchstellen weder kontrolliert noch reparierbar sind, ist das Dreyeckland von einer solchen Katastrophe unmittelbar bedroht!

Aus dieser Überlegung heraus fanden sich 15 Umweltschutzgruppen spontan zu Aktionen zusammen. An alle Freiburger Haushalte ging ein Aufklärungsflugblatt. Am 23.11. wurde Regierungspräsident Nothhel-

fer ein Fragekatalog überreicht, in dem darauf hingewiesen wurde, daß das Land Baden-Württemberg als Eigner der Stromerzeugerfirma BADENWERK, das finanziell am AKW Fessenheim beteiligt ist, durchaus auch über die Staatsgrenze hinweg zur Stilllegung des Katastrophenreaktors beitragen könne.

Als am 29.11. Vertreter der Umweltschützer Nothhelfers Antwort auf den Fragenkatalog im Regierungspräsidium abholten, versuchte der Herr sie zu veräppeln: Die Schäden seien „kein Grund zu akuter Gefahr“, er stünde aber „in einer Reihe“ mit den AKW-Gegnern.

Über 1000 Freiburger, die die Delegation vor das Regierungspräsidium begleitet hatten, fanden diese „Antwort“ unverschämte und zogen des-

halb in einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt. „Nothhelfer heißt er - uns beschleißt er“, war eine beliebte Parole. Die Polizei flankierte den Demozug, griff jedoch nicht ein.

Die Umweltschützer wollen jetzt weiter „am Ball“ bleiben. Seit dem 29.11. steht täglich eine Mahnwache in Strahlenschutzanzügen vor Nothhelfers Amtssitz und informiert die Passanten.

Am 8. und 9. Dezember findet eine Expertentagung zum Thema „Freiburg im Falle eines atomaren Unfalls“ statt.

Man wird das Gefühl nicht los, daß Freiburgs Innenstadt in den „langen Samstagen“ der Vorweihnachtszeit dieses Jahr kaum zur Einkaufsidylle verkommen wird ...

Informationen nach: „Badische Zeitung“, 19.11.79

Ein Genosse aus Freiburg

Wird in Brokdorf bald gebaut?

Letzte Woche gingen in Schleswig die Gerichtsverhandlungen über den Weiterbau des AKW in Brokdorf zuende.

Immer wieder waren Beweisanträge der Kläger abgelehnt worden, ja die AKW-Betreiber hatten selbst die Klageberechtigung einiger Kläger angezweifelt, obwohl beim Katastrophenfall keineswegs nur die nähere Umgebung des AKWs betroffen wäre.

Das Gericht hat sich für „unbefangen“ erklärt und will nur noch „formal“ beurteilen, ob die AKW-Betreiber allen gesetzlichen Pflichten nachgekommen sind. Dazu werden dann die Gutachten der Reaktorsicherheitskommission und des TÜV herangezogen, von denen bekannt ist, für wen sie begutachten.

Schon in den nächsten Tagen kann also (ggf. unter Auflagen) der Weiterbau gerichtlich verkündet werden.

Aus bisherigen Kämpfen lernen um die künftigen zu meistern!



„Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?“

In dieser Broschüre werden die politischen Hintergründe und Absichten des Atomprogrammes untersucht. Autarkie und das Ziel zur Atomkraft zu avancieren, Export von Atomanlagen und Atomare Zusammenarbeit sind die Grundlage für das „Bombengeschäft“.

Zur politischen Bedeutung des Atomprogrammes gibt es keine vergleichsweise gründliche und umfassende Arbeit. 48 Seiten A4 DM 2.-



Brokdorf - ein Exempel

Wer der Meinung ist, daß die brutalen Polizeieinfälle auf die Demonstranten in Brokdorf, Grohnde und anderswo nur das Produkt einzelner, besonders verhetzter Spezialeinheiten oder Polizei-offiziere war, wird durch die Veröffentlichung der internen Dienst-anweisungen mit dieser Broschüre eines besseren belehrt. Diese Broschüre ist nicht nur für alle AKW-Gegner wichtig, sondern für alle, die die Rechtsentwicklung in der BRD mit Sorge betrachten. 87 Seiten A4 DM 3,50.



Kalkar am 24.9.

30 Seiten aktuelle Fotos DM 3,50

Kalkar am 24.9.77

In Kalkar hat der Atomstaat seine Macht demonstriert. Trotzdem fand die bisher größte Anti-AKW-Demonstration mit mehr als 50.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland statt. Neben dem Textteil ist in der Broschüre eine 34-seitige Bild-dokumentation enthalten, in dem die bisher größte bundesrepublikanische Polizeiaktion eindrucksvoll belegt ist. 64 Seiten A4 DM 3,50

Rund 1.500 Westberliner Beschäftigte des Gesundheitswesens warnen vor AKW's

In einer Anzeige, die im „Tagesspiegel“ und in der „TAZ“ zum Auftakt des SPD-Parteitages erschien, fordern viele im Gesundheitswesen Beschäftigte: „Kein Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen.“ Westberlin ist vom AKW Rheinsberg (70 km entfernt, bereits im Betrieb) und vom AKW Magdeburg (DDR, 100 km entfernt, im Bau) umgeben. Die „mehr als 100-fach gefährlichere Wiederaufbereitungsanlage“ in Gorleben liegt nur 130 km weit weg, „eine Strecke, über die radioaktive Teilchen bei westlichen Winden leicht nach Berlin getragen werden können. Westwinde sind bei uns besonders häufig.“ Sie weisen dann auf die Gefährlichkeit der künstlich erzeugten Radioaktivität hin, die viel gefährlicher ist als die natürliche, „weil die künstlich erzeugten strahlenden Teilchen vom Körper aufgenommen und angereichert werden.“ „Radioaktive Teilchen werden schon im Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes ständig freigesetzt und erst recht bei Störfällen. Unfälle wie in Harrisburg hätten in Berlin katastrophale Folgen. Berlin läßt sich nicht evakuieren.

Der Schutz der Bevölkerung ist in keiner Weise gewährleistet:

- Es gibt keinen öffentlich bekannten Katastrophenplan
- Es gibt keine dafür ausgebildeten Ärzte und Krankenpflegepersonal
- Es gibt keine entsprechend eingerichteten Krankenhäuser

Die medizinisch mögliche Hilfe ist gering. Einmal erfolgte Strahlenschäden lassen sich nicht mehr rückgängig machen.

Wir erklären daher:
Atomkraftwerke machen krank. Die Verantwortung hierfür tragen allein die Betreiber und Befürworter dieser Anlagen aus Politik und Wirtschaft.
Unsere besondere Verpflichtung gegenüber Leben und Gesundheit der Berliner Bevölkerung zwingt uns zu der Forderung:
Kein Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen.
Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen für West-Berlin, sich für unsere Forderung einzusetzen.“ Dieser Text wurde von rund 1.500 Beschäftigten aus dem westberliner Gesundheitswesen unterzeichnet und interessanterweise vom Vorstand des Marburger Bundes (Landesverband Westberlin), der Marburger Bund ist eine ständige Ärzte-Organisation.
Auf einer Pressekonferenz erklärte ein Arzt: „Es gibt nur eine sinnvolle Prophylaxe (Vorsorge), die Abschaltung aller Atomkraftwerke.“
Gleichzeitig wurde erklärt, daß mit der Unterschriftenaktion nur der Auftakt gegeben worden ist. Im Rahmen des Gesundheitstages 1980, der parallel zum 83. Deutschen Ärztetag in Westberlin veranstaltet wird, sollen Veranstaltungen zur Atomenergie aus Medizinersicht stattfinden.

Anzeige

Radioaktive Gefahr für Berlin

Beschäftigte im Gesundheitswesen warnen die Berliner Bevölkerung vor der Gefahr einer radioaktiven Verseuchung durch Atomkraftwerke.

In der Umgebung Berlins ist ein Atomkraftwerk (Rheinsberg, 70 km entfernt) bereits in Betrieb, ein Super-Atomkraftwerk (Stendal / Magdeburg, 100 km entfernt) wird gebaut. In Gorleben ist eine mehr als 100-fach gefährlichere Wiederaufbereitungsanlage für atomaren Müll geplant. Die Probebohrungen dafür werden bereits durchgeführt. Gorleben ist nur 130 km von uns entfernt - eine Strecke, über die die radioaktiven Teilchen bei westlichen Winden leicht nach Berlin getragen werden können. Westwinde sind bei uns besonders häufig.

Wissenschaftlich steht fest: Es gibt keine unschädliche radioaktive Strahlung. Schon eine niedrige Strahlenbelastung kann zu erhöhter Krankheitsanfälligkeit, zu Leukämie oder anderen Krebserkrankungen, sowie genetischen Schäden führen, die oft erst nach Jahren bzw. Jahrzehnten sichtbar werden.

Die durch atomare Anlagen künstlich erzeugte Radioaktivität ist viel gefährlicher als die natürliche, weil die künstlich erzeugten strahlenden Teilchen vom Körper aufgenommen und angereichert werden.

Die Gefahr durch diese Radioaktivität muß deshalb besonders ernst genommen werden. Radioaktive Teilchen werden schon im Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes ständig freigesetzt und erst recht bei Störfällen. Unfälle wie in Harrisburg hätten in Berlin katastrophale Folgen. Berlin läßt sich nicht evakuieren.

Der Schutz der Bevölkerung ist in keiner Weise gewährleistet:

- Es gibt keinen öffentlich bekannten Katastrophenplan
- Es gibt keine dafür ausgebildeten Ärzte und Krankenpflegepersonal
- Es gibt keine entsprechend eingerichteten Krankenhäuser

Die medizinisch mögliche Hilfe ist gering. Einmal erfolgte Strahlenschäden lassen sich nicht mehr rückgängig machen.

Wir erklären daher:
Atomkraftwerke machen krank. Die Verantwortung hierfür tragen allein die Betreiber und Befürworter dieser Anlagen aus Politik und Wirtschaft.
Unsere besondere Verpflichtung gegenüber Leben und Gesundheit der Berliner Bevölkerung zwingt uns zu der Forderung:
Kein Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen

Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen für West-Berlin, sich für unsere Forderungen einzusetzen.

Dieser Text wurde vom Vorstand des Landesverbandes Berlin des Marburger Bundes und rund 1500 Beschäftigten des Berliner Gesundheitswesens unterzeichnet, wobei in der heute im Berliner „Tagesspiegel“ erschienenen Anzeige nur ca. 1100 Namen veröffentlicht werden konnten - wegen „Adressenunleserlichkeit“ und der teilweise deutlich artikulierten Angst, selbst einen so harmlosen Text zu unterschreiben (s. letzte Rubrik).

Kontakt: Heinz Hackelberg, Heilbronner Str.13, 1 Bln 30, Tel. 211 35 37

Vorname _____

Name _____

Beruf _____

Anschrift _____

Unterschrift _____
Ich bin mit der Veröffentlichung meines Namens in einer Anzeige einverstanden.

Unterschrift _____

Boehringer-Hamburg: Umweltverpester will auf Entschädigung klagen

Der seit März dieses Jahres in der Presse regelmäßig bedachte Umweltverschmutzer „Boehringer“ in Hamburg-Billwerder nimmt immer skurrilere Formen an. Hatte der Konzern im Juli die ersten Bauern für das Vermarktungsverbot, dies gilt nicht für Kleingärtner, von HCH (Hexachlorcyclohexan) -verseuchtem Gemüse, mit dem Hinweis, dies sei kein Schuldgeständnis, für die vernichtete Ernte entschädigt - 20 Tonnen Porree im Wert von 75.000 Mark mußten vernichtet werden - will das Unternehmen nun diese Summe von der Hansestadt Hamburg zurückklagen! Hintergrund dieser neuerlichen Entwicklung ist die Tatsache, daß das Vermarktungsverbot für HCH-verseuchtes Gemüse von den Hamburger Behörden, nach Meinung der Bauern, völlig willkürlich erlassen wurde. So haben Nachforschungen der 18 betroffenen Landwirte ergeben, daß holländisches Gemüse mit der gleichen HCH-Verseuchung einem Vermarktungsverbot nicht unterzogen wurde und heute noch weiter importiert werden darf! Die Bauern haben nun eine Klage gegen die Hansestadt erhoben, in der sie die Rechtmäßigkeit ihres Vermarktungsverbot prüfen lassen wollen. Boehringer (!) übernimmt hierfür die Gerichtskosten und hat im Gegenzug die klagenden Bauern dazu verpflichtet, auf weitere Regreßansprüche gegen das Unternehmen zu verzichten! Während es den Gemüsebauern bei diesem merkwürdigen Pakt mit ihrem Umweltvergifter um die Wiederherstellung des angeknackten Rufes und somit um die Wettbewerbsfähigkeit geht, immerhin kommt aus diesem Gebiet das meiste Frischgemüse Hamburgs, spekuliert Boehringer darauf, bei einem positiven Prozeßausgang ihrerseits die Hansestadt zu verklagen, um die an die Bauern geleisteten Entschädigungszahlungen von der Stadt zurückzufordern! Mit anderen Worten: Boehringer als Verursacher der HCH-Verseuchung käme, ohne einen Pfennig zu bezahlen (lediglich ein Bußgeldverfahren läuft noch), aus dem Umweltskandal heraus.

Strafanzeige wegen Muttermilch-Verseuchung

Eine Anwohnerin, die ein sieben Monate altes Kind seit der Geburt stillt, hat eine Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Bundesemissionsschutzgesetz - gestellt. Grund: in ihrer Muttermilch, die sie von einem vereidigten Handelschemiker untersuchen ließ, wurden HCH-Isomere in einer Menge von 0,87 Milligramm pro Liter, wurden HCH-Isomere in einer Menge von 0,87 Milligramm pro Kilogramm (berechnet auf den Fettgehalt der Milch) ermittelt. Damit liegt der Wert um das 8,7 fache höher, als der Grenzwert für Kuhmilch, die bei einem HCH-Gehalt von 0,1 mg/Kg nicht mehr verkauft werden darf! Der Rechtsanwalt erklärte in einer Presseerklärung hierzu, daß dieser Weg gewählt wurde, „weil die HCH-Emissionen des Chemiewerkes Boehringer sie und ihr Kind in ihrer körperlichen Unversehrtheit beeinträchtigen und an der Gesundheit beschädigen!“

hat Strafanzeige gegen Unbekannt - wegen Körperverletzung und Verstoßes gegen das Bundesemissionsschutzgesetz - gestellt. Grund: in ihrer Muttermilch, die sie von einem vereidigten Handelschemiker untersuchen ließ, wurden HCH-Isomere in einer Menge von 0,87 Milligramm pro Liter, wurden HCH-Isomere in einer Menge von 0,87 Milligramm pro Kilogramm (berechnet auf den Fettgehalt der Milch) ermittelt. Damit liegt der Wert um das 8,7 fache höher, als der Grenzwert für Kuhmilch, die bei einem HCH-Gehalt von 0,1 mg/Kg nicht mehr verkauft werden darf! Der Rechtsanwalt erklärte in einer Presseerklärung hierzu, daß dieser Weg gewählt wurde, „weil die HCH-Emissionen des Chemiewerkes Boehringer sie und ihr Kind in ihrer körperlichen Unversehrtheit beeinträchtigen und an der Gesundheit beschädigen!“

Gesundheitsschäden bei Boehringer-Arbeiter

Derzeit wird von der Behörde eine Untersuchung geleitet, in der geklärt werden soll, wie gefährlich technisches HCH ist. Bisher ist angenommen worden, daß lediglich Gamma-HCH gesundheitsschädlich sei. Das HCH führt neben Leber- und Nervenschäden zu Mißbildungen bei Ungeborenen und ist zudem noch krebserregend. Das Pflanzenschutzmittel „Lindan“, das gamma-HCH enthält,

war 1973 für den Inlandbedarf gesetzlich verboten worden und darf seitdem nur noch für den Export hergestellt werden (s. AK 150). Die gesetzlichen Auflagen hatten seinerzeit nur für diesen Produktionsteil der Anlage gegolten. Nun sollen der jetzige Leiter des gewerbeärztlichen Dienstes in Hamburg, Dr. Horst-Ludwig Brassow und der Arbeitsmediziner der Universität Hamburg, Professor Lehnert, untersuchen, inwieweit gesundheitliche Schäden auch vom technischen HCH, ein Isomere-Gemisch aus alpha, beta und gamma HCH, ausgehen. Dieses von der Arbeitsbehörde geleitete Forschungsprojekt, das an 60 Testpersonen - die Hälfte von ihnen sind Boehringer-Mitarbeiter - durchgeführt wird, soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Bisher liegen hier noch keine Meßergebnisse vor, jedoch lassen die im Rahmen der HCH-Untersuchungen gemachten Benzoltests schlimmes erahnen. „Dabei stellte sich heraus, daß bei 95 % (!) der Beschäftigten aus den betroffenen Produktionsbereichen Phenolabscheidungen im Urin gefunden worden waren.“ (Gewerkschaftspost, 11/79) Hierzu muß man wissen, daß Benzol in der Liste der krebserregenden Stoffe ganz oben steht und Umweltmessungen der Behörden im Fall Boehringer eine 15-fache Grenzwert-Überschreitung der TA-Luft ergaben. (Alle Informationen nach „Umschau am Abend“, NDR II, 19.11.)

AKW-Nein-Kommission

Wie im Kriegsfall

Ein von der öffentlichen Hand getragenes Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, das auch breite Forschungsinteressen hat, sucht baldmöglichst einen 30 bis 53 Jahre alten

ehemaligen Offizier

Aufgabengebiet: Planung und Überwachung von Objektschutzmaßnahmen radioaktiver Transporte; Erstellen von Richtlinien; Mitwirkung bei der betriebsinternen Aus- und Weiterbildung von über 100 Mitarbeitern des Ordnungsdienstes.

Anforderungen: Ausgeglichene, kooperative Persönlichkeit mit Erfahrungen in der Menschenführung, möglichst Nachweis einer mehrjährigen Tätigkeit mit einer anspruchsvollen oder ähnlichen Aufgabenstellung.

Die Vergütung und Sozialleistungen erfolgen nach den Bestimmungen des Bundesangestelltenvertrages (BAT).

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen arbeiten unter Kennziffer 282/79 an die von uns beauftragte

Dr. Weinszier KG

* Werbeagentur *

Berliner Allee 23

4000 Düsseldorf 1

aus „FAZ“ vom 17.11.79

Sozialistische Gesellschaft und ökologische Kritik

— Bescheidener Versuch einer Gegenüberstellung —

Gibt es eine „Übernahme bürgerlicher Fortschrittsgläubigkeit im Ideen-Bereich des Marxismus-Leninismus“? Diesem Vorwurf an die Kommunisten aus ökologischer Sicht, den u.a. Ullrich in seinem Buch „Weltniveau“ erhebt und der Genosse Piet, im AK 165 übernimmt, möchte ich hier einiges entgegenhalten.

So schreibt Ullrich: „Es gibt keine untere Grenze der Produktivkraftentfaltung, die den Sozialismus unmöglich macht, sondern eine obere Grenze.“ (1)

Ist also ein „Steinzeit-Sozialismus“ möglich? Engels hält dagegen: „Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag liefert, der das zur notwendigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrheit der Gesellschaftsglieder in Anspruch nimmt, solange teilt sich die Gesellschaft notwendig in Klassen. Neben dieser ausschließlich der Arbeit frönenden Mehrheit bildet sich eine von direkter produktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsteilung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaft, Künste usw.“ (2). Auch der leninistische Tradition gewiß unverdächtige Herbert Marcuse bestätigte Engels: „Technischer Fortschritt ist objektive Notwendigkeit für den Kapitalismus sowohl wie für die Emanzipation. Letztere ist abhängig von einer Weiterentwicklung der Automation bis zu dem Punkt, wo die herrschende „Ökonomie der Zeit“ (Bahro) umgestürzt werden kann: freie, schöpferische Zeit als Lebenszeit.“ (3).

Wie soll auch das Volk an der sozialistischen Demokratie beteiligt werden, wenn alle 12 Stunden am Tag malochen? Unmöglich ist es nicht, aber schwierig. In der durch Krieg und Bürgerkrieg ins Mittelalter zurückgeworfenen jungen Sowjetunion mußte nicht nur die Bevölkerung bis zum Umfallen schuften, sondern auch der Großteil der kommunistischen Kader wurde in der Produktionsschlacht benötigt. Die Möglichkeit, Diskussionen um die sozialistische Perspektive des Landes intensiv zu führen, hatten nur wenige, von jenen Aufgaben freigestellte Genossen. Dies erleichterte den Absonderungsprozeß einer Führungsschicht von der Parteibasis und vom Volk.

„Theorie der Produktivkräfte“

Ein möglicher Umkehrschluß, daß bei entsprechend ausgereiften Produktivkräften die sozialistische Demokratie vom Himmel fällt, ist natürlich ebenso unsinnig. Die Art und Weise, wie unter Stalin und Hruščow die gesellschaftlichen Klassendifferenzierungsprozesse nämlich. Und Chruschtschows „Gulaschkommunismus“, der in jedem Jahr den Westen an Wohlstand und Produktionsvolumen ein-, bzw. gleich überholten wollte, hat eine der traurigsten Karikaturen sozialistischer Utopie und Menschlichkeit hervorgebracht: den „realen Sozialismus“.

Hier ist die bürgerlich-ökologische Kritik verständlich und angebracht. Der Adressat darf jedoch nicht Marxismus heißen, es ist der Revisionismus.

Die von ihm entwickelte Theorie der Produktivkräfte kennzeichneten die Genossen der Kulturrevolution folgendermaßen: „Die Wirtschaft ist wichtiger als die Politik“ - „Die Produktion soll an die erste Stelle gesetzt werden.“ (4) Heraus kam die realsozialistische „Tonnenideologie“, die ähnlich wie der Kapitalismus die Qualität einer Gesellschaft an ihren Pro-

duktionsquantitäten mißt.

Die Arbeiter von Shanghai hielten dem entgegen: „Wir wollen die Herren des Kais sein und nicht die Sklaven der Tonnage.“ Die Menschen sollen also nicht mehr „Zubehör einer Maschine“ (Engels) sein. Die Entwicklung von Mensch und Gesellschaft hin zum kommunistischen Ideal steht im Mittelpunkt.

So lehnten Arbeiter in der Kulturrevolution die Einführung ausländischer Patente ab und wollten selber die Maschinen entwickeln und modernisieren. Dies mag kurzfristig unrentabler sein, baut aber die Entfremdung Mensch-Maschine ab. Gleichfalls wurde die Betriebsleitung durch Experten durch eine kollektive Betriebsführung zumindest ansatzweise ersetzt. Auch dies mag kurzfristig Produktionsrückgang bedeuten, befähigt aber mittelfristig die Arbeiter zur Leitung der Produktion.

In den Schulen wurde die Leistungsbohrerei abgebaut. Revolutionäres Bewußtsein und solidarischer mitmenschlicher Umgang zählte genauso viel wie technisches Wissen. „Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Wirtschaft. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen“ (Mao).

Beim Aufbau des Sozialismus wurde dieser Leitsatz oft ignoriert bzw. als „Politik“ nur die tagespolitischen Kampagnen der Parteiführung angesehen, anstatt auch die kommunistische Weiterentwicklung der Gesellschaft und des Einzelnen. Dies gilt es genauer zu untersuchen für die sowjetische und chinesische Aufbau-phase.

Quellen

(1) Ullrich, Weltniveau, S.102

(2) Anti-Dühring, S.262

(3) Marcuse, Die Angst des Prometheus in: Neues Forum 307/8

(4) Die Beispiele und Zitate aus: F.R. Schuch, Chinas sozialistischer Weg, Fischer-Verlag

Jü./KB-Gruppe Freiburg

Atom- wahnsinn in Hessen?

Ungestraft und un widersprochen verbreitet der hessische Wirtschaftsminister Karry (FDP) seit geraumer Zeit in der Öffentlichkeit, daß er für einen zügigen Ausbau der Atomkraftwerke einschließlich einer Wiederaufbauanlage in diesem Bundesland eintritt. Diejenigen, die anfangs noch geglaubt hatten, es würde sich hierbei um den Amoklauf eines einschlägig bekannten Atomfanatiklers handeln, sehen ihre Hoffnungen schwinden: „Landesvater“ Börner (SPD) denkt offensichtlich gar nicht daran, diese Äußerungen „richtigzustellen“ und als „Alleingang“ eines Regierungsmitglieds zu qualifizieren, wie es sich speziell die Jussos gewünscht hatten. Es ist Zeit, Karrys Äußerungen als Pläne der hessischen Landesregierung zu identifizieren, genauer gesagt: als Konkretisierung dessen, was als neues „Entsorgungs“-Konzept von der letzten Ministerpräsidentenkonferenz mit Helmut Schmidt vereinbart worden ist.

Vor einiger Zeit hat die hessische Landesregierung einen „Standortvorsorgeplan“ für neue Kraftwerke erarbeitet. Vorgeschlagen werden dabei insgesamt zwölf Standorte in Hessen, die für neue Kraftwerke „geeignet“ seien; elf davon kämen sowohl für Kohle- als auch für Atomkraftwerke in Frage; an einem weiteren Standort könne nur ein Kohlekraftwerk gebaut werden. Karry läßt keinen Zweifel daran, daß für ihn AKWs „preisgünstiger“ seien und daher den Vorrang gegenüber Kohlekraftwerken erhalten müßten. Hessens „Umweltminister“ Görlich, der den z.T. empörten Gemeinden versichern wollte, es sei noch gar nicht heraus, ob bei ihnen nun wirklich Kraftwerke gebaut würden, wurde in der Öffentlichkeit peinlicherweise eines Besseren belehrt: Zumindest für einige Standorte liegen bereits detaillierte Planungen vor! So ist dieser „Standortvorsorgeplan“ einerseits ein taktischer Trick, um die Öffentlichkeit möglichst lange darüber im Unklaren zu lassen, wo die neuen Kraftwerke tatsächlich hinkommen sollen; andererseits deutet er auf immense Erweiterungspläne der hessischen Landesregierung hin. Es wäre also eine Illusion, zu glauben, zwölf Gemeinden würden als mögliche Standorte ausgewählt für letztlich nur ein Kraftwerk, das tatsächlich geplant wäre.

Karry dürfte die wahren Pläne der Landesregierung wohl besser kennzeichnen, wenn er z.B. sagt: — In Biblis müßte „selbstverständlich“ der zusätzlich geplante Block C gebaut werden.

— Wenn die RWE (AKW-Betreiber) ein AKW in Borken beantragen würden, würde er das „sofort genehmigen“.

— Nach dem „Scheitern der Gorleben-Pläne und dem Stillstand in der französischen Wiederaufbauanlage La Hague“ müsse man in Hessen selbst daran gehen, eine WAA zu bauen. Karry denkt dabei an eine Kapazität von 350 Tonne jährlich wiederaufgearbeiteter Brennstäbe.

Daß die sozial-liberalen Politiker im hessischen Landtagswahlkampf von 1978 just das Gegenteil verkündet hatten, stört sie heute wenig. Damals hieß es noch:

— Biblis dürfte nicht noch weiter ausgebaut werden, da die bestehenden beiden Kraftwerksblöcke ohnehin schon das größte AKW der Welt bilden.

— In Borken sei weder ein AKW noch ein Zwischenlager jemals geplant gewesen.

Bürgerliche Politiker sind nun einmal Komödianten, und Wahlkämpfe verlangen ihnen bekanntlich extreme schauspielerische Klimmzüge ab.

Immerhin wirft es aber ein bezeichnendes Licht darauf, wie (un)ernst Börner die AKW-Gegner in der südwesthessischen SPD nimmt, daß er glaubt, in Hessen solche Pläne wirklich umsetzen zu können. Skepsis über die Handlungsfähigkeit von Börners innerparteilicher Opposition ist in der Tat angebracht. Die Landesregierung scheint jedoch zu „übersehen“, daß es in Hessen auch eine starke BI-Bewegung und nicht zuletzt die GLH gibt. Die Arroganz der Macht hat in Wiesbaden offenbar verhängnisvolle Wirkungen hervorgerufen. Börners und Karrys Atompläne werden nicht durchkommen — im Gegenteil: Sie werden sich noch wundern, was da in den 80er Jahren auf sie zukommt.

KB/Gruppe Frankfurt

Industrie oder Imperialismuskritik? II. Teil

Eine Auseinandersetzung mit dem Buch von O. Ullrich „Weltniveau“

Wir haben im letzten AK dargestellt, welche Aussagen des Marxismus von Ullrich bewußt unterschlagen werden, um unterstellen zu können, daß der Marxismus weder die Teilung der Arbeit aufheben wolle, die brennenden ökologischen Fragen nicht sehe und geradezu vernarrt in irgendeinem Wachstum sei.

Auf diesem Hintergrund stellt sich Ullrich als jemand dar, der scheinbar als erster die völlige Aufhebung der Teilung der Arbeit, der Beseitigung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land und eine Kritik kapitalistischer Produktivkräfte fordert. Als eben so neu stellt er seine Forderung nach „völliger“ Aufhebung der Entfremdung der Arbeit sowie nach einer Produktion, die darüber hinaus weder die Gesundheit ruiniert noch Raubbau an der Natur treibt. Das „Bahnbrechende“ in all diesen Erkenntnissen ist einzig und allein, daß es unter dem neuen, heiligen „Primat der Ökologie“ vorgetragen wird. Bahnbrechend und geradezu breschenschlagend ist es in dem Sinne, daß solche Positionen zur Zeit dazu dienen, vor allem in der Linken, eine heillose Verwirrung anzustiften, in der eine „Verschmelzung von rot und grün“ propagiert werden kann, die, wie Ullrich selber anschaulich zeigt, ein Überbordwerden der entscheidenden Aussagen des Marxismus zur Voraussetzung hat.

Da Ullrichs Thesen nicht nur auf eine Unkenntnis des Marxismus bauen, sondern auch auf die Unkenntnis von seinen Einschätzungen widersprechenden Entwicklungen z.B. in der VR-China während der Kulturrevolution, wollen wir im folgenden hierzu einige Beispiele anführen. Diese bieten sehr gutes Anschauungsmaterial, ob es sich hier um Fragen unter dem „Primat der Ökologie“ handelt oder des mittlerweile in der Ökoscene so verpönten Klassenkampfes.

Öko-Logik oder Sozialistische Kooperation?

„Nicht nur die kapitalistische Wachstumslogik muß gebrochen werden, sondern jede Konzeption eines grenzenlosen Wachstums, denn auch modifizierte Wachstumsmodelle verraten ihre Herkunft aus einer Zeit, in der man noch annehmen konnte, die Erde sei unendlich groß und die menschlichen Eingriffe in das Ökosystem würden sich ausgleichen. Wir müssen eine Perspektive für eine Produktionsweise entwickeln, die sich in das Gleichgewichtssystem der Erde einfügt ... Die Öko-Logik muß der oberste und unabdingbare Bezugspunkt jeder Wirtschafts- und Technologie sein“ (S. 99).

Bezeichnenderweise sagt Ullrich nicht, daß nur im Sozialismus die Möglichkeit besteht, unter Berücksichtigung ökologischer Gesetzmäßigkeiten zu produzieren. Daß der Widerspruch zwischen Mensch und Natur nur im Sozialismus als Voraussetzung und somit „obersten und unabdingbaren Bezugspunkt“ gelöst werden kann, sollen die folgenden Beispiele aus der VR-China zur Zeit der Kulturrevolution zeigen:

„Der Grundaussatz einer sozialistischen Kooperation zwischen verschiedenen Betrieben impliziert, daß jeder Betrieb sich ebenso um die Interessen der Bevölkerung, die ihn umgibt, oder der Betriebe bzw. der Konsumenten, für die er arbeitet, Gedanken macht, wie über seine Eigeninteressen... Das erste Beispiel betrifft den Kampf gegen die Umweltverschmutzung, bei dem spektakuläre Ergebnisse in den großen Städten wie Tientsin oder Schanghai aufgrund der Kooperation zwischen den verschiedenen Betrieben und der Bevölkerung erzielt wurden. Dank dieser Kooperation ließ sich damit Schluß machen, daß die Abwässer einfach in die Flüsse geleitet wurden: Es wurden unterirdische Kanäle gegraben und Fabriken erbaut, die die Abwässer klären. Diese Fabriken erlauben die Wiederverwendung von Millionen von Tonne nützlicher Produkte sowie die Produktion von Dünger, die Zehntausende von Hektaren Land befruchten. Bedeutende Resultate wurden auch hinsichtlich der Abfälle, unzerbrochene Abfallprodukte und der Abfallgase erzielt, die als neue Rohstoffe Verwendung finden. In Fuschun in der Provinz Liaoning erlaubt die Verwendung von Abfallgasen, Abwässern und Schlacke aus der Ölfabrik Nr. 3 die Herstellung von 19 chemischen Produkten und seltenen Metallen. Die Luft rings um die Raffinerie wurde aufgrund von Veränderungen ihrer Funktionsweise gereinigt, und Rohstoffe im Wert von mehreren Millionen Yuan können jedes Jahr herge-

stellt werden [Soda, Schwefelprodukte, Kohlendioxidschnee und Rohstoffe für die Herstellung von Kunstfasern, Kunststoffen usw.]“ (C. Bettelheim, China Analysen, S. 75/76).

Die Aufhebung der Arbeitsteilung und des Widerspruchs zwischen Stadt und Land

In Bezug auf diese beiden Erscheinungsformen nicht nur des Kapitalismus, sondern aller Klassengesellschaften, stiftet Ullrich wiederum einige Verwirrung. Einerseits werden die im ersten Teil des Artikels zitierten Aussagen von Marx nicht berücksichtigt, zum anderen werden Erfahrungen und Versuche, diese Widersprüche in sozialistischen Ländern aufzuheben, schlicht ignoriert. Stattdessen schwärmt er lieber herum: „Die alten Vorstellungen von einer nachkapitalistischen sozialistischen Gesellschaft bewegen sich im Rahmen einer zentralmächtorientierten großindustriellen Vergesellschaftung ... Darum sind neue Vorstellungen, neue konkrete Utopien zu entwickeln von einer nachindustriellen Vergesellschaftung ...“ (S. 112). Da Ullrich dem Marxismus eh Unfähigkeit für solche „Utopien“ bescheinigt hat, ist es für ihn natürlich auch vertane Zeit, Entwicklungen in sozialistischen Ländern daraufhin konkret zu untersuchen. Zudem würde so etwas auch nicht so recht in sein „ökologisches“ Weltbild passen.

Daher wollen wir im Folgenden wieder ein paar Beispiele aus der Kulturrevolution anführen: „In der kapitalistischen Fabrik manifestiert sich die Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit in der Unterscheidung zwischen der unmittelbaren Produktionsarbeit, die den Arbeitern auferlegt ist, und der Arbeit der Techniker und Ingenieure, die den Produktionsprozeß dirigieren ... Die Veränderungen, die während der Kulturrevolution stattfanden, zeigen, daß ein Kampf geführt wurde, um auch diesen Aspekt der bürgerlichen Arbeitsteilung zum Verschwinden zu bringen. Ein Ergebnis dieses Kampfes ist die sogenannte Dreierverbindung, d.h. Gruppen für die Lösung technischer Probleme, die sich zusammensetzen aus Arbeitern, Technikern und Kadern ... Über die Aktivität der Gruppen der revolutionären Dreierverbindung wird nicht nur die Technik als solche verändert, sondern auch das Verhältnis der Arbeiter zu ihren Produktionsmitteln. Die Entwicklung dieser Gruppen steht in einem Prozeß des Klassenkampfes: Die Technik nämlich ist niemals ein irgendwie „neutraler“ Bereich, der „über“ dem oder „jenseits“ des Klassenkampfes anzusiedeln wäre. Der Klassenkampf und die Veränderungen, die er hinsichtlich des Pro-

duktionsprozesses und der Produktionsverhältnisse hervorruft, bestimmen letztlich den spezifischen Charakter der Produktivkräfte und ihrer Entwicklung“ (Bettelheim, a.a.O., S. 90 und S. 94).

Doch die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land ist weder eine neue Utopie, die eine „ökologische“ Sicht der Dinge hervorgebracht hätte, sondern auch sie ist schon von Marx gefordert worden und es gibt Beispiele ihrer Verwirklichung. „Nur durch Verschmelzung von Stadt und Land kann die heutige Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung beseitigt, nur durch sie die jetzt in den Städten dahinsiehenden Massen dahin gebracht werden, daß ihr Dünger zur Erzeugung von Pflanzen verwandt wird, statt zur Erzeugung von Krankheiten ... Die Aufhebung der Scheidung von Stadt und Land ist also keine Utopie, auch nach der Seite hin, nach der sie die möglichst gleichmäßige Verteilung der großen Industrie über das ganze Land zur Bedingung hat. Die Zivilisation hat uns freilich in den großen Städten eine Erbschaft hinterlassen, die zu beseitigen viel Mühe und Arbeit kosten wird“ (MEW, Bd. XX, S. 276/277).

In der VR China sind zahlreiche Versuche unternommen worden, das Wachstum verschiedener Großstädte aufzuhalten und die Zusammenballung von Industrien in diesen Zentren wieder rückgängig zu machen.

„Die extreme Bevölkerungskonzentration in den großen Städten wie beispielsweise Schanghai, ein Erbe des Imperialismus, wird als monströse Fehlentwicklung angesehen, die es zu korrigieren gilt. So sind es in Schanghai rund 200.000 jugendliche Arbeitskräfte pro Jahr, die aus den Schulen entlassen werden und außerhalb der Stadt zu arbeiten anfangen wollen. Ganze Abteilungen und ganze Hallen werden nach außen verlegt; die diesbezüglichen Entscheidungen werden auf der Grundlage eines kollektiven Diskussionsprozesses in den Fabriken getroffen, vor allem, um zu entscheiden, wer gehen kann und wer nicht usw.“ (Bettelheim, a.a.O., S. 103).

Diese Entwicklung ist möglich, weil ein entscheidendes Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise, nämlich den Zwang zur Akkumulation und Zentralisation des Kapitals aufgehoben ist. „In der kapitalistischen Produktionsweise zwingt die Zentralisation des Kapitals der kapitalistischen technischen Entwicklung in der Tat ihre eigenen Formen auf, indem sie eben die technisch-wissenschaftliche Forschung auf die Formen technischen Fortschritts konzentriert, die dem immer stärker zentralisierten Kapital ein Maximum an Gewinn garantieren; von daher rührt auch die ununterbrochene Ausweitung der angeblich „optimalen“ Größe der Betriebe unter den Bedin-

gungen des Kapitalismus, wie man an der ständigen Vergrößerung der Stahlwerke, Raffinerien, chemischen Fabriken usw., wie sie für den gegenwärtigen Kapitalismus charakteristisch ist, feststellen kann. In China, wo die Gesetze der erweiterten kapitalistischen Reproduktion immer stärker gebrochen werden, zeigt sich, daß der technische Fortschritt andere Formen annimmt, und daß moderne kleine Produktionseinheiten ebenso effizient und häufig sogar noch effizienter arbeiten können als große“ (Bettelheim, a.a.O., S. 100).

Warum ein Primat der „Ökologie“?

Die in Ullrichs Buch aufgezeigten Verelendungserscheinungen im Imperialismus sowohl in psychischer wie in physischer Ruinierung der Menschen, seiner Kritik der heutigen Chemieindustrie und der Atomenergie sowie der überall sichtbaren Zerstörung der Natur sind zuzustimmen. Doch ist es zu fragen, wieso er diese Kritik nicht am Kapitalismus, sondern am sogenannten „Industriesystem“ entwickelt, welches sich für ihn zu einer eigenständigen Gesellschaftsform aus diesem entwickelt hat.

Bei dieser Konstruktion werden wesentliche Aussagen des Marxismus einfach ignoriert und die Marxisten als absolute Wachstumsfetischisten auf die Seite Helmut Schmidts geschlagen. Auf Untersuchungen über die Verhältnisse bzw. Bemühungen in China kann er mit Randbemerkungen vom „realen Sozialismus“, dem niemand als Vorbild dienen dürfte, verzichten.

Stattdessen wird seine ökologische Umwälzung als über den Klassenkampf stehend angepriesen, er kann „durch all diese mitten hindurch gehen“. So behauptet er schlicht, „daß sie (die „nachindustrielle, sozialistische Gesellschaft“ — Anm. AK) nicht zu erreichen ist durch die Eroberung von Machtzentralen, sondern durch die Aufhebung der Bedingungen ihrer Macht“ (S. 156). Wie nun auf einmal der Kapitalismus seine Macht verlieren soll, bleibt sein Geheimnis.

AKW-Nein-Kommission



Wer schrieb diesen Text?

„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausräumten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen ... Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht — sondern, daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug zu allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anzuwenden zu können.“

Und in der Tat lernen wir mit jedem Tag ihre Gesetze richtiger verstehen und die näheren und entfernteren Nachwirkungen unserer Eingriffe in den herkömmlichen Gang der Natur erkennen. Namentlich seit den gewaltigen Fortschritten der Naturwissenschaft in diesem Jahrhundert werden wir mehr und mehr in den Stand gesetzt, auch die entfernteren natürlichen Nachwir-

kungen wenigstens unserer gewöhnlichsten Produktionshandlungen kennen und damit beherrschen zu lernen.“

Hat es aber schon die Arbeit von Jahrtausenden erfordert, bis wir einigermaßen lernten, die entfernten natürlichen Wirkungen unsrer auf die Produktion gerichteten Handlungen zu berechnen, so war dies noch weit schwieriger in bezug auf die entfernteren gesellschaftlichen Wirkungen dieser Handlungen ...

Aber auch auf diesem Gebiet lernen wir allmählich, durch lange, oft harte Erfahrungen und durch Zusammenstellung und Untersuchung des geschichtlichen Stoffs, uns über die mittelbaren, entfernteren gesellschaftlichen Wirkungen unsrer produktiven Tätigkeit Klarheit zu verschaffen, und damit wird uns die Möglichkeit gegeben, auch diese Wirkungen zu beherrschen und zu regeln.

Um diese Regelung aber durchzuführen, dazu gehört mehr als die bloße Erkenntnis. Dazu gehört eine vollständige Umwälzung unsrer bisherigen Produktionsweise und mit ihr unsrer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung.

Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf Erzielung des nächsten unmittelbarsten Nutzeffekts der Arbeit ausgegangen. Die weiteren erst in späterer Zeit eintretenden durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksam werdenden Folgen blieben gänzlich vernachlässigt ... Die Sozialwissenschaft der Bourgeoisie, die klassi-

sche politische Ökonomie, beschäftigt sich vorwiegend nur mit den unmittelbar beabsichtigten gesellschaftlichen Wirkungen der auf Produktion und Austausch gerichteten menschlichen Handlungen. Dies entspricht ganz der gesellschaftlichen Organisation, deren theoretischer Ausdruck sie ist. Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profiteffekt verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen. Die spanischen Pflanzler in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für eine Generation höchst rentabler Kaffeebaumvorstände — was lag ihnen daran, daß nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwenkten und nur nackte Felsen hinterließ? Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht; ...“

MEW, Bd. 20, S. 453 - 455
Lösung: Engels

Unruhe im Hamburger Hafen

Tarifrunde im Zeichen der Rationalisierung

Hamburg: Drei Tarifverträge laufen in diesem Jahr im Hafen aus: der Lohnstarif, der Rahmentarif (regelt die Arbeitsbedingungen) und der Eingruppierungstarif. Letzteren hat die Gewerkschaft ÖTV allerdings nicht gekündigt. Doch schon die Auseinandersetzung um die ersten beiden hat gereicht, große Unruhe unter den 4200 Kollegen der HHLA, dem größten Hafenbetrieb der BRD, auszulösen.

Am 20. November erfuhren die Kollegen aus einem Flugblatt der ÖTV, daß diesmal nicht nur die Gewerkschaft, sondern auch die Unternehmer Forderungen aufstellen. Sie wollen die Arbeitsbedingungen im Hafen verschlechtern. Im einzelnen:

- sollen Pflichtüberschichten zum Schifftigmachen nach der 2. Schicht – also ab 23 Uhr – eingeführt werden
- die Verpflichtung, auf 2. Schicht zu gehen, soll von jetzt 15% auf 38,9% im konventionellen und 33,4% im Containerbereich erhöht werden
- die Verpflichtung zur Nachtschicht soll auf 5,5% bzw. 16,7% in diesen Bereichen erhöht werden, statt bisher nur an einem Tag in der Woche
- im Container-Bereich soll diese Regelung als Konti-Schicht (Besetzung rund um die Uhr, das Wochenende eingeschlossen) eingeführt werden!

Diese Forderung nach Verschärfung der Arbeitsbedingungen findet vor dem Hintergrund einer Entwicklung statt, von der Ex-Wirtschaftssenator Kern (heute HHLA-Vorstandsvorsitzender) 1977 sagte, daß am Ende man „keinen traditionellen Hafenbetrieb mehr haben werde“. Zusammenlegung von einzelnen Schuppen zu Terminals, dabei „Freisetzung“ von Angestellten, Abbau der „Gangstärken“ (Anzahl der mit einer bestimmten Arbeit Beschäftigten), Abbau von Pausen, Abbau von Zulagen, Schließen „überholter“ Abteilungen, Umstellung im Großformat auf EDV, Versuch, bei den

teilungen, Umstellung im Großformat auf EDV, Versuch, bei den Handwertern Akkord einzuführen.

Schließlich strich der Vorstand vor einem halben Jahr eine der Sozialleistungen, die in der Vergangenheit die HHLA und Generationen von Betriebsratsführern als „sozialen Vorreiter“ benannten: das Erholungsheim Seedorf, in dem jeder HHLA-Kollege einmal in seinem Leben 14 Tage kostenlos Urlaub verbringen konnte.

Am 22. Oktober eröffnete die ÖTV-Führung schließlich die Diskussion um die Lohnstarife mit einem Forderungsvorschlag von 8%. Eine Festgeldforderung wurde mit dem Hinweis darauf, sie führe zur „Entsolidarisierung“ (oho!), abgelehnt.

Die Kollegen kommen in Wallung

Das ÖTV-Flugblatt löste überall heftige Diskussionen aus. An vielen Schuppen bzw. Stellen fanden in der „Halben“ (Mittagspause) Versammlungen statt, auf der ein eigener Forderungsvorschlag festgelegt und der Vertrauensmann verpflichtet wurde, diesen in der Vertrauensleute-Sitzung zu vertreten. Dabei kam es auch vor, daß der eine oder andere Vertrauensmann für eine Prozent-Forderung plädierte, aber von seinen Kollegen auf 250 DM mehr für alle festgelegt wurde, auf die sich Kollegen und Vertrauensleute verschiedener Bereiche verständigt hatten.

Am Container-Terminal Burchardkai (größter Terminal im Hafen) unterschrieben fast alle anwesenden Arbeiter und auch ein Teil der Angestellten eine Unterschriftenliste für 250 DM (etwa 600 Unterschriften). Die treuen Gefolgsleute der Gewerkschaftsführung sorgten allerdings für eine Polarisierung des im Jahr davor einheitlichen Willens für eine Festgeldforderung, so daß die Abstimmung ob Festgeld oder Prozente auf der Vertrauensleute-Sitzung vom 14. November 34:34:1 ergab.

Die Vertrauensleute-Leitung wertete dies als Absage an die Festgeldforderung, obwohl die Abstimmung angezweifelt wurde, da noch nicht einmal die Anzahl der Abstimmungsberechtigten festgehalten worden war! Dann allerdings unterlag die Leitung mit ihrem 10%-Vorschlag. Die Mehrheit war für 12%.

Am 20. November erschien dann das Flugblatt der ÖTV mit der endgültigen Lohnforderung von 8,5% und zusätzlich dem Forderungspaket

gültigen Lohnforderung von 8,5% und zusätzlich dem Forderungspaket des Vorstands zum totalen Ausbau der Schichtarbeit. Das schlug ein wie eine Bombe. Teilweise ging die Stimmung dahin, die Gewerkschaftsbücher hinzuschmeißen. Es mußte was passieren.

Die Idee setzte sich durch, daß sich die Kollegen aus allen sieben Hallen am Burchardkai in der „Halben“ in der Kantine treffen und dort eine Protestversammlung abhal-



Die Kollegen kommen in Wallung

bracht, schleunigst eine Sitzung einzuberufen. Alles sollte aus beruflichem Munde erklärt werden, und so nahmen beide Hafensekretäre und der Hamburger ÖTV-Chef Horst Matthiessen persönlich daran teil. Die Stimmung unterschied sich allerdings nicht wesentlich von der Stimmung auf der Kollegen-Versammlung am Burchardkai. Die Vertrauensleute forderten eine unmißverständliche Stellungnahme der ÖTV zu den HHLA-Plänen. Matthiessen wurde das Versprechen abgerungen, daß im Rahmentarif keine Verschlechterungen abgeschlossen werden sollten. Auch eine schriftliche Information der Kollegen darüber mußte er versprechen. Andererseits deutete Matthiessen auch schon eine mögliche Hintertür an: man könne die Arbeitgeber natürlich nicht am Reden hindern und rausgehen aus einer Verhandlung könne man ja auch nicht einfach. Die Diskussion um die Aufstellung der Lohnforderung wurde zur Grundsatzfrage. Ein

um die Aufstellung der Lohnforderung wurde zur Grundsatzfrage. Ein Kollege formulierte das Motto: Man muß sehen, was die Kollegen wollen und nicht einige in der Gewerkschaft. Mehrfach wurde Aufschlüsselung darüber verlangt, welche Betriebe mit wieviel Organisierten was für eine Forderung aufgestellt haben. Denn daß bei einer solchen genauen Prüfung keine 8,5% rauskommen würden, lag auf der Hand. Anstatt nun diese Zahlen vorzulegen, ließ Hafensekretär Rumpel die Katze aus dem Sack: „Es gehe gar nicht um diese Zahlen. Die Garantie dafür, daß der Vorgang demokratisch war, liege darin, daß die verantwortlichen Funktionäre gewählte Leute sind. Laut Satzung habe der geschäftsführende Hauptvorstand letzten Endes die Entscheidung und Verantwortung in der Hand, ein imperatives Mandat (bei dem sich die Vertreter an den Willen ihrer Kollegen halten müssen) gebe es nicht.“

Wofür diskutieren wir hier dann eigentlich? Ein Kollege stellte fest, daß die ÖTV-Führung, wenn sie sich in einem zu strengen Sinn an die Satzung hält, gar keine Diskussion in den Betrieben machen bräute. Auf diese Art und Weise mache die Gewerkschaftsführung aus Teilen der eigenen Gewerkschaft Kleinholz. Während die Versammlung zu diesen Worten Beifall klatschte, verstieg sich der ÖTV-Chef Matthiessen zu der Reaktion, daß diejenigen, denen das so nicht passe, ja aus der Gewerkschaft austreten könnten! Mit diesem groben und unsachlichen Einschüchterungsversuch konnte H. Matthiessen die Diskussion aber nicht abwürgen, sondern provozierte nur eine weitere Welle von Diskussionsbeiträgen, die die Kritik am undemokratischen Meinungsbildungsprozeß bestätigten.“ (zitiert aus „Alternative 35“).

Während die Versammlung zu diesen Worten Beifall klatschte, verstieg sich der ÖTV-Chef Matthiessen zu der Reaktion, daß diejenigen, denen das so nicht passe, ja aus der Gewerkschaft austreten könnten! Mit diesem groben und unsachlichen Einschüchterungsversuch konnte H. Matthiessen die Diskussion aber nicht abwürgen, sondern provozierte nur eine weitere Welle von Diskussionsbeiträgen, die die Kritik am undemokratischen Meinungsbildungsprozeß bestätigten.“ (zitiert aus „Alternative 35“).

Während die Versammlung zu diesen Worten Beifall klatschte, verstieg sich der ÖTV-Chef Matthiessen zu der Reaktion, daß diejenigen, denen das so nicht passe, ja aus der Gewerkschaft austreten könnten! Mit diesem groben und unsachlichen Einschüchterungsversuch konnte H. Matthiessen die Diskussion aber nicht abwürgen, sondern provozierte nur eine weitere Welle von Diskussionsbeiträgen, die die Kritik am undemokratischen Meinungsbildungsprozeß bestätigten.“ (zitiert aus „Alternative 35“).

Während die Versammlung zu diesen Worten Beifall klatschte, verstieg sich der ÖTV-Chef Matthiessen zu der Reaktion, daß diejenigen, denen das so nicht passe, ja aus der Gewerkschaft austreten könnten! Mit diesem groben und unsachlichen Einschüchterungsversuch konnte H. Matthiessen die Diskussion aber nicht abwürgen, sondern provozierte nur eine weitere Welle von Diskussionsbeiträgen, die die Kritik am undemokratischen Meinungsbildungsprozeß bestätigten.“ (zitiert aus „Alternative 35“).

Auf dem richtigen Weg

Die Rolle der „Alternative“ in diesen Auseinandersetzungen ist erheblich. Denn die Mobilisierung der Kollegen ist ein Prozeß, der mit dem „Vormachen“ der Alternative-Kollegen, daß man sich wehren kann und mit der kontinuierlichen Herausgabe einer Zeitung über jetzt vier Jahre, verbunden ist. Diese konkrete Arbeit führte zum Erfolg bei der letzten Betriebsratswahl, der Erfolg war wiederum Grundlage für weitergehende Aktivitäten. Der Stand der Alternative-Kollegen im Vertrauenskörper war

früher z.B. sehr schwach, während heute des öfteren Alternative-Kollegen in Sachfragen akzeptierte Sprecher für einen großen Teil, manchmal sogar die Mehrheit der Vertrauensleute sind. Am Burchardkai, wo die Alternative am stärksten verankert ist, haben die Kollegen an fast allen Dienststellen neue Vertrauensleute gewählt, die zum Schrecken der Alt-eingessenen alle freundschaftlich und erfolgreich mit den Alternative-Kollegen zusammenarbeiten.

Die Schwächen liegen da, wo es darum geht, Neuland zu betreten. Dies beginnt im eigenen Betrieb beim Kontakt zu interessierten Kollegen, die bisher nicht so im Blick waren. Vor allem aber gilt diese Schwäche gegenüber anderen Hafenbetrieben in Hamburg, Bremen u.a. Häfen. Weil dort der Stand der Auseinandersetzung niedriger ist, setzt auch die

ÖTV beispielsweise bei der Aufstellung der Lohnforderung dort viel eher ihren Willen durch und spielt dann die verschiedenen Betriebe gegeneinander aus.

Welch langer Weg noch bevorsteht, wurde ein paar Tage nach der Vertrauensleute-Sitzung klar, als die Kollegen zuerst in der „Morgenpost“, dann erst von der ÖTV erfuhren, daß diese inzwischen schon eine miese Regelung zur oben erwähnten Forderung nach sechs Wochen Urlaub mit dem Unternehmer-Verband abgeschlossen hat (6 Wochen erst ab 40 Jahre, ansonsten zwischen 26 und 28 Tagen Urlaub).

Dies ist eine glatte Verarschung der Vertrauensleute, denen auf die Frage nach dem Verhandlungsstand gesagt worden war: wir wissen von nix!

Hafenzelle/KB Hamburg

Tarif-Telegramm

Neue Forderungen:

Hamburg: Vertrauensleute AEG: 175 DM oder 1,- DM/Stunde, mindestens 8 %; IGM-Jugend/OJA: 170,- DM, 8 % mindestens, Anbindung der Auszubildendenvergütung an die Facharbeiterlöhne; VK-Leitung Still GmbH: 250,-DM mindestens, 11 Monate Laufzeit, Wegfall der Lohngruppen 2 und 3; VK Blohm + Voss: 11,5%; Siemens Zentralniederlassung HH: 13 %, mindestens 200,- DM, Laufzeit 11 Monate;

Bremen: VK Daimler-Benz: 13 % mindestens 175,- DM;

Hannover: IGM-Bezirksleitung Niedersachsen für das Metallhandwerk: 10,5 %;

Bielefeld: VKs Gildemeister und Thyssen-Rheinstahl: 200,- DM oder 12 %;

Westberlin: IGM-Mitgliederversammlung Solex: 12 %, mindestens 200,- DM; Mitgliedervers. Berthold AG: 13 %, mindestens 200,-DM, 100,-DM für Azubis, Streichung der Lohngruppen 1 und 2; VK AEG Hauptverwaltung: 200,-DM; VK-Leitung Beckum (Werk 1): 13 %, mindestens 225,- DM; Gillette VK: 13 %, mindestens 200,- DM; VK DWM-Copeland: 13 %, einmaliger Nachschlag 200,- DM;

Siegen: Vertreterversammlung: Festgeld und Streichung der Lohngruppe 2;

Olpe: Vertreterversammlung: 9,5 %, mindestens 150,- DM;

Kassel: Heizungsbau-Handwerk: 8 % mindestens 175,- DM;

Essen: Delgiertenkonferenz IGM-Jugend: 170,- DM, mindestens 8 %;

Dortmund: VK-Vollversammlung der drei Hoesch-Hütten: 12 %;

Köln: VK DIAG/Kolb: 12 %, mindestens 180,- DM; Vertreterversammlung: 10 %, mindestens 153,- DM;

Neuss: Pierburg: Sockelbetrag 100,- DM plus 4,5 %;

Rüsselsheim: 1000 Vertrauensleute Opel: 250,- DM für alle, bezahlte Erholungszeiten;

Frankfurt: Betriebsrat Fa. Emda: 170,- DM, mindestens 8 %; VK Braun AG (zwei Werke): 9,7 %, mindestens 150,- DM; VK Siemens (Zentralniederlassung): 150,- DM,

mindestens 9 %; VK Klimsch & Co: 13 %, mindestens 200,- DM; Tarifkommission Klimatechnik Hessen: 8 %, mindestens 175,- DM; VK Hartmann & Braun (Werk Bockenheim): 150,- DM, mindestens 9 %;

VK AEG (Forschung): 10 %, mindestens 200,- DM; VK Deutsche Carbon: 13 %, mindestens 200,- DM; VK Adlerwerke: 11 %, mindestens 1 DM/Std.; VK ATE: 230,- DM Festgeld; Ortsjugendausschuß: 1. und 2. Lehrjahr 90,- DM, 3. und 4. Lehrjahr 70,- DM;

Ludwigshafen: VK Fa. Wolpert: 170 DM, mindestens 8 %;

Traunreut: Mitgliederversammlung aller örtlichen Metall-Betriebe: 10,8 %;

Konstanz: VK Computergesellschaft Konstanz: 10 %, mindestens 170 DM;

Augsburg: Vertreterversammlung: 12 %, 12 Monate Laufzeit;

Nürnberg: VK Faun-Werke: 10 %; MAN: 11 %; Bosch, AEG-Kanis, Müller & Weigert: 12 %; Almetall: 10 %.

Noch Nachschlag

Trotz der von den Gewerkschaftsführern zur Beruhigung der Kollegen vorverlegten Tariffdiskussion gibt es hartnäckige Kollegen, für die der Nachschlag noch nicht gestorben ist. Bei der Firma Mahle (Kolben und Zylinder) in Stuttgart-Bad Cannstatt haben über 500 Kollegen, Männer und Frauen, in drei Werken für mehrere Stunden gestreikt, um die Gesprächsbereitschaft ihrer Geschäftsleitung zu beflügeln. Schon einige Zeit waren die von der Geschäftsleitung geforderten Verhandlungen immer wieder verschleppt worden. Nachdem sich niemand von der Geschäftsleitung blicken ließ, gab es zunächst eine einstündige ergebnislose Verhandlung mit dem Betriebsrat. Die Kollegen bestanden aber darauf, daß sie der Betriebsleitung selbst ihre Meinung sagen wollten und setzten den Streik fort, bis schließlich doch jemand vorbeikam. Erst als unverzügliche Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat zugesagt wurden, gingen die Kollegen wieder an die Arbeit. Wir wünschen viel Erfolg!

Metall-Kommission



Mittagspause am 20. November in der Kantine am Burchardkai

Die ÖTV-Führung wiegelt ab

Den Protest gegen die Schließung des Erholungsheims orientierte die ÖTV-Führung auf die Aufsichtsratsitzung. Die fand zwei Monate später statt und erklärte sich für nicht zuständig. Die Protestluft war damit erstmal raus.

Auch die Forderungen zum Rahmentarif orientierten sich mehr an den angeblichen Erfordernissen der „Wirtschaftlichkeit“, als an den Forderungen der Kollegen. Jede Forderung zum Abbau der Samstagsarbeit fehlte, dafür sollte die Einführung einer in Schichtplänen geregelten 3. Schicht dort, „wo es zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig sei“, enthalten sein. Die protestierenden ÖTV-Vertrauensleute erreichten, daß dies wegfiel, stattdessen wird jetzt die ersatzlose Streichung der Regelung zur 3. Schicht und eine Teilforderung zum Abbau der Samstagsarbeit aufgenommen. Statt der für den Hafen angeblich „unrealistischen“ Forderung nach der 35-Stundenwoche wurde die nach 6 Wochen Urlaub aufgestellt.

ten sollen. Als die Nachricht rum war und auch die Wühlarbeit einiger Linientreuer die Versammlung nicht mehr verhindern konnte, wurden die freigestellten Betriebsräte von Vertrauensleuten aufgefordert, eine „Einladung“ an die ÖTV und Vertreter der Geschäftsleitung abzugeben. Es kam Hafensekretär Uwe Schröder. Vor allem aber kamen etwa 500 Kollegen, die den im wesentlichen von Kollegen der „Alternative“ (die 8 der 27 Betriebsratsitze hat) ausgesprochenen Protest sowohl gegen den Schichtplan wie auch gegen die 8,5% stürmisch beklatschten und einen besonders abgewrackten Betriebsrat gar nicht zu Wort kommen ließen. Uwe Schröder verließ den Raum leicht geknickt...

Inzwischen lief im zentralen Betriebsratsbüro das Telefon heiß, weil ständig Kollegen wissen wollten, was da gespielt wird.

Eine heiße Vertrauensleute-sitzung

In dieser Stimmung hielt es die Vertrauensleute-Leitung für ange-

AEG-Sanierung vor dem Höhepunkt:

Großbanken übernehmen die AEG

Auf der Aufsichtsratssitzung der AEG am 3. Dezember wurden die Weichen für den letzten entscheidenden Teil der AEG-Sanierung gestellt. Nachdem bereits in diesem Jahr 6.000 Arbeitsplätze abgebaut worden sind, sollen nächstes Jahr weitere 13.000 folgen. Das Verwaltungspersonal soll umgehend um 20 % gekürzt werden. Darin noch nicht enthalten sind die Stilllegungs- und Personalabbaupläne für den Motorenbau und für Tochtergesellschaften der AEG, wie die Olympia-Werke, Hartmann + Braun und andere.

Weiterhin ist geplant, das Grundkapital der AEG erst herabzusetzen und dann wieder aufzustocken. Das geschieht so: Die bisherigen Aktionäre (vorwiegend Kleinaktionäre) bekommen für drei alte AEG-Aktion jeweils eine neue. Anschließend nimmt dann ein Bankenkonsortium unter der Führung der Dresdner Bank eine Kapitalaufstockung um 100 % vor. Damit sind dann die Banken die Mehrheitsaktionäre. Faktisch haben sie allerdings schon immer die Geschäftspolitik des AEG-Konzerns bestimmt und Millionen-Profiten dabei erzielt.

Daß der Vorstandsvorsitzende Cipa von der AEG seinen Rücktritt erklärte, wird von den bürgerlichen Zeitungen als große Überraschung angesehen. Daß dieser Schritt praktische Auswirkungen auf die weiteren Entlassungen haben wird, ist nicht anzunehmen, zumal er erst im August des nächsten Jahres gehen wird und bis dahin sein Sanierungskonzept durchgezogen haben will.

In einer ersten Stellungnahme nach der Aufsichtsratssitzung verurteilte Georg Benz, Mitglied des IGM-Vorstands, die Entlassungspläne und kündigte an, den Kampf dagegen aufzunehmen. Selbst der AEG-Vorstand erklärte, daß das Konzept nicht mit dem „Arbeitnehmer-Flügel“ abgestimmt sei.

Einen Tag nach den Beschlüssen demonstrierten die Beschäftigten des AEG-Werkes Esslingen. Sie sind nicht gewillt, die Rausschüsse hinzunehmen und wollen endlich Klarheit darüber haben, was mit ihnen geplant ist.

Vorgeschichte: Wie kam es zur Krise?

Seit Anfang der sechziger Jahre hat der AEG-Telefunken-Konzern seinen Herrschaftsbereich immer mehr ausgeweitet. 1967 setzte der Konzern zum großen Sprung nach vorn an, um sich in Konkurrenz zu Siemens entscheidende Marktanteile zu sichern. Von 1967 bis 1973 kaufte der AEG-Vorstand, auf Beschluß des Aufsichtsrats, Anteile an 42 inländischen Unternehmen.

Das Geld hierfür kam aus Krediten der Banken. Die Finanzschulden des Konzerns stiegen von 877 Millionen DM 1968 auf knapp 3 Milliarden DM 1974.

Die Banken strichen dabei Millionen an Zinsen ein. 1967 zahlte der AEG-Konzern 67 Mio. DM Zinsen und 1973 bereits 318 Mio. DM an die Banken.

1970 wurde dann vom Aufsichts-

rat, in dem vor allem die Vertreter der Banken (Dresdner Bank, Deutsche Bank, Commerzbank) sitzen, versucht, den Expansionsdrang der AEG etwas abzuschwächen, weil sich abzeichnete, daß die AEG diese Belastungen nicht ohne weiteres verkraften kann. Man setzte den alten Vorstandsvorsitzenden ab und als Vorsitzenden in den Aufsichtsrat, damit hatte er praktisch die Kontrollfunktion über den, der seine Geschäftspolitik korrigieren sollte.



1974 mit der allgemeinen Wirtschaftskrise in der BRD stockte auch bei der AEG der Absatz und damit die Profitentwicklung. Der AEG-Konzern war plötzlich nicht mehr in der Lage, seine bisherige, auf Expansion ausgelegte Geschäftspolitik beizubehalten. Der Konzern hatte 1974 einen Bilanzverlust von 286 Mio. DM und zahlte an seine Aktionäre keine Dividenden mehr aus. Weiterhin gezahlt wurden allerdings die Zinsen (1974 = 364 Mio. DM) an die Banken. Die Banken hatten auch keinen nennenswerten Aktienanteil, die Aktionäre waren rund 180.000 Kleinaktionäre. Dennoch bestimmten die Banken von jeher die Geschäftspolitik, da die Kleinaktionäre ihre Aktion bei den Banken deponiert haben und ihr Stimmrecht ebenfalls an die Banken übertragen.

Die Großbanken leiteten dann eine

rigorose Wendung ein: Vorstandsvorsitzender Ponto von der Dresdner Bank übernahm den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden im AEG-Konzern und setzte Herrn Cipa als eisenen Besen im AEG-Vorstand ein.

Ab 1976: Die knallharte Sanierung beginnt

Cipa hatte erst drei Wochen zuvor,

tungen für die Übernahme von Gelsenberg-Mitarbeitern durch andere Unternehmen abgeschlossen“ (Cipa am 16.7.75 auf der Gelsenberg-Hauptversammlung).

Stellt sich so der Herr Cipa auch nächstes Jahr seinen Abgang bei der AEG vor?

Cipa organisierte als erstes die zentralen Entscheidungswege im Konzern neu. Alle wichtigen Kompetenzen

Anteils der Kraftwerks-Union an Siemens. Der AEG-Konzern hatte versucht, weiter im Milliarden-Geschäft der Atomkraftwerke mitzumischen, war aber nicht mehr in der Lage, die entsprechenden Investitionen dafür aufzubringen. Cipa hat lange versucht, andere Möglichkeiten zu finden (z.B. Verpfändung des AEG-Anteils an ein Bankenkonsortium). Das Aussteigen aus der Kraftwerks-Union zog dann einen Rattenschwanz hinter sich her: Siemens wurde praktisch der Alleinhersteller von AKWs und ließ auch die Unteraufträge an Siemens-Unternehmen erteilen. Dadurch verlor u.a. die Hartmann & Braun AG (AEG-Anteil 75 %) diverse Aufträge und führte Massenentlassungen durch.

Was will Cipa 1980 noch stilllegen und abbauen?

Neben den in letzter Zeit bekanntgewordenen Betriebsstilllegungen (siehe Kasten) sind offenbar weitere geplant, über die sich der Vorstand noch in Schweigen hüllt.

Die einzigen Bereiche, die ausgebaut werden und in die verstärkt investiert wird, sind die Energie- und Industrietechnik sowie die Nachrichten- und Verkehrstechnik. In diesen Bereichen ist u.a. der Rüstungsanteil sehr hoch. Der AEG-Konzern ist einer der größten Rüstungskonzerne der BRD.

Im Bereich der Konsumgüter (Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte) und auch bei bürotechnischen Geräten werden die einzelnen AEG-Produktionsstätten immer mehr zusammengefaßt. Das Produktionsprogramm wird auf einige Standardtypen beschränkt, die in durchrationalisierten Werken hergestellt werden sollen.

Bei Telefunken in Hannover (100 : AEG-Besitz) wird zur Zeit geplant, eine neue Fertigungstechnologie einzuführen, die bislang noch keins der deutschen Unternehmen der Branche hat. In drei Jahren soll dann Telefunken selbst gegenüber der japanischen Konkurrenz wieder wettbewerbsfähig sein. 2.500 Beschäftigte will Telefunken dafür entlassen. „Wird uns diese Möglichkeit der Investition genommen“, erklärte der Geschäftsführer von Telefunken, Hellmann, „dann müssen wir auf die Dauer die Produktion im Inland ganz aufgeben.“

Neben diesen „Produktionsstrafungen“ werden weiter das Vertriebsnetz und die Verwaltungsstellen zusammengefaßt und verkleinert.

Metallkommission

Geplante Betriebsstilllegungen und Entlassungen im AEG-Konzern (Die Aufstellung ist nicht vollständig)

Werk II in Hannover
AEG-Kanis in Essen
Hartmann + Braun, Braunschweig
AEG-Tochter Tarasa, Spanien
Werk Esslingen
Werk Konstanz
Werk Seligenstadt

Stilllegung
Stilllegung
Stilllegung
Teilstilllegung
Stilllegung?
Massenentlassungen
Massenentlassungen

Weitere Entlassungen sind geplant:
— Werk Belecke und im Werk Ulm
— Olympia Büromaschinenwerke
— 20 Prozent des Verwaltungspersonals (2.200 Angestellte).

Die Bereiche Prozeßrechner und Produktservice werden aufgelöst und in eine neue Gesellschaft eingebracht, die der AEG-Konzern zusammen mit einem US-Hersteller aufbauen will.

Loderers Stahlmärchen

Fast 1.000 Beschäftigte der Mannesmann-Röhrenwerke aus den Düsseldorf Werken Hilden und Langenfeld demonstrierten in der letzten Woche gegen die Vernichtung von über 1.300 Arbeitsplätzen. Es war die dritte Protestaktion nach einem Warnstreik in Hilden und einem zweistündigen Streik zwei Wochen vorher von 1.000 Beschäftigten in Langenfeld.

Einer hat anscheinend noch nicht „mitbekommen“, was in der Stahlindustrie so abläuft. Treuerherz behauptete der Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall, Eugen Loderer, auf einer Metall-Jubiläumsfeier in Dortmund am 12.11.: „Wir haben eine Bresche geschlagen in die Einheitsfront des Kapitals auf dem Felde der Arbeitsverteilung“ („WdA“, 29.11.). Unter Bezugnahme auf den Stahlarbeiterstreik vom Jahresanfang behauptete Loderer, daß in diesem Jahr 33.000 Stahlarbeitsplätze mehr besetzt seien, als vor dem Stahlstreik, der „Belegschaftsabbau“ sei gestoppt („SZ“, 13.11.). Abgesehen davon, daß Loderers Zahlen zweifelhaft sind, unterschlägt er, daß die Tendenz anders ist. Die Stahlindustrie selber wertet den vorübergehenden Rückgang des Belegschaftsabbau als konjunkturelle Unterbrechung. Der Konjunkturausschuss in der BRD 1979 hat Mitte 1979 zu einer Erhöhung der Aufträge geführt (bei Walzstahlzeugnissen im Juli 1979: 5 Millionen Tonnen gegenüber 3,2 Mio. Tonnen im November 1977). Für 1980 wird ein Rückgang der Konjunktur erwartet. Die Planungen der Stahlkonzerne sehen daher auch anders aus, als Loderer behauptet.

Mannesmann ist nur ein Beispiel. Weitere, aktuelle sind schnell aufgezählt:

• In Dortmund, dem Ort von Loder-

ers Märchenerzählungen, sollen bei Hoesch die alten Siemens-Martin-Hochöfen durch das Oxygen-Verfahren ersetzt werden. Hoesch selber gibt 1.500 Entlassungen an, die IGM-Vertrauensleute fürchten mindestens 4.000 - 5.000 Entlassungen und haben sich bereits auf Kampf eingestellt. „Dortmund darf kein zweites Longwy werden“ heißt die Parole der IGM-Vertrauensleuteversammlung („Vorwärts“, 1.11.).

• In Oberhausen ist die Gutehoffnungshütte Sterkrade vollständig in den Besitz von MAN übergegangen. Rationalisierungsmaßnahmen im 7.000-Beschäftigten-Werk (vor Jahren waren es noch 2.000 mehr) sind bereits angekündigt.

• Ebenfalls in Oberhausen will Thyssen die von ihm aufgekaufte HOAG weiter reduzieren, bereits heute sind nur noch 6.000 von ehemals 12.000 beschäftigt.

• Mehrere tausend Entlassungen hat auch der ARBED-Konzern in seinen Werken vor allem im Saarland angekündigt (siehe auch AK 167).

Die Stahlrationalisierungs- und Entlassungswelle rollt. Der IGM-Vorsitzende aber verbreitet munter Märchen, um nachträglich die Niederlage im Stahlstreik in einen Sieg umzulügen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Protestdemonstration von Mannesmann-Arbeitern aus dem Düsseldorf Werk Hilden

Kurzarbeit in der Automobilindustrie

Nach fast fünf Jahren „Hochkonjunktur“ steckt die Autoindustrie jetzt in der Krise, so stellt die bürgerliche Presse die Entwicklung jedenfalls dar. Faktisch ging die Produktion im Automobilbau 1974 — im „Krisenjahr“ der Autoindustrie also — lediglich um ganze 2,2 % zurück. Damals wurden die Massenentlassungen bei VW als eine „notwendige Anpassung der Produktionsstruktur an die veränderten Wettbewerbsbedingungen“ bezeichnet. Tatsächlich wurde aber auf neue Modelle mit rationaler Fertigung umgestellt, der ca. ein Drittel der Belegschaften, d.h. 50.000 Arbeitsplätze, zum Opfer fielen.

Trotz wachsender Nachfrage in der BRD wurde erst 1977 das Produktionsniveau von 1973 übertroffen. Dazu kam, daß im ersten Halbjahr 1979 der Exportanteil sogar gegenüber 1975 von 50,8 % leicht zurückging auf 48,1 %. Daß das Ergebnis im Unterschied zu anderen Branchen doch relativ gut ausfiel, hängt u.a. damit zusammen, daß im Jahr 1974, zur Zeit der sogenannten „Ölkrise“, sich viele mit Autokäufen zurückhielten. Der dadurch entstandene Nachholbedarf kommt seit Ende 1975 zum Tragen.

Die steigenden Produktionsziffern wurden aber nicht durch nennenswerte Neueinstellungen erzielt. Die Produktivitätssteigerung war das Ergebnis anstiegender Rationalisierungsmaßnahmen. 1976 wurden z.B. bei VW allein 60.000 Fahrzeuge durch Sonder-schichten produziert. 1978 hatte der Konzern nur noch zwei Drittel der Belegschaft von 1971. Bei Opel/Rüsselsheim wurde von 1973 auf 1975 insgesamt 15 Wochen kurzgearbeitet, und

10.000 Kollegen entlassen. Danach wurden auch hier Sonderschichten gefahren, anstatt Neueinstellungen vorzunehmen. Der Betriebsrat gab hierzu seine Zustimmung. Betriebsratsvorsitzender Heller wandte sich gegen eine „expansive Einstellungspolitik“, also gegen eine Vergrößerung der Belegschaft, um der mehr anfallenden Arbeit gerecht zu werden. Diese Sonderschichten brachten den Opel-Kapitalisten in den letzten Jahren Unsummen an zusätzlichen Profiten.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Mitte November abgeschlossene Betriebsvereinbarung bei Opel-Rüsselsheim zu sehen: Sie gilt bis zum 31.8.80 und beinhaltet, daß die Kollegen einen Zuschuß von 20 % zum Kurzarbeitergeld, das 68 % beträgt, erhalten, mindestens jedoch 55 DM pro Woche. Vorläufig waren von der Kurzarbeit, die erstmalig vom 25.11. bis 7.12.79 beantragt war, in der ersten Woche 16.000, in der zweiten Woche 20.000 Kollegen betroffen.

Auf einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 31.10. hatte die Geschäftsleitung laut Presse eine Kurzarbeit für den Rest des Jahres noch ausgeschlossen. Umso empörter waren die Kollegen, als sie am 10.11. der Presse entnehmen mußten, daß genau am Tage der Wirtschaftsausschuß-Sitzung die Kurzarbeit beantragt wurde! Wahrscheinlich hatte auch die Verletzung der Informationspflicht laut Betriebsverfassungsgesetz dazu geführt, daß die Geschäftsleitung der Betriebsvereinbarung zustimmte, ohne die der Betriebsrat nicht der Kurzar-

Fortsetzung nächste Seite

Gewerkschaftsausschlüsse: Risse in der starren Front?

Für Schlagzeilen hatte der Beschluß des IG Metall-Vorstands gesorgt, die oppositionellen Stuttgarter Daimler-Benz-Betriebsräte um Willi Hoss und Hermann Mühleisen nicht wieder in die IGM aufzunehmen (siehe dazu ausführlich AK 167). Damit hatte sich die Hoffnung vieler linker Gewerkschafter, die die IGM angesichts ihrer schweren Schlappe bei den Betriebsratswahlen in dem Automobilwerk ihre rigide Ausschlusspolitik gegenüber oppositionellen Betriebsräten ändern könnte, zunächst zerschlagen. Wenn auch nicht mit einer völligen Abkehr von dieser zutiefst undemokratischen Praxis zu rechnen war, gab es doch zunächst einige Anzeichen für eine liberalere Haltung; insbesondere die Tatsache, daß es zu einem Gespräch zwischen der Ortsverwaltung und den Ausgeschlossenen gekommen war, ließ hoffen. Doch mochten die IGM-Führer die Minimal-Bedingungen, die die selbstbewußten Hoss-Leute stellten, nicht akzeptieren. Sie befürchteten ganz offensichtlich Auswirkungen auf andere Betriebe, wo es Auseinandersetzungen mit oppositionellen Mitgliedern gibt. Es ist nicht auszuschließen, daß dabei besonders das Berharren der Kollegen auf einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit mittels ihrer seit zehn Jahren erscheinenden Betriebszeitung „Plakat“ den Ausschlag gab. Für diese Überlegung könnte sprechen, daß im Mai dieses Jahres mit der in Duisburg erscheinenden Zeitung „Revier“ ein anderes fortschrittliches Blatt auf den Index „gewerk-

schaftsfeindlich“ gesetzt wurde, das ein ähnliches inhaltliches Konzept verfolgte: ausführliche Berichterstattung aus den Betrieben des Ruhrgebiets sowie Themen aus den Gewerkschaften, mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie. Mit diesem Konzept hatte „Revier“ während des Stahlarbeiterstreiks im vergangenen Winter eine beachtliche Verbreitung gefunden, brachte es doch gerade vor allem die Stimmen der „härtesten“ Streikbetriebe zum Ausdruck.

Selbstkritisches aus Westberlin

Während nach den '78er Betriebsratswahlen durchweg nach bekannter Manier die Kandidaten linker Oppositionslisten aus den Gewerkschaften gekantet wurden — bei gleichzeitiger weitgehender Schonung rechter Spalter aus dem CDU- und rechten SPD-Lager — wartete die IG Metall in Westberlin mit einer Novität auf. Im Herbst 1978 organisierte die dortige Verwaltungsstelle eine Konferenz zur Auswertung der Betriebsratswahlen.

Geladen waren Betriebsräte und Vertrauensleute aus 18 Betrieben. In zwölf dieser Betriebe hatten sich oppositionelle Listen durchsetzen können, in den übrigen hatte es zwar keine Oppositionslisten gegeben, jedoch hatte man im Vorfeld der Wahlen durchaus damit gerechnet. Daß gerade die Berliner Verwaltungsstelle diese Konferenz veranstaltete (IGM-Funk-

tionärsorgan „Gewerkschafter“: „So eine Konferenz gab es noch nie“), hat sicherlich seine Bewandnis in der Tatsache, daß in Westberliner Betrieben die linke Opposition besonders kräftig einschlug: bei BMW 40 % für die „RGO“; Bosch-Elektronik 46,4 % für Oppositionelle; KWU nur neun Sitze IGM gegen vier Sitze „Linke Liste“, ein „RGO“; vier Unabhänge; Orenstein & Koppel 45 % für Oppositionelle, um nur einige Beispiele zu nennen.

Im Auftrag der IG Metall hat der Soziologe Prof. Bodo Zeuner die Konferenzdiskussion in einer Reihe von Thesen ausgewertet, die „von der IG Metall in weiten Teilen ohne Widerspruch akzeptiert werden“, so der „Gewerkschafter“ 7/79, der die Thesen auszugsweise veröffentlichte. Diese Aussage war insofern nicht selbstverständlich, als in den Zeuner'schen Thesen z.T. recht herbe Kritik an überkommenen Formen und Inhalten der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit geübt wird (Anm. 1).

Die Zeuner-Thesen

Gleich in seiner These I verweist Zeuner auf „einige innergewerkschaftliche Schwachstellen“, und „wt“ ergänzt: „So ist zum Beispiel das Nicht-integrieren der Ausländer eine solche Schwäche. Sie bilden offensichtlich erst die Voraussetzung für Erfolge der K-Gruppen-Aktivitäten“.

Zeuner konstatiert die „Schwäche der Vertrauenskörper in fast allen Betrieben. Die Vertrauenskörper sind fast überall ihrer Rolle als Bindeglied zwischen den Mitgliedern und den Repräsentanten der Gewerkschaft im Betriebsrat nicht gerecht geworden. Sie haben kaum irgendwo zur Aktivierung der Mitglieder beigetragen oder den Mitgliederwillen nach oben weitergetragen.“

Zeuner macht eine Reihe Vorschläge zur Belebung der VKs: Ein Streik könnte heilsam sein (dies findet sich übrigens nicht im „wt“-Dokument!), Bildungsarbeit und betriebliche Wochenendseminare sowie „Orientierung der VK-Arbeit auf betriebliche Aktionen gegen den Arbeitgeber“. Auch sei es notwendig, „die Eigenständigkeit der Vertrauenskörper gegenüber den Betriebsräten“ zu stärken, da nur aus dem VK „innergewerkschaftliche Erneuerungstendenzen gegenüber zu selbstherrlich gewordenen Betriebsräten hervorgehen können.“ Noch einen Schritt weiter geht „wt“: „Es ist zu prüfen, wo in begründeten Ausnahmefällen die Legalisierung konkurrierender IG-Metall-Listen ein Weg zur Lösung des Problems wäre“.

Obwohl, so Zeuner, angesichts der Beschäftigungskrise eine erfolgreiche Betriebsratspolitik nur dort möglich ist, wo der Betriebsrat „in der Lage ist, die Kollegen selber zu Aktionen zu mobilisieren, (...) verstehen sich Betriebsräte (zu oft) gegenüber den Kollegen noch als „Regierungspartei“. Die Konfrontation mit linken, oppositionellen Listen hat dieses „regie-

runghafte Selbstverständnis anscheinend noch bestärkt.“

Die Tatsache, daß die Oppositionellen auch sehr viele Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern erhalten haben, führt Zeuner zurück auf „Mängel in der innerbetrieblich-gewerkschaftlichen Willensbildung von unten nach oben, krasser gesagt: die weitgehende Funktionslosigkeit der Mitglieder über die Beitragszahlung hinaus“.

Der größte Teil der Wähler und Unterstützer (Zeuner nennt vor allem männliche Ausländer, die häufig „K-Gruppen“ wählen sowie männliche deutsche Facharbeiter und Auszubildende und Jungarbeiter, aber vorerst wenig Frauen) ist „gewerkschaftliches Potential, das auf aktivere Gegenwehr drängt“ und zurückgewonnen werden muß. Frauen haben ihre Benachteiligung „diesmal noch relativ passiv hingenommen“. Nach „wt“ kündigt die Ortsverwaltung eine gesonderte Untersuchung an, „weil generell davon auszugehen ist, daß Frauen verstärkt an der gewerkschaftlichen Arbeit beteiligt sein müssen.“ Schließlich komme es darauf an, für die Betriebsratswahl „von vornherein eine optimale, alle gewerkschaftlich aktiven Kräfte im Betrieb repräsentierende Liste mit genau diskutierter Rangfolge aufzustellen, bei der es keine Erbhöfe gibt und die bisherigen Betriebsratsmitglieder auf ihre gewerkschaftliche Leistung überprüft werden“.

Ein Schritt zur Umkehr?

Über weite Strecken lesen sich die Thesen wie die Programmatik einer oppositionellen Liste, und das ist nicht ganz zufällig. Unter dem Druck der Ereignisse sieht sich die Westberliner IGM-Führung genötigt, bestimmte Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und kommt dabei zu Ergebnissen, die von gewerkschaftsoppositionellen Kollegen schon lange so gesehen werden. Die Ausschaltung des Mitgliederwillens, die Erniedrigung von Vertrauenskörpern zur befallspendenden Kulisse, das „fürstenhafte“ Verhalten der meisten Betriebsräte, der mangelnde Einsatz für die Angelegenheiten der Kollegen — besonders der Ausländer — damit hat die IG Metall-Führung tatsächlich zentrale Punkte erkannt, die immer wieder den Hintergrund oppositioneller Listen bildeten.

Unklar bleibt zunächst, welche Konsequenzen die Ortsverwaltung aus ihren Erkenntnissen tatsächlich ziehen will und kann. Spätestens bei der nächsten Betriebsratswahl hat sie Gelegenheit, eine Probe auf ihre Ernsthaftigkeit abzulegen. Immerhin ist der nächsten Betriebsratswahl hat sie Gelegenheit, eine Probe auf ihre Ernsthaftigkeit abzulegen. Immerhin ist der beklagte Zustand der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit nur der jetzt erstmals in dieser Schärfe bloßgelegte Ausdruck der offiziellen Gewerkschaftspolitik der Sozialpartnerschaft. Ob die Ortsverwaltung eine veränderte Arbeit im Sinne der Thesen Zeuners überhaupt durchsetzen kann, ist auch zunächst noch hingestellt. Immerhin verfügen altgediente Betriebsräte namentlich aus Großbetrie-

ben für gewöhnlich über Hausmacht, die sie auch einzusetzen wissen, wenn von irgendeiner Seite an ihren Stühlen gesägt wird. Sie bestimmen fast immer letzten Endes die Politik der Ortsverwaltungen wesentlich mit, dürften aber auf die Veränderung des „Ist-Zustandes“ keinen Wert legen.

Die Konferenz hat sich offensichtlich nicht mit der Frage beschäftigt, ob Kollegen, die auf einer oppositionellen Liste kandidiert haben und dann ausgeschlossen wurden, wieder aufgenommen werden sollen. Die Zeuner-Thesen kommen also zu einem Zeitpunkt, wo sehr viele der Kollegen, die bisher auf Oppositionslisten kandidiert haben, bereits nicht mehr Gewerkschaftsmitglieder sind. Auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind nach wie vor gültig. Daß der IGM-Vorstand eine gute und erfolgreiche Betriebsarbeit nicht für ein ausreichendes Kriterium für die Wiederaufnahme ausgeschlossener Kollegen hält, hat er nicht zuletzt am Beispiel Hoss-Mühleisen wieder demonstriert. Bemerkenswert ist weiterhin, daß die Thesen eine Persönlichkeitswahl nahezu ausschließen. Offenbar rechnet man weiter fest mit den Ausgeschlossenen.

Trotzdem signalisiert das Papier ein gewisses Umdenken, wohlgerichtet unter dem Druck der Verhältnisse. Es könnte zunächst mal dazu führen, daß in einer Reihe von Betrieben eine Kandidatur auf oppositionellen Listen nicht mehr nötig oder sinnvoll wäre, wenn nämlich die Opposition ausreichend auf den Gewerkschaftslisten vertreten ist. Dies allein schon könnte für die Zukunft eine geringere Zahl an Gewerkschaftsausschlüssen bedeuten als in der Vergangenheit.

Ob dieses Umdenken möglicherweise dazu führen kann, daß Ausgeschlossene wieder aufgenommen werden, und unter welchen Bedingungen, muß erst die Zukunft zeigen.

O., Komm. Betrieb und Gewerkschaft

Anmerkungen:

Die Zeitung „was tun“ der GIM veröffentlichte am 1.10 als Dokument „ein Papier aus der Berliner IG Metall“, das in seinen wesentlichen Aussagen den im „Gewerkschafter“ abgedruckten Thesen Prof. Zeuners entspricht, teilweise sogar im Wortlaut. Leider war der „was tun“ nicht eindeutig zu entnehmen, ob es sich bei ihrem Dokument um die Originalthesen handelt oder um eine von der IG-Metall-Ortsverwaltung vereinfachte Fassung oder um ein Papier, das einen möglicherweise vorläufigen Diskussionsstand darstellt. Jedenfalls stimmt die Nummerierung der „Gewerkschafter“-Thesen und des „was tun“-Dokuments teilweise nicht überein, und es finden sich auch einige abweichende Aussagen. Wir zitieren, wo nicht anders ausgewiesen, aus dem „Gewerkschafter“. Wo es uns notwendig erschien, zitieren wir Ergänzungen aus „was tun“. Diese Zitate sind mit „wt“ gekennzeichnet.

Kurzarbeit in der Automobilindustrie

beit zugestimmt hätte. Bei einem Arbeitsgerichtsprozeß wären die Chancen für die Geschäftsleitung zur Durchsetzung der Kurzarbeit nicht günstig gewesen.

In Rüsselsheim werden ausschließlich die großen Opel-Modelle gebaut, also Rekord, Commodore, usw. Das Opel-Werk Bochum, wo vorläufig keine Kurzarbeit geplant ist, stellt den Kadett her. Ähnlich sieht es auch bei Ford aus. In Köln, wo auch die großen Wagen gebaut werden, wird vom 17.1. - 22.2.80 an insgesamt 24 Arbeitstagen kurzgearbeitet. Hiervon sind 12.000 Beschäftigte betroffen. Im Ford-Werk Saarlouis hingegen werden Sonderschichten gefahren.

Entwicklung in den 80er Jahren

Entwicklung in den 80er Jahren

Die in den letzten Jahren vorgenommene Umstrukturierung und Rationalisierung — z.B. die Schaffung eines arbeitsteiligen Produktionsverbundes bei Daimler-Benz — hat nicht nur in der BRD Überkapazitäten geschaffen. Für 1979 - 1983 planen die Automobilkonzerne in der BRD einen Investitionsaufwand von über 30 Milliarden DM. Das ist fast doppelt soviel wie für den Zeitraum von 1974 - 1978.

Der Hauptanteil dieser Investitionen wird eingesetzt für weitere Rationalisierungsmaßnahmen in der Fertigung. Gleichzeitig wird der Aufbau von Produktionsstätten im Ausland forciert. Daimler-Benz will ein Montagewerk für LKW-Produktion in Brasilien ausbauen. Mit China stehen sie in Verhandlung über den Bau eines weiteren Monatewerkes. VW will in den USA spätestens 1984 ein zweites Montagewerk eröffnen, wobei die Motoren und Teile, die jetzt noch aus der BRD geliefert werden, fast ausschließlich aus Mexiko und Südafrika stammen sollen. Weiterhin plant auch VW Montagewerke in Südkorea und China.

Die jetzige Kurzarbeit in den einzelnen Werken kann der Beginn einer neuen Entlassungswelle in der Automobilindustrie sein. In der BRD hängt jeder siebte Arbeitsplatz von der KFZ-Industrie ab.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde die Entwicklung zwar nicht aufhalten, aber zumindest die Schwankungen zwischen Sonderschichten und Kurzarbeit könnten ausgeglichen werden.

Metallkommission

Bleibt die GEW-Berlin bei ihrer politischen Erklärung?

Der am 17./19.12. tagenden Landesvertreterversammlung (LVV) der GEW-Berlin liegen umfangreiche Anträge zur Änderung der Satzung des Landesverbandes vor. Ziel dieser Änderungen soll es sein, „die in der Mitgliedschaft weit verbreitete Unsicherheit über die tatsächlich bestehende, gültige Satzung zu beheben“.

Deshalb sollen „Widersprüchlichkeiten“ sowie „eingeschlichene, sinnentstellende Fehler“ beseitigt werden.

Die Gefahr, daß hierbei auch gleich Widersprüche mit der Führung der GEW-Bund im Sinne der BundesGEW bereinigt werden, ist dabei nicht zu übersehen.

Erich Frister hat Formulierungsvorschläge zur Änderung der „Politischen Erklärung“, die als Geschäftsgrundlage der Satzung beigefügt ist, für die Landesvertreterversammlung vorgelegt.

Der Streit um die „politische Erklärung“

Bekanntlich hatte die alte GEW-Berlin der Rückkehr in den DGB und der GEW-Bund auf ihrer LVV im Dezember 1978 nur bei gleichzeitiger Verabschiedung einer politischen Willenserklärung für die weitere Arbeit zugestimmt. Diese Erklärung, die im wesentlichen eine Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse beinhaltet, bildete die Geschäftsgrundlage für die durch die Fusion mit der GEW im

DGB notwendig gewordene Satzungsänderung.

Von Seiten des DGB und der GEW-Bund hat es inzwischen zahlreiche Versuche gegeben, die GEW-Berlin zur Rücknahme dieser Erklärung zu erpressen (vgl. AK 163, S. 28):

— Im Januar beschloß der Geschäftsführende Vorstand der GEW-Bund, die Fusion vorerst zu stoppen, da die Willenserklärung Beschlüsse der Bundesorganisation mißachte.

— Im Februar beschloß der Hauptvorstand der GEW-Bund zwar die Fusion weiterzuführen, aber die Bundeschiedskommission „zur Aufhebung des Beschlusses und Festlegung der erforderlichen Sanktionen anzufragen“, falls die GEW-Berlin nach dem Zusammentritt der neu gewählten LVV an der Willenserklärung festhalte.

— Unter Hinweis auf diese Erklärung hat sich die GEW-Führung bis heute geweigert, beim DGB zu beantragen, daß der Vorsitzende der GEW Westberlin, Gerhard Schmidt, als Mitglied des Landesbezirksvorstands Westberlin des DGB bestätigt wird. Bis heute kann Schmidt an diesen Sitzungen nicht teilnehmen.

Fristers Formulierungshilfen

Der LVV vom 17./19.12. liegt nun ein Antrag vor, diese Willenserklärung, die ja bisher nur von den Mitgliedern der alten GEW-Berlin verab-

schiedet wurde, zu bestätigen und dabei gleichzeitig einige Aktualisierungen vorzunehmen. So soll z.B. der Hinweis auf die Unterstützung des Russell-Tribunals entfallen, da es derzeit keine erkennbaren Nachfolgeinitiativen gäbe etc.

Erich Frister hat nun in einem Schreiben an den Vorsitzenden der GEW-Berlin Vorschläge gemacht, wie die Willenserklärung geändert werden müßte, „um den Weg im DGB-Bundesvorstand bzw. DGB-Bundesauschuß freizumachen“. Im 3. Absatz geht es um folgende Bestandteile: „...sie (die GEW-Berlin, Anm. AK) erklärt ihre politische Solidarität mit allen von den UVB's betroffenen Kollegen. Die LVV erklärt ausdrücklich ihren Willen, bis zur Aufhebung der UVB's durch die Gremien der GEW bzw. des DGB sich entschieden gegen die Anwendung der UVB's einzusetzen“. Jenseits aller politisch-moralischen Wertung ist die Erklärung politischer Solidarität gegenüber Personen, die als Anhänger von gewerkschaftsfeindlichen Gruppen ausgeschlossen worden sind, und die Erklärung, daß man entsprechende Beschlüsse nicht anwenden bzw. sich gegen deren Anwendung einsetzen werde, satzungswidriges Verhalten. Die Beschlüsse der Organe des DGB und der GEW sind nun einmal verbindlich.

Sie können bekämpft werden, aber solange sie gelten, müssen sie beachtet

und angewendet werden.

Im 4. Absatz geht es um die Bestandteile: „...weiterhin das Russell-Tribunal unterstützen... und auch als Gewerkschaft die kritische Anti-Atomkraftbewegung unterstützen“. Die Erwähnung des Russell-Tribunals könnte wohl ohnehin entfallen, weil dies nicht mehr aktuell ist. Was die kritische Anti-Atomkraftbewegung angeht, so könnte, um Mißverständnisse zu vermeiden, formuliert werden: „...auch als Gewerkschaft im Rahmen der Beschlüsse des DGB die kritische Anti-Atomkraftbewegung unterstützen“.

Ich bin der Auffassung, daß sich diese Änderungen eigentlich ohne Schmerzen vollziehen ließen, aber es fällt mir wohl sehr schwer, in Eure Haut zu schlüpfen. Bitte, verstehe diesen Brief lediglich als Versuch, Dir eine Empfehlung zu geben“.

So weit Erich Frister. Es bleibt abzuwarten, wie sich die LVV zu den derzeitigen Änderungen, die immerhin eine Abkehr von Prinzipien der GEW-Berlin bedeuten würden, stellen wird. Inzwischen können die Mitglieder darüber rätseln, wie denn „im Rahmen der Beschlüsse des DGB die kritische Anti-Atomkraftbewegung“ unterstützt werden könne. Während der DGB-Chef Vetter auf dem SPD-Bundesparteitag vor einem Ausstieg aus der Atomenergie warnte und damit — selbstverständlich im Rahmen der Beschlüsse des DGB — die Delegierten

zur Unterstützung der Schmidt-Linie aufrief, unterstützte die GEW Westberlin eine vom AK Leben veranstaltete Anti-AKW-Demonstration am 5. 12., die sich gegen die Beschlüsse dieses Parteitag richtete — auch im Rahmen der Beschlüsse des DGB?

Inzwischen gibt es aber auch in der Westberliner GEW Stimmen, die ein Einschwenken auf die Frister-Vorschläge befürworten. Völlig neue Interpretationen der Willenserklärung werden dafür aus der Tasche gezogen. So heißt es jetzt, die Formulierung „politische Solidarität mit allen von den UVB's betroffenen Kollegen“ sei mißverständlich, da hierunter auch eine Unterstützung der politischen Ziele dieser Kollegen verstanden werden könne.

Aber derartige Eiseleien können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die LVV entscheiden muß, ob sie sich lediglich für die A u f h e b u n g der UVB's einsetzt oder ob sie auch — was der bisherigen Position entsprach — bei der derzeitigen Satzungslage gegen die A n w e n d u n g der UVB's votiert. Ein Festhalten an den bisherigen Formulierungen beinhaltet sicherlich neuen Konfliktstoff mit der GEW-Bund und dem DGB — aber hier hat die GEW-Berlin ja schon reichlich Erfahrungen gesammelt, die keinen Grund bieten, sich erpressen zu lassen.

Ein Hamburger Lehrergesosse

Gewerkschaften und AKW's

„IGM-Gesprächskreis für energiepolitische Fragen“

Nach dem „Gesprächskreis für Betriebsräte und Vertrauensleute der Rüstungsindustrie“ hat der Vorstand der IG Metall jetzt einen ähnlichen Gesprächskreis für energiepolitische Fragen eingerichtet. Diesem Gesprächskreis gehören ausschließlich Befürworter von AKW's an. Ziel dieses Kreises soll es sein, die Befürworter des weiteren Ausbaus des Atomprogramms in die Gewerkschaft zu integrieren. Gerade Betriebsräte aus Kernenergieunternehmen haben sich gern und willfährig als „pressure-group“ für ihre Unternehmensleitungen, die Energiekonzerne, einsetzen lassen. Sie initiierten von den Unternehmen finanzierte Pro-AKW-Demonstrationen bei der KWU und waren die Motoren der Dortmunder Pro-AKW-Kundgebung der Gewerkschaften vom November 1977. Diese Betriebsräte lobby war auch jüngst wieder aktiv, als die SPD-AfA ihren Kongreß abhielt, und als die DAG ihren Gewerkschaftskongreß veranstaltete (es wurden jeweils Demonstrationen organisiert).

Es versteht sich fast von selbst, daß der IGM-Vorstand einen Gesprächskreis der AKW-Gegner nicht ins Leben gerufen hat. Die AKW-Gegner müssen sich heute nach wie vor außer-gewerkschaftlich in Bürgerinitiativen oder im „Arbeitskreis Leben“ organisieren.

Dafür haben die AKW-Befürworter genügend inhaltliche Unterstützung im IGM-Vorstand. Erst kürzlich erklärte Eugen Loderer, IGM-Vorsitzender: „Gegenwärtig sei es durchaus zu verantworten, dem begrenzten Ausbau der Kernenergie unter strengen Sicherheitsbedingungen zuzustimmen und die notwendigen Entscheidungen möglichst bald zu treffen“ („FAZ“, 12.10.79). Der „Gesprächskreis zu energiepolitischen Fragen“ konnte daher auch in seiner ersten Stellungnah-

me sich „zur energiepolitischen Position der IG Metall“ öffentlich äußern. Neben gewunden vorgetragenen Sicherheitsbedenken ist dabei die Kernaussage: „Dennoch müßten bei realistischer Einschätzung auch in der Zukunft sowohl Kohle- wie auch Kernkraftwerke gebaut werden“ („Metall Pressedienst“). Für den Gesprächskreis beim Gewerkschaftsvorstand steht fest, „daß auch nach dem jetzt vorhandenen Kenntnisstand ein genereller Verzicht auf Kernenergie nicht möglich sein wird“. Natürlich geht der Kreis von der Behauptung aus, daß es um die Sicherung der Arbeitsplätze gehe. Er definiert seine Funktion allerdings offensiv pro-AKW: „Die IG Metall wird sich auch in Zukunft für eine rechtlich und fachlich tragfähige Risikofestlegung einsetzen, sie wird die Verwendung der Kernenergie dann ablehnen, wenn Risiken unzumutbar und unkalkulierbar erscheinen. Sie wird sich auf der anderen Seite darum bemühen, daß zumutbare Risiken, die letztlich niemals endgültig zu beseitigen sein werden, auch durch die Arbeitnehmer und die Bevölkerung akzeptiert werden“ („Metall Pressedienst“).

Pro-AKW-Werbung in Gewerkschaftszeitung

Über eine Seite aufgemacht wirbt die Atomindustrie in der zentralen DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ (29.11.79) für ihre Ziele. Natürlich, dem Medium angemessen, stehen die Arbeitsplätze im Mittelpunkt: „Atomkraft auf Eis gelegt: 150.000 Arbeitslose“ heißt es in der Schlagzeile. Zu Wort kommen in dieser Anzeige die Chefs der KWU und der Gutehoffnungshütte sowie der Elektrizitätswerke VEW und RWE. Tenor dieser Angstmachereize: „Wenn nicht durch klare und schnelle politische Entscheidungen der Ausbau der Kernenergie und der Be-

stand der deutschen Kraftwerk-Branche gesichert wird, sind in der Bundesrepublik 130.000 bis 150.000 Arbeitsplätze in Gefahr“. Nicht zu Unrecht verspricht man sich etwas von dieser Werbung im DGB-Zentralorgan, argumentieren die DGB-Führer doch durchaus ähnlich.

Vetter auf Schmidt-Linie

Das Grußwort an den SPD-Parteitag benutzte der DGB-Vorsitzende Vetter, um seine Unterstützung für den Atomkurs von Helmut Schmidt zu verkünden. Vetter: „Niemand, der für eine radikale Abkehr von der Kernenergie plädiert, habe bisher schlüssig erklärt, wie die damit verbundenen Arbeitsplatzprobleme bewältigt werden können“ („FR“, 4.12.). Deshalb trat er dafür ein, „daß gegenwärtig nicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichtet werden“ dürfe („Welt“, 4.12.).

Auch Niggemeier trommelt für Schmidt

„Jene SPD-Landesverbände, die beschlossenen haben, aus der Kernenergie auszusteigen, haben jedenfalls mehr zur Verunsicherung beigetragen, als der SPD als einer der Arbeitnehmerinteressen verpflichtete Partei lieb sein kann“ schreibt „einheit“-Chefredakteur Horst Niggemeier in der November-Ausgabe der IG Bergbau-Zeitung. Kündet der folgende Satz möglicherweise schon die Offenheit der IG Bergbau zur CSU an, oder soll er nur Druck machen, die SPD noch weiter nach rechts zu treiben? „Und CSU-Generalsekretär Stoiber wird nicht müde, zu betonen, daß in der Kernenergie die CDU/CSU schon längst eine Position hat, die sich mit der des

DGB im wesentlichen deckt. Ein Blick in das DGB-Aktionsprogramm -79 („Auf Kernenergie kann nicht verzichtet werden“) macht es schwer, Stoiber zu widersprechen“.

Atomfilz bei AEG

13.000 Arbeitsplätze will AEG vernichten. Einer aber hat sich verdient gemacht „für die Interessen der Arbeitnehmer der AEG“: Hans Batz, freigestelltes Betriebsratsmitglied im Nürnberger AEG-Telefunken-Werk und SPD-Bundestagsabgeordneter. Für seine Verdienste erhielt Batz vom AEG-Chef Cipa (als „Arbeitsplatzkiller“ berüchtigt) 1977 zweimal eine „Sonderzahlung“ von 10.000 und 12.000 DM. Bestechungsgelder nennt man so etwas normalerweise, nicht so Batz: „Weder ich noch die Partei sind durch Spenden korruptierbar“ („FR“, 23.11.79). Auch Cipa hat nicht bestochen, er „honoriert“, daß Batz sich durch sein „Engagement und ihren Einsatz für die Interessen unseres Unternehmens besondere Verdienste erworben“ hat (Brief von Cipa an Batz, „FR“, 23.11.).

Batz hat praktisch zwischen den AEG-Konzernherren und Regierungsmitgliedern vermittelt, um der AEG Aufträge zu verschaffen. Die AEG forderte er um Entgelt an, wie er behauptet, um Wahlkampfspenden für die SPD. Da laut Cipa Wahlkampfspenden nur zentral über den BDI vergeben werden, wurde das Ganze über Sonderzahlungen geregelt. Batz beteuert nun, daß er das gesamte Geld an die Partei geleitet habe. So oder so: Der Vorfall wirft ein bezeichnendes Licht auf die mit dem AKW-Geschäft verbundenen Bestechungspraktiken gegenüber der Pro-AKW-Betriebsräte-Lobby und der SPD.

Batz ist übrigens noch Mitglied der IG Metall.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Postgewerkschaft:

„Wahl von DKP-Mitgliedern verhindern“

Die Auseinandersetzung um „Extremisten im Öffentlichen Dienst“, speziell die Beschäftigung von DKP-Mitgliedern im Postdienst, wirkt jetzt auch voll in die Postgewerkschaft rein. Der Gewerkschaftsrat der DPG hat sich auf seiner letzten Sitzung damit befaßt und folgenden Beschluß gefaßt: „Die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Deutschen Postgewerkschaft und der DKP ist vereinbar, solange Mitglieder der DKP sich innerhalb der Gewerkschaft nicht gegen die gewerkschaftlichen Ziele und Aufgaben betätigen“ („Welt der Arbeit“, 6.12.79).

So weit also alles in Butter? Nun, die DPG hat zwar noch einmal von einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP abgesehen, aber ihr Beschluß ist verbunden mit einer Verstärkung der antikommunistischen Hetze. Die Mitglieder der Gewerkschaft sollen „umfassend informiert“ werden, „damit sie sich mit den Zielen und Absichten der Kommunisten auseinandersetzen können“ („WdA“, 6.12.). Aber es wird nicht nur „informiert“, sondern „die menschenverachtende Zielsetzung dieser Ideologie (soll) erkennbar werden“. Das unmittelbare Ziel wird auch gleich mit angegeben: „Die Wahl von DKP-Mitgliedern und anderen Anhängern der kommunistischen Ideologie soll durch intensive Aufklärung und Bildungsarbeit verhindert werden“ („WdA“).

Der Wind gegen die DKP in den Gewerkschaften weht schärfer.

Chemie:

Chemie:

Keine Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute im Betrieb

In zwei Chemiebetrieben, bei Bayer in Wuppertal-Elberfeld und der Firma Wegu-Gummiwerke in Kassel, haben die Unternehmensleitungen die Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute der IG Chemie untersagt. Die Unternehmensleitungen können sich dabei auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom Dezember 1978 stützen, das die Entscheidung hierüber in die freie Wahl der Unternehmensleitung legt.

In beiden Firmen hat die IG Chemie die Wahlen in fahrbaren Wahllokalen vor den Betriebstoren vornehmen lassen. Bei Bayer ging das soweit, daß der Gewerkschaft untersagt wurde, auf den firmeneigenen Zufahrtswegen diese Wagen zu parken, so daß z.B. Feldwege benutzt werden mußten (WdA, 29.11.).

Das Vorstandsmitglied der IG Chemie, Paul Plumeyer, erklärte zu dem Vorgehen der Unternehmer: „Dies ist eine reine Willkürentscheidung mit dem gesellschaftspolitischen Ziel, den Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen“ (FR, 29.11.). Das ist sicher richtig, allerdings umschreibt es nur einen Konflikt, der auch in der Chemiegewerkschaft selber ausgetragen wird und zuletzt heftig in der IG Chemie am Patschkowski-Konflikt aufgebrochen war. Hintergrund dieses Konflikts

war eine Satzungsänderung, die es dem Vorstand erlaubte, Vertrauensleute zu ernennen, falls diese wie es hübsch verschwommen heißt - „aus technisch-organisatorischen Gründen“ nicht gewählt werden können. So wurde denn auch in den großen Bayer-Werken Leverkusen, Uerdingen und Dormagen verfahren. Dies sind gleichzeitig auch die Betriebe, in denen das noch aus der Zeit der Nazi-Herrschaft stammende System „betrieblicher Vertrauensleute“ existiert, d.h. Vertrauensleute werden von allen Kollegen, nicht nur von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt. Das System herrscht heute zwar nur noch in 43 Chemiebetrieben, dafür aber in den meisten Großbetrieben, wie im Bayer-, BASF-, Schering- und Henkel-Konzern. Die IG Chemie hat sich in der Vergangenheit „vertrauensvoll“ damit arrangiert, allerdings ist es innergewerkschaftlich heftig umstritten. Es waren insbesondere die IG Chemie-Betriebsräte der Großbetriebe, die im Patschkowski-Konflikt auf der Satzungsänderung bestanden mit dem Ziel, das System „betrieblicher Vertrauensleute“ - gleichzeitig ihre eigene Machtbasis - zu erhalten. So wurden innerbetrieblich weiterhin „betriebliche Vertrauensleute“ gewählt, wobei diejenigen Kollegen, die gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder

sind, hinterher von den Gewerkschaftsvorständen zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ernannt werden. Die Bayer-Werke Wuppertal und Brunsbüttel sind dabei eine Ausnahme im Konzern. In Wuppertal wurde bereits 1975 gewählt. Das Wahlverbot der Unternehmensleitung ist gleichzeitig eine massive Partei-nahme für den rechten Flügel in der Gewerkschaft. Durch diesen Druck soll erreicht werden, daß das betriebliche Vertrauensleutesystem erhalten bleibt. Der Bayer-Konzern-Vorstand spricht dies in einer Stellungnahme auch offen aus: „Einer Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute könne im Interesse einer größeren Vertrauensbasis der betrieblichen Vertrauensleute, also im Interesse der Gesamtbelegschaft und damit des Betriebsfriedens, aber auch im Interesse einer Gleichbehandlung aller im Betrieb vertretenen Gewerkschaften

nicht zugestimmt werden“ (FR, 30.11.).

In einem Rundschreiben an alle Vertrauensleute im Wuppertaler Bayer-Werk machte die Unternehmensleitung deutlich: daß die IG Chemie-Vertrauensleute „als Gesprächspartner nicht in Betracht kommen“ (WdA, 6.12.). Die Vorgehensweise und Argumentation der Bayer-Konzernherren läßt sich durchaus mit den CSU-Plänen zur Zurückdrängung gewerkschaftlichen Einflusses in den Betrieben vergleichen. Für die Gewerkschaftsopposition in der IG Chemie sollten diese Vorkommnisse ein weiterer Anlaß sein, die Auseinandersetzung um die Abschaffung des Systems „betrieblicher Vertrauensleute“ im Hinblick auf den Gewerkschaftstag 1980 zu verstärken, wenn aus der IG Chemie keine gelbe Gewerkschaft werden soll.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Frister sabotiert Kampf ums Streikrecht

Was wir schon im letzten AK andeuteten, hat sich inzwischen bestätigt: Auf der Hauptvorstandssitzung am 12.11., einen Tag vor der Arbeitsniederlegung in Niedersachsen, Hessen und Hamburg, stellte Erich Frister einen Antrag, den Streik abzulehnen. Aufgrund eines Urteils des Hamburger Verwaltungsgerichts könne man die geplante Arbeitsniederlegung nun nicht mehr durchführen. Erst nach dem vehementen Widerstand anderer Teile des Hauptvorstandes erklärte sich Frister bereit, auf diesen Antrag zu verzichten und begnügte sich mit einer Protokollnotiz, die dem Landesverband Hamburg vorschrieb, das Verwaltungsgerichtsurteil solle „nach Möglichkeit“ respektiert werden. Am folgenden Tag trat Frister dann auf der Streikversammlung im Hamburger Audimax radikal auf und verteidigte die Arbeitsniederlegung als „zweifelloso angemessene Maßnahme“. Die Anwesenden wußten von Fristers vorläufigen Kapriolen nichts, da sich Lemke auf der am Abend des 12.11. stattfindenden Vertrauensleuteversammlung - wo er einen Bericht über die Hauptvorstandssitzung gab - zu Fristers Vorgehen in Schweigen gehüllt hatte.

Auf der Sitzung des HV am 25.11. startete Frister dann den nächsten Versuch, die bürgerlichen Gerichte für die Abkehr vom von ihm selbst formulierten Anspruch auf eine Arbeitsniederlegung einzuspannen. Per HV-

Beschluß wurde der Hamburger Landesverband aufgefordert, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Beschwerde einzulegen, obwohl von einer höheren Instanz kein für die Lehrer günstigeres Urteil zu erwarten ist, die Rechtslage hingegen festgeschrieben wird. Da aber auch der HV der Meinung war, daß ein höherinstanzliches Urteil bei späteren Auseinandersetzungen um das Streikrecht für Beamte schädlich sein könne, wurde beschlossen, daß der Hamburger Vorstand nur gegen das gegen ihn verhängte Streikgeld von 2.000 DM, nicht jedoch gegen das Streikverbot des Verwaltungsgerichtes Beschwerde einlegen solle.

Der Hamburger Landesvorstand sah jedoch auch hierin die Gefahr einer endgültigen Festsetzung des Streikverbotes und beschloß einstimmig, den HV-Beschluß nicht zu befolgen. Nur einen Tag später beauftragte Frister dann einen Frankfurter Rechtsanwalt unter Umgehung des Votums des Landesverbandes, gegen beide Teile des Gerichtsbeschlusses (Streikverbot und Zwangsgeld) Beschwerde einzulegen.

Das Ziel dieses Manövers ist offensichtlich: Durch weitere negative Gerichtsbeschlüsse wird es den GEW-Mitgliedern erschwert, mit politischen Mitteln das Streikrecht durchzusetzen.

Ein Hamburger Lehrer genosse

Will die IG Metall eine Niederlage vor dem BAG?

In Hamburg wurde am 22. November der Fall eines Arbeiters vom Großen Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) behandelt, dem vor fünf Jahren gekündigt worden war und dessen Weiterbeschäftigung die ganze Dauer über ungeklärt blieb. Das Verfahren war daher auch gegen die übliche Praxis der Nichtweiterbeschäftigung bei Kündigungen, deren Rechtmäßigkeit nicht geklärt ist, gerichtet. Solche Kündigungen können sich auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom Mai 1977 stützen, das den Unternehmern ermöglicht, gekündigte Arbeiter sehr schnell aus dem Betrieb zu entfernen.

Als sich während des Verfahrens abzeichnete, daß das BAG negativ entscheiden würde und damit ein Urteil in die Welt setzt, das weitere Klagen vor unteren Gerichtsinstanzen erschwert, zog der Hamburger Rechtsanwalt Maefert mit folgender Erklärung die Klage zurück: „Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Gericht in der Frage des Beschäftigungsrechts zu einer Entscheidung gegen die Mehrheit der Arbeitnehmer gelangen wird. Ich nehme daher die Beschäftigungsklage zurück“ (TAZ, 5.12.).

Erstmalig ist nun die Reaktion der Führung der IG Metall auf diesen Fall. Ihr Vorstandsmitglied Jantzen kritisierte den Rechtsanwalt und seinen Mandanten. Durch das Zurückziehen der Klage sei Schaden entstanden. Jantzen will jetzt einen ähnlich gelagerten Fall vor's BAG bringen, damit das „intensive Aktenstudium und die Vorbereitung der Richter auf diesen Prozeß wenigstens nicht umsonst“ war (TAZ, 5.12.). Die Tatsache, daß das BAG in den letzten Monaten und Jahren zunehmend reaktionär rechtspricht, daß arbeitser- und gewerkschaftsfeindliche Urteile dabei herausprangen, läßt Jantzen völlig unerwähnt. Stattdessen „hofft“ er, daß „ein Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts in die Richtung geht“, daß „eingekündigter Arbeitnehmer bis zur rechtskräftigen Entscheidung seiner Kündigungsschutzklage weiterbeschäftigt werden muß“ (FAZ, 1.12.79). Gut so, aber was wollen die Gewerkschaftsführer machen, wenn das BAG nun anders herum entscheidet, wie sich ja bereits andeutete? Dann sind die klagenden Arbeiter die Ange-schissenen.



Bayer-Wuppertal: Wahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute vor dem Betrieb

Tarifpolitik — ein neuer Weg in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit?

Seit einiger Zeit wird in der DGB-Jugend nach neuen Perspektiven in der Jugendarbeit gesucht. Angesichts der gescheiterten SPD-Reformpolitik ergeben sich für die Gewerkschaftsführer erhebliche Probleme — eine Orientierung auf SPD-Regierung und Verhandlungen im Bundestag wurde angesichts sozialdemokratischer Praxis zusehends schwieriger.

Auf der 2. Bundesarbeitsstagung der DGB-Jugend im Juni dieses Jahres (wir berichteten in AK 157 darüber) fand eine diesbezüglich geführte "Strategiedebatte" der DGB-Jugend schließlich ihren vorläufigen Höhepunkt.

Einige grundsätzliche Äußerungen auf dieser Konferenz waren: Auch durch das Scheitern der Berufsbildungsreform "hat sich ein Stück Staatsverdrossenheit breitgemacht." (Ulrich Mignon, IGM). Oder der inzwischen abgesetzte Bundesjugendsekretär Hawreliuk: „Nach der Reform-Euphorie gegenüber dem Gesetzgeber jetzt nur noch auf die Tarifpolitik zu setzen", wäre falsch. „Wenn wir in wichtigen Fragen Breschen schlagen, dann sind das Initialzündungen für gesetzliche Regelungen." Allerdings: „Auch wenn wir Niederlagen im staatlichen Bereich einstecken, so dürfen wir ihn nicht ausklammern, so dürfen wir ihn nicht aus unserer Reformperspektive entlassen." schließlich DGB-Vorsitzender H.O.Vetter: Seit einigen Jahren wird auch im bildungspolitischen Bereich darüber diskutiert, wie tarifpolitische Strategien stärker ins Spiel gebracht werden können... Einen Durchbruch hat z. B. die IG Bau-Steine-Erden mit ihrem Abkommen über die Umlagefinanzierung zur Berufsbildung erreicht."

Trotz aller Enttäuschungen ist Vetter wie Hawreliuk daran gelegen, die Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend auf staatliche Reformen zu orientieren. Da auf diesem Sektor

jedoch schon seit längerem Saure-Gurken-Zeit herrscht, versucht man sich im Hochjubiläum von "tarifpolitischen Erfolgen" am grünen Tisch. Interessant ist, daß von Vetter hier nicht der Manteltarifvertrag (MTV) für Auszubildende in Baden-Württemberg genannt wird, der eine Reihe wichtiger Fortschritte für Lehrlinge beinhaltet. Stattdessen führt er die Finanzierungsregelung beim Bau an, die im wesentlichen auf die Interessen der Bauunternehmer abgestimmt ist (siehe Artikel dazu).

Günter Heidorn von der DPG (Postgewerkschaft) nimmt hierzu wie folgt Stellung: "Ich sehe allerdings keinen entscheidenden Unterschied zwischen dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz, das von vielen abgelehnt wird, und den von allen gelobten tarifvertraglichen Finanzierungsregelungen der Gewerkschaften GLF (Garten) und BSE (Bau). Denn auch in diesen Tarifverträgen werden alle Ausbildungsplätze unabhängig von der Qualität unterstützt. Die IG Metall will jetzt wohl ein Steuerungs-instrument schaffen, durch das sie auch qualitativ bessere, zukunfts-sichere Berufe unterstützen kann. ... Dieser Schritt wird aber noch einige Zeit lang dauern, da die Arbeitgeber diese Finanzierungsregelung in ihren Tabukatalog aufgenommen haben." (nach "Solidarität", 9 und 10/79).

Die Aufnahme in den "Tabukatalog" deutet unserer Meinung un-zweifelhaft darauf hin, daß die Kapitalisten in Zukunft auch auf diesem Gebiet hart bleiben werden.

Im folgenden wollen wir zum einen die Finanzierungsregelung im Baubereich darstellen, zum anderen den Baden-Württemberg MTV für Auszubildende sowie entsprechende ÖTV-Forderungen. Weitere Verhandlungen über Manteltarifverträge für Auszubildende laufen u.a. noch bei der HBV und IG Metall auf regionaler Ebene.

Im Sommer 1973 wurde in Baden-

Württemberg der bestehende MTV gekündigt. Im Juni 1975 begann die ersten der über 40 Verhandlungstage. Im September 1978 wurde endlich abgeschlossen. Dazwischen lagen zahlreiche Aktivitäten der IG Metall-Jugend. Es wurde auf Jugend-versammlungen über den MTV diskutiert, in verschiedenen Betrieben wurden Betriebsvereinbarungen über einzelne Punkte abgeschlossen, es gab Theaterstücke, Plakate und Info-Stände. In drei Städten haben Demonstrationen bei den Verhandlungen stattgefunden. Aber nicht zuletzt die traditionsgemäß besonders kampfstärke und relativ streiker-fähre Arbeiterschaft in diesem Bezirk hat zu einem „Verhandlungsklima“ beigetragen, das schließlich zum Erfolg führte.

Die Kapitalistenverbände zeigten sich während der Verhandlungen in jeder Beziehung von der brutalen Seite. Das eine Mal veranlaßten sie die Polizei, den ganzen Tag das Verhandlungslokal zu bespitzeln, das andere Mal holten sie die Polizei, damit diese mit MP im Anschlag das Hotel räumten. Der Anlaß: 100 Kollegen waren gekommen, um sich über den Verhandlungsstand zu informieren. Die Kapitalisten sprachen von einem „Sturm von Rowdys“ auf das Hotel.

Die wichtigsten Punkte des MTV

§8.1 „... eine Pflicht zur Rückkehr“ von der Berufsschule „in den Betrieb“ besteht nur, „wenn noch eine betriebliche Ausbildungszeit von mindestens 1,5 Stunden möglich ist.“ Dies ist immerhin ein kleiner Fortschritt gegenüber dem Jugendarbeit-schutzgesetz, welches nach fünf Stunden in der Schule eine Rückkehr in den Betrieb vorschreibt.

§8.6 regelt die Bezahlung der Fahrtkosten zur Berufsschule durch den Kapitalisten.

§9.1 bestimmt, daß dem Auszubildenden spätestens drei Monate vor

Ende des Ausbildungsvertrages schriftlich mitzuteilen ist, wenn er nicht in ein unbefristetes Arbeits-verhältnis übernommen werden soll. Die ursprüngliche Forderung lautete, daß bei Nichtübernahme Betriebsrat und Einigungsstelle nach § 76 des BetrVG eingeschaltet werden. Diese Forderungen wurde von den Kapitalistenvertretern jedoch entschieden abgelehnt. In § 13.2.2 heißt es, daß „bei der Wahl der Beurteilungsgrundsätze... nur sachlich begründete und nachprüfbare Beurteilungsmerkmale Verwendung finden“ sollen. Außerdem sollen die „Ergebnisse des Beurteilungsverfahrens nicht zur Grundlage betrieblicher Prämiensysteme gemacht werden.“ Die Beurteilungsbögen rufen bekanntlich besonders deshalb immer wieder Kritik hervor, weil sie u.a. Dinge wie „Arbeitsinteresse“, „Beständigkeit am eigenen Arbeitsplatz“, „Auffassungsgabe“ etc. beurteilen sollen. Den Kapitalisten geht es hier um die Spaltung der Lehrlinge.

In §14 heißt es zur Stufenausbildung: „dem Auszubildenden (ist) der Abschluß in der letzten Stufe der Ausbildung zu ermöglichen, unter der Voraussetzung, daß der Betrieb in dieser Stufe ausbilden kann und der Auszubildende die Abschlußprüfung der ersten Stufe bestanden hat.“ Sicherlich ist dies ein Erfolg. Die Kapitalisten haben über ihre guten Beziehungen in die Prüfungsausschüsse jedoch die Möglichkeit, Prüfungsanforderungen etc. zu erschweren, um schließlich auf diese Art und Weise auszublenden (nach Arbeitsmaterial der Bezirksleitung Stuttgart der IGM).

Wie die Kapitalisten den MTV blockieren

Bei einer Umfrage der IG Metall Ortsverwaltung Stuttgart kam heraus, daß nur 33 von 49 befragten Betrieben ihren Lehrlingen das Fahrgeld zur Berufsschule erstatten. Aber

nicht nur das. Auch bei der Stellung von Arbeitskleidung, bei der Benennung von Ausbildungsbeauftragten in den Betrieben, beim Beurteilungsverfahren für die Lehrlinge und sogar am vorgeschriebenen Ausbildungsplan selbst hapert es („Die Neue“, 29.9.79). Ausbildungsleiter Walter Görg von Siemens, Mannheim, meint: „Ich lasse mich vom alten Beurteilungssystem nicht abbringen... Schon deshalb nicht, um überhaupt noch Druck auf die Auszubildenden ausüben zu können.“ Bei den Motorenwerken in Mannheim sowie Herlan & Co in Karlsruhe mußten die Gewerkschafter die Bezahlung der Arbeitskleidung durchsetzen, indem sie T-Shirts mit IGM-Aufdruck verkauften. Viele Betriebe sind außerdem nur bereit, Fahrtkosten zu zahlen, wenn die Lehrlinge über den Betrieb zur Berufsschule fahren, auch wenn das ein Umweg ist. Der Chef im Ausbildungs- und Personalwesen bei John Deere in Mannheim dazu: „Wir könnten zahlen, wenn wir wollten. Aber wir wollen nicht.“ („ran“, 9/79). Bei Bosch wird der Gesamtjugendvertretung gedroht: wenn der Beurteilungsbogen verschwinden soll, gibt es keine Prämie mehr (die Bosch-Prämie macht 20-30% der Ausbildungsvergütung aus, das sind ca. 100-170 DM monatlich) („Rebell“, 10/79).

Schon dieser kurze Überblick zeigt, daß allein die Existenz eines MTV noch keine Verbesserung bringt. Zumal neben den Kapitalisten ja auch viele Betriebsräte eine konsequente Ausnutzung bestehender rechtlicher Möglichkeiten behindern. Der MTV bietet jedoch eine günstigere Arbeitsgrundlage für aktive Gewerkschafter und Jugendvertreter.

Jugendkommission KB-Gruppe Hamburg

Ausbildungsordnung: Initialzündung im Baubereich?

Seit dem 15.5.74 gibt es für die Bauwirtschaft eine neue Ausbildungsordnung. Diese sieht eine Stufenausbildung vor. Kernpunkte sind:

1. Gemeinsame Grundbildung im 1. Ausbildungsjahr mit 20 Wochen überbetrieblicher Ausbildung im Ausbildungszentrum und 20 Wochen Berufsschulunterricht.
2. Erster Berufsabschluß als Bau-Facharbeiter in den Fachrichtungen Hoch-, Tief- oder Ausbau nach zwei Jahren.
3. Gemeinsame Regelung für Industrie und Handwerk.
4. 37 Wochen der auf 33 Monate gekürzten Gesamtausbildungszeit als lehrgangsmäßige überbetriebliche Ausbildung.(1)

Weit über die Hälfte der Ausbildungszeit stehen die Lehrlinge den Baukapitalisten also nicht mit ihrer Arbeitskraft zur Verfügung. Dies "trifft" den einzelnen Baukapitalisten deswegen besonders hart, weil in 54.543 von 59.589 Betrieben

weniger als 50 Beschäftigte je Betrieb (Stand Dez. 78)(2) arbeiten. In kleinen Betrieben sind die Lehrlinge wesentlich stärker in den normalen Arbeitsprozeß integriert als in größeren.

Auf diesem Hintergrund einigten sich 1975 Gewerkschaft und Kapitalistenverbände über eine überbetriebliche Ausbildungsfinanzierung. Inzwischen werden 1,5% (seit 1.1.79; anfangs 0,5%) der Bruttolohnsumme von den Betrieben in eine gemeinsame Kasse abgeführt. Aus dieser Kasse erhalten die auszubildenden Betriebe:

1. die gesamte tarifliche Ausbildungsvergütung zuzüglich Urlaubsgeld und 16% Zuschlag für Sozialabgaben für die ersten 16 Monate der Ausbildung;
2. Kosten für die überbetriebliche Ausbildung (Lehrgangskosten, Internatsunterbringung);
3. Fahrtkosten zur überbetrieblichen Ausbildung.(3)

Von Gewerkschaftsvertretern wird dieser Tarifvertrag auch als ein Erfolg unter dem Aspekt der Schaffung von Ausbildungsplätzen gesehen. So Peter Hoeger (IG BSE) auf der Bundesarbeitsstagung der DGB-Jugend: „Wir stellen heute fest, daß wir weit mehr als 25.000 Ausbildungsplätze zusätzlich durch diesen Tarifvertrag bekommen haben (...)"

Tatsächlich stiegen die Ausbildungszahlen erheblich. Von der Kasse wurden 1976 Leistungen für 37.234 Auszubildende erbracht, 1977 für 47.347 und 1978 stieg die Zahl auf 57.003.(5)

Diese Entwicklung kann aber nicht in erster Linie dem Tarifvertrag über die überbetriebliche Finanzierung zugeschrieben werden, sondern es muß beachtet werden, daß auch die Kapitalisten momentan ein starkes Interesse an einer zunehmenden Ausbildung haben, die sie jahrelang vernachlässigt haben. Dazu kommt, daß von 1972 bis 1977 235.000 Facharbeiter (6) den Bau verließen, teils aus konjunkturellen Gründen, aber auch wegen der miesen Bezahlung und der schlechten Arbeitsbedingungen. Deswegen herrscht in der Bauwirtschaft ein starker Facharbeitermangel.

Angeichts der expandierenden wirtschaftlichen Entwicklung im Bau

sind die Baukapitalisten gezwungen, diese Facharbeiterlücke durch verstärkte Ausbildung zu schließen. Die Kollegen der IG Bau-Steine-Erden werden mir nicht widersprechen, wenn ich feststelle, daß sie eine Sonder-situation vorfinden, daß auch die Arbeitgeber an einer Erhöhung ihres Facharbeiternachwuchses interessiert waren (...). Andere Gewerkschaften müssen realistisch einschätzen, welches Kräftepotential sie entwickeln müßten, um den Arbeitgebern einen derartigen Tarifvertrag abzu-trotzen."

Oder aus einem Arbeitsgruppenbericht der Tagung: „Delegierte verschiedener Gewerkschaften wiesen darauf hin, daß die besonderen Bedingungen in beiden Branchen nicht ohne weiteres auf andere Bereiche übertragbar sind und deshalb anderen Gewerkschaften derzeit der Abschluß solcher Tarifverträge nicht möglich ist.“(9)

und der GGLF, Anm. AK) für andere Gewerkschaften übertragbar wären. Die Kollegen der IG Bau-Steine-Erden werden mir nicht widersprechen, wenn ich feststelle, daß sie eine Sonder-situation vorfinden, daß auch die Arbeitgeber an einer Erhöhung ihres Facharbeiternachwuchses interessiert waren (...). Andere Gewerkschaften müssen realistisch einschätzen, welches Kräftepotential sie entwickeln müßten, um den Arbeitgebern einen derartigen Tarifvertrag abzu-trotzen."

Jugendkommission KB-Gruppe Hamburg

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Papier des Bundesvorstands der IG BSE, Abt. Jugend, zur "Ausbildungssituation in der Bauwirtschaft" für die Bundesarbeitsstagung der DGB-Jugend vom 15.-17.6.79, S.4
- 2 Vgl. ebd., S.1
- 3 Vgl. Tarifvertrag über die Berufsbildung im Baugewerbe vom 7.2.79
- 4 Solidarität 10/79, S.V
- 5 Vgl. Anm. 1, S. 7
- 6 Vgl. Anm. 1, Anhang S. 5
- 7 Ein Drittel der Azubis im Bau hat den Sonderschul- oder keinen Abschluß, 55% haben den Hauptschulabschluß, 13% Mittlere Reife oder Abitur. Vgl. FAZ, 20.8.79
- 8 Siehe dazu den Artikel in diesem AK
- 9 Arbeitsgruppenbericht der Arbeitsgruppe 1 (Thema: Angebot, Struktur und Bedarf nach Ausbildungsplätzen) der DGB-Bundesarbeitsstagung, S.5

Berufsschulkasse kurz vor der Prüfung aufgelöst

Berlin: Eine Klasse des Blumen- und Zierpflanzenbaus wurde aufgelöst, weil die Klasse nur noch 9 Schüler hatte. Die Kollegen wurden in eine Anfängerkasse gesteckt. Und das kurz vor der Gehilfenkonferenz im Februar! Wie so die Prüfung vorbereitet werden soll, weiß keiner. Erklärung der Berufsschulleitung: Nach den Richtlinien soll keine Klasse mit weniger als 17 Schülern bestehen. ("ran" 12/79)



Jugendhilfe „privatisiert“

Die CDU/CSU propagiert seit eh und je, "Sozialleistungen" zu beschneiden und "Öffentliche Dienste" zu "privatisieren" (Müllabfuhr, Post etc.). Jetzt ist die Westberliner SPD offenbar auch dabei. Mit Zustimmung der Bezirke will der Senator für Familie, Jugend und Sport die rechtliche Stellung der Familienhelfer ändern. Familienhelfer sind Sozialarbeiter(innen), die versuchen, in "Problemfamilien" zu helfen und schlimmere staatliche Maßnahmen (Heimeinweisung z.B.) abzuwenden. Bisher waren diese Familienhelfer bei den jeweiligen Bezirken beschäftigt, als Honorarkräfte für 13 bis 22 DM pro Stunde. Dies hatte als Begleiterscheinung, daß keine oder kaum Beiträge zur Sozialversicherung u.ä. geleistet wurden.

Dies soll sich jetzt ändern, die Honorare sollen erhöht werden, um die Sozialabgaben zu finanzieren. Die Ar-

beitsverträge allerdings sollen nicht mit dem Bezirksamt geschlossen werden, sondern mit den Familien, in denen die Familienhelfer beschäftigt sind, direkt. Die Jugendämter wären nur noch dadurch im Spiel, daß sie den Familien die Kosten für die Familienhelfer ersetzen.

Dagegen wehren sich die betroffenen Sozialarbeiter(innen) natürlich. Durch das Arbeitgeber - Arbeitnehmer - Verhältnis werde jedes Vertrauensverhältnis zerstört, im Ernstfall müßten Familienhelfer Ansprüche bei den Familien einklagen usw. Die rechtliche Begründung des Senats für die Reprivatisierung der Familienhilfe ist demgegenüber ein schlechter Witz. Nach dieser Logik könnte man auch verlangen, daß Erzieher in Kindertagesstätten als "Freiberufler" Arbeitsverträge mit den Eltern der von ihnen betreuten Kinder schließen.

Zum Mutterschutzgesetz: Kritische Bilanz und neue Diskussion tut not!

Seit dem 1. Juli '79 ist das Mutterschutzgesetz um den Mutterschaftsurlaub erweitert worden. Danach können berufstätige Mütter nach der Mutterschutzfrist zusätzlich einen 4-monatigen Mutterschaftsurlaub beanspruchen. Für diese Zeit kann ein Höchstbetrag von 750 DM Lohn- oder Gehaltssatz gezahlt werden. Darüberhinaus ist die Mutter für diese Zeit sozialversichert (Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung) und der Kündigungsschutz ist auf zwei Monate nach dem Mutterschaftsurlaub verlängert worden. Rund 300.000 arbeitende Frauen werden voraussichtlich diese Vorteile in Anspruch nehmen.

Die Nachteile, die den arbeitenden Frauen durch eine längere Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit entstehen, wurden schon lange vor der Verabschiedung des Mutterschaftsurlaubs von den Kapitalisten diskutiert und angedroht. Der „Arbeitgeber“, Zeitschrift und Sprachrohr der Kapitalisten, drohte Konsequenzen für die Arbeitsmarktlage der Frauen an. Insbesondere jüngeren Frauen würden weniger Arbeitsplätze angeboten. Außerdem könne man keinem „Unternehmen zumuten, aus wirtschaftspolitischen Gründen“ einen Arbeitsplatz 7 1/2 Monate freizuhalten, insbesondere könnten Kleinbetriebe hier nicht mithalten. Stattdessen forderten die Kapitalisten mehr finanzielle Anreize, um den Frauen mit Kindern das Zuhausebleiben leichter zu machen. Ähnlich tat sich ja auch die CDU/CSU mit ihrem Erziehungsgeld für nicht berufstätige Frauen hervor.

Die Auswirkungen der Nachteile sind bislang nur spärlich auszuwerten, da in den meisten Fällen nicht öffentlich erklärt wird, daß jüngere Frauen, die noch Kinder kriegen könnten, nicht mehr eingestellt werden. Die FDP-Abgeordnete Edith Strumpf machte folgenden Fall in der „FR“ (8.8.79) öffentlich: „Im Hinblick auf das erweiterte Mutterschutzgesetz“, schrieb das Bonner Institut für Cytologie und Mikromorphologie einer jungen Frau, würden Angestellte eines älteren Jahrgangs vorgezogen.“

Antrag der Hamburger Frauengruppe in der Druck und Papier an die Delegiertenversammlung zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag:

da in den meisten Fällen nicht öffentlich erklärt wird, daß jüngere Frauen, die noch Kinder kriegen könnten, nicht mehr eingestellt werden. Die FDP-Abgeordnete Edith Strumpf machte folgenden Fall in der „FR“ (8.8.79) öffentlich: „Im Hinblick auf das erweiterte Mutterschutzgesetz“, schrieb das Bonner Institut für Cytologie und Mikromorphologie einer jungen Frau, würden Angestellte eines älteren Jahrgangs vorgezogen.“

Antrag der Hamburger Frauengruppe in der Druck und Papier an die Delegiertenversammlung zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag:

Wir fordern die 29. Delegiertenversammlung auf, folgenden Antrag von uns zu unterstützen:

1. Die Erhöhung der Bezüge während des Mutterschaftsurlaubs auf einen Betrag, der sicherstellt, daß auch alleinerziehende Mütter ihr(e) Kind(er) und sich selbst angemessen unterhalten und ernähren können. Dieser Betrag muß dynamisch sein, d.h. er muß an die Preisentwicklung angeglichen und jährlich erhöht werden.
2. Erweiterung des Mutterschaftsurlaubs auf Elternurlaub
3. Erweiterung des Urlaubs auf ein Jahr, wie es auch in einigen Nachbarländern der Bundesrepublik schon eingeführt ist.
4. Solidarität mit Ulrich Hofmann, der vor dem Gericht auf Gewährung von „Vaterschaftsurlaub“ klagt.

Begründung:

Seit dem 1.7.1979 ist das neue Mutterschaftsurlaubsgesetz in Kraft. Der jetzige Netto-Betrag von höchstens 750 Mark monatlich erlaubt es keiner alleinerziehenden Mutter, für die dieser Urlaub besonders nötig wäre, von dieser Regelung Anspruch zu nehmen, weil keine Mutter davon sich und ihr Kind ernähren kann. Verheiratete Ehepartner werden von diesem Gesetz begünstigt. Ferner sieht das Gesetz vor, daß nur Mütter von diesem „Urlaub“ Gebrauch machen können, was die alte Rollenverteilung – Frau als Mutter und Hausfrau und Mann als Ernährer – verfestigt. Wir finden es jedoch wichtig, daß auch die Väter nicht von der Kindererziehung ausgeschlossen werden. Auch halten wir es für notwendig, den Urlaub auf ein Jahr auszuweiten, da gerade im 1. Lebensjahr ein Kind so viel Fürsorge und Zeitaufwendung braucht, daß es für die Mutter oder den Vater einen doppelten Streß bedeutet, wenn sie auch noch berufstätig sind.

Wir unterstützen Ulrich Hofmann, der den Urlaub auch für Väter einfordert. Er erzieht seine Tochter, während seine Frau als Lehrerin arbeitet und klagt vor dem Gesetzgeber, daß der Vaterschaftsurlaub für ihn anerkannt wird.

Einstimmig angenommen

Ebenso hätte die Abgeordnete die Erfahrung in Gesprächen mit „Arbeitgebern“ gemacht, „daß öfter als früher Frauen im gebärfähigen Alter auf ihre Bewerbung ein ‚Nein‘ ins Haus flatterte.“ Die Leiterin der Abteilung Frauen im DGB-Landesbezirk Hessen, Anneliese Tuchscher, erklärte im DGB-Zentralorgan „WdA“: „Die Ankündigung aus dem Arbeitgeberlager..., die Beschäftigung von Frauen einzuschränken“ wegen des verlängerten Mutterschaftsurlaubs, „sei familienfeindlich.“ („Welt der Arbeit“, 7.6.79) Es wird sehr wichtig sein, Erfahrungen zusammenzutragen und Forderungen zu erarbeiten bzw. alte Forderungen in Erinnerung zu rufen, um das unzureichende Mutterschutzgesetz weiter in die Diskussion zu bringen. Wir wollen im weiteren einen ersten Anfang dazu machen und dabei besonders die gewerkschaftliche Auseinandersetzung um den Arbeitsschutz für Mütter weiter zu diskutieren und Forderungen zu erheben.

Wo bleibt die kritische gewerkschaftliche Bilanz zum Mutterschutzgesetz?

Die verabschiedete Fassung des Mutterschutzgesetzes (und ihre Erweiterung auf den Mutterschaftsurlaub) vom Juli dieses Jahres bleibt weit hinter den ursprünglichen Forderungen der gewerkschaftlichen Frauenausschüsse, Frauenkonferenzen und Tagungen zurück. Davon ist allgemein im DGB und seinen Einzelgewerkschaften nicht mehr die Rede, im Gegenteil. Immerhin haben die Frauen 18 Jahre für einen Mutterschaftsurlaub die Auseinandersetzungen geführt, haben enorme gesundheitliche Lasten auf sich nehmen müssen, um die oben genannten Verbesserungen zu erreichen. Nur ein Bruchteil der gewerkschaftlichen Forderungen ist von der SPD/FDP-Regierung übernommen worden. Schon bei der Vorlage der Gesetzesinitiative klang kleinlaut hier und da in Einzelgewerkschaften wie z.B. der IG-Metall Kritik an: „...die langjährige Forderung nach einem Sonderurlaub von 18 Monaten“ sei als „wichtiger gesellschafts- und sozialpolitischer Fortschritt“ zu sehen, „die Bundesregierung habe mit ihrem Gesetzentwurf dieser Forderung nur teilweise entsprochen“ (Mitteilungen für Frauen, IG-Metall 2/79). Das war vor der Verabschiedung...

gen geführt, haben enorme gesundheitliche Lasten auf sich nehmen müssen, um die oben genannten Verbesserungen zu erreichen. Nur ein Bruchteil der gewerkschaftlichen Forderungen ist von der SPD/FDP-Regierung übernommen worden. Schon bei der Vorlage der Gesetzesinitiative klang kleinlaut hier und da in Einzelgewerkschaften wie z.B. der IG-Metall Kritik an: „...die langjährige Forderung nach einem Sonderurlaub von 18 Monaten“ sei als „wichtiger gesellschafts- und sozialpolitischer Fortschritt“ zu sehen, „die Bundesregierung habe mit ihrem Gesetzentwurf dieser Forderung nur teilweise entsprochen“ (Mitteilungen für Frauen, IG-Metall 2/79). Das war vor der Verabschiedung, inzwischen wird das Gesetz vor allem bejubelt: „Mit dem von der Bundesregierung vorgeschlagenem Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs wird der inzwischen hundertjährige Mutterschutz konsequent fortentwickelt.“ (DGB: Frauen und Arbeit, 8/79). Eine der wichtigsten Forderungen des DGB zum Mutterschutz war, daß Mutter oder Vater einen 18-monatigen Urlaub für das Kind in Anspruch nehmen kann. Hierbei ist vor allem wichtig, daß der Vater auch für das Kind zuständig sein sollte (kann) und nicht wieder in der Rolle als Mutter einseitig die Belastung trägt. Davon kann heute keine Rede mehr sein, auch die Klage eines Vaters aus Hamburg beim Bundesverfassungsgericht findet in den Gewerkschaftszeitungen keinen Niederschlag. Stattdessen eine neue Orientierung auf die Frauen: „Diese Mütter sollen für eine gewisse Zeit nach der Entbindung von der Doppelbelastung befreit werden und so in der ersten wichtigsten Entwicklungsphase sich ganz ihrem Kind widmen können“ („Quelle“ 7/8.79). Zwar ist es richtig und gut, daß breit über das neue erweiterte Mutterschutzgesetz aufgeklärt wird, schlecht ist allerdings, wenn die Gewerkschaften nur einseitig von Vorteilen reden und unkritisch auf alte rückwärtliche gewerkschaftliche Positionen zurückfallen. Die doppelte Belastung der Frauen ist in den letzten Jahren vielfach diskutiert worden und hat zu neuen gewerkschaftlichen Forderungen und Positionen geführt. Erst 1975 hat der 10. ordentliche Bundeskongress des DGB diese Fragen diskutiert, und ist von der Formulierung „Mutter“ zu „Elternteile“ übergegangen.

Nicht viel anders sieht es mit dem Lohn- oder Gehaltssatz aus. 750 DM höchstens für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs liegt weit unter dem Existenz-Minimum. Eine alleinstehende Mutter wird sich genau überlegen müssen, ob sie den Sonderurlaub in Anspruch nehmen kann. Darüberhinaus ist wieder die Frau, die ökonomisch abhängig wird vom Mann. 1975 forderte der DGB Lohn- oder Gehaltssatz in Höhe des Arbeitslosengeldes für die Zeit des Mutter- oder Vaterschaftsurlaubs. Zwar ist



Die Elternteile sollen selbst entscheiden können, wer den Urlaub in Anspruch nimmt. Ein Hamburger Vater klagt für dieses Recht zur Zeit beim Bundesverfassungsgericht, man/frau darf gespannt sein, wie die Entscheidung aussieht.

auch hier nicht einzusehen, wieso nur die Höhe des Arbeitslosengeldes (68%) gefordert wurde, und damit vor allem die Elternteile die finanzielle Last tragen, und nicht der Kapitalist, der ja später den Nutzen hat. Trotzdem kommt die DGB-Forderung der Unabhängigkeit der Frauen mehr entgegen, als die jetzige Bestimmung. Aber auch hier scheint die offizielle Gewerkschaftspolitik von alten Forderungen vorerst Abschied genommen zu haben.

Der Kündigungsschutz für die berufstätigen Mütter ist zwar auf zwei Monate nach dem Mutterschaftsurlaub verlängert worden, zeigt sich aber als sehr unzureichend. Denn gerade eine junge Mutter mit Kind ist dem Kapitalisten ein Dorn im Auge, ist doch gerade die Zeit, in der das Kind noch klein ist, diejenige, wo Krankheiten oder sonstige Probleme die Arbeitskraft der Mutter häufiger reduziert oder gar ganz ausfallen läßt. Ein Kündigungsschutz wäre daher für die gesamte Zeit des Kleinkindes – also mindestens drei Jahre – allemal angebracht.

Die Forderungen im DGB und den Einzelgewerkschaften müssen wieder in den Vordergrund!

Die Säuglingsmutter ist zwar auf zwei Monate nach dem Mutterschaftsurlaub verlängert worden, zeigt sich aber als sehr unzureichend. Denn gerade eine junge Mutter mit Kind ist dem Kapitalisten ein Dorn im Auge, ist doch gerade die Zeit, in der das Kind noch klein ist, diejenige, wo Krankheiten oder sonstige Probleme die Arbeitskraft der Mutter häufiger reduziert oder gar ganz ausfallen läßt. Ein Kündigungsschutz wäre daher für die gesamte Zeit des Kleinkindes – also mindestens drei Jahre – allemal angebracht.

Die Forderungen im DGB und den Einzelgewerkschaften müssen wieder in den Vordergrund!

Das Forderungspaket zum Mutterschutzgesetz ist umfangreich von den gewerkschaftlichen Frauen erarbeitet worden. Wir wollen hier wesentliche Teile wiedergeben.

Die Säuglingsterblichkeit liegt in der Bundesrepublik immer noch weit höher als in anderen Ländern Westeuropas: „So seien 1977 in der BRD noch 9022 Säuglinge bis zum Ende des ersten Lebensjahr gestorben, und 3.795 Kinder seien tot geboren. Demgegenüber lägen die Sterbeziffern in Schweden fast um die Hälfte niedriger“ (DGB: Frauen und Arbeit, 8/79). Gerade die arbeitenden Frauen sind durch Streß am Arbeitsplatz und mangelnde Zeit zur Vorsorge – Untersuchungen am Härtesten betroffen. Maßnahmen zur Verhütung von Schwangerschaftsbeschwerden wie Sport u.a. werden am wenigsten von berufstätigen Frauen wahrgenommen. Nicht erfüllt sind jahrelange gewerkschaftliche Forderungen zu diesem Problem:

- Herabsetzung der Arbeitszeit für werdende Mütter und stillende Mütter.
- Verlängerung der Schutzfrist vor der Entbindung. Absolutes Beschäftigungsverbot während der Schutzfrist vor und nach der Entbindung auf je 10 Wochen.
- Absoluter Verbot für Akkord- und Fließbandarbeit während der (gesamten) Schwangerschaft.
- Sicherung des Durchschnittseinkommens für werdende und stillende Mütter bei Kurzarbeit (DGB-Materialien: „Die Rolle der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft“).

Der Bundesfrauenausschuss der ÖTV ließ auf der 8. Bundeskonferenz einen Antrag zur Erweiterung des Mutterschutzgesetzes verabschieden. Eine Kritik an das Bundesministerium, das „nachlässig“ mit den Forderungen umgeht, wurde ebenfalls von den DGB-Frauen geteilt. Sie forderten eine Rechtsordnung „zur Einrichtung von Liegeräumen für werdende und stillende Mütter“ in den Betrieben. Die DGB-Frauen aus Hessen verabschiedeten einen Antrag, der besagt, daß „die Arbeitgeber, die

Der nachstehende Antrag wurde auf dem 10. Ordentlichen Bundeskongress des DGB vom 25.-30.5.1975 vorgelegt!

Beitrag: Sonderurlaub nach der Mutterschutzfrist zur Erziehung des Kindes

Der 10. Ordentliche DGB-Bundeskongress erinnert an die Forderung aus dem DGB-Programm für Arbeitnehmerinnen nach einem Sonderurlaub von 18 Monaten nach Ablauf der Mutterschutzfrist bei Zahlung eines angemessenen Entgelts aus öffentlichen Mitteln. Er fördert den Gesetzgeber auf, diese Forderungen folgendermaßen zu verwirklichen:

1. Zur Pflege und Erziehung des Kindes ist auf Antrag ein Sonderurlaub bis zu 18 Monaten nach Ablauf der Mutterschutzfrist zu gewähren. Er kann wahlweise von einem der Elternteile in Anspruch genommen werden, sofern beide Elternteile erwerbstätig sind.
2. Der Sonderurlaub ist auf Antrag um weitere 18 Monate zu verlängern, wenn während seiner Dauer weitere Kinder geboren werden.
3. Während des Sonderurlaubs ruht das Arbeitsverhältnis. Es kann von selten des Arbeitgebers nicht gekündigt werden. Dem Arbeitnehmer darf durch den Sonderurlaub kein beruflicher und betrieblicher Nachteil entstehen.
4. Als Ausgleich für entgangenen Verdienst ist während des Sonderurlaubs dem die Erziehung und Pflege übernehmenden Elternteil ein Entgelt in Höhe des Arbeitslosengeldes aus Bundesmitteln zu gewähren.
5. Für die Zeit des Sonderurlaubs werden die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung aus Bundesmitteln übernommen.
6. Der zunächst für 18 Monate vorgesehene Sonderurlaub ist langfristig für drei Jahre vorzusehen und deshalb auch in die langfristige Finanzplanung aufzunehmen.

kann es passieren, daß der Kapitalist die Lohnzulage nicht auf die Über-tariflichen Leistungen anrechnet (alle Zitate aus DGB-Materialien: „Die Rolle der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft“). Bleibt noch nachzutragen, daß die Hamburger Druck Frauen erste Aktivitäten zur weiteren Diskussion (siehe nebenstehende Resolution) in Angriff genommen haben.

**Kommission
Betrieb und Gewerkschaft**

Hausfrauengewerkschaft: „Für die Anerkennung der Hausfrauentätigkeit...“

Seit nunmehr 8 Monaten gibt es eine Hausfrauengewerkschaft, die von der Kieler Pädagogik-Dozentin Dr. Gerhild Heuer gegründet wurde. Eine beachtliche Zahl von 4000 Mitgliedern (10% Männer) haben sich bundesweit zusammengeschlossen. Ende Oktober fand die erste Mitgliederversammlung mit 200 Hausfrauen und 30 Hausmännern in Holm bei Kiel statt. Die wesentlichen Forderungen der

„Deutschen Hausfrauengewerkschaft“ (DHG) wurden einstimmig verabschiedet: „Tatsächliche Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf, Verbesserung der Altersversorgung der nicht berufstätigen Hausfrauen und Ausweitung der Krankenversicherung.“ (Husumer Nachrichten, 29.10.79).

Fortsetzung nächste Seite

Hausfrauengewerkschaft: „Für die Anerkennung der Hausfrauentätigkeit...“

Seit nunmehr 8 Monaten gibt es eine Hausfrauengewerkschaft, die von der Kieler Pädagogik-Dozentin Dr. Gerhild Heuer gegründet wurde. Eine beachtliche Zahl von 4000 Mitgliedern (10% Männer) haben sich bundesweit zusammengeschlossen. Ende Oktober fand die erste Mitgliederversammlung mit 200 Hausfrauen und 30 Hausmännern in Holm bei Kiel statt. Die wesentlichen Forderungen der

„Deutschen Hausfrauengewerkschaft“ (DHG) wurden einstimmig verabschiedet: „Tatsächliche Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf, Verbesserung der Altersversorgung der nicht berufstätigen Hausfrauen und Ausweitung der Krankenversicherung.“ (Husumer Nachrichten, 29.10.79).

Fortsetzung nächste Seite

keine arbeit, doch arbeit
keine arbeit, um geld zu verdienen, aber arbeit, um die zeit tot zu schlagen
keine arbeit, um unter menschen zu sein, aber arbeit um allein, einsam zu sein
sinnlose arbeit!, sinnlose arbeit!
arbeit, um die tage schneller hinter sich zu bringen, arbeit, um die einsamkeit zu verdrängen
unbefriedigend!, unbefriedigend!
keine anerkennung, kein wort des lobes, alles selbstverständlich!
und noch tadel
arbeit, um den gewinn des ausbeuters zu vermehren, arbeit, um die arbeitskraft anderer zu regenerieren ...
scheißarbeit!, scheißarbeit!
wo aber gibt es sinnvolle arbeit?
gibt es sie überhaupt?

sie ist süchtig
süchtig nach anerkennung, nach lob
sie strengt sich an im haushalt
sie sorgt für frische wäsche,
saubere räume,
abwechslungsreiches essen.....

keiner bemerkt etwas
achtlos gehen sie über frisch geputzte böden
und verstreuen wieder ihren dreck
achtlos schaufeln sie liebevolles essen in sich hinein
und wünschen sich endlich wieder anderes
achtlos konsumieren sie frische wäsche und mäkeln daran herum
sie verstreuen achtlos alles von sich und lassen es liegen
achtlos, achtlos, achtlos.....
sie stöhnen du hast es gut!
ich habe es gut!
wozu dann noch lob?

wozu dann noch anerkennung?
das ist doch alles selbstverständlich!
weiß du nicht wie gut du es hast?
nein!
ich will hier rrrrrassss!

sie ist süchtig nach Lob
süchtig nach Anerkennung
süchtig nach Zärtlichkeit
süchtig nach Liebe
süchtig nach Bestrafung
süchtig nach selbstzugefügtm Schmerz
süchtig nach Tränen
süchtig nach Tabletten
süchtig nach Alkohol
süchtig nach Selbsthaß

Grijetta Krummenauer, Hamburg

Fortsetzung von Seite 20

Diskutiert wurde vor allem der weitere Aufbau der DHG; Mitglieder sollen geworben und Ortsverbände gegründet werden. Darüberhinaus sollen jetzt Mitteilungsblätter erstellt und verteilt werden. Darin wird beispielsweise erklärt, daß der Staat und nicht die Ehemänner Tarifpartner der Hausfrauen ist.

Die Frauen in der DHG verstehen sich als überparteilich und wollen zur nächsten Bundestagswahl 1980 vorerst zum Wahlboykott aufrufen und die Politiker nach ihren Taten und nicht nach Worten bewerten. Verstärkt wollen sie die Bundestagswahlen nutzen, um ihre Forderungen bekannt zu machen.

Die DHG spricht vielen Hausfrauen aus dem Herzen und greift eine Reihe berechtigter Forderungen auf. Eine Hausfrau, die einen Vier-Personen-Haushalt führt, hat nach wissenschaftlichen Untersuchungen eine 48-Stunden-Woche. Die meisten Arbeitsunfälle sind bei den Hausfrauen zu verzeichnen, „jedes fünfte Verkehrsunfall ist eine Hausfrau. 3.000 bis 4.000 Hausfrauen kommen jährlich bei Verkehrsunfällen ums Leben.“ (Hamburger Abendblatt, 9.2.79). Die Versicherungen schätzen den Wert der Hausarbeit auf 3.000 DM maximal im Monat ein (so die Allianz). Hinzu kommt, daß die Hausfrauen nicht rentenversichert sind, und von daher einen sehr niedrigen Lebensunterhalt im

Alter zu erwarten haben. Hausarbeit wird auch von vielen Ehemännern nicht anerkannt, viele Frauen haben nicht einmal ein Taschengeld.

Die DHG will sich um all diese Probleme kümmern, dabei hat sie heute schon eine Reihe von Kontrahenten. Der DGB erklärte die DHG als „völlig überflüssig“. Auch Alice Schwarzer äußert sich negativ: „Es gibt ein echtes Bedürfnis, Hausfrauenarbeit als Beruf anzuerkennen!“ aber auch sie befindet, der Begriff „Gewerkschaft“ wirke hier „ein wenig aufgeklatscht.“ Die Presse reagiert vor allem belustigt über die neue DHG: „Die DHG kann (bisher jedenfalls) noch keine Tarife abschließen; und wenn ihre Mitglieder mal wirklich zum Streik aufrufen, müßten sie doch damit rechnen, daß sie von ihren Ehemännern ausgesperrt würden. Oder?“ (Mopo, 26.7.79).

Eine Organisation, die fortschrittliche Forderungen für die Hausfrauen stellt, die gerade auch diesen Frauen eine Möglichkeit bietet, gegen ihre Isolation zu kämpfen und weitergehende Forderungen entwickelt wie z.B. die Vergesellschaftung der Hausarbeit ist sicher zu begrüßen. Eine klare Aussage zur DHG ist heute sicher zu verfrüht und bedarf erstmal weiterer Informationen und Untersuchungen.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Michelin-Betriebsräte

„rechtmäßig“ amtsenthoben

Anfang Dezember entschied das Landesarbeitsgericht Mannheim, daß der Betriebsratsvorsitzende des Karlsruher Michelin-Werks, Christ, und sein Betriebsratskollege Gether rechtmäßig ihres Amtes enthoben sind. Gegen die beiden hatte die Unternehmensleitung die Amtsenthebung beantragt, da sie im September 1978 den sechstägigen Streik von 1200

Michelinarbeitern unterstützt hatten. Zwei IG Chemie-Vertrauensleute waren deswegen gleich nach dem Streik entlassen worden.

Damit ist einmal mehr die Verpflichtung zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ des Betriebsverfassungsgesetzes gegen fortschrittliche Betriebsräte eingesetzt worden.

Daimler-Benz:

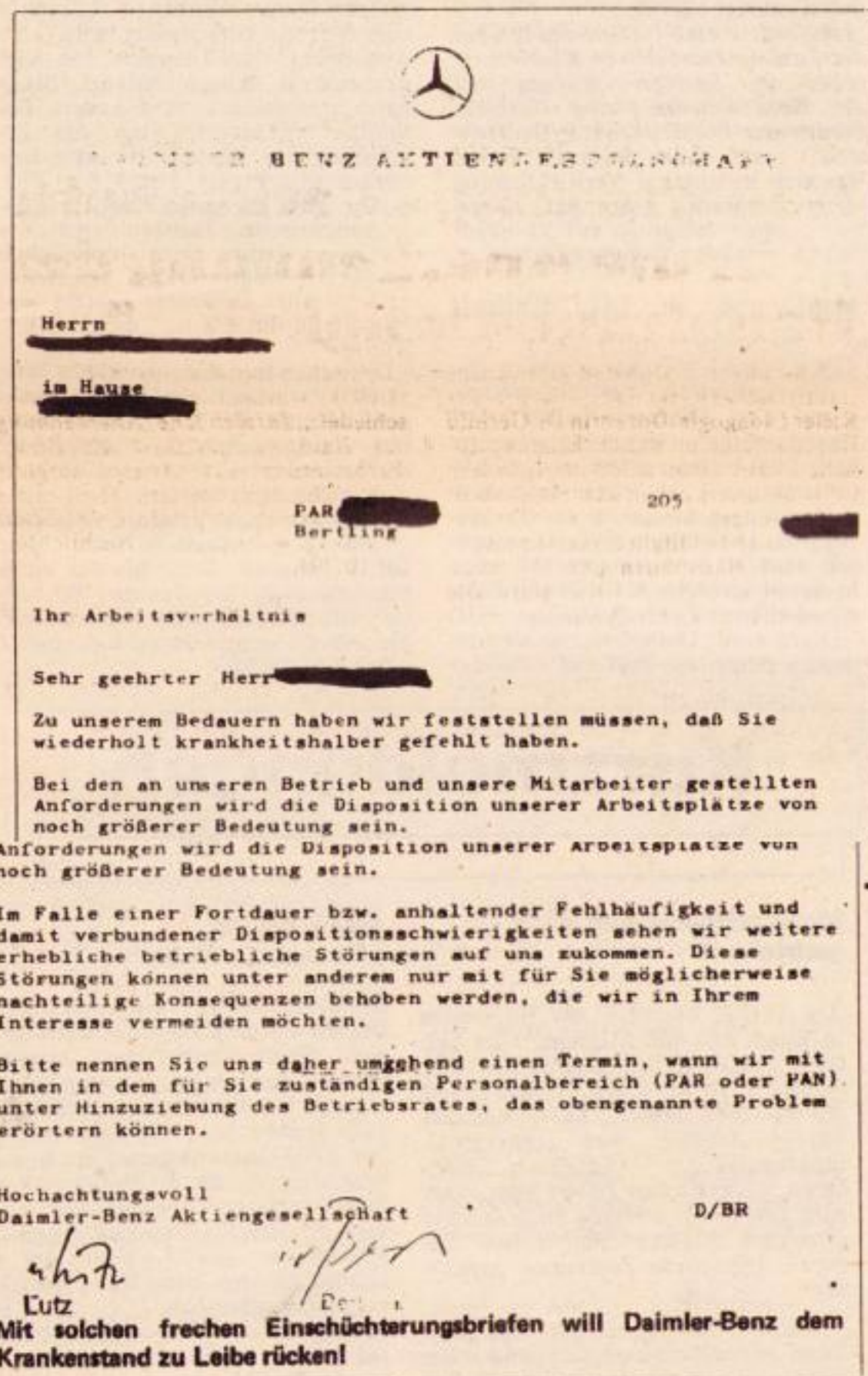
Fristlose Kündigung gegen „Alternative“-Betriebsrat kommt nicht durch!

Wie der AK berichtete, war der Kollege Antonio Musio, Ersatzmitglied des Betriebsrats im Daimler-Benz-Werk Hamburg/Harburg auf der Liste der „alternative“, fristlos gekündigt worden, weil er angeblich die Wahrheit über einen Zeitnehmer gesagt haben soll. Er soll ihn nämlich einen Ausbeuter und Betrüger genannt haben. Die Betriebsratsmehrheit der IG Metall hatte der Kündigung ausdrücklich zugestimmt!

Der Rechtsvertreter von Daimler-

Benz erklärte im Arbeitsgerichtsprozeß am 6. Dezember, daß durch Toni der Betriebsfrieden erheblich gestört worden sei. Dem konnte aber auch der Richter nicht folgen und erklärte, daß Toni „Verfehlung“ keine fristlose Kündigung rechtfertige. Da der Kollege aber nur fristlos kündbar ist, da er zum Zeitpunkt der Kündigung Betriebsratsmitglied war, wird Daimler-Benz – und im Gefolge die Betriebsratsmehrheit – nicht durchkommen! Der Prozeß wird am 21.2.80 fortgesetzt.

Auch bei Daimler: Jagd auf Kranke



Die Werkleitung von Daimler-Benz Harburg zieht zur Zeit eine Kampagne gegen Kranke durch. Bisher wurde 120 Kollegen schriftlich vorgeworfen, daß durch ihre Krankheit „erhebliche betriebliche Störungen“ entstanden, die „mit für Sie möglicherweise nachteiligen Konsequenzen behoben“ werden müßten.

Bereits in seinem Rundschreiben 44/78 hatte der Verband der Metallindustrie seine Mitglieder zu solchen Drohungen gegenüber den Arbeitern aufgefordert, um bei Kündigungen schon im Voraus juristisch verwertbare Aktennotizen über die Fehlzeiten der Kollegen zu haben.

Außerdem werden sogenannte „Sozialgespräche“ abgezogen, in denen die Kollegen durch geschickte Fragestellungen dazu gebracht werden sollen, dem Unternehmen mitzuteilen, welche Krankheiten sie haben und wie häufig diese in Zukunft auftreten werden!

Erschreckend ist die Haltung des Betriebsrates zu dieser Kampagne der Kapitalisten. Er „begrüßt“ die einschüchternden Briefe, weil in den „klärenden Gesprächen“ angeblich festgestellt werden könne, ob der jeweilige Arbeitsplatz schuld an den Krankheiten sei. Nun ist es zumal gewerkschaftlich organisierten Kollegen nicht erst seit gestern bekannt, daß Schichtarbeit krank macht. Gegen die Schichtarbeit hörte man aber noch keinen einzigen der alteingesessenen Betriebsräte in diesem Zusammenhang protestieren.

Mit dieser Haltung scheint auch die

Ortsverwaltung der IG Metall nicht mehr einverstanden zu sein. Interessant ist es gerade in diesem Zusammenhang, daß bisher nur die Kollegen der „alternative“ die gewerkschaftliche Aufgabe, etwas gegen die Kampagne der Kapitalisten zu unternehmen, ernstnehmen und schon zwei Betriebszeiten diesem Thema gewidmet haben, während der VK sich in Schweigen hüllt.

Gegen sechs Mitglieder der „alternative“ läuft nämlich gegenwärtig ein vor einem Jahr beantragtes Ausschlussverfahren aus der IG Metall. Daß sie aber die einzigen im Harburger Daimler-Werk sind, die überhaupt gewerkschaftliche Arbeit leisten, wurde im Untersuchungsverfahren überhaupt nicht berücksichtigt. Dem Vorstand wurde der Ausschluss wegen Kandidatur auf einer „gegnerischen Liste“ zur Betriebsratswahl empfohlen! Dieser Ausschluss würde im Augenblick nicht in die Situation der Hamburger IG Metall passen. Denn schon auf der letzten Funktionsversammlung wurde deutlich, daß sich ein zunehmender Wind gegen die alteingesessenen Betriebsratsführer entwickelt, der auch von der Ortsverwaltung mitgetragen wird.

Darum haben die „alternative“-Kollegen einen Brief an verschiedene VKs geschickt, um Unterstützung gegen ihren Ausschluss zu kriegen, der sich gegen die zur Zeit einzig gewerkschaftlich Aktiven bei Daimler richtet.

Betriebszelle Daimler-Benz, Harburg

Linker Arbeiter entlassen, um „drohende Gefahr von Hunderten Menschen abzuwenden“

Vor dem Bundesarbeitsgericht stand Ende November der Fall des Kältemonteurs Franz-Josef Grünen, Arbeiter im öffentlichen Dienst, zur Verhandlung. Die Mainzer Uni-Kliniken hatten Grünen vor 3 1/2 Jahren entlassen, weil er mit der „KPD“ sympathisierte. In erster Instanz erreichte Grünen vor dem Arbeitsgericht, daß seine Entlassung als „verfassungswidrig“ zurückgewiesen wurde. Das Gericht stellte fest: „Unstreitig hat sich Grünen an seinem Arbeitsplatz nicht politisch betätigt, das Arbeitsverhältnis wurde also durch die Weltanschauung nicht konkret berührt“ (TAZ, 29.11.). Daher sei mit der Entlassung das Grundrecht der Meinungsfreiheit verletzt worden.

Der Mainzer Universitätspräsident Schneider zog daraufhin die Entlassung zurück. Nicht so das rheinland-pfälzische Kultusministerium. Kultusminister Vogel, heute Ministerpräsident, veranlaßte, daß Berufung eingelegt wurde.

Die stand in zweiter Instanz vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) zur Verhandlung. Dabei kamen schreckliche mögliche Greuelthaten, die Arbeiter im öffentlichen Dienst begehen könnten, zur Sprache. Die Rechtsanwältin der Anklage: „Was muß geschehen, um drohende Gefahren von hunderten von Menschen abzuwenden? Wagt ihr Sicherheitsbe-

dürfnis angesichts der greifbaren Möglichkeit der Gefahr für Leib, Leben, Freiheit und Gesundheit nicht stärker als das Recht der Meinungsfreiheit?“ Starke Worte – welche Gefahren denn nun von Grünen aus? „Kälteanlagen können in ihrer Leistungsabgabe verändert werden. Hierbei kann Blut oder Blutplasma verändert werden. Falls die Unbrauchbarkeit nicht erkannt wird, kostet das Menschenleben.“ Weiter: „Durch Schalten der Aufzugssteuerung kann bewirkt werden, daß sich Schachttüren öffnen, ohne daß dahinter der Fahrkorb steht. Hierdurch besteht Absturzgefahr in den Fahrtschacht“ (aus TAZ, 29.11.).

So viele phantastische „Denkmotive“ über die Möglichkeiten des linken Arbeiters Grünen beeindruckten das LAG ganz offensichtlich. Es erklärte die Kündigung für rechtmäßig.

Das Bundesarbeitsgericht nun zog sich Ende November fein aus der Affäre. Es stellte fest, daß der Streitwert des Verfahrens 131 DM zu niedrig angesetzt war, um eine Revision zuzulassen.

Grünen ist damit entlassen, gleichzeitig muß er die Prozeßkosten tragen und steht gerichtsnotorisch im Ruf, ein potentieller Massenmörder zu sein, wie die meisten Linken hierzulande, glaubt man dem Arbeitsgericht.

Grindelhof 45
2 Hamburg 13
Tel. 45 38 01

Der neue Peter-Paul Zahl:

„Die Glücklichen“

Rotbuch

DM 28,-

Ein neues, geradezu unerhörtes Buchlein, darin viele Schwänke und Geschichten, die man in Schänken und Kommunen, Heimen, Straßenbahnen, Klein- und Großfamilien und Gefängnissen erzählen kann, die schweren, melancholischen Gemüter damit zu ermuntern.

Endlich erschienen:
Alexandra Kollontai

Neue und bisher unbekannte Texte von A. Kollontai.

„Der Weite Weg“

Erzählungen, Aufsätze, Kommentare
Verlag Neue Kritik

DM 24,-

Sie helfen, die Kontinuität und die Radikalisierung ihrer Vorstellungen zu einer sozialistischen Lebensweise und einer neuen, selbständigen sowjetischen Frau zu verstehen. Dabei werden kulturelle revolutionäre Formen des Zusammenlebens und befreiter Sexualität konzipiert.

Adalgisa Conti

„Im Irrenhaus“, Sehr geehrter Herr Doktor, dies ist mein Leben.

Verlag Neue Kritik

DM 9,80

Geschichte einer psychiatrischen Zwangseinweisung. Zeugnis der Anklage und des Kampfes gegen die Unmenschlichkeit psychiatrischer Gefängnisanstalten und die soziale Vergewaltigung der Frau.

„Niederschrift der Lebensgeschichte der Mary Jemson“, welche im Alter von knapp 15 Jahren 1758 von Indianern entführt und fortan mit ihnen lebte bis zu ihrem Tod 1833.

Verlag Roter Stern

DM 19,80

Silvia Kontos

„Die Partei kämpft wie ein Mann“

Roter Stern

DM 25,-

Feministische Analyse der kommunistischen Frauenpolitik in der Weimarer Republik 1923 bis 1932.

Neu!

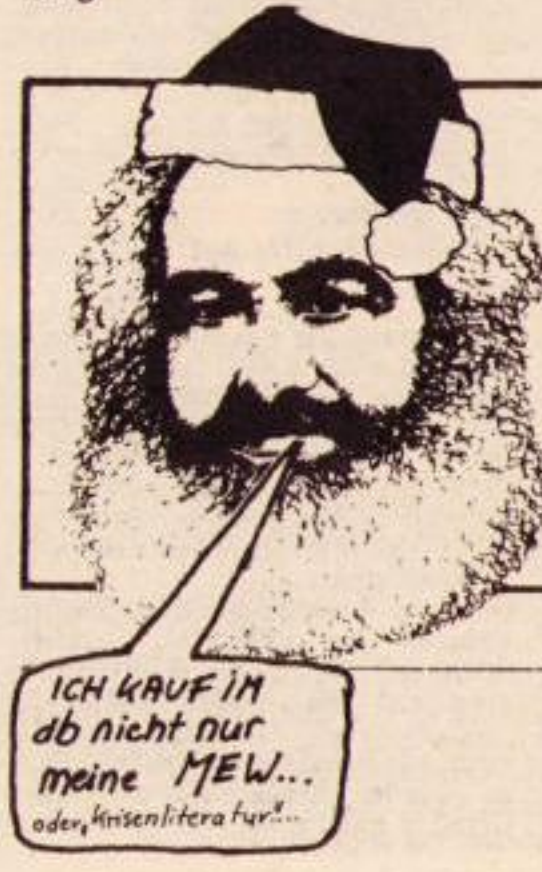
Doris Lessing

„Die Memoiren einer Überlebenden“

Goverts

DM 26,-

Prophetische Beschreibung des stufenweisen Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Verrohung, Plünderung, Raub und Mord werden zu alltäglichen Verhaltensweisen der „letzten Überlebenden“: beobachtet von einer 72-jährigen Frau aus den Fenstern ihrer Wohnung.



ÖTV-Manteltarifverhandlungen für Auszubildende

Die ÖTV hatte den seit dem 6.12.74 geltenden MTV-A zum 31.12.78 gekündigt. Nachdem sich die „öffentlichen Arbeitgeber“ anfangs beharrlich geweigert hatten, überhaupt zu verhandeln, kam es dann am 29.11.79 doch noch zum ersten Termin. Die „Arbeitgeber“ legten erwartungsgemäß kein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch.

Hauptforderungen der ÖTV für den MTV-A sind:

- Übernahme aller Ausbildungskosten durch den „Arbeitgeber“;
- Übernahme aller ausgebildeten Jugendlichen in ein Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht;
- Ausbildungsvertrag über alle Ausbildungsstufen bei Stufenausbildung;
- Verkürzung der Probezeit auf einen Monat;

– der Manteltarifvertrag muß auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten.

Um wenigstens einen Teil der wichtigsten Forderungen durchzusetzen, ist es notwendig, daß zumindest die von der Bezirksjugendkonferenz vom 27.10.79 beschlossenen Aktionen durchgeführt werden:

- Veranstaltungen zu den Schwerpunktforderungen;
- betriebliche Aktionen, wie z.B. Personal- und Personalteilver-sammlungen;
- Informationsveranstaltungen;
- Bereichsaktionen;
- Durchführung eines Seminars Anfang 1980 zur Sammlung möglicher Kampfmaßnahmen und Aktionsformen, zur Klärung des Streikrechts für Auszubildende.

Lehrlingskommission



Die Demonstration war erst der Anfang....

Urabstimmung beim NDR: Große Mehrheit für Streik!

Bei einer Beteiligung von weit über 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder bei der am 6. und 7. Dezember durchgeführten Urabstimmung im NDR deutet alles auf ein geschlossenes Votum für Kampfmaßnahmen hin. Die endgültigen Ergebnisse liegen erst am Sonntagmittag (nach Redaktionsschluss des AK) vor.

Damit haben die NDR-Mitarbeiter noch einmal gezeigt, daß sie nicht gewillt sind widerstandslos die Zerschlagung des NDR und die damit verbundenen drohenden Verluste von Arbeitsplätzen hinzunehmen. Sie werden deshalb am 19. Dezember von 20 - 24 Uhr das Hörfunk- und Fernsehprogramm einstellen.

Die hohe Wahlbeteiligung als auch das Ergebnis beim NDR werden eine positive Signalwirkung auf die noch kommenden Urabstimmungen in den übrigen Anstalten der ARD und des ZDF haben. Sollte auch dort sich eine Mehrheit von 75 Prozent aller RFFU-Mitglieder für einen Streik aussprechen, wobei die Ergebnisse aller Anstalten zusammengezählt werden, dann werden bundesweit die vier Stunden Hörfunk- und fernsehsfrei sein. Dabei würden dann - endlich mal - auch der rechtsradikale Löwenthal und sein Hetzmagazin vom Fernsehschirm verbannt! Der Unterstützung dieses Kampfes durch andere können sich die Rundfunk- und Fernsehschaffenden gewiß sein. Die DJU, in der vor allen die Journalisten der schreibenden Zunft organisiert sind, hat sich hinter die Aktionen der RFFU gestellt. Die Hamburger DJU hat auf ihrer letzten Mitgliederversammlung beschlossen, am Abend des 19. Dezember eine Solidaritätsfete durchzuführen. Ebenfalls werden in den Hamburger Stadtteilen Mitte und Steilshoop NDR-Solidaritätsstreikfeten mit Musik und Diskussion vorbereitet. Am 12. Dezember steht im Hamburger Audimax eine „Rock-gegen-Rechts“ Veranstaltung im Zeichen der Solidarität mit den NDR-Leuten!

Auch beim WDR in Köln herrscht Hochbetrieb. Die RFFU plant dort die Herausgabe von mehreren 10.000 Flugblättern, die vor den Betrieben verteilt werden sollen, um den „Kollegen die Aktion zu erläutern“ (FR 7.12.). Bei den WDR-Mitarbeitern ist man sicher, die 75% Hürde zu überspringen. Beim Süddeutschen Rundfunk (Stuttgart) „bezweifeln nicht einmal Mitarbeiter außerhalb der RFFU“ (FR 7.12.), daß die 75% Ja-Stimmen erreicht werden. Beim Südwestfunk (SWF) Baden-Baden gehen die Mitarbeiter davon aus, daß „das Quorum geschafft werden könnte“ (FR 7.12.). Beim SFB (Sender Freies Berlin) hat sich auf den Mitgliederversammlungen niemand gegen den Streik ausgesprochen. Auch beim Hessischen Rundfunk ist die RFFU optimistisch, weißt aber darauf hin, daß das Ergebnis beim NDR selbst auf die „Befragungsmotivation“ einwirke.

Und wieder: Massive Angriffe auf das Streikrecht!

Kaum stand der Beschluß des Hauptvorstandes der RFFU fest, Mitglieder zur Urabstimmung über Kampfmaßnahmen aufzurufen und dem Vorschlag des 4. zünftigen „Demonstrationstreiks“ zuzustimmen, da rührten sich auch schon die sattsam bekannten Stimmen aus den Reihen der Unionsparteien.

Christian Schwarz-Schilling, Medien-Experte der CDU/CSU, erklärte schon den Aufruf der RFFU (nicht etwa erst die Aktion selbst) für „rechtswidrig“. Der Streik solle ja nicht aus arbeits- oder tarifrechtlichen Gründen, sondern aus politischen Gründen stattfinden, was ja verboten

sei (FR 6.12.). Springers „Hamburger Abendblatt“ behauptet: „Das Verbot des politischen Streiks schließt auch alle Versuche ein, politische Forderungen auf dem Umweg über einen scheinbar arbeitsrechtlich motivierten Streik durchzusetzen zu wollen. Es wäre also verboten, einen Streik zur Erhaltung der Arbeitsplätze beim NDR zu propagieren, nur um mit dieser vermeintlichen Forderung das politische Ziel einer Aufrechterhaltung der augenblicklichen NDR-Konstruktion durchzusetzen.“ (HA 29.11.79). In der Konsequenz hieße das: Streikverbot in den Medien. Am liebsten ist ihnen wohl das Beamtenrecht, damit das „Funktionieren“ dieses für die Herrschenden wichtigen Propaganda-Instrumentes gesichert ist. Ganz in diesem Sinne folgen in Bayern schon erste Konsequenzen: Der Intendant des Bayerischen Rundfunks (BR), Reinhold Vöth (CSU), hat in einem Hausrundschreiben den streikbereiten Mitarbeitern gedroht, „daß jeder den Bestand seines Arbeitsverhältnisses gefährdet, der sich an einem solchen unzulässigen Streik beteiligt“ (FR 8.12.). Vöth kündigte gleichzeitig an, daß er einen Streik durch eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht unterbinden wolle. Inzwischen haben sich diesem Angriff die Intendanten des Saarländischen Rundfunks, des Süddeutschen Rundfunks, des Südwestfunks und des Hessischen Rundfunks angeschlossen. Die CDU/CSU-Intendanten-Riege hat mit Werner Hess vom Hessischen Rundfunk einen SPD-Mann gewonnen. „Sollte die einstweilige Verfügung dieses Ziel nicht erreichen, fordern die Intendanten ersatzweise die Aussetzung der Urabstimmung bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Rechtmäßigkeit von Streikmaßnahmen“ (Hamburger Abendblatt, 8./9.12.). Der Versuch, vor Gericht die Illegalität einer Urabstimmung und Streikaktion feststellen zu lassen, steht unseres Wissens bisher einmal da. Die öffentliche Rechtfertigung für diesen Schritt erhalten die CDU/CSU-Intendanten dann auch noch durch die ARD und ihren Sprecher Hess, der schon am Dienstag erklärte, daß die Intendanten grundsätzlich der Meinung seien, daß „es sich bei den Kampfmaßnahmen der RFFU... um einen politischen Streik handle.“ (FR 5.12.79). Beim ZDF hat Intendant v. Hase in einem Hausrundschreiben den Streik für rechtswidrig erklärt. Außerdem diene er nicht dem Interesse des NDR („FR“, 7.12.79). Und ganz im Sinne der Schürung des „Volkszorns“ stellten die Intendanten fest, „daß die Mehrheit der Zuschauer und Hörer kein Verständnis für einen solchen Ausfall von Funk- und Fernsehprogrammen zeigen würde.“ (FR, 5.12.79). Da trifft Springer wieder einmal ins Schwarze: „Nichts hören, nichts sehen, bitte zahlen!“ (Hamburger Abendblatt, 8.12.79).

Die DAG hat sich in die Phalanx der Hetzer gegen den Widerstand völlig eingereiht. In ihrem Aufruf „Nein zum Streik, Ja zur DAG“ vom 5.12. behauptet sie: „Alle Probleme... liegen bisher noch im Bereich der politischen und juristischen Zuständigkeiten. Und wir sollen streiken? Oder geht es hier gar nicht um die Arbeitsplätze, sondern um eine bestimmte (Medien-)Politik?“

Wie seinerzeit die Druckarbeiter werden sich die Rundfunk- und Fernsehmitarbeiter auf eine massive Hetzkampagne einstellen müssen, die heute ihren Höhepunkt gewiß noch nicht erreicht hat.

Solidarität mit den kampfbereiten Kollegen/innen bei ARD und ZDF

Medienkommission
KB Gruppe Hamburg

„Ich persönlich halte Begin für ein Schwein“

Diese Bemerkung war am 16.11. im bundesdeutschen(!) Fernsehen aus dem Munde eines Gastes der Life-Sendung „Ill nach neun“ von Radio Bremen zu hören. Sie fiel im Zusammenhang einer Diskussion über „Terrorismus“, in der - wie zu erwarten - zum hunderttausendsten Male über die RAF hergezogen wurde. Ein einziger Gast - der Stierkämpfer von der Goltz - hatte den Mut, Gewalt und Terror als gängiges Mittel der Imperialisten aller Länder hinzustellen, wenn es darum gehe, Herrschaft zu sichern oder zu erobern. In diesem Zusammenhang sprach von der Goltz u.a. von Chile und von Israel - und da besonders von Begin, der unbestreitbar in den Gründerjahren Israels einer der schlimmsten Terroristen gegen die palästinensische Bevölkerung gewesen ist.

Die Reaktion auf diese Sendung war angesichts dessen, daß von der Goltz nur die Wahrheit erzählt hatte, erstaunlich, aber nicht überraschend: Zunächst einmal wurde sich bei

Begin entschuldigt: Außenminister Genscher offiziell für die Bundesregierung, Springer inoffiziell für das „deutsche Volk“. Bremens CDU-Chef Neumann sah, daß „den deutsch-jüdischen Beziehungen ... großer Schaden“ zugefügt worden sei; ein israelischer Regierungssprecher hetzte, daß „ein so niederträchtiges Benehmen“ vor Millionen Zuschauern ein Beweis dafür sei, „welche Art von Menschen noch heute in Deutschland anzutreffen sind“ (Weser-Kurier, 21.11.).

Daneben werden seit der Sendung auch direkte Konsequenzgefordern: Die Moderatoren, Marianne Koch, Karl-Heinz Wöcker und Wolfgang Menge waren nämlich über die unvorhergesehenen Wahrheiten des Talkshow-Gastes offenbar dermaßen überrascht, daß sie ihn weder gleich festnehmen ließen oder rausschmissen, wie von der israelischen Zeitung „Maariv“ gefordert (das Erschütterndste sei, daß die Moderatoren „dem Zirkus nicht sofort ein Ende machten“, lt. WK, 21.11.), noch wenig-

stens sofort die Äußerungen „in entsprechender Form zurückgewiesen“ hatten, wie insbesondere von der CDU als „Selbstverständlichkeit“ gefordert (Weser-Report, 25.11.).

Für dieses „skandalöse Verhalten“ (CDU) sollen die Moderatoren entlassen werden (Weser-Report, 25.11.: Personelle Konsequenzen für „Ill nach-Neun“ Moderatoren?). Für die CDU ginge damit ein Herzenswunsch in Erfüllung, denn schon seit Jahren kritisiert sie an der gesamten Sendung, daß von Zeit zu Zeit auch einmal kritische und unzensierte Beiträge gesendet werden. Es wäre nur logisch, wenn neben stramm rechts ausgerichteten Moderatoren auch eine Abschaffung der Life-Sendungen generell gefordert würde, denn wer weiß schon, ob unter den eingeladenen Gästen nicht vielleicht doch einer ist, der seinen eigenen Kopf gebraucht....

KB/Gruppe Bremen

Der Gigant verlor 1. Prozeß

Der 1. konkrete Versuch des Springer-Verlages, G. Wallraffs neues Buch „Zeugen der Anklage“ aus dem Verkehr zu ziehen, ist gescheitert. Am 21.11. wies die 8. Zivilkammer des Landgerichtes Bochum den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zurück; der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.

Dieser, der BILD-„Fotograf“ Kurt Gather, wollte verbieten lassen:

1. Den Abdruck eines von ihm geheim geschossenen Fotos und
2. seine Bezeichnung als „Bild-Agent“ im Kapitel „Die Falle“.

(Zu den Einzelheiten sei jedem das Buch noch einmal wärmstens empfohlen). Ansonsten schweigt der Gigant und versucht unter der Oberfläche einen Gegenangriff aufzubauen. So werden im Buch genannte Personen kostenlos Anwälte angeboten, fieberhaft undichte Stellen in den Redaktionen gesucht. Ein Nachrichtenhändler der BILD, der sich weigert, gegen Wallraff gerichtlich vorzugehen, bekam

Drohanrufe, seine Haustür wurde beschmiert und eines Tages die Tür eingetreten. Einer der 3 Zeugen der Abhöraktion bekam Besuch. Man sagte ihm, es brauche keinen zu wundern, wenn seine Leiche im Rhein demnächst bei Leverkusen angespült würde (nach FR, 22.11. und Konkret, 12/79).

„Ich fordere eine Untersuchung über die Zusammenarbeit von Kleinkriminellen im Springer-Auftrag mit den Geheimdiensten und Justizbehörden der Bundesrepublik Deutschland“; so endet Wallraffs Buch. Was sich bislang zur Verwirklichung seiner Forderung getan hat, haben wir - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - unten zusammengetragen.

Meldungen zu BILD-Wallraff

Am 14.11. beschäftigte sich der Innenausschuß des Bundestages mit dem Abhörfall Wallraff. Der Staatssekretär im Bundespostministerium Elias bezeichnete einen „Zufall“ als unmöglich, es müßte mit technischer Manipulation bei der Verbindung BILD-Redation Wallraff gerechnet werden. Er meinte jedoch, eine Zusammenarbeit von BILD und Postmitarbeitern sei auszuschließen.

Nach einer Untersuchung der Leitungen durch die Post auf Löt-oder

ähnliche Stellen und der Erstellung eines Gutachtens soll sich der Innenausschuß nochmals mit dem Fall beschäftigen (nach FR, 15.11.).

Die DJU in der IG Druck und Papier hat die Landesregierung von NRW und den Bundesinnenminister aufgefordert, die im neuen Wallraff-Buch erhobenen Vorwürfe aufzuklären. Gleichzeitig wird eine Aufklärung des Vorwurfs von Kienpfeuer & Witsch verlangt, BILD habe Staatsschutz- und andere Behörden mißbraucht, um das Erscheinen des Buches zu verhindern (Druck und Papier, Nr.23, 5.11.79).

Die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen“ stellt die Frage, warum nicht unverzüglich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und mit allen zulässigen Mitteln, wie Hausdurchsuchungen, durchgeführt wurde.

Weiter wird eine Auskunft über „Amtshilfe“ staatlicher Sicherheitsorgane verlangt. Die G 10 Kommission solle ihr Schweigen im Fall Wallraff endlich beenden (FR, vom 16.11.).

Der Presserat hat am 27.11. eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Arbeitsmethoden der BILD befassen soll. Bis zu einer Sonder Sitzung im Januar '80 soll sie Grundlagenmaterial erarbeiten, um ein Meinungsbild zu bekommen (nach FR, 28.11.).

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Maulkorbparagraph 353c gestrichen!

Am 15.11. beschloß der Bundestag in Bonn mit den Stimmen aller Parteien den Maulkorbparagraphen 353c Absatz 1 zu streichen, nachdem mit bis zu drei Jahren Knast bestraft werden konnte, wer „geheimhaltungsbedürftige“ Schriften „oder deren wesentlichen Inhalt ganz oder zum Teil einem anderen mitteilt oder öffentlich bekannt macht und dadurch öffentliche Interessen gefährdet“.

Dieser Paragraph war von den Nazis eingeführt worden und kam erst in das Kreuzfeuer öffentlicher Kritik, als die Bundesanwaltschaft die Strafverfolgung nach 353c gegen den Journalisten Hans-Georg Faust aufnahm. Sie beschuldigte ihn, die Dokumente über den illegalen Lauschangriff des VS auf den ehemaligen Atomwissenschaftler Traube dem SPIEGEL zugespielt, und damit der Öffentlichkeit preisgegeben zu haben.

Die Einmütigkeit von CDU/CSU und SPD erklärt sich daraus, daß die Unionsparteien weiterhin mit dem Mittel der „Indiskretion“, dem Zu-spielen von Informationen zu Ungunsten der Regierungskoalition operieren wollen. Dazu mußte die mögliche Strafverfolgung als Hemmschwelle für weitere Informanten beseitigt werden. Die Koalition hat von diesem Paragraphen kaum Gebrauch gemacht, und dort, wo sie glaubte (wie im Fall Traube/Faust) undichte Löcher stopfen zu müssen, hat sie sowohl die beschränkte Wirkung einer Strafverfolgung nach 353c erkennen müssen, als auch auf die Kritiker des demokratischen Spektrums Rücksicht genommen.

Streik bei der „Deutschen Welle“

Im Schatten der Auseinandersetzung um die Zerschlagung des NDR haben sich die tarifpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb des bundes-eigenen Senders, der vornehmlich als außenpolitisches Propaganda-Organ des BRD-Imperialismus ins Ausland (vor allem in die RGW-Länder) sendet, von der Öffentlichkeit unmerklich, derart verschärft, daß die RFFU am 26./27. November zur Urabstimmung über Kampfmaßnahmen aufgerufen hat.

90,3 % der 822 Stimmberechtigten (bei 1400 Beschäftigten) stimmten für Streik!

Anlaß für die beschlossenen Kampfmaßnahmen ist die Dreistigkeit des Intendanten Steigner (SPD), den im Mai '79 in Verhandlungen abgeschlossenen Manteltarifvertrag bis heute nicht unterschrieben zu haben.

Desweiteren versuchte Steigner, ein bereits neu vereinbartes und auch schon ausgezahltes Urlaubsgeld im Sommer dieses Jahres wieder einzuziehen zu lassen mit der Begründung, daß der Verwaltungsrat nicht zugestimmt habe. Diesem Verwaltungsrat gehören vornehmlich Mitglieder der SPD und FDP an.

Nachdem die Mitarbeiter der „Deutschen Welle“ ihre Kampfbereitschaft bekundet haben, hat sich die RFFU allerdings wieder auf einen Abwartekurs bringen lassen: Über einen endgültigen Streikaufruf will die RFFU-Führung erst nach der Sitzung des Verwaltungsrates Mitte nächster Woche entscheiden. Auf dieser Sitzung wollen die Räte über den Manteltarifvertrag entscheiden...

Fortsetzung nächste Seite

HOFFNUNGSLOS

Vor anderthalb Jahren produzierte Georg Danzer eine Platte, der er den Titel „Ein wenig Hoffnung“ gab. Auf ihr singt er Lieder gegen die Folter und gegen die Todesstrafe und fordert in dem Lied „Morgenrot“ seine Zuhörer zum Aufstehen auf, zur (unblutigen) Revolution. Kurz nach dem Erscheinen dieser LP setzte er dann all seine Hoffnung auf das BKA (Bundeskriminalamt) und stellte sich für dessen „Gewalt ist Schitt“-Propagandaaktion zur Verfügung. Heute nennt er diesen üblen Fehltritt einen „Irrtum“ (die „Selbstmorde“ von Stammheim, die „Fahndungsspannen“ des BKA hatten sich wohl nicht bis Wien durchgesprochen?). Mit den beiden LPs, die dann folgten, versuchte er, die Wogen wieder zu glätten, jedoch überzeugen konnte er damit nicht, und sein Auftritt im Mainzer Unterhaus war mehr als schwach.

Erwartet hatte ich einen politischen Danzer (trotz alledem), doch was da auftrat war ein echter Wiener Schmarren, grad' recht für eine Schickleria, die es nicht einmal mehr nötig hat, ihren Porsche gegen einen 2CV umzutauschen. Wie Konstantin Wecker, Klaus Hoffmann u.a. liest auch Danzer zwischen den Musikstücken eigene Kurzprosa, die bei ihm in Oberflächlichkeit dahergeplätschert kommt. Außer der Forderung nach Legalisierung und Besteuerung (!) von Haschisch hatte er zu aktuellen politischen Themen während des Konzertes nichts zu sagen und als ich ihn nach dem Konzert daraufhin ansprach, fühlte er sich sichtlich unwohl. Besorgt um des Künstlers Fassade verfolgte sein Manager und Produzent aufmerksam das Geschehen, und die Blicke, die die beiden austauschten, gaben mir eindeutig zu verstehen, daß das Thema „Politik“ nicht gerade zu Danzers Stärken zählt (dieses Gespräch bestätigte im übrigen den Eindruck des Konzertes).

Es ist schon bewundernswert, wie Danzer es schaffte zu vermeiden, seinen Liedern politische Brisanz zu geben oder auch sie ihnen zu nehmen. Lächerlich machte er sich spätestens in dem Augenblick, als er sein Lied „Feine Leute“ mit dem Satz einleitete, daß er glaube, daß wohl niemand davon sich im Publikum befände; Definitionssache, würde ich meinen.

Wenn Danzer in seinen Liedern etwas kritisiert, dann immer nur auf einer abstrakten Ebene: Niemand im Publikum braucht sich angegriffen zu fühlen, wenn er Emotionen für einen Kindermörder aus den Dreißiger Jahren weckt; ein Fall „Jürgen Bartsch“ ist dagegen zu aktuell ... und gegen Folter kann man ja getrost sein, vorausgesetzt es ist nicht die namentlich genannte in den Knästen der BRD oder sonstwo ... und so ein Exhibitionist und so ein Voyeur sind ja eigentlich recht lustige Leute und daß Schwule Menschen sind, „so wie Du und ich“, na ja, stimmt schon irgendwie. Der Klopser des Abends ist jedoch seine Feststellung, daß sein Lied „Morgenrot“ ganz und gar nicht agitatorisch gemeint gewesen sei und spätestens jetzt checke ich, daß ich wohl im falschen Konzert gelandet bin; habe ich doch noch die tobenden Massen vor Augen, als die bots dieses Lied auf dem Frankfurter Rock-gegen-rechts-Festival spielten. Trotzdem stehe ich auf ... als einziger ... und der gute Georg singt dazu: „Kinder, das sind ja schon ganz schön viele, die da warten auf das Morgenrot!“ Später verrät mir sein Manager, daß ich doch nicht enttäuscht sein soll; denn viele seien innerlich aufgestanden.

Jeder bekommt das Publikum, das er haben will und das er verdient.

W.V., ein KB-Sympathisant

Misty in Frankfurt

Am 4.12. gab die englische Reggae-Gruppe MISTY wieder ein Konzert in Frankfurt. MISTY war erstmals auf dem Rock gegen rechts-Festival am Abend des 16.6. in Frankfurt aufgetreten und hatte damals schon die Leute zu Begeisterungsrufen hingeworfen. Aber in der Folgezeit gab es „Knatsch“ mit dem RGR Aktions-Bündnis: Die Gruppe kritisierte zu recht, daß die Herausgabe der Life-LP von dem Festival, auf der auch das MISTY-Stück „In the ghetto of the city“ enthalten ist aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten über ihren Kopf hinweg gelaufen war. Als „Wiedergutmachung“ schlug das Aktionsbündnis daher vor, nochmal ein „Benefiz“-Konzert für die Gruppe zu machen - gerade auch aus Solidarität angesichts der Repressalien, die die Gruppe in England derzeit durchstehen muß. Der Frankfurter ASTA nahm die Sache in die Hand, MISTY war einverstanden, und die „scene“ ließ sich die Sache natürlich nicht entgehen. Ca. 800 Leute kamen in Frankfurt; am nächsten Tag schloß sich noch ein Konzert in Kassel an, wo rund 500 kamen. Freilich: Noch ein paar solche Auftritte, und man wird für MISTY erheblich größere Räume anmieten müssen....

In Frankfurt hielt es die Zuhörer nicht lange am Boden. Schon beim zweiten Stück tobte und wogte der ganze Saal. Was MISTY brachte, war die totale Ablehnung dieses Systems und zugleich ein ungeheures Selbstbewußtsein der unterdrückten Farbigen. Einen solchen Reggae kann man wahrscheinlich wirklich nur spielen, wenn man, wie MISTY immer wieder sagt, alles selber macht, keinen Kompromiß schließt, sich nirgends in den Kommerz einklinkt.

Was dies für die Gruppe konkret bedeutet, konnten wir am nächsten Morgen im Gespräch erfahren. Es bedeutet ständigen Überlebenskampf. MISTY hatte im Londoner Bezirk Southall in einem großen Haus für

überliegende Kirche zu entkommen. Viele suchten in dem Haus Schutz. Daraufhin wurde das Haus von der neu geschaffenen Eliteeinheit Special Patrol Group (vergleichbar dem westdeutschen MEK oder der französischen CRS) mit äußerster Brutalität gestürmt. Die Polizei provozierte die Jugendlichen nicht nur mit üblen Beschimpfungen, sie schlug Türen ein, verwüstete die Einrichtungen und zerstörte sogar Zwischenwände. Gegen diesen Überfall setzten sich die Hausbewohner zur Wehr und es kam zu Schlägereien. Das Haus wurde geräumt und von der Polizei besetzt gehalten. Über 500 Festnahmen wurden an diesem Tag vorgenommen; gegen 325 Antifaschisten wurde inzwischen Anklage erhoben. Die Vorwürfe sind die üblichen: Wenn ein Polizist einen Knopf verloren oder die Jacke aufgerissen hatte, so wird das heute als Widerstand gegen die Staatsgewalt, Obstruktion, bedrohliches Verhalten usw. mit mehrmonatigen Gefängnisstrafen belegt.

Die Musikkoooperative, die in diesem Haus arbeitete, und der auch MISTY angehört, wurde durch diesen Überfall praktisch auf den Nullpunkt

zurückgeworfen. Die (gemeinsam benutzte) Anlage der Musiker wurde weitgehend zerstört, Instrumente, Bänder und andere lebensnotwendige Einrichtungen unbrauchbar gemacht. Allen Hausbewohnern, also auch Musikern, wurde in der Folgezeit nur noch einmal kurz Gelegenheit gegeben, das Haus zu betreten, um ihre Sachen abzuholen. Dann verfügte der Gemeinderat den Abriß des Gebäudes (der ursprünglich erst für Anfang der 80ziger Jahre vorgesehen war)!

Ein Techniker von MISTY hat seinen Prozeß schon gehabt und sitzt zur Zeit mit zwei anderen Musikern im Knast (die Strafen betragen sechs bis neun Monate). Fünf weitere Musiker müssen noch vor Gericht - wann genau, wissen sie nicht (was eine längerfristige Planung fast unmöglich macht). MISTY sagte es uns voller Stolz: „Die sitzen alle hier im Raum; der, der und der.....“ - „Ja, wohl, ich bin auch dabei!“ Was wir für sie machen könnten? „Erzählt den Leuten diese Geschichte, damit sie erkennen, was das für ein System ist, damit sie ein Bewußtsein davon bekommen.“

KB/Gruppe Frankfurt

Offener Brief an den Weltkreis Verlag

Vor einiger Zeit berichteten wir darüber, daß der „Weltkreis-Verlag“ (Herausgeber der SDAJ-Zeitung „elan“) Titelschutz für das Markenzeichen „Rock gegen Rechts“ beantragt hat und andere Initiativen, die Rock gegen rechts machen wollen, mit juristischen Schritten bedroht. Dieser Tage bekamen wir eine Durchschrift eines Offenen Briefes des Buchladenkollektivs „Album“/die Bücherstube im „Zentrum“ aus Delmenhorst zugesandt, den wir hier bekanntgeben, im „Zentrum“ aus Delmenhorst zugesandt, den wir hier bekanntgeben, weil wir es für nachahmenswert halten:

An den
Weltkreis-Verlag
Bruderweg Nr. 16
4600 Dortmund

Offener Brief
Mit Empörung haben wir zur Kenntnis genommen, daß ihr für den Namen „Rock gegen Rechts“ Titelschutz beantragt habt und der Hamburger Initiative „RGR“ unter Androhung einer Strafe in Höhe von DM 2000,- verbieten wollt, diesen Namen zu tragen.

Ihr scheint nicht zu wissen, daß die RGR-Bewegung in England als eine spontane, undogmatische Bewegung entstanden ist; diesen Charakter sollte sie auch in der BRD beibehalten. Euer Versuch, den Namen „Rock gegen Rechts“ euren Vereins- und Geschäftsinteressen dienstbar zu machen, schadet der antifaschistischen Basisbewegung. Trotzdem sind wir sicher, daß „Rock gegen Rechts“ weiterhin allen Kräften offensteht, die Politik- und Rock-gegen-Rechts machen wollen. Wir fordern euch daher auf, eure

Strafandrohung und Titelschutz-Ansprüche zurückzuziehen.

Buchladenkollektiv Album
Delmenhorst, 29.11.

Die juristischen Ansprüche von DKP/SDAJ sind nicht zuletzt eine reichlich unverschämte Drohung gegen die Life-LP vom 16.17.Juni in Frankfurt, die ja ebenfalls unter dem Titel (und Label) ROCK

in Frankfurt, die ja ebenfalls unter dem Titel (und Label) ROCK GEGEN RECHTS erschienen ist. Allerdings: An RGR Frankfurt hat sich die SDAJ bisher noch nicht rangetraut, weil sie zurecht befürchtet, daß sie sich da gewaltig die Finger verbrennen würde. Überflüssig zu betonen: Die Platte wird selbstverständlich weiter vertrieben. Was aber wichtig ist (vor allem im Hinblick auf die kommenden „Festlichkeiten“): Es gibt die Platte noch !!!!!!! Sie ist in linken Buchläden zu kriegen und außerdem zum Stückpreis von 15 DM (zuzüglich Porto) zu bestellen bei:
Discofon
Krögerstr. 4
6000 Frankfurt 1
Tel.: 0611/28 35 36

Auf diese Weise habt ihr nicht nur Missus Beastly, Misty, bots, Straßenjungs, Schmetterlinge, Octopus, Hamburger Blues-Rock-Session, Sagmeister-Trio, Linksradiakales Blasorchester und Oktober auf dem Plattenteller, sondern ihr tut auch noch was Gutes, da das Frankfurter RGR-Aktionsbündnis mit dem Überschuss seine immer noch vorhandenen Schulden abträgt.

Demokratie à la SDAJ

„Rock gegen Rechts“ am 16./17. Juni '79 in Frankfurt. Wer erinnert sich nicht: 60.000 Antifaschisten mobilisiert, um das „Deutschlandtreffen“ der NPD zu verhindern, was dann auch geschah. Gerufen hatten eine Unzahl von Musikern und Musikgruppen, grüne, bunte, alternative oder andere Listen, Einzel-, persönlichkeiten, Antifa-Komitees, und weiß der Henker wer noch.

Nun war am 1. Dez. '79 zum erstenmal „RGR“ in Freiburg. Doch das hatte mit dem, was in Frankfurt begonnen hatte, nichts (!) zu tun. Hochgezogen wurde es von der sog. „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) Bündnisangebote von Antifas aus Freiburg (Spontis, Chaoten, Organisierte) wurden strikt abgelehnt: „Macht doch selber was.“ Als da nichts lief, wollten wir auf der Veranstaltung „nen Büchertisch mit Wandzeitung durchziehen i m Haus der Jugend (Ort der Veranstaltung). Eine Selbstverständlichkeit bei l i n k e n Gruppen. Bei der SDAJ nicht ! Als Worte nicht halfen, um uns von unserem Vorhaben abzubringen, sollte es Gewalt tun. Eine Keilerei wurde vom „gemäßigten“ Flügel der SDAJ in letzter Sekunde verhindert. Als der „Antifaschistische Arbeitskreis“

(AFKA) ebenfalls Wandzeitungen aufhängen wollte, wurde auch dies verhindert. „Freiheit ist die Freiheit des Andersdenkenden“ (Rosa L.), ein Spruch, auf den sich die SDAJ'ler doch immer berufen, aber wohl nur dann, wenn sie unterdrückt werden, nicht wenn sie selbst unterdrücken !

Das Fest selbst war wohl eher ein Nachwuchsmusikerkampfbewerb, als eine „Demonstration“ politischen Protestes. Hier Musik, da Politik. Nichts mehr übrig von der alten „RGR“-Idee. Bezeichnend der Kommentar eines Besuchers: „Mensch, der Schlagzeuger war echt gut.....!“

Fazit: Die SDAJ hat mit unserer Bewegung („Trotzkisten, Anarchisten und Maoisten“, Originalton der DKP-Zeitung „UZ“) nichts zu tun, die haben überhaupt kein Gefühl für das, was uns „RGR“ bedeutet, keine Beziehung zu uns, zu unserem Handeln und Denken.

Für Februar will die SDAJ ein großes „RGR“-Fest in der Stadthalle durchführen, „mit allen Antifaschisten und Demokraten.“ Bleibt die Frage: Auch mit uns ??

Roll over Freiburg !
ein paar Antifas

Schriftsteller von Rang in der BRD dazu zu bringen sei, sich vor die Kamera zu stellen und sich für Strauß auszusprechen.

Daraufhin wurde der Beitrag abgesetzt. Der SWF will den Beitrag nun „in erweiterter und verbesserter Form“ im Abendprogramm bringen. Dabei sollen die Schriftsteller mit Strauß selbst konfrontiert werden... (Nach Badische Zeitung, vom 7.11.)

CDU-Vogel in Mainz:
„Einführung neuer Medien ist bedeutsamer als die Kernenergie!“

Mit diesem Spruch, der ahnen läßt, welche Bedeutung die CDU/CSU den neuen Medien beimißt, eröffnete der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Vogel, der Öffentlichkeit, daß die Landesregierung ein privates Kabelfernsehprogramm installieren werde, dem 20.000 Haushalte angeschlossen werden sollen. Im Januar 1983 soll nach dem Willen der CDU-Oberen in Ludwigshafen das Programm beginnen.

Beschlossen wurde dieses Projekt,

wie auch die Test-Versuche in München, West-Berlin und Dortmund von der Ministerpräsidentenkonferenz im Mai 1978. Das Ludwigshafener Projekt wird unter einem „öffentlich-rechtlichen Dach“ privaten Trägern die Beteiligung am Programm ermöglichen. Die Kosten für das Netz und die Teilnehmereinrichtungen belaufen sich auf etwa 35 bis 45 Mio. DM. In dem auf zwei Jahre befristeten Versuch, der aber durchaus weiter ausgebaut werden kann, soll „das Nutzungsverhalten der Teilnehmer und die gesellschaftlichen Auswirkungen“ getestet werden. Den Teilnehmern werden 30 Kanäle zur Verfügung stehen. Zum Vergleich: Heute kann ein Fernsehzuschauer zu günstiger Tageszeit und Lage maximal 5 Programme empfangen. Unterstützung findet Vogel bei der Bundespost, die erklärte, daß sie jederzeit bereit sei, allen Verkabelungswünschen der Städte und Länder nachzukommen.

Unstimmigkeiten gibt es nur noch dahingehend, daß die Post die Kosten nicht selbst tragen will, während Vogel genau dies von der Post fordert. (Nach FR/FAZ, vom 23./24.11.79).

Fortsetzung von Seite 22

Wieder eine Absetzung
im Namen der
„Ausgewogenheit“!

Im Rahmen der Kultursendung „Literatur-magazin“ des „Südwestfunks“ in Baden-Baden (SWF) sollte am 4. November ein Beitrag laufen unter dem Titel: „Wahlhilfe der Schriftsteller 1980?“. Geplant waren Beiträge der Autoren Engelmann, Härtling, Hochhuth, Jen, Wagenbach, Walser und Wallraff. Dieses Spektrum von linksliberaler bis linkssozialdemokratischer bis sozialistischer Couleur formulierte erwartungsgemäß ein entschiedenes NEIN zu Strauß. Autor Jürgen Lodemann sah sich schon vor Ausstrahlung der Sendung mit dem Leiter der Hauptabteilung Kultur und Wissenschaft, G.-A. Bähr, konfrontiert, der in die Beiträge Kommentare des „FAZ“-Literaturchefs Reich-Ranicki einbauen, als auch Schriftsteller, die sich für Strauß aussprechen, in derselben Sendung zu Wort kommen lassen wollte. Lodemann verwahrte sich dagegen und erklärte, daß kein

Jazz gegen Rechts

RETTET DEN NDR
Toto Blanke's Electric Circus
featuring
Stu Goldberg
Albert Mangelsdorff

FATE

Audimax 12.12.79
Beginn: 19 Uhr Eintritt: 12 DM
Veranstalter: Rock gegen Rechts e.V. 9 DM (Schüler)

Unterstützer: Arbeitsgruppe Informationstag im NDR, Wolf Biermann, Udo Lindenberg
Schüler gegen Rechts, Jazzclub „Onkel Pö“, Bierstube „Mader“

Vorverkauf an folgenden Themasachen: Altona, Colleen, Morgenpost Center
Central im Hamburg Tip, Schulmischer
V.I.S.P.: D. Witt, Postfach 10 16 72, 2 Hamburg 90

Nachdem unser Offener Brief an die linken Anwälte Hartmut Scharmer und Uwe Maeffert in AK 167 für einige hitzige Diskussionen innerhalb und außerhalb des KB gesorgt hat (übrigens: wir wüßten ganz gern ein bißchen mehr Inhaltliches über diese Diskussionen! Also schreibt uns bitte!), wollen wir diesmal unseren eigenen Kommentar recht kurz halten und unseren Leser(innen) die Möglichkeit geben, sich selbst ein Urteil über die von den beiden Anwälten schriftlich vorliegende Position zu bilden. Leser(innen)briefe sind uns hochwillkommen!

Nur auf einen der wesentlichsten Punkte in H. Scharmers „Offener Antwort“ wollen wir hier noch eingehen. Dazu ist es wohl notwendig, den „Fall“, um den es hier geht, noch einmal etwas genauer zu erläutern.

Folgendes hat sich ereignet: Herr K., ein türkischer Arbeiter, lebt mit seiner Familie (Frau und drei Kinder) in Hamburg. Die Familie hat vor allem zu zwei Familien in ihrem Nachbarschaftskreis gute Kontakte: zum einen zu Frau A. (41 Jahre, Hausfrau, zwei erwachsene Kinder) und zum anderen zu Frau H. (31, Verkäuferin in einem Milchgeschäft) und ihrem Mann. Vor allem Familie H. hilft der türkischen Familie häufig bei Briefen, Behördengängen usw. Frau A. paßt häufiger mal auf die Kinder von K. auf, die auch hin und wieder zum Essen dableiben. Familie K. revanchiert sich mit diversen kleinen Geschenken, die im wesentlichen von Herrn K. gebracht werden, über den auch zur Hauptsache der Kontakt läuft.

Die Männersolidarität „blüht“

Beide Frauen werden von K. öfter sexuell belästigt: Frau A. z.B. ist tagsüber zuhause — K. hat ab und zu mal Nachtschicht und ist dann auch morgens da, paßt sie auf dem Wohnungsfloor ab, schickt sie ins Kinderzimmer voraus, dort will er mit ihr ins Bett gehen; K. fummelt an ihr herum, zieht sie halb aus usw. — Frau kennt das, sie wird jedenfalls von ihm massiv gedrängt, doch mit ihm zu schlafen. A. kann dies in letzter Konsequenz abwenden und achtet in Zukunft darauf, daß sie nicht mehr allein in der Wohnung ist, wenn sie K. hereinläßt. Ihrem Mann gegenüber sagt sie nichts.

Frau H. wird von K. vor allem im Milchgeschäft und im Hausflur belästigt. Ebenso wie bei A. drängt K. darauf, daß sie mit ihm ins Bett geht, er ruft nachts (wenn ihr Mann auf Reisen ist) häufig an, macht im Flur die Hose auf usw. Frau H. spricht

später mit ihrem Mann über diese Vorfälle und spricht danach auch K. einmal an, daß sie nicht gut findet, was er macht. Danach geht K. zu Frau A. und beginnt, über Frau H. herzu ziehen, sie sei keine „gute Frau“ usw. Dadurch erst bekommen die beiden Frauen miteinander Kontakt, erzählen sich gegenseitig ihre Erlebnisse und beschließen ein gemeinsames Gespräch, zusammen mit ihren Männern. In der Folge von einem dieser Gespräche nimmt sich Herr A. K. vor und verprügelt ihn auf der Straße. Anlässlich dieser Keilerei kommt die Polizei dazu und A. erstattet Anzeige gegen K. Soweit zu den Fakten.

Hartmut Scharmers Rechtfertigung für die Übernahme dieses Mandats erstreckt sich vor allem darauf, von der Glaubwürdigkeit der gegen K. erhobenen Beschuldigungen nicht überzeugt gewesen zu sein, sondern

hinter der Tatsache, daß nicht die Frauen, sondern die Männer die Anzeige erstattet hatten, rassistische Interessen zu vermuten. Eine andere Herangehensweise hätte seiner Meinung nach schon eines Privatdetektivs bedurft ...

Allein die Tatsache, daß der Angeklagte hier ein Ausländer ist, genügt offensichtlich, um den Frauen, die allemal noch die Hauptbetroffenen sind, von vornherein erstmal weniger Gewicht bzw. weniger Bedeutung zuzumessen als der Aussage des Mannes. H. Scharmer sagt selbst, daß er erst während der Hauptverhandlung erkennen konnte, daß die Anschuldigungen gegen K. zutrafen. Niederlegen kann er in solch einem fortgeschrittenen Stadium der Verteidigung natürlich nicht mehr, ohne sein Image bei seinen Standeskollegen zu verlieren. Von nachträglicher Reue, das Mandat überhaupt über-

nommen zu haben, allerdings ist in seiner Stellungnahme ebenso wenig zu spüren wie bei Uwe Maeffert, der in solchen Fällen sogar eine Verteidigung durch linke Anwälte für zwingend hält.

Interessant ist in Hartmut Scharmers „Offener Antwort“ auch eine andere Passage: er habe in seinen „zahlreichen Diskussionen über den „Offenen Brief“ kaum jemanden gesprochen, der für diese Art der An-

mache auch nur den Funken von Verständnis übrig gehabt hätte ...“ Wer das bloß gewesen sein kann, der zwar „Verständnis“ für die Verteidigung von Vergewaltigern, nicht aber für Anmachen gegen solche Verteidiger hat?! Wir hätten H. Scharmer zahlreiche Gespräche mit Genossinnen vermitteln können, wo er ganz andere Reaktionen hätte erfahren können — das muß also schon ein ganz besonderer Kreis von Leuten gewesen sein, mit denen er sich da unterhalten hat.

Wer das gewesen sein könnte, ergibt sich vielleicht aus folgendem: Einer Genossin der AG Frauen gegenüber ließ Uwe Maeffert unzweideutig durchblicken, er sei „von massgeblichen Genossen des KB“ darüber aufgeklärt worden, daß es uns gar nicht um die Sache an sich gehe, sondern nur darum, mit dieser Geschichte Politik im KB zu machen. Vielleicht weiß die ZL Näheres darüber und äußert sich mal öffentlich? Immerhin haben schon einige Mitglieder der ZL-Fraktion ihre Empörung über unseren „Offenen Brief“ gesprächsweise bekundet ...

AG Frauen Hamburg

Plädoyer gegen diese und für eine andere Verteidigung

I.

Heute würde ich Ismail K., 42 Jahre alt, Bauer in seiner Heimat, Friedhofsgärtner in der BRD, nicht mehr vor einem deutschen Gericht gegen die von Medine A., 29 Jahre alt, Arbeiterin in einer Fischfabrik und Auszubildende, erhobenen Beschuldigungen verteidigen. Dabei wurde er am 25.9.1979 vom Landgericht Hamburg von der Anklage einer versuchten Vergewaltigung und Körperverletzung freigesprochen, und auch ich als sein Anwalt weiß es nicht besser. Die knappe Begründung des schriftlichen Urteils lautet:

„Die durchgeführte Beweisaufnahme hat zu keinen derartigen Feststellungen geführt. Der Angeklagte selbst hat in der Hauptverhandlung keine Angaben zur Sache gemacht, bei früheren Vernehmungen hat er die Tat abgestritten. Als Beweismittel zum angeblichen Tathergang stand nur die Aussage der Zeugin A. zur Verfügung. Diese Aussage war jedoch zu unsicher und enthielt zahlreiche Widersprüche in sich selbst sowie im Vergleich zu früheren Bekundungen dieser Zeugin vor der Polizei und der Staatsanwaltschaft und auch zu den glaubhaften Angaben insbesondere Zeugin K., insoweit bezüglich des der angeblichen Tat vorausgegangenen Geschehens in der Gaststätte des Zeugen M. Hinzu kommt, daß die Darstellung der Zeugin A. auch durch objektive Momente keine Bestätigung gefunden hat, da die Suche des Zeugen H. nach Kampfspuren und zum Beispiel nach Glassplittern ergebnislos geblieben ist. Fest steht letztlich nur, daß die Zeugin A. in jener Nacht schließlich aus dem Fenster der Wohnung des Angeklagten gestürzt ist und sich dabei nicht unerheblich verletzt hat. Wie es dazu gekommen ist, hat sich indessen nicht aufklären lassen.“

In diesem Urteil kann ich keinen Zynismus und keine Frauenfeindlichkeit entdecken. Über eine Verurteilung wäre ich bei dieser Beweislage empört gewesen. Sie hätte ausschließlich über einen Beweisgrundsatz wie diesen erfolgen können. „Eine Frau, die einem Mann gegenüber den Behörden dieses Staates eine Vergewaltigung vorwirft, sagt in dieser Beschuldigung nie die Unwahrheit.“ ein Beweisgrundsatz, der von Frauengruppen auch vertreten wird. Wohl aus dieser Überzeugung heraus ist Ismail K. für die Frauen, die den Artikel geschrieben haben, ein „Vergewaltiger“. Aus dem Verlauf des Prozesses heraus war dieser Schuldspruch dagegen nicht zu begründen. Braucht man denn dieses kategorische Vertrauen, daß die Frau mit ihrem Vorwurf stets die Wahrheit sagt, und braucht man eine schönfärbische Beweiswürdigung, um uns die Unvereinbarkeit von „linkem“ politischen Anspruch und solcher Verteidigung vor Augen zu führen? Tatsächlich ist die Prozeßberichterstattung vielfach unrichtig, entstellt und

unvollkommen. Ich will dafür nur einige Beispiele geben.

— Im Artikel liest man, daß die Türkin nicht als Nebenklägerin im Prozeß aufgetreten sei; „Sie hatte keinen Anwalt oder Anwältin, wußte vermutlich nichts von dieser Möglichkeit“. Medine A. hatte jedoch einen Anwalt, der erreicht hatte, daß das von der Staatsanwaltschaft im Januar 1977 eingestellte Verfahren wieder aufgenommen wurde. Warum haben die Frauen sie nicht gefragt, warum dieser Anwalt im Prozeß nicht auftrat?

— Man liest, daß Würgemale am Hals von Medine A. ärztlich festgestellt worden seien. Etwas Derartiges hatte ich weder in der Akte gelesen noch im Prozeß gehört.

— Es wird nicht erwähnt, daß eine Kollegin von A. aus dem Lokal berichtet hat, sie habe die Türkin mit den Männern Schnaps trinken gesehen und sie darauf angesprochen; sie sei von A. zu trinken aufgefordert worden, und daß A. diese Angaben der Zeugin vollkommen bestritten hat.

— Medine A. hat ausgesagt, der Türke K. habe während der Auseinandersetzung mit ihr mindestens zwei Gläser auf den Fußboden geworfen, wo sie zersprungen seien, und er habe die Wohnung vor Wut und Raserei verwüstet und Möbel demoliert. Die kurze Zeit nach der Meldung eingetroffenen Polizeibeamten fanden einen schlafenden K. und keine Anzeichen von chaotischen Zuständen in der Wohnung vor. Die Männersolidarität bei den Beamten wird doch nicht so weit gegangen sein, daß sie die Wohnung erst aufräumten, bevor sie mehrere Fotos vom „Tatort“ machten.

Es kommt mir aber nicht mehr so sehr auf diese Dinge an. Ich erwähne sie in dieser Stellungnahme nur, weil ich erreichen will, daß die „Vergewaltigungs“-Diskussion weder von der einen noch der anderen Seite mit Hilfe von falscher oder entstellter Berichterstattung über die Fakten der Ermittlungen und der Prozesse geführt wird. Ärgerlich finde ich auch, daß die Frauen schreiben, sie haben von dem Prozeß und der Verteidigung „zufällig rechtzeitig“ erfahren, als habe ich sie vor einer kritischen Öffentlichkeit verstecken wollen. Die Frauen haben nicht zufällig vom Prozeß erfahren. Zwei Anwaltssekretärinnen der Sozietät, in der ich Anwalt bin, haben die Frauengruppen mit Einverständnis aller Angehörigen des Büros Wochen vor dem Prozeß informiert. Zu dieser Zeit wurde bei uns darüber diskutiert, ob die Verteidigung geführt werden soll. Zwei Anwaltsgehilfinnen haben sich dagegen ausgesprochen, der Rest dafür: die dritte Anwaltsgehilfin, drei Referendarinnen, zwei Anwälte. Der mehrheitliche Standpunkt ging von zwei Voraussetzungen und Überlegungen aus:

1.) Es kann nicht unvereinbar mit „linkem“ politischen Anspruch und Praxis sein, einen Mann gegen die Anschuldigung einer Vergewaltigung, die es nicht gegeben hat und die auch

nicht versucht worden ist, und gegen eine Frau zu verteidigen; dies könne auch nicht frauenfeindlich sein.

2.) Es muß möglich sein, eine solche Verteidigung „fair“ gegenüber der Frau, die die Beschuldigung erhebt, zu führen; die Praxis werde auch hier das Kriterium der Wahrheit sein.

So ausgestattet bin ich ausgezogen vor ein Gericht wie einer, der das Fürchten lernen wollte; nicht vor den Schrecken einer Klassenjustiz, mit der wir uns üblicherweise streiten und die auf dem Sprung ist, uns als „kriminelle Verbündete“ unserer Mandanten mit einkerkern zu wollen — sie erschien auf einmal wie ein mit uns Verbündeter, der uns unsere eigene Aufgabe schon abnehmen würde —, sondern vor einer vernichtenden Kritik aus dem Zuhörerraum, aus den Reihen derer, die üblicherweise unsere Verbündeten und die Voraussetzung für einen Erfolg der politischen Angeklagten im Gerichtssaal sind. Daß wir als politische Verteidiger in der jüngsten Zeit ein solches Gefühl haben, kann nicht nur an unseren möglichen Irrtümern liegen. Klar war, daß die Frage, wie ich als Verteidiger auftreten würde, für die in dieser Diskussion engagierten Frauengruppen zweitrangig sein würde. Als ich am ersten Prozeßtag morgens in den Gerichtssaal ging, kam mit sehr schnellen Schritten eine Zuhörerin auf mich zu und sagte: „Wie kannst Du einen solchen Typen verteidigen!“ Klar war auch, daß mir mit dieser Verteidigung der Anspruch, „linke“ Politik durch anwaltliche Arbeit zu unterstützen, abgesprochen oder zumindest angezweifelt werden würde. In dem Artikel heißt es:

„... es sollte in Kreisen der Linken und der Frauenbewegung nicht unbeachtet bleiben, wenn sich ein linker Anwalt auf die falsche Seite begibt. Dabei sind wir uns unsicher geworden im Gebrauch des Etiketts „links“.“

II.

Weder das freisprechende Urteil für meinen Mandanten noch die Aussagen der Frau A. noch die Art und Weise der Verteidigung haben mir nachträglich das (politische) Recht zu dieser Verteidigung gegeben. Der Anklagenvorwurf ist nicht bewiesen und nicht widerlegt worden. So wird es in den meisten Fällen sein, in denen Geständnis und mehr als die Aussagen der einzigen Belastungszeugin fehlen. Die im Prozeßsinn selbstverständlich zu Gunsten des Mannes sprechenden Zweifel an der Beschuldigung durch die Frau waren hier nicht einmal das Ergebnis von peinlichen und quälenden Fragen an die Zeugin, brutalem und hämischem Engagement für den Mann und moralischer Diffamierung. Dennoch habe ich meinen Standpunkt verändert:

Frauen werden von Männern vergewaltigt. In dieser Gesellschaft erfahren die Frauen eine Situation von Unterdrückung, Gewalt und Ausbeutung nicht nur durch den Staat, durch

Arbeitgeber und Vermieter, sondern in besonderer Form auch durch den Mann selbst. Teil des politischen Widerstandes gegen eine Klassenordnung, die gegen die Bedürfnisse der Masse des Volkes organisiert ist und mit militärischer Gewalt aufrechterhalten wird, ist die seit Bestehen dieser Gesellschaft vorhandene und kämpfende Bewegung von Frauen für die Emanzipation ihres Geschlechtes, für eine Gleichberechtigung und prinzipielle Gleichstellung mit den Möglichkeiten des Mannes zu seiner individuellen Entfaltung. In wesentlichen Teilen ist die Bewegung der Frauen ein Freiheitskampf für alle Menschen, antikapitalistisch und antimperialistisch. Aber das habt ihr sicher schon besser gesagt!

Als Mann eine Frau in der Emanzipation zu unterstützen, kann ein Beitrag zum politischen Widerstand gegen die herrschenden Klassenverhältnisse sein, ist ein Schritt auf dem Weg zu einem besseren eigenen Menschsein und nicht bloß Akt männlichen Großmutes, vornehmer Liberalität und Anstandes.

Entscheidend geht es nicht darum, wo wir innerlich stehen, sondern wo wir sichtbar hinstellen. Daß wir grundsätzlich nicht Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, Vermieter nicht gegen Mieter, Polizeibeamte nicht gegen Demonstranten, Behörden nicht in ihren staatlichen Akten gegen Bürger vertreten, ist für uns selbstverständlich. Wird der Vorwurf der Vergewaltigung erhoben, so haben wir es hier mit der Form einer gesellschaftlichen Erscheinung von Unterdrückung zu tun, wo wir uns tatsächlich in der Regel erkennbar auf die Seite der Unterdrückten stellen würden, wenn wir dem Mann dabei behilflich sein würden, die Beschuldigungen durch die Frau in Zweifel zu ziehen. Wir wollen uns als politische Anwälte nicht in den Dienst jedermannes stellen, und man verlangt von uns, daß wir dies nicht tun. Die Regel einzuhalten, hat nur geringe Bedeutung für unsere innere Reinheit, aber umso mehr Bedeutung für unsere Glaubwürdigkeit. Nur in diesem Sinn ist Ansehen wichtig. Alle bisher vorgebrachten Argumente für eine Verteidigung gegen den Vergewaltigungsvorwurf lassen sich entkräften und sind schon widerlegt worden:

1.) Wir sollen im Strafprozeß kontrollieren, daß rechtsstaatlich verfahren wird.

Mit diesem Argument könnten wir Neonazis und unsere anderen Feinde verteidigen. Rechtsstaatlichkeit kann durchaus eine Form sein, in der die Minderheit ihre Herrschaft über die Mehrheit ausübt.

2.) Jeder hat einen Anspruch auf Verteidigung.

Mit einer Ablehnung der Verteidigung durch uns wird dieser Anspruch ja nicht bestritten, und es finden sich genug Anwälte dafür, die sich in ihrer Arbeit und ihren Ansichten ganz wesentlich von uns unterscheiden und die

in dieser Gesellschaft immer die überwältigende Mehrheit der Anwälte bleiben werden.

3.) Die Frau als Zeugin für eine Vergewaltigungsklage wird im Prozeß durch „linke“ Anwälte rücksichtsvoller, zurückhaltender und fairer behandelt. Wir können vielleicht sogar dafür sorgen, daß die Frau als Nebenklägerin mit einer Anwältin auftritt.

Das Argument bewegt sich an der Grenze der Aufforderung zu anwaltlicher Untätigkeit und Parteiverrat. Keinem Angeklagten ist ein solcher, sich an der Interessenslage des Belastungszeugen ausrichtender Strafverteidiger zu wünschen. Und auch dann vermeiden wir nicht, daß wir uns gegen die Frau stellen.

4.) Besser als andere kann der „linke“ Anwalt im Prozeß die gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen Vergewaltigung als besondere Form von Unterdrückung entsteht, sichtbar machen, erklären, angehen und einen achtbaren politischen Auftrag erfüllen.

Wird der Vergewaltigungsvorwurf bestritten, so gibt es keine Grundlage zu einer solchen Verteidigungslinie. Wird der Vorwurf nicht bestritten, so würde eine solche Verteidigung, wenn sie den Interessen des Mandanten dienen soll, doch nur die angeklagte Vergewaltigung über die These von der gesellschaftlichen Bedingtheit verharmlosen und gegenüber der mißhandelten Frau mittelbar den Vorwurf übertriebener Empfindlichkeit und des Fehlens einer Einsicht in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge machen.

5.) Besser als andere kann der „linke“ Anwalt dem Mann, wenn er ihm gegenüber die Vergewaltigung zugibt, die Schändlichkeit seiner Tat ins Gewissen reden, und mit ihm und mit Hilfe anderer an der Bewältigung dieser Tat und seiner Verhinderung für die Zukunft arbeiten.

Als Moralisten ändern wir kein Unrecht und zu Psychotherapeuten sind wir nicht ausgebildet.

6.) Wenn wir einen „Vergewaltiger“ verteidigen, dann steht im Vordergrund die Strafverfolgung durch diesen Staat und die Klassenjustiz, denen wir das Recht dazu absprechen. Ob dies zu Recht so ist oder so sein muß, ist schon die Frage. Keinesfalls ändert dies aber etwas an der Lage der Frau in dem Prozeß (Diesem Argument ist ein geradezu brutaler „linker“ Dogmatismus eigen)

7.) Einer falschen Anschuldigung müssen wir Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Es gibt falsche Anschuldigungen von Frauen auch beim Vergewaltigungsvorwurf. Wie kriegen wir dies aber heraus? Der Mandant sagt, er sei es nicht gewesen. In der Regel müssen wir ihm glauben, was er sagt. Für die Verteidigung brauchen wir gegenseitiges Vertrauen. Wir würden es unsererseits zerstören, wenn wir ohne sein Wissen Ermittlungen anstellen würden, um herauszufinden, ob er uns die Wahrheit gesagt hat oder nicht, und von diesen Ermittlungen abhängig

machen würden, ob wir ihn schließlich im Prozeß verteidigen. Wir treten für das Recht auf eine mündliche Verhandlung ein, in der die Belastungszeugen auftreten müssen und befragt werden können. Wir wenden uns energisch dagegen, daß — gerade wenn Polizeibeamte die Zeugen der Anklage sind — die Weichen im Vorverfahren gestellt sind und das Urteil nur die Reproduktion eines durch die polizeilichen Ermittlungen vorgefaßten „Vorurteils“ ist. Wir dürfen uns nicht zum Ermittlungsrichter über unseren Mandanten machen. Wir würden uns dazu machen, wenn wir zum allein entscheidenden Kriterium für die Übernahme eines solchen Mandats die Frage erheben würden: War er es oder war er es nicht?

Ich komme daher zu dem Ergebnis, daß wir als Anwälte mit sozialem und politischem „linkem“ Engagement in Vergewaltigungsprozessen Männer in der Regel nicht glaubwürdig, engagiert und konsequent verteidigen können, solange wir vorgeben, mit der Bewegung der Frauen für ihre Emanzipation zu sympathisieren. Von dieser Regel gibt es Ausnahmen, die ich beschreiben will. Mehr noch als diese natürlich sind denkbar.

III.

Ich verteidige das Recht, die Türken Avmi K., Zeynet D. und den nigerianischen Seemann Monima J. gegen den von Frauen erhobenen Vorwurf, von diesen Männern vergewaltigt oder sonst in ihrem sexuellen Selbstbestimmungsrecht verletzt worden zu sein, vertreten zu können.

1.) Zeynet D. arbeitete bei einer Hamburger Werft seit fast 10 Jahren. In die Werft schwimmt regelmäßig das einzige Atom-Schiff der BRD, die „Otto-Hahn“ zu Reparatur und Wartung ein. Am 26.7.1979 war das Schiff wieder einmal in der Werft. Die Stewardess des Schiffes, Erna K. verließ das Schiff gegen 18 Uhr und ging über die Werftanlagen zum Ausgang. Dabei soll sie ein Türke belästigt haben. Wegen ihrer Hilferufe verschwand der Mann. Die Firma kündigte das Arbeitsverhältnis mit Zeynet D. und schrieb:

„Gegen 18.40 Uhr haben Sie ... Frau Erna K. angefallen und unsittlich berührt ... Der herbeigerufene Werkschutz stellte und identifizierte Sie gegen 20 Uhr am Ausgang Wasserseite. Wir sehen uns aufgrund dieses Vorfalles veranlaßt, das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis wegen eines schweren Verstoßes wider die Sittlichkeit ... zu kündigen ...“

Zeynet D., verheiratet, 2 Kinder,

hat für den Kapitalisten 10 Jahre als Sandstrahler gearbeitet. Schlechte Arbeit konnte ihm nie vorgeworfen werden, den Meistern und der Geschäftsleitung war aber wiederholt unangenehm als ein ausländischer Arbeiter aufgefallen, der bei seinen Kollegen angesehen war, mehrfach gegen Arbeitshetze und Rationalisierung gesprochen hatte und bei den sozialdemokratisch etablierten Betriebsräten nicht beliebt war. 90% aller sog. verhaltensbedingten Kündigungen im Betrieb werden aus Anlaß, aus willkommenem Anlaß ausgesprochen. Die wirklichen Gründe liegen regelmäßig woanders. Ist vielleicht glaubwürdig, wenn der Großkapitalist HDW wegen „schweren Verstoßes wider die Sittlichkeit“ gekündigt hat?

Zeynet D. sagt, der Vorwurf der Erna K. stimmt nicht. Er hat gegen die Kündigung beim Arbeitsgericht geklagt. Da der Vorwurf, wenn er stimmen würde, den Arbeitgeber zur Kündigung durchaus berechtigen könnte, wird im Prozeß Erna K. als Zeugin aussagen müssen. Ihre Situation im Prozeß wäre dann völlig identisch mit ihrer Lage in einem Strafprozeß. Es ginge in beiden Fällen um die Überführung des beschuldigten Mannes und um die Glaubwürdigkeit der Frau als Opfer und als Zeugin.

In diesem Konflikt — ich habe keinen Grund, meinem Mandanten zu mißtrauen — stelle ich mich auf die Seite des türkischen Arbeiters gegen den Kapitalisten, der für die Durchsetzung seiner Interessen sich des Mittels eines tatsächlichen oder vermeintlichen Eingriffs des Mannes in das sexuelle Selbstbestimmungsrecht einer Frau bedient.

2.) Avmi K. ist Türke und lebt seit 1971 mit seiner Familie in einem Hamburger Stadtteil unter deutschen und ausländischen Nachbarn. Im Dezember 1978 wird gegen ihn der Vorwurf der Vergewaltigung seiner deutschen Nachbarin, der Hausfrau Irene A. erhoben. In der von der Polizei geschriebenen Strafanzeige liest sich der Vorwurf so:

„Am 15.12.1978, um 22.34 Uhr, erhielt der Fn StW Peter 35/2 den Einsatz: „Lurper Weg ...“, tätlicher Streit auf der Fahrbahn“. Als wir am Einsatzort eintrafen, erwartete uns der Jürgen A. und teilte uns mit, daß seine Ehefrau vergewaltigt worden sei. Als Täter bezeichnete er den ebenfalls auf dem Gehweg anwesenden Herrn K. Zur Klärung des Sachverhalts begaben wir uns in die Wohnung des Herrn A. In der Wohnung wurde die Geschädigte Frau A. angetroffen und von mir zum Sachverhalt befragt. Frau A. teilte mit, daß sie seit ca. Februar 1978 von dem K. belästigt

wird. Im September 1978 sei sie dann gegen ihren Willen und Gegenwehr von dem K. im Flur ihrer Wohnung vergewaltigt worden ... von einer schriftlichen Vernehmung wurde abgesehen, da ihr das ganze Gespräch sehr peinlich war...“

Die Polizeibeamten nahmen K. den Paß weg. Männersolidarität? Doch eher Ausländerfeindlichkeit. Im polizeilichen Protokoll der späteren Vernehmung der Frau A. heißt es u.a.: „Auf Vorhalt, daß in der Anzeige des Herrn A. steht, daß seine Frau vergewaltigt wurde: Ich habe meinem Mann alles so erzählt, wie jetzt hier. Er meinte daraufhin, daß das ja praktisch schon eine Vergewaltigung ist...“

Avmi K. bestreitet, seiner Nachbarin A. sexuell gegen ihren Willen zu nahe getreten zu sein. Ca. 1 Monat vor der Anzeige des Ehemannes A. und mehr als 2 Monate nach dem behaupteten Vergewaltigungsversuch hatte sich Frau A. noch bereit erklärt, das Baby der türkischen Familie tagsüber zu versorgen, und das in der folgenden Zeit auch getan. Man ging freundschaftlich miteinander um. Avmi K. hatte kleine Geschenke aus der Türkei mitgebracht, die deutsche Nachbarin half gelegentlich bei der Übersetzung von amtlichen Schreiben usw. Anfang Dezember 78 unterhielt sich die Inhaberin eines Milchgeschäftes in dieser Wohngegend, Frau H. mit Frau A. Dabei sagte Frau H. zu Frau A., der Türke habe im Geschäft anzügliche Bemerkungen gemacht. Im Protokoll der Vernehmung der Frau A. steht dazu: „Herr H. hat den Türken K. dann am 12.12.1978, gegen Abend zur Rede gestellt und da hat er alles abgestritten. Er sagte nur, daß ich 'ne gute Nachbarin wäre. Herr H. hat ihm deutlich gesagt, daß er seine Frau und mich in Ruhe lassen soll, sonst würde was passieren.“

Was drei Tage später dann passierte, liest sich in der Aussage von K. so: „Auf der Straße stellte ich meinen Wagen ab. Dort traf ich Herrn A. und begrüßte ihn höflich. Herr A. schlug mir sofort mit einem Hartgummischlauch oder einem gummidähnlichen Gegenstand mehrfach auf den Kopf. Er traf mich dabei zweimal am Kopf, zweimal in den Augen und einmal an der Halsseite. Während dieses Vorfalles kam Herr H. hinzu. Herr A. gab nun Herrn H. dieses Schlauchstück...“

Von den deutschen Männern wurden diese Angaben weitgehend bestätigt. Die treibenden Kräfte sind hier die beiden deutschen Männer: grob, zur Selbstjustiz neigend, eifersüchtig und besessen vom alleinigen Besitzanspruch auf die Ehefrau. In der polizeilichen Vernehmung sagte Frau A.:

„Ich habe Angst vor meinem Mann. Er ist immer so aufbrausend.“

Die Vergewaltigungsanklage ist hier von Männern eingesetzt, um das Vorrecht auf die Frau zu verteidigen. Gestiegert erfahren wurde die Bedrohung wahrscheinlich durch ein Gefühl rassistischer Überlegenheit, die die Konkurrenzsituation als Demütigung erfahren ließ. Von der Bestrafung des Türken erwartet der Ehemann für sich Genuß ohne Rücksicht auf die Situation seiner Frau.

3.) Monima J. ist ein nigerianischer Seemann. 1973 kam er erstmals in die BRD und wurde durch die Bremer Ausländerpolizei abgeschoben. Zur Abschiebung wurde er an Händen und Füßen gefesselt. Die Abschiebung war auf 4 Jahre befristet.

1979 reiste J. von der Schweiz wieder in die BRD ein. Ein Bekannter war mit 8.500,00 Dollar, von denen ein Teil J. gehörte, nach Hamburg gefahren, ohne daß J. den genauen Aufenthalt kannte. J. wollte seinen Landsmann suchen. Die Einreise von J. geschah legal, die Aufenthaltsberechtigung war bis zum 3.10.79 befristet. Am 13.9.79 lernte J. auf St. Pauli eine deutsche Frau kennen, mit der er die Nacht in ihrer Wohnung verbrachte. Am Morgen des 14.9.79 wollte sie von ihm Geld. J. bot ihr 20,00 DM an, die sie als zu wenig ablehnte. Drei Tage später begegneten sich beide zufällig an einem Bahnhof. Die Frau war in Begleitung von Polizeibeamten und beschuldigte ihn einer Vergewaltigung, die er mit Schlägen gegen den Kopf der Frau durchgesetzt hätte. Der Hafttrichter erließ Haftbefehl. In einem polizeilichen Vermerk v. 17.9.1979 heißt es u.a.: „Bezüglich der Verletzungen erklärte sie, daß ihre Wangen geschwollen gewesen sei und auch deutliche 'Würgemale am Hals zu sehen gewesen seien. In ärztliche Behandlung habe sie sich nicht begeben. Eine Inaugenscheinnahme der Anzeigenden erbrachte keine Anhaltspunkte auf eine Verletzung. Es waren weder Schwellungen noch Hämatome noch Würgemale zu sehen.“

J. bestritt den gegen ihn erhobenen Vergewaltigungsvorwurf. Gegen den Haftbefehl beantragte ich Haftprüfung. Die Staatsanwaltschaft widersprach einer Entlassung aus der Haft und wollte den Haftbefehl um einen angeblichen Verstoß gegen das Ausländergesetz erweitern. Am 9.10.79 hob der Hafttrichter den Haftbefehl mangels Tatverdachts auf. Dennoch war J. damit kein freier Mann. Die Ausländerbehörde nahm J. in Abschiebehaft, der zuständige Richter für Freiheitsentziehung bestätigte die Haft, obwohl die Legitimation von J. für einen Aufenthalt bis zum 3.10.79

offenkundig war und er an einer rechtzeitigen Ausreise durch die Verhaftung am 17.9.79 gehindert war. Es entstand die absurde Situation, daß die Staatsanwaltschaft noch am 9.10.79 den Nigerianer in Haft halten wollte, um der Gefahr zu begegnen, daß J. sich dem Strafverfahren durch Flucht entziehen könnte, und die Ausländerbehörde zur selben Zeit mit der Haft die Abschiebung sichern wollte. Das staatliche Unrecht, das J. in einem fremden Land, dessen Sprache und Gesetze er nicht kannte, widerfuhr, war eklatant. Am 14.10.1979 stellte die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen J. ein. Erst am 2.11.79 wurde die Abschiebehaft aufgehoben. Die Behörde gab schließlich zu, daß „hier etwas schief gelaufen sei.“

Angeichts dieses Maßes an staatlichem Unrecht, das sich mit Sicherheit auf der Grundlage von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in den staatlichen Behörden vollzogen hatte, war J. auch von uns zu verteidigen und seine Sache zu vertreten. Es war überall förmlich zu spüren, wie dem „wildem“ Afrikaner — tatsächlich ein kluger und sanfter Mann — die Qualität „Mensch“ mit dem Dünkel der weißen, imperialistischen Rasse abgesprochen wurde. Der Vertreter der Ausländerbehörde wollte bei einem gerichtlichen Termin darauf bestehen, daß J. während der Verhandlung gefesselt bleiben sollte. Wäre es hier zu einer Anklage gekommen, wäre ich wohl nicht aus der Verteidigung „ausgestiegen“.

In allen drei Fällen bin ich der Meinung, daß der „linke“ Anspruch mit der Verteidigung nicht nur vereinbar ist, sondern sie auch gebietet. Dogmatischer Feminismus demgegenüber muß mit „linker“ Politik nicht immer in Einklang stehen. Der Artikel in der „TAZ“ läßt nicht erkennen, ob er Ausnahmen von der dort vertretenen Regel zulassen will. Die Regel ist inzwischen auch mein Standpunkt. Wo die Vergewaltigungs(anklage) ausschließlich als die Form der Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau erscheint, werde ich den Mann nicht verteidigen. Wird sie im wesentlichen als Mittel zur Durchsetzung von anderen, ablehnungswürdigen Interessen eingesetzt, gegen die wir auch mit anwaltlicher Tätigkeit Widerstand leisten wollen und sollen, so beanspruche ich das Recht zu einer genauen Überlegung des einzelnen Falles mit der Möglichkeit zu seiner Verteidigung und lehne ein kategorisches „Nein“ ab.

12.11.1979 Uwe Maeffert

Offene Antwort an die AG Frauen

Liebe Frauen — es fällt mir schwer, auf Euren „Offenen Brief“ im AK 167 in sachlicher Form einzugehen, da er selber in reiserischem und unsolidarischem Stil abgefaßt ist. Er bemüht sich n i r g e n d w o um eine faire Auseinandersetzung: warum habt Ihr Uwes Stellungnahme vom 12.11.79 nicht zusammen mit dem „Offenen Brief“ veröffentlicht? Bisher war es im AK guter Brauch, die kritisierte Position abzudrucken. Tut das bitte. Platzgründe gelten hier nicht.

Was soll es heißen, wir stünden „auf der anderen Seite der Barrikade“? Welche Barrikade? Was soll der versteckte Boykottaufruf gegen unser Büro?

Ich habe in meinen zahlreichen Diskussionen über den „Offenen Brief“ kaum jemanden gesprochen, der für diese Art der Annäherung auch nur den Funken von Verständnis übrig hätte. „Entsolidarisierung“ fällt mir dazu ein. Letzten Endes werdet Ihr Euch mit dieser Praxis selber schaden; ich weiß inzwischen, daß z.B. eine Frau aus der BIFF nach genauer Kenntnis „meines“ Falles den „Offenen Brief“ nicht unterzeichnet hätte.

Ich will mich aber nicht an Euren Verständnis von solidarischer Auseinandersetzung festbeißen, sondern auf die wichtigsten inhaltlichen Punkte — soweit sie nicht in Uwes Papier enthalten bzw. von Euch nicht erwähnt sind — nochmal eingehen.

1. Im „Offenen Brief“ heißt es: „Bei dieser klaren Entscheidung, Euch in einem Vergewaltigungsprozeß auf die Seite des Unterdrückers zu stellen, macht Ihr es für Frauen unmöglich, uns Euch in Rechtsachen anzuvertrauen.“

Falsch: ich habe mich schon vor meinem Prozeß am 14.11.79 entschieden, mich n i c h t auf die Seite des Unterdrückers zu stellen. In Uwes Stellungnahme vom 12.11.79 steht dazu: „Wo die Vergewaltigungsanklage ausschließlich als die Form der Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau erscheint, werde ich den

Mann nicht verteidigen.“ Dies ist auch mein Standpunkt. Ismail K. wäre deshalb von mir nicht verteidigt worden und würde von Uwe auch nicht mehr verteidigt.

2. Zu meiner Verteidigung des türkischen Arbeiters schreibt Ihr: „Die Sache war von vornherein klar. Daß Du, Hartmut, hier die Absicht hattest, einem Unschuldigen zu seinem Recht zu verhelfen, kannst Du niemandem erzählen wollen.“

Ihr irrt auch hier: die Sache war für mich n i c h t von vornherein klar und ich hielt es vor der Verhandlung für wahrscheinlich, daß gegen A.K. aus rassistischen Gründen eine falsche Anschuldigung konstruiert wurde.

Ich bin wegen meiner anwaltlichen Schweigepflicht nicht in der Lage, die Gründe hierfür öffentlich und im Detail darzulegen. Deshalb nur soviel — das wichtigste steht in Uwes Papier —: die Zeugin selber hat A.K. n i e der Vergewaltigung beschuldigt. In der Akte las ich: „Außerdem hatte ich auch Angst vor dem Türken, weil man ja weiß, wie Ausländer sind. Man hört soviel, daß die schnell mit dem Messer sind, da hatte ich eben Angst.“

Natürlich habe ich mir vor der Übernahme des Mandates überlegt, daß Frauen in aller Regel keine Vergewaltigungsvorwürfe erfinden, weil sie sich nicht ohne Not den damit verbundenen entwürdigenden Prozeduren und Verhören durch Polizei und Justiz aussetzen.

In diesem Fall paßte die Regel aber nicht: nicht die Frauen hatten A.K. angezeigt, sondern Herr A., und zudem noch ca. fünf Monate nach der sexuellen Nötigung seiner Frau durch A.K., nachdem er den Türken mit seinem Hosengürtel verprügelt hatte.

Im Termin vom 14.11.79 wurde für mich allerdings ziemlich schnell klar, daß die Zeuginnen die Wahrheit sagten und die Vorwürfe gegen A.K. nicht rassistische Konstruktionen waren.

Nur: Ich kannte vor dem Termin

weder die Zeugin Frau A., noch Frau H. . Einen persönlichen Eindruck von der Glaubwürdigkeit der von ihnen und ihren Ehemännern erhobenen Beschuldigungen konnte ich mir erst durch die Hauptverhandlung verschaffen.

Vorher hätte ich mich nur durch eigene Ermittlungen, womöglich mit Hilfe eines Privatdetektivs, informieren können.

Daß das nicht infrage kommt, dürfte klar sein.

Hier taucht natürlich die Frage auf, wie solche Irrtümer für die Zukunft vermieden werden können.

Ein wichtiges Kriterium zur Bestimmung von möglichen Ausnahmen wird die stärkere Berücksichtigung der a l l g e m e i n e n Erfahrungen der Frauenbewegung sein müssen.

Das bedeutet, daß z.B. die Tatumsstände, der Einfluß dritter Interessen etc. nicht nur aufgrund meiner individuellen Kenntnis des bestimmten Falles bewertet werden; es wäre z.B. sinnvoll, Literatur über Vergewaltigung heranzuziehen oder den Rat von Frauen einzuholen, die etwa durch Arbeit in Frauenhäusern oder Beratungsstellen über Erfahrungen aus der Kenntnis einer Vielzahl von Fällen verfügen.

„Mein“ Fall A.K. war hiernach keine Ausnahme. Ich ziehe aus dieser Erkenntnis jedoch nicht die Konsequenz, mir eine genaue Überlegung in den wenigen Ausnahmefällen durch ein kategorisches „Nein“ zu ersparen: solange, wie ich aufgrund der mir bis zum Termin zur Verfügung stehenden Informationen (unter Einbeziehung der o.g. Punkte) z w i n g e n d e konkrete Anhaltspunkte dafür habe, daß die Vorwürfe sexueller Straftaten Mittel zu einem von mir abgelehnten Zweck sind, würde ich die Verteidigung oder Vertretung übernehmen.

Ich stelle mich in diesen Fällen nicht auf die Seite des Unterdrückers, weil die Frau nicht als die Unterdrückte erscheint.

Die Frau findet sich hier vielmehr in der Rolle nicht des Opfers des

Angeklagten/Mannes, sondern sie wird als Werkzeug anderer Interessen benutzt. Der Kampf geht dann gegen diese Interessen, nicht gegen die Frau. Der Fall des türkischen Arbeiters Zeynet D. ist ein solcher Fall: die Zeugin hat der Staatsanwaltschaft inzwischen mitgeteilt, daß sie auf die weitere Verfolgung der Angelegenheit keinen Wert mehr legt, HDW legt aber weiterhin Wert darauf, Z.D. loszuwerden.

Ich glaube, hieraus wird klar, daß es eine üble Unterstellung ist, „Vergewaltiger, die von Euch verteidigt werden wollen, müssen wenigstens sagen, daß sie's nicht gewesen sind“ (Zitat aus dem Offenen Brief). Es müßte auch Euch klar gewesen sein, daß ein Mann nicht dadurch aus der Rolle des sexuellen Unterdrückers herauskommt, weil er diese Rolle ableugnet.

3. Ich habe nicht vor, mich für einzelne aus dem Zusammenhang gerissene und im „Offenen Brief“ wiedergegebene Satzteile aus meinem mündlich und frei gehaltenen Plädoyer zu rechtfertigen. Deswegen beschränke ich mich insoweit auf eine grundsätzliche Bemerkung: Die Art, wie Ihr zitiert, unterstellt mir, ich hätte die Vorwürfe gegen A.K. insgesamt, also insbesondere in ihrer Bedeutung für die Frauen, heruntergespielt. Das habe ich selbstverständlich n i c h t.

Ich habe nicht auf irgendeinen allgemeinen „gesellschaftlichen Hinter-

grund“ verwiesen, um das Verhalten von A.K. im Sinne von „mildernden Umständen“ als „verständlich“ oder „erklärlich“ hinzustellen.

Der Straftatbestand der sexuellen Nötigung (einer von drei Vorwürfen gegenüber A.K.) enthält im Normalfall eine Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis. Zusammen mit den anderen beiden Vorwürfen hätte eine Verurteilung nach dieser Vorschrift also bedeutet, daß A.K. o h n e B e w ä h r u n g für mindestens ein Jahr in den Knast geschickt worden wäre. Das hätte bedeutet: Verlust der Arbeitsstelle, damit der Lebensgrundlage der ganzen Familie K., evtl. Ausweisung.

Eine solche Sanktion erschien mir keineswegs erforderlich, um K. unmißverständlich klarwerden zu lassen, daß Frauen für ihn keine beliebigen verfügbaren Sexualobjekte sind. Eine Knaststrafe auf Bewährung dürfte K. hinreichend klarmachen, daß er Frauen in Zukunft nicht zu belästigen hat.

Deshalb habe ich in meinem Plädoyer gesagt, daß der Fall A.K. als „milderer Fall“ anzusehen ist (Mindeststrafe: drei Monate Knast). Nur so gab es für A.K. die Möglichkeit der Bewährung. Das Recht jeder Frau auf Achtung ihrer Persönlichkeit verlangt nicht unbedingt, daß der angeklagte Mann auch im Knast einsitzt.

Hartmut Scharmer, 5.12.79



Hamburg-Eimsbüttel:

Den Chauvis schwillt der Kamm!

Im Bezirk Eimsbüttel hat die ZL ihre eindeutigste Mehrheit (mehr als zwei Drittel). Insofern sind die dortigen Ereignisse sicher einigermaßen symptomatisch und lassen ahnen, wie die Praxis der ZL-Fraktion im Kampf gegen den Chauvinismus bzw. den Feminismus in der Organisation aussehen soll. Bezeichnend ist denn auch, daß die Frauenarbeit und vor allem die Frauenzelle – und dort natürlich die Genossinnen, die die Mehrheitsposition teilen – seit Ausbruch der Debatte unter einem dauernden Beschuß stehen.

Schon etwa Mitte Juli kam ein Genosse der Kerngruppe (KG) während der Diskussion um die Artikel von Ha. und K.L. (Göttingen) mit "neuen" Positionen zur Frauenarbeit auf den Markt, die er in einem Papier zusammenfaßte. Hier die wichtigsten Passagen: „Die Frauenpolitik befindet sich z. Zt. in der Sackgasse, und mit Frauenthemen läßt sich im Augenblick kein Hund hinter dem Ofen vorlocken. In der jetzigen Situation können sich die Frauen in anderen Bereichen als der Frauenpolitik besser qualifizieren. Eine Emanzipation/Stärkung der Frauen wird nicht nur durch eine spezifische Frauenpolitik/Frauenarbeit erreicht. Dies soll und darf nicht zur Auflösung der Frauengruppen u.a. führen, allerdings ist es durchaus zulässig, andere Praxisfelder aufzugreifen (evtl. Ausländerarbeit, Filmclub). ... Hierzu möchte ich feststellen, daß die Frauengruppen aufgehört haben, Frauengruppen im eigentlichen Sinne zu sein. Heute sind sie mehr nach innen gerichtete Selbsterfahrungsgruppen. Sie zeichnen sich größtenteils durch Praxislosigkeit aus... Sie suchen ihre Emanzipation in der 'Selbsterfahrung' ... (Es) gilt ... zu erkennen, daß eine Reihe von Arbeitsfeldern durch die Kommunalpolitik sich sozusagen auflösen. Hier gibt es eine Reihe durch Praxislosigkeit aus... Sie suchen ihre Emanzipation in der 'Selbsterfahrung' ... (Es) gilt ... zu erkennen, daß eine Reihe von Arbeitsfeldern durch die Kommunalpolitik sich sozusagen auflösen. Hier gibt es eine Reihe frauenspezifischer Probleme, die garantiert auf Resonanz stoßen (Kinder-, Schul- und Gesundheitspolitik u.a.).“

Es sind dies alles so alte Argumente, mit denen der Versuch unternommen wird, unsere Arbeit herabzuwürdigen und uns "in die große Politik" zu locken, daß man hätte kopfschüttelnd zur Tagesordnung übergehen können, wären diese Vorschläge nicht in einer bestimmten Vision gekommen. (Daß diese gesamte "Einschätzung" der Frauenarbeit zustande gekommen ist, ohne daß der betreffende Genosse sich auch nur einen Deut mit unserer Arbeit, der Situation in den Frauengruppen, wie sie tatsächlich ist, auseinandergesetzt hat, braucht man kaum noch zu erwähnen.)

Es sollte nur noch angemerkt werden, daß es sich skurrilerweise bei dem Schreiber gerade um den Genossen handelt, der sich wenige Wochen später in einem Leserbrief in AK 161 empört beklagte: „Es scheinen die 'guten Sitten' nicht mehr gefragt. Wo ich geh und steh, wird der Knittel, der Frauenfeind entdeckt und mit allerlei anderen dummen Attributen belegt ...“ (Seite 42, ein Mitglied der KG) Abgesehen von der maßlosen Übertreibung („Wo ich geh und steh“) bleibt nur zu fragen, ob der Genosse erwartet, daß derartige "Verbesserungsvorschläge" künftig prämiert werden sollen? Wir lassen uns unser Recht nicht streitig machen, Frauenfeindlichkeiten auch beim Namen zu nennen!

Anfang Oktober wurde dann die Tatsache, daß die Frauenzelle sich fünf Wochen lang nicht getroffen hatte (aus Urlaubsgründen, Terminschwierigkeiten und einigen anderen Gründen) von einigen Genossinnen und Genossen der ZL-Fraktion des Bezirks zum Anlaß genommen, unsere Arbeit insgesamt in Frage zu stellen, da man/frau ja nicht anleiten könne, wenn keine Termine stattfinden. Es war auch von einem "Mißtrauensantrag" gegen uns die Rede. Wir erhielten nicht nur den "Auftrag", schleunigst einen Termin anzuberaumen, sondern auch auf einer Frauenvollversammlung diesen "Skandal" zu diskutieren. Die Empörung über unsere ausgefallenen Termine nimmt sich umso unehrlicher aus, wenn man bedenkt, daß sie – mit einigen wenigen Ausnahmen – vor allem von Genossinnen und Genossen

vorgetragen wurde, für die die Unterstützung der Frauenarbeit in der Vergangenheit nur ein Lippenbekenntnis oder noch nicht einmal das war.

Daß es sich eigentlich mehr um einen Versuch der Einschüchterung handelte und weniger um eine echte Kritik, wird auch daran deutlich, daß die Hauptkritikerin auf der dann anberaumten Frauenvollversammlung zu diesem Thema selbst nicht erschien und die anderen Genossinnen der ZL-Position ohne sie diesen Punkt lieber nicht diskutieren wollten.

Wenige Zeit später stellte die Anleiterin der Schwulen-Zelle Eimsbüttel im Namen ihrer Gruppe den Antrag, daß die männlichen Schwulen an der nächsten Frauen-Vollversammlung teilnehmen dürften, auf der über den Kampf gegen den Chauvinismus diskutiert werden sollte. Wir wiesen das zurück als Angriff auf unser Recht als Frauen im KB, uns jederzeit ohne die Männer zusammenzusetzen, und als durchsichtigen Versuch, die Debatte unter uns Frauen von vornherein zu beeinflussen, da die Genossen der Schwulen-Zelle allesamt Anhänger der ZL sind. Obgleich es für ratsam gehalten wurde, diesen Antrag später schlichtweg abzubreiten, geistert nach wie vor das Gerücht durch den Bezirk, die Schwulen-Zelle bestünde aus ihrer Forderung. (Wir fordern die Eimsbüttler Schwulen hiermit auf, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen.)

Ende Oktober dann schaltete sich auch der Anleiter des Bezirks noch ein in die Angriffe gegen uns, indem er ganz unverblümt versuchte, eine Genossin stellvertretend als "keifendes Weib" abzustempeln: In einem Papier, in dem zuvor allen Eimsbüttler Vertretern der LG-Mehrheits-Position allerlei Vorwürfe gemacht werden, holt er am Schluß zu einem besonderen Tiefschlag aus: „Die schlecht geschaukelten Nervenzusammenbrüche von ... und Co. erweisen sich als das, was sie wirklich sind. Versuche, von der eigenen politischen Substanzlosigkeit und der Aufdeckung ihrer eigenen Arbeitsmethoden abzulenken.“ Von der LG-Mehrheit aufgefordert, diesen frauenfeindlichen Ausfall zurückzunehmen, beteuerte der Genosse in seinem zweiten Papier, „daß es sich bei (seiner) Aussage um eine ... zugegeben sehr scharfe, Kritik an bestimmten Verhaltensweisen einer Genossin – keinesfalls aber um eine Anmache ihrer Geschlechtszugehörigkeit handeln sollte und auch tatsächlich nicht handelt.“

Dabei weiß der Genosse ohne Zweifel, daß er damit zu einem bekannten "Argument" gegen Frauen gegriffen hat: Wenn wir uns am Arbeitsplatz oder in der Beziehung oder sonstwo gegen Anmachen zur Wehr setzen, bekommen wir zu hören: In dem Ton red ich nicht mehr mit Dir, werd erst mal sachlich, sei nicht so zickig usw. usf. Gemäß dem allgemeinen Vorurteil reagieren Frauen emotional und Männer rational, Frauen fallen leichter aus der Rolle und sind hysterisch. Bereits einmal vor etwa einem Jahr hatte der Genosse den Versuch unternommen, die Schwierigkeiten in der Frauenarbeit zur "Klima"- oder "Ton"-Frage herunterzuspielen, als es darum ging, die Fehler in der Bezirksfrauenarbeit und auch die Fehler der Anleitung des Bezirks aufzuarbeiten. Damals wurde uns erklärt, das Übliche im Frauenbereich sei, „treten, kratzen und beißen“, kurz: „ein einmaliges Katastrophenklima“ (allein die Wortwahl ist interessant: Männer boxen und prügeln wenigstens noch).

Der Genosse sah sich denn auch nicht in der Lage, seinen Mißgriff einzusehen und zurückzunehmen, sondern schmückte in einer Antwort an das LG die Angriffe gegen die Genossin noch mit etlichen aus der Luft gegriffenen Behauptungen aus, für die er nicht einmal den Versuch eines Belegs unternahm.

Diese Beispiele mögen ausreichen, um zu zeigen, wie die ZL-Anhängerschaft in Eimsbüttel den "Kampf gegen die Entsolidarisierung" im KB führt. Wir wollten sie den Genossinnen und Genossen nicht vorenthalten.

Genossinnen der Frauenzelle Eimsbüttel



Chauvinistische Grauzonen im KB Frankfurt?

„Mein Bauch gehört mir“; „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“; „Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau“ – mit diesen Parolen gehen Frauen und auch Männer in letzter Zeit wieder verstärkt auf die Straße, um gegen die Diffamierungskampagne seitens Kirche und Reaktion und für die Abschaffung des § 218 zu kämpfen.

Diese Parolen dürften auch innerhalb unserer Organisation verankert sein – sollte frau zumindest annehmen. Doch was ich in den letzten drei Wochen erlebte, ließ mich erkennen, daß auch hier wieder die altbekannte Trennung zwischen Privat und Politisch vollzogen wird: Was wir politisch fordern, gilt noch lange nicht im privaten Beziehungsbereich!

Als ich vor einigen Wochen erfuhr, daß ich schwanger war, stürzte mich das in schwere Konflikte: Einerseits hätte ich sehr gern das Kind bekommen; einige äußere Bedingungen hätten mir das auch ermöglicht. Auf der anderen Seite gab es schwerwiegende Gründe dagegen: Vor allem meine Wohnsituation. Die nächsten zwei Wochen diskutierte ich mit mehreren Freund/innen über meinen Konflikt, u.a. auch mit meinem Freund, einem Genossen.

Mit ihm versuchte ich als erstes die Herangehensweise an dieses Problem abzuklären, indem ich ihm klarmachte, daß grundsätzlich ich die Entscheidung über das Ob und Wie eines Kindes allein treffen müßte und von ihm so viel Unterstützung wie für ihn möglich dann in der Realisierung des Entschlusses erwarten würde.

Etwas konkretisiert auf meine/unsere Situation hieß das: Falls ich das Kind bekommen würde, wollte ich nicht mit ihm, sondern mit anderen Leuten zusammenziehen. Jedoch wollte ich, daß auch er was mit dem Kind zu tun haben würde. Klar war für mich, daß er versuchen müßte, mich so weit wie möglich zu unterstützen in so einem Leben als ledige Mutter, auch wenn ich nicht bereit war, mit ihm zusammenzuziehen, wie es seinen Vorstellungen entsprochen hätte.

Sein Standpunkt ist da ein anderer: In einer Beziehung sollten solche Entscheidungen gemeinsam getroffen werden; nur dann könnte vom Mann eine solche Unterstützung verlangt werden. Wenn ich darauf bestehen würde, solche Entscheidungen allein zu treffen, müßte ich mich halt damit abfinden, sie auch allein durchzuführen.

Wohl bemerkt: Es ging mir nicht darum, mich nicht mit ihm darüber auseinanderzusetzen. Im Gegenteil: Ich erzählte ihm alles, was mich in der Situation beschäftigte, fragte ihn nach seiner Meinung usw. Jedoch gehe ich nicht an der Tatsache vorbei, daß das Problem der Kindererziehung und somit auch der Verhütung/Abtreibung immer noch hauptsächlich Sache der Frauen ist; immer noch – bzw. gerade jetzt wieder verstärkt – Mittel ist, uns Frauen klein zu halten; und davon bin ich auch betroffen, das kann ich nicht in einer „alternativen“ Beziehung aufheben.

Ganz abgesehen davon sah es auch in den zwei Wochen des Hin-und-Her-Überlegens in unserer Beziehung gar nicht so alternativ aus: Ich war diejenige, die allein oder mit einer Freundin zum Sozialamt, Pro Familia und anderen Stellen marschierte, um Informationen über staatliche Unterstützungsgelder u.ä. für ledige Mütter einzuholen. Zum Arzt und zur Voruntersuchung in der Klinik ging mein Freund nur auf mein Fragen hin mit. Von allein ist er nicht auf die Idee gekommen.

Als ich mich nach zwei Wochen zu einer Abtreibung entschlossen hatte, ging es mir ziemlich schlecht: Psychisch, weil ich diese Entscheidung sehr ungern getroffen hatte, und physisch hatte sich das natürlich auch schon zusammen mit der inzwischen weiter fortgeschrittenen Schwangerschaft niedergeschlagen: Ständige Übelkeit, Müdigkeit, Gereiztheit usw. Einen Tag vor der Abtreibung wurde ich in meinem Entschluß total unsicher, überlegte in der einen Minute, einfach nicht zum Abtreibungstermin hinzugehen, in der nächsten wieder, schnell die Schwangerschaft loswerden zu wollen. Mein Freund bekam das alles mit und versuchte, sich mit mir darüber auseinanderzusetzen.

Als dann aber spät abends noch Freundinnen aus M. anriefen und mir erzählten, daß sie gerade eine große Wohnung gefunden hätten, sie dort mit einer Frauen-Kinder-WG einziehen würden und ich auf jeden Fall mitziehen könnte, war's aus: Mich

traf dieses „Angebot“ natürlich genau an meinem wunden Punkt, und ich drehte fast durch vor lauter widersprüchlichen Gedanken, Gefühlen und Eindrücken. Mein Freund jedoch drehte sich kaum zu mir um und weigerte sich konstant, mit mir über diese Möglichkeit zu diskutieren. Der Grund (den ich mir denken mußte, genannt hat er ihn nicht): Für ihn wäre die Beziehung aus, wenn ich nach M. ginge. Eine Beziehung auf Entfernung ist außerhalb jeder Diskussion für ihn. Also hat er – so meint er – nichts mehr mit mir und dem potentiellen Kind zu tun, wenn ich nach M. abdampfe. Da ich schon früher überlegt hatte, nach M. zu ziehen, hielt er dieses Telefongespräch für eine Art abgekartetes Spiel, machte mich dementsprechend in einem aggressiven Ton an und beendete das „Gespräch“ mit der Bemerkung, ich bräuchte ihm am nächsten Morgen ja nur zu sagen, wohin er mich bringen sollte, in die Klinik oder zum Bahnhof.

Die nächsten Stunden waren die reinste Hölle: Es war mitten in der Nacht, am nächsten Morgen sollte ich um 7:30 Uhr in der Klinik sein. Ich wußte nicht, wie ich durch meinen Wust an Gedanken durchkommen sollte, konnte um diese Zeit keinen mehr anrufen – nebenan schlief mein Freund und weigerte sich, mir zu helfen. Schließlich entschied ich mich dafür, in die Klinik zu fahren, inzwischen mit einer ordentlichen Portion Angst vor dem Eingriff.

Allerdings hatte ich gedacht, daß mein Freund mir in dieser Situation wieder seine Hilfe zur Verfügung stellen würde, da er wissen mußte, wie ich mich fühlte. Außerdem war die Abtreibung ja eine Entscheidung in seinem Interesse – für ihn offensichtlich ein Kriterium des Maßes und der Intensität an Unterstützung. Etwas, das ich an sich schon schlimm genug finde: Die Unterstützung für jemanden, den/die man/frau eigentlich gern zu haben vorgibt, abhängig zu machen davon, ob einem die jeweiligen Gedanken, Entscheidungen und Aktivitäten des/der anderen immer ganz passen. Was ist das für eine unsolidarische, egoistische und besitzergegriffene Vorstellung von „jemandem gerahben“!!!

Wenn ich aber noch in anderen Situationen darüber zu diskutieren bereit bin, so nicht in der Situation einer Frau, die gerade eine Schwangerschaft bzw. Abtreibung vor oder hinter sich hat. Da ist ganz egal, wie, warum und wieso sie sich für die Abtreibung bzw. Schwangerschaft entschieden hat: In dem Moment braucht sie jedmögliche Unterstützung von Leuten, die sie gern und/oder mit ihr zu tun haben, vor allem von dem Mann, von dem sie schwanger geworden ist!

Völlig egal ist dabei auch, wie die Beziehung im Moment gerade aussieht, oder ob die Frau in den letzten drei Wochen sich womöglich nicht ganz „korrekt“ verhalten hat. Es bleibt dabei: Während der Abtreibung/Schwangerschaft tritt das alles in den Hintergrund, ist nur wichtig, daß der Frau mit fünfmal soviel Zärtlichkeit, Fürsorge und Unterstützung begegnet wird wie normalerweise.

Aber ich hatte weit gefehlt, wenn ich auf Unterstützung von meinem Freund gehofft hatte. Er machte sein Versprechen vom Vorabend wahr: Er brachte mich zur Klinik – aber das war auch alles. Wie ein Taxifahrer fuhr er mich hin, ohne mit mir zu reden, setzte mich an der Klinik mit einem kurzen „Tschüß“ ab und fuhr wieder zurück, um sich, wie ich hinterher erfuhr, ins Bett zu legen. Ich dagegen erlebte die nächsten 4 Stunden wie einen Alptraum: die unfreundliche Atmosphäre in der Klinik, Übelkeit, ständige Versuchung, einfach abzuhaufen, im Wartezimmer zusammen mit hochschwangeren Frauen – nichts hätte ich in dieser Situation dringender gebraucht als jemanden an meiner Seite, der/die meine Hand gehalten, mit mir geredet hätte ...

Ziemlich gerädert kam ich nach 4 Stunden endlich in den OP, worum ich auch noch hatte kämpfen müssen: Eigentlich hatten sie den Eingriff für den nächsten Tag vorgesehen und daher sollte ich ihren Vorstellungen nach einen Tag noch in der Klinik warten. Nach kurzem Hin und Her (einen Tag warten hätte ich nicht mehr ausgehalten) fand sich dann doch ein Arzt.

Abends kam mein Freund vorbei, sehr kühl und reserviert. Ich dagegen fühlte mich wie ein Häuflein Elend und wollte nur in den Arm genommen werden. Aber da lief nichts.

Am nächsten Tag kam er überhaupt nicht vorbei.
Ausgerechnet mußte in der Situation auch noch passieren, daß die Ärzte gefuscht hatten, ein beträchtlicher Teil der Schwangerschaft in der Gebärmutter „vergessen“ worden war und mein Körper dementsprechend am zweiten Tag mit Fieber und starken Schmerzen reagierte.
Aber selbst das konnte meinen Freund nicht dazu bewegen, seine Haltung zu ändern. Als ich mich am dritten Tag endlich dazu aufraffen konnte, ihn wegen seines Verhaltens am Montag und seines Nichtkommens am Dienstag zu kritisieren, rechtfertigte er sein Verhalten mit der Erklärung: Dadurch, daß ich mir die Möglichkeit, mit den Frauen in M. zusammenzuziehen, ernsthaft überlegt hätte, hätte ich ihn aus dem Entscheidungsprozeß ausgeschlossen. Insofern könne ich mich auch nicht hinstellen und „unbegrenzt“ Unterstützung von ihm verlangen. Das „allgemein notwendige“ Maß an Solidarität hätte er mir schon entgegengebracht, indem er mich zur Klinik gefahren hätte. Auf meine Frage, wa-

rum er mich da nicht mal in den Arm genommen hat, antwortete er nur kurz, er könne mir ja nicht jeden Wunsch von den Lippen ablesen.
Erst im nachhinein und in Gesprächen mit der Frauengruppe – die ich viel zu spät eingeschaltet hatte – wurde mir klar, daß sein Verhalten mich nicht nur in meinen Gefühlen für ihn verletzt hat, sondern, viel schlimmer, (und auch der Grund, warum ich mich so defensiv verhalten hab' und ihn nicht bei solchen Frechheiten aus dem Krankenzimmer rausgeschmissen hab'), mich in den ganzen miesen Gefühlen, die Frau wegen einer Abtreibung hat – also Schulgefühle – bestärkt anstatt entlastet hat!
Die nächste Woche besuchte er mich zwar jeden Tag, blieb aber weiterhin im „allgemein notwendigen“ Rahmen der Solidarität: Während der ganzen 10 Tage im Krankenhaus hat er mich einmal in den Arm genommen, hat einmal nachgefragt, wie ich die beiden Eingriffe psychisch verkrafte; er hat bis heute nicht seine Haltung zurückgenommen.
Als ich entlassen wurde, gab's

dann den letzten Knall:
Während des ersten Gesprächs zu Hause (3 Stunden nachdem ich mir von zwei Klinikärzten noch etliche Unverschämtheiten sagen lassen mußte, weil ich mich weigerte, mir die Pille verschreiben zu lassen), fragte ich meinen Freund, ob er sich schon Gedanken zu unserer Verhütung gemacht hätte. Als ich nach einigen ironisch-ausweichenden Antworten von ihm sauer wurde, erklärte er mir, daß er dazu nichts sagen würde, solange ich nicht mich eindeutig zu meinen Überlegungen, nach M. zu ziehen, äußern würde. Noch deutlicher: Er wird überhaupt nicht mit mir schlafen, bevor nicht klar ist, daß ich in Frankfurt bleibe (anscheinend ist damit auch kein Grund mehr vorhanden, sich über Verhütung Gedanken zu machen).
Ich konnte das überhaupt nicht fassen: Da habe ich gerade 10 Tage Krankenhaus hinter mir, eine verpfuschte Abtreibung, die ich eigentlich nicht gewollt hatte, hab' immer noch Schwierigkeiten, nachts nicht von Kindern u.ä. zu träumen, hab' u.a. wegen des langen Krankenha-

aufenthalts große finanzielle Probleme, mach' mir Gedanken über Verhütung, also darüber, wie ich nicht nochmal in so eine Situation komme – und das einzige, was er dazu sagt, ist, daß das nicht seine Sorgen seien, auch damit müßte ich allein fertig werden, solange ich mich nicht eindeutig für Frankfurt entscheiden würde.
Soweit zum Verlauf. Daß ich in den 10 Tagen mich sehr schwach gefühlt und dementsprechend defensiv diskutiert habe, dürfte für viele Genossinnen nachvollziehbar sein. Jetzt, nachdem ich das Ganze mit einigen Freundinnen diskutiert habe, wird mir meine Berechtigung, das Verhalten des Genossen „an die große Glocke zu hängen“, noch mal deutlich, zumal selbst unter Genossinnen anfangs Unsicherheit herrschte, was Selbstbestimmung für die Frau eigentlich bedeutet und ob der Genosse nicht in einigen Punkten zu verstehen sei.
Zu „verstehen“ ist das Verhalten des Genossen sicherlich, denn es ist für uns Frauen ja nichts Neues, in dieser frauenfeindlichen Gesellschaft

mit Erpressung anstatt Unterstützung, mit Fremdbestimmung anstatt Selbstbestimmungsrecht, Mißachtung anstatt einfacher Menschenachtung konfrontiert zu werden. Aber es sollte unsere erste Aufgabe sein, dieses chauvinistische Verhalten, diese stinkbürgerliche Moral und reaktionären Unterdrückungsmechanismen zu bekämpfen und Genossen, die solche Standpunkte beziehen, mit Kritik und Diskussion nicht zu verschonen.
Selbstbestimmung für die Frau heißt tatsächlich S e l b s t b e s t i m m u n g, heißt, daß weder Kirche, Staat oder Institutionen, noch Freund, Ehemann oder sonst jemand uns vorschreiben kann, was wir zu tun oder zu lassen haben, ob, wie und warum wir Kinder kriegen!
Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau – selbstverständlich auch in KB-Betten!!!

Eine Frankfurter Genossin mit Unterstützung der KB-Frauengruppe Frankfurt



Frauen zum Bund – Ja bitte?

Mit ihrer Haltung zu den Plänen einer Dienst- und Wehrpflicht für Frauen hat es die vaterländische „KPD“ erwartungsgemäß schwer.

In der „Roten Fahne“ vom 30. 8. erschien hierzu ein Kommentar, in dem dargelegt wurde, daß zwar die Hintergründe dieser Pläne zu verurteilen seien, daß aber die Forderung „Frauen ans Gewehr sinnvoll, ja sogar notwendig“ sei, falls mal das Vaterland verteidigt werden müsse. Freilich sei die Bundeswehr „als Armee eines imperialistischen Staates ziemlich ungeeignet, den Frauen militärische Grundkenntnisse und nützliche politische Bildung beizu-

bringen“, andererseits sei es aber auch falsch, „die Frauen von vornherein von militärischer Ausbildung auszuschließen und sie im Falle einer Aggression zu mehr oder weniger hilflosen Opfern zu machen“.

Dem „Frauenarbeitskreis der KPD in Bremen“ war das noch nicht klar und weitgehend genug. In der „Roten Fahne“ vom 16.11. protestierten sie gegen das Argument, daß die Bundeswehr für eine militärische Ausbildung der Frauen „ziemlich ungeeignet“ sei. Dann müsse das, so argumentierten die „KPD“lerinnen zu Recht, doch auch für die Ausbildung von M ä n n e r n bei der

Bundeswehr gelten, die aber von der „KPD“ doch befürwortet werde. Schlimm sei nicht eine mangelnde Eignung der Bundeswehr für die militärische Ausbildung, sondern schlimm sei, daß die bisherigen Pläne keine Ausbildung von Frauen „an der Waffe“ vorsehen. Es sei für die Frauen deshalb nötig, „uns von diesem Staat eine militärische Ausbildung zu erkämpfen“. In diesem Fall wäre es dann auch richtig, für eine Wehrpflicht für Frauen einzutreten, damit die Frauen „in einem Verteidigungskrieg gegen eine ausländische Aggression“ (die bekanntlich nur von der Sowjetunion ausgehen kann) auf dem Posten sind.

Das Problem, sich als Mann sterilisieren zu lassen

Noch ein Erfahrungsbericht

Das Verhütungsproblem in unserer Beziehung und schließlich der Artikel von K. zu seiner Sterilisation im AK haben auch mich dazu gebracht, meine Sterilisation anzugehen. Ich las das Buch von Norbert Ney und ging dann zu Pro Familia in Frankfurt, wo ich mich – auch wegen der „Adressen“ – beraten lassen wollte. Nachdem mich die Ärztin dort recht ausführlich über die medizinische Seite informiert hatte, ging es an die Erforschung meiner Gründe für die Sterilisation. Dazu muß ich sagen: Ich bin 26 und wir haben eine 3 1/2-jährige Tochter. Seitdem sie da ist, bin ich zuhause und betreue sie. Ich weiß also, wovon ich rede, wenn ich sage, daß ich kein Kind mehr will. Außerdem erläuterte ich ihr unser Verhütungsproblem. Dazu gehört auch, daß unsere Tochter zunächst einmal nicht gewollt, sondern eine „Pillen-Panne“ war. Die Argumentation der Pro-Familia-Ärztin lief darauf hinaus, Zweifel an meiner Entscheidung in mir zu wecken. Beispiel: Ich hätte dadurch, daß ich Hausmann bin, nun schon so viele „Vorleistungen“ in unsere Beziehung eingebracht. Wenn ich nun auch noch das Verhütungsproblem übernehme, könne das vielleicht einmal dazu führen, daß das alles bei mir umkippe und ich alles „hinschmeissen“ würde. Konkret würde dies bedeuten, daß sich eigentlich meine Frau (A.) sterilisieren lassen müsse; sie sei sozusagen „am Zug“. Ich erhielt trotzdem eine Liste von 6 Ärzten.

als ich und könne „in ein paar Jahren“ sowieso keine Kinder mehr kriegen. Jedenfalls sei ich länger zeugungsfähig als A. gebärfähig und damit bestehe bei mir die größere Wahrscheinlichkeit, daß ich es mir einmal anders überlegen und die Sterilisation rückgängig machen wolle. Er behauptet, die Sterilisation der Frau sei heute vom Risiko der des Mannes gleichzusetzen. Meinen Einwand, ob er es dann nicht wichtig fände, daß die Männer mehr zur Verhütung tun, und in einer Beziehung zu einer anderen Frau würde mir A.'s Sterilisation gar nichts nützen, interpretiert er so um: eine Sterilisation sei nicht dazu da, „zahlreiche Liebschaften“ zu fördern. Eine Sterilisation sei ein schwerwiegender Eingriff in ein „hohes menschliches Gut“, so daß ihr „wirklich ernsthafte“ Absichten zugrunde liegen müßten. Ich hatte den Eindruck, daß die unheimlich „hohe Moral“ dieses Arztes auch etwas damit zu tun hat, daß die Sterilisation auf Krankenschein und nicht gegen bar vorgenommen werden sollte (die Kassen zahlen nicht so gut dafür).
Beim nächsten Arzt (der auf der Pro Familia Liste stand), zeigte es sich, daß es auch anders geht: nach einer eingehenden Information über die Endgültigkeit der Sterilisation und den Ablauf des Eingriffs etc. machte ich einen Termin aus, an dem ich nun um ein „hohes Gut“ ärmer werden sollte.

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen: Neben zwei oder drei positiven Beiträgen tauchte das Thema „Sterilisation“ auch bei den Göttinger Leserbriefen (Ha./Kl. AK 156) auf. „Ist es die hohe Zeit für Sterilisationsdebatten?“, wurde dort gefragt. In der Logik von Ha./Kl. ist die Sterilisation von Männern ein p r i v a t e s Problem, weitgehend unpolitisch und wenig für Veröffentlichungen im AK geeignet. Dagegen ließe sich viel sagen und ist auch schon gesagt worden. Und auch meine Erfahrungen zeigen doch, daß die Sterilisation von Männern gegen die verschiedenen Vorbehalte und Widerstände durchgesetzt werden muß (ganz zu schweigen vom Widerstand bei uns selbst). Ich vermag jedenfalls nichts Privates und Unpolitisches daran zu entdecken. Die Reaktion gerade auch der Pro Familia Ärztin zeigt, daß die Propagierung der Sterilisation bei Männern auch zu unseren Aufgaben gehört.

H., Frankfurt

Arbeitstreffen in Darmstadt zum

„Mit hoffnungsvollen Grüßen“ hatten wir (2 Frauen) zu einem Treffen zum § 218 am 16.11. in Darmstadt eingeladen.
In unserer Einladung schrieben wir, daß wir uns die gegenwärtige Hetzkampagne von Kirchen, Politikern, Medien, die mit allen Mitteln versuchen, die „Reform“ des § 218 zurückzuschrauben, nicht gefallen lassen wollen. Wie wir uns so wirkungsvoll wie möglich dagegen wehren können, wollten wir gemeinsam mit Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die zu diesem Thema arbeiten, oder daran interessiert sind, besprechen.



Wir waren positiv überrascht, als 20 Menschen kamen. Neben Einzelpersonen waren da: eine Frau von Pro Familia; ASF-Frauen; Juso-Vertreter; eine Frau der Demokratischen Fraueninitiative (DFI); Frauenreferat der Fachhochschule; Frauenzentrum DA; eine Frau vom Kommunistischen Bund.
Nach einem Informationsaustausch über die Abtreibungsmöglichkeiten in den verschiedenen Bundesländern (und speziell in Darmstadt) und die weitere Problematik (z.B. emotionale Betroffenheit der Frauen, staatliche Moral), überlegten wir, wie wir dazu zusammenarbeiten können.
Wir gründeten eine § 218-Arbeitsgruppe, die sich über jede(n) weitere(n) Mitarbeiter(in) freut. Wir wollen uns bei Aktionen gegenseitig unterstützen und Informationen austauschen. In nächster Zeit stehen konkrete Arbeiten an, die sich aus dem am 9./10.11. in Frankfurt stattgefundenen § 218-Kongreß ergeben haben. Dort wurde ein Tribunal zum § 218 beschlossen, zu dem die Vorbereitungen in der ganzen BRD laufen. In ungefähr 3 Wochen werden die Unterschriftenlisten zum Tribunal da sein. Wir werden uns dazu wieder treffen, um die Unterschriftensammlung gemeinsam anzugehen.

Eine Darmstädter KBlerin und eine Frau aus der § 218-Gruppe



2 1/2 Jahre

Zeitschrift für Frauen von Frauen

Emma

G 4155 EX

Versuch einer Bilanz

Vor einigen Monaten begann im KB eine Auseinandersetzung um die sogenannten „Grauzonen des Feminismus“ in der KB-Frauenpolitik, bei der von Seiten der Kritiker (Minderheitsströmung der „Zentrumsleitung“) sehr pauschal der Vorwurf erhoben wurde, es gebe im KB einen „Waffenstillstand“ mit „dem Feminismus“, ohne daß dies auf die konkrete KB-Frauenpolitik und konkrete Erscheinungsformen des Feminismus bezogen wurde. Von der Mehrheit der KB-Frauen wurde diese „Kritik“ darum als Stimmungsmache gegen die Frauenpolitik zurückgewiesen.

Der folgende Artikel ist dagegen Teil des Versuchs, die heutige Frauenbewegung im konkreten zu untersuchen. Gegen das abgelebene Abgrenzungsgeschwätz!

Auf welchen Feminismus beruft sich „Emma“?

In der jüngsten Debatte wurde größtenteils mit einem sehr grobschlächtigen, von Differenzierungen ungetriebenen Feminismus-Begriff hantiert (Hauptfront gegen die Männer, Abgrenzung der Frauenfrage von der Eigentumsfrage). Angesichts der Tatsache, daß das „Emma“-Projekt von Anfang an sehr stark von der Person Alice Schwarzer geprägt war und ist, soll hier kurz ihr Verständnis von Feminismus umrissen werden und zwar anhand der Thesen in ihrem Buch „Der kleine Unterschied“ (1975).

In Abgrenzung von der Etikettierung „gegen Männer“ sind Feministinnen für Alice Schwarzer schlicht „Frauen, die für Frauen kämpfen“. „Feministisch ist die Gewerkschaftsfunktion, die gegen den Widerstand ihrer Organisation für die Verbesserung der Frauenarbeitsbedingungen kämpft und gegen die institutionalisierte Doppelbelastung, ebenso wie die Hausfrau, die die Geduld reißt und die den Teller an die Wand wirft.“ (S. 235). – „Es geht nicht darum, sich ohne Männer zu emanzipieren (was gar nicht möglich wäre, selbst wenn wir es wollten, denn ein Teil der Gesellschaft, und schon gar nicht der unterdrückte, kann sich ja nicht allein emanzipieren), sondern es geht darum, Männer nicht länger mit der Bitte um Einsicht, sondern mit eigenen Einsichten und daraus gezogenen Konsequenzen zu konfrontieren.“ (S. 236).

Dieses – im Konkreten berechnete – Leitmotiv „Immer für die Frauen“ führt in Alice Schwarzers Theorie allerdings zu antikomunistischen Konsequenzen: „Die falsche Spaltung der Frauenbewegung in „bürgerlich“ und „proletarisch“, die nichts anderes als die schlichte Leugnung der spezifischen Benachteiligung und Betroffenheit aller Frauen bedeutet und das Frauenproblem auf ein Klassenproblem reduzieren will, hat schon bei der ersten Frauenbewegung vorzüglich geklappt. Nicht zuletzt die männerdominierte Linke war schuld an ihrem Scheitern.“ (S. 238/9).

An der Zeitungspraxis der „Emma“ soll nachgeprüft werden, ob dieser kleinbürgerliche Antikomunismus federführend ist oder ob fortschrittliche/radikaldemokratische Frauenstandpunkte im Vordergrund stehen.

Die frühere Beurteilung von „Emma“ im AK

Vor der Herausgabe der ersten „Emma“ wurde recht scharf das von der Frauenbasis abgelebene Ausder-Taufe-Heben des „Emma“-Projekts kritisiert, konzentriert v.a. auf die Person Alice Schwarzers, die in die neue Emma-GmbH als Mehrheitsgesellschafterin ein Startkapital von 100 000 DM einbrachte, größtenteils den Erlös ihres Bestsellers „Der kleine Unterschied“. Da auch aus der autonomen Frauenbewegung z.T. sehr ablehnend auf das Emma-Projekt reagiert wurde, prophezeite der AK dem Projekt eine möglicherweise relativ rasche Bauchlandung (vgl. AK 95/Dez. 76).

Ein wenig positiver fällt schon der Kommentar zum ersten „Emma“-Heft aus: „Die erste Nummer jedenfalls von „Emma“ ist recht gemischt

ausgefallen, und es wäre ungerecht, sie pauschal mit dem vorgefaßten Urteil „Typisch Schwarzer“ zur Seite zu legen.“ Neben der Kritik am Personenkult von Alice Schwarzer wird wohlwollend das breite Themenspektrum hervorgehoben – „ohne antikomunistische Gehässigkeit, die wir – vorurteilsbehaftet – bei einem Schwarzer-Projekt eigentlich erwartet hätten“ (AK 98/Febr. 77).

Einige Monate später wird der „Emma“ bescheinigt, daß sie das gemischte Konzept durchgehalten habe: „Zum einen ist sie keine Frauenzeitschrift, die sich an eine spezielle Leserschaft richtet, wie z.B. die „Lesbenpresse“. Andererseits sichert sich „Emma“ durch eine breitere, lockere Themenauswahl Leserinnen, die nicht unbedingt in Frauengruppen organisiert sind oder bereits zum Umfeld der Feministinnen zu zählen sind. (...) Alles in allem ist „Emma“ eine Frauenzeitschrift, die bunt gemischt Information und Unterhaltung bringt, mit dem Ziel, das „weibliche Selbstgefühl“ zu stärken.“ (AK 104/Mai 1977).

Wohlthuend unterschied „Emma“ sich damals von dem sonst in der Frauenbewegung recht verbreiteten Antikomunismus. Eine Genossin der AG Sexualität betont dies in einem Leserbrief an die AG Frauen noch einmal: Bei aller berechtigten Skepsis müsse die „fortschrittliche Haupttendenz“ von „Emma“ herausgestellt werden, die die Genossin v.a. damit begründet, „daß es für eine Frauenzeitschrift in dieser Massenauflage eine wohlthuende Tatsache ist, ohne Antikomunismus über Schritte zur Gleichberechtigung der Frauen in sogenannten sozialistischen Ländern zu lesen. Um so mehr zeugt dieses von Courage bei den Schreiberinnen, da der Antikomunismus in der Frauenbewegung derzeit sehr groß ist. Bilanz wurde in „Emma“, im Gegensatz zu anderen Frauenzeitschriften, noch kein Un-“

Überblick zu wichtigen Themenbereichen in „Emma“

Angesichts der Tatsache, daß es kaum ein Thema gibt, das von „Emma“ nicht irgendwann einmal behandelt worden wäre, werden hier die Themenbereiche ausgewählt, die einen gewissen Schwerpunkt der Veröffentlichungen darstellten und die an die Interessen größerer Teile von Frauen anknüpfen. Nicht dargestellt werden drei Fragen, mit denen sich im AK bereits ausführlich auseinandergesetzt wurde, nämlich die „Stern“-Klage der „Emma“, die Position zu „Frauen und Bundeswehr“ und die Forderung nach Verlängerung der Ladenschlußzeiten.

Frauen im Betrieb

Angenehm auffällig ist zunächst die Kontinuität der Berichterstattung zu diesem Thema seit Beginn der „Emma“, wobei allerdings ein gewisser Rückgang im Verlauf dieses Jahres (1979) festzustellen ist. Im Vordergrund stehen Informationen zum Arbeitsrecht oder allgemein zur Situation im Betrieb, d.h. welche Rechte und Möglichkeiten lohnabhängige Frauen haben, Benachteiligungen nicht länger hinzunehmen. Schwerpunkte dabei sind: Leichtlohngruppen und entsprechende Musterprozesse; Rationalisierungen gerade von Frauenarbeitsplätzen; Berichte von Streiks (Putzfrauen, Drucker, Metall); die Arbeit von Frauen in Betriebsräten und ihre Schwierigkeiten dort. Gefordert wird meist, daß sich die Frauen nicht mehr alles bieten lassen sollen, solidarischer untereinander sein müssen, aber sich auch keine zu großen Illusionen gerade bei der Gewerkschaftsarbeit machen sollen. („Mehr Frauen in die Betriebsräte!

.... Aber Vorsicht – die Gewerkschaftspaschas arbeiten oft gegen uns“ März 78). Häufig wird beschrieben, daß männliche Gewerkschaftler bzw. Betriebsräte eher gegen aufmüpfige Frauen arbeiten als sie zu unterstützen, und z.T. direkt mit der Geschäftsleitung zusammenarbeiten (Liste Frauen bei Colgate/März 78); mangelnde Unterstützung für Putzfrauen durch Gewerkschaften und SPD/März 77; Aug. 78; mangelnde Rechtsberatung durch die IG Metall in einem Kündigungsschutzprozeß/Aug. 79). Im Vordergrund der Artikel stehen also die besonderen Bedingungen der Ausbeutung von Frauen und die mangelnde Solidarität der männlichen, z.T. aber auch der weiblichen Kollegen, aus Angst und Uninformiertheit. Erst an zweiter Stelle stehen Fragen der Doppelbelastung, der Heim- und Herd-Ideologie etc. Entsprechend der Fallbezogenheit der Artikel werden von „Emma“ jeweils konkrete Forderungen unterstützt; es fehlen weitgehend etwas übergreifendere Artikel; z.B. zur Frage der Mädchenausbildung erschien nur ein Artikel (Febr. 78) mit der Forderung „Mädchen, rein in Männerberufe“. Auch die Kinderfrage wird nur im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit privilegierter Frauen aufgeworfen.

Sehr anschaulich wird in zwei Artikeln (Nov. 77; Juli 79) der Zusammenhang von gesellschaftlichem Kampf und Selbstveränderung bei Frauen dargestellt.

Auch wenn kritisch vermerkt werden muß, daß das Problem der Doppelbelastung gerade bei den am meisten ausgebeuteten Frauen zu wenig berücksichtigt wird, haben sich die „Emma“-Veröffentlichungen zu „Frau im Betrieb“ recht positiv ab von der ansonsten weitgehenden Abstinenz anderer Teile der Frauenbewegung in dieser Frage.

Situation von Müttern

Zu der Frage, ob es „in unserer frauen- und kinderfeindlichen Gesellschaft möglich ist, Kinder zu haben, ohne zur Sklaverei der Umstände zu werden“ (Nov. 77), kommen in „Emma“ recht unterschiedliche Positionen zu Wort: Alice Schwarzer geht davon aus, daß auch in „wirklichen“ Partnerschaften die Kinder an der Mutter hängenbleiben; Heide Wyss (Autorin von „Das rosarote Mädchenbuch“) entwickelt die These, daß Mutter-sein und Hausfrau-sein zwei unvereinbare Aufgaben sind, da die einzige Anerkennung der Hausfrau die Ordentlichkeit der Wohnung ist, aber sie als Mutter das Kind seine Umwelt entdecken lassen will, was zweifellos mit gelegentlichem Chaos verbunden ist (Febr. 78). Andere Autorinnen sehen Kinder eher als positive Lebenserfahrung und als Kampfansage gegen alle Vorurteile gegenüber ledigen Müttern.

Zurückgewiesen werden die verschiedenen Varianten von Mutterchaftsideologie, z.B. daß das Kind unbedingt die Mutter braucht, um „Fehlentscheidungen“ zu vermeiden; daß eine Mutter mit eigenen Interessen eine Rabenmutter ist; die Ausnutzung des Kinderwunsches von Frauen zu unbezahlter Arbeit und Opferbereitschaft. Das reale Elend in Kleinfamilien als Gefängnis für Mutter und Kind wird dem öffentlichen Tam-Tam zum Muttertag entgegengerufen.

Neben diesen recht interessanten allgemeinen Artikeln, die sowohl für die Mütter als auch für die Kinder – aber nicht unbedingt gemeinsam – Partei ergreifen, sieht es auf der Seite der real existierenden Mütter-Probleme etwas magerer aus. Neuere familienpolitische Entwicklungen werden nur am Rande erfaßt; das Problem der Berufstätigkeit wird nur an Beispielen von relativ privilegierten Frauen (Lehrerin, Journalistin) diskutiert. Die richtige Kritik an „modernen“ Vätern, die Kumpel für die Kinder sind, aber die Drecksarbeit nach wie vor den Müttern überlassen, mündet in dem Vorschlag, daß die Frauen besser allein erziehen sollen, ohne daß auf die damit verbundenen Probleme eingegangen wird (Plädoyer zur Abschaffung der Väter / Jan. 79). Andererseits wird in recht großer Aufmachung die Klage eines Vaters gegen den Mutterschaftsurlaub dargestellt (verstoß gegen das Grundgesetz, Kritik an der „natürlichen Rolle“ der Frau etc. Sept. 79).

Es läßt sich also kaum eine bestimmte „Linie“ in der Behandlung der Mütter/Kinder-Frage feststellen.

sondern der Schwerpunkt der Artikel liegt darauf, daß die Frauen die Versklavung durch Kindererziehung und Haushalt ablehnen sollen und das Recht auf ein eigenes Leben haben, gegen die Ideologie von der aufopferungsvollen Mutter bzw. der „minderwertigen“ kinderlosen Frau.

Frauen und SPD

Die SPD wird sowohl hinsichtlich ihrer Politik als auch ihres innerparteilichen Umgangs mit Frauen als frauenfeindlich bzw. „Männerpartei“ bezeichnet. Die Kritik der offiziellen SPD-Politik, z.B. des „Aktivierungsprogramms für Frauen“ von Antje Huber, ist dabei aber untergeordnet gegenüber dem Aspekt der Stellung der Frauen selber in der SPD. Den Fall der ehemaligen Frankfurter Jusos-Vorsitzenden Dorothee Vorbeck, die abgeschoben wurde, seitdem sie sich stärker für Fraueninteressen einsetzt, betrachtet „Emma“ als „Lehrstück v.a. für die Frauen, die noch Kraft in Männerparteien investieren“ (April 78). Bei dem Versuch der ASF/Schleswig-Holstein, eine offensivere Frauenpolitik zu machen und mit der Autonomen Frauenbewegung zusammenzuarbeiten, hält es „Emma“ gerade in Vorwahlen (Landtagswahlen SH) „für aufschlußreich, ob Unmut auch zur Durchsetzung eigener Interessen gelangt“. Die SPD habe inzwischen kapituliert, daß die Frauenbewegung ihr Stimmverluster gebracht habe und entwickle darum Quotierungsmodelle u.ä. als Alibi, um die Kontrolle der Männer dabei zu erhalten (März 79). Daß der Durchsetzungsmöglichkeit von Frauenpolitik in der SPD von „Emma“ keine Chance gegeben wird, zeigt sich daran, daß der Austritt von Eva Rath (ASF/SH) als „Ausbrechen aus der Beruhigungsformel Kleineres Übel“ begrüßt wird (Juni 79). In der gleichen Ausgabe wird das Aufstellen von mehr Frauen auf den Listen zur Europawahl als Abschieben von

Europawahl als Abschieben von unbequemen Frauen eingeschätzt, da sie im Euro-Parlament „keinen Schaden anrichten können“. Die Frauen sollten lieber die kandidierenden Gewerkschaftsbosse nagen, was sie eigentlich für Arbeitnehmerinnen tun. Die knapp gescheiterte Wahl einer „Feministin“ zur ASF-Bundesvorsitzenden wird gewertet als „Gradmesser für das wachsende frauenbewegte Verständnis unter Sozialdemokratinnen“ (Juli 79). Die jüngste Äußerung zur SPD ist der Abdruck der Resolution der Frauen-Sommeruniversität, wo die SPD als nicht mehr wählbar, da für AKWs und gegen Fraueninteressen, bezeichnet wird (Nov. 79).

Als Entwicklungstendenz der Position von „Emma“ läßt sich feststellen, daß die Ablehnung der SPD eindeutiger geworden ist, wobei aber anscheinend versucht wird, das Band zu den Frauen in der SPD nicht abreißen zu lassen, sondern – indem die Betroffenen häufig selber zu Wort kommen – die „Emma“ als Sprachrohr für SPD-Frauen „im Umbruch“ anzubieten.

Alternative Wahlbewegung

Zum Thema „Frauen und Alternative Listen“ finden sich drei längere Artikel im Verlauf des Jahres 1979 in „Emma“. Schon beim ersten Engagement von Frauen auf diesem Sektor – Wählergemeinschaft „Atomkraft – Nein danke“ in Hameln/Pyrmont – veröffentlicht die „Emma“ ein Interview mit den Kreistagskandidatinnen (Jan. 78). Unter dem Motto „Frauen wählt Frauen“ berichtet „Emma“ zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen über die Situation der Frauen in Hamburg und was sich alles trotz der Wahlversprechen der bürgerlichen Parteien für die Frauen nicht geändert hat. Positiv herausgestellt wird das Engagement der Frauen in der Bunten Liste, ihre Phantasie im Wahlkampf, aber auch ihre Schwierigkeiten mit dem Totschweigen der Presse und aggressiven Reaktionen der Bevölkerung (Juni 78). Recht differenziert setzt sich „Emma“ mit der Entwicklung der „Grünen“ auseinander: der Heim- und Herd-Ideologie von Gruhl und der Unterrepräsentation der Frauen in der GLU werden positive Ansätze in der GLH (Hessen) gegenübergestellt, verbunden mit einer unkommentiert abgedruckten Stellungnahme der GLH-Frauengruppe (Okt. 78).

Zur neueren Entwicklung der Wahlbewegung findet sich nur eine

Stellungnahme von Alice Schwarzer zur Frauenpartei, gegen die sie grundsätzliche Bedenken hat: die Möglichkeiten des außerparlamentarischen Kampfs seien noch nicht ausgeschöpft; es mangle aber an Strategien „zur systematischen Durchsetzung von Forderungen“ und darin liege die Verlockung der Idee einer Frauenpartei. Im einzelnen kritisiert sie die handreichartige Gründung der Frauenpartei und ihr naives Programm; zudem bestehe die Gefahr, daß eine Frauenpartei gegen radikale Teile der Bewegung ausgespielt werde.

Die Meinungsbildung zur Frage Wahlboykott oder -beteiligung scheint bei „Emma“ also noch nicht abgeschlossen zu sein, aber sie wollen am Ball bleiben, denn die „Emma“-Redaktion bietet sich als Anlaufstelle für Fraueninitiativen zur Wahl an. Ob sich entgegen der früher wohlwollenden Berichterstattung über die Beteiligung von Frauen an Bunten Listen jetzt eher die Wahlboykott-Linie durchsetzt, wird sich zeigen.

Die beiden Seiten von „Emma“

Die Berichterstattung von „Emma“ wurde in den oben genannten Aspekten so ausführlich dargestellt (ähnliches gilt auch für andere Themen wie AKW, Internationalismus etc.), um zu zeigen, daß hier radikaldemokratische Frauenstandpunkte im Vordergrund stehen, verbunden mit Hintergrundinformationen und viel Eigendarstellung der Betroffenen. Angenehm in Erinnerung ist auch das couragierte Eintreten von „Emma“ gegen Terrorist(inn)enhetze und ihr Engagement gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen. Dies sehen wir als die „fortschrittliche Hauptseite“ von Emma an. Daneben kommen aber auch kleinbürgerlich-feministische Elemente zum Zuge, wofür besonders Alice Schwarzer in ihren Leitartikeln eine gewisse Schwäche besitzt. Die bekanntesten Beispiele für derartige Positionen sind die Stellungnahmen zu „Frauen und Bundeswehr“ (Eroberung einer Männerdomäne) – die von der bürgerlichen Presse auch entsprechend dankbar aufgegriffen wurden – und die Begrüßung des Wahlsiegs der Reaktionsnarrin Margaret Thatcher, die von A. Schwarzer als „Ermüdung“ angesehen wurde, „daß die Sterne am Himmel eigentlich auch für das weibliche Geschlecht nicht zu hoch hängen“ (Juni 79). Daß derartige Positionen gerne von der bürgerlichen Propaganda aufgegriffen und der ganzen Frauenbewegung als Hut aufgesetzt werden („Feministinnen für Bundeswehr“) liegt nicht zuletzt daran, daß „Emma“ gerne einen Wirbel um sich selbst veranstaltet, um sich ins öffentliche Gespräch zu bringen: „Stern“-Klage, Bratpfannen-Klage, jetzt eine groß rausgebrachte „wissenschaftliche“ Leserinnenbefragung usw. Solche schon als Werbekampagnen zu bezeichnenden „Aufreißer“ haben mit den Interessen der Frauen nicht mehr viel zu tun. Allerdings wäre es zu billig, die „Emma“ nur nach dieser Seite zu beurteilen.

Was bringt „Emma“ den Frauen?

Ihr Ziel, den Frauen Mut zu machen, erfüllt „Emma“ v.a. dadurch, daß sie ein sehr breites Spektrum von eigenständigem Handeln von Frauen zum Ausdruck bringt. Daß darunter etwas etwas „exotischer“ darstellungen sind (die erste weibliche Feuerschluckerin), die für die Masse der Frauen keine Richtschnur zum Handeln sein können, tut dem keinen Abbruch, da es um sehr umfassende ideologische Barrieren geht, die Frauen davon abhalten, sich überhaupt an neue Gebiete, z.B. im kulturellen Bereich, heranzutragen. Durch das Aufzeigen eines breiteren Spektrums von Frauenunterdrückung (von Putzfrauen bis zur Peep-show) können auch Frauen angesprochen werden, die bisher durch Beruf, Alter, soziale Isolierung etc. keinen Zugang zur Frauenbewegung hatten. Unter diesem Aspekt hat es auch eine positive Seite, daß „Emma“ kein „Spiegelbild“ der jeweils dominierenden Strömungen der Frauenbewegung ist, sondern ein relativ eigenständiges Konzept verfolgt.

Heute wie früher jedenfalls lohnt sich mit „Emma“ eine sachliche Auseinandersetzung. AG Frauen/KB Göttingen

Aber für Wehrdienst, Rentenfinanzierung und Steuern sind wir gut genug...



GEGEN PHILISTERTUM UND STÜMPEREI-TEIL 2

Die Antwort auf unsere Artikelfolge „Die Schwulenbewegung und die Linke“ und „Gegen Philistertum und Stümpererei“ (AK 165 und 166), die sich Pe., schwules Mitglied des SSB Hamburg, und We., schwuler Ex-Kader des KB, unter der Überschrift „Die Klassiker nicht auf Knien liegend lesen“ (AK 167) haben einfallen lassen, zeigt einmal mehr, wie wichtig unsere Artikel gewesen sind. Wesentliche Aussage unserer Artikelfolge war es, daß es in der Sexfrage eine „offene Flanke gegenüber aller bürgerliche Ideologie gibt, die ständig in die Linke hineinschwappt.“ Möglich wird dies, weil es an der Sexfrage eine „Lücke“ im Gebäude des Marxismus gibt und eine materialistische Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse fehlt. Wir haben in unseren Artikeln aufgezeigt, daß die Klassiker „jene Lücke“ im Gebäude des Marxismus durchaus gesehen haben und die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen benannt haben. Als Grund dafür, daß „die kommunistische Bewegung traditionell auf dem Gebiet des Persönlichen teilweise ziemliche Sünden, zumindest aber schwere Unterlassungen begangen hat“, haben wir ein traditionelles Philistertum der Linken und ein Herumstümpfern an der sexuellen Frage angegeben. Im KB hat sich dieses Herumstümpfern an der sexuellen Frage vornehmlich an den unwissenschaftlichen Äußerungen verschiedener Genoss/inn/en zur S/M-Frage festgemacht und ihrem opportunistischen Schweigen auf unsere Frage, was mit den S/M-lern geschehen soll. Wir treten für eine Aktionseinheit auch mit S/M-lern ein und fordern die Genossen, die sich gegen die S/M-ler ausgesprochen haben, nochmals auf, die in unserem Artikel „Gegen Philistertum und Stümpererei“ aufgestellten Fragen konkret zu beantworten. Die Genossin B. aus Münster drückt sich in ihrem Leserbrief (siehe diesen AK) ebenso um die Beantwortung dieser Frage, wie es vor ihr andere getan haben. Es ist auch bezeichnend, daß die schwulen Kritiker unserer Artikelfolge mit keinem Sterbenswörtchen auf die S/M-Frage eingehen. Es ist ja eben offensichtlich viel leichter, in den Seelen der toten Klassiker rumzuwühlen, als ganz konkret auf die Erfordernisse in der lebenden Schwulenbewegung „hier und heute“ einzugehen. Auch sie drücken sich um eine Antwort auf die Frage, was mit den S/M-lern geschehen soll. Sie äußern sich ebenfalls nicht zu dem „Philistertum und der Stümpererei“ im KB, und machen gemeinsame Sache mit jenen, die S/M tabuisieren möchten. Es ist bezeichnend, daß sich diese „schwulen“ Kräfte jetzt mit der programmatischen Forderung an die AG Schwule wenden, in „Marxismus und Psychoanalyse“ zu machen. Hier werden bereits die „Keimformen“ einer neuen Schwulenpolitik sichtbar, die wir in der von den Genossen umrissenen Inhalten als unbrauchbar für eine fortschrittliche Schwulenpolitik ansehen. (Unabhängig davon, daß die Freud'sche Psychoanalyse auch fortschrittliche Momente enthält, sofern Freud vom Kopf auf die Füße gestellt wird.) Es ist ebenfalls bezeichnend für den neuen Stil, der in der Schwulenpolitik sich anzubahnen droht, daß Schwulenpolitik vom KB aus an den marxistischen Positionen vorbeigeht, wie sie in dem wichtigen Band „Tuntenstreit“ des Rosa Winkel Verlages sowie an dem ebenfalls dort erschienenen Band „Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung“ vorliegen. Diese Veröffentlichungen sind den schwulen Kritikern der AG Schwule (ZL-Fraktion) bekannt. Daß sie daran vorbeigehen, sie verschweigen, läßt auf einen „Kurschwenk“ schließen, der nicht danach fragt, „Wie können Tunten Sozialisten sein?“, sondern die Anpassung an die vorherrschende „Diktatur der Normalität“ im KB betreibt. Auch daher das Schweigen der Genossen zur S/M-Frage.

Ziel des Artikels „Die Klassiker nicht auf Knien liegend lesen“ ist es, die AG Schwule aus der ZL-Fraktion herauszubrechen: „Die AG Schwule muß raus aus der ZL-Fraktion. Hier und heute! Jetzt sofort!“ (We./Pe.) Weil die ZL-Fraktion in der Polemik der KB-Mehrheit als „ML-lig“ und „dogmatisch“ dargestellt wird, werden auch wir als Dogmatiker denunziert. Das Schweigen der Mehrheits-Schwulen zur S/M-Diskussion ist jedoch mehr als „beredt“: Es gibt einen Aufstand der Homophilen im KB. Wir, die bisherige AG Schwule, wird nicht aus der ZL-Fraktion rausgehen. Wir lieben Minderheiten!

„Marxismus und Psychoanalyse“ — Ein Versuch

In ihrem Beitrag „Die Klassiker nicht auf den Knien liegend lesen“ behaupten Pe./We., die Klassiker wären „in der Frage der Sexualität allgemein überwiegend stümperhafte Philister. Die Lücke war bereits in ihren Köpfen.“ Im gleichen Atemzug geben sie der AG Schwule richtungsweisende Tipps für ihre Weiterarbeit: „Es müßte Aufgabe gerade (!) einer AG Schwule sein, zu untersuchen, warum (!) diese Lücke konnte.“ Als „Denkanstoß“ verweisen We./Pe. auf die Psychoanalyse Freud'scher Erfindung. Nun denn, untersuchen wir mit Hilfe der Psychoanalyse, warum die Lücke bereits „in den Köpfen“ war und warum die Lücke in den Köpfen „bestehen bleiben konnte.“

Werner und Peter aus Frankfurt (vgl. Leserbrief in diesem AK) können uns da bereits weiterhelfen. Sie stellen fest: Schon die Klassiker hatten „ihre Probleme mit der eigenen latenten Homosexualität“. In Anwendung der von We./Pe. geforderten Verbindung von Marxismus und Psychoanalyse haben die Frankfurter Genossen also bereits festgestellt, daß die Verletzung des Tabus Homosexualität für „alle“ Menschen „eine Verführung bedeutet, die sie aggressiv abwehren müssen. Die Stärke der Aggressivität, mit der diese Abwehr betrieben wird, deutet auf den Grad der Empfänglichkeit für die Verführung.“ Letzteres ist eine wesentliche Aussage der Psychoanalyse: Der Zusammenhang zwischen „Verdrängung“ und „Bewußtmachung“. Zunächst aber noch einige Hinweise zur Psychoanalyse, damit sich unsere unvorbelasteten Leser/innen in dieses „Denkmodell“ einfinden können: Die Psychoanalyse ist, wie man leicht aus einem Lexikon erfahren kann, „eine Methodik der Diagnostik und Therapie geistiger Störungen“. Freud, der diese Methodik entdeckte, sah die Ereignisse der Kindheit als bestimmend für das erwachsene Leben an. Die Psychoanalyse muß dem „Patienten“ jenen subjektiv nicht wahrgenommenen Zusammenhang zwischen (z.B.) verdrängter Homosexualität und Schwulenhass (Homophobie) bewußt machen, um ihn von seiner „geistigen Störung“ zu heilen. Wehrt sich der „Patient“ gegen diese Bewußtmachung (ist er aggressiv!), „so gilt der Widerstand als wichtiges diagnostisches Indiz der Krankheit“ (Bornemann, Stichwort: Perversionen, Lex.d.Liebe, S.1070). Soweit zum Rüstzeug für die folgenden, nicht immer verblissen ernst zu lesenden Passagen.

Nun zurück zur „Lücke“. Werner und Peter aus Frankfurt schreiben: „Auch die Klassiker unterliegen der Tabuisierung (der eigenen latenten

Homosexualität bzw. generell der Homosexualität — Anm. AG Schwule), denn die klaffende Lücke, die sie zwar erkannt haben sollen, aber nicht aufgegriffen haben, entstand doch nicht nur aus Zeitgründen und deshalb, weil der Kampf um die Behauptung und Festigung des jungen Sowjetstaates (Lenin) weitaus dringlicher war, sondern dahinter steckten wohl auch ganz reale Ängste.“

Halten wir also fest: Die Lücke entstand nicht „nur“ aus Zeitgründen, sondern Lenin hatte „auch“ Angst vor der eigenen latenten Homosexualität. Wir müssen annehmen, daß sich Lenins Form des Widerstands gegen die Bewußtmachung dieses Zusammenhangs in politischen „Aktivitäten“ niederschlug, denn der Mann war ja, wie wir alle wissen, enorm aktiv. Und getrieben von der Angst vor seiner latenten Homosexualität setzte er seine ganze Kraft ein zur „Festigung des jungen Sowjetstaates“, statt sich um die „Lücke“ „in“ seinem Kopf zu kümmern. We./Pe. aus Hamburg fassen unter Anwendung der Dialektik zwischen Marxismus und Psychoanalyse folgende Einsicht:

„Genau das (die Festigung des jungen Sowjetstaates — Anm. AGS) hat sich aber vor der Geschichte als falsch erwiesen.“ Wir behaupten: Dies ist die „mutigste“ Aussage, die jemals im ARBEITERKAMPF getroffen worden ist. We./Pe. gehen aber noch weiter. Ohne „Festigung des jungen Sowjetstaates“ kein Stalinismus, keine Schwulenverfolgung in der Sowjetunion, d.h. keine „fürchterliche Überspitzung der Leninschen Thesen bei Makarenko und Gorki.“ (We./Pe.). So weit ist es mit dem KB gekommen. Die Hoden werden jetzt runtergelassen! Wie obszön!

Behalten wir aber weiter die Frage im Auge, „warum“ die „Lücke“ „in den Köpfen der Klassiker“ bestehen bleiben konnte. Wir haben durch Werner und Peter gelernt, daß bei „allen Menschen zu jeder Zeit“ die Abwehr der „eigenen latenten Homosexualität“, „unversteigbare Quelle“, „eines Schwulenhasses“ ist. Was bedeutet dies im Falle Friedrich Engels' und seiner „gehässigen Polemik gegen die Schwulen“? (We./Pe.) Begreifen wir also die „gehässige Polemik Engels gegen die Schwulen“ als „geistige Störung“ in Form einer Homophobie d.h. der neurotischen Furcht, seinen „Trous-de-cul“ (Arsch) hinhalten zu müssen, der Psychoanalyse folgende Fragestellungen nach dem Grund für die Lücke im Kopf: Was für ein Verhältnis hatte Engels zu seinem Vater, wie sah seine Beziehung zur Mutter aus? Hat er sich im Dunkeln gefürchtet? Hatte er Angst vor Schlangen (Achtung: Penisymbol!), Kröten, Spinnen, Kühen und Kängurus? Wie lange hat sich der kleine Friedrich in die Hosen geschissen? War die Reinlichkeitsdressur sanft, undogmatisch und

keimformartig, oder rigide und ml-lig? Hat der kleine Friedrich jemals seine Eltern beim Bumsen beobachtet? Wenn ja, wer lag oben? Das alles sind wichtige Fragen, um herauszufinden, warum die Lücke da war. (Wir empfehlen in diesem Zusammenhang auch die „neue Philosophie“ M.L. Janssen-Jurreit. Diese „Undogmatische“ hat viele Einzelheiten aus dem Leben der Klassiker zusammengetragen, s. dazu in diesem AK die Frauenseiten).

Da Engels' „gehässige Polemik“ auf Widerstand schließen läßt, kann Homophiler sich ausrechnen, wie stark Engels „geistig gestört“ war. Daß sich diese „geistige Störung“ auf seinen wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß niederschlug, ist doch eindeutig: Er war schlichtweg „unfähig“, die Schwulen/Lesben/Sexfrage zu stellen, weil ihm die Homophobie das Gehirn verkleisterte.

Mit Hilfe der Psychoanalyse kann man aber noch weitere interessante Feststellungen machen. Die im folgenden Angesprochenen mögen uns unsere „Aggressivität“ verzeihen, weil wir als AG Schwule entsprechend der Psychoanalyse in neurotischer Angstabwehr handeln und im Grunde nichts dafür können, wenn wir folgenden Zusammenhang aufdecken: Daß z.B. Kt. und E. (Kulturkommission) eine so „gehässige Polemik“ gegen die S/M-ler veranstalten, ist nach der Logik des Widerstandsbegriffs der Psychoanalyse bei Freud nur Ausdruck davon, daß beide „latente“ S/M-ler sind und aus reiner Angstabwehr auf die AG Schwule dreschen, die gegen die sexuellen Unvereinbarkeitsbeschlüsse auftritt. In Wirklichkeit wollen Kt. und E. sich an Folterbänken und Peitschen aufheilen. Liebe Genossen, macht den beiden das mal klar — und wenn sie euch dann ein paar knallen, sagt ihnen: „Da haben wir den Widerstand! Ihr seid als latente S/M-ler entlarvt!“ Viva Keimform!

Schwule — eine Minderheit?

Würden We./Pe. sich in der Schwulenbewegung und ihrer Entwicklung auch nur ein wenig auskennen, dann müßte ihnen doch das „gebrochene“ Verhältnis zwischen den fortschrittlichen Teilen der Bewegung und der Psychoanalyse aufgefallen sein. Die psychoanalytischen Denkansätze Freuds u.a. haben in der deutschsprachigen Schwulenbewegung bei der Erarbeitung marxistischer Positionen in der Schwulenfrage nie eine relevante Rolle gespielt. (Im Gegensatz z.B. zu der sehr stark psychologisch ausgerichteten französischen Bewegung des „homosexuellen Verlangens“).

Die fortschrittlichen Teile der hiesigen Schwulenbewegung konnten deswegen mit dem Programm

PROTEST!

Protestresolution

Die Anwesenden Genossinnen und Genossen des „Zentrums“ vom 28.11.79 verurteilen die Beurlaubung der AG Schwule und des Gen. A. (Wedel).

Wir betrachten es darüber hinaus als einen Skandal, daß die Beurlaubung ohne Konsultation mit den Genossen der AG Schwule ausgesprochen worden ist und ihnen die Beurlaubung durch das Protokoll der LG-Sitzung mitgeteilt worden ist.

Der im Protokoll der LG-Sitzung angegebene Grund für die Beurlaubung („Mißachtung von LG-Beschlüssen“ in Form einer „offenen Provokation“, weil die Genossen eine Beschwerde/Anfrage seit dem 15.10. nicht beantwortet haben) erscheint uns dermaßen absurd und an den Haaren herbeigezogen, daß mit dieser Beurlaubung weitere Genossen, die sich eindeutig zur „ZL-Fraktion“ zählen, eingeschüchtert und mundtot gemacht werden sollen.

Wir fordern den Abdruck dieser Protestresolution im Arbeiterkampf.

Anwesende des Zentrums vom 28.11.79

Anmerkung:

Wir weisen in diesem Zusammenhang noch einmal auf den „Struktur-Vorschlag für ein neues KB-Statut“ (siehe UW 25) hin, der u.W. unter der Federführung von LG-Genossen ausgearbeitet worden ist.

Dort heißt es unter Punkt III Artikel 4 (Aufnahmebedingungen und -Formalitäten sowie Erziehungs- und Strafmaßnahmen):

„Bei den Richtlinien für Erziehungs- und Strafmaßnahmen sollte besondere Gewissenhaftigkeit verlangt und ein genauer Modus für Prüfungsverfahren festgelegt werden. Der angeklagten/beschuldigten Mitglied ist ein Widerspruchsrecht zu garantieren.“

Betrachtet man obigen Vorgang, werden solche Struktur-Vorschläge die derzeit in der Organisation diskutiert werden sollen, um im Januar 80 auf dem 1. KB-Kongress ein Statut verabschieden zu können, bereits im Vorwege zur Farce.

Zur 'Beurlaubung' der AG Schwule

Die AG Schwule wurde am 26.11. vom LG 'beurlaubt'. Grund dieser 'Beurlaubung' ist, daß die AG Schwule bis zu diesem Zeitpunkt eine Anfrage/Beschwerde wegen 'Gerüchtpolitik' unbeantwortet gelassen hatte. Diese Anfrage/Beschwerde war erstmals am 15.10. an die AG Schwule gerichtet worden. Ein Mitglied der ZL (LG-Minderheit) hatte es übernommen, sich um Beantwortung der Anfrage/Beschwerde zu kümmern. Trotz mehrmaliger Nachfrage ließ die AG Schwule sechs Wochen vergehen, ohne zu antworten. Durch 'Beurlaubung' der AG Schwule bis zur Klärung der Sache soll zum Ausdruck gebracht werden, daß derartige „gute Sitten“ (ZL-Jargon) nicht zur Gepflogenheit im KB werden sollten.

Es ist voraussehbar, daß die Genossen der AG Schwule ihre 'Beurlaubung' nun in der „TAZ“, in der linken Schwulen-Presse u.a. als Ausdruck der rigiden Schwulenfeindlichkeit des KB-„Mehrheitsblocks“ zu verkaufen versuchen. Sie seien, so wird es dann wohl heißen, „durch administrative Maßnahmen von der politischen Diskussion ausgeschlossen“ worden.

Richtig ist eher das Gegenteil: Gerade weil die AG Schwule sich der Minderheitsposition der ZL im KB zurechnet, wurde in diesem Fall länger als üblich mit einer 'Disziplinarmaßnahme' gezögert. Gerade weil die AG Schwule Widersprüche zur Mehrheit hat, wurde durch die 'Beurlaubung' weder die Mitarbeit der AG Schwule am AK noch ihre politische Zusammenarbeit mit den anderen schwulen Genossen im KB (so organisierte die AG Schwule am 8./9.12. eine Schwulen-VV im KB) in Frage gestellt. Wer trotzdem das Märchen von der „administrativen Kaltstellung aus politischen Gründen“ glauben will, mag es tun.

„Marxismus und Psychoanalyse“ wenig anfangen, weil nach dem verhassten Freud'schen „Denkmodell“ des „Widerstand“ gegen die „Neurose Homosexualität“ (als Abweichung von der „Normalität“) bereits die Tatsache, daß sich Schwule organisierten, Ausdruck der Krankheit war.

Die Freud'sche Perversionstheorie konnte und kann für fortschrittliche Schwule kein positiver Denkanstoß sein.

Es ist auch nicht so, als ob uns zu Beginn der Schwulenbewegung Anfang der 70er Jahre jene Stellen von Engels und Lenin nicht bekannt gewesen sind. Im Gegenteil! Sie wurden von den homophilen Kadern der diversen ML-Strömungen, die es damals gab, permanent gegen uns in der Schwulenbewegung organisiert. Schwulen ins Feld geführt, um uns aus der Schwulenbewegung in diese diversen Sekten reinzulocken: „Arbeitet erst am Hauptwiderspruch, nicht borniert am Nebenwiderspruch!“, hieß es damals. (Engels hatten wir übrigens vor einigen Monaten selbst im AK ausführlich zi-

tiert.)

Da wir nicht in den bestehenden Sumpf integriert werden wollten, haben wir über den theoretischen Weg, den wir zu unserer Befreiung als Schwule einschlagen mußten, sehr gestritten. Dieser Streit ging quer durch alle linken Fraktionen in der „Homosexuellen Aktion Westberlin“ (HAW), der damals wichtigsten linken Schwulenorganisation. Was uns Linke damals verband, war die gemeinsame Ausgrenzung aus unseren (hetero-)politischen Gruppierungen, in denen wir sonst arbeiteten oder mit denen wir sympathisierten. Aus diesem linken „Ghetto“ konnten wir uns nur freikämpfen, wenn wir einen materialistischen Weg heraus aus dem „Ghetto“ aufzeigen konnten, mit dem wir dann die Philister und die Stümper an der Sex/Schwulenfrage konfrontieren mußten.

Die wichtigsten Ergebnisse dieses Streits um den marxistischen Weg in unserer Frage liegen im „Tuntenstreit“ gedruckt vor. (Ein anderes Papier zur Frage „Warum Schwule

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 30

„unterdrückt werden“ ist lediglich als Manuskript vorhanden). Es ist schon sehr traurig, daß sich We./Pe. nicht zumindest auf diesen Tuntentstreit beziehen, wenn sie mit ihren „Denkmodellen“ an die Öffentlichkeit kommen. Warum verschweigt ihr den Tuntentstreit? Nur heraus damit in den AK!

Hauptanliegen der Revi-Fraktion in der HAW war es, den Nachweis zu führen, „daß die zusätzliche Unterdrückung der Homosexuellen im Zuge einer Verschärfung und Nivellierung eines allgemeinen Drucks im Kapitalismus notwendig (!) im Rückzug begriffen ist; daß die bürgerliche Gesellschaft selbst (!) objektive Bedingungen für die Integration der homosexuellen Minderheit in einem von besonderen Widersprüchen gekennzeichneten Prozeß hervorbringt; es soll nachgewiesen werden, daß die Integration der Homosexuellen nicht im Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen steht; weiterhin soll auf einige Tatsachen hingewiesen werden, daß die Tendenz zur Enttabuisierung der Homosexualität und zur rationaleren Auseinandersetzung mit diesen Formen abweichenden Verhaltens belegen“ (Graf/Steglitz: Homosexuellenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft, in: Tuntentstreit, S.42).

Graf/Steglitz kamen zu dem Ergebnis, „daß die Sonderunterdrückung der Homosexualität kein Wesensmerkmal der kapitalistischen Gesellschaft ist; daß dieses aus vorkapitalistischen Epochen überkommene Phänomen in den Anfängen des Kapitalismus durchgängig und mit weiterer Entwicklung mehr und mehr nur noch sporadisch und reduziert anzutreffen ist; daß also die Diskriminierung des homosexuellen Verhaltens — bedingt durch den Kapitalismus — immanente Faktoren — in einem Angleichungsprozeß dieser besonderen an die allgemeine Unterdrückung der Ausgebeuteten, die nach anderen Kriterien als dem der sexuellen Orientierung differenziert ist, aufgelöst wird...“ (ebd. S. 66) Fazit: Die dem Kapitalismus immanenten ökonomischen Faktoren arbeiten angeblich für die Schwulen, die dann nur noch gegen die leicht bekämpfbaren Rest-Vorurteile kämpfen müssen: „Da die Illusionen der Homosexuellen und die Borniertheit ihres Kampfes doppelt determiniert sind — durch den Fortschritt im Abbau der zusätzlichen Homosexuellenunterdrückung durch objektive Veränderungen im Kapitalismus und durch den Fortschritt im Abbau der antihomosexuellen Vorurteile bei Sozialisten —, besteht eine zentrale Aufgabe homosexueller Sozialisten darin, ihre Selbstverleugung zu überwinden und die antihomosexuellen Vorurteile, die Ängstlichkeiten und Tabus der heterosexuellen Genossen (Genossinnen) wurden mal wieder vergessen — Ann. AG Schwule) offensiv zu kritisieren. Dies wird ihnen jedoch nur in dem Maße gelingen, wie sie Rückhalt in einer breiten Homosexuellenbewegung finden.“ (ebd. S. 67 Punkt 4). Wie wir sehen werden, machten die Revi-Schwulen grundsätzliche Fehler.

Als praktische Konsequenzen dieser Einsichten bildete sich in der HAW eine „Gruppe Nebenwiderstand Sexualunterdrückung“ (GNS) (HAW-Jargon: Gruppe Norm-Schwule). Die Revi-Schwulen hatten sich genau jene Ideologie zurechtgezimmert, mit der sie als Schwule aus ihrer Partei ausgegrenzt wurden. Ein prominentes Ex-Mitglied dieser „Gruppe Norm-Schwule“, mittlerweile eines besseren belehrt, sagte uns kürzlich: „Diese Anpassung hat nichts gebracht!“ Sie konnte nichts bringen, weil man einen Ochsen

nicht melken kann. Der Gruppe, die in Rudimenten noch heute existiert, ist es in all den Jahren nicht gelungen, den SEW/DKP-Vorständen auch nur eine fortschrittliche Stellungnahme zur Schwulenfrage abzurufen. (Nach dem Erscheinen von Günter Amendts neuestem „Sexbuch“ sind die Revi-Schwulen jetzt wieder zu einem Hoffnungslauf angetreten und aus den Startlöchern gehüpft. Es wird beim Hüpfen bleiben.)

Wie können „Tuntent“ Sozialisten sein?

Entscheidender Fehler der „Gruppe Norm-Schwule“ in der HAW war es, daß sie die Homosexuellen als Minderheit mit „abweichendem Sexualverhalten“ begriff. Unter der Überschrift „Wie können Tuntent Sozialisten sein?“ konterteten Hoffmann/Marwitz/Runze gegen den Revi-Ansatz und polemisierten gegen die „Minderheit in den Köpfen der Mehrheit“: „Es ist nicht neu, daß die empirisch vorfindbaren Arten von Sexualität je nach Meßergebnis quantifiziert und katalogisiert werden; können wir doch schon Marquis de Sade als denjenigen vorstellen, der sich um die Kategorisierung bürgerlicher Sexualität verdient gemacht hat. In diesem Sinne führen Graf/Steglitz die Tradition fort, wenn sie Sexualität in Mehr- und Minderheit, in Hetero- und Homosexualität auflösen.“ (Tuntentstreit, S. 77) Es geht also für Sozialisten nicht an, einfach die bürgerlichen Einteilungen von Normalität und Unnormalität (gesund und krank) zu übernehmen, sondern es gilt, die sexuelle Frage insgesamt zu stellen: „Denn zu allererst muß doch von allen begriffen werden, daß die Unterdrückung der Schwulen kein Spezialfall, sondern Ausdruck der allgemeinen Unterdrückung der Sexualität ist. Dies ist das entschei-

dende Bindeglied zwischen Schwulen und Sozialisten.“ (Ebd., S. 80) Die „allgemeine Unterdrückung der Sexualität“ oder, wie die AG Schwule es nennt, „Die Diktatur der Normalität“, steht also im Vordergrund einer Gemeinsamkeit zwischen Schwulen/Lesben und Sozialisten. Diesen Zusammenhang haben leider auch We./Pe. nicht begriffen, wenn sie uns unterstellen: „Vorsichtshalber habt ihr in eurem Beitrag die Schwulenfrage gleich sorgfältig ausgeklammert.“ Bereits in diversen Artikeln hat die AG Schwule immer wieder betont, „daß die Frage der Schwulenunterdrückung nicht losgelöst von der allgemeinen Sexualunterdrückung und diese wiederum mit der allgemeinen Unterdrückung im Kapitalismus verbunden gesehen werden muß.“ (AG Schwule: Sind Schwule eine Minderheit?, in: Schwule Rechte jetzt!, S. 40). Wenn ihr „nur“ auf die Schwulenfrage starrt und nicht gleichzeitig auch auf die Lösung der gesamten „Sexual- und Ehe-Frage“ (Lenin) als Teil der großen Sozialen Frage orientiert, dann werdet ihr im Sumpf landen. Schwule werden zu Homophilen, wenn sie diesen Zusammenhang mißachten: Sie werden bis in alle Puppen eine um Toleranz bettelnde Minderheit bleiben, wenn sie die „Normalität“ der sich als „normal“ empfindenden Mehrheit nicht radikal in Frage stellen! Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Gesellschaft, in der er lebt. „Eine ‚homosexuelle Veranlagung‘ im Unterschied etwa zu einer ‚heterosexuellen Veranlagung‘ gibt es ebenso wenig, wie eine ‚Veranlagung‘ — also eine genetisch bedingte Entwicklungsdisposition — zum Hilfsarbeiter, Generaldirektor oder Zuhälter.“ (zit. nach Tuntentstreit, S. 77)

Hoffmann/Marwitz/Runze weisen im Kapitel „Das Gewaltverhältnis zwischen Mann und Frau verursacht die Stigmatisierung der Schwulen“ darauf hin, daß der Gegensatz maskulin — feminin (der sich ja auch unter den Schwulen in Form des „Kerls“ und der „Tunte“ reproduziert und voneinander separiert) eine durch die Produktionsverhältnisse abgestützte Herrschaftsfrage ist, und daß alles das, was nicht in den Gegensatz männlich — weiblich einzuordnen ist, als „widernatürlich“ abgestempelt wird. Die Verfasser des Aufsatzes „Wie können Tuntent Sozialisten sein?“ geben damit der gesamten Schwulenfrage eine marxistische Grundlage in der

Behandlung der Ehefrage: „Letztlich, und diese Aufgabe ist nur kollektiv zu lösen, kann die Erklärung der Unterdrückung der Homosexualität als wesentliches Moment jeder auf Klassenspaltung beruhenden Gesellschaft nur geleistet werden, wenn wir uns über eine Aufarbeitung der verschiedenen Produktionsweisen und den mit ihr korrelierten Familienformen und damit zugeordneten sexuellen Normkatalog annähern.“ (Ebd., S. 85)

Hier liegt der Weg nach vorn, wer te Mehrheitsschwulen, und nicht im Herumstochern in der Schwulenangst von Engels. Hier findet ihr auch die Erklärung dafür, warum die AG Schwule z.B. mit den ZL-Frauen zusammen die Kritik an den sexistischen „Persönlichen Betroffenheits-Tyraden“ einer Frau Jansen-Jurreit führten (vgl. AK 164 und dieser AK) und führen werden. Der Angriff der Jansen-Jurreit auf die marxistischen Frauen ist auch ein Angriff auf die marxistischen Schwulen, daher wehren wir uns auch gemeinsam. Es war doch Engels und nicht eine Jansen-Jurreit oder andere „neue Philosophen“, der in der „Aufarbeitung der verschiedenen Produktionsweisen und den mit ihr korrelierenden Familienformen“ bahnbrechende Fragestellungen aufwarf und beantwortete.

Deswegen schrieben wir in „Die Schwulenbewegung und die Linke“: „Engels legte mit seinem Spätwerk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ Grundlagen für eine materialistische Kritik der Liebesverhältnisse und gab wichtige methodische Hinweise für weitere Forschungen zu dieser Frage.“ (Wir schrieben dies nicht, weil wir die „Halbgötter in Rot“ auf Knien liegend lesen, ihr Schnuckelchen, sondern weil wir eine „Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse“ dringend brauchen!) Wer freilich nur auf die antischwulen Stellen in Frieda Engels Ursprung stiert, der verliert den „Roten Faden“ in diesem für uns Schwule fundamentalen Werk und läßt die „Blauen Bänder“ zum „Nachschlagewerk“ à la Brockhaus verkommen. Von dieser Herangehensweise bis zur Entdeckung neuer Philosophen ist es dann nur ein Schritt. Uns scheint allerdings, daß ihr den schon getan habt. Na, denn keimt man schön!

AG Schwule (ZL-Fraktion) und eine lesbische Genossin (ZL-Fraktion)

„Das unerhörte Schweigen der Schwulen“

Eine Broschüre an „Schwule, die sich zwar gegenüber ihresgleichen zu erkennen geben, aber nicht in ihrer täglichen Umgebung offen auftreten“, eine Broschüre also an die Millionen Schwulen im Hetero-Gewand, angepaßt und leise, schrieben

wurde. Seit ein bis zwei Jahren steht die Selbstunterdrückung als vorrangig zu bekämpfendes Übel bei Teilen der Schwulenbewegung hoch im Kurs. Nicht so sehr die von Seiten der Gesellschaft und des Staates ausgehende Repression wird angeprangert, sondern vor allem die Art, wie wir uns selbst und andere Schwule unterdrücken. Dementsprechend war der Umgang miteinander der Hauptangriffspunkt schwuler Emanzipation (Motto: 'wärmer leben'). Verloren ging dabei der zwingende Zusammenhang zwischen Unterdrückung und Selbstunterdrückung, wobei letzteres immer nur Folge des ersteren sein kann.

der bundesrepublikanischen Schwulenbewegung — die verstärkten Überfälle auf Schwule in Parks, Schlägereien in schwulen Cafés, Kanzlerkandidatur des erklärten Schwulenhassers F.J. Strauß haben oft im wahren Sinne des Wortes 'schlag-

„Das unerhörte Schweigen der Schwulen“

Eine Broschüre an „Schwule, die sich zwar gegenüber ihresgleichen zu erkennen geben, aber nicht in ihrer täglichen Umgebung offen auftreten“, eine Broschüre also an die Millionen Schwulen im Hetero-Gewand, angepaßt und leise, schrieben Andrew Hodges und David Hutter im Jahre 1974. Der „Verlag Rosa Winkel“ gibt nun als „Schwule Texte 3“ die Übersetzung dieser Kritik an der Selbstunterdrückung heraus.

Die Autoren waren Mitglieder der „Gay Liberation Front“, die sich zum Beginn der 70er Jahre in London bildete. Ebenso wie die GLF in den USA waren ihre Ziele, ein schwules Selbstbewußtsein zu schaffen („Gay Pride“) und die bisher in ihren „Verstecken“ lebenden Homosexuellen für alle sichtbar werden zu lassen („Raus aus den Verstecken, rein in die Straßen“). Gelernt wurde u.a. von der Black-Panther-Bewegung, daß neben den Aktionen gegen die Unterdrückung durch Staat und Gesellschaft auch der Kampf gegen die daraus folgende Selbstunterdrückung geführt werden muß.

Andrew und David zählen ausführlich auf, welche breite Verhaltenspalette von Homosexuellen aufgeboten wird, um lebenslang im Verborgenen sich sicher fühlen zu können. Das Lachen über Schwulwitze, die Pseudo-Ehe, die Abgrenzung von Tuntent, der schwule Dichter, der am laufenden Band Bücher über heterosexuelle Ehe-dramen u.ä. schreibt. Dagegen setzen sie die Aufforderung, aus der Defensive in die Offensive zu gehen, zum Schwulsein zu stehen — und das nicht nur als Homophiler, der bis auf seine sexuelle Vorliebe fürs gleiche Geschlecht sonst genauso wie die anderen ist. Gerade das schamhafte Verschweigen z.B. der Promiskuität, päderastischer oder sadomasochistischer oder wie auch immer 'abweichender' sexueller Wünsche ist genauso Ausdruck von Selbstunterdrückung.

In diesem Sinne ist die Broschüre sicher wertvoll für Schwule im Coming Out, wenngleich uns die von der 'Homosexuellen Aktion Hamburg' herausgegebene Broschüre „Schwulsein heißt sich wehren“ von Rosa von Braunschweig wegen ihrer klaren Gliederung, ihrem ausführlichen Eingehen auf die von den Homosexuellen übernommenen Vorurteile und ihrem Zusammenhang zur bundesdeutschen Schwulenbewegung mindestens ebenso wertvoll erscheint.

Bei der Besprechung der englischen Broschüre können wir nicht außer acht lassen, zu welchem Zeitpunkt die Übersetzung publiziert

wurde. Seit ein bis zwei Jahren steht die Selbstunterdrückung als vorrangig zu bekämpfendes Übel bei Teilen der Schwulenbewegung hoch im Kurs. Nicht so sehr die von Seiten der Gesellschaft und des Staates ausgehende Repression wird angeprangert, sondern vor allem die Art, wie wir uns selbst und andere Schwule unterdrücken. Dementsprechend war der Umgang miteinander der Hauptangriffspunkt schwuler Emanzipation (Motto: 'wärmer leben'). Verloren ging dabei der zwingende Zusammenhang zwischen Unterdrückung und Selbstunterdrückung, wobei letzteres immer nur Folge des ersteren sein kann.

Obwohl die Broschüre dies auch an einzelnen Stellen klarstellt, hervorstechend ist aber mehr die Hoffnung, „daß wir, insoweit wir Handlanger unserer eigenen Unterdrückung sind, sie auch überwinden

der bundesrepublikanischen Schwulenbewegung — die verstärkten Überfälle auf Schwule in Parks, Schlägereien in schwulen Cafés, Kanzlerkandidatur des erklärten Schwulenhassers F.J. Strauß haben oft im wahren Sinne des Wortes 'schlag-' artig klargemacht, von wo in erster Linie die Repression ausgeht. Ein „an der Wurzel packen und ausrufen“ der Selbstunterdrückung, und zwar „hier und jetzt“ kann ganz einfach nicht gelingen, wo doch eingeständenermaßen klar ist, daß wir „gegen die Unterdrückung von außen ... noch einen langen Kampf führen“ müssen! Deshalb ist auch die Vorstellung, „durch ein verändertes, neues schwules Bewußtsein zu einer originären (= ursprünglichen, AG Schwule), anderen schwulen Sozialstruktur (zu) kommen, in der wir unsere besonderen Bedürfnisse entdecken und verwirklichen (!) können“

Beschluß der KB-Schwulen-VV vom 8./9.12.79

Die Vollversammlung der schwulen KB-Mitglieder und Sympathisanten bittet:

1. den Genossen Kt., die in einem Leserbrief „Der Knittel im Haus erspart den Pfisterstrand“ (AK 150) die AG Schwule mit dem Frankfurter Frauenfeind Knittel gleichsetzte (bzw. den Eindruck erweckte, daß wir dessen Verhalten „rechtfertigen“), diese „Johle Unterstellung“ (AK 166) zu überdenken und im AK Stellung zu nehmen;
2. Kt. gleichzeitig darum, seine Vorstellungen im AK darzulegen, wie er sich den Kampf gegen die Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen im konkreten Fall von Sadomasochismus (S/M) vorstellt;
3. die Verfasserin des Leserbriefs, Oh, tut mir der Buxen weh! (AK 157) darum, uns im AK zu erläutern, inwiefern die „S/M-Debatte nicht immer frauenfeindlich war“.

Dieser Antrag wurde von der Vollversammlung mit großer Mehrheit angenommen (20 % Gegenstimmen).

Die folgende Ergänzung wurde mit Mehrheit abgelehnt (20 % Fürstimmen).

Antrag wie oben...

4. Aus der Überschrift von Kts Leserbrief „Der Knittel im Haus erspart den Pfisterstrand“ machte die AG Schwule im Vorwort zu einem in 500 Exemplaren an die gesamte Schwulenbewegung verschickten Sonderdruck: „Die Anspielung auf die Brutalität Knittels in jener Überschrift im AK 150 zum Thema S/M heißt also: „Die Schwulen im KB (im Haus) ersparen den Pfisterstrand.“ Das halten wir für eine demagogische Übertreibung. Denn Kt. hat eine von ihm für falsch gehaltene Einzelposition der AG Schwule in seiner Überschrift polemisch angegriffen. Diese Polemik halten wir zwar für falsch. Wir wehren uns aber gegen die demagogische Übertreibung in der Interpretation durch die AG Schwule. Wir halten dies für umso schlimmer, als die AG Schwule sich mit dieser demagogischen Übertreibung bei der Schwulenbewegung über die Leitung der eigenen Organisation beschwert. Das halten wir für organisatorisch falsch.

(Der Abdruck dieser beiden Beschlußsätze im AK wurde einstimmig gefordert.)

Hamburg, den 9. Dez. 1979

können“. Mehr noch, daß wir die „Selbstunterdrückung ... hier und jetzt an der Wurzel packen und ausrufen“ können. Logisch zwar, daß man/frau etwas lassen kann, was man/frau — selbst macht — logisch aber nur bei isolierter Betrachtung der Selbstunterdrückung. Es ist etwa so, wie wenn man den Frauen ihre Unterdrückung als eigenes Werk unterstellt, weil sie als Mütter schließlich in der Kindererziehung häufig die strengsten Vertreter einer Rollenfixierung auf männlich und weiblich sind.

Die Broschüre unterstützt in der jetzigen Situation also die Tendenz, Fehler und damit Lösungsmöglichkeiten bei sich selbst zu suchen, während das Original zu einer Zeit geschrieben wurde, als dieser Faktor meist völlig außer acht gelassen wurde. Glücklicherweise gibt es in der letzten Zeit eine Gegentendenz in

nen“ solange illusionär, wie die Basis unserer Selbstunterdrückung, die gesellschaftliche Repression, nicht aufgehoben ist.

Trotz dieser Kritik ist die Broschüre geeignet, manch unbewußte Form der Selbstunterdrückung aufzudecken und so dem beliebten Satz „Ich fühle mich nicht unterdrückt“ eine ganze Reihe von Argumenten entgegenzusetzen.

Andrew Hodges, David Hutter: „Das unerhörte Schweigen der Schwulen“, Verlag Rosa Winkel, Westberlin, DM 6,50.

Rosa von Braunschweig: „Schwulsein heißt: sich wehren!“, Homosexuelle Aktion Hamburg c/o Th. Grossmann, PF 302046, 2000 Hamburg 36, DM 3,50.

AG Schwule (ZL-Fraktion)

feminin (der sich ja auch unter den Schwulen in Form des „Kerls“ und der „Tunte“ reproduziert und voneinander separiert) eine durch die Produktionsverhältnisse abgestützte Herrschaftsfrage ist, und daß alles das, was nicht in den Gegensatz männlich — weiblich einzuordnen ist, als „widernatürlich“ abgestempelt wird. Die Verfasser des Aufsatzes „Wie können Tuntent Sozialisten sein?“ geben damit der gesamten Schwulenfrage eine marxistische Grundlage in der

stieren in Frieda Engels Ursprung stiert, der verliert den „Roten Faden“ in diesem für uns Schwule fundamentalen Werk und läßt die „Blauen Bänder“ zum „Nachschlagewerk“ à la Brockhaus verkommen. Von dieser Herangehensweise bis zur Entdeckung neuer Philosophen ist es dann nur ein Schritt. Uns scheint allerdings, daß ihr den schon getan habt. Na, denn keimt man schön!

AG Schwule (ZL-Fraktion) und eine lesbische Genossin (ZL-Fraktion)

Leserbrief

Widerlich und geschmacklos — Na klar!

Zitat: „In der Ortsgruppe Münster des KB wurde bereits die Forderung „Kein S/M im KB und auch nicht anderswo“ gestellt und „spielerisch“ (?) ein entsprechender Plakettenentwurf entworfen. Das finden wir widerlich und geschmacklos! Wehren wir den Anfängen!“ (AG Schwule im AK 166).

Widerlich und geschmacklos finde ich eure bewußten Verfälschungen und faustdicken Lügen. (Und das gleich zweimal im gleichen Wortlaut!) „Wehren wir den Anfängen“, kann ich leider nicht mehr sagen, da diese Vorgehensweise ja mittlerweile Methode bei ZL-Anhängern hat (wovon ich bzw. Münster seltsamerweise schon zum zweiten Mal betroffen bin/ist...?).

Was ihr betreibt, ist Stimmungsmache und versuchte Bauernfängerei. Ich muß sagen, so ein unsolidarisches Verhalten habe ich bisher noch nicht in unserer Organisation erlebt, und ausgerechnet ihr wollt uns aus der Krise führen — da kann frau/man ja nur übel werden... Ich habe nicht nur eine Stinkwut auf euch — dazu mischt sich auch ein Gefühl der Hilflosigkeit, denn was soll frau/man noch machen bei soviel Böswilligkeit, die — und das ist das Hauptproblem für mich — einfach nicht aufhört! Ein böses unbedachtes Wort in Wut kann ich ja verstehen, aber bei euch ZL'ern ist das ja Methode, und das macht mich nicht nur wütend und hilflos — das macht mir auch Angst. Nicht Angst vor eurem beschissenen M a c h t p o k e r , sondern vor eurer Verantwortungslosigkeit, mit der ihr versucht, Keile zu treiben zwischen Mitgliedern unserer Organisation!

Nun konkret zu eurer Lügengeschichte mit dem „Plaketten-Entwurf“: Auf einem GAL-Treffen saß ich neben unserem schwulen Symp; dabei malte ich auf seinen Block o.g. Spruch. Die Ortsgruppe Münster lernte Spruch und Text erst durch den AK kennen! Wenn es von mir eine ernst gemeinte Forderung gewesen wäre, hätte ich darüber mit dem schwulen Genossen diskutiert, „ne Diskussion in der Ortsgruppe gefor-

dert, 'nen Brief an die AG Schwule oder den AK geschrieben. Schüchtern war ich noch nie...“

Als der Genosse die Zeichnung sah, war er ziemlich geschockt. Ich sagte, ich steh dazu, auch wenn ich nicht allzu viel über S/M weiß, mein(t)e aber, genügend Informationen darüber zu besitzen, um mir eine Meinung dazu bilden zu können. Aufgrund dieser Äußerung bat er um den Abdruck des Mao-Zitates („Wer eine Sache nicht studiert hat, hat kein Recht, mitzureden“...). Unser Genosse fragte mich noch, ob ich was dagegen hätte, wenn er die Zeichnung nach Hamburg schicken würde — ich hatte nichts dagegen. In seinem Begleitbrief beschrieb er korrekt die Situation, in der das Ganze entstanden war. Als G. (AG Schwule) ihn empört über den Vorfall anrief, versuchte unser Genosse ihn noch zu beschwichtigen und meinte, das sei von mir doch nicht so ernst gemeint gewesen... Trotz der korrekten Information aus Münster wird meine alleinige Handlung der gesamten OG untergejubelt und das Ganze noch zu einem „spielerischen“ (das Fragezeichen hätte ich euch auch klatschen können) „Plakettenentwurf“ hochgejubelt. Bei Clara, wo nehmt ihr nur soviel Dreistigkeit her? (...).

Was steckt hinter meinem Spruch?

Für mich hat S/M nichts mit alternativer, empfehlenswerter oder wünschenswerter Sexualität zu tun. Im Gegenteil. Ich hinterfrage diese Form der Sexualität genauso wie den Wunsch einer Frau, von ihrem Freund vergewaltigt zu werden. (Und wenn ich das zur Diskussion stelle, tabuisiere ich das nicht, wie ihr es Kt. unterstellt). Ich kann dieses Verhalten, das für mich Symptome einer kaputten Gesellschaft darstellt, mir noch erklären und verstehen, aber das heißt nicht, daß ich das unterstütze — im Gegenteil! Und gerade im KB möchte ich kleinbürgerliche und/oder sexuelle (u.a.) „Fehltrömungen“ be-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 31

kämpfen - wo hab' ich denn sonst noch so 'ne Chance?

Für mich ist es zwar ein Traum: Eine Organisation ohne Frauenfeinde, ohne S/M'ler, ohne Fixer, ohne Selbstmordkandidaten usw. - allerdings wollte ich nicht durch Rauschmisse oder üble Aufnahmeverfahren zu dieser Utopie gelangen, sondern wäre es nicht toll, wenn wir so eine Politik machen könnten, daß diese Menschen mehr Freude am Leben bekommen, ein anderes Bewußtsein, eine andere Perspektive, neue Lebensinhalte ... Ziel: Lust ohne Qual, Lust am Leben, Lust von und mit Genoss(inn)en, Lust an der politischen Arbeit!

Ich weiß, das sind Träumereien - aber das hält mich nicht davon ab, es Stück für Stück zu versuchen! Und der erste Schritt sind Diskussionen darüber, Infragestellung unseres momentanen Lustgewinns (sei's durch Konsum oder in der Sexualität). Das hat mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen nichts zu tun!

Wenn ich gegen die Diskriminierung von Schwulen/Lesben kämpfe, heißt das noch lange nicht, daß ich alles akzeptiere, was sie (oder Heteros) praktizieren. Ich habe den Eindruck, daß eine verhängnisvolle Solidaritätswelle unter den Schwulen (bzw. AG Schwule) mit den S/M'lern läuft. (In eurem Artikel schneißt ihr nämlich laufend Schwule und S/M'ler durcheinander) - nach dem Motto: Erst werden S/M'ler verfolgt, dann Schwule, d.h., daß eine Auseinandersetzung oder Ablehnung von S/M mit einer Schwulenablehnung gleichgesetzt wird. Da macht ihr es euch doch zu leicht!

Ihr sagt, frau/man soll der bürgerlichen Tabuisierung nicht aufsitzen. Klar, aber wenn ich die bürgerlichen Tabus, die bürgerliche Moral oder Sexualität ablehne, heißt das für mich nicht, daß wir ohne unsere, ohne eine eigene, neue Moral, Tabus, Sexualität sind! („Tabus“ z.B. als Schutzmaßnahme, hier fehlt uns auch 'ne eigene Sprache.) Und mit neu meine ich nicht den Blödsinn, den Bornemann in eurem Zitat verbrät.

Zitat: „Wir schreiben niemandem vor, wie er/sie ihre/seine Lust im Bett erlebt oder zu erleben hat, solange keine Gewalt angewendet wird“. Da macht ihr es euch aber leicht! Ist Gewalt nur, wenn etwas gegen meinen Willen geschieht? Wir sind doch so manipuliert, daß wir teilweise unsere Bedürfnisse gar nicht kennen oder entdecken. Ist es keine Gewalt, wenn ich aufgrund meiner verinnerlichten Frauenrolle meinen Freund aufforder, mich zu vergewaltigen? Das ist Gewalt, die uns in unsere Köpfe und Bäuche geimpft worden ist, so schlimm ist das, daß wir schon „freiwillig“ andere auffordern, uns Gewalt anzutun. Ihr tut, als ob das alles freie Entscheidungen seien.

Viele Menschen sagen: Was wollen diese unzufriedenen Kommunisten nur. Die sollen uns in Ruhe lassen, wir sind doch zufrieden, uns geht es gut. Und der S/M'ler sagt: Ich bin zufrieden, laßt mich in Ruhe, und die Frau, die sich vergewaltigen läßt vom Freund, sagt's auch. Aber es ist doch unsere Aufgabe, den „goldenen Käfig“ bewußt zu machen, zu hinterfragen.

Zitat: „Jeder Mensch hat seine eigene Sexualität. Solange das nicht respektiert wird, gibt es keine Grundlage für eine fortschrittliche Sexualpolitik“. Ja, was heißt denn respektieren? In dem Moment, wo ich bestimmte Sexualpraktiken hinterfrage, hakt es doch schon bei euch aus. Daß man die Menschen respektieren kann und hinterfragen, ist euch anscheinend neu?

Aber was der bürgerliche Bornemann bringt, geht mir wirklich zu weit: Sexualität entspricht anscheinend für ihn weitgehend einer „sadosomachistischen Dialektik“, unten liegen setzt er gleich mit masochistischen Tendenzen und unterordnen. Meine Güte, wie billig. Er akzeptiert, was vielleicht weitgehend der Fall ist, und liefert gleich noch für 'ne kaputte Sexualität 'ne Theorie. Und ihr sitzt dem auf.

Na, wenn das so ist, wie Bornemann meint, wollen wir es so behalten?

Beatrix, Münster



Leserbrief

In der Einleitung zu ihrem Artikel „Die Schwulbewegung und die Linke“ legen die Genossen der AG Schwule ihre Absicht dar, einige der traditionellen Sünden bzw. schweren Unterlassungen der kommunistischen Bewegung auf dem Gebiet des „Persönlichen“ (hier besonders der Schwulen) darzustellen. Der Artikel, der dann folgt, wird diesem Anspruch in keiner Weise gerecht: Zwar werden in den Klassikern zaghaft eben solche Lücken aufgezeigt, jedoch nur, um sie sofort mit dürftigen Entschuldigungen wieder zuzukleistern (mindestens fünf mal wird das Argument „keine Zeit“ angeführt). Es ist vor allem zu bestreiten, ob sich diese Zitate Lenins etc. überhaupt auf die Schwulfrage beziehen lassen, da es sich in ihnen immer um die allgemeine Formulierung „Ehe und Sexualität“ dreht und sich noch dazu bei Lenin und Engels eindeutig schwulenfeindliche Zitate finden lassen. Aber es darf hier auf keinen Fall um das gegenseitige Auspielen von Zitaten gehen; stattdessen ist wohl eine nähere Betrachtung des historischen, sozialen und psychologischen Hintergrunds zu diesem Phänomen nötig.

Wenn es die Linke bis heute nicht verstanden hat, sich mit der Schwulfrage auseinanderzusetzen, dann liegt es wohl nicht daran, daß sich Marx, Engels und Lenin zu ihrer Zeit nicht damit auseinandergesetzt hatten (aus welchen Gründen auch immer), sondern doch vielmehr daran, daß bei einer Diskussion über Sexualität sich jeder Einzelne betroffen und „bedroht“ fühlen muß, weil automatisch seine eigene Sexualität hinterfragt wird. Wer aber Schwierigkeiten hat, mit seiner Sexualität umzugehen, wird der Diskussion über Homosexualität so lange wie möglich ausweichen, denn darüber läßt sich nicht so abstrakt und distanziert diskutieren wie etwa über irgendwelche Herrschaftssysteme. In der heutigen Zeit, wo es sich außer den Reaktionen keiner mehr erlauben kann, Schwule wegen ihrer Sexualität offen zu attackieren und zu diffamieren, ist die repressive Toleranzhaltung die bequemste, sicherste, aber auch eine distanzierte und gefährliche Haltung nicht nur der „Linken“.

Thomas Leithäuser schreibt in seinem Vorwort zu Martin Dannecker's „Der Homosexuelle und die Homosexualität“: „Denn Homosexualität un-

terliegt einem besonderen Tabu, von dem alle Menschen zu jeder Zeit betroffen sind und dessen Verletzung für sie eine Verführung bedeutet, die sie aggressiv abwehren müssen. Die Stärke der Aggressivität, mit der diese Abwehr betrieben wird, deutet auf den Grad der Empfänglichkeit für die Verführung. Die Ambivalenz der Verfolger der Homosexuellen, ihre eigene latente Homosexualität, ist die unsiegbare Quelle dieses Hasses“ (p.11). Auch die Klassiker unterlagen dieser Tabuisierung, denn die klaffende Lücke, die sie zwar erkannt haben sollen, aber nicht aufgegriffen haben, entstand doch nicht nur aus Zeitgründen und deshalb, weil der „Kampf um die Behauptung und Festigung des Sowjetstaates“ (Lenin) weitaus dringlicher waren, sondern dahinter stecken wohl auch ganz reale Ängste. Wollen wir doch die Klassiker nicht als unfehlbare, makellose, von jeglicher Sexualverklebung befreite Wesen darstellen (obwohl sie auf dem Gebiet der bürgerlichen heterosexuellen Sexualaufklärung und -enttabuisierung Beachtliches geleistet haben) und ihnen zugestehen, daß auch sie ihre Probleme mit der eigenen latenten Homosexualität hatten, vor allem, wenn man sich überlegt, wie zu jener Zeit die Kirche das Zepter schwang und an offene Sexualdiskussionen nicht oder kaum zu denken war. Dennoch muß vor allem Lenin die Schwulenunterdrückung und der gerade begonnene Schwulenkampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung bekannt gewesen sein, und daher ist es ihm schon vorzuwerfen, sich nie damit konkret auseinandergesetzt zu haben. „Das Erkenntnisprozesse bei einer derart verborgenen ‚Sache‘, wie der Sexualität, wesentlich komplizierter verlaufen, als die Analyse offen zu Tage liegender Herrschaftsverhältnisse“, ist wohl richtig, aber nicht aus einzige Entschuldigung anzuerkennen. Hätten die Paragraphen gegen Abtreibung, Ehescheidung und Homosexualität in den 30er Jahren in der SU so leicht wieder eingeführt werden können, wenn zuvor eine Diskussion darüber gelaufen wäre, zumindest sich Lenin einmal konkret dazu geäußert hätte? Ist es der AG Schwulen nicht aufgefallen, daß sie immer wieder die Zeitgründe für das Nichtbeschäftigen der Klassiker mit der Schwulfrage anführt, dann aber die rückläufige Entwicklung in der SU nicht mit einem

bißchen mehr als den „machbaren Spaß“ haben wollen? Ist das „linker Leistungsdruck“, wenn wir, auch in der Sexualität, für gleichberechtigte Beziehungen eintreten?

Oder was meint die AG Schwule mit diesem Absatz?

Eure Argumentation ist die: Es gibt S/M auf der Welt (sag bloß!); weil's ihn gibt, entspricht er also augenscheinlich Bedürfnissen (tolle Erkenntnis) - und: Bedürfnisse des Menschen sind unantastbar! Und sofern die Menschen bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse - in welcher Form auch immer - Spaß haben, ist die Sache okay.

Irgendwo wird zwar geschrieben: „Die Frage nach dem Zusammenhang von psychischem, d.h. nicht sexuellem S/M und Gewalt ist die Frage nach den sozialen Folgen einer verdrängten Sexualität in der bürgerlichen Klassengesellschaft“, das ist aber auch schon wieder alles.

Eine naive Frage: Wer hat denn die Folterbänke und ähnliche Repressionsinstrumente entdeckt, eingeführt und benutzt? Die „Klassenfeinde“ oder wir bzw. die S/M'ler/innen? Ist es nicht so, daß in den USA eine recht breite S/M-Strömung existiert, mit ausgeprägtem Männlichkeitswahn, und auf der anderen Seite, daß in Kulturen wie im alten Indien, wo die freie Liebe herrschte, S/M nicht existiert?

Außerdem stört mich eine implizite These der AG Schwulen: Die Schwulbewegung sei per se links bzw. fortschrittlich, und sie sei auch per se frauenfreundlich. Das stimmt weder in der Geschichte noch stimmt es heute. War etwa der römische Diktator Cäsar „fortschrittlich“? War die griechische Gesellschaft zu Zeiten Plato etwa besonders frauenfreundlich? Gibt es nicht Faschisten, die auch schwul waren? Zum Beispiel Wagner? Zum Beispiel der Nazi Kosbab? Ist nicht bei manchen das Schwul-Sein mit einer großen Frauenverachtung gekoppelt, die ja auch bei den linken Schwulen in der Form der Annahme gegenüber den sogenannten „Heteros“ eine Abwandlung findet? Weil sie aus dem Schwul-Sein, was für mich erstmal „nur“ eine bestimmte Sexualitätsform ist, eine Ideologie machen?

Wort kommentiert oder hinterfragt?

Es ist schon unverständlich, wenn die AG Schwule über eine Seite lang krampfhaft versucht, in Zitaten und Äußerungen Beweise hervorzukramen, daß den Klassikern die Schwulenproblematik bewußt gewesen war (sie aber deren Behandlung immer wieder „aus Zeitgründen“ aufschoben), nichts außer Lücken findet und dann den Linken ankreidet, „auf Seiten der Schwulbewegung die Resignation und Abwendung vom Marxismus verstärkt [zu] haben und sie spontanen Ideologien ausgeliefert [zu] haben“ (huch!). Abgesehen davon, daß die Schwulbewegung nie marxistisch gewesen ist, wird mit solch einem Satz die Bedeutung von Homolulu, den Schwulendemos in Bremen, Berlin und Stuttgart, die Mitarbeit von Schwulen in alternativen/bunten Listen und BIs als gänzlich unbedeutend abgetan (und ist es nicht der AK, seines Zeichens Zeitung einer kommunistischen Organisation, der in vielen Schwulenzentren zu finden ist?). Durch Schwulsein allein wird man nun mal nicht gleich Kommunist und es ist den diversen linken Gruppierungen und Organisationen ohne Abstriche vorzuwerfen, daß sie sich in der Vergangenheit um Schwule und Lesben einfach nicht gekümmert, sie stattdessen auf später (getreu Lenin) vertröstet oder durch ihren Dogmatismus abgeschreckt haben. Es muß umso mehr die Politik der Schwulen im KB sein, aufzuzeigen, daß das Schwulsein der Einzelnen kein isoliertes Problem darstellt, sondern gesamtgesellschaftlich zu sehen ist. Mit alten Klassiker-Zitaten jedoch, die im Grunde nichts zur Schwulfrage aussagen, locken wir keine Katze hinter dem Ofen vor. Wäre es nicht angebrachter, eine offene Diskussion über neu erschienene Bücher (wie z.B. M. Dannecker, „Der Homosexuelle und die Homosexualität“) zu führen, die dann in die Schwulengruppen mit hineingetragen werden kann? Auch G. Hocquenghem wäre es wert, ausführlicher zitiert und diskutiert zu werden als Vertreter der Auffassung, „alle Männer schwul [zu] machen“. Solche Auseinandersetzungen wären weitaus ergiebiger für die Schwulbewegung und den einzelnen Schwulen, als die Lücken in Marx', Engels' und Lenins Schriften und Äußerungen aufzudecken.

Werner und Peter, zwei schwule Genossen aus Frankfurt

Schwule aus Frankfurt

Mich, als Frau, würde zudem eine Einmischung der AG Lesben dazu interessieren. Außerdem noch zu zwei weiteren Fragen: Pädophilie und S/M in der Lesbenbewegung. Bislang habe ich nur Männer dazu gehört.

Die Frage der Gewalt ist natürlich kein „Privileg“ des S/Ms. Gewalt, das ist banal, beherrscht unser ganzes System, auf allen Ebenen wird manipuliert, fremdbestimmt und entfremdet, ausgebeutet, unterdrückt. Die Frage ist aber, wie wir, als Kommunist/innen, dagegen kämpfen wollen. Ich möchte, daß bestimmte Sachen, die heute uns und anderen Spaß machen, einem nicht mehr Spaß machen. Meine Moral ist nicht: „Alles, was Spaß macht, ist gut und richtig“. Und hätte noch ein ganzes Volk daran Spaß! Ich halte nicht S/M'ler/innen für „perverse“ oder „krank“ - diese Gesellschaft halte ich für pervers, mit der habe ich einen Unvereinbarkeitsbeschluss!

Schließlich zu meinem damaligen Hinweis „Faschisten, Spaß und Folter“. Dieser Hinweis war in dem Sinne unpassend, als (makabre Logik) kein Lustverhältnis zwischen Folterern und Opfern existiert (obwohl vor einigen Jahren eine italienische Regisseurin sich nicht geschämt hat, auch dies zu problematisieren). Allerdings ist eure Antwort verblüffend: Wo bitte schön sei es System, daß Faschisten, wo es „zu offensichtlich“ sei, von ihrem widerlichen Job abgesetzt werden? Im Gegenteil ist es doch so, daß weiß jeder und jede Antifaschist/in, daß, ob in Chile oder unter dem NS-Regime sexistische Folterungen gerade an Frauen immer an der Tagesordnung sind - und diese ekelhafte Figuren, wenn sie Ratten in die Vagina von chilenischen Frauen stecken, wenn sie sie zu mehreren vergewaltigen, denken sie bestimmt nicht dabei an das Wirtschaftsprogramm von Pinochet oder ähnliches.

Faschismus ist nicht nur ein Apparat - Faschismus ist auch Ideologie, die sich auf alle Lebensbereiche erstreckt; es gibt dabei nicht nur eine faschistische Ästhetik, sondern auch eine faschistische Sexualität.

E., KB/Gruppe Frankfurt

Beatrix aus Münster schreibt uns zum SM-Teil unserer Artikelserie einen empörten Brief, weil wir die Frechheit besessen hätten, einen spielerischen Plakettentwurf („SM - Nein danke“ usw.) der gesamten Ortsgruppe Münster anzulasten. Sie selbst sei die Urheberin. Bis hierher können wir B.'s Wut verstehen und entschuldigen uns für die Verwechslung. Nun geht's aber weiter - und nun, liebe SM-Genossen in der h a l b des KB, die ihr euch nicht raustraute, paßt auf: „Als der Genosse die Zeichnung sah, war er ziemlich geschockt. Ich sagte, ich steh dazu, auch wenn ich nicht allzu viel über SM weiß, mein(t)e aber, genügend Information darüber zu besitzen, um mir eine Meinung dazu bilden zu können.“ Lernprozesse sind wohl auch nach unserem eigentlich sehr eindeutigen Artikel bei dir und anderen nicht gefragt. Das gesunde Volksempfinden (denn woher hast du deine mageren Informationen über SM - wenn nicht aus irgendwelchen Pornos) ist offensichtlich stärker als der Wille zur Klarheit im Kopf. Es ist schon ein starkes Stück, daß du dich einfach weigerst, nachzudenken und zu lernen, und dazu noch auf dieser Weigerung dein sexuelles Weltbild aufbaust und verbreitest.

„Ich kann dieses Verhalten, welches für mich Symptome einer kaputten Gesellschaft darstellt, mir noch erklären und verstehen, aber das heißt nicht, daß ich das unterstütze - im Gegenteil! UND gerade IM KB möchte ich kleinbürgerliche und/oder sexuelle (u.a.) Wohlströmungen bekämpfen - wo hab ich denn sonst noch so 'ne Chance?“ Uns graust es vor diesem KB/AAO oder KB/Jesus People in deinem Kopf.

Woher nimmst du überhaupt das Recht, Leuten mit einer anderen Sexualität als der deinen Vorschriften zu machen? Außerdem sehen wir einen ganz großen Fehler im Vergleich von kleinbürgerlichen und/oder „sexuellen“ Fehlströmungen. Kleinbürgerliches Bewußtsein in unseren Reihen, das z.B. auch in der Auffassung bestehen kann, kleinbürgerlicher Spießmoral im KB den Stempel „sozialistisch“ aufzudrücken und als Keimformmoral hochzujubeln und damit zu allem Überfluß auch noch Politik zu machen, werden wir natürlich bekämpfen. Aber wir werden bestimmt nicht, wie du das vielleicht vorhatst, irgendwem Vorschriften darüber machen, wie er am

vielleicht vorhatst, irgendwem Vorschriften darüber machen, wie er am besten seinen Orgasmus zu kriegen hat. Da kannst du bis in die Träume der Genossen und Genossinnen gehen und rumwühlen in einem waren Sumpf von sogenannten Perversionen. Wir haben im KB wahrhaftig was anderes zu tun, als mit unseren Genossinnen und Genossen Psychoanalyse zu betreiben und unsere eigene kaputte Psyche zum Nabel einer neuen Moral zu machen. „Wäre es nicht toll, wenn wir so eine Politik machen könnten, daß diese Menschen mehr Freude am Leben bekommen, ein anderes Bewußtsein, eine andere Perspektive, neue Lebensinhalte Ziel: Lust ohne Qual, Lust am Leben, Lust von und mit

Genossinnen, Lust an der politischen Arbeit!“ Ja, setzt du etwa ein revolutionäres Bewußtsein mit einer in deinem Sinne chemisch gereinigten Sexualität gleich? Du wirfst uns unsere Solidarität mit S/Mlern vor, wohlgerne Leute, die ihre Auffassung von Sexualität nicht - im Gegensatz zu dir - als der Weisheit letzter Schluß verbreiten, sprichst in diesem Zusammenhang sogar von einer „verhängnisvollen Solidaritätswelle“ unter den Schwulen nach dem Motto „erst werden S/Mler verfolgt, dann Schwule“ usw. Aber sicher, Beatrix, denn von Leuten, die von Ausgrenzung und Ablehnung ihnen nicht genehmer Menschen reden, führt leider eine gerade Linie zu Leuten, die diese Menschen letztendlich ausrotten wollen, und uns als sexueller Abweichler gleich mit.

.... wenn ich die bürgerlichen Tabus, die bürgerliche Moral und/oder Sexualität ablehne, heißt das für mich nicht, daß wir ohne UNSERE, ohne eine EIGENE, eine NEUE Moral, Tabus, Sexualität sind!“ Nach deinen genauen Ausführungen über deine Vorstellungen von sauberer Sexualität, können wir eigentlich keine Unterschiede zwischen deiner und der herrschenden bürgerlichen Moral feststellen, auch wenn du noch so oft die Sternchen UNSERE, EIGENE, NEUE draufdrückst.

Eine lesbische Genossin im KB (ZL-Fraktion, noch nicht beurlaubt!)

Auf dem Weg zur kinderfreundlichen Organisation

2. Arbeitstreffen „Kinder im/und KB“

Mitte November fand das 2. Arbeitstreffen „Kinder im/und KB“ zur Vorbereitung des ersten KB-Kongresses im Januar statt. Teilnehmer waren im wesentlichen Elterngenoss(inn)en sowie Genossinnen und Genossen, die anderweitig mit Kindern zu tun haben. Nach unserem Überblick war der überwiegende Teil der Ortsgruppen, in denen es Kinder gibt, vertreten. Stark vertreten waren Eltern mit sehr jungen Kindern (bis 3 Jahre), den „Wunschkindern“ im KB; Eltern älterer Kinder waren demgegenüber eine Ausnahmeerscheinung.

Während die erste Arbeitskonferenz im April sich im Wesentlichen mit der Arbeit in alternativen pädagogischen Projekten (in denen auch die meisten Kinder im KB leben) beschäftigte, stand diesmal die Situation der Kinder und Eltern im KB im Vordergrund. Vorbereitet war diese Diskussion durch die Wiederaufnahme der Diskussion „Kinder im KB — die ungeliebten Wesen“ im AK 165 und 166. Unterstrichen war die Notwendigkeit dieser Diskussion durch die seit August laufende Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion, die mit ihrem Kampf gegen „kleinbürgerlichen Individualismus“ auch die Situation von Kindern und Eltern im KB in Frage gestellt hatte. Auf der Arbeitskonferenz waren die ZL-Kämpfer gegen den „kleinbürgerlichen Individualismus“ (obwohl einige Eltern unter ihnen sind!), nicht erschienen. Wahrscheinlich hatten sie gerade wieder ein wichtigeres Fraktionstreffen.

Zur Rolle der Eltern

Diskussionsgegenstand auf der Konferenz war insbesondere der Artikel „Auch in der Kinderfrage — mehr Keimform bitte“ (AK 166, S. 33) und der Entwurf von 14 Thesen (im Verlauf der Konferenz wurden 16 daraus), die dem Kongreß vorgelegt werden sollen (s. Abdruck in diesem AK). Einigkeit wurde bei der Diskussion darin erzielt, daß gegenwärtig ein sehr drückender Widerspruch für die Elterngenoss(inn)en besteht zwischen der Aufgabe, ein Kind zu erziehen, und der politischen Arbeit im KB. Das Hauptproblem bei der Bewältigung dieses Widerspruchs besteht in der Ignoranz der kinderlosen Genoss(inn)en, der kinderfeindlichen Geschichte des KB (und den daraus resultierenden sektiererischen oder angstvollen Vorstellungen im eigenen Kopf).

Trotzdem, es gibt bei den Problemen der Elterngenoss(inn)en und Kinder nicht nur den „objektiven Faktor“ — die Organisation. Entscheidend war für die Arbeitskonferenz auch die Diskussion des „subjektiven Faktors“, des Verhaltens und der Ansichten der Elterngenoss(inn)en selbst. In einigen Fragen herrschte da Uneinigkeit:



— Inwiefern und wie verursachen wir die Probleme unserer Kinder?
— Welche Aufgaben haben wir im Interesse unserer Kinder bei der Veränderung des KB zu einer Organisation, in der Kinder eine Selbstverständlichkeit sind, zu erfüllen?
— Wie behandeln wir Elterngenoss(inn)en, die ihre Kinder schlagen oder anders gemein zu ihnen sind?

„Linke Familienpolitik“?

Dem Artikel „Auch in der Kinderfrage — mehr Keimform bitte“ wurde der Vorwurf gemacht, zumindest in der Tendenz „Familienpolitik“ zu betreiben, d.h. indirekt Propaganda zu machen für stabile Beziehungen zwischen Elternteilen. Trennung von Beziehungen (auch mit Kindern) sei etwas ganz Natürliches, ja in dieser Hinsicht sei nach Aufnahme der Frauenpolitik mancher Fortschritt gemacht worden. Beziehungen würden nicht mehr auf Krampf weitergeführt, sondern viel früher in Frage gestellt. Der Artikel stelle diesen Fortschritt doch etwas in Frage. Zudem sei in mancher Beziehung schon vor der Geburt des Wunschkindes der Wurm gewesen. Entscheidend sei immer die Frage, ob solche Beziehungen im Clinch auseinandergehen, der das Kind belastet und ob eine befriedigende Folgelösung für das Kind gefunden wird.

Die Vertreter(innen) dieser Position argumentieren dabei aus eigenen schlechten Erfahrungen. Derzeit stehen ihre Kinder, teilweise einige Monate alt, als Wunschkinder in einer Beziehung geplant, vor der Situation,

drei Tage bei der Mutter zu sein, drei Tage beim Vater, tagsüber in einer Babyinitiative und eventuell noch den einen oder anderen Tag bei Ersatz- oder Pateneltern. Entsprechend legten die Kritiker(innen) der familienpolitischen Tendenz in besagtem Artikel besonderen Wert auf die Diskussion um diese Folgelösungen von auseinandergebrochenen Elternbeziehungen. Zunächst wurde dieser Kritik entgegengehalten, daß es gar nicht Absicht des Artikels in AK 166 gewesen sei, zum Kitten kaputter Beziehungen aufzurufen, sondern deutlich zu machen, vor welchem Hintergrund Beziehungen auseinanderbrechen und zur Veränderung widriger Umstände in der Organisation, die dieses Scheitern (mit)verursachen, aufzurufen. Mit dieser Feststellung allerdings wäre der Widerspruch nur teilweise ausgeräumt gewesen.

Widerspruch nur teilweise ausgeräumt gewesen.

Denn wir hatten es im AK 166 tatsächlich als schlimm bezeichnet, daß Beziehungen mangels Unterstützung von anderen Genoss(inn)en vor dem Druck der Unvereinbarkeit von Kindererziehung und politischer Arbeit zerbrechen. Und wir hatten die Folgen für die Kinder angegriffen: aus Wunschkindern werden Kinder, die sich ihrer Bezugspersonen unsicher sind, genervte Eltern haben, im schlimmsten und leider nicht allzu seltenen Fall durch die Gegend geschoben werden.

Und tatsächlich ging es in der Debatte um „familienpolitische Tendenzen“ im Grunde darum, ob und inwieweit einem Kind Instabilität, Un-

sicherheit und Ersatzlösungen zugemutet werden können bzw. inwieweit sie „unvermeidbar“ sind. Die Kritiker(innen) des AK 166 gehen davon aus, daß Trennungen von Eltern eben passieren, daß ein Kind sie verarbeiten muß und kann, wenn sie nicht allzu unangenehm ablaufen. Demgegenüber stand die Position, daß den Kindern im KB in dieser Hinsicht in der Vergangenheit einfach zu viel zugemutet worden sei, daß mit diesem „Herumexperimentieren“ Schluß sein müsse. Jeder habe das Recht, ein Kind zu machen (im KB, im übrigen, wie eine Genossin bemerkte, explizit seit 1973, was schon damals einige Genoss(inn)en zu der Befürchtung veranlaßte, aus dem Kommunistischen Bund werde ein Kinderhüt-Bund werden).

Klar sein müsse aber vorher, in welchem Rahmen ein Kind aufwachsen soll. Dabei haben wir sicherlich keine familiepolitischen, sondern zutiefst „unmoralische“ Vorstellungen: in der Beziehung zwischen Mann und Frau, in einer Beziehung zwischen zwei Frauen oder Männern, als Kind einer Mutter, die allein die Verantwortung tragen will und was es dergleichen noch gibt. Auf die Langfristigkeit und Ernsthaftigkeit dieses Rahmens, dieser Verhältnisse muß Kind sich allerdings verlassen können. Diese Position schlägt sich in These fünf nieder und fand auch die Zustimmung derjenigen, die eingangs die „Familienpolitik der Kinderkommission“ kritisiert hatten.

Mit dieser These wollen wir allerdings nicht denjenigen Genossen und (weniger) Genossinnen, denen bisher immer irgendein Argument zu Munde war, um Genoss(inn)en ihren Kinderwunsch auszureden („politisch unverantwortlich“, „diese Welt ist zu schlecht für Kinder“, „Warte doch bis nach der Revolution“, „AKW-Bewegung ist politisch wichtiger als Kinderinitiative“ usw. usf.), ein neues Argument liefern. Stattdessen bedeutet diese These, daß wir als Eltern, die im KB Kinder erziehen, selbstkritisch reflektieren, wo der Wunsch, ein Kind zu bekommen, vielleicht übereilt war oder vielleicht sogar Beziehungskitt. Daß wir unsere Erfahrungen mit Kinderkriegen, Kinderhaben und dem Vereinbaren dieser Tatsache mit unserem Leben als KB-Genoss(inn)en auswerten und mitteilen. Denn wir hatten uns das wohl alle etwas anders und besser vorgestellt.

Kinder? Elternsache!

Kinder? Elternsache!

Die auf der Arbeitskonferenz verabschiedeten Thesen versuchen, Rechte für Kinder und Eltern festzulegen. Bleibt die Frage, wer sie durchsetzt, wie sie durchgesetzt werden. Auch hierzu gab es zwei Positionen.

Die eine Position widersprach dem Vorschlag, den Elterngenoss(inn)en die besondere Verantwortung für die Durchsetzung von Kinderinteressen zuzuweisen. Elterngenoss(inn)en ständen schon in der Doppelbelastung von Kindererziehung und politischer Arbeit, die Sorge um die Rechte der Kinder, die Verantwortlichkeit für die Diskussion in der Organisation sollten nun die kinderlosen Genossen bzw. einige von denen

übernehmen, denen Eltern dann gerne behilflich seien. Als Parole gaben die Vertreter dieser Richtung aus: „Kinder(arbeit) zur Aufgabe der gesamten Organisation machen!“

Diese Position hat Tradition in der jungen Geschichte der Kinderfrage im KB. Aus dem berechtigten Unmut über mangelnde Unterstützung durch kinderlose Genoss(inn)en, „die Organisation“ usw. ziehen Elterngenoss(inn)en die Konsequenz, die Kinderfrage im KB mit der Brechstange bzw. auf Verordnungsweg lösen zu wollen: Die kinderlosen Genossen sollen jetzt die Probleme der Kinderbetreuung, der Arbeit in der Kinderinitiative lösen und angehen und den Elterngenoss(inn)en endlich Luft geben für andere Arbeitsbereiche.

Demgegenüber war schon auf dem Vorkongreß im Dezember 1978 und der Arbeitskonferenz im April argumentiert worden, daß die Elterngenossen selbst die Interessen der Kinder einbringen müssen, selbst auf die notwendigen Veränderungen in der Organisation drängen müssen, selbst durchsetzen müssen, daß ihre Arbeit in der Kinderinitiative als gleichberechtigte, politische Arbeit anerkannt wird — und von dieser Position Forderungen an die anderen Genoss(inn)en stellen.

Dies wurde von einer deutlichen Mehrheit auf der Arbeitskonferenz unterstrichen. Gerade in solchen Fragen, die vor Jahren im KB noch nicht erlaubt und dann über weitere Jahre reine Privatsache waren, die für uns also Neuland sind, muß irgendjemand da sein, der der Organisation auf die Füße tritt, sich um dieses Feld zu kümmern. Dies zeigt nicht zuletzt die Erfahrung aus der Frauenarbeit der letzten Jahre. Auch in diesem Punkt wurde Einigkeit erzielt.

Zur Behandlung von Gewalt gegen Kinder

Uneinigkeit blieb in der Diskussion um These 6, die körperliche und psychische Mißhandlung und Vernachlässigung von Kindern als unvereinbar mit der Mitgliedschaft im KB bezeichnet. Zu diesem Problem gibt es seit dem Vorkongreß 1978 die Position, daß Genoss(inn)en, die (ihre) Kinder schlagen, in der Regel beurlaubt werden sollen, analog zur Behandlung von Gewalt gegen Frauen.

Im Thesenvorschlag ist diese Regelung nicht aufgenommen, u.a. aus folgenden Gründen:

— Es sollte deutlich gemacht werden, daß wir körperliche, psychische Mißhandlung und Vernachlässigung gleichermaßen verurteilen. Alle drei, insbesondere die beiden letztgenannten Arten von Fehlverhalten sind sicher nicht immer eindeutig bestimmbar, Grenzfälle werden viel häufiger auftreten, so daß keine für alle gleiche regelmäßige disziplinarische Konsequenz angebracht erscheint.

— Der Druck, der auf Elterngenoss(inn)en lastet, ist größer als bei einem Chauvinisten.

— Kinder haben weit weniger als Frauen die Möglichkeit, Fälle von Gewalt u.a. öffentlich zu machen. Sie können auch seltener ihre Sachen

Fortsetzung nächste Seite

Thesen zum Leben und Arbeiten mit Kindern und ihren Interessen

Diese Thesen schließen an an den Artikel „Auch in der Kinderfrage — mehr Keimform bitte“ in AK 166, S. 33.

1. Das Hauptproblem bei der Lösung des Widerspruchs zwischen der Erziehung eines (oder mehrerer) Kindes/er und der politischen Arbeit im KB liegt in der Ignoranz der meisten Genoss(inn)en in diesem Widerspruch gegenüber. Es wird nicht als Aufgabe der Organisation verstanden, tatkräftig an der Lösung dieses Widerspruchs zu arbeiten, sondern den Eltern als individuelle Aufgabe gestellt.

2. Insofern sind Theorien, die davon ausgehen, das Hauptproblem in der Kinderfrage bestehe darin, daß Elterngenoss(inn)en bzw. werdende Elterngenoss(inn)en die Existenz eines Kindes zum Vorwand für den Rückzug ins Privatleben nehmen, zurückzuweisen. Sicherlich hat es solche Fälle auch im KB gegeben. In der Regel aber ist die mangelnde Unterstützung aus der Organisation und der Druck kinderloser Genoss(inn)en Ursache dafür, daß Genoss(inn)en keine Perspektive mehr für eine Arbeit im KB sehen.

3. Kinder von Genoss(inn)en haben ein Recht auf Liebe, Zuwendung und eine Erziehung, die sie in die Lage versetzt, an unsere politische Arbeit (sofern sie gut war) anzuknüpfen und weiterzumachen. Den Kindern zu diesen Rechten zu verhelfen, ist Aufgabe aller Genoss(inn)en. Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei den Elterngenoss(inn)en.

4. Kinder im KB haben das Recht auf emotionale Sicherheit. Dabei gibt es die unterschiedlichsten Rahmen für diese Sicherheit: die Beziehung zu zwei Elternteilen; zu einer alleinstehenden Mutter, zu zwei Frauen, die gemeinsam für die Erziehung verantwortlich sind; zu bestimmten Kindern, mit denen es befreundet ist, Er-

ziehern in einer Initiative etc.. Sicherheit gewinnen Kinder in solchen Verhältnissen, wenn sie sich auf deren Langfristigkeit und Ernsthaftigkeit verlassen können.

5. Es ist mit der Mitgliedschaft im KB vereinbar, ein Kind körperlich oder psychisch zu mißhandeln oder zu vernachlässigen. Grundeinheiten und Anleitungen sind verpflichtet, solche Fälle zu diskutieren und angemessene Konsequenzen zu beschließen bzw. vorzuschlagen.

6. Grundeinheiten und Anleitungen haben durch Diskussionen, Beschlüsse und - wo notwendig - Hilfsmaßnahmen sicherzustellen, daß Elterngenoss(inn)en ihren Kindern die notwendige Liebe, Zuneigung und Erziehung entgegenbringen können, ohne deshalb die politische Arbeit ganz oder weitgehend aufzugeben. D.h. nicht - wie in der Vergangenheit teilweise gefordert - „daß die Grundeinheiten das „Kinderhüten“ organisieren. Das hat schon genug Kindern (und Genossen/Genossinnen) Nerven gekostet. Es geht vielmehr darum, Elterngenoss(inn)en bei einer guten Unterbringung ihre Kinder behilflich zu sein, politische Termine so einzurichten, daß Genoss(inn)en mit Kindern sie wahrnehmen können, politische Arbeitsbereiche so zu verteilen und zu diskutieren, daß auch Elterngenoss(inn)en sie wahrnehmen können, sich bei Demonstrationen u.ä. darüber den Kopf zu zerbrechen, wie die Kinder betreut werden können usw.

7. Elterngenoss(inn)en im KB haben das Recht, sich allein zu treffen, um ihre Probleme und die ihrer Kinder zu diskutieren. Den Elterngenoss(inn)en wird wärmstens empfohlen, dies regelmäßig zu tun.

8. Angesichts der Tatsache, daß ca. ein Viertel der BRD-Bevölkerung Kinder sind

und der überwiegende Teil der Bevölkerung Kinder hat, ist die Beschäftigung mit der Kinderfrage selbstverständlicher, unverzichtbarer und gleichberechtigter Bestandteil unserer politischen Arbeit.

9. Der Alltag der Kinder in der BRD ist zum einen dadurch gekennzeichnet, daß die BRD fast alle Negativ-„Rekorde“ der Kinderfeindlichkeit unter den imperialistischen Staaten hält: höchste Säuglingssterblichkeit, höchste Zahl von Verkehrsunfällen mit Kindern, höchste Zahl von Kinderselbstmorden. Zum anderen ist nach einem Infragestellen der Normen bürgerlicher Dressur-Erziehung in Folge der antiautoritären Erziehung in den letzten Jahren ein „Roll-back“ eingeleitet worden: Schließung und Austrocknung alternativer Erziehungsprojekte mit spärpolitischen und offenen politischen Begründungen, Schließung von staatlichen Kindertageseinrichtungen und damit Verschlechterung der bestehenbleibenden, massive Erhöhung des Drucks in der Schule, reaktionäre Säuberung und Ausrichtung der Lehrpläne, polizeiliche Überwachung, Rückkehr zum Heimterror im geschlossenen Erziehungswesen, ...

10. Für die bürgerlichen Parteien und den Staat existieren Kinder lediglich als Teil von „Familien“. Eltern werden gezwungen, Eltern zu werden (§ 218), obwohl sie überhaupt keine Möglichkeit haben, ein Kind großzuziehen. Ergebnis sind Mißhandlungen, Aussetzungen, Kindesmorde. Die familienpolitische Diskussion der bürgerlichen Parteien geht im wesentlichen darum, wie man Menschen dazu bewegt, Familien zu gründen und Kinder zu bekommen, ohne die Situation der Familien und insbesondere der Kinder verbessern zu müssen. Die CDU/CSU hat schon angekündigt, diese Art von Familienpolitik zu

einem Schwerpunkt ihres Wahlkampfes zu machen.

11. Die Entlarvung des familienfreundlichen Geredes, das Eintreten für eine Verbesserung der materiellen Situation der Kinder, gegen Repression, Indoktrination und Druck, ist die Aufgabe der gesamten Organisation; nicht nur derjenigen, die Kinder haben.

12. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Mitarbeit in den bestehenden fortschrittlichen Kinderinitiativen. Zum einen sind das diejenigen Menschen, die ähnliche Vorstellungen gegen bürgerliche Erziehung und für freie Kindererziehung haben. Zum anderen sind die meisten unserer Kinder (gerade aus diesen Grund) in solchen Initiativen untergebracht und fühlen sich dort wohl.

13. Insbesondere in diesen Initiativen (wie auch in der Bündnispolitik generell) ist die überhebliche Vorstellung, die letzten pädagogisch-politischen Ratschlüsse verteilen zu können, völlig unangebracht. Nach wie vor machen es sich Genoss(inn)en zu einfach, indem pädagogische Modelle bzw. Vorstellungen angennommener „Klassiker der Erziehung“, die in der Regel nicht die Bewährungsprobe bestanden haben, zumindest aber unter gänzlich anderen Bedingungen zustande kamen, unkritisch übernommen und als „proletarische Erziehung“ angepriesen werden.

14. Uns sollte es demgegenüber darum gehen, Positionen zur Kindererziehung zu entwickeln aus den Erfahrungen und Diskussionen in bestehenden Initiativen, aus der Untersuchung der Erfahrungen alternativer Erziehung seit 1967/68 und davor liegender Erfahrungen (unter denen die

sonst falsch verstandenen „Klassiker“ auch ihren Platz haben).

15. Genoss(inn)en, die in Kinderinitiativen mitarbeiten, haben nach wie vor mit dem Vorwurf zu kämpfen, dort etwas vollkommen unpolitisches zu tun. Politisch ernst genommen werden sie erst, wenn Sie ihre Initiative zur Unterschrift unter Aktionsentwürfen oder Resolutionen zu „anerkannten“ politischen Themen bewegen. Wir halten demgegenüber die Entwicklung fortschrittlicher Erziehungspraxis in diesen Alternativen, die auf Kinder bezogene Öffentlichkeitsarbeit dort, sehr wohl für eine fortschrittliche politische Praxis, an der wir mitwirken und in die wir unsere Vorstellungen einbringen. Entsprechend ist diese praktische Arbeit in Zellen, durch Anleitungen etc. als politisches Arbeitsfeld gleichberechtigt zu behandeln. Die Nichterkennung der Arbeit in Initiativen hat andererseits zur Folge, daß Genoss(inn)en bisweilen diese Projekte als reine Selbsthilfeeinrichtungen betrachten, in denen ihre Kinder eine menschenwürdige Erziehung bekommen.

16. Die im KB anzutreffende Ignoranz gegenüber Kinder von Genoss(inn)en findet sich immer noch auch im Verhalten derjenigen Genoss(inn)en wieder, die berufsmäßig mit Kindern zu tun haben (Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter u.ä.). Kinder sind aber etwas anderes als eine Akte, die man im Büro bearbeitet, oder ein Stück Metall, das man in Form bringt. Genoss(inn)en haben sich auch im Beruf Kindern gegenüber solidarisch zu verhalten und unter ihren Kolleginnen und Kollegen Überzeugungsarbeit in diese Richtung zu leisten. In den davon betroffenen Bereichen ist diese Seite der Arbeit als gleichberechtigte und selbstverständliche politische Arbeit zu behandeln.

Fortsetzung von Seite 33

packen und abhauen. D.h., bei der Bekämpfung solcher Unsitten sind wir weit stärker auf die Bereitschaft der Genoss(inn)en zum Eingestehen von Fehlverhalten angewiesen. Die vorgeschlagene Regelung läßt mehr Spielraum für im Einzelfall wirkende Maßnahmen.

Die Befürworter(innen) einer Regelung, die für körperliche Gewalt Beurlaubung vorsieht, argumentieren demgegenüber, daß sich solche Argumente auch für den Chauvi finden lassen, der eine Frau schlägt. Man solle das ganze nicht von der Situation der Erwachsenen, sondern der der Kinder betrachten. Körperliche Gewalt sei der schärfste Ausdruck der Unterdrückung von Kindern. Kinder seien wehrloser als Frauen. Deshalb sei hier die Beurlaubungsregelung dringend geboten.

Die Mehrheit der Arbeitskonferenz sprach sich für die vorgeschlagene Formulierung aus; die Kritiker(innen) wollen einen Alternativvorschlag machen und begründen: *Dessenungeachtet sei angekündigt, daß die Vertreter beider Positionen es ernst meinen damit, daß KB und körperliche oder psychische Mißhandlung und Vernachlässigung von Kindern zwei Sachen sind, die einander ausschließen!*

Was hat das noch mit Politik zu tun?

Auf diese Frage kam angesichts dieser Diskussionen (die nicht die einzigen auf der Arbeitskonferenz waren, alle Thesen wurden diskutiert) ein Genosse, teilweise von einem weiteren unterstützt.

Seiner Meinung nach ist das Anprangern der gesellschaftlichen Kinderfeindlichkeit, der Mißstände, das öffentliche Aufstellen von Forderungen an den Staat politisch. Die Dis-

kussion um die Veränderung in der Organisation bzw. von Eltern sei zwar wichtig, aber eben nicht politisch. Entsprechend fand sich im Bericht aus der Stadt, aus der der Genosse kommt, viel über die „politische Arbeit“ in den Kinderinitiativen, nichts über die Verhältnisse der Eltern-genoss(inn)en, ihrer Kinder und deren Probleme (es soll da keine geben!).

Dieser Ansicht wurde zweifach widersprochen. Ein Genosse bewertete es schon als Politikum, Kinder zu haben und so zu erziehen, wie wir es wollen. In weiteren Beiträgen wurde herausgestellt, daß sich aus der Tatsache, als Genosse/in Kinder zu haben, eben einiges ergibt, z.B. der Einsatz für die Lösung der damit verbundenen Probleme in der Organisation („Keimformcharakter“). Der Kontakt mit anderen (linken) Eltern, insbesondere Frauen, die Kinder allein großziehen und sich trotzdem um Politik kümmern wollen. Die Arbeit in der Kinderinitiative. Kindererziehung ist eben ein politisches Problem.

Eine andere Position, nicht durchgängig im Gegensatz zur eben beschriebenen, verwahrte sich gegen die Unterteilung „politisch/unpolitisch“. Diese diene nach aller Erfahrung gerade in der Kinderfrage dazu, die „nicht-politischen Fragen“ zu weniger wichtigen zu degradieren bzw. Versäumnisse auf diesen Gebieten (Kindererziehung) mit dem Hinweis auf die hohe Politik zu relativieren. („Er vernachlässigt zwar sein Kind, aber hat ein sehr hübsches Flugblatt zur Demo xy geschrieben“.)

Wie gesagt, dies sind nur einige Anmerkungen zur Diskussion auf der Arbeitskonferenz, die ebenfalls in diesem AK abgedruckten Thesen bieten sicherlich noch erheblich mehr Diskussionsstoff für eine hoffentlich fruchtbare Debatte.

Kinderkommission Hamburg

Materialien zum Jugendstück „Was heißt hier Liebe?“

Zusammengestellt von der „Theaterwerkstatt Hannover und interessierten Lehrern“ (vielleicht auch Lehrerinnen?).

Die Materialien beinhalten Beiträge — zum Verhältnis zum eigenen Körper; — zur Onanie; — Rollenverhalten; — Träume (Utopisten?!); — schwul-lesbisch; — Erwachsene und Sexualität; — Verhütung; — und zur Zensur, die vor diesem Stück auch im Land des Strahlmanns nicht haltmachte (s.a. AK 166).

Trotz allem, das Stück kommt auch in Niedersachsen weiter gut an, wie einige abgedruckte Leserbriefe (u. a. von Pro Familia) und Artikel bezeugen. Die Materialien sind zu beziehen über die

„theaterwerkstatt hannover gmbh Raschplatz-Pavillon, Lister Meile 4 Tel. 0511/324104 3000 Hannover 1

Die Gruppe schreibt über sich selbst: „Die theaterwerkstatt hannover ist eine Freie Theatergruppe, die seit nunmehr drei Jahren in Hannover und darüber hinaus Theater macht. Die Gruppe wurde von Schauspielern gegründet, die zusammen an der Schauspielabteilung der Staatlichen Hochschule für Musik und Theater Hannover studiert und gearbeitet haben....“

Bisherige Produktionen:

Darüber spricht man nicht (Kinderstück)
Stadt der Tiere (Kinderstück)
Kein schöner Land (Erwachsenenstück)-ein Stück über die BRD-
Was heißt hier Liebe (Jugendstück).“

Was heißt hier Liebe (Jugendstück).“

Westberlin: Ausländische Schüler dürfen nicht zur Schule gehen!

Eine Umfrage der GEW Berlin bei den Bezirksämtern hat ergeben, daß in der Stadt ca. 700 ausländische Schüler seit Beginn dieses Schuljahres nicht zur Schule gehen können, sondern auf Wartelisten geführt werden. Diese Zahl ist sehr unvollständig, da so stark betroffene Bezirke wie Wedding und Neukölln keine Zahlen zur Verfügung gestellt haben. Außerdem gibt es eine hohe Dunkelziffer von schulpflichtigen ausländischen Schülern, die aus Angst vor Ausweisung etc. nicht angemeldet sind.

Zwischen dem 24.10. und dem 6.11.79 hat sich der Westberliner Senat auf einer „Clausurtagung“ zur Frage der Ausländerintegration unter anderem mit diesem Problem beschäftigt und folgende „Grundsätze“ beschlossen:

a) — Die ausländischen Kinder und Jugendlichen in Bezirken außerhalb ihres Wohnbereiches zu „beschulen“. b) — Durch Novellierung des Berliner Schulgesetzes oder Uminterpretierung der bestehenden Gesetze ausländische Jugendliche, die zwei Jahre oder später nach Absolvierung ihrer heimatischen Schulpflicht erstmals in die Bundesrepublik einreisen, von der Schulpflicht hier zu entbinden (Landespresseamt Berlin, Aktuelles der Woche, 8.11.79).

Die Westberliner Schulen werden derzeit von etwa 30.000 ausländischen Schülern besucht, die meisten sind Grund- und Hauptschüler. Der Westberliner Senat erklärt die katastrophale derzeitige Situation mit einem starken Zustrom von „Zusteigern“. Das sind Schüler, die nach der Lockerung des Verbots für ausländische Jugendliche, ihren Eltern in die Bundesrepublik nachzuziehen, der sog. „Stichtagsregelung“, im Februar 79, nach Westberlin kamen. Angeblich konnte sich der Senat auf diese Situation nicht genügend vorbereiten, so daß die beschlossenen „Grundsätze“ als Notmaßnahmen deklariert werden. Sieht man sich die Vorschläge genauer an, so muß befürchtet werden, daß von vorübergehenden Maßnahmen nicht die Rede sein kann. Es muß im Gegenteil befürchtet werden, daß hier in einer Modellsituation erprobt werden soll, wie die „deutschen“ Schulen am besten von ausländischen Schülern freigehalten werden: Der Punkt a), die Beschulung in anderen Bezirken, wird in Kreuzberg und Schöneberg schon teilweise praktiziert und ging als „bussing“ durch die Presse. Das bedeutet schlicht, daß die Jugendlichen mit Bussen in z.T. weit entfernte Bezirke ohne „Ausländerproblem“ und mit bürgerlicher deutscher Wohnbevölkerung gefahren und langfristig in diesen Schulen „integriert“ werden sollen. Der Ausdruck „bussing“ kommt aus dem Amerikanischen und enthält eine interessante politische Parallele: Er bezeichnete den Transport von schwarzen Schülern aus den

Parallele: Er bezeichnete den Transport von schwarzen Schülern aus den Ghettos in die Bezirke und Schulen der Weißen.

Der Senat selber machte sich bis

jetzt gar nicht die Mühe, das Herausreißen der ausländischen Schüler aus ihrem Wohnbereich mit Raummangel oder dergl. zu begründen, sondern erklärt unumwunden: „Der Senat strebt an, daß keine Schule von mehr als 50 % Ausländern besucht wird“ (s.o.).

Offensichtlich sieht der Senat seine „Integrationspolitik“ dort als gefährdet an, wo Ausländer in der Mehrheit sind, und stellt dazu noch einmal in den „Leitlinien“ fest: „Die hohe Zahl der Ausländer, ihre räumliche Konzentration, ihre kulturelle Distanz und ihre zunehmende Aufenthaltsdauer mit den daraus erwachsenden Anforderungen rufen bei Teilen der deutschen Bevölkerung Angst vor Überfremdung hervor.“ (s.o.).

Die GEW Berlin hat zu diesen „Grundsätzen“ eine Presseerklärung veröffentlicht, in der es zu diesem Punkt heißt:

„1. Schon die Nichtbeschulung dieser ausländischen Kinder und Jugendlichen seit 9 Wochen stellt eine gravierende Verletzung des Berliner Schulgesetzes dar.“

2. Die angestrebten Maßnahmen können nur als Fortsetzung der Verletzung des Rechts auf Schulbesuch angesehen werden:

a) Die Beschulung ausländischer Kin-



der und Jugendlicher in fremden Bezirken bedeutet die Mißachtung des Rechts auf Schulbesuch im eigenen Wohnbereich [Schulgesetz, § 8, Abs. 3].

Wir fordern den Senat von Berlin auf, — alle Schüler sofort in ihrem Wohnbereich zu beschulen — die notwendigen Materialien und Finanzmittel zur Verfügung zu stellen

— weitere ausländische und deutsche

Lehrer und Erzieher einzustellen.“

Punkt b) — „Befreiung“ ausländischer Schüler von der Schulpflicht, bedeutet folgendes: In der Türkei gibt es eine Schulpflicht von nur 7 Jahren, während in Westberlin gerade die 10-jährige Schulpflicht eingeführt wurde. Mit einer solchen Maßnahme würde sich der Senat Kosten und Mühe ersparen, tausende türkischer und jugendlicher anderer Nationalitäten überhaupt zu qualifizieren. Es ist noch nicht bekannt, ob dabei berücksichtigt werden soll, ob diese Schüler den Besuch eines Gymnasiums, einer Realschule etc. abgebro-

Schüler den Besuch eines Gymnasiums, einer Realschule etc. abgebrochen haben, um ihren Familien in die Bundesrepublik zu folgen.

Damit trägt der Senat zum einen

der Tatsache Rechnung, daß bisher so schlecht wie nichts für ausländische Schüler getan wurde: 48 % von ihnen erreichten z.B. im Bezirk Tiergarten 1977 keinen Hauptschulabschluß („Tsp.“ vom 2.3.78).

Zum anderen muß aber überhaupt bezweifelt werden, ob ein Interesse an einer Ausbildung dieser Jugendlichen besteht:

Die Stichtagsregelung (nach der Jugendlichen von einem bestimmten Geburtsdatum an nicht in die BRD und Westberlin einreisen durften), wurde nämlich nicht etwa aus humanitären Erwägungen gelockert, sondern weil in einem Bereich, der durch besonders miese Arbeitsbedingungen und Bezahlung gekennzeichnet ist, Arbeitskräftemangel bestand: dem Hotel- und Gaststättengewerbe. „In einer gemeinsamen Pressekonferenz des Hotel- und Gaststättengewerbes und der für diesen Bereich zuständigen Gewerkschaft kündigte gestern ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums in Bonn an, daß innerhalb der nächsten 4 Wochen die Stichtagsregelung ... aufgehoben wird“ („Tsp.“ vom 9.2.79). Damals schrieb die „FR“ vom 22.3.79 in einem Kommentar: „Mit diesem Beschluß wird ... eine industrielle Reservearmee von rund 40.000 Frauen (gleichzeitig wurden die Bestimmungen für nachziehende Ehefrauen geändert, Anm. d.V.) und 10.000 Jugendlichen mobilisiert und in die wirtschaftlich gewünschte Richtung gelenkt. Die Frauen und Jugendlichen müssen sich nämlich mit dem begnügen, was ihnen von den Arbeitsämtern zugeteilt wird. ... Das Hotel- und Gaststättengewerbe in Bayern und die Apfelbauern im Hamburger Alten Land, denen durch den Anwerbe- und Arbeitsstop die billigen Saisonarbeiter ausgegangen waren, können dank des gesellschaftspolitischen Beschlusses in Bonn wieder aufatmen. Und die Jugendlichen? Jeder deutsche Lehrstellenbewerber wird ihnen vorgezogen, bestätigte das Arbeitsministerium. Das ist kaum überbietbarer Zynismus gegenüber den ausländischen Mitbürgern“. In Westberlin wird dieser Zynismus gegenwärtig noch überboten: Die Jugendlichen dürfen nicht einmal mehr zur Schule gehen, sondern sollen möglichst billig und schnell ihrer unqualifizierten Bestimmung zugeführt werden!

In ihrer Presseerklärung stellt die GEW Berlin dazu fest: „Die angestrebte Entbindung eines Teils der ausländischen Jugendlichen von der Schulpflicht betrachten wir nicht nur als einen schwerwiegenden Gesetzesbruch, sondern auch als einen Eingriff in die Persönlichkeitsbildung der heranwachsenden Jugendlichen. Die GEW Berlin fragt, wie die bekundeten Integrationsabsichten des Senats mit diesen weiteren und verschärften Diskriminierungen ausländischer Arbeiterkinder zu vereinbaren sind.“

Eine Genossin aus West-Berlin

CSU-„Bevölkerungspolitik“ immer verrückter

Während die Bundesregierung schon dabei ist, dem Geburtenrückgang in der BRD positive Aspekte abzugewinnen, werden die Vorschläge von Seiten der CDU/CSU zur „Geburtenankurbelung“ zunehmend verrückter.

Bayerns Kultusminister Hans Maier schlug auf dem Münchner „Zukunfts-Kongreß“ der CSU vor, die Höhe der Rente von der Kinderzahl abhängig zu machen. „Wie wäre es“, so der Minister, „wenn wir die Familie mit einer bestimmten Größe als Normalfall zugrundelegen würden? Wenn wir die Familie mit zwei oder drei Kindern gleich 100 Prozent setzen?“ Im Rentenalter angelangt wür-

den diese Familienväter bzw. -mütter die normale, volle Rente bekommen; bei mehr Kindern gäbe es mehr, bei weniger oder gar keinen Rentenabzüge. Das ist kein Witz, das hat der tatsächlich vorgeschlagen! („Welt“, 17.11.).

Genausowenig ein Witz ist die Maßnahme, die sich der Bürgermeister von Coburg in Oberfranken ausgedacht hat. Er hatte jedem Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung zehn Tage Sonderurlaub versprochen, wenn er 1979 die Geburt oder Zeugung eines Kindes nachweisen kann. Vier Mitarbeiter konnten bisher („TAZ“, 19.11.).

„Heute das Kindergeld — morgen die Renten“

Unter diesem Motto rief das multinationale Kindergeld-Komitee, ein Zusammenschluß von Spaniern, Portugiesen, Türken, Griechen, Jugoslawen und Italienern, am 17.11. zu einer Kindergeld-Demonstration gegen die Diskriminierung von Ausländerkindern und für gleiches Kindergeld für Ausländer und Deutsche auf. Über 1500 Menschen beteiligten sich. Galt bis 1975 noch die Regelung, daß in der BRD lebende Ausländer auch für ihre in der Heimat lebenden Kinder das gleiche Kindergeld bekamen wie die Westdeutschen, wurde diese Regelung zum 1.1.1979 von der Bundesregierung aufgehoben. Betroffen sind ab diesem Stichtag alle nicht der EG angeschlossenen Länder. Betroffen sind davon auch diejenigen, die schon 15 Jahre in der Bundesrepublik leben.

So sieht die neue Staffelfung des Kindergeldes für Ausländer aus:

Für das 1. Kind	10 DM	anstatt 50 DM
2.	25 DM	100 DM
3.	60 DM	200 DM
4.	60 DM	200 DM
5.	70 DM	200 DM

Begründet wurde diese drastische Sparmaßnahme der Bundesregierung mit den geringeren Ausgaben/Lebenshaltungskosten der in den Heimatländern lebenden Kinder. Diese Maßnahme brachte im Jahre 1979 dem Staat 107 Millionen DM „Einsparungen“... Und wie das Kindergeld-Komitee richtig feststellte: Ausländer bleiben in der BRD „Menschen zweiter und dritter Klasse“.

Ausländerkommission/KB-Hamburg

„Wir haben Gesetze auszufüllen...“

... und „nicht Wohltaten zu erfüllen“, so der Referent der Abteilung Jugend, Sport im Westberliner Bezirksamt Tiergarten, Tappert, angesprochen auf den ablehnenden Bescheid an zwei Wohngemeinschaften, die Pflegeanträge zur Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in ihre WG's stellten. Diese beiden Wohngemeinschaften, die aus sechs Sozialarbeitern, Sozialpädagogen und Soziologen bestehen, hatten Anfang des Jahres eine Fabriketage in Moabit gemietet, um mit den Kindern und Jugendlichen, die entweder aus Randgruppen oder gestörten Familienverhältnissen kamen, zusammenzuleben. Aber das paßt nicht in den Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes, auf das die Bürokraten zurückgriffen und be-

schieden, daß nur „Familienpflege“ die rechte Unterbringung für „Minderjährige außerhalb des Elternhauses“ sei: „Diese Pflegeform orientiert sich auch innerhalb der Ersatzfamilie an dem allgemein geltenden Familienbegriff, der besagt, daß die Familie die Gesamtheit der durch Ehe und Verwandtschaft verbundenen Personen umfaßt“. Und die „vom Gesetz geforderte Familienpflege sei innerhalb einer Wohngemeinschaft, deren erzieherisches Konzept es ist, eine Gemeinschaftserziehung von mehreren Kindern durchzuführen, nicht gewährleistet“ („Tagesspiegel“, 26.10.).

Natürlich geht es dem Bezirksamt nicht darum, die pädagogischen Fähigkeiten der Pflegepersonen in Frage zu stellen, sondern lediglich darum,

ob „die vom Gesetz geforderte Pflege innerhalb der Wohngemeinschaft gewährleistet sei“.

Wohngemeinschaften, die auch noch „Gemeinschaftserziehung“ betreiben, passen nicht ins staatliche Konzept der Kleinfamilie. Pech für die Kinder. Nun darf lediglich ein Kind, für das der Vater die Einwilligung gegeben hat, in einer WG leben. Da müssen die WG's schon Antrag auf Förderung eines „sozialpädagogischen Sondermodells“ stellen. Was damit alles an Kontrolle und Eingriffen seitens der Behörden verbunden wäre, läßt sich denken. Die WG's haben gegen diesen Beschleid Widerspruch eingelegt bzw. klagten.

Daneben geschätzt!

Im Artikel „Auch in der Kinderfrage mehr Keimform bitte“ im AK 166 haben wir zum Vergleich der „Familienverhältnisse“ im KB mit dem Bundesdurchschnitt geschrieben: „Dieser Durchschnitt verzeichnet höchstens 30 % Kinder mit allein-stehendem Elternteil [ledige Mutter, Kinder aus Scheidung]...“

Auch wenn wir damit nur eine Obergrenze angeben wollten, haben wir um einiges zu hoch geschätzt. Wie das bayerische Sozialministerium errechnen ließ, beläuft sich die Zahl der unter 18 Jahre alten Kinder alleinerziehender Elternteile in der Bundesre-

publik auf 1.200.000 Millionen, das sind ca. 8,5 % der Kinder. 92 % davon leben bei der Mutter (zum Vergleich noch mal die Verhältnisse im KB: 67,5 % Kinder alleinerziehender Elternteile, 56,8 % davon bei der Mutter). Für unsere Fehlschätzung bitten wir um Entschuldigung.

Noch einige zusätzliche Informationen über die Lage alleinstehender Mütter, die aus den gleichen Berechnungen stammen und die besonderen Schwierigkeiten dieser Eltern aufzeigen. 56 % von den alleinerziehenden Müttern sind berufstätig, weit mehr als unter den verheirateten Frauen. 42

% von ihnen haben keine abgeschlossene Schulbildung, sind entsprechend besonders oft von Entlassungen bedroht bzw. betroffen. Unterhaltszahlungen von den Vätern ihrer Kinder erhalten 52 %; steht zu hoffen, daß der Rest den Staat zur Kasse bittet (Unterhaltsvorschußkassen). Aus der Kenntnis dieser Kassen allerdings befürchten wir, daß das nicht der Fall ist (alle Zahlenangaben nach „FR“ vom 28.11.79).

Kinderkommission KB/Hamburg

„Gewerkschaftliche Orientierung“ aufs Abstellgleis

Das sog. „gewerkschaftlich-orientierte“ Bündnis – der MSB Spartakus (Studentenverband der DKP), der Sozialistische Hochschulbund (kann sich immer noch nicht zwischen SPD und DKP entscheiden) und ein Teil der Jungsozialisten – bezeichnet sich gerne als konsequentesten Vorkämpfer studentischer Interessen. In der Praxis jedoch beweisen diese Organisationen, daß sie gar nicht Willens sind, diese Formel vom konsequenten Kampf mit Inhalt zu füllen. Ihr Eingreifen an den Hochschulen insbesondere dort, wo sie größeren Einfluß besitzen, trägt immer wieder dazu bei, daß diejenigen, die für schlechte Studienbedingungen und politische Unterdrückung verantwortlich sind, relativ ungeschoren davonkommen. Um eine Konfrontation der Studentenbewegung mit den Herrschenden zu vermeiden, wiegeln diese Verbände vorhandene Aktionsbereitschaft ab, studentische Forderungen bleiben dementsprechend weitestgehend unerfüllt.

Dies soll ausführlicher am Beispiel der Universität Hamburg behandelt werden, da sich die „Gewerkschaftliche Orientierung“ hier dieses Semester besonders darin hervorgetan hat, Empörung der Studentenschaft ins Leere laufen zu lassen.

Recht große Empörung herrschte an der Universität, nachdem der AStA ein vertrauliches Schreiben aus der Univerwaltung veröffentlicht hatte, aus dem ersichtlich wurde, daß die Verwaltung Daten über Studenten an den Verfassungsschutz weitergibt (s. AK 165 und 166). Die Uni-Vollversammlung war so gut besucht wie schon lange nicht mehr. Mit großer Mehrheit wurde dort eine Besetzung des Hauptgebäudes der Universität beschlossen sowie ein eintägiger Warnstreik. Eine Woche später füllten erneut an die 3000 Student/innen das Audimax, als der Uni-Präsident Fischer-Appelt seinen Bericht zu dem aufgedeckten Spitzel-Skandal vorlegen wollte; etwa die Hälfte beteiligte sich an der anschließenden Demonstration. Anzeichen dafür, daß die Handlungsbereitschaft innerhalb der Studentenschaft relativ stark ist. Und trotzdem gibt es bis heute nicht das kleinste Zugeständnis seitens des Uni-Präsidiums oder der Behörde. Ganz im Gegenteil, die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz wird nicht nur in provozierender Weise gerechtfertigt, Fischer-Appelt hat für die Zeit des Streiks sogar Polizei an die Hochschule beordert, um Reaktionen den Streikbruch zu ermöglichen.

Man muß feststellen, daß der Fischer-Appelt hat für die Zeit des Streiks sogar Polizei an die Hochschule beordert, um Reaktionen den Streikbruch zu ermöglichen.

Man muß feststellen, daß der AStA, getragen von Jungsozialisten, Sozialistischem Hochschulbund (SHB) und MSB für diese Entwicklung einen wesentlichen Teil der Verantwortung trägt.

Besetzung mit Mietvertrag

Erst kurz vor der Uni-Vollversammlung übernahm der AStA nach langem Zögern den Vorschlag der Linken Liste, das Hauptgebäude, die Spitzelzentrale, zu besetzen, doch nicht, – wie sich später zeigen sollte – weil er es als seine Aufgabe ansah, für weitgehende Maßnahmen gegen die Bespitzelung einzutreten, sondern aus Angst, die Kontrolle über die Protestaktion zu verlieren. Mit einem Trick versuchte der Uni-Präsident, der Besetzungsaktion die Spitze abzubrechen. Er ließ dem AStA eine Überlassungsverfügung zustellen, bis zum nächsten Morgen um acht Uhr war es also den Studenten genehmigt, die Flure des Hauptgebäudes zu nutzen. Kein ungeschickter Schachzug, denn wen sollten die Studenten am Abend und in der Nacht stören? Einige Linke haben den Vorschlag gemacht, sich nicht an den von Fischer-Appelt gesetzten Spielraum zu halten, sondern die Besetzung länger aufrechtzuerhalten. Denn sie sollte nicht nur einen rein symbolischen Charakter haben, den Verwaltungsbetrieb zumindest für einige Stunden lahmzulegen. Das allerdings ging sowohl den Jusos als auch dem MSB zu weit. Zahlreiche Ausreden wurden angeführt, um ein möglichst frühzeitiges Verlassen des Gebäudes zu begründen. Insbesondere wurde in der Diskussion als „Argument“ ins Feld geführt, es sei schädlich, sich im Hauptgebäude zu „isolieren“, es käme vielmehr darauf an, noch mehr Kommilitonen zu informieren und an die Fachbereiche zu gehen. Im übrigen wolle man sich nicht von Fischer-Appelt die Besetzung kaputt machen lassen.

Es ist völlig unangebracht, Besetzung und Öffentlichkeitsarbeit gegeneinander auszuspielen. Erstens wäre auch am Mittag noch Zeit genug gewesen für eine intensive Informationsarbeit, und zweitens würde sich die Lahmlegung des Verwaltungsbetriebes durch eine Besetzung sicherlich wie ein Lauffeuer an der Unirumsprechen und sehr viel Aufmerksamkeit erregen. Tatsächlich ging es dem AStA nicht um eine breite Öffentlichkeitsarbeit, sondern darum, eine Konfrontation mit der Verwaltung bzw. der Behörde zu verhindern.

„Noch mehr Kommilitonen einbeziehen“

Eine Woche später legte der Uni-Präsident seinen Bericht über die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz 3000 Kommilitonen im Audimax der Uni vor. Einen Bericht, der vieles verschleierte und verschweigt, der aber trotzdem enthüllte, daß das Ausmaß der Bespitzelung noch weit größer ist, als bis dahin bekannt war. Verschiedene linke Gruppen, u.a. der SSB, hatten auf einer Vorbesprechung, an der 400 Student/innen teilnahmen, den Vorschlag gemacht, Fischer-Appelt nicht einfach mit einigen Buh-Rufen davonkommen zu lassen, sondern ihm klare Forderungen verbunden mit einem Ultimatum zu stellen. Fischer-Appelt sollte die Namen derjenigen herausgeben, deren Daten bisher an den Verfassungsschutz weitergeleitet wurden. Damit sollte den Betroffenen, die zum nicht geringen Teil Berufsverbot zu erwarten haben, die Möglichkeit einer frühzeitigen und gemeinsamen Gegenwehr geschaffen werden. Sollte der Uni-Präsident sich weigern, dieser Forderung innerhalb einer bestimmten Frist nachzukommen, sollte eine Uni-Vollversammlung einberufen werden, die über die Lahmlegung des gesamten Hochschulbetriebes, einschließlich der Verwaltung, berät.

Wiederum bemühte sich insbesondere der MSB um zahlreiche Ausreden. Die Forderung nach Herausgabe der Namen sei unsinnig, da nur dem Verfassungsschutz, nicht aber dem Präsidium diese Listen vorlägen. Es muß bemerkt werden, daß die gleichen Leute zwei Stunden später diese „unsinnige“ Forderung mit erhobener Stimme an den Uni-Präsidenten herantrugen, aber selbstverständlich, ohne sie mit einem Ultimatum zu verbinden. Denn dieses würde gar keinen Druck machen, es käme jetzt vielmehr darauf an – na, worauf wohl? – noch mehr Kommilitonen einzubeziehen.

Ein schlechter Witz angesichts der best besuchten Vollversammlung seit Semestern. Es braucht wohl nicht noch einmal betont zu werden, daß Verbreiterung der Bewegung und Durchführung wirkungsvoller Aktionen nicht gegeneinander stehen. Im Gegenteil ist die Gefahr gegeben, daß eine Bewegung im Sande verläuft, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, die tatsächlich auf die Durchsetzung von Forderungen abzielen.

Die Aktivitäten gegen die Bespitzelung, auch die Besetzung, sind – dank des Eingreifens des MSB – über einen symbolischen Charakter nicht hinausgegangen. Sie haben keinen Druck erzeugt, allenfalls dazu beigetragen, den Skandal etwas mehr ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Dies allein reicht jedoch nicht aus. Will die Studentenschaft wenigstens einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen, müssen ihre Maßnahmen einen praktischen Charakter haben, den normalen Hochschulbetrieb effektiv behindern. Die Basis für derartige Aktionen ist in der Bewegung an der Hamburger Uni dieses Semester durchaus vorhanden.

Die Gefahr, daß die Bereitschaft zum Widerstand verpufft, ist allerdings groß, da MSB und Jusos ihre Machtposition im AStA nutzen, sie unter Kontrolle zu halten. Ihre Vorschläge beschränken sich auf die Verabschiedung allgemeiner teilweise radikal klingender Protestresolutionen und auf die Aufstellung von Forderungskatalogen, die in zahlreichen Go-Ins und Run-Outs den Verantwortlichen übergeben werden – bis die viel beschworenen Massen keine Lust mehr haben, sich wegen unsinniger Rennereien ständig neue Schuhsohlen zu kaufen. Überlegungen, wie die Erfüllung der aufgestellten Forderungen erzwungen werden kann, werden mit den dümmsten Einwänden abgeburstet. Notfalls

schiebt der MSB sogar – wie während der Besetzung geschehen – eine ganze Nacht lang Wache vor den Räumen des Präsidiums, um zu verhindern, daß empörte Studenten sich Einblick in die Akten verschaffen, ohne vorher lange um Erlaubnis zu fragen. Daß die Besetzung, die nur noch mit den größten Bedenken als tatsächliche Besetzung zu bezeichnen ist, überhaupt mit Einwilligung des AStA durchgeführt wurde, ist weniger seinem Einsatz für wirkungsvolle Aktionen zu verdanken, als vielmehr seiner Angst, die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren. Und das ist eines seiner Hauptanliegen, den Widerstand in den von Gesetzen und SPD-Senat erlaubten Bahnen zu halten. Erklärt sich dieses Verhalten der Jusos recht einfach aus ihrem Partei-zusammenhang, so hätte doch manche/r vielleicht noch etwas mehr vom MSB erwartet. Doch ausgerechnet die Vertreter dieses Verbandes haben sich an vorderster Front für die Ablehnung weitergehender Aktionen stark gemacht. Rücksichtnahme auf die Jusos als ihre wichtigsten Bündnispartner wiegt eben schwerer als konsequentes Bemühen um die Durchsetzung studentischer Interessen.

Aktivitäten zu verschaffen. Präsidium und Wissenschaftssenator warten nicht auf Gewalttätigkeiten, sie hoffen vielmehr darauf, daß sie durch den Polizeieinsatz die einheitliche Durchführung des Streiks verhindern können, ohne daß dadurch in der Studentenschaft breite Empörung entsteht. Zu dieser Hoffnung haben sie allen Grund, denn der „gewerkschaftlich orientierte“ („GO“) AStA leitet aus seiner Einschätzung folgende Konsequenzen ab: „Darauf (auf die Provokation – Anm. AK) werden wir aber nicht hereinfallen. Wir sind keine nützlichen Idioten für Fischer-Appelts Provokation und Springers Schmutzblätter, die beide nur darauf warten, über die Studenten herfallen zu können...“ (ebenda). Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Einschätzung des Polizeieinsatzes extra dazu gemacht ist, um eine Rechtfertigung für seine Nichtbeachtung daraus abzuleiten. Und was der AStA mit diesen „Argumenten“ noch nicht erreicht hat, wird mit purer Angstschücherei nachgeholt. Alle, die überhaupt über praktische Schritte gegen den polizeilichen Streikbruch diskutieren, werden als „Provokateure“ diffamiert, denen es um die „e-

und Probleme anstellt. Stattdessen mußten doch tatsächlich einzelne MSB'ler/innen auf der VV die Rolle eingeschüchterter und ängstlicher Kommilitonen spielen.

Der MSB appellierte allerdings nicht nur an die Urängste, sondern auch an den gesunden Menschenverstand, der „Endkampf“ (gemeint ist der Semesterboykott) sei noch nicht angesagt, die Studentenschaft müsse einen „langen Atem“ bewahren (MSB-Flugblatt). Dies berücksichtige das „GO“-Konzept, welches regelmäßig in jedem Semester 1-2wöchige Streiks oder Aktionstage vorsieht. (Dazu, daß dieses Konzept zwar den Politikern einen langen Atem verschafft, die Studentenbewegung allerdings langsam daran zu ersticken droht, weiter unten.) Der MSB brachte also einen Gegenvorschlag: Statt Semesterboykott, zwei Wochen Streik, Go-In zum Uni-Präsidenten und eine „knackige Demo“. Dies sei „radikaler und verspricht mehr Erfolg“ (ebenda).

Zum Erstaunen des MSB zeigte sich eine solide Mehrheit der Studenten jedoch bereit, trotz der Risiken einen Semesterboykott durchzuführen. Der Vollversammlung folgte ein



Trotz seiner „Lernschritte“ konnte es sich der MSB bei den Psychologen nicht verkneifen, mißliebige Parolen - wie Chaos (siehe Pfeil) - überzumalen.

Trotz seiner „Lernschritte“ konnte es sich der MSB bei den Psychologen nicht verkneifen, mißliebige Parolen - wie Chaos (siehe Pfeil) - überzumalen.

„Wir lassen uns nicht provozieren“

Das Uni-Präsidium hat zu Beginn des Streiks Polizei angefordert, um rechten Professoren und sog. „studienwilligen Kommilitonen“ zu ermöglichen, ihre Veranstaltungen aus den bestreikten Bereichen auszulagern und unter Polizeischutz im Hauptgebäude der Uni durchzuführen. Geht es heute noch „nur“ darum, Reaktionen den Streikbruch zu ermöglichen, so kann es schon in einem der nächsten Semester das Ziel sein, einen Streik durch den Einsatz von „grünen Besatzern“ gänzlich zu verhindern. Deshalb wäre es notwendig gewesen, das Vorgehen des Präsidiums mit direkt gegen den Polizeieinsatz gerichteten Aktionen zu beantworten. Der SSB hat den Vorschlag gemacht, auf einer Uni-Vollversammlung über Maßnahmen in diesem Sinne, über die Ausweitung des Streiks auf alle Bereiche und die massenhafte Aufstellung von Streikposten vor dem Hauptgebäude zu diskutieren. Doch der AStA sieht das anders: „Bei dem geplanten Polizeieinsatz und den anderen Repressalien handelt es sich um reine Provokation. Mit ihnen soll -wollt eine gewaltsame Auseinandersetzung, eine Eskalation an der Uni herbeigeführt werden, um dann in nachhinein triumphierend die eigenen Befürchtungen als „gerechtfertigt“ und den Einsatz der „Ordnungsmacht“ an der Uni als notwendig hinstellen zu können! Es soll hinterher heißen, der AStA hätte die berechtigten Aktionen der Studenten für einen Schaukampf mit der Polizei genutzt, um „das System zu entlarven.““ (Flugblatt der Landes-asten-Konferenz MSB/Juso-Mehrheit).

Diese Einschätzung liegt voll daneben. Der Polizeieinsatz ist kein reines Provokationsmanöver, er hat einen ganz bestimmten Zweck. Nämlich, den Rechten einen möglichst weiten Spielraum für Streikbruch und Kriminalisierung studentischer

waltsame Auseinandersetzung mit der Polizei“ geht. Damit wird letztlich jeder Widerstand gegen die Staatsgewalt entzweit.

Schon einmal, im Wintersemester 77/78 hielten sich die „grünen Besatzer“ während eines Streiks an der Uni auf. Schon damals konnten sie relativ ungestört ihrer Aufgabe, das Hauptgebäude zu „schützen“, nachgehen. Wird sich die Linie von Jusos und MSB weiterhin durchsetzen, so wird in Zukunft der Einsatz von Polizei zu den ganz normalen universitären Gepflogenheiten in Hamburg gehören.

„Endkampf“ ist noch nicht angesagt

Schon am zweiten Semestertag hatten sich am Psychologiebereich annähernd 600 Kommiliton/innen, ca. 50% der dort eingeschriebenen, auf einer Vollversammlung zusammengefunden, um über einen Boykott des gesamten Semesters zu beraten. Der MSB hatte sich einiges einfallen lassen, um diesen Beschluß zu verhindern. Sein beliebtestes Argument, man müsse erst mal noch mehr Studenten einbeziehen, wurde natürlich zuallererst aus der Tasche gekramt. Die Vertreter des MSB wurden nicht müde, die gut besuchte Versammlung immer wieder zu ermahnen, sie möge doch Rücksicht auf die Nicht-Anwesenden nehmen. Niemand wäre bis dahin – nicht einmal die Jusos oder der MSB – auf den Gedanken gekommen, einen Streikbeschluß angesichts einer so gut besuchten Vollversammlung von denjenigen abhängig zu machen, die nicht erschienen sind. Nun, was tut man nicht alles, um einen unliebsamen Plan zu durchkreuzen... Man kann z.B., wie es der MSB versucht hat, die Angst vor möglichen Folgen eines solchen Boykotts schüren. Von einer „marxistischen“ Organisation hätten wir erwartet, daß sie konkrete Überlegungen im Hinblick auf Risiken

„selbstkritisches“ Flugblatt des MSB: er habe „gelernt“, der Semesterboykott sei doch „die richtige Aktion“. Die selbsternannten Vorreiter der Studentenbewegung bemühen sich seitdem auf ihrem lahmen Gaul namens „Opporto“ doch noch an die Spitze des Zuges zu spuren.

Wir müssen bezweifeln, daß der MSB hier einen echten Lernschritt vollzogen hat, verfolgt er doch an anderen Bereichen wie eh und je sein traditionelles Streik- und Aktionstage-Konzept.

Streik- und Aktionstage: Viel Tradition und wenig Kampf ...

Alle Jahre wieder steht nicht nur Weihnachten vor der Tür. Mit der gleichen Sicherheit läßt sich seit dem Sommersemester 1976 auch voraus-sagen, daß die VDS (Dachverband der Asten in der BRD) Streik- bzw. Aktionstage beschließen werden, die dann an zahlreichen Hochschulen – zumindest auf dem Papier – auch stattfinden. Mit absoluter Sicherheit läßt sich ebenfalls voraus-sagen, daß jeder dieser Streikstage als kämpferische und von Erfolg gekrönte Aktion in die Geschichtsschreibung der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ eingehen wird. Raten dürfen die Studenten nur noch, wie viele dieser Tage es nun dieses Mal geben soll – drei Tage, eine Woche oder gar zwei? Dieses Semester haben die VDS eine Woche Streik für alle Lehrerstuden-ten angesagt.

Doch nicht nur die Situation an der Hamburger Uni läßt diese Streiks immer mehr als Polit-Show der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ mit tragikomischem Charakter erscheinen. Die Beteiligung sinkt kontinu-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 35

ierlich von Semester zu Semester, nur noch wenige wollen sich mit diesem Streik identifizieren.

Von kämpferischer Stimmung ist wenig zu spüren; die bestreikten Bereiche erwecken den Eindruck einer Fete, zu der die geladenen Gäste nicht erscheinen. Nur riesige Wandzeitungen, von den letzten Unermüdlichen gemalt, und einige Kommilitonen, die sich wenigstens mal an den Büchertischen informieren wollen, weisen auf den Streik hin. Zahlreiche Veranstaltungen, darunter auch sehr wichtige und interessante, müssen sich mit 50 bis 80 Teilnehmern begnügen. Diese Situation steht im Widerspruch zu der vorher durchgeführten Urabstimmung, an der sich immerhin ca. 33% der Studenten beteiligten, von denen sich 80% für einen Streik aussprachen. Ein deutliches Anzeichen dafür, daß ein beträchtlicher Teil der Studentenschaft mit den herrschenden Zuständen unzufrieden ist.

Aber auch die Unzufriedenheit mit der Durchführung dieser Streiktage wird von Semester zu Semester größer. Die Streiks sind heute kein Kampfmittel mehr; sie sind verkommen zu einem Ritual, zu einer schlechten Tradition, mit der gebrochen werden muß. Sie sind inzwischen in das normale Uni-Geschehen, in den Lehrplan jedes Seminars eingepaßt. Es wundert, daß sie noch nicht im offiziellen Vorlesungsverzeichnis ausgeschrieben werden.

Zwei wesentliche Mängel weist diese Streiktradition auf:

1. Die Streiks haben keinen besonderen Anlaß, sie sind keine Reaktion auf einen konkreten Angriff und verfolgen kein bestimmtes Ziel. Sie werden ein halbes oder ein Jahr vorher vom MSB und anschließend von den VDS beschlossen und richten sich ganz allgemein gegen die miserable Situation. Seinen schlimmsten Ausdruck findet dies in dem Urabstimmungstext, der den Lehrerstudent(innen) dieses Semesters vor dem Streik vorgelegt wurde. Fast sämtliche Forderungen, die sich eine demokratische Bewegung nur ausdenken kann, werden dort als Streikgründe zur Abstimmung gestellt. Eine Auswahl der wichtigsten Forderungen:

- Keine Stellenstreichungen!
- Sofortige Streichung der Regelstudienzeit!
- Eine neue Lehrprüfungsordnung ohne Leistungsdruck, mit freier Wahl des Prüfers, ohne obligatorisches Latium, mit echter Stufenlehrausbildung!
- Sofortige Studienreform am Fachbereich!
- Einstellung aller Lehrer, Verkürzung der Arbeitszeit!
- Keine Diskriminierung der Frauen!
- Kostendeckende Ausbildungsförderung!
- Novellierung des Hochschulrahmengesetzes! Kein Ordnungsrecht für gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat: für Mitbestimmung in den Gremien!
- Eine Bespitzelung, Rücktritt von Filr-Appeal! Beendigung der Berufstapexis!

Fehlt eigentlich nur noch die Forderung gegen den Bau von Atomkraftwerken, aber am besten hätte das ganze auch zusammengefaßt werden können: Alles Scheiße, wir streiken! Mit anderen Worten, die Begründung für einen politischen Generalstreik. Allerdings, die Zeit der massenhaften Generalstreiks ist noch nicht angebrochen. Notwendig (und möglich!) ist es heute, an konkreten Fragen mit einem konkreten Ziel zu mobilisieren. Ein Beispiel dafür bietet der Semesterboykott der Psychologie-Studenten in Hamburg, die sich mit ihrer Aktion auf die Forderungen nach einer materiellen Absicherung ihres Studiums und eine Verbesserung ihres Studienplans konzentrieren. Demgegenüber läßt die „Gewerkschaftliche Orientierung“ aktuelle Angriffe nicht selten unbeantwortet mit dem Hinweis auf den für einen späteren Zeitpunkt geplanten bundesweiten Streik. So hat der AStA der Hamburger Uni die sofortige Mobilisierung gegen den aufgedeckten Verfassungsschutzskandal nur sehr halbherzig betrieben, um die Kräfte für den geplanten bundesweiten Lehrstreik „aufzuheben“. Wie die Situation deutlich zeigt, hat dies nicht zu einer stärkeren, sondern zu einer De-Mobilisierung geführt.

2. Wen stören diese langfristig angelegten Streiktage eigentlich noch? Kaum jemanden. Sie streuen keinerlei Sand ins Getriebe des normalen Universitätslebens, sie üben dementsprechend keinen Druck aus. An politischen Aktivitäten beteiligen sich in dieser Zeit nur wenige. Der Verwaltungsbetrieb läuft ungestört weiter. Die Rechten können ihren Lehr- und Lernbedürfnissen unter Polizeischutz ungehindert nachgehen. Insbesondere die letztere Tatsache, daß die Polizei, ohne auf massi-

ven Protest zu stoßen, an der Hochschule ein- und ausgehen kann, zeigt, daß es heute nicht mehr um die konsequente Durchsetzung einer beschlossenen Kampfmaßnahme geht, sondern daß der Streik nur noch einen reinen Demonstrationscharakter hat. Das einzige, was er noch bewirkt, sind einige Meldungen in der Presse. Viele schöne Worte, zu Taten wird dadurch niemand gezwungen.

... doch der Erfolg steht fest!

Weder Erfolglosigkeit noch gähnende Leere der bundesweit bestreikten Hochschulen können jedoch einen Teil der Jungsozialisten und den MSB von ihren Jubelrufen abbringen.

Wo keine Identifikation mit diesem Streik da ist, wird sie eben herbeigeschrieben. Beschlüsse von „gewerkschaftlich orientierten“ ASten müssen als Beweis für die breite Basis herhalten, Aktionen einzelner Fachschaftsrate und MSB-Gruppen werden zu Aktionen „der Studenten“ umgedichtet. Mit einigen bunten Bildern garniert ergibt das dann einen „Aktionsspiegel“ in den „roten blättern“ des MSB, der den Eindruck eines massenhaften Kampfes an den Hochschulen erwecken soll. Dazu in sensationaler Aufmachung Erfolgsmeldungen über die Reaktionen Willi Brandts und anderer scheinheiliger

Sozialdemokraten, die ihr Verständnis für die Probleme der Studentenschaft kundgetan haben. Als großartiger Erfolg und Beweis für die Richtigkeit der bisherigen Strategie gilt seit einiger Zeit die geplante Streichung der Zwangsexmatrikulation aus dem Hochschulgesetz. Die Erkenntnis, daß diese Streichung nur erfolgt, um Regelstudienzeit und eine Studienreform gegen die Interessen der Studenten besser durchsetzen zu können, kann den Jubel in der „gewerkschaftlich-orientierten“ Presse nicht schmälern.

Es geht nicht um Überlegungen, wie tatsächlich breite Teile der Studentenschaft zu einem Kampf für ihre Interessen mobilisiert werden können, welche Kampfmittel eingesetzt werden müssen, um Forderungen durchzusetzen. Es geht der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ überhaupt nicht um Kampf, sondern um eine bloße Demonstration des Protestes.

Auf diese Art und Weise wird erstens der Spielraum für die Herrschenden, ihre Vorstellungen an den Hochschulen durchzusetzen, erweitert. Zweitens wird die Politisierung und Widerstandsbereitschaft in der Studentenschaft zunehmend verringert.

Studentenschaft zunehmend verringert. Denn wer will schon an Aktionen teilnehmen, die keine weitere Auswirkung zeigen, als einige hübsche Photos in der bürgerlichen Presse und den „roten blättern“?

Schluß damit!

Die Linke hat sich bisher äußerst defensiv verhalten und mangels Alternativen trotz ihrer Bedenken immer wieder für die traditionellen Streik- und Aktionstage gestimmt. Es ist höchste Zeit, diesem Konzept mit eigenständigen Vorschlägen und Aktionen offensiv gegenüberzutreten. Es müssen nicht nur die Kernfragen der Unzufriedenheit in Diskussionen an der Basis, in den Seminaren herausgearbeitet, sondern Widerstandsmaßnahmen mit dem Ziel der Durchsetzung konkreter Forderungen diskutiert werden. Das Mittel des Streiks kann hierbei durchaus eine sinnvolle Aktion sein, denkbar z.B. im Kampf gegen die Überfüllung der Seminare: überfüllte Seminare beginnen so lange nicht mit ihrer Arbeit, bis eine räumliche und personelle Lösung gefunden ist.

Weiterhin muß dafür gesorgt werden, daß aktuelle Angriffe, wie die Bespitzelung und der Polizeieinsatz, sofort und in angemessener Schärfe beantwortet werden. Die Vorschläge, die dieses Semester an der Hamburger Universität entwickelt wurden, weisen u.E. in die richtige Richtung. Sie können allerdings nur zum Erfolg führen – und hier liegen bisher die wesentlichen Mängel –, wenn die verschiedenen linken Gruppen sich um ein geschlossenes Auftreten bemühen und ihre zum Teil noch vorhandene resignative Haltung überwinden. Unzufriedenheit und auch Widerstandsbereitschaft in der Studentenschaft sind da, es kommt allerdings darauf an, was wir daraus machen. Nicht die Studentenbewegung ist tot, sondern das traditionelle „GO“-Streikkonzept hat sich totgelaufen!

SSB/Hamburg

Das Paar der Saison: Jusos und Spontis!

Frankfurt. Wieder so eine maßlose Übertreibung des KB, wird vielleicht manche(r) unserer Leser(innen) angesichts dieser Überschrift denken. Er/sie irrt. Anlässlich der Wahlen zum Stadtschülerrat (SSR) - Vorstand in Frankfurt intervenierten die Sponti-Blätter „Pflasterstrand“ und „Tageszeitung“ massiv zugunsten der Frankfurter Jusos und gegen den KB.

Am 18.10. hatten im Frankfurter SSR Neuwahlen stattgefunden. Überraschend (nicht zuletzt für den KB selbst) setzte sich dabei mit knapper Mehrheit eine KB-Kandidatin gegen die bis dahin im SSR dominierenden Juso - Schüler und deren Kandidaten durch. Hintergrund dieses Ergebnisses war eine spontan gewachsene Opposition gegen die Juso-Politik gewesen, die darin bestanden hatte, den SSR lediglich zu verwalten und als Sprungbrett für den SPD - Nachwuchs zu nutzen, eigenständigen Schüleraktivitäten dagegen wenig Raum und keine Unterstützung zu gewähren. Peter Feldmann als bisheriger SSR - Sprecher war zum (negativen) Aushängeschild dieser zunehmend unbeliebten Politik geworden. Als Nachfolger präsentierten Feldmann und die Juso - Fraktion Bernd M., der im Unterschied zu Feldmann immerhin an den Frankfurter Rock gegen rechts - Aktivitäten teilgenommen hatte, dem aber die Mehrheit der Schülervertreter aufgrund der Erfahrungen mit der Juso-Politik kräftiges Mißtrauen entgegenbrachte. Schon der Verlauf der Sitzung ließ deutlich werden, daß die Jusos diesmal nicht in der Mehrheit sein würden, sondern daß die Kritik ihrer bürokratischen Stellvertreterpolitik überwog. Aber die Jusos hatten „Glück“. Nach der Auszählung der Stimmen stellte sich urplötzlich heraus, daß mehr Stimmen abgegeben worden waren, als überhaupt Schülervertreter anwesend waren. So konnte eine Wiederholung der Wahl für die nächste SSR - Sitzung erreicht werden. Wer hier manipulierte, ist nicht schwer zu erraten: Der Wahlausschuß war einheitlich mit Jusos besetzt, Feldmann war Tagungsleiter, Wahlleiter, und damit waren eigentlich alle Voraussetzungen gegeben.

Um der Juso - Strömung endgültig einen Riegel im SSR vorzuschieben, bildete sich daraufhin ein Bündnis von Falken, KB-Schüler(inne)n, SDAJ und Unorganisierten. Ein Aktionsprogramm wurde erarbeitet,

das die Verteidigung der Gesamtschule, Kampf gegen die Bildungsmisere, Widerstand gegen Angriffe auf SV - Rechte, Schülerzeitungszensur und Maulkorbzerlasse sowie „Stoppt Strauß!“ enthielt. Die KB-Schüler (innen) brachten außerdem ein:

- AKW-Gegnerschaft
- Antifaschismus
- Kriegsdienstverweigerung
- Rock gegen Rechts an die Schulen
- Unterstützung bunter/alternativer Listen
- Kampf der Benachteiligung von Frauen in Schule und Ausbildung!

Diese Vorstellungen konnten im Bündnis jedoch nicht durchgesetzt werden.

In dieser Situation setzte sich das Frankfurter Sponti-Zentralorgan „Pflasterstrand“ mit beiden Arschbacken in die Juso - Scheiße und publizierte einen reißerischen Anti-KB-Artikel, aufgemacht mit prächtigen Sponti-Kalauern ... und unterzeichnet von eben jenem Bernd M., der es an dieser Stelle allderdings sorgfältig vermied, auf seine SPD-Mitgliedschaft hinzuweisen! Gerade der KB, der ja einen linken Anspruch habe – hieß es im „Pflasterstrand“ – habe „Machtpolitik“ betrieben; es sei dem KB um Posten gegangen, Schüler seien funktionalisiert und in die Statistenrolle gedrängt worden. „Nach Mafra - Art“ hätten „das LG des KB“ und „der Bundesvorstand der SDAJ“ (!) auf konspirativen Treffen die Posten verteilt. (Wie der AK inzwischen in Erfahrung bringen konnte, waren darüberhinaus Vertreter der chinesischen Botschaft, sowie des sowjetischen Jugendverbandes Komsomol bei diesem Treffen anwesend!). Das Besondere an diesem Artikelchen war dabei gar nicht mal, daß er im „Pflasterstrand“ erschien, sondern, daß er pikanterweise von einem Juso selber verfaßt worden war. Dies sprach sich dann doch in der Szene allmählich herum. Da dieser Umstand die Glaubwürdigkeit der beiden Partner nicht gerade erhöhte, verbreitete Bernd M. alsbald, er sei aus den Jusos ausgetreten und habe von denen „die Nase voll“. Dies hinderte die Jusos freilich nicht, den frisch - gekürten „Linksunabhängigen“ mit seinen „im Pflasterstrand veröffentlichten Vorstellungen“ weiter wärmstens zu unterstützen (Zitate aus der Frankfurter Juso-Schülerzeitung). Wenn Bernd M. nicht gewählt würde, sei „die SV-

Arbeit auf Stadtebene für ein Jahr am Arsch“ (im Landesschülerrat verfügen die Jusos immer noch über sichere Mehrheiten und sind auf derlei Tricks nicht angewiesen).

Nun – Jusos und Spontis können aufatmen. Bernd M., der noch am 24.10. auf einer Parteiveranstaltung für die SPD warb, präsentierte sich auf der nächsten SSR - Sitzung am 26.11. als astreiner Unorganisierter und „Unabhängiger“ und erhielt bei der Wiederholung der Wahl tatsächlich eine Mehrheit – freilich weniger aufgrund besserer Argumente, sondern eher aufgrund der Tatsache, daß die Jusos alles herangekarrt hatten, was heranzukarren war.

Der größte Stoßseufzer kam ... von der „Taz“! Sie schien geradezu von einer Zentnerlast befreit zu sein. Der Versuch des KB, „seine Kandidatin in den Posten der SSR - Sprecherin zu hieven, ist im zweiten Anlauf mißlungen.“ Der „Sprecher eines unorganisierten Haufens“ (SPD?) habe die Wahl gewonnen; der KB habe, beflügelt vom „sogenannten breiten RGR-Bündnis“, vergeblich versucht, den SSR für seine Zwecke zu übernehmen. Aber mit seinen „naïven Antifa - Diskussionen“ habe der KB die Spontis vergrault (und in die Arme der SPD getrieben?). Die Falken hätten aufs „falsche Pferd“ gesetzt (anstatt wie üblich auf die SPD?) Zum Glück sei „der Marsch des KB durch die Frankfurter Institutionen“ gestoppt. Der Autor, der dies schreibt (in der „Taz“ vom 29.11.), weiß in der Sache bescheid: Als langjähriger Stadtjugendring - Funktionär kennt er – im Gegensatz zum KB – die Frankfurter Institutionen (und zwar von innen!). Die Jusos sind froh, daß sie „ihren“ angestammten Posten behalten, und die „Taz“ ist froh, daß die Frankfurter Institutionen „sauber“ bleiben – nur weiter so!

Für die KB-Schüler(innen) ist diese Konstellation sicher nicht die Schlechteste, zeigt sie doch, daß eine konsequente linksradikale Opposition gegen Juso - und Spontifizilz entwickelt werden muß. Dies ist wahrscheinlich sogar einfacher, wenn man/frau – bei den schwachen Kräften, die wir derzeit in der Schülerarbeit haben – nicht auch noch mit solch ehrenwerten Ämtern belastet ist.

KB/Gruppe Frankfurt

Die Losung heißt: Greift zu!

Hausbesetzungen als Maßnahme gegen die eklatante Wohnungsnot machen Schule. Nach der Besetzung der Augenklinik in Göttingen und leerstehender Häuser in Bremen und Frankfurt, haben Wohnungssuchende in Mainz und Tübingen Anfang Dezember ebenfalls zur Selbsthilfe gegriffen.

Mainz: Etwa 30 Studenten haben am 2. Dezember ein Haus in der Mainzer Altstadt besetzt. Während in Mainz etwa 3000 Familien oder Alleinstehende auf der Suche nach einer Wohnung sind, wird gleichzeitig in der Altstadt vorhandener Wohnraum im Zuge der sogenannten Stadt-sanierung vernichtet. Das besetzte Haus ist im Besitz des Landes und steht unter Denkmalschutz. Trotzdem soll es einer Polizeienstelle Platz machen. Die Besetzer haben ihre Aktion auf drei Tage begrenzt. Sie protestieren gegen die künstliche Verknappung von Wohnraum und for-

dem stattdessen eine ausreichende Anzahl von finanziell tragbaren Wohnungen und mehr Wohnheimplätzen. Tübingen: Ein seit 14 Monaten leerstehendes Haus besetzten Studenten, Schüler und Lehrlinge in Tübingen. 300 Erstsemester mußten sich in dieser Stadt mangels Unterkunft wieder exmatrikulieren. Nach Bekanntgabe der Aktion auf einem Konzert der „3 Tornados“ machten sich sofort 500-800 Leute auf und feierten noch bis zum Morgen in dem besetzten Haus. Zur Zeit tagen täglich zahlreiche Gruppen dort. Es bestehen laut „Taz“ sogar Chancen, daß die Besetzer in dem Haus unter bestimmten Bedingungen wohnen bleiben dürfen. (Informationen nach „Taz“, 3.12.79)

„Für Musikstudenten besonders interessant...“

Seine einmalige Chance wittert ein Wohnwagenhändler in Bochum. In

einem Schreiben an den AStA der Ruhruniversität preist er die zahlreichen Vorteile seiner „komfortabel ausgestatteten Wohnwagen“ an: „100%ig winterfest“, mit allen Schikanen versehen, noch dazu äußerst kommunikationsfördernd, denn „bei Zusammenstellung von mehreren Wohnwagen ist die Voraussetzung für ein Gemeinschaftsleben und gegenseitige Hilfsleistung gegeben“. Und weiter: „Für Musikstudenten besonders interessant, da keiner Anstoß nimmt, wenn geprobt werden muß.“ Und das Ganze sehr preisgünstig. Nur 100 bis 200 Mark braucht jeder im Monat zu zahlen – bei 2-3 Personen in einem Wohnwagen bis zu 7m Länge, wobei natürlich „jedem sein Intimbereich gewährleistet wäre“. Es gibt wohl nichts, woraus ein erfinderischer Kapitalist nicht noch Geld schlagen könnte.

SSB/Hamburg

Uni-Präsident läßt schlagen und spitzeln

Die Auseinandersetzungen zwischen dem AStA der Uni Marburg und der Universitätsleitung spitzen sich immer mehr zu. Als Ausgangspunkt des Konflikts schilderte der Uni-Präsident in einem eigenen Flugblatt: „Mehrere Anträge von Organen der Verfaßten Studentenschaft (AStA, StuPa-Präsident) auf Raumzuweisung für Veranstaltungen und sogenannte „Vollversammlungen“ konnte ich nicht stattgeben, da in diesen Fällen eindeutig das den Organen der Verfaßten Studentenschaft nach dem Gesetz und der Rechtsprechung nicht zukommende allgemein-politische Mandat wahrgenommen werden sollte (Solidarität mit gefangenen Terroristen, Rock gegen Rechts, Berufsverbote.“

Gerade der Streit um die Wahrnehmung des Politischen Mandats war in der Vergangenheit immer einer der Brennpunkte in der Auseinandersetzung zwischen demokrati-

scher Studentenschaft und den verschiedensten Hochschulverwaltungen. In diesem Fall ging es um eine Veranstaltung, die der AStA gemeinsam mit dem Berufsverbotekomitee durchführen wollte. Der AStA beantwortete das Raumverbot mit einem GO-IN, um das Raumverbot zu durchbrechen und sich einen entsprechenden Raum zu nehmen. Bei diesem GO-IN kam es „zu Rangeleien zwischen den Studenten und Universitätsbediensteten, nachdem der persönliche Referent des Uni-Präsidenten mit einer Sofortbildkamera Aufnahmen von protestierenden Studenten gemacht hatte, auf deren Verlangen aber die Herausgabe der Bilder verweigert“ („FR“, 5.12.).

Im Anschluß an diese Auseinandersetzungen erteilte der Uni-Präsident zwei AStA-Mitgliedern Hausverbot. Außerdem sollen, so bestätigte Uni-Präsident Kröll auf Anfrage, Strafanzeigen gegen beteiligte Stu-

denten gestellt werden („FR“, 5.12.).

Mit dieser unmittelbaren Form der Repression scheint sich die Universitätsleitung noch nicht zufrieden zu geben. Ende letzter Woche wurden aus dem Raum der Fachschaft Erziehungswissenschaften sämtliche Unterlagen einer Urabstimmung für Protestaktionen gegen die Schulmiserie geklaut. Da weder das Türschloß zerstört noch Geld oder Wertgegenstände entwendet worden sind, fragt sich der AStA berechtigterweise, wer denn Interesse an solchen Unterlagen habe, besonders, weil sämtliche Namenslisten mit den Namen der Kommilitonen, die sich für Urnendienste bereit erklärt hatten, mitverschunden sind. Es wäre nicht das erste Mal, daß solche Unterlagen in vertraulicher Zusammenarbeit mit Staatsschutzorganen zur Denunzierung von Kommilitonen benutzt werden.

SSB, Hamburg

Na endlich: Nazi-Hof „Gut Barenbräucker“ geschlossen!



Na endlich: Nazi-Hof „Gut Barenbräucker“ geschlossen!

Per Ordnungsverfügung hat die Stadt Kamen das berüchtigte JN-Landeszentrum „Gut Barenbräucker“ geschlossen. „Gut Barenbräucker“ war seit Jahren Ausgangspunkt zahlreicher neofaschistischer Provokationen in - und außerhalb NRW's. Das Nazi-Zentrum und die von ihm aus operierende „Harting-Bande“ hatten u.a.

durch einen Überfall auf ein Kamerteam aus der CSSR internationale Publizität erreicht. Nach diesen Ereignissen sah sich die Stadt Kamen endlich genötigt, rechtliche Schritte einzuleiten. Im Juni wurde der Hof von der Kriminalpolizei durchsucht. Als Ergebnis wurde jetzt erklärt, „daß in Teilen des landwirtschaftlichen Betriebes eine Nutzungsänderung vorgenommen worden ist, die aus baurechtlichen (!) Gründen nicht

hingenommen werden kann“ (Stadtdirektor Bönker, nach „WAZ“ vom 5.12.) Man sei zu der Erkenntnis gelangt, daß das Gut „von seiner ganzen Einrichtung her offensichtlich überörtlichen Schulungszwecken“ der Neonazis diene. „Die Zahl der Schlafzimmer und sanitären Anlagen reicht für die mehrtägige Unterbringung großer Gruppen“ (alle Zitate aus „WAZ“, 5.12.).

Harting, Bewirtschafter des Gutes und NPD-Bezirksbeauftragter, kann gegen die Ordnungsverfügung Widerspruch beim Oberkreisdirektor einlegen. Im Falle der Ablehnung seines Widerspruchs könnte Harting vorm Verwaltungsgericht klagen.

Auch wenn eine „baurechtliche“ Begründung für die Schließung des Nazi-Hofs herhalten muß, so ist dies dennoch zumindest als Teilserfolg antifaschistischer Aktivitäten zu werten: Seit dem Überfall der „Harting-Bande“ auf eine VHS-Veranstaltung mit dem jüdischen Romancier Hilsenrath haben Gewerkschaften, Antifa-Arbeitskreise, Jusos, Falken u.a.m. immer wieder auf die Existenz und Bedeutung von „Gut Barenbräucker“ hingewiesen. Im Mai dieses Jahres hatte ein eindrucksvolles Spektrum antifaschistischer Kräfte gegen den Nazi-Hof und seine Duldung durch die Stadt Kamen demonstriert.

Antifa-Kommission NRW

„Hansa“-Bande im Kreis Pinneberg



v.l.: Christian Worch, unb., unb., Henning Wickhorst, Chris Baumann, unb.

Seit Anfang des Jahres treibt ein Teil der „Hansa“-Bande im Kreis Pinneberg ihr Unwesen. In Bokel, einem kleinen Dorf nordwestlich von Barmstedt, haben Tibor Schwarz (20) und Christian Worch (23), die Nachfolger von Michael Kühnen, eine neue Bande aufgebaut. Die Bande hält regelmäßig „Wehrsportübungen“ in den umliegenden Wäldern ab (u.a. in Hasselbusch, Rantzauer Forst nahe Bokel).

Doch die Bande übt nicht nur – mit Überfällen, Mordanschlägen, Einbrüchen und Verwüstungen verbreiten sie ein Klima der Angst:

Am 11.8.79 schlugen und stachen die Banden-Mitglieder Henning Wickhorst (17) und Chris Baumann (15) in Westerhorn (b. Bokel) einen Tankwagen nieder – er hatte in einem Strafverfahren gegen sie ausgesagt. Dem Bruder des Schwerverletzten schlugen sie anschließend mit einer Bierflasche vier Zähne aus. („Elmshorner Nachrichten“ (EN), 15.8.)

Einen besonderen Haß hat die Bande auf den Verkaufsleiter W. Jonitz, denn er hat inzwischen über 30 Anzeigen gegen die Nazis erstattet. Ergebnis: In der Nacht zum 17.9. wurde sein Wochenendhaus total verwüstet. (Direkt daneben ist eine Kiesgrube, in der die Bande ihre Kameradschaftsabende abhält). Zuvor schon waren in die Außenwände des öfteren SS-Runen und Drohungen eingeritzt worden. Einmal schütteten Mitglieder der Bande seiner Tochter Sand ins Gesicht, einmal wurde Jonitz selbst von 15 Mann überfallen. Die Zahl der Einbrüche und Sachbeschädigungen kann er gar nicht mehr zählen.

Nicht nur in Bokel/Hörnerkirchen, wo die Bande einen festen Stamm von zehn Mitgliedern hat, auch in anderen Orten des Kreises sind die Neonazis aktiv.

In Bramstedt wurden vor einiger Zeit die Scheiben im DKP-Zentrum eingeschlagen. In Elmshorn, wo Schwarz und Worch und andere „Hansa“-Faschisten sich öfter aufhalten, wurden im Juni in der Einkaufsstraße und verschiedenen Stellen der Stadt über 30 „NSDAP/AO“-Aufkleber verklebt. Anfang Juli drohten unbekannte Nazis dem Organisator einer alternativen Stadtrundfahrt (im Rahmen einer Antifa-Woche – u.a. zum KZ Neuengamme), daß „keiner den Bus

lebend verlassen würde.“ (EN, 7.7.)

In Hörnerkirchen überfiel die Bande einen Landjugendball. („Hamburger Morgenpost“, 30.11.)

Der Baumann-Hof

Das Zentrum der Bande ist der Baumann-Hof in Bokel. Vater Baumann saß bis vor kurzem wegen krimineller Delikte im Knast. Inwieweit er sich dem Treiben anschließt ist nicht klar. Seine beiden Söhne Chris und Jörg (17) gehören zu den Führern der Bande. Etwa drei – vier weitere Mitglieder wohnen offenbar ebenfalls auf dem Hof. Die Verbindung zu den Hamburger Nazis lief über Tibor Schwarz: Er ist Baumanns Stiefsohn. Seit Anfang des Jahres gehen er und Worch regelmäßig auf dem Hof ein und aus.

Und die Behörden?

Am 17.8. erklärte das Innenministerium: „Von einer festen Nazigruppe, die kriminelle Taten begehe und paramilitärische Übungen organisiere, sei der Polizei nichts bekannt“ (EN, 18.8.).

Am 27.9. meinte das Ministerium, man „vermute“ eine kriminelle Nazibande in Bokel; der Einfluß eines (?) Mitglieds der „ANS“ (= „Hansa“-Bande) sei „nicht auszuschließen“. Aber: „Wegen des jugendlichen Alters der Verdächtigen“ fände eine „gezielte Beobachtung durch den Verfassungsschutz“ nicht statt! („Pinneberger Tageblatt“, 27.9.)

Inzwischen „wächst die Angst vor den Neonazis“ im Norden des Kreises Pinneberg, wie die „Elmshorner Nachrichten“ schrieben. Ein Bürgermeister aus dem Raum Bokel faßte die Stimmung vor Ort zusammen: „Es muß wohl erst einer umgebracht werden.“ (EN, 6.10.)

Auch der nicht gerade linkslastige

ge Gemeinderat von Bokel sah sich Anfang Oktober genötigt, an die Behörden zu appellieren, dem kriminellen Treiben der „Hansa“-Bande ein Ende zu bereiten.

Dennoch laufen die beiden Messerstecher Wickhorst und Baumann noch frei herum. Die Leiter der Bande, Worch und Schwarz, können ungestört (und leider mit Erfolg) weitere Jugendliche für die Bande rekrutieren.

Den neuesten „Erkenntnisstand“ der Polizei verkündete das „Pinneberger Tageblatt“ am 19.11.: „Nach Angaben der Polizei trägt die Jugendbande in Bokel zwar nationalsozialistische Embleme, verfolgt jedoch keine politischen Ziele“.

Am 24.10. hatte es noch geheißen: „Die Behauptung einiger Anwohner, die Jugendlichen seien mit schwarzen Uniformen und Koppeln, auf denen NS-Embleme angebracht seien, bekleidet, konnte nach Auskunft der Polizei nicht bestätigt werden.“

Die in Hamburg monatelang praktizierte Verharmlosung der „Hansa“-Bande wiederholt sich nun also im Kreis Pinneberg!

Antifaschistische Aktivitäten

Auf Initiative von DKP und SDAJ versammelten sich am 18.11. etwa 400 Antifaschisten zu einer Protestkundgebung in Bokel. Zuvor hatten 150 Bürger aus den Kreisen Pinneberg einen Aufruf unterschrieben, in dem das Verbot aller Nazi-Aktivitäten und die Auflösung der Bande gefordert wird.

In bekannter Parteiladenmanier hatte die DKP keinen Versuch unternommen, eine breitere antifaschistische Aktionseinheit aufzubauen – obwohl z.B. der „Verband Christlicher Pfadfinder“ erst im Juni in Elmshorn eine antifaschistische Woche durchführte und die „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ kürzlich eine Anfrage bezüglich der Bande verfaßte. Das Zusammentragen aller Fakten über diese Bande und der Aufbau einer Aktionseinheit stehen jetzt auf der Tagesordnung.

KB/Gruppe Pinneberg

Antifaschistische Aktion

Achtung: Wiking-Jugendlager in der Rhön!

Vom 27.12.79 bis zum 1.1.80 will die neonazistische „Wiking-Jugend“ in der Rhön ein Treffen abhalten. Ortsansässige Antifaschisten sollten die Augen offenhalten, da die „Wiking-Jugend“ schon früher unter Tarnnamen wie „Westdeutscher Sing- und Spielkreis“ sich Aufnahme bei Jugendherbergen und Campingplätzen erschleichen konnte. Urlauber in der Rhön sollten nicht vergessen, antifaschistische Materialien mitzunehmen.

Neumünster: Große Demonstration gegen die HIAG

Aufgerufen von einem breiten antifaschistischen Bündnis demonstrierten am Samstag Nachmittag 400 Menschen in der Neumünsteraner Innenstadt gegen das am selben Abend stattfindende „Jubiläumfest“ der Waffen-SS-HIAG Kreisverband Neumünster.

Am Vormittag wurden Flugblätter verschiedener Organisationen, von den Jusos bis zur „Volksfront“ (eine neue KPD/ML-Filiale) verteilt. Eine eindrucksvolle Idee hatte die Naturfreundejugend: Begleitet von Trommeln bewegten sie sich mit bleichgeschnittenen Gesichtern in grauen Umhängen aneinandergekettet durch die Innenstadt. Beteiligt an den Aktionen waren: VVN und Stadtjugendring als Initiatoren, sowie SPD, Jusos, DKP, KB, Demokratische Bewegung, DGB-Jugend, „Volksfront“, Anarchistische Gruppe Neumünster...

Anträge auf Verbot der Veranstaltung wurden von der Verwaltung abgewiesen. Die SPD kündigte daraufhin politische Schritte ihrer Bundestagsfraktion an, um der HIAG „den rechtlichen Boden für weitere Auftritte zu entziehen“. Die Aufforderung der SPD, sich an der Demo zu beteiligen, wurde von ihren Mitgliedern nur sehr spärlich befolgt.



NPD/JN-Kundgebung in Hannover verhindert

Eine „Große Offensive für Niedersachsen“ hatte die NPD/JN am Ende des Bückeburger Prozesses gegen die „Hansa“-Bande angekündigt. Eine der Stationen sollte am 1.12. in Hannover sein.

Für denselben Tag hatte die „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden“ (SoDZDL) eine Aktion gegen Kriegsspielzeug angemeldet. Nach bester Hannoveraner Tradition wurde diese antifaschistische Aktion verboten, die der NPD dagegen erlaubt.

Unter dem Schutz von einigen Antifaschisten und zahlreichen Passanten, die den Platz „besetzten“, führte die SoDZDL ihren Stand trotzdem durch. Zwar mischten sich einige NPDler unter das Publikum (u.a. J. Nowald, „NSDAP“-Kader, im Garbsen-Prozeß zu einem Jahr Knast ohne Bewährung verurteilt). Sie versuchten es jedoch erst gar nicht sich aufzubauen. Diskussionen, Sketche der SO und Flugblätter der Antifa-AG sorgten für die Information der Passanten. – Ein kleiner Erfolg!

Antifa-Kommission, Hannover

Unna/ Kamen

Unna, 4.11.78▷



Neue Prozesse

Mit den Verhandlungen gegen die Antifaschisten Jürgen Wegner und Rolf Müller, werden die „Antifa-Prozesse“ im Raum Unna/Kamen am 11.12. fortgesetzt. Gegenstand der zahlreichen Prozesse sind die provokativen Auftritte der NPD/JN-NRW („Harting-Bande“), am 4.11. des vergangenen Jahres.

Anläßlich der Nazi-Kundgebungen war es zu schweren Zwischenfällen gekommen. Ein brutaler Knüppelinsatz der massiv zum Schutz der Neonazis aufmarschierten Polizei, sorgte für bundesweite Publizität („Stern“, „konkret“).

Den beiden am 11.12. vor Gericht stehenden Antifaschisten wird Körperverletzung, Widerstand gegen die

Staatsgewalt sowie Störung einer genehmigten Versammlung vorgeworfen. Es ist hier also mit einigem für die Angeklagten zu rechnen. Eine Protesterklärung gegen die, besonders vor dem Hintergrund des in dieser Gegend seit Jahren unbeschadet wütenden Neofaschismus, skandalösen Prozesse, unterzeichnet u.a. von K. Thüsing, H.M. Broder, H. Wielek u.a.m., fordert neben der Einstellung der Prozesse auch zur finanziellen Unterstützung der angeklagten Antifaschisten auf (siehe AK 166).

Hier noch einmal die Nummer des Spendenkontos:

Stadtparkasse Kamen,
Friedhelm Schaumann,
Konto-Nr. 807800,
Bankleitzahl 443 513 80

Antifa-Kommission KB/NRW

Stoppt die „Grauen Wölfe“

Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen Faschismus



Dokumentation des Terrors der „Grauen Wölfe“ in Westberlin

Stoppt die „Grauen Wölfe“

Zu bestellen ist die Dokumentation zu einem Preis von 4,- DM beim: Initiativ-Komitee gegen türkische Faschisten, Langenscheidstraße 3, 1000 Berlin 62.

Neonazis vor Gericht

Gegen den JN-Landesvorsitzenden und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von NRW, Heinrich Gerlach, hat die Staatsanwaltschaft Dortmund ein Ermittlungsverfahren nach § 130 eingeleitet.

Es geht dabei um eine von Gerlach am 4.11.78 in Kamen gehaltene Rede. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen folgendem Zitat aus der Rede Gerlachs: „Viermal standen die Türken vor Wien, viermal hat sich das deutsche Volk gegen diesen Türkenansturm gewehrt - heute sind sie mitten unter uns. Deutschland, speziell Westeuropa, soll zersetzt werden von negriden und asiatischen Menschentypen und Menschenrassen.“ Gerlach mußte sich deswegen bereits vor einem Göttinger Gericht verantworten, das jedoch „Volksverhetzung“ und „Rassenhetze“ als nicht erwiesen ansah.

Mit der Einleitung des Ermittlungsverfahrens reagiert die Staatsanwaltschaft jetzt auf einen in der lokalen Presse veröffentlichten Leserbrief eines Kamerener Antifaschisten, in dem dieser auf die Inhalte der Reden Gerlachs und des NPD-Bundesvorstandsmitgliedes Dröse, sowie auf das Nicht-Aktiv-Werden der staatlichen Organe in dieser Sache hinwies. Den Satz Dröses auf derselben Kundgebung, daß es sich beim Kommunismus um eine Krankheit handle, „entsprungen den kranken Gehirnen von Judenbuben und Faulenzer“, hielt der Staatsanwalt allerdings nicht für „ermittlungswürdig“.

Antifa-Kommission NRW

Im März dieses Jahres, als nach „Holocaust“ neofaschistische Aktivitäten spürbar zunahmen, machte ein Fernsehteam des WDR ein Interview in Westberlin mit zwei Jugendlichen und einem Erwachsenen, die sich vor der Kamera als „Kampfgruppe Großdeutschland“ bezeichneten und Forderungen nach Aufhebung des NS-Verbots und „Juden raus“ erhoben. Dabei waren sie schwarz uniformiert und trugen Hakenkreuzbinden, der Raum war mit „Führerbild“ u.ä. ausgestattet. Wegen Herstellung und Ver-

breitung von NS-Kennzeichen und wegen Volksverhetzung wurde der 17-jährige „Obergruppenführer“ Rohlauf jetzt zu 200 DM Buße verurteilt und der Aufsicht eines Bewährungshelfers unterstellt. Er hatte als einziger während des Interviews gesprochen. Der gleichaltrige Semrad wurde zu 300 DM Buße verurteilt, der 28-jährige Kohlenhändler Hetzel zu 1.000 DM und einer Bewährungszeit von einem Monat. Semrad war schon vor längerer Zeit als Verkäufer der „Nationalzeitung“ in einem Jugendfreizeitheim aufgefallen; bei Rohlauf fand die Polizei Flugblätter der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ und Fotos, die auf Beziehungen zur „Hansa“-Bande hindeuten.

Antifa-Kommission Westberlin

Ein Prozeß gegen die Nazis Carlos Bago und Einhardt Werner lief am 29.11. in Hamburg. Beide waren wegen Verherrlichung von Gewalt, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung der BRD angeklagt. Sie hatten am 7.2.79 im Strafjustizgebäude ein Flugblatt gegen die Fernsehserie „Holocaust“ verteilt, für das „Hansa“-Nazi Edgar Geiss verantwortlich war.

Am 29.11. waren insgesamt 7 Zeugen geladen. 5 Antifaschisten, die Anzeige gestellt hatten, und zwei Faschisten, Frau Geiss und Thies Christophersen.

Es war unglaublich, wie die Justiz (in diesem Fall Richter Bogatzki) den Faschisten die Möglichkeit einräumte, sich lang und breit darüber auszulassen, daß es nie Vergasungen gegeben habe. „Zeugen“ wie Prof. Faurisson (Uni Lyon), Prof. Rassinier, Richard Harwood, Prof. Butz u.a. sollten vorgeladen werden - allesamt selbst Nazis.

Die Staatsanwaltschaft beantragte für Bago 120 Tagessätze zu 50 DM (6.000 DM) und für Werner 140 Tagessätze zu 25 DM (3.500 DM). Mit 3.000 DM für Bago und 1.000 für Werner blieb das Urteil hinter diesem Antrag zurück; mildernd sei, daß die beiden das Flugblatt nicht selbst verfaßt hätten.

H., Sympathisantin des KB



Einhardt Werner (der Dicke) und Edgar Geiss (ganz rechts) am 25.2.1978 in Hamburg-Lurup. Im Hintergrund: Frank Stubbemann.

Einhardt Werner (der Dicke) und Edgar Geiss (ganz rechts) am 25.2.1978 in Hamburg-Lurup. Im Hintergrund: Frank Stubbemann.

Lischka-Prozeß in Köln:

Erster Entlastungszeuge

— ein verurteilter Nazi-Mörder!

Gleich mehrere „Bomben“ platzten am 10. und 11. Verhandlungstag im Kölner Prozeß gegen die drei wegen Massendeportation französischer Juden angeklagten SS-Männer Lischka, Hagen und Heinrichsohn.

So belasteten zwei Französinen am 10. Verhandlungstag den Angeklagten Heinrichsohn, (immer noch CSU-Bürgermeister in Bürgstedt/Kreis Miltenberg!). Sie berichteten, Heinrichsohn sei immer dann mit Vorliebe in das Lager gekommen, wenn der Abtransport von Kindern anstand, und beschrieben ihn als besonders sadistischen SSler. Die Zeuginnen konnten Heinrichsohn zudem anhand alter Fotos identifizieren.

Als der „Entlastungszeuge“ Anton Söllner (ehemals Aufseher im Lager Drancy im Rang eines SS-Scharführers) am Tag darauf behauptete, von Kinderdeportationen nichts gewußt zu haben, ließ Serge Klarsfeld, Nebenkläger in diesem Prozeß, die nächste Bombe hochgehen: Er erklärte, Söllner sei bereits in Frankreich wegen seiner „Tätigkeit“ im Lager Drancy zum Tode verurteilt! Er dürfe daher nicht Zeuge sein. Dann verließ Klarsfeld, zusammen mit zahlreichen französischen Zuschauern, den Gerichtssaal.

Der Vorsitzende Richter Faßbender bezeichnete das als „Sabotageakt“ gegen das Verfahren. Bei der nächsten „Störung“ werde er den Saal räumen lassen.

Im Anschluß an die so entstandene Verhandlungspause schilderte der Pariser Medizinprofessor George Wellers die Zustände im Lager Drancy. Auch er betonte, daß sich im La-

ger viele Kinder ohne Eltern befunden hätten.

Gegen Ende dieses Tages nahmen die Staatsanwaltschaft und der Nebenklagevertreter Kaul zu einem formaljuristischen Einstellungsantrag des Lischka-Verteidigers Millinger Stellung.

Das Gericht behielt sich eine Entscheidung über den Einstellungsantrag bis zum übernächsten Termin vor.

Am 13. Verhandlungstag sagten weitere ehemalige NS-Größen aus: der ehemalige SD-Befehlshaber der Niederlande, Wilhelm Harster, und sein „Judenreferent“ Wilhelm Zoepf. Die beiden waren im Jahre 1962 in München zu 15 bzw 9 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie erklärten, zunächst auch geglaubt zu haben, die verschleppten Juden (aus den Niederlanden) würden zur Zwangsarbeit verschleppt; sie hätten dann aber bald bemerkt, daß sie getäuscht worden waren. Wörtlich sagte Harster dazu: „Definitiv Bescheid gewußt hätten aber wohl nur die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz. Von der habe ich erst 1946 gehört“.

Diese Aussage kommentierte Richter Faßbender mit der Frage an die Angeklagten, ob es für sie nicht besser wäre, auch so aufzutreten wie die beiden Zeugen. Es scheint, als wolle Faßbender den Angeklagten mildernde Umstände zubilligen, z.B. für „Geständigkeit“ ...

Schließlich wurde der Einstellungsantrag von RA Millinger abgelehnt. Der Prozeß geht also weiter.

Antifa-Kommission NRW

Meldungen vom Polizeistaat

Bundeseinheitliche Führungsstäbe

Bei allen Innenministerien des Bundes und der Länder, sowie auf unteren Führungsebenen des Polizeiapparats, sollen Führungsstäbe mit Lagezentren nach einheitlichem Muster errichtet werden. Dabei dringt die Polizei jetzt darauf, nicht wie bisher nur in Ausnahme-Situationen (Großveranstaltungen, Entführungen, usw.) Stäbe einzuberufen; vielmehr sollen sie ständige Einrichtungen werden.

Den Versuch einer Bilanz über den Aufbau solcher Stäbe unternimmt Polizeidirektor G. Berndt von der Polizei-Führungs-Akademie Münster in der Novemberausgabe der Fachzeitschrift „Die Polizei“:

Führungsstäbe der Polizei haben die Aufgabe, Informationen zu sammeln und zu verarbeiten, um den verantwortlichen Polizeiführer zu beraten und Entscheidungen vorzubereiten, wenn der Verantwortliche allein nicht in der Lage ist, fundierte Entscheidungen zu treffen.

Der Aufbau von Stäben mit Lagezentrum geht auf Beschlüsse der ständigen Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes (IMK) zurück: ausgehend vom „Programm Innere Sicherheit“, Teil II (Feb. 1974) wurde 1975 die Einrichtung ministerieller Lagezentren von der IMK beschlossen, und die Polizeidienstvorschrift 100 (PDV 100) von 1976 enthält Richtlinien für die Stabsarbeit. Entsprechend den Vorschlägen des „Höcherl-Berichts“ (der die „Fahndungsspannen“ untersuchte; vorgelegt am 31.5.78) veranlaßte dann die IMK die Entwicklung eines Modells eines Führungsstabes. Bereits am 29.8.78 beriet die IMK ein solches Modell und verabschiedete Grundsätze zur Bildung „einheitlicher Führungsstäbe in der Polizei“. Danach besteht ein Stab (mindestens 77 Personen mit einem Bedarf von 20 Räumen) aus mindestens drei Berater-Gruppen, nämlich dem „Stabsbereich 1“ (Einsatzzentrale mit Lagezentrum), dem „Stabsbereich 2“ (Führungs- und Einsatzmittel) und dem „Stabsbereich 3“ (Versorgung).

Dem Leiter sind außerdem besondere Berater (z.B. Psychologen) und Verbindungsbeamte (z.B. zur Justiz) beigeordnet.

Bisher haben in der Zeit vom Juli 1978 bis März 1979 6 Bundesländer Bestimmungen für die Errichtung von Führungsstäben erlassen (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Schleswig-Holstein, NRW und Hamburg). Diese Länderbestimmungen sind jedoch in einigen Punkten uneinheitlich und erschweren somit eine „reibungslose Zusammenarbeit“. Berndt hierzu: „Eine wirklich reibungslose und effektive Zusammenarbeit ist zwischen Stäben verschiedener Länder jedoch nur dann zu erreichen, und nicht nur innerhalb eines Landes, wenn die Struktur auch hier einheitlich ist“. Gemessen an diesem Ziel haben

die Beschlüsse der Länder und der PDV 100 noch mehrere „Unzulänglichkeiten“: Zunächst weist Berndt auf die Notwendigkeit eines 4. Stabsbereiches - Öffentlichkeitsarbeit - hin, der von der IMK vernachlässigt worden sei. Berndt begründet die Notwendigkeit damit, daß einem Stab eine Reihe von Aufgaben zufallen, die eine herkömmliche Pressestelle nicht leisten könne:

1. Presseauskünfte aus polizeitaktischer Sicht erarbeiten.
 2. Zielorientierte Auswertung der Medien und Kontrolle der von der Polizei veranlaßten Durchsagen in den Medien.
 3. Verbreitung von „Hintergrundinformationen“ für die Polizeikräfte.
- Außerdem bemängelt Berndt, daß in einigen Ländern für die Kriminalpolizei und die Schutzpolizei verschiedene Führungsstäbe gebildet wurden. Ziel dagegen sei, den Stab immer wieder von dem gleichen Personenkreis zu besetzen, um so auf Führungsebene die Trennung zwischen Kripo und Schutzpolizei aufzuheben und darüberhinaus einen Austausch der Beamten zu erreichen.

Bisher sind Stäbe durch Ausgliederung von Personal aus dem alltäglichen Dienst besetzt worden. Dies sei - so Berndt - ungünstig, da bei länger andauernden Alarmierungen die abgeordneten Beamten für den normalen Dienstbetrieb ausfielen und so dort eine Lücke entstehe.

Außerdem seien die Polizisten bei gelegentlichem Einsatz im Stab nicht ausreichend in Übung, denn für Stabsarbeit sei im Polizeialltag sonst nicht übliches Maß an Kooperation erforderlich.

Mit diesem Geflecht von Führungsstäben mit Lagezentrum sollen die Bande zwischen den Länderpolizeien enger geknüpft werden; vor allem aber werden alle Länderpolizeien enger an das BKA angebunden, ähnlich wie es während der Schleier-Entführung praktiziert wurde.

Antifa-Kommission Hamburg

Zollfahndung wird ausgebaut

Unbeeindruckt von den im Juli dieses Jahres vom SPIEGEL (30/79) enthielten Einzelheiten über die umfassende Schnüffeltätigkeit des bundesdeutschen Zolls hat jetzt das Bundesfinanzministerium ein neues Programm zum weiteren Ausbau des Zollfahndungsapparates vorgelegt.

Das Programm sieht die Schaffung von zusätzlich 15 neuen Spezialtrupps für Kfz-Durchsuchungen an Grenzübergängen und die Bildung weiterer mobiler Einsatzgruppen von Zollfahndungs- und Kripobeamten vor.

Mit Hinweis auf die derzeit laufende Rauschgiftkampagne von BKA und RMI kündigte Staatssekretär

Haehser vom Finanzministerium ausserdem eine Verschärfung der bisherigen Postüberwachungspraxis durch Zollstellen an.

Daß der Zoll bei Postkontrollen nicht nur nach Rauschgiftsmugglern fahndet, sondern darüberhinaus gezielt den Schriftverkehr von registrierten „Verfassungsfeinden“ kontrolliert und daraus gewonnene „Erkenntnisse“ an den Verfassungsschutz und andere Institutionen weiterleitet, ist durch die SPIEGEL-Recherchen vom Juli eindeutig belegt.

Unabhängig von den neuen Ausbauplänen arbeiten zur Zeit Experten des Kölner Zollkriminalinstituts (ZKI) am Aufbau des zollinternen EDV-Systems „INZOLL“, das Daten über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten aus Ermittlungen des Zolls rückwirkend bis 1975 erfassen soll.

Eine Weitergabe von „Inzoll“-Daten an Dritte sei ausgeschlossen; die allgemeinen Löschungsvorschriften, wie sie z.B. für das Bundeszentralregister gelten, würden deshalb „Inzoll“ nicht betreffen (SZ, 28.11.).

Betrachtet man allerdings die bisherige „Amtshilfe“-Praxis zentraler Zollinstanzen, so scheint die Behauptung vom rein „verwaltungsinternen“ Gebrauch solcher Unterlagen wenig glaubhaft.

Zwischen dem Zollkriminalinstitut und den Polizeibehörden gibt es schon seit den frühen 50er Jahren, d. h. seit der Übernahme der Leitung des ZKI durch Dr. Ludwig Franzheim (einem ehemaligen Mitarbeiter von Admiral Canaris in der Abteilung Ausland/Abwehr des OKW) einen regen gegenseitigen Austausch von Karteikarten.

Es ist deshalb auch davon auszugehen, daß „Inzoll“ nach Fertigstellung direkt in den BKA- und Landespolizeicomputerverbund der Fahndungsdatei „PIOS - Heroin“ mit einbezogen wird. Ein Einfließen von „Inzoll“-Dateien in die zentralen Polizei-Computer wäre dann von außen her kaum noch kontrollierbar.

Antifa-Kommission Göttingen

CDU/CSU fordert Legalisierung der „Wanzen“-Praktiken

Ende November hat der CDU-/Sicherheitspolitiker Karl Miltner für die Nachrichtendienste eine „eindeutige Rechtsgrundlage“ gefordert („Welt“, 23.11.). Die bislang illegalen Lauschaktionen sollen legalisiert werden. Die Befürworter einer solchen Gesetzesinitiative behaupten: „Kein Nachrichtendienst der Bundesrepublik wage wegen der damaligen Reaktionen in der Öffentlichkeit derartige Aktionen“ („FR“, 22.11.). Die einzige Möglichkeit, diese Lauschoperationen zu legalisieren, besteht in der Einschränkung des Grundgesetzes, in diesem Fall des Art. 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung). Gefordert wird, „analog zum Gesetz über die Einschränkung des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Verfassung des Grundgesetzes)“ („Welt“, 23.11.). Gefordert wird, „analog zum Gesetz über die Einschränkung des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Grundgesetz) ein eigenes Gesetz über die Zulässigkeit von Lauschmitteln zu entwickeln“ („Welt“, 23.11.).

Antifa-Kommission Hamburg

Foltermethoden wieder zulässig - Ein Urteil des Bundesgerichtshofs

Ein Mordverdächtiger hatte 38 Stunden nicht geschlafen und wurde dann bis tief in die Nacht hinein verhört. Eine Belehrung über sein Aussageverweigerungsrecht fand nicht statt. Nicht einmal der Grund seiner Festnahme wurde genannt. Daß er hier nach nicht gefragt habe, wurde ihm nachträglich auch noch als Belastungsmoment ausgelegt. Während des Verhörs wurde er auf die Gefahr eines Selbstmordes hingewiesen. Die Bullen führten ihm aus ihrer „Berufserfahrung“ plastische Fälle vor Augen, die so geendet hätten. Er wurde zudem angelogen, daß er durch Indizien bereits überführt sei. Schließlich bot man ihm noch das „Geschäft“ an, wenn er jetzt gestehe, werde man für ihn das beste rausholen; obwohl die Bullen wissen, daß sie darüber gar nicht befinden können. Als das alles noch nichts half, drohten die Bullen, die Vernehmung in die Hände älterer Kollegen (mit GESTAPO-Erfahrung!) zu legen, die nicht soviel Nachsicht kennen würden.

Dazu muß man wissen, daß die Psychater den Verdächtigen für einen „krankhaft kooperativen Menschen“ hielten, der Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen auswich, wo es nur ging, der in diesem Zustand alles tat, um den Beamten entgegenzukommen.

Insofern müßte eigentlich alles klar sein. Das war es auch für die Schwurgerichtskammer beim Landgericht Freiburg. Es verwurte diese „Aussagen“ für sein Urteil nicht und

sprach den Angeklagten frei. Das Gericht berief sich zu Recht auf das Grundgesetz und § 136a Strafprozeßordnung, wo es heißt: „Die Freiheit der Willensentschließung und Willensbetätigung des Beschuldigten darf nicht beeinträchtigt werden durch Mißhandlung, durch Ermüdung, durch körperlichen Eingriff, durch Verabreichung von Mitteln, durch Quälerei, durch Täuschung oder durch Hypnose... Die Drohung mit einer unzulässigen Maßnahme und das Versprechen eines gesetzlich nicht vorgesehenen Vorteils sind verboten... Das Verbot... gilt ohne Rücksicht auf die Einwilligung des Beschuldigten...“ Die Staatsanwaltschaft ging gegen dieses Urteil in die Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) und hatte Erfolg. Der BGH erklärte in einem skandalösen Rundumschlag oben beschriebene Verhörmethoden für rechtmäßig. Damit hat er natürlich zugleich den Bullen einen Freibrief für deren Verhörmethoden ausgestellt. Offenkundig ist nach seiner Meinung erst Folter im Sinne des § 136a StPO erfüllt, wenn der Beschuldigte auf die Streckbank geschmält wird.

Die Verteidiger haben nun Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt.

Das Bundesverfassungsgericht wird nun erstmalig zum Folterverbot Stellung nehmen müssen. (Informationen aus „Die Zeit“ vom 9. Nov. 79)

Ein Kieler Genosse

1984 in Darmstadt

Am 3. November ging ich mit meiner Tochter spazieren. Nachdem von uns ein Fußgängerüberweg vorschriftsmäßig überquert wurde, winkte mich ein Polizist aus einem Streifenwagen, der direkt vor der roten Ampel gewartet hatte, zu sich. Völlig ahnungslos und keiner Schuld bewußt ging ich hin.

Zu meinem grenzenlosen Erstaunen deutete der Polizist auf meine Brust, auf der eine Plakette „Antifaschistische Aktion - Stopp Strauß“ angeheftet war, und meinte, diese sei laut einem Urteil vom Amtsgericht Darmstadt zu beschlagnahmen.

Nun wollte er noch wissen, ob ich noch mehr hätte und wo bzw. bei wem ich die Plakette gekauft hätte. Da ich diese Fragen nicht beantworten konnte, wurden meine Personalien aufgenommen und mir erklärt, ich könne eine Bescheinigung über diese Beschlagnahme beim Polizeirevier abholen. Was ich am nächsten Tag auch gemacht habe. Die von mir geforderte Einsicht in das Urteil konnten die Revierpolizisten mir nicht gewähren, da sie selber nur, soweit ich sehen konnte, eine kurze Anweisung mit dem entsprechenden Aktenzeichen hatten (Aktenzeichen AG Darmstadt 25 GS 817/79). Dafür war auf dieser Anweisung jedoch ein recht großer Verteiler zu erkennen sowie eine Fotokopie der besagten Plakette.

Dieser Vorfall macht für mich deutlich, wie zu Recht ich diesen Anstecker getragen habe. Schon bevor Strauß an der Macht ist, setzt er den Polizeiparagrafen und die Justiz für sich ein, um nach mißliebigen Meinungen zu fahnden.

Ein AK-Leser

Terrorüberfall der „Grauen Wölfe“ in Frankfurt

Am 25.11. kam es in Frankfurt zu einem blutigen Überfall der türkischen Faschistenorganisation „Graue Wölfe“. Bei ihrem äußerst brutalen Vorgehen verletzten die türkischen Faschisten vier Arbeiter so schwer, daß sie — z.T. mit lebensgefährlichen Verletzungen — ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

An diesem Sonntag sahen sich etwa 500 türkische Arbeiter im Frankfurter Turmpalast einen Film des bekannten türkischen Filmemachers Yilmaz Güney an. Nach dem Ende der Filmvorführung verteilten Mitglieder der „Türk-Föderation“ — einer Tarnorganisation der Grauen Wölfe — Flugblätter. Darin wurde für eine Veranstaltung geworben, wo sich die „nationalistischen Türken“ treffen sollten. Eingeladen zu dieser Veranstaltung am 8.12. in Frankfurt haben die „Türk-Föderation“ und der Frankfurter „Türkische Kulturverein“, ebenfalls eine Tarnorganisation der Grauen Wölfe. Als sich einige Türken weigerten, die Flugblätter der türkischen Faschisten anzunehmen, wurden sie von ca. 30 Flugblattverteilern angegriffen. Die mit langen Messern (!) und Totschlägern bewaffneten Grauen Wölfe verletzten vier türkische Arbeiter mit diesen Mordinstrumenten. Einer von ihnen schwebte einige Tage lang in Lebensgefahr.

Obwohl benachrichtigt, erschien die Polizei am Tatort nicht. Stattdessen suchte sie aber die Angehörigen der Verletzten auf und befragte sie nach deren politischer Gesinnung. Obwohl klar der Verdacht bestand, daß der Überfall eine gut vorbereitete Aktion war, wurde das Büro der Faschistenorganisation in der Frankfurter Gutfutstr. 173 zunächst nicht nach Beweismaterial untersucht. Erst nachdem einer der Täter an seiner Arbeitsstelle damit prahlte, „einen Kommunisten abgestochen“ zu haben, wurde die Polizei aktiv. Drei Türken wurden festgenommen und die Räume des türkischen Kulturvereins und der „Türk-Föderation“ durchsucht. Dabei wurden verschiedene Akten sichergestellt und zwischenzeitlich beschlagnahmt. Gegen die Festgenommenen wird wegen versuchten Totschlags sowie weiterer in Frage kommender Straftatbestände ermittelt.

Einen Tag nach Bekanntwerden des Überfalls, erschien ein erstes — gemeinsam von dem betroffenen türkischen Arbeiterverein (Progressive Volkseinheit Frankfurt — FHDB), dem AStA der Uni, der GLH, dem KB, den Jusos und den Falken herausgegebenes — Flugblatt, das über den Vorfalle berichtete, die Behörden aufforderte, sofort die Täter zu verfolgen und die Veranstaltung der türkischen Faschisten am 8.12. zu verbieten. Auf einer Pressekonferenz am 30.11. forderten auch der DGB und der Landesverband der Jusos ein Verbot der Veranstaltung. Manfred Koppik, SPD — MdB, und Jürgen Roth hatten am 27.11. das Verbot der Veranstaltung gefordert und die verantwortlichen Behörden aufgefordert, ein Verbot der Grauen Wölfe zu prüfen. („FR“, 1.12.79; 28.11.79).

Die türkischen Faschisten reagierten provokativ: In einer ersten Stellungnahme bestritten sie jede Beteiligung an dem Überfall und warfen der Polizei vor, „in die falsche Richtung zu ermitteln.“ Vielmehr seien die Urheber solcher Aktivitäten unter den linken „progressiven“ Türkengruppen zu suchen“ („Frankfurter Neue Presse“, 30.11.79). Am 4.12. erklärte ein Sprecher des Frankfurter „Türkischen Kulturvereins“ gegenüber der „Frankfurter Rundschau“, daß es sich bei der Veranstaltung am 8.12. lediglich um eine religiöse, keinesfalls jedoch um eine politische handeln würde. Im Gegensatz zu früheren Veranstaltungen habe man auch darauf verzichtet, einen offiziellen Vertreter der faschistischen MHP einzuladen („FR“, 5.12.79).

Mit der gleichen Argumentation wurde den türkischen Faschisten vor nicht allzulanger Zeit in Rüsselsheim eine Veranstaltung in der Stadthalle genehmigt. Damals konnten Antifaschisten beweisen, daß dennoch faschistische Proagandareden geschwungen wurden.

Für den 8.12. hat ein breites Bündnis zu einer Protestdemonstration gegen die faschistische Veranstaltung und den Terror der Grauen Wölfe aufgerufen. Zu den oben genannten Herausgebern des ersten Flugblatts sind noch die Föderation Progressiver Volkseinheiten in Europa (HDF), das Kulturzentrum der Tür-



kei in Darmstadt, Devrimci Yol und der Frankfurter Club Voltaire hinzugekommen. Die türkischen ML-Organisationen wie auch die Revisionisten lehnen eine Unterstützung ab. Letztere bestanden auf der provokativen Forderung, daß man sich im Flugblatt auch von „maoistischen Grauen Wölfen“ (!) abgrenzen müsse.

Ein weiteres trauriges Kapitel ihres „neuen Antifaschismus“ lieferten wiederum die Spontis der Frankfurter „Karl-Marx-Buchhandlung“. Sie lehnten eine Unterzeichnung des

Flugblattes wegen der darin enthaltenen „Verbotsforderungen“ ab. Jede administrative Verfolgung bzw. ein Einschreiten des Staats gegen faschistischen Terror würden sie ablehnen. Erfreulich ist immerhin, daß der Frankfurter AStA — ebenfalls von Spontis gestellt — wenigstens in dieser Situation, wo verletzte Antifaschisten im Krankenhaus lagen, nicht auf diesen Kurs ging, sondern mit zur Demonstration aufruft.

KB/Gruppe Frankfurt

Katholische Kirche unterstützt rechtsxtremistisches Zentrum

Der Kölner Erzbischof, Kardinal Höffner, hat sich als Freund und Förderer des „Islamischen Kulturzentrums Köln“ zu erkennen gegeben, das als Dachverband der „Islamischen Kulturzentren“, der Koranschulen und 150 Moscheen in der BRD das wichtigste Massenorganisationsfeld der faschistischen „Nationalen Bewegungspartei“ (MHP) darstellt (s. AK 163).

Bekannt geworden ist diese Tatsache in dem von der islamisch-reaktionären „Nationalen Heilspartei“ (MSP) veröffentlichten Buch „Süleymançiligin İyüzü (Das wahre Gesicht der Süleymançilar), in dem der Pressesprecher des MSP, Mohammed Rasoul schreibt: „Der Kölner Erzbischof Kardinal Höffner beschloß, dem Leiter des Islamischen Kulturzentrum eine beträchtliche Geldsumme zu überweisen, wobei er als Grund die Hilfsbereitschaft den Moslems gegen-

über, die Förderung der Verständigung zwischen Christen und Moslems erwähnte.“

Was von dieser Verständigung zu halten ist, zeigen die immer wieder auftauchenden islamisch aufgemachten Hetz-Flugblätter „für ein Großtürkisches Reich, gegen Kommunismus, gegen Freimaurer und Christen“. Auch der Haupt-Imam der Islamischen Kulturzentren, Harun Resit Tüyoğlu, hat seinen Begriff von Verständigung schon satism propagiert: „Wer uns nicht glaubt, ist ein Feind der mohammedanischen türkischen Nation ... Ich brenne alle Wurzeln von diesen Menschen aus. Ich zeig euch die Leute, die unsere Gegner sind, die die Welt kaputt machen. Mit Allah gehen wir zu ihnen und vernichten sie ... ihr wißt, was ihr zu tun habt“ („WAZ“, 23.6.79). (Informationen nach CIBEDO Nr. 1)

Kulturzentren“, der Koranschulen und 150 Moscheen in der BRD das wichtigste Massenorganisationsfeld der faschistischen „Nationalen Bewegungspartei“ (MHP) darstellt (s. AK 163).

Bekannt geworden ist diese Tatsache in dem von der islamisch-reaktionären „Nationalen Heilspartei“ (MSP) veröffentlichten Buch „Süleymançiligin İyüzü (Das wahre Gesicht der Süleymançilar), in dem der Pressesprecher des MSP, Mohammed Rasoul schreibt: „Der Kölner Erzbischof Kardinal Höffner beschloß, dem Leiter des Islamischen Kulturzentrum eine beträchtliche Geldsumme zu überweisen, wobei er als Grund die Hilfsbereitschaft den Moslems gegen-

Graue Wölfe und Polizei gemeinsam gegen Antifaschisten

Als am 12.11. zehn Mitglieder des türkischen Arbeitervereins vor einem Kino Salzgitters Flugblätter zur Kindergeldforderung verteilen wollten, standen sie 30 bis 40 Türken gegenüber, die teilweise als Graue Wölfe bekannt waren.

Die Faschisten, die mit Knütteln und Ketten bewaffnet waren, zogen daraufhin ab, um ca. 100 m weiter eine Schlägerei mit Unbekannten zu provozieren. Kurze Zeit später traf die Polizei mit mehreren Wagen ein. Ein Anhänger der Grauen Wölfe zeigte aus dem Polizeiwagen heraus, mit dem er auch angekommen war, auf Mitglieder des türkischen Arbeitervereins, die daraufhin mit vorgehaltener Waffe verhaftet wurden. Nach Beendigung des Films wurden darüber hinaus aus dem Kino kommende Leute verhaftet mit der Begründung, sie hätten an der Schlägerei teilgenommen.

Nach der Festnahme forderten die Faschisten mit Hilfe der Polizei fortschrittliche Landsleute auf, ihre Ausweise zu zeigen. Sie wollten sich die Namen angeblicher Kommunisten notieren.

Auf der Dienststelle wurden die Verhafteten erkennungsdienstlich behandelt. Man drohte ihnen sogar mit Abschiebung in die Türkei. Die Flugblätter wurden als angebliches kommunistisches Propagandamaterial beschlagnahmt. Nach Angaben der türkischen Freunde wurden zwei ihrer Kollegen mißhandelt. Einem wurde die Lippe blutig geschlagen, ein anderer wurde mit dem Kopf gegen die Zellenwand gestoßen. Die Festgenommenen wurden teilweise erst nach 24 Stunden wieder freigelassen. In der örtlichen Presse wurde dieser Vorfalle totgeschwiegen.

Ein seit wenigen Wochen bestehender antifaschistischer Arbeitskreis verteilte zu diesen Vorfällen Flugblätter und lädt zu einer Informationsveranstaltung ein. Es wurden außerdem Verbände, SPD und CDU Salzgitters angeschrieben, damit sie zu

halten ist, zeigen die immer wieder auftauchenden islamisch aufgemachten Hetz-Flugblätter „für ein Großtürkisches Reich, gegen Kommunismus, gegen Freimaurer und Christen“. Auch der Haupt-Imam der Islamischen Kulturzentren, Harun Resit Tüyoğlu, hat seinen Begriff von Verständigung schon satism propagiert: „Wer uns nicht glaubt, ist ein Feind der mohammedanischen türkischen Nation ... Ich brenne alle Wurzeln von diesen Menschen aus. Ich zeig euch die Leute, die unsere Gegner sind, die die Welt kaputt machen. Mit Allah gehen wir zu ihnen und vernichten sie ... ihr wißt, was ihr zu tun habt“ („WAZ“, 23.6.79). (Informationen nach CIBEDO Nr. 1)

diesem Vorfalle Stellung nehmen. Wir werden sehen.
Ein Genosse aus Salzgitter

Wallmann will Iraner ausweisen

Wegen der seinerzeit zu Aktivitäten eines angeblichen „Khomeini-Komitees“ hochstilisierten Anhörung möglicher SAVAK-Agenten in Frankfurt während des letzten Sommers waren gegen elf Iraner Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Heute, wo die antiranische Hetze in den westlichen Ländern immer neue Höhepunkte erreicht, hat der Frankfurter OB Wallmann flugs die Gelegenheit ergriffen und Ausweisungsverfügungen gegen die elf verhängt. Er spekuliert darauf, daß nun endlich die Zeit gekommen sei, um die demokratischen und oppositionellen Iraner in der BRD mundtot zu machen und abzuschieben.

Bezeichnend ist, daß Wallmann sich nicht einmal an die bürgerlichen „Spielregeln“ hält. Er versucht, die Ausweisungen durchzusetzen, ohne das Ergebnis der gerichtlichen Verfahren abzuwarten (anscheinend haben die Ermittlungen nicht das gewünschte Ergebnis erbracht?!). Das Kalkül jedoch, die Ausweisungen klammheimlich durchzusetzen, ist nicht aufgegangen. Die CISNU und der Frankfurter AStA haben ein Flugblatt dazu verteilt und Unterschriften gesammelt. Beide haben dazu aufgerufen, Protesterklärungen zu veröffentlichen und an Wallmann zu schicken. Hier die Adresse des Sauerbarmanns: 6.000 Frankfurt, Rathaus Römer.

Solidarität mit den von der Ausweisung bedrohten Iranern!
KB/Gruppe Frankfurt

Kampf dem Faschismus

Klassenjustiz



Skandal vertuscht Der PLO-Prozeß geht weiter

— er Westberliner FDP-Abgeordnete und Mitglied des Parlamentarischen Sicherheitsausschusses Swinne wollte es genau wissen: Nachdem bekannt worden war, daß in Westberlin gemeinsam mit dem Verfassungsschutz mysteriöse „Dolmetscher“ namens „Zeidler“ und „Schmidt“ angeklagte Palästinenser verhört hatten (s. AK 167), formulierte Swinne zwei Anfragen für die Fragestunde im Abgeordnetenhaus: „1. Sind die im Zu-

ten“ („Tsp.“, 27.11.79). Die Staatsanwaltschaft hielt diesen Antrag für unbegründet, mit dem Kommentar, „es sei nicht nötig, daß ein Dolmetscher das Vertrauen der Angeklagten besitze, das ist, wie wir alle wissen, nicht einmal bei Verteidigern erforderlich“ („Tsp.“, 27.11.).

Am gleichen Verhandlungstag wurde nach der Mittagspause bekanntgegeben, daß der Angeklagte

Skandal vertuscht Der PLO-Prozeß geht weiter

— er Westberliner FDP-Abgeordnete und Mitglied des Parlamentarischen Sicherheitsausschusses Swinne wollte es genau wissen: Nachdem bekannt worden war, daß in Westberlin gemeinsam mit dem Verfassungsschutz mysteriöse „Dolmetscher“ namens „Zeidler“ und „Schmidt“ angeklagte Palästinenser verhört hatten (s. AK 167), formulierte Swinne zwei Anfragen für die Fragestunde im Abgeordnetenhaus: „1. Sind die im Zusammenhang mit dem sogenannten PLO-Prozeß als Dolmetscher unter den Namen Zeidler und Schmidt aufgetretenen Personen Angehörige einer Behörde des Landes Berlin oder des Bundes? 2. Treffen Berichte zu, wonach die genannten Personen einen Dienstaussweis des Senats für Inneres besaßen und gehören diese nach den Erkenntnissen des Senats dem Nachrichtendienst einer fremden Macht an?“ („Tages-

ten“ („Tsp.“, 27.11.79). Die Staatsanwaltschaft hielt diesen Antrag für unbegründet, mit dem Kommentar, „es sei nicht nötig, daß ein Dolmetscher das Vertrauen der Angeklagten besitze, das ist, wie wir alle wissen, nicht einmal bei Verteidigern erforderlich“ („Tsp.“, 27.11.).

Am gleichen Verhandlungstag wurde nach der Mittagspause bekanntgegeben, daß der Angeklagte El-Khoure versucht habe, „Selbstmord“ zu begehen! Ein Arzt stellte daraufhin bei ihm eine „vorübergehende Verhandlungsunfähigkeit“ fest. Weil eine ärztliche Untersuchung „nach Aussage des Arztes in der außerordentlich kalten und verwahrlosten Zelle im Gerichtsgebäude nicht möglich“ war, mußte El-Khoure für die ärztliche Untersuchung erst in die Untersuchungsanstalt gebracht werden („Tsp.“, 27.11.).

Die „Diagnose“ des Arztes strotzt vor Zynismus: der Angeklagte habe sich in einem „krankhaften Erregungszustand“ befunden, weshalb seine „Selbstmord“ absicht ernst zu nehmen sei. „Der Grund seiner Erregung sei unklar geblieben, er habe aber angedeutet, durch Verfahrens-beteiligte gereizt worden zu sein“ („Tsp.“, 27.11.).

Einen Tag später weigerten sich die Angeklagten, in der Pause in die kalten und verwahrlosten Zellen zu gehen. „Der sich heftig wührende Angeklagte wurde schließlich nach einem kurzen Gerangel von mehreren Saalwachtmeistern an Armen und Beinen gepackt. Einer der Beamten schlug ihm mit seinem Ellenbogen in das Gesicht. Nachdem man ihm Knebelketten angelegt hatte, wurde er aus dem Saal getragen“ („Tsp.“, 30.11.79).

Gegen RA Müllerhof läuft jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Beleidigung. „Als einer der Angeklagten gewaltsam aus dem Saal entfernt wurde, soll Müllerhof Justizbeamte als 'Nazis' und 'Arschlöcher' bezeichnet haben“ („Tsp.“, ebenda).

Als wieder einmal ein Angeklagter den Dolmetscher unterbrochen hatte, sagte die Richter: „Wenn die Angeklagten ihre Unschuld beweisen wollen, dann müssen sie ruhig sein“ („Tsp.“, ebenda). Umkehrschluß: Wer sich verteidigt, klagt sich an.

Westberliner Anti-Rep-Kommission des KB

Freiheit für Herbert Soffel!

Am 20.11. verurteilte die Frankfurter Strafkammer unter Richter Lehr Herbert Soffel zu achteinhalb Jahren Knast. Der Prozeß gegen ihn ist eines von mehreren Verfahren gegen den Frankfurter Gefangenerrat. (Der Gefangenerrat wurde in der Öffentlichkeit bekannt, als er den Mannheimer Gefängnissskandal aufdeckte.)

Gegen Herbert wurde aber am 4. 10. die Anklage wegen Verstoßes gegen § 129 (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung — in diesem Fall soll das der Gefangenerrat sein) fallengelassen. Verknackt wurde er jetzt wegen Bandendiebstahl mit Schußwaffengebrauch, an dem er angeblich beteiligt gewesen sein soll. Eine bereits abgesessene Haftstrafe von 4 Jahren aus dem Jahre '76 und ein halbes Jahr U-Haft wurden einbezogen. Das heißt, Herbert soll erst nach 4 Jahren wieder rauskommen. Aber diese 4 Jahre kann Herbert nicht durchstehen, er ist lebensgefährlich krank!

Herberts „Krankengeschichte“ — Geschichte seiner Haftbedingungen

Sofort nach seiner Verhaftung im August 1978 saß Herbert in Einzelisolation, das heißt bekanntlich 23 Stunden allein auf der Zelle und Einzel„frei“stunde, also überhaupt kein Kontakt mit anderen Gefangenen. Lockerungen dieser extremen Situation, wie gemeinsame Freistunden oder Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen gab es für Herbert nur, wenn Gutachter oder sogar Knastärzte ihn wegen seiner schweren Nierenkrankheit für haftunfähig erklärten oder seine Integration in den Normalvollzug forderten. So lagen in der Zeit von 1975 bis 1978 mindestens acht in diese Richtung gehende Gutachten vor. Am 2.3.78 stellt Prof. Dr. Schumacher fest: „Es ist ... glaubhaft, daß besondere und einschneidende Haftbedingungen (Isolierhaft, Kontaktsperre etc.) sich gerade bei ihm in einschneidender Weise psychovegetativ ... auswirken“. Und Dr. Pförtner erklärt schon 1.4.76: „Der Untersucher stellt fest, daß der Patient wegen bisher ungeklärter rez. auftretender Makrohämaturien haftunfähig ist...“. Die Reaktion der Anstaltsleitung: Herbert wird zwangsweise in das Knastkrankenhaus Kassel verlegt, wo er mit einem schützenden Katheter behandelt wird. Herbert erstattet Strafanzeige, später erfährt er, daß das Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist.

Sobald Herbert im Knast Widerstand leistet, verschärfen sich seine Haftbedingungen sofort: Im Dezember 1975 kommt er wegen angeblicher Rädelsführerschaft bei einem Sitz- und Hungerstreik der Gefangenen in Frankfurt wegen „Selbstmord eines Gefangenen wieder in völlige Einzelisolation. Das gleiche passiert im Mai 1976 noch einmal, jetzt wegen angeblicher Rädelsführerschaft bei einer Knast-Demo zum Tode Ulrike Meinhofs. Verschärfend kommt noch hinzu: absolutes Besuchsverbot und Zwangsverlegung von Frankfurt nach Schwalmstedt. Dort wollte der Knastarzt nicht die Verantwortung für seinen Gesundheitszustand übernehmen — Herbert wird zwangsweise in das Knastkrankenhaus Kassel verlegt, wo er in eine Camera Silens gesteckt wird! Der behandelnde Arzt in Kassel ist Dr. Degenhardt, der Arzt, der Andreas Baader in einem Hungerstreik als „Behandlungsmethode“ drei Tage das Wasser entzogen hatte. Konsequenterweise verweigert Herbert die Behandlung und erreicht durch eine Dachbesteigung seine Verlegung nach Schwalmstedt.

Diese Reihe von Repressionsmaßnahmen: Zwangsverlegungen, Totalisolation, Besuchssperre usw. läßt sich beliebig fortsetzen. Nach einer eigenen Aufstellung Herberts vom 13.5.78 ist er in der Zeit vom 6.8.75 bis 31.5.78 vierzehn mal verlegt worden, saß 434 Tage in Einzelisolation, 179 Tage in Teilisolation (Gemeinschaftsfreistunde) und lediglich elf Tage im Normalvollzug (mit Einschränkungen, wie körperliche Durchsuchungen usw.). Diese Haftformen wurden legitimiert durch die Anklage — Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, manchmal war sogar von Rädelsführerschaft die Rede.

In der Zeit des „Deutschen Herbstes“ 1977 war Herbert wie die anderen politischen Gefangenen der Kontaktsperre unterworfen, das heißt absolut kein Besuch weder von Verwandten noch von Anwälten, kein Radio, keinerlei Kontakt nach draußen oder zu anderen Gefangenen. Um so wahnwitziger ist es jetzt, daß der Staatsanwalt die Anklage nach § 129 kurzerhand fallenläßt mit der lapidaren Begründung: Herbert sei nicht Gründungsmitglied des Frankfurter Gefangenerrates und auch nur anderthalb Monate dabei gewesen. Das war aber der Justiz seit 4 1/2 Jahren bekannt, trotzdem hat sie die verschärften Haftbedingungen Herberts gerade mit diesem Paragraphen begründet. Und diese Haftbedin-

gen sind dafür verantwortlich, daß sich sein Gesundheitszustand zusehends verschlechtert hat!

Herbert ist lebensgefährlich krank!

Als Herbert das erste Mal am 4.5.79 Haftverschonung bekam, damit er sich in der Universitätsklinik Frankfurt behandeln lassen konnte, schwebte er bereits in unmittelbarer Lebensgefahr — der Hämoglobingehalt im Blut hatte sich weit unter normal verringert, was möglicherweise auf eine schwere innere Blutung schließen ließ. Das Verfahren gegen ihn war mittlerweile am 28.5.79 eröffnet worden. gegen Herbert wurde trotz seiner Krankheit weiter verhandelt. Das Gericht ging so weit, ihn mit dem Rollstuhl in den Saal zur Verhandlung bringen zu lassen, mehrmals war er nur eine halbe Stunde verhandlungsfähig, sogar in der Klinik wurde verhandelt — nur um eine Einstellung des Verfahrens zu verhindern. Am 19. Juni erklärt das Gericht Herbert mit Hilfe der Gutachter Schwedes und Prüll wieder für haftfähig — er muß zurück in den Knast. Die Gutachter haben für den stän-

digen Blutverlust Herberts keine Erklärung, sie unterstellen ihm kurzerhand, er habe sich seine Krankheit „selbst zugefügt“. Das Gericht greift diesen Ball dankbar auf und schließt ihn nach § 213 StPO für die Dauer des Verfahrens aus, weil er nur beschränkt verhandlungsfähig sei und „der Angeklagte seine Verhandlungsunfähigkeit vorsätzlich und mit vollem Bewußtsein, also schuldhaft herbeigeführt hat.“ Eine Aussetzung des Verfahrens, von den Verteidigern Herberts beantragt, komme nicht in Betracht, denn es „ist zu erwarten, daß der Angeklagte versuchen wird, sich auch einer späteren Hauptverhandlung mit allen Mitteln zu entziehen.“ Angeblich soll sich Herbert Blumenwasser oder alten Urin injiziert haben und um Fieber zu erzeugen, Seife und Zahnpasta gegessen haben.

Es ist ein Zynismus sondergleichen, wenn Herbert jetzt auch noch die Verantwortung für seine Krankheit von denjenigen in die Schuhe geschoben wird, die für seine Haftbedingungen und damit auch für seinen schlechten Gesundheitszustand in Wirklichkeit verantwortlich sind. Als Beleg, daß Herbert ja nur simuliert, soll hierbei dienen, daß er von der Klinik aus Urlaub erhielt, als es ihm wieder besser ging. Die Passage in der Begründung für den Ausschuß Herberts aus dem Verfahren ist wirklich unfassbar angesichts seiner schweren Krankheit.

„Im übrigen vermag das Gericht die häufige und lange Abwesenheit des Angeklagten aus der Uniklinik nur so zu verstehen, daß der Angeklagte nicht wirklich organisch krank ist und war, sondern daß er die oben beschriebenen Krankheitsbilder

selbst manipulativ herbeigeführt hat, um die Durchführung der Hauptverhandlung und den weiteren Vollzug der Untersuchungshaft gegen sich zu verhindern. Wäre er nämlich tatsächlich so leidend gewesen, wie er behauptet hat, hätte er die ganze Zeit seiner stationären Behandlung zur Heilung und Rekonvaleszenz benutzt, statt ausgiebige Reisen zu unternehmen.“

Am 25.9.79 wird Herbert wieder unter akuter Lebensgefahr in das Stadtkrankenhaus Kassel verlegt und der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Währenddessen wird der Prozeß ohne sein Beisein über die Bühne gezogen und Herbert am 20.11. zu 8 1/2 Jahren verurteilt!

Freiheit für Herbert Soffel!

Nach 4 1/2 Jahren Isolationshaft kann eine Behandlung nur Erfolg haben, wenn Herbert endgültig freigelassen wird. Bei einer erneuten Inhaftierung würde er binnen Kürze wieder in eine lebensgefährliche Situation kommen.

Es ist dringend notwendig, daß für Herbert genau die gleiche Solidarität geleistet wird, die Werner Hoppe das Leben gerettet hat. Daß Werner frei ist, ist nur mit Hilfe seiner Freunde und Verwandten und dem engagierten Einsatz vieler Ärzte, Rechtsanwälte und Journalisten erreicht worden. Die gleiche Unterstützung kann für Herbert lebensrettend sein!

Freiheit für Herbert Soffel!

Westberliner Antirepressionskommission

„Mich packt der Ekel“ Zum Prozeß gegen Astrid Proll

Verfassungsschutzbeamte und Bullen müssen sich gegenseitig auf die Füße getreten haben, als Astrid Proll am 10.2.1972 während einer Fahndungsaktion ihren „zweifachen Mordversuch“, wegen dem sie jetzt vor Gericht steht, unternommen haben soll: Nachdem am 7.11.79 durch einen Eilbrief des Bundesinnenministeriums an die Vorsitzende Richterin zum ersten Mal von einem bis jetzt geheimgehaltenen Bericht zweier Kölner VS-Beamte die Rede war, die als Zeugen des Geschehens „von Schüssen der Angeklagten nichts ge-

bezug auf den Anklagepunkt Banküberfall weiter. Hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, die darauf schließen läßt, daß das Gericht die letzten 7 Jahre Hetze gegen Astrid — 4 1/2 Jahre Knast, Totalisolation im Toten Trakt, Haftentlassung wegen schwerer Erkrankung, Flucht und Exilleben in England — jetzt, da die Mordanklage geplatzt ist, juristisch und politisch nicht völlig unbegründet stehen lassen will: Der Ton im Gerichtssaal ist erheblich schärfer geworden, die Zuschauer werden sehr viel genauer durchsucht und kontrol-

mindestens acht in diese Richtung gehende Gutachten vor. Am 2.3.78 stellt Prof. Dr. Schumacher fest: „Es ist ... glaubhaft, daß besondere und einschneidende Haftbedingungen (Isolierhaft, Kontaktsperre etc.) sich gerade bei ihm in einschneidender Weise psychovegetativ ... auswirken“. Und Dr. Pförtner erklärt schon 1.4.76: „Der Untersucher stellt fest, daß der Patient wegen bisher ungeklärter rez. auftretender Makrohämaturien haftunfähig ist...“. Die Reaktion der Anstaltsleitung: Herbert wird zwangsweise in das Knastkrankenhaus Kassel verlegt, wo er mit einem schützenden Katheter behandelt wird. Herbert erstattet Strafanzeige, später erfährt er, daß das Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist.

von Rädelsführerschaft die Rede. In der Zeit des „Deutschen Herbstes“ 1977 war Herbert wie die anderen politischen Gefangenen der Kontaktsperre unterworfen, das heißt absolut kein Besuch weder von Verwandten noch von Anwälten, kein Radio, keinerlei Kontakt nach draußen oder zu anderen Gefangenen. Um so wahnwitziger ist es jetzt, daß der Staatsanwalt die Anklage nach § 129 kurzerhand fallenläßt mit der lapidaren Begründung: Herbert sei nicht Gründungsmitglied des Frankfurter Gefangenerrates und auch nur anderthalb Monate dabei gewesen. Das war aber der Justiz seit 4 1/2 Jahren bekannt, trotzdem hat sie die verschärften Haftbedingungen Herberts gerade mit diesem Paragraphen begründet. Und diese Haftbedin-

paar Monate Knast unter den üblichen Haftbedingungen überleben k a n n; einfach weil mein Körper nicht mehr mitspielt und als Alternative, ZUM ÜBERLEBEN, ZUM GESUNDWERDENKÖNNEN selbst die dazu nötigen Bedingungen zu bestimmen, wozu ich JETZT noch die Möglichkeit habe, was erstmal ein „Sich zurückziehen“ impliziert, im Gegensatz zu den anderen Gefangenen, die der Totalität der Vernichtungshaft ausgesetzt sind und weiterhin werden... Der Kampf gegen die Vernichtungshaft und die Realisierung der Trakte muß weiter geführt werden.“

Prozeß gegen Brigitte Heinrich Entlastungszeuge im Gerichtssaal verhaftet

Am 19.11. kam es im Karlsruher Landgericht zur Verhaftung des „Tatzengen“ Peter Egloff. Der Schweizer Peter Egloff hatte gemeinsam mit zwei weiteren Schweizern 1975 behauptet, Brigitte Heinrich sei an einem Transport von Tretminen aus der Schweiz in die Bundesrepublik beteiligt gewesen.

Aus diesen Aussagen „konstruierte“ die Anklagebehörde den Vorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, da Brigitte diese Tretminen angeblich an eine RAF-Nachfolgeorganisation weitergegeben habe.

Um diese Version der Staatsanwaltschaft zu stützen, wurde dem Zeugen Egloff freies Geleit nach Karlsruhe zugesagt „entsprechend dem Europäischen Übereinkommen in Rechtssachen“ (FR, 27.11.). „Die einschlägige Bestimmung dieser Übereinkunft (Art. 12) verbietet es ausdrücklich, daß ein Zeuge wegen Handlungen verfolgt und in Haft genommen werden darf, die vor seiner Abreise begangen wurden.“ (FR, 27.11.79).

Am 19.11. kam alles anders: Egloff erfüllte nicht die ihm zugewiesene Rolle als Hauptbelastungszeuge, sondern sagte vor Gericht aus, daß Brigitte Heinrich nichts mit dem Transport der Tretminen aus der Schweiz in die B.R.D. zu tun gehabt habe.

Er kenne Brigitte Heinrich aus einem ganz anderen Zusammenhang: Und zwar sei er zweimal mit ihr an die „grüne Grenze“ gefahren, um einen Weg auszukundschaften, auf dem oppositionelle Perser in die Schweiz einreisen könnten. Versuche des Richters, Egloff in Widersprüche zu verwickeln, scheiterten.

Die einzige Abweichung zu seinen früheren Aussagen besteht darin, daß er früher abgestritten hat, Br-

Heinrich zu kennen. Dies erklärte er damit, daß er seinerzeit Repressalien durch den SAVAK befürchtet habe, weil er den Widerstand gegen das Schah-Regime damit unterstützt hat.

Nachdem Egloff seine Aussage beendet hatte, ordnete Oberstaatsanwalt Ens die Festnahme wegen „Verdacht auf Falschaussage“ an, der Haftrichter erließ am 20.11. Haftbefehl. Am 28.11. stellte Verteidiger Heldmann im Zusammenhang mit der Verhaftung von Egloff zwei Be-

nommen wurde, heißt es:

„Weil seine BKA-Büttel nicht in der Lage waren, die zusammengeschusterten Lügen der Anklageschrift und die infamen vorverurteilenden äußeren Umstände des Prozesses, gegen die auch der Präsident der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt, Prof. Dr. Hartwig Kelm mit seiner Unterschrift protestierte, noch einmal im Gerichtssaal zu begründen, mußte der Justizapparat zu diesen mehr als nur mittelalterlich zu nennenden Methoden des „Modell Deutschland“ greifen.

Die Bundesanwaltschaft, vertreten durch Oberstaatsanwalt Ens, sagt: Brigitte Heinrich ist schuldig.

Der Zeuge Peter Egloff sagt aus: Brigitte Heinrich ist unschuldig.

1. Sofortige Aufhebung des Haftbefehls.
2. Sofortige Einstellung des Verfahrens.
3. Sofortige Freilassung von Peter Egloff.“

Bleibt nur noch hinzuzufügen, daß die Verhaftung Egloffs und der skandalöse Verstoß gegen ein Europäisches Abkommen in der bundesdeutschen Presselandschaft kaum erwähnt wurde, geschweige denn Empörung hervorrief. In „Terroristen-Prozessen“ ist offenbar auch dieser eklatante Rechtsbruch erlaubt?

Die nächsten Prozeßtermine sind vorgesehen für den 6.12./7. 12./10. 12. vor dem Karlsruher Landgericht, Hans-Thoma-Straße, Beginn jeweils um 9.00 Uhr.

Wer Brigitte Heinrich unterstützen will, ihre Verteidigung zu finanzieren, kann eine Spende einzahlen auf ihr Konto: 336-81243 Frankfurter Sparkasse von 1822, Stichwort: Prozeß.

Ein schwuler Genosse aus Karlsruhe



weisanträge zur Begründung des Verdachts der Befangenheit der Richter: Nämlich daß 1. die Festnahme von Egloff bereits zu Beginn der Sitzung vorbereitet war, und 2. der Oberstaatsanwalt diese Festnahme nicht aufgrund eigener Feststellungen getroffen hat. Oberstaatsanwalt Ens sei dazu als Zeuge zu vernehmen.

In einer Erklärung des ASTA der Frankfurter Universität, die auf einer Vollversammlung von etwa 1000 Studenten einstimmig anee-

„Mich packt der Ekel“ Zum Prozeß gegen Astrid Proll

Verfassungsschutzbeamte und Bullen müssen sich gegenseitig auf die Füße getreten haben, als Astrid Proll am 10.2.1972 während einer Fahndungsaktion ihren „zweifachen Mordversuch“, wegen dem sie jetzt vor Gericht steht, unternommen haben soll: Nachdem am 7.11.79 durch einen Eilbrief des Bundesinnenministeriums an die Vorsitzende Richterin zum ersten Mal von einem bis jetzt geheimgehaltenen Bericht zweier Kölner VS-Beamte die Rede war, die als Zeugen des Geschehens „von Schüssen der Angeklagten nichts gesehen und gehört“ haben („FR“, 8.11.79), fand die „FR“ jetzt heraus, daß auch zwei Mitarbeiter des hessischen VS „dem damals im Westend tätigen Observationstrupp“ angehört („FR“, 23.11.79).

Auch diese Beamten verfaßten einen Bericht über die von ihnen gemachten Beobachtungen. Daß dieser Bericht bis heute noch nicht bekannt ist, begründet das hessische Innenministerium frechdreist mit der Ausserung, der Verfassungsschutz sei schließlich „nicht Teil der Ermittlungsbehörde. Es sei allein Sache des Gerichts, die beiden Beamten als Zeugen zu beantragen“ („FR“, 23. 11.). „Dabei hieß es noch im ersten Prozeßverfahren vor 5 Jahren, eine Zeuenaussage sei nicht notwendig, die beiden Beamten hätten keinerlei Beobachtungen gemacht“ („FR“, 23. 11.).

Beobachtungen im Interesse der Verantwortlichen, die für ihre Diffamierungen gegen Astrid als „Terroristin“ und „Mörderin“ diese konstruierten „gezielten Schüsse“ auf die beiden Westberliner Verfassungsschutzbeamten brauchten, haben die beiden hessischen Beamten sicher nicht gemacht, denn daß der zweifache Mordversuch erstunken und erlogen ist, kann inzwischen selbst die „FAZ“ nicht mehr verheimlichen, die schon spekuliert, daß den Verantwortlichen der Abbruch des ersten Prozeßverfahrens lieber war, „als durch Vorlage der Verfassungsschutzberichte die Anklage zu erschüttern und Mißtrauen gegen die Behörden zu bestärken“ („FAZ“, 17.11.79).

Jetzt kommt es darauf an, die „verwirrende ... Rolle von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes als Zeugen“ („FR“, 23.11.) vollends aufzudecken: Die Verteidiger kämpfen zur Zeit darum, daß sämtliche inzwischen bekanntgewordenen VS-Beamten (wer weiß, wie viele tatsächlich da waren!), zu Zeuenaussagen in der Öffentlichkeit vor Gericht geladen werden!

Mahler und Ruhland als Zeugen

Währenddessen läuft der Prozeß in

bezug auf den Anklagepunkt Banküberfall weiter. Hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, die darauf schließen läßt, daß das Gericht die letzten 7 Jahre Hetze gegen Astrid — 4 1/2 Jahre Knast, Totalisolation im Toten Trakt, Haftentlassung wegen schwerer Erkrankung, Flucht und Exilleben in England — jetzt, da die Mordanklage geplatzt ist, juristisch und politisch nicht völlig unbegründet stehen lassen will: Der Ton im Gerichtssaal ist erheblich schärfer geworden, die Zuschauer werden sehr viel genauer durchsucht und kontrolliert. So wurde Horst Mahler, als er am 22.11. als Zeuge geladen war, auch kein Aussageverweigerungsrecht zugestanden, obwohl er glaubwürdig erläutert hatte, daß er „aufgrund einer Aussage neuerliche strafrechtliche Verfolgung zu befürchten habe“ („FR“, 23.11.). Sicherlich zum Bedauern des Gerichts konnte Mahler für die Verweigerung seiner Aussage nicht mehr bestraft werden, da er schon einmal 6 Monate Beugehaft und eine Geldstrafe für dieselbe Sache in einem anderen Verfahren bekommen hatte.

Der inzwischen zur Genüge bekannte Kronzeuge Ruhland dagegen hatte keine Schwierigkeiten, auszu packen, obwohl auch er zu Anfang keine Aussage machen wollte aus Angst, „daß ich wieder etwas Falsches sage, und dieser Gefahr möchte ich mich nicht aussetzen“ („FR“, 17. 11.). Ruhland hat sich schon in zahlreichen RAF-Prozessen durch belastende Aussagen beliebt gemacht und dort Angeklagte zu „insgesamt 135 Jahren Gefängnis verholfen“ (Astrid, nach „FR“, 17.11.). Diesmal plauderte er auch über sein „Dienstverhältnis“ zum BKA. Nachdem Rechtsanwalt Ulrich Preuß mit zahlreichen Überweisungsbelegen vor Gericht bewies, daß Ruhland regelmäßig Geld von einer unbekannten Privatperson und dreimal sogar direkt vom BKA erhalten hat, erklärte er, er sei halt nach seiner Haftentlassung „auf die Überweisungen angewiesen gewesen ... Er habe ... keine Arbeitsstelle finden können, sei von Prozeß zu Prozeß unterwegs gewesen“ („FR“, 17.11.).

„Mich packt der Ekel!“ — diesem Ausspruch Astrids, die damit zu Beginn des Prozeßtages den Gerichtssaal verließ, kann man sich da nur anschliesen.

Welchen Glauben das Gericht den Aussagen Ruhlands schenkt, Astrid habe bei dem Überfall auf Westberliner Banken am 29.9.1970 ein Fluchtauto gefahren, bleibt vorerst offen.

KB-Frauengruppe Frankfurt

Hamburger „Stammheim“-Prozeß:

Auch im Urteil die harte Linie

Nach acht Verhandlungstagen wurde im 90a-Prozeß gegen Maria, Mirca und Birgit am 6.12. das Urteil gesprochen: Zweimal vier Monate und einmal drei Monate auf Bewährung (auf vier Jahre). Dazu jeweils 2.400 DM Geldbuße, zu zahlen an die Witwen- und Waisenkasse der Polizei. Das Urteil ist genauso skandalös wie der Prozeß selbst es war.

Zur Erinnerung: angeklagt waren die drei Frauen, weil sie ein Flugblatt verteilt hatten, in dem in Zusammenhang mit den „Selbstmorden“ in Stammheim geschrieben wurde: „Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordthese, sondern sind der Meinung, daß die drei Gefangenen vom Staatsschutz ermordet worden sind“. Außerdem wird in dem Flugblatt vom „Lügegebäude des Staates“ um die Haftbedingungen in Stammheim und vom Staat als Unterdrückersystem gesprochen, wodurch sich der Staat ebenfalls verunglimpft fühle.

Polizeiüberfall, Schikanen statt Wahrheitsfindung

Auftakt des Prozesses machte ein Polizeiüberfall im Gericht mit anschließendem Haftbefehl gegen die Angeklagten (siehe AK 165).

An den folgenden Verhandlungstagen ließen die Provokationen durch das Gericht nicht nach. Kein einziger Beweisanspruch wurde von Richter Graue zugelassen. Und Beweisangebote hat die Verteidigung eine Menge gestellt: Die Stammheimer Ermittlungsakten sollten beigezogen werden, um die Ereignisse vom 18.10.77 aufzuklären; Irmgard Möller sollte zu den Vorgängen am 18.10.77 befragt werden usw. Alles Anträge, die Fakten gebracht hätten, die die offizielle Selbstmordversion in Frage gestellt hätten, bzw. sie unglaublich gemacht hätten.

So monoton Richter Graue Ablehnungsformeln gegen die Beweisangebote waren („Ohne Bedeutung für das Verfahren“), so einfallsreich waren seine Schikanen, Rügen, Ermahnungen, Drohungen mit Ordnungsmitteln gegen Angeklagte, Anwälte und die Öffentlichkeit. Es wurde durchgängig in der „Abstellkammer“ Raum 192 verhandelt, in den die Menge der Besucher nicht hineinpaßte. Daß Prozeßbesucher vom Staatsschutz beim Betreten des Gerichtsgebäudes fotografiert wurden, störte Richter Graue nicht. Die Anwälte wurden fotografiert, störte Richter Graue nicht. Die Anwälte beim Sprechen zu unterbrechen und andere kleinere Schikanen gehörten zur Tagesordnung.

Ordnungshaft für die Angeklagten

Einen Höhepunkt setzte Richter Graue noch am vorletzten Verhandlungstag, als er die drei angeklagten Frauen zu einem Tag Ordnungshaft verurteilte. Die Angeklagten sahen keine Möglichkeit mehr, sich zu verteidigen, nachdem alle Beweisangebote abgelehnt und die Beweisaufnahme abgeschlossen war. Mit folgender Erklärung wollten sie den Gerichtssaal verlassen: „Von Anfang bis Ende haben Sie, Herr Graue, sich geweigert, sich überhaupt mit dem Hintergrundmaterial zu den Vorfällen in Stammheim auseinanderzusetzen. Daß Sie jetzt auch Irmgard Möller, die einzige Überlebende von Stammheim, nicht als Zeugin vernehmen wollen, ist der Höhepunkt. Wir sehen deshalb keinen Sinn mehr in weiteren Versuchen, uns hier zu verteidigen“.

Als die Angeklagten sich nicht mehr auf die Anklagebank setzen wollten, wurden sie einen Tag in Ordnungshaft genommen.

Am letzten Tag: Verhandlung ohne Angeklagte und ohne ihre Anwälte

Aus dem gleichen Grund erschienen die Angeklagten am nächsten Verhandlungstag nicht. Da die Verteidiger verhindert waren (was das Gericht schon beim Festlegen dieses Termins wußte), wurde der Prozeß durchgezockt. Das Plädoyer der Staatsanwaltschaft, die Urteilsfindung und die Urteilsbegründung dauerten zusammen eine knappe Stunde.

Der Staatsanwalt ging in seinem Plädoyer nicht auf die Stammheimer

„Selbstmorde“ ein, sondern baute alles darauf auf, daß die BRD als Unterdrückungssystem bezeichnet wurde. Da die Angeklagten sich nicht vom Inhalt des Flugblattes distanzieren wollten und sich mit diesen Sachen auseinandersetzen würden, hätten sie in „böswilliger Absicht“ und „wider besseren Wissens“ die BRD verächtlich gemacht. Wider besseres Wissen, weil den Angeklagten die Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft zu Stammheim bekannt gewesen wären. Außerdem hätten sie gewußt, daß die Anwälte Müller und Newerla wegen Waffenschmuggels nach Stammheim angeklagt waren — angeblich Beweis für „Selbstmord“.

Der StA führte weiter aus, daß in diesem Staat Kritik ja erlaubt (sogar erwünscht!) sei, und die drei Frauen nicht wegen einer Kritik angeklagt seien, sondern wegen der Form. Die Anwälte hätten in ihren Beweisbeiträgen schließlich bewiesen, daß man Kritik auch sachlich vortragen könne. In dem Flugblatt sei durch die Form und die Art und Weise eine besonders massive und gravierende Verunglimpfung der BRD begangen worden. Darunter soll man/frau wohl verstehen, daß „erlaubte Kritik“ an diesem Staat in Form von Beweisbeiträgen vorgebracht werden muß!

Der Staatsanwalt versuchte dann noch durch die Persönlichkeit der Angeklagten ihre Uneinsichtigkeit herauszustellen, und „begründete“ damit seine Forderung nach vier Monaten Haft bei Maria und Mirca und drei Monate bei Birgit, alles auf Bewährung.

Urteil im Western-Stil

Richter Graue folgte im wesentlichen dem Plädoyer des Staatsanwaltes. Zur Urteilsfindung brauchte er nur ca. fünf Minuten. Aber getreu seinem bisherigen Verhandlungsstil, trug Richter Graue noch dicker auf als der StA: Auf „erlaubte Kritik am Staat“ ging er gar nicht näher ein, an diesem Staat sei nichts kritikwürdig. „Es gab hier noch nie so einen freiheitlichen Staat, wie diesen, es gibt überhaupt keinen freiheitlicheren Staat als die BRD“. Deshalb müsse man eine Verunglimpfung hart bestrafen, sonst „gäbe sich der Staat selbst auf“, unglimpfung hart bestrafen, sonst „gäbe sich der Staat selbst auf“.

Ob und wie die Angeklagten die „Verunglimpfung“ der BRD tatsächlich begangen haben, ließ Richter Graue unerwähnt. Zur Feststellung ihrer Schuld reichte ihm allein die Beurteilung ihrer Person(en) aus (das Verhalten vor Gericht; ihr Lebenslauf; gegen sie wegen ähnlicher „Delikte“ laufende Ermittlungsverfahren; ihr „Kontakt zu Mitgliedern der Terrorszene“). Die Angeklagten seien sogar selbst „Randfiguren der Terrorszene“; das schon lasse ihre böswillige Haltung gegenüber diesem Staat erkennen. — Um eine konkrete Beurteilung einer möglichen konkreten Straftat scheint es diesem Richter schon längst nicht mehr zu gehen.

Richter Graue rechtfertigte auch noch einmal seinen Verhandlungsstil: Die Prozeßöffentlichkeit sei keine Öffentlichkeit im Sinne des Gesetzes, sie sei vielmehr „sympathisierend, agitierend und sabotierend“. Angeklagte und ihre Anwälte hätten die Prozeßbesucher „bestellt“, um ihn unter Druck zu setzen — das könne ihn aber gar nicht beeindrucken — ein Lehrstück von Demokratieverständnis eines westdeutschen Richters!

Der Prozeß und das Urteil sind ein skandalöser Beweis dafür, wie dieser Staat sich selbst die „Terroristen“ schafft, mit denen er dann den Abbau rechtsstaatlicher Grundsätze zur Aufrechterhaltung von „Sicherheit und Ordnung“ legitimiert.

Um die Prozeßkosten zahlen zu können und um eine evtl. Berufungsverhandlung durchsetzen zu können, brauchen Maria, Mirca und Birgit Unterstützung.

Ihr Spendenkonto bei der Haspa/Hamburg:
1044/757407 Concordia Jarowoy
IKAH/Hamburg

Prozeß gegen Siegfried Haag

Seit Juli '79 wird in Stammheim der zweite Teil des Verfahrens gegen Siegfried Haag verhandelt. Der erste Teil des Prozesses war gegen Siegfried Haag, Roland Mayer und Sabine Schmitz gemeinsam geführt worden, wonach S. Haag zu 14 Jahren, R. Mayer zu 12 — beide wegen drei Banküberfällen, Autodiebstahl und „Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung“ — und S. Schmitz zu knapp drei Jahren verurteilt wurden.

Beim jetzt abgetrennten Teil des Verfahrens gegen S. Haag geht es darum, Siegfried eine Beteiligung an der Aktion in der Stockholmer Botschaft „nachzuweisen“. Als Kronzeugen dafür sollen Speitel und Egloff dienen (Egloff für den Vorwurf des Waffentransports aus der Schweiz).

Wie ein Anwalt zum Rädelsführer aufgebaut wird

Siegfried war der letzte Anwalt von Andreas Baader, nachdem alle anderen Anwälte durch das Verteidigerausschließungsgesetz (Verbot der Mehrfachvertretung) ausgeschlossen waren. Er wurde dann am 9. Mai 1975 festgenommen, weil er angeblich Waffen aus der Schweiz in der BRD geschmuggelt haben soll. Nach dem ersten Haftprüfungstermin wurde er zunächst wieder freigelassen, sollte aber auf Betreiben von Bundesanwalt Lampe wieder verhaftet werden.

In dieser Situation ist Siegfried untergetaucht, und zwar nach dem Tod von Holger Meins, mit der Begründung: In einem Staat, in dem Gefangene zu Tode kommen, und Anwälte keinen Schutz mehr für ihre Mandanten bieten können, wolle er seine Freiheit nicht dermaßen bedrohen lassen. Sein Mandant Andreas Baader führte sein Abtauchen zurück auf die Kriminalisierung der Anwälte.

In der Presse war das natürlich anders zu lesen: Gemäß der Theorie, die Anwälte würden sich von den RAF-Gefangenen in Stammheim instrumentalisieren lassen, hieß es, Haag habe als letzter die Befehle von Andreas Baader empfangen und stände jetzt unter fürchterlichem „Leistungsdruck“. In der Folgezeit wurde er zum „Rädelsführer“ für alles aufgebaut, was es grad so gab. Mal hieß es, er sei „Kopf“ der „Revolutionären Zellen“, mal „Kopf“ der RAF, und zum Schluß, er habe die „Haag-Mayer-Bande“ aufgebaut und Konkurrenzkämpfe mit der RAF gehabt. Die „Haag-Mayer-Bande“ ist eine reine Konstruktion, wenn man bedenkt, daß Siegfried sich in seinem Prozeß zur RAF bekannt hat. Diese Konstruktion macht es aber möglich, der Öffentlichkeit ein Bild von Rechtsanwältinnen vorzuführen, nach dem diese sozusagen den Teil der „linken Intelligenz“ repräsentieren, der sich nicht auf die „geistige Urheberschaft des Terrorismus“ beschränkt, sondern sel-

ber „Banden“ gründet usw. usf. Daß Leute mit so einem Beruf — wenn sie schon mal RAF-Gefangene verteidigen — natürlich Waffen in Knäste und Gerichtssäle schleusen, kann ohne jeden Beweis behauptet werden. Tatsächlich ist Siegfried der einzige Anwalt, der untergetaucht und zur RAF gegangen ist.

Pech mit den Kronzeugen

Mit den Kronzeugen klappt es in diesem Prozeß nicht so richtig: Volker Speitel hatte seinerzeit (als er selbst noch im Knast war) erklärt, Haag habe ihn angewiesen, die Botschaft in Bern auszukundschaften. Später habe man sich dann für die Stockholmer Botschaft entschieden. Inzwischen — so seine Aussage im Haag-Prozeß — erinnert sich Speitel jedoch, mit Haag „nur so allgemein geredet“ zu haben. D.h. Speitel belastet Haag nicht mehr wegen Stockholm, nachdem im Müller/Newerla-Prozeß zutage gekommen ist, daß Speitel selbst in die Stockholm-Aktion verwickelt war.

Speitel ist weder seiner Ladung zum Fantasia-Prozeß noch der zum Haag-Prozeß in der letzten Woche nachgekommen, und hat stattdessen durch seinen Anwalt erklären lassen: „Ich baue mir im Ausland eine neue Existenz auf. Meine Befürchtung, daß ich zu jedem nur denkbaren Verfahren als Zeuge vor Gericht gezerrt werden soll, um mich vor die Flinte zu bekommen, bestätigt sich“ („TAZ“ vom 26.11.).

Statt der Zeuenausgabe Speitels ereignete sich, so Siegfrieds Verteidiger Hans-Joachim Weider, ein „bisher einmaliger Vorgang: An die Stelle des Hauptbelastungszeugen Volker Speitel tritt der Verfasser und Vertreter der Anklage, Bundesanwalt Lampe. Der Ankläger selbst wird zu seinem wichtigsten Zeugen, Ankläger und Zeuge in einer Person“ („TAZ“, 26.11.).

L a m p e sagte also an Speitels Stelle als „Zeuge“ aus, und zwar darüber, was ihm Speitel alles erzählt haben soll.

Lampes Anklage gegen Haag, wegen „Beihilfe zum Mord“ und „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“, stützt sich auf Aussagen Speitels, obwohl Speitel im Juli im Haag-Prozeß erklärt hat, er halte es für ausgeschlossen, daß Haag von der Stockholmer Aktion wußte.

Außerdem haben sämtliche Gefangenen vom „Kommando Holger Meins“, die für die Stockholm-Aktion verantwortlich waren, im Haag-Prozeß erklärt, daß es unmöglich sei, daß ein Rechtsanwalt in einer illegal arbeitenden Gruppe mitarbeitete.

Noch schwieriger sieht es mit dem „Kronzeugen“ Egloff aus: Egloff ist einer der drei Schweizer Zeugen, die Brigitte Heinrich belastet hatten, einer der drei Schweizer Zeugen, die Brigitte Heinrich belastet hatten. Ebenso hatte Egloff, während er

selbst in der Schweiz in Haft war, Haag wegen Waffenschmuggels aus der Schweiz in die BRD belastet. Diese Waffen sollen angeblich für die Stockholmer Aktion gewesen sein.

Inzwischen hat Egloff im Brigitte-Heinrich-Prozeß erklärt, daß seine belastende Aussage von damals nicht stimme, sondern daß er die nur deshalb gemacht habe, weil er unter Druck gestanden habe. Inzwischen wurde Egloff wegen angeblicher Falschaussage im Prozeß gegen Brigitte Heinrich verhaftet, weil er erklärte, er habe seine damaligen belastenden Aussagen nur unter Druck gemacht (siehe nebenstehenden Artikel). Zu einer Aussage im Haag-Prozeß dürfte er auf diese Weise nicht mehr kommen. Offenbar sind die Anklagebehörden sehr empfindlich, wenn sich ein „Kronzeuge“ der Anklage so unversehens und auffällig als Entlastungszeuge der Verteidigung entpuppt!

Statt Prozesse mit Kronzeugen künftig Sicherungsverwahrung?

Wenn es mit „rechten Dingen“ zugeht, dürfte Siegfried Haag nur fünf Jahre kriegen — das hatte gleich nach Siegfrieds Verhaftung seinerzeit der „Spiegel“ geschrieben. Wer aber so zum „Rädelsführer“ aufgebaut wird, der soll auch lebenslanglich hinter Gitter. So basteln Bundesanwaltschaft und Richter Fischer daran, am Beispiel Siegfried Haag die Sicherungsverwahrung einzuführen.

Anklage und Prozeß wurden so aufgebaut, daß die juristischen Voraussetzungen für die Sicherungsverwahrung (übrigens ein Paragraph aus der Nazi-Zeit) erfüllt werden:

— aus einem Prozeß wurden zwei Verfahren gemacht

— das erste Urteil erging wegen drei Straftaten

Voraussetzung zur Verhängung der Sicherungsverwahrung ist nämlich, daß der Angeklagte mehrmals vorbestraft ist oder drei vorsätzliche Straftaten begangen hat, zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt ist, und „die Gesamtwürdigung des Täters und seiner Taten ergibt, daß er infolge eines Hanges zu erheblichen Straftaten für die Allgemeinheit gefährlich ist“.

Die Bundesanwälte Lampe und Fernholz haben Antrag auf Anwendung des SV-Paragraphen gestellt, und das Oberlandesgericht Stuttgart (5. Senat) hat am 3.8.79 Siegfried die psychiatrische Zwangsuntersuchung angedroht, wenn er sich nicht freiwillig durch einen Psychiater zur Vorbereitung eines Gutachtens zur Sicherungsverwahrung untersuchen läßt.

Eine Genossin aus

Eine Genossin aus Baden-Württemberg

Mal was anderes: „De Schnüss“ darf Polizei-„Brutalität“ aufdecken

Die Bonner Stadtzeitung „De Schnüss“ wurde in einem Berufungsprozeß vom Vorwurf der Beleidigung der Polizei freigesprochen. Das Gericht sah nicht nur ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit an der Auseinandersetzung mit polizeilichem Handeln, sondern sprach auch massive Kritik an der „völlig unnötigen Härte“ polizeilicher Übergriffe aus.

M. Kramer als verantwortlicher Redakteur von „De Schnüss“ war in erster Instanz wegen Beleidigung in einem Artikel über einen Polizeieinsatz verurteilt worden. Berichtete hatte das Blatt über die „zielgerichtete“ Zerstörung eines KBW-Büchertisches bei einem Einsatz am 1. Mai und über die Auflösung einer angeblichen „Gegendemonstration“, bei der festgenommene Bürger an Haaren gezogen, in Geschlechtsteile getreten und „absichtlich“ mit dem Kopf gegen ein Polizeiauto geschlagen wurden.

Auf 600,- DM Geldstrafe lautete das Urteil in 1. Instanz, weil die Berichterstattung einseitig und tendenziös gewesen sei und das, obwohl Amtsrichter Haase feststellte, daß der „tatsächliche Kern“ der meisten Behauptungen erwiesen sei. Für diesen Beweis sollte Kramer allerdings auch noch einmal 20.000,- DM zahlen — zum großen Teil setzte sich dieser Gerichtskostenbetrag nämlich aus Aufwendungen für Zeugen und Ver-

handlungsgebühren für 62 Zeugen zusammen, die zu den Vorfällen befragt wurden.

Staatsanwalt Dettmann vermochte auch in der 2. Instanz nicht zuzubilligen, daß es in der BRD von Kommunistenhaß besetzte Polizisten gebe. Diese von der Verteidigung gegebene Darstellung des Sachverhalts verstöße gegen die „Denkgesetze“, daß sich ein Beamter nicht mutwillig in eine Schlägerei einlasse.

Als besonders wichtig für das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit kann es da nur herausgestellt werden, wenn sich der Bonner Richter in dem Berufungsverfahren diesen staatsanwaltschaftlichen „Denkgesetzen“ nicht unterordnete. Er sah die von „De Schnüss“ gegebene Berichterstattung in den meisten Punkten

für erwiesen an; dort, wo es „tendiziose Übertreibungen“ gebe, seien sie im Rahmen der „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ noch gerechtfertigt. Vergessen werden sollte allerdings nicht, daß die Praxis in den meisten deutschen Gerichtssälen so aussieht, daß das Vorgehen der Polizei nicht ins Licht der Öffentlichkeit gezogen wird, und kritisiert werden darf, entweder, weil die Polizeibeamten sich untereinander durch Falschaussagen decken (so im Prozeß gegen „De Schnüss“ gerichtlich festgestellt), oder weil Beweisangebote zu einzelnen Akten von Polizeibeamten nicht zugelassen werden.

(Quellen: AK Nr. 151, „FR“ vom 20. und 24. November 1979)

IKAH



Leserbrief: Werner Schlegel an Erich Fried

Lieber Erich Fried

I
Des Unmenschen Etymologie

Immer öfter beinahe schon täglich lese ich in der Zeitung irgendwo feuerten irgendwelche uniformierten maschinengewehr- oder maschinenpistolen Salven ab in die demonstrierende Menge

Salve - Heil
Dir begrüßt seist du! bedeutet das

WSch

II
Warum diese Selbstzitiertung als Leitmotiv? Du wirst es wissen, am Schluß des Briefes.

Vorweg: Spät wurde Deine Antwort im AK 165 veröffentlicht, was ich bedaure. Für mich allerdings war dies mit ein Grund nun auch mit meiner Antwort noch zu warten. Jede Art von Zensur, egal welche Motive für sie angeführt werden, ist mir ein Greuel. Hinter der - zunächst - Nichtveröffentlichung Deiner Antwort vermute ich Zensur; beabsichtige das bei einem nächste Woche stattfindenden Besuch zu klären. (P.L. vom Reents-Verlag). Nichts, gar nichts hatte mein langes Schweigen also zu tun mit einer Verurteilung von Dir. Wie käme ich dazu? Woher nähme ich das Recht? Positionen, Handlungen, Verhaltensweisen eines Menschen zu kritisieren ist e i n e s. Darob den ganzen Menschen zu verurteilen anders. Unzulässig anderes, meine ich, solange das zu kritisierende nicht für eine generelle Grundhaltung des betreffenden Menschen steht. Dir generell repressives Denken und Handeln zu unterstellen, lag mir fern, da ich in der Tat viele der von Dir erwähnten Veröffentlichungen (putative Ermordung E. v. Dycks etc.) kenne und - damit auch den Verfasser - schätze. Gerade deshalb aber schien mir eine - öffentliche - Kritik an Deinen Äußerungen in Sachen Roth contra linke Maihoferapologeten, alias Rabehl und Co., nötig. Weil Du Dich damit auf die - mit Recht! - gerade von Dir wieder und wieder kritisierte Ebene des „mieses Stils“ begabst, der nicht nur seine „unheimlichen Ähnlichkeiten“ mit dem der rechten, sondern vor allem auch den Methoden stalinistischer Zwangsüberzeugung und „volksbeglückung“ nicht verhehlen kann. (Ein Stil der - dies am Rande - es FJS und Konsorten allzu leicht macht, triumphierend die rotbraun-Gleichung zu verbreiten!). Damit ans Eingemachte.

III
Wir werden Sie erziehen, Herr Zahl, und wenn wir Sie zerbrechen!
OBR Hötter/Wert

Wer wie Zahl andere und ich „inside the company“ existiert, durch die sattsam bekannten Haftbedingungen von Herolds Gnaden mehr zum unter- den zum Überleben sich gezwungen sieht, weiß, Gollwitzers Feststellung ex Cathedra (Brief an PPZ, „TAZ“ v. 29.6.79), „niemand will Sie vernichten“ - gemeint waren die Gefangenen aus der Guerilla - ist schlicht Unfug; zeugt zumindest von mangelnder Bereitschaft Fakten zu akzeptieren. Holger Meins ist nicht zufällig verhungert. Siegfried Hausner wurde nicht zufällig transportunfähig nach Stammheim geflogen. Werner Hoppe wurde weder zufällig, noch aus Sicherheitsgründen, an den Rand des Todes gebracht. Nicht zufällig wurde gegen Herbert Soffel (vgl. bitte „TAZ“ v. 9.11.) über vier Jahre lang mit Rebmanns 129er Knebelkette ermittelt, damit Knast im Knast - von dem Isolationshaft nur e i n Aspekt ist! - legitimiert, um diesen Anklagepunkt nunmehr sang- und klanglos fallen zu lassen. Nachdem Soffen zum wiederholten Male in Lebensgefahr schwebte, von neutralen Gutachtern erneut für haftunfähig erklärt wurde und, am entscheidendsten, seine Gesundheit (Nieren) irreparabel ruiniert ist. Die Liste könnte beliebig verlängert werden. Mit Fakten, nichts als Fakten.

Da von fehlendem Vernichtungswillen zu reden, blauäugig aus der Ferne, ist mehr als Unfug, ebnet letztlich ungewollt diese in x Fällen manifestem Vernichtungswillen die Bahn. Sage keiner, hysterisiertes Sicherheitsdenken! Dem setze ich das Beispiel WSch entgegen. Haftbedingungen wie bekannt, nachzulesen im An-

hang meines neuen Buches. A b e r : Alle „Sicherheitsmaßnahmen“ gelten nicht für die 7 1/2 Stunden täglicher Knastarbeit. Seit Juni 1977, unterbrochen durch Kontaktsperre, danach dreimonatige Arbeitsverweigerung, da ich nicht bereit war, tagsüber mich an eine Druckmaschine zu stellen, wochenlang, während zur gleichen Zeit - nach dem 18.10.77 - nachts durch Zellausleuchtung und Sichtkontrolle in 5-Minutenabstand Schlaf entzogen wurde; Seit Juni 1977 also arbeite ich in der Knastdruckerei. Buchdruck, Heidelberger Tiegell. Ebenso lange steht noch nicht einmal drei Meter von mir entfernt ein Kanister (20 l) mit Benzin, ein weiterer mit ebenfalls hoch feuergefährlichem Walzenreinigungsmittel. Genügend Material, um nicht nur in der Druckerei ein Feuerwerk loszulassen, hätte ich die Absicht.

Für den Weg von und zur Arbeit entfällt die sonst bei jedem Schritt bisher übliche Begleitung durch zwei Beamte.

In x Beschwerden, Briefen ans JM NRW, Anträgen auf gerichtliche Entscheidung, wurde von mir und meinen RAs auf den obigen Sachverhalt hingewiesen. Wer nun annimmt, die Kanister seien schleunigst entfernt, weggeschlossen, ich besser be- und überwacht worden, irrt. Nichts von alledem!

Merke: Knastarbeit dient dem Profit von „Vater“ Staat, geht noch allemal vor Repression. Das kennen wir doch von gewissen „Arbeitslagern“, nicht? Es genügt ja die totale Einschränkung im sonstigen Knastleben, besonders der zerstörerische Rhythmus fünf Tage pro Woche 7 1/2 Stunden mit Mitgefängnissen zusammen, dann zwei Tage 23 allein im Schließfach (Umschlußsperre, keine Teilnahme an Freizeitgruppen seit Schleyer), um das Zerstörungswerk zu Ende zu führen.

Soviel zur Sicherheitshysterie, die angeblich allein für den Knast im Knast verantwortlich zeichnet, und dem fehlenden Vernichtungswillen.

lichen, entstehen. Niemals aber auf Kosten anderer!

IV

„Wenn Sie gewisse Kontakte aufgeben würden, wird Ihr nächster Urlaubsantrag sicher wohlwollen betrachtet!“

Ein Herr aus dem JM NRW vor kurzem unter vier Augen zu mir

Was hat das alles mit der Auseinandersetzung Mahler/Zahl, Roth/Mahler, usw. zu tun? Viel, sehr viel!

Mahler hat auf Kosten anderer sich seine Freiräume - und mehr als das! - verschafft!

Es gibt ein Gedicht von Brecht („Eisen“), in dem es heißt: „Doch was da aus Holz war/bog sich und blieb“. Nichts anderes meinte ich mit „Alternative II“. Karl-Heinz Roth warnte neulich davor, Genoss(innen) scheel anzusehen, die nicht Eisen sondern Holz sind, und letzteres sehr bewußt. Eine berechtigte Warnung! Wer trotz aller Repression immer noch bei offenen Türen sein Glas Bier trinken kann, hat leicht Märtyrertum fordern. (Märtyrer braucht diese Linke nicht, sondern lebendige, handlungsfähige und handlungsbereite Menschen).

Mahler aber ist weder Eisen noch Holz, nicht Fleisch noch Fisch, sondern der Lehm, mit dem er warf und - wenn gewisse Gerüchte vom Geheimtreffen Bundesinnenphilister/Mahler zutreffen - noch immer werfen will.

Mahler leugnete den Knast im Knast, leugnete vor allem seine Folterwirkung. Dazu hat Zahl genug gesagt. Allerdings: Was er sagte, enthielt den Vorwurf des bewußten Verrats, der Käuflichkeit. Nun sind Umstände wie das „Spiegel“-nde Pamphlet, Urlaub, obwohl entgegen den offiziellen Äußerungen gesetzliche Voraussetzungen, nach dem Strafvollzugsgesetz nicht erfüllt waren, Erklärungen zur 2/3-Entlassung, obwohl darüber wiederum lt. Gesetz einzig die zuständige Strafvollstreckungskammer, angeblich un-

Leuten wie Rabehl und Co. das Recht, ihm Haftpsychose zu unterstellen? Wer gibt Dir das Recht zu fordern, der AK hätte solche Positionen nicht zu veröffentlichen?

Dagegen und nur - zunächst mal - dagegen wandte ich mich! Ist da der Vergleich mit Dissidenten-Psychiatrie nicht angebracht?

Nicht Dein Angriff auf Roth an sich störte, nein, entsetzte mich. Die Art und Weise des Angriffs war's. Für mich Zeichen, daß auch Du langsam infiziert wirst vom rapiden Niedergang linker politischer Kultur in diesem Lande (den Du ja andererseits selbst konstatiert!), dessen hervorsteckendstes Merkmal der Gebrauch des Wörterbuchs des Unmenschen ist. Das Abwürgen inhaltlicher Auseinandersetzung durch haßbesetzte Schläge unter die Gürtellinie, das Polemisieren ohne Analyse (die Roth, wenn auch in mariniertem intellektuellem Abstraktionsgestus, detailliert leistet; damit sich die Grundlage für seine Polemik erarbeitend!); last not least der monologische Dialog, dessen Ritus die Argumente anderer nur anhören läßt, um eben diesem Ritus (pseudo)solidarischer Auseinandersetzung äußerlich gerecht zu werden (Beispiel par excellence: Krisenabende im KB!); all dies sichtbare Zeichen der Agonie.

Selbstzerfleischung - ein in der Tat zu psychologisierendes Zeichen! - als psychosomatische Reaktion auf einen übermächtig scheinenden Repressionsapparat? Übermächtig auch und gerade, weil die Linken nur Kinder ihrer Väter sind, damit geschlagen mit einem der deutschen Grundübel: 150 %ige Standpunkte zu beziehen? Sicher, die ersparen mühsame Erkenntnisprozesse, ersparen vor allem Zweifel. Zweifel aber bedeuten Unsicherheit. Die Kinder von Marx/Schleyer und Coca-Cola, gut deutsch wie sie nunmal alle sind, seit Generationen, fürchten nichts mehr denn Unsicherheit und offene Fragen. Da sind sie ihren Vätern nicht nur ähnlich, da übertreffen und überholen sie diese linkerhand.

ist, andererseits x Fakten, nicht zuletzt die Untersuchungsergebnisse wissenschaftlicher Isolationsforschung, ihn längst widerlegen?

Keine Frage: reagierten Rabehl und Co. - wie Zahl mir schrieb auch noch geschichtsfälschend; er wird's wissen, besser als ich, der ich nicht aus der 68er-Generation stamme, sie nur noch am Rande erlebte - so hektisch-hysterisch, weil betroffene Hunde nun mal bellen?

Nein, nichts davon bei Dir, weil es, wie Deine Roth-Polemik zeigte, nicht ins Bild, in Dein Bild paßte. Ein Bild, daß viele Farben enthält, die ich nicht anders sehe! Der Wahnwitz der Verzweifeln, deren „Avantgardebewußtsein“ Schießereien - egal wer zuerst schoß! - mitten unter Passanten zuläßt; Einverständnis, mehr müßens's kritisieren, an deren Integrität niemand grundsätzlich zweifeln kann. Einverständnis auch mit den „zahllosen anderen Aufgaben“, die auf der Tagesordnung zu stehen hätten.

Und einverstanden, voll und ganz, vor allem mit dem, was nicht auf der Tagesordnung steht; die politische Revolution durch den bewaffneten Kampf.

Einverstanden - und deshalb kritisierte ich, würde es wieder tun. Für alles, was auf der Tagesordnung steht, mit jedem Tag mehr unter den Nägeln brennt - von FJS, der nicht die Gefahr ist, sondern das, was er vertritt, was sich hinter ihm birgt, ganz zu schweigen - brauchen wir Genoss(innen), die sich freihalten können vom schwarz-weiß-Denken, von Selbstzerfleischung, von 150 %igen Positionen; freihalten aber zuallererst von der Angst vor offenbleibenden Fragen. (Ein Beispiel: Stammheim: Ich glaube an Mord. Aber ich weiß es nicht, denn wissen heißt, beweisen können!).

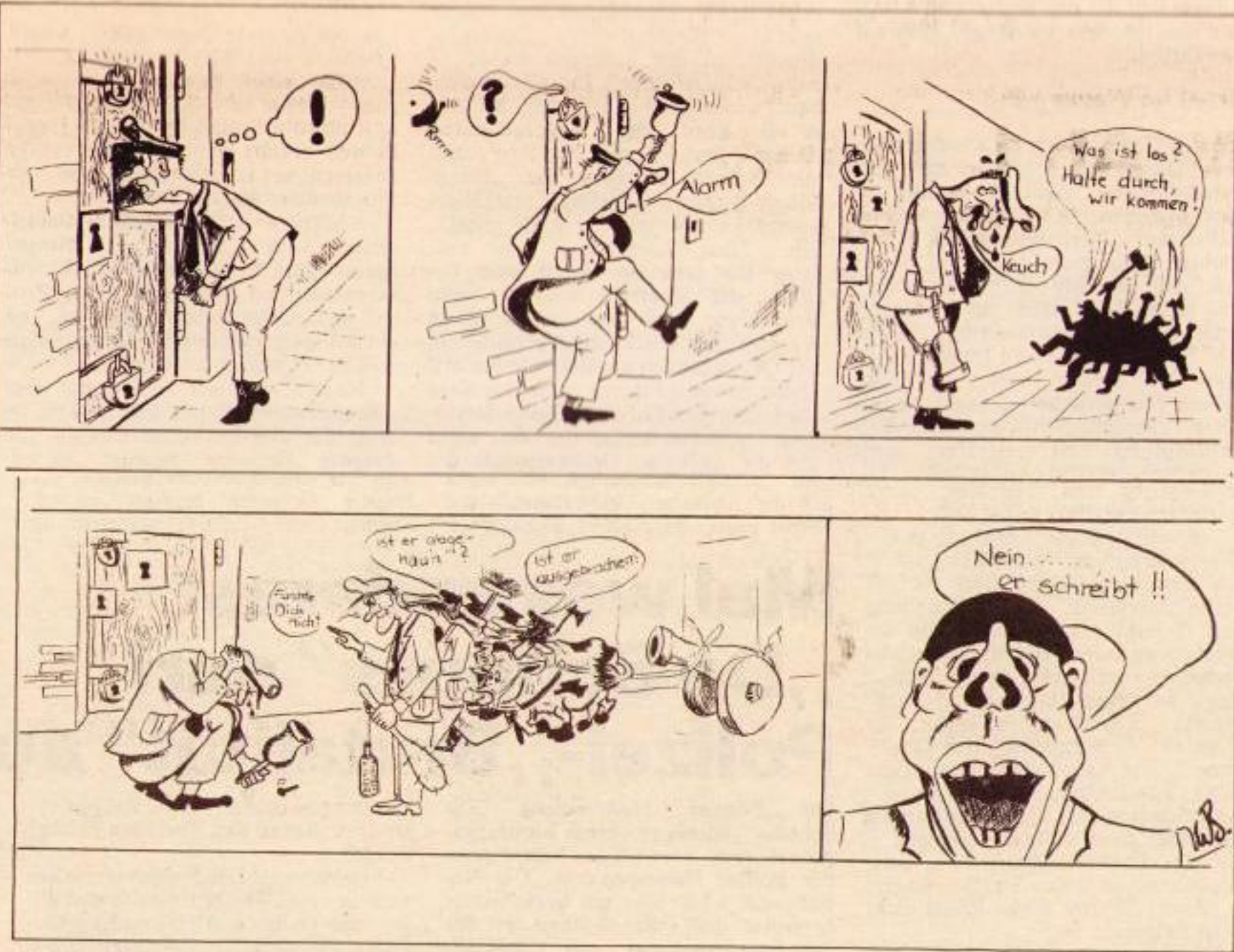
Was aber Mahler und die Gehirnwäsche angeht, er tut mir leid. Er hatte im falschen Moment die falschen Freunde, was auch meinte: Es ist nicht allein Verdienst von Zahl, Roth und anderen, nicht der Gehirnwäsche zum Opfer gefallen zu sein. Auch und gerade Verdienst unserer Freunde „draußen“ ist's. Derjenigen, für die wir anderen nicht Objekte waren und sind; brauchbar, benutzbar, einsetzbar als Schachfiguren zur Untermauerung der jeweils vertretenen Positionen, Alibifiguren, sondern Menschen, Genoss(innen), Freunde und Freundinnen.

Mir persönlich scheint dies die wichtigste Erkenntnis aus dem „Fall“ Mahler. Ich will sie Dir mit einer Randepisode - aber nicht am Rande - belegen. Eine sehr bezeichnende Episode! Vorgestern schrieb mir ein Kollege, nach der öffentlichen Auseinandersetzung Zahl/Mahler/Roth habe der Rotbuchverlag sein Angebot, daß Mahler dort arbeiten könne, zurückgezogen. „mit dem Argument, sie könnten Käufer verlieren, sobald diese Sache bekannt sei.“

Ein Zeichen mehr für die verkommenene politische Kultur der Linken. Nicht Mahlers Verhalten, sondern das Argument „Käuferverlust = Geldverlust“ war entscheidend. Kommentar überflüssig. Nicht nur Mahler scheint Opfer der permanenten Gehirnwäsche des Systems an uns allen zu sein ...

Freiheit & Glück!
Kein Knast im Knast!

Anmerkung der Redaktion:
Werner irrt, wenn er schreibt: „Hinter der - zunächst - Nichtveröffentlichung Deiner Antwort vermute ich Zensur“. Tatsächlich ist Erichs Brief zunächst nicht bei uns eingetroffen. Wo er verloren ging, wissen wir nicht.



Ein Mitgefänger von Werner hat diese Zeichnung gemacht

Wer tagtäglich konfrontiert ist mit dem Knast im Knast, seiner Repression, Einschränkung, Lähmung; wer an sich selbst die psychosomatischen Folgen beobachten kann, wissenschaftlich exakt (bei mir unter anderem konstanter Gewichtsverlust, seit zwei Jahren diagnostizierte chronische Kolitis, mit entsprechenden regelmäßigen Anfällen), hat nicht nur ein Recht, eben diesen Vernichtungswillen von Herold und Co. anzunehmen, sondern vor allem die Pflicht, daraus Schlüsse zu ziehen. Einer davon lautet: Entweder du schwörst ab, gibst klein bei oder du wirst physisch und psychisch zerstört.

Alternative: Im Einzelfall entsteht durch Öffentlichkeitsarbeit von vielen (siehe PPZ, Hoppe, Soffel) genügend Druck, daß die andere Seite partiell zurücksteckt.

Alternative II: Sich ohne Preisgabe seiner prinzipiellen Positionen so weit zu „beugen“, (Astrid Proll als Beispiel), daß minimale Bewegungsfreiräume, die das Unterleben ermög-

abhängige Richter, zu entscheiden hat (mir wurden bereits drei Urlaube verweigert. Trotz Befürwortung Anstalt, trotz erfüllter gesetzlicher Voraussetzungen; trotz angebotener Sozialbürgerschaft von der PEN-Vizepräsidentin I. Drewitz, zahlreichen Kollegen und Freunden, last not least, obwohl ich „nur“ noch anderthalb Jahre bis Endstrafe zu „verbüßen“ habe), Freigängerstatus usw. in der Tat geeignet, einen solchen Verdacht zu nähren.

Trotzdem kann und will ich PPZ hier in der Beurteilung nicht folgen, ohne - wie er - Mahler persönlich zu kennen. Vielmehr stimme ich K.H. Roth zu: Mahler fiel der dritte, von mir vorhin bewußt nicht erwähnten, Alternative zum Opfer. Gehirnwäsche! und genau dies hat Roth konstatiert. Auch, wer wie dazu beitrug, damit Mahler, das Opfer, mißbrauchend, statt ihm zu helfen.

Was, frage ich Dich, ist daran „Gehirnverschmutzung“, Irrsinn des Geschimpfs und ähnliches? Selbst wenn Roth in allen Punkten geirrt hätte, was ich bezweifle, wer gibt

Du erwähnest Dein Mahler gewidmetes Gedicht. Noch eines gibt's von Dir (mein friedliches Lieblingsgedicht!), daß vor der Angst von denen, die keine Zweifel kennen, spricht.

Aber mit Deiner 150 %igen Konstatierung Rothscher „Gehirnverschmutzung“ bist Du diesem deutschen Übel, der Grundlage menschenfeindlicher Intoleranz, selbst zum Opfer gefallen. Keine Frage: Könnte Roth nicht Recht haben, Mahler, Opfer von Gehirnwäsche sein und damit eben zuallererst Opfer, dem solidarisch zu helfen ist, was immer er auch mit seiner Unterstützung von Maihofers - fortgesetzt von Baum und Konsorten - Dissolidarisierungskampagne anrichtete. Und er richtete! Die Verwirklichung des Betongrabs Hochsicherheitstrakt geht auch zu Mahlers Lasten! Er segnete die damit einmal mehr ins architektonische verlängerte Perversion herrschender Rechtsstaatlichkeit, Folter und Isolierung leugnend, ab.

Keine Frage: Warum tut er das, wenn's denn nicht bewußter Verrat



Keine Berufsausbildung für Kommunisten

Am 20. November wurde in Braunschweig der Berufsverboteffall von Jutta B.-P. vor Gericht verhandelt. Sie hat ab WS 70/71 bis SS 74 in Braunschweig an der PH Geschichte und Kunst studiert. Ihre Bewerbung vom Juli 74 ist im Okt. 74 abgelehnt worden. Im Sept. 75 kam es zu einer Anhörung vor der interministeriellen Anhörungskommission, wobei ihr folgendes „vorgeworfen“ wurde: 1. Sie sei 1971 im Sozialistischen Asta-Kollektiv (mit KSB (KBW)lern) tätig gewesen. 2. In der „KVZ“ vom 3.10.79 sei sie zitiert worden, daß sie an der Schule als Lehrerin die KVZ verkaufen wolle. 3. Dazwischen war sie zu einer mündlichen Anhörung vorgeladen worden, die sie jedoch ablehnte, da ihr keine schriftlichen Angaben vorher gemacht wurden. Dies hatte sie auch in mehreren KBW-nahen Zeitungen veröffentlicht und eine Broschüre über ihren Fall erstellt.

Die interministerielle Anhörungskommission kam zu dem Schluß, daß die Zweifel an ihrer Verfassungstreue nicht begründet seien! Trotzdem erhielt sie im Mai 76 wieder einen Ablehnungsbescheid. Eine einstweilige Anordnung gegen diesen Bescheid wurde abgelehnt, woraufhin sie im Januar 78 die Klage vor dem Verwaltungsgericht einreichte. Diese wurde jetzt, im Nov. 79, verhandelt.

Der Prozeß verlief folgendermaßen: Jutta B.-P. wurde als Zeuge in eigener Sache vernommen. Nach ausführlichsten Befragungen zu ihrem Lebenslauf wurde es interessant. Die Vertreter des Regierungspräsidenten hatten zwar keine neuen Erkenntnisse, meinten aber, daß sie sich nicht genügend distanziert hätte und auch heute keine andere Einstellung hätte. Wovon Distanz und Einstellung zu was, ließen sie offen. Den Richter interessierte am meisten, warum sie damals ihren Fall öffentlich gemacht hätte. Sie begründete dies einmal mit ihrer persönlichen Betroffenheit, zum zweiten mit ihrer Empörung über die Verfahrensweise, drittens mit dem großen Interesse in der Öffentlichkeit an der Frage Berufsverbote (sie verkaufte 450 Broschüren über ihren Fall), zum vierten damit, daß sie die Bewegung gegen die Berufsverbote stärken wolle und zuletzt mit dem weiter bestehenden Unter-

richtsausfall an der Schule, wo sie hätte Unterricht erteilen sollen. Sie bestritt jedoch eine Mitgliedschaft im KBW. Dann ging es weiter mit dem Grundgesetz und Beamtenrecht hätte und wenn ja, wie sie dies durchsetzen wolle. JBP ging mit dem gerade aktuellen Beispiel des Lehrerstreiks auf die Frage ein. Sie sei Mitglied der GEW und würde sich zum Beispiel in diesem Rahmen für das Streikrecht der Lehrer einsetzen. Nun wollte der Richter wissen, wie sie denn gewährleisten wolle, daß sie im Vorbereitungsdienst, oder als Beamtin auch wirklich sich an das Beamtenrecht halte, oder „wie wollen Sie gewährleisten, jederzeit für die FDGO einzutreten?“ Sie führte dazu ihre Arbeit in einem Kindergarten und bei „Arbeit und Leben“, der Bildungsvereinigung des DGB-Niedersachsen an, wo sie das Vertrauen aller Mitarbeiter genießt. Das schärfste waren die Anwälte der Regierungspräsidenten. Im Verfahren sagten sie keinen Ton und ihre ablehnende Begründung war schlicht Gesinnungsterror. Sie wiederholten nochmal, daß Jutta B.-P. nicht auf der FDGO stehe und unterstellten der Klägerin, daß „sie nicht hinter ihren Aussagen stehe“, also daß sie lüge.

Am Nachmittag erhielt sie den Beschluß des Gerichtes: Die Landesregierung wird verpflichtet, sie in den Vorbereitungsdienst einzustellen. Eingestellt wird sie wohl trotzdem nicht.

Verhandlung der Klage der Brigitte M., Göttingen, z.Z. wohnhaft in Hannover, gegen das Land Niedersachsen auf Einstellung in den Vorbereitungsdienst. Verhandlung am 20.11.79

Brigitte M. hat ab WS 71/72 bis 74 in Göttingen an der PH studiert und hat sich zum 1.8.74 erstmalig als Lehrerin z.A. beworben. Im Dez. 74 wurde eine „Routine-Anfrage“ beim Verfassungsschutz gestellt und im März 75 erhielt sie eine Ablehnung. Am 9.9.75 hatte sie eine Anhörung, „die die Zweifel an ihrer Verfassungstreue nicht ausräumt“ konnte. 1977 machte sie ihr Examen in Dipl. und klagte dann auf

Einstellung in den Vorbereitungsdienst.

Zum Ablauf der Verhandlung: Zuerst wurden die „verfassungsfeindlichen Verfehlungen“ aufgezählt: 1. Sie sei Mitglied des MSB; 2. sie habe 72,73 und 74 auf der MSB-Liste zum Studentenparlament kandidiert; 3. sie sei 73 im MSB-Asta als Sozialreferentin tätig gewesen; 4. sie sei 1972 mit einer MSB-Gruppe in Magdeburg gewesen; 5. sie habe Mitgliederversammlungen des MSB besucht; 6. sie habe sich an einer Demo gegen das NHG beteiligt; 7. sie habe an einem SDAJ-Kongreß teilgenommen. Die Vertreter der Landesregierung hatten nichts Neues zu bieten und wußten auch nicht, ob sie noch MSB-Mitglied sei. Daraufhin wurde Brigitte M. als Zeugin in eigener Sache vernommen.

Die Vorwürfe 1.-3. bestätigte sie als richtig und berichtete über ihre Arbeit als Sozialreferentin. Sie habe sich um wohnungssuchende Studenten gekümmert und eine Kinderbetreuung für studierende und alleinlebende Mütter organisiert. Sie habe sich also gerade dafür eingesetzt, Mängel der Verfassungswirklichkeit zu beseitigen.

Auf die Punkte 4.-7. wurde nicht eingegangen, da der Richter sie als nicht gerichtswertbar bezeichnete. Abschließende Fragen waren, ob sie noch MSB-Mitglied sei und wie sie gewährleisten wolle, daß sie sich in Zukunft „verfassungstreu“ verhalte. Ersteres verneinte sie und ansonsten sei sie mehr als verfassungsloyal. Sie habe in ihren Aktivitäten gezeigt, daß sie sich gerade für die Verwirklichung des GG bemüht habe. Die staatlichen Vertreter unterstellten ihr erstmal gar kein Interesse an einer Einstellung, da sie ab Ende 75 bis zur Anstrengung des Prozesses sich auf mehrere Aufforderungen hin nicht geäußert habe. Außerdem wäre die politische Zielsetzung des MSB eben doch nicht mit der FDGO zu vereinbaren und die Klägerin hätte die Zweifel an ihrer Verfassungsfeindlichkeit nicht ausräumen können. Außerdem habe sie die Erkenntnisse des Ver.schutzes (Punkt 4.-7.) nicht bestritten.

Der Ausgang des Prozesses ist noch nicht bekannt. KB/Gruppe Braunschweig

Läuft Gscheidle Amok?

Ausgerechnet im direkten Wirkungsbereich der Bundesregierung, die Anfang des Jahres nach fast einjähriger „Liberalisierungs“kampagne mit großem Pomp neue Richtlinien in Sachen Berufsverbote verabschiedete, wird mit geradezu galoppierender Geschwindigkeit die Berufsverbotepraxis ausgeweitet.

Bei Bahn und Post, beides Unternehmen in Bundeshoheit, gibt es inzwischen 50 „Fälle“ von Berufsverbotsmaßnahmen, von denen allein 14 seit dem Sommer dieses Jahres eingeleitet wurden. In allen „Fällen“ werden die stereotypen Vorwürfe der DKP-Mitgliedschaft erhoben, und das ausgerechnet von der Seite, die vor Verabschiedung ihrer neuen Richtlinien vor der Öffentlichkeit einen wahren Eiertanz aufführte, um zu begründen, daß ihr bei der Fassung neuer Richtlinien die Hände durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Mai 75 aufs Engste gebunden seien. Doch gerade dieses Urteil, so reaktionär es insgesamt ist, legte fest, daß der Vorwurf der Mitgliedschaft beispielsweise in der DKP nicht ausreicht, um jemanden aus dem Staatsdienst zu entlassen.

Was bei Bahn und Post z.Zt. durchgezogen wird, liegt völlig auf der Linie dessen, was Minister Kurt Gscheidle im Juni letzten Jahres in einem Stern-Interview sehr offen vertat: „Ein Beamter, der aktives Mitglied der DKP ist, fliegt.“ Dieser einfach-griffige Grundsatz des Herrn Gscheidle hat z.B. solche konkreten Formen angenommen.

Der fast weltberühmte Lokomotivführer Rudi Röder mußte 1977 aufgrund internationaler Proteste zum Lebenszeitbeamten ernannt werden. In diesem Jahr wurde ein neuerliches Disziplinarverfahren eingeleitet, weil Röder auch danach für die DKP aktiv blieb, indem er u.a. für den Würzburger Stadtrat kandidierte.

Obwohl seit 28 Jahren im Postdienst tätig und seit 20 Jahren Beamter auf Lebenszeit, wurde Hans Peter zunächst strafversetzt und anschließend mit einem Disziplinarverfahren überzogen! Ähnlich erging es dem 48-jährigen Bundesbahnhauptsekretär Hans Schulz.

Weil er als DKP-Mitglied ins Marburger Stadtparlament gewählt wurde und obwohl Marburgs Oberbürgermeister Hanno Drechsler dem „allseits geschätzten Kollegen“ einen Blumenstrauß in die Hand drückte und „auch weiterhin viel Erfolg, Glück und Zufriedenheit“ wünschte, soll der beim Marburger Hauptpostamt beschäftigte Herbert Bastian entlassen werden. Zynischer Hintergrund dieses „Falls“: Das hessische Mandatssicherungsgesetz schreibt vor, daß „niemand gehindert werden“ darf, „sich um ein Mandat ... in einer kommunalen Vertretungskörperschaft zu bewerben, es anzunehmen oder

auszuüben“. Und wer gewählt ist, darf dadurch keine „Benachteiligungen am Arbeitsplatz“ erfahren.

Diese Berufsverbotskampagne der Bundesregierung ist natürlich auf die Dauer ein auch in der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit und der SPD selber nicht zu erklärender Widerspruch zu den „Liberalisierungs“-Versprechen. Und so ist es nicht verwunderlich, daß inzwischen breite Kreise protestiert haben. Die interessanteste Zurechtweisung mußte Gscheidle dabei kürzlich von Partei „genossen“ erfahren: 23 sozialdemokratische Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben in einem gemeinsamen Brief an Gscheidle beklagt, daß in seinem Zuständigkeitsbereich „keineswegs“ die von der SPD beschlossene „Liberalisierung“ der Berufsverbotepraxis umgesetzt werde. Doch dieser „Protest“ scheint nicht gerade dem demokratischen Gewissen der Briefeschreiber entsprungen zu sein, sondern sie weisen ausdrücklich darauf hin, daß sie im Europäischen Parlament häufig von ausländischen Parlamentsvertretern auf diese Geschichten angesprochen würden. Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören solche Spezialdemokraten wie Karl Hauenschild, Katharina Focke, Rudi Arndt und Heidemarie Wiczorek-Zeul. Inzwischen scheint auch Gscheidle (was ja offensichtlich eine Verkleinerungsform für „gescheit“ ist) kapiert zu haben, daß er mit seinen Berufsverbotsmaßnahmen das „liberale“ Image der SPD etwas zu sehr strapaziert hat: Gegen den Stuttgarter Fernmeldeamtmann Hans Meister, dem Mitgliedschaft und Tätigkeit in der DKP vorgeworfen wurde, hat er das förmliche Disziplinarverfahren zurückgezogen, weil „kein Nachweis habe geführt werden können, daß der Betroffene nicht verfassungstreu sei“.

Doch wenn ein Minister sich mal zu einem solchen Schritt durchringt, gibt es in diesem Land ja immer noch die neutralen Gerichte, die dann die Dreckarbeit besorgen können. In diesem Falle fühlte der Bundesdisziplinaranwalt Hans Rudolf Clausen sein rechtsstaatliches Herz schlagen: Er widersprach förmlich der angekündigten Einstellung des Disziplinarverfahrens. Damit wird es gegen Hans Meister doch zu einem Disziplinarverfahren kommen. Man kann gespannt sein, wie diese Oberberufsverbote sich bei dieser Gelegenheit einigen werden. Ist es eine zu gewagte Prognose anzunehmen, daß bei negativer Entscheidung des Bundesdisziplinargerichtshofes die Bundesregierung sich hinterher auf ein Neues vor die Öffentlichkeit stellen wird, um ihr klarzumachen, wie sehr sie in ihren „liberalen“ Absichten durch die Gerichte, die ja nun einmal unabhängig sind, behindert werden?

Berufsverbotekommission

sich bei dieser Gelegenheit einigen werden. Ist es eine zu gewagte Prognose anzunehmen, daß bei negativer Entscheidung des Bundesdisziplinargerichtshofes die Bundesregierung sich hinterher auf ein Neues vor die Öffentlichkeit stellen wird, um ihr klarzumachen, wie sehr sie in ihren „liberalen“ Absichten durch die Gerichte, die ja nun einmal unabhängig sind, behindert werden?

Berufsverbotekommission

NRW: Ab 1. Januar ist das Erklärungsmodell in Kraft

In NRW gab es im Frühjahr dieses Jahres eine Kontroverse zwischen SPD und FDP um die sogenannte Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Neben der von der SPD vorgeschlagenen ersatzlosen Streichung der Regelanfrage ging es um zwei Kompromißlösungen — das

Schulbereichs Unna beworben. Statt einer Zusage erhielt er im Januar 79 eine Einladung zu einem Anhörungsgespräch beim Regierungspräsidenten in Arnsberg. Hier wurden ihm unter anderem folgende Fragen gestellt: „Kennen Sie Brokdorf?“, „Kennen Sie Grohnde?“ Haben Sie schon

Diese sogenannten Begründungen sprechen ihre eigene Sprache. Uwe K. hat hiergegen Klage eingelegt. Daß dieses Beispiel nicht für sich allein steht, zeigt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Gymnasiallehrerin Dorothea F. durch das Oberschulamt in Freiburg. Die Lehrerin hatte sich am 14.10.79 zusammen mit einer Gruppe ihrer Schüler an der Anti-AKW-Demo in Bonn beteiligt. Die teilnehmenden Schüler wurden inzwischen alle von der Schulleitung verhöhnt und verwahrt. Der Lehrerin wurde jeder private Kontakt zu ihren Schülern untersagt. Schüler und Eltern erwägen inzwischen rechtliche Schritte gegen das Oberschulamt.

NRW: Ab 1. Januar ist das Erklärungsmodell in Kraft

In NRW gab es im Frühjahr dieses Jahres eine Kontroverse zwischen SPD und FDP um die sogenannte Abschaffung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Neben der von der SPD vorgeschlagenen ersatzlosen Streichung der Regelanfrage ging es um zwei Kompromißlösungen — das sogenannte Listenmodell und das Erklärungsmodell. Bei dem Listenmodell sollte der Bewerber unterschreiben, daß er einer Liste von vorgegebenen sogenannten verfassungsfeindlichen Organisationen nicht angehört. Bei dem Erklärungsmodell, das nun ab 1.1.80 in Kraft tritt, muß der Bewerber eine Erklärung abgeben, mit der er sich verpflichtet, keine Bestrebungen zu unterstützen, die gegen die FDGO gerichtet sind. Sollte sich ihm nachherin herausstellen, daß er doch Mitglied einer vom VS als verfassungsfeindlich gekennzeichneten Organisation ist, so wird dies als arglistige Täuschung bewertet und führt umgehend zur Entlassung. Letztendlich wird hier unter dem Deckmantel einer Liberalisierung eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis eingeführt, bleibt doch einem Mitglied einer linken Organisation nichts anderes übrig, als die Mitgliedschaft abzustreiten, da es sonst von vornherein weg vom Fenster ist. Wird seine Mitgliedschaft bekannt, so braucht nicht erst ein langwieriger Prozeß stattfinden, in dem eventuell auch noch die Gesamtpersönlichkeit des Bediensteten beurteilt werden müßte, sondern der Tatbestand der Täuschung ist klar und damit auch die Entlassung. Damit ist dann das Land NRW endlich aus der Klemme, in der es sich seit einiger Zeit befindet. In letzter Zeit haben nämlich in NRW einige Arbeitsgerichte Urteile gefällt, die das Land zur Einstellung von Berufsverboteopfern verpflichteten. Das Land NRW ist diesen Urteilen trotz Androhung von Zwangsgeldern in vielen Fällen nicht nachgekommen.

Münster: Berufsverbot für AKW-Gegner

Uwe K. hatte sich für den Schuldienst im Grund- und Hauptschulbereich des

Schulbereichs Unna beworben. Statt einer Zusage erhielt er im Januar 79 eine Einladung zu einem Anhörungsgespräch beim Regierungspräsidenten in Arnsberg. Hier wurden ihm unter anderem folgende Fragen gestellt: „Kennen Sie Brokdorf?“, „Kennen Sie Grohnde?“ „Haben Sie schon mal was von dem Arbeitskreis Umwelt in Münster und von der Umweltzeitung Grünes Blatt gehört?“ (taz v. 23.11.79).

Wie sich später herausstellte, war der Anlaß für diese Anhörung ein anonym Brief, der dem Regierungsdirektor zugegangen ist. In diesem Brief wird Uwe K. vorgeworfen, an den besagten Demonstrationen teilgenommen zu haben, offen zu Gewalt aufgerufen zu haben und an vorbereitenden „konspirativen Sitzungen“ teilgenommen zu haben. Es muß vermutet werden, daß dieser Brief und auch ein zweiter Brief vom VS selbst geschrieben wurde. Da nun aber anonyme Briefe nicht Gegenstand von Vorhaltungen sein können, wurde bei der Überprüfung von Uwe K. noch ein Kaufhausdiebstahl von ca. 40 DM aufgestöbert, der etwa zwei Jahre zurückliegt.

Im Juni erhielt Uwe K. die Ablehnung des Einstellungsantrages und im August wurde auch sein Widerspruch abgelehnt. Für die Urteilsbegründung mußte schließlich der Diebstahl herhalten: „Ein Diebstahlsdelikt ... ist eine schwerwiegende Entgleisung ... dieser offensichtliche Charaktermangel läßt die erforderliche Eignung ermangeln ... Der Mangel charakterlicher Eignung ergibt sich weiterhin aus der Art ihrer Teilnahme an den gewaltsamen Demonstrationen von Brokdorf.“ Weiter heißt es hier: „Soweit Ihr Mandant an der Demonstration in Grohnde teilnahm, hat er bestritten, einen Scheinbrenner durch die Polizeiabwehr gebracht zu haben. Wenn diese Einlassung auch nicht widerlegt werden kann, so bleibt doch auch in diesem Fall ein erheblicher Verdacht bestehen.“

Diese sogenannten Begründungen sprechen ihre eigene Sprache. Uwe K. hat hiergegen Klage eingelegt. Daß dieses Beispiel nicht für sich allein steht, zeigt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Gymnasiallehrerin Dorothea F. durch das Oberschulamt in Freiburg. Die Lehrerin hatte sich am 14.10.79 zusammen mit einer Gruppe ihrer Schüler an der Anti-AKW-Demo in Bonn beteiligt. Die teilnehmenden Schüler wurden inzwischen alle von der Schulleitung verhöhnt und verwahrt. Der Lehrerin wurde jeder private Kontakt zu ihren Schülern untersagt. Schüler und Eltern erwägen inzwischen rechtliche Schritte gegen das Oberschulamt.

Bielefeld/NRW: DKP-Mitglied gewinnt Berufsverboteprozeß

Der Diplomvolkswirt Jan P. sollte wegen seiner DKP-Mitgliedschaft nicht als Assistent an der Bielefelder Universität eingestellt werden. Das Bielefelder Arbeitsgericht erklärte dieses Berufsverbot für unrechtmäßig und verpflichtete das Land NRW zur Einstellung des Klägers. In der Urteilsbegründung heißt es, „die Frage nach der Parteizugehörigkeit steht im Widerspruch zum Grundgesetz.“ „Das Gericht bestätigte vielmehr ausdrücklich die Legalität der DKP und meldete „grundsätzliche Bedenken“ gegenüber der Praxis von Behörden an, der DKP Verfassungsfeindlichkeit zu unterstellen“ (UZ v. 20.11.79).

Das Land NRW hat gegen dieses Urteil keine Berufung eingelegt, womit dieses rechtskräftig ist und Jan Priewe eingestellt werden muß. Zu diesem Fall hat es laut „UZ“ heftige in- und ausländische Proteste gegeben.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Im „Fall“ Gingold und Krone: Revision abgelehnt!

Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin hat einen Antrag auf Zulassung von Revision in den Fällen der Lehrerin Sylvia Gingold und des Bundesbahningenieurs Werner Krone abgelehnt. Mit dieser Zurückweisung durch das höchste Gericht bleibt das Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel aus dem Jahre 1977 in Kraft. Das Urteil bedeutete Berufsverbot. Zwar konnte im Falle Gingold erreicht werden, daß sie einen befristeten Angestelltenvertrag im Rahmen von Teilzeitarbeit (!) bekam, doch das Urteil gestattete es den Behörden, S. Gingold jederzeit aus dem Staatsdienst zu entlassen, weil sie angeblich nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Werner Krone ist bereits vor zwei Jahren entlassen worden. Damit hält das höchste Verwaltungsgericht, wie untere Instanzen auch, weiterhin an einer äusserst restriktiven und reaktionären Berufsverbotepraxis fest; ihr zufolge wird allem Liberalisierungsgerede über die Vorrangigkeit der Beurteilung des dienstlichen Verhaltens, allem Gerede über das Abwägen der Gesamtpersönlichkeit und damit selbst dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1975 zum Trotz ein Bewerber weiterhin allein wegen seiner Mitgliedschaft in z.B. der DKP nicht verbeamtet.

Hamburg: Wider Erwarten hat der Hamburger Senat nun doch vor ca. zwei Wochen die Entlassungsverfü-

gung sowie die Berufung gegen das positive Urteil des Hamburger Verwaltungsgerichts im Berufsverbotsfall Thomas Erdner zurückgenommen. (Wir berichteten bereits in AK 166 ausführlicher über diesen Fall.) Diese Rücknahme ist besonders deshalb als Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote hervorzuheben, weil die Aufhebung dieses Berufsverbots gegen eine starke Hetzkampagne von rechten SPDlern, CDUlern und der Springer-Presse durchgesetzt werden mußte.

Baden-Württemberg. Trotz positiver Gerichtsentscheidungen warten die beiden Lehramtsanwärter Helmut K. und Rainer H. noch immer auf ihre Einstellung in den Schuldienst. Gemäß dem Grundsatzzurteil des Bundesverfassungsgerichts war beiden vor dem Landesarbeitsgericht bestätigt worden, sie müßten trotz des Vorwurfs der DKP-Mitgliedschaft zumindest ihre Ausbildung beenden dürfen. In beiden Fällen verfährt die Behörde jedoch nicht gemäß den Urteilen, sondern versucht, vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel die Einstellung doch noch zu verhindern. Selbst wenn die Behörde dort nicht erfolgreich sein sollte, hat sie doch zumindest eine jahrelange Verzögerung der Einstellung und damit eine jahrelange Arbeitslosigkeit der Betroffenen erreicht. (aus: „Stern“, Nr.48, 22.11.79).

Berufsverbotekommission, Hamburg

Die neue Aufrüstung der Nato erhöht die Kriegsgefahr!

Die jüngsten Beschlüsse der „Nuklearen Planungsgruppe“ der Nato nach Einführung neuer atomarer „Mittelstreckenraketen“ vom Typ „Pershing-II“ und den „Cruise Missiles“ in Westeuropa leiten eine neue und gefährliche Eskalation des atomaren Wettrennens ein. Denn keineswegs handelt es sich bei diesen Waffen um „Grauzonenwaffen“, sondern um die Einführung strategischer Interkontinentalraketen auf dem Boden Westeuropas, mit denen rund 20% des sowjetischen Militär- und Industriepotentials zerstört werden können. („FR“, 5.5.79). Der Imperialismus begründet die Einführung dieser neuen Atomwaffen mit einer angeblichen „Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts“ — sie müsse deshalb „nachrüsten“!

Tatsache ist hingegen, daß der Imperialismus — vor allem auf dem Territorium der BRD — zusätzliche Raketen- und Waffensysteme zur militärischen Bedrohung der Sowjetunion einführt und damit ihre allseitige militärische Überlegenheit weiter ausbaut. Schroff ausgedrückt, wäre eine „Wiederherstellung des Gleichgewichts“ seitens der Nato nur denkbar, wenn auf dem Boden der DDR atomare Langstreckenraketen stationiert wären, die die USA erreichen könnten.

Hintergrund dieser neuen Maßnahmen des Imperialismus ist es — und hier wird die ganze Heuchelei der angeblichen „Entspannung“ seitens der Kräfte der Reaktion deutlich — noch vor der Ratifizierung der neuen SALT-II-Verträge durch den amerikanischen Kongreß eine neue Phase der militärischen Eskalation einzuleiten, mit dem Ziel, eine deutliche militärische Überlegenheit herzustellen und der erklärten Absicht, nicht „nachzurüsten“, sondern die Sowjetunion „tot“ zu rüsten. Dahinter steht das Ziel, daß die Imperialisten davon ausgehen, daß die SU selbst diesen Kurs auf Dauer gar nicht wird durchhalten können. Schon jetzt zeichnet sich ein deutliches Zurückbleiben der SU ab und wird durch die jüngst gefaßten Beschlüsse noch verschärft. Die in diesem Zeitraum gefallenen Vorschläge Breshnews sind die (vergeblichen) Versuche, dieser neuen militärischen Eskalation Einhalt zu gebieten.

Die Einführung neuer strategischer Waffensysteme in Westeuropa sind das neueste Ergebnis der sogenannten „Abrüstungsverhandlungen“ (SALT-II); es wird damit erneut belegt, daß der Imperialismus zur Tarnung und Täuschung der eigenen Bevölkerung die „Entspannung“ braucht: nach SALT-I haben die USA ihre Interkontinentalraketen erheblich modernisiert und ausgebaut; nach SALT-II wird die Modernisierung ihrer Interkontinentalraketen fortgesetzt und zusätzlich die „westeuropäische Karte“ gespielt.

Diese weitere Steigerung der aggressiven Pläne des Imperialismus fallen in eine Zeit, wo der US-Imperialismus sich sichtlich vom „Vietnam-Schock“ erholt hat und zunehmend wieder die Rolle eines Weltgendarmen übernimmt. Die geplante Aufstellung einer „Eingreifreserve“, die unverhüllten Kriegsdrohungen gegenüber den Ländern des Nahen Ostens, die inszenierte „Kuba-Krise“ vor wenigen Wochen machen deutlich, daß der US-Imperialismus sich wieder stark genug glaubt, ihre „globalen Interessen“ in der Welt durchzusetzen. In diesem Zusammenhang prophezeien die Imperialisten immer mehr „das Ende der Entspannung“ und eine Hinwendung zur Politik des Kalten Krieges. Damit erhöht der Imperialismus deutlich die Gefahr eines Dritten Weltkrieges.

Auf der anderen Seite ist erfreulich zu verzeichnen, daß die neuesten Aufrüstungsbeschlüsse der Nato auf zunehmenden Widerstand der demokratischen Friedensbewegung in den westeuropäischen Ländern gestoßen ist. Damit wachsen auch die Chancen, eine breite Abwehrfront gegen das Wettüben aufzubauen, deren Ziel es ist, für reale Abrüstungsmaßnahmen einzutreten.

Der Hintergrund der Nato-Beschlüsse

Die „Sicherheit Westeuropas“ — so die Imperialisten — sei dadurch gewährleistet, daß neben einer konventionell überlegenen Nato-Streitmacht der „atomare Schirm“ der USA die zusätzliche atomare Abschreckung garantiere. In der Tat verfügen die USA seit Jahrzehnten über das „Forward Based System“ in Westeuropa — bestehend aus „Polaris“-U-Booten und Hunderten von Kampfflugzeugen. Außerdem sind in Westeuropa 7 000 - 10 000 Atomsprengköpfe und rund 2 200 Trägersysteme vorhanden — also ein „Mittelstreckenpotential“, das allemal für Angriffe gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Mittelstreckenraketen, die auf westeuropäischem Boden stationiert sind und eine Reichweite bis in die SU hinein besitzen, gab es in der Tat seit 15 Jahren nicht — und nie hat der Imperialismus darüber ein Gejammer über eine militärische Unterlegenheit angestimmt. Tatsache ist weiterhin, daß vor 1963 Mittelstreckenraketen in Westeuropa vom Typ „Jupiter“ und „Tow“ stationiert waren; diese Waffensysteme wurden im Rahmen von Vereinbarungen mit der SU im Rahmen der damaligen Kuba-Krise (1962) von den USA abgezogen. Die Einführung von „eurostrategischen Waffen“ solle nunmehr allerdings eine angebliche Nato-Unterlegenheit „ausgleichen“, die durch die Einführung der sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen und des „Backfire“-Bomber entstanden sei. Die imperialistische Propaganda stilisiert die SS-20 als reinste „Wunderwaffe“. Die imperialistische Propaganda stilisiert die SS-20 als reinste „Wunderwaffe“ etc. hoch und argumentiert mit einer nun vorhandenen „Lücke“. Schauen wir uns diese angebliche „Lücke“ mal etwas genauer an.

Da sind zunächst einmal die taktischen Kampfflugzeuge; hier ergibt sich — neben der bekannten qualitativen Überlegenheit der Nato — auch schon eine leichte quantitative Überlegenheit von 7 261 : 7 230 (1). Die Anzahl der Marineflugzeuge, d.h. der Kampfflugzeuge, die von „segestützten“ Trägern wie Flugzeugträgern aus starten können, beträgt bei der NATO 1.751 gegenüber 770 des Warschauer Paktes (1). Bei der Anzahl der Atomsprengköpfe ergibt sich eine Nato-Überlegenheit von 7 - 10 000 in Westeuropa gelagerten Atomwaffen gegenüber nur etwa 3 500 auf Seiten der Sowjetunion (2). Doch nun zu den Waffen der sog. „Grauzone“, d.h. zu den diversen Trägerraketen und Abschußvorrichtungen für eben diese atomaren Sprengköpfe. Das westdeutsche „Weißbuch“ des Verteidigungsministeriums umschreibt die Funktion dieser Grauzonenwaffen wie folgt: „Die nukleartaktische Komponente soll als Mittelstück der Triade zwischen der konventionellen und der nuklearen strategischen Komponente alle Elemente der Abschreckung... verbinden.“ (3)

Für die 7 - 10 000 in rund 100 europäischen Lagern (in der BRD allein 5 000 Atomsprengköpfe!) untergebrachten Sprengköpfe besaß die Nato im Jahre 1975 ca. 2 200 Trägersysteme — die Sowjetunion hingegen nur ca. 800! (4). Außerdem ist hierbei noch eine Unterteilung wichtig — und zwar in der Reichweite. Allgemein wird eine

Unterteilung in Trägersysteme mit Reichweiten unter 100, unter 1 000 und über 1 000 km vorgenommen, wobei nur letztere den „eurostrategischen“ Waffen zuzurechnen sind, da sie sowjetisches Territorium erreichen können. Selbst das „Weißbuch“ der BRD von 1979 konstatiert eine Überlegenheit der taktisch-nuklearen Potentiale unter 1 000 km. Dazu gehören 680 Feldhaubitzen vom Kaliber 155 mm, 250 Haubitzen Kaliber 175 mm, 330 Artilleriegeschosse vom Kaliber 203 mm (ebenfalls Haubitzen) sowie knapp 1 000 „Lance“-Raketen, die im übrigen auch Neutronenbomben abschießen können. Die Reichweiten liegen zwischen 16 und 32 km bei den Haubitzen und ca. 130 km bei dem „Lance“-System. Hinzu kommen noch 425 Raketen des Typs „Pershing Ia“ mit einer Reichweite von rund 800 km. Für diese Trägersysteme stehen rund 4 000 Atomsprengköpfe unterschiedlichen Kalibers zur Verfügung (5).

Die Sowjetunion besitzt hingegen über Kanonenhautitzen M-55 (203 mm), Granatwerfern (240 mm) und die sog. Frog-Raketen (Reichweite ca. 70 km). Den 425 Pershing-Ia-Raketen stehen nun 100 sowjetische Raketen vom Typ SS-12 (Reichweite bis 800 km) gegenüber (6). Das BRD-Weißbuch von 1979 stellt selbst dazu fest, daß die Nato „Vorteile ... bei nukleartfähiger Rohartillerie“ besitzt. Außerdem wird die Überlegenheit benannt bei der Feststellung, daß „bei den nuklearen Waffensystemen mit Reichweiten unter 1 000 km die Überlegenheit der Waffensysteme mit Reichweiten unter 1 000 km die Überlegenheit der Nato hinsichtlich einzelner Waffensysteme abnimmt“ (7).

Doch nun zum eigentlichen Streitobjekt, nämlich der atomaren Trägersysteme mit einer Reichweite von über 1 000 km. Die Sowjetunion verfügt über völlig veraltete Mittelstreckenraketen von den Typen SS-4 und SS-5, die 1959 eingeführt wurden (8). Ihre Anzahl wird mit rund 500 - 600 (9) angegeben. Im Westen besitzen lediglich Frankreich und England Mittelstreckenraketen größeren Kalibers.

Der „Westen“ hat — wie schon eingangs erwähnt — bislang auf die Wiedereinführung von „eurostrategischen Waffen verzichtet, da die USA über ihr „Forward Based System“ — also ihrer Jagdbomberflotte, ihrer Flugzeugträger, den Polaris-Raketen und ihrer Abschußbasen auf westeuropäischem Boden über genügend „Abschreckung“ verfügt. Zudem handelt es sich bei der Jagdbomberflotte um nukleare-strategische Systeme, die natürlich „flexibel“ auch zu nukleare-taktischen Waffen eingesetzt werden können, da die Bezeichnungen „taktisch“ und „strategisch“ auf die Reichweiten der Trägersysteme beziehen.

Als Antwort auf diese Überlegenheit hat die Sowjetunion 1977 damit begonnen, die SS-20 sowie den „Backfire“-Bomber einzuführen, um ihre veralteten Systeme abzulösen. Damit hat die SU im wahrsten Sinne des Wortes nach gerüstet, ohne damit jedoch ein militärisches Gleichgewicht, geschweige denn Überlegenheit zu besitzen!

In Nato-Kreisen wird denn auch gar nicht so sehr die SS-20 „an sich“ kritisiert, sondern vor allem dessen

Beweglichkeit, d.h. eine militärische Ortung und Zerstörung ist damit in Gefahr geraten (10).

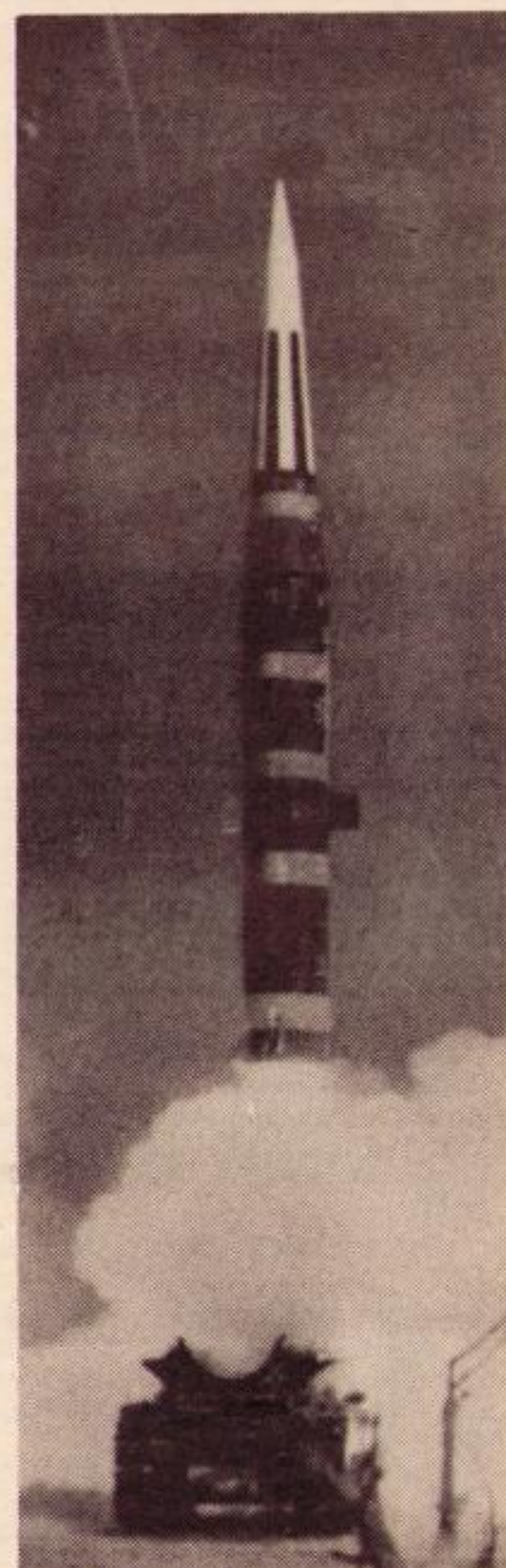
Nach unterschiedlichen westlichen Angaben soll die SU bislang zwischen 70 (11) und 120 (12) dieser SS-20 fertiggestellt haben sowie ca. 100 „Backfire“-Bomber (13). Angaben Kanzler Schmidts zufolge („FAZ“ vom 16.11.79) kommen pro Jahr 50 neue SS-20 und 30 neue „Backfire“-Bomber hinzu, so daß — nach Adam Riese und nicht nach den Horrormeldungen bürgerlicher Nachrichtenagenturen — frühestens 1988 die geplante Ersetzung der SS-4/5 durch die SS-20 (Stückzahl ca. 600) abgeschlossen sein wird! Angesichts des amerikanischen „Forward-Based-Systems“ versucht die SU also, mit diesen SS-20-Raketen und den „Backfire“-Bombern überhaupt erst ein annäherndes Gegengewicht (von Gleichgewicht noch gar nicht zu reden!) zu bilden, über das sie bislang noch gar nicht verfügt hat!

In diesem Zusammenhang ist es geradezu ein Hohn und blanke Demagogie, wenn die Nato nun nach einer „Nachrüstung“, begründet mit einer angeblichen „Raketenlücke“, ruft. Die Einführung von 108 „Pershing-II-Raketen“ (Reichweite ca. 1 600 km) und von 464 Marschflugkörpern Cruise Missile — gegen die es keine Abwehrmittel gibt, die also jeden Radargürtel unterlaufen und eine präzise Treffsicherheit besitzen (Reichweite 2 400 - 2 800 km) — stellen damit eindeutig eine militärische Eskalation und eine klare militärische Überlegenheit der Nato sicher.

Diese neuesten aggressiven Pläne des

Diese neuesten aggressiven Pläne des Imperialismus werden mit dem Argument einer „Lücke“ begründet — ein Trick, der bei den Imperialisten nicht neu ist: vor rund 20 Jahren berief sich der damalige Präsident Kennedy auf eine angebliche „Raketenlücke“, um mit einem 6-Milliarden-Dollar-Programm die Zahl der Interkontinentalraketen von 200 auf 600 zu steigern! Kennedy berief sich dabei auf angebliche Geheimdienstinformationen, die sich nachher in Luft auflösten!

Ein weiterer Propagandaschwindel ist, daß die beschlossenen „Modernisierungen“ seitens der Nato — die ja keine „Modernisierungen“ darstellen, sondern das Potential von nukleare-strategischen Waffensystemen auf den Boden Westeuropas ausdehnen! — als „Antwort“ auf die SS-20 gedacht seien. Die Nato-Pläne nach Einführung „eurostrategischer“ Waffen reichen schon einige Jahre zurück, die SS-20 dient somit nur als großangelegter propagandistischer Vorwand. So erklärte Verteidigungsminister Apel, daß „regionale Disparitäten, Ungleichgewicht bei nuklearen Mittelstreckenpotentials... für Europa geradezu strategische Bedeutung gewinnen... Strategische Stabilität gewinnen... darf nicht nur zwischen den Weltmächten gelten, sondern muß auch in und für Europa hergestellt und gewahrt werden“ (14). Mit anderen Worten, Westeuropa selbst soll eine stärkere nukleare-strategische Rolle gegenüber der Sowjetunion spielen, global gesehen die nukleare „Abschreckung“ auch auf Westeuropa verlagern. Daß damit die atomare Bedrohung wächst, wird schon allein daran deutlich, daß die



Wer hier wohl „nachrüstet“! ...

Interkontinentalraketen, vom Boden der USA oder der SU aus gestartet, 25-30 Minuten brauchen — also eine längere „Vorwarnzeit“ vorhanden ist. Die „Pershing-II“ jedoch erreicht sowjetisches Territorium bereits in ganzen 4 Minuten. (15).

Es darf außerdem nicht übersehen werden, daß in Westeuropa knapp 1000 „Lance“-Raketen bereitstehen — für die Neutronenbombe! Die USA haben den Einsatz und Bau der Neutronenbombe als „saubere Gefechtsfeldwaffe“ bislang nur „ausgesetzt“ — nach Aussagen imperialistischer Militärexperten wäre die Neutronenbombe als „Gefechtsfeldwaffe“ aber geradezu die „ideale Ergänzung“ zu den eingeführten „eurostrategischen“ Waffen! Auch hier halten sich die Imperialisten also noch eine „Option“ weiterer militärischer Eskalation und Aggression offen!

SALT-II und SALT-III

SALT-II und SALT-III

Die USA haben es bei den SALT-II-Verhandlungen stets abgelehnt, über ihre atomaren Potentiale in Westeuropa — die ja auch zu den strategischen Waffen gehören — mit sich handeln zu lassen. Es kündigt sich aber für SALT-III an, daß nun auch die europäischen Atomwaffen zur

Die wichtigsten rüstungstechnologischen Neuerungen der USA und UdSSR seit 1945

Waffensysteme	Jahr der Einführung	
	USA	UdSSR
Atombombe	1946	1950
Wasserstoffbombe	1953	1954
Langstreckenbomber	1953	1957
Mittelstreckenraketen (MRBM)	1953	1959
taktische Nuklearwaffen	1955	1956
Interkontinentalraketen (ICBM)	1955	1957
Atom-U-Boote	1956	1962
U-Boot-Raketen, unterwasserabgeschossen (SLBM)	1959	1968
Anti-Raketen-Raketen (ABM)	1960	1961
ICBM mit Feststoffantrieb	1962	1969
Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MRV)	1964	1972
Raketen mit mehrfachen, einzeln lenkbaren Sprengköpfen (MIRV)	1970	1975
Marschflugkörper, neue Generation (Cruise Missile)	1976	--
Raketen mit mehrfachen, nachträglich noch einzeln steuerbaren Sprengköpfen (MARV)	1985	--

Aus: „FR“ vom 28.11.1978

Diskussion stehen sollen, nachdem sich die beiden Großmächte über Anzahl und Ausbau ihrer strategischen Systeme weitgehend geeinigt haben. Aber schon bei SALT-II kamen die „eurostrategischen“ Waffen zur Sprache, vor allem wollte die SU die Einführung der Cruise Missile in Westeuropa verhindern. Herausgekommen dabei ist, daß die Imperialisten bis 1983 diese Systeme nicht einführen (wohl aber entwickeln!) dürfen — dann darfs also losgehen! ...

Intern machen die Imperialisten auch deutlich, daß es dabei gar nicht um eine „Neutralisierung“ der SS-20 usw. geht: „Man muß hier sagen, daß die Frage neuer weitreichender TNF („Theatre Nuclear Forces“, also „Grauzonenwaffen“, Anm. d. Red.) durchweg unter dem Gesichtspunkt einer Minderung der mit dem SS-20 Aufwuchs entstandenen Disparität gesehen worden ist, während es letztlich darum geht, wie erstens ein hinreichend unverwundbares, weitreichendes Potential erhalten, wie zweitens eine strategische Flexibilität geschaffen werden kann“ (16).

Und im Zusammenhang zu SALT-III heißt es: „SALT-III-Verhandlungen werden nach ... SALT-II möglich sein. Sie sind wegen einer Regelung des nuklearen Mittelstreckenproblems auf der Basis annähernder qualitativer Parität für die europäischen Allianz-Mitglieder von spezifischer Bedeutung... Daher wird es sich als ratsam erweisen, einen Entschluß zu fassen und gestützt auf diesen in einer günstigeren Ausgangslage in Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen einzutreten“ (17).

Da ist es also heraus! Der atomare Poker der Nato soll — bisher auf die Interkontinentalraketen der USA und der SU auf ihren Territorien beschränkt — unter Einbeziehung der nuklearen Potentiale in Europa fortgesetzt werden, wobei die Nato sich erst einmal ein ordentliches Potential an „Verhandlungsmasse“ aufbaut, um sich — wie schon bei SALT-I und SALT-II — bei den nächsten „Abrüstungsverhandlungen“ ihre Aufrüstung vor aller Welt bestätigen zu lassen und unter dem Deckmantel eben dieser Verträge sich die berühmten „Optionen“ offenzuhalten. Damit ist eine neue Phase des Wettübens eingeleitet und geschickt in Gang gesetzt worden.

Die Abrüstungsvorschläge Breshnews...

Am 6. Oktober machte KPDSU-Generalsekretär Breshnew seine sog. „Berliner Friedensinitiative“. Sie beinhaltet erstens eine einseitige Geste an die Nato, „die Stärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa... zu reduzieren. Innerhalb der nächsten zwölf Monate werden bis zu 20 000 sowjetische Militärangehörige, 1000 Panzer sowie eine bestimmte Anzahl anderer Militärtechnik vom Territorium der DDR abgezogen“ (18). Diese einseitige Maßnahme — „analog anderer militärischer Vorwände“ — ist eine „Geste“ — ohne von der Nato in Form von Gegenleistungen honoriert zu werden, verdient Anerkennung und ist nur zu begrüßen.

Eigentlicher Kern der „Friedensinitiative“ sind jedoch die Mittelstreckenraketen. Die SU ist bereit, Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 44

„die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand“ zu verringern. Das „selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden“ (19).

Es geht also darum, daß die SU bereit ist, ihre SS-20 zu reduzieren bzw. die laufende Produktion dieser Waffen einzustellen, wenn die Nato dafür auf die Einführung der „Pershing-II“ und den Cruise Missiles verzichtet. Völlig unangenehm ließ Breshnew also das amerikanische atomare Potential in Westeuropa, ebenso die Mittelstreckenraketen Großbritanniens und Frankreichs. Diese „Friedensinitiative“ erkennt damit also eine atomare Überlegenheit bei gleichzeitigem Verzicht auf die SS-20 als Gegengewicht an.

Angesichts der allseitigen militärischen Überlegenheit in allen Waffengattungen der Nato (konventionell, taktisch- und strategisch-nuklear) ist dieses Angebot Breshnews an den Westen relativ uneigennützig.

Sie zielt klar darauf ab, eine weitere Stufe der militärischen Eskalation aufzuhalten. Dabei spielt keine so große Rolle, ob dies aus wirklichen Abrüstungswillen geschehen ist, oder aber einfach der Erkenntnis Rechnung getragen wird, daß die SU mit den USA nicht Schritt halten können.



464 dieser „Cruise Missil“ sollen die westeuropäischen Nato-Staaten erhalten

Im Gegensatz dazu würde es dem Imperialismus nicht im Traume einfallen, solcherart Abrüstungsvorschläge zu unterbreiten. Allerdings — wie erwartet — klangen Breshnews Vorschläge in Ohren der Imperialisten wie Schall und Rauch und wurden allesamt scharf zurückgewiesen.

...und die Antwort der Nato

US-Präsident Carter antwortete denn sogleich, daß „dieser Vorschlag nicht so konstruktiv, wie er beim ersten Blick aussah“ sei. „Es sei der Versuch Breshnews, die Bereitschaft der Verbündeten zu schwächen, sich ausreichend zu verteidigen. Die SU habe zwar ... einige ihrer veralteten Mittelstreckenraketen der Muster SS-4 und SS-5 in Osteuropa abgegeben. Doch ersetze sie diese ständig mit den modernen, beweglichen SS-20“ (20).

Selbst Carter gesteht also ein, daß die SU ihre Mittelstreckenraketen reduziert hat, aber der Buhmann SS-20 muß dafür erhalten, daß die von den USA beschlossene „Modernisierung“ zügig vorangetrieben wird.

BRD-Außenminister Genscher meinte zur „Friedensinitiative“, sie komme einem „Verzicht des Westens gleich“ und die „östliche Überlegenheit“ wäre festgeschrieben (21). CSU-Zimmermann ging noch einen Schritt weiter und erklärte demagogisch, daß das „Reduzierungsangebot Breshnews wesentlich niedriger ausgefallen sei als erwartet werden konnte“. Die Nato könne „wieder in eine Phase politischer und militärischer Erpressungsversuche geraten“ (22).

Außerdem jammern die Imperialisten, daß die SU einen „Keil“ in die „Verbündeten“ treiben und die Allianz schwächen wolle.

Pershing-II-Rakete bereits in Entwicklung

Nach einem Bericht der in der Schweiz erscheinenden „Internationalen Wehrrevue“ hat der amerikanische Verteidigungsminister Brown die Entwicklung der „Pershing-II“-Rakete bereits im Dezember 1978 freigegeben; federführend bei der Erprobung der neuen atomaren Mittelstreckenrakete, die ausschließlich auf dem Territorium der BRD stationiert werden

Gerade der BRD-Imperialismus bewies einmal mehr — angesichts der Tatsache, daß auf dem Boden dieses Landes alle 108 „Pershing“-Raketen stationiert werden sollen und vom Boden der BRD aus damit Nuklearwaffen gegen die Sowjetunion zum Einsatz kommen können — ihre besondere Aggressivität. Die BRD war es, die die amerikanischen atomaren Entscheidungen „begrüßte“ und ihre Dislozierung (Truppenverschiebung) auf alle Nato-„Partner“ forderte. Die BRD war es auch, die auf der Tagung der „Nuklearen Planungsgruppe“ der Nato die Niederlande kräftig unter Druck setzte und den Holländern „schwere Konsequenzen“ (Apel) im Falle einer negativen Entscheidung androhte.

Daß damit gerade auch die nukleare Komponente der „Abschreckung“ des Stoßkeils gegen die Staaten des Warschauer Paktes, eben die BRD, mit der Einführung dieser neuen Waffen erheblich gestiegen ist, sollte jedem Kriegsgegner und Antimilitaristen hinreichend klar sein. Obgleich die BRD selbst keine Verfügungsgewalt über diese Waffen erhält, so ist doch die BRD strategisch bedeutend aufgewertet worden.

Angesichts der bedeutenden militärischen Aufrüstung und damit der erhöhten Gefahr eines Dritten Weltkrieges wird es immer dringlicher, den Widerstand dagegen zu verbreitern und zu entfalten. Die zahlreichen Proteste aus den westeuropäischen Ländern und die Abrüstungskampagne in den osteuropäischen Staaten — in der DDR haben bislang rund 7 Millionen Menschen die

„KPD“ zur „Grauzonenrüstung“

Ebenso wie die bürgerliche Presse versucht auch die „KPD“ seit geraumer Zeit die Leserschaft ihrer „Roten Fahne“ mittels der Behauptung einer „sowjetischen Überlegenheit“ im Bereich der sogenannten eurostrategischen Atomwaffen auf die kommende NATO - Aufrüstung positiv einzustimmen. Da sich jedoch selbst durch eine Sachanalyse auf der Basis allein westlicher (!) Zahlen und Fakten eine derartige Behauptung („sowjetische Überlegenheit“) nicht belegen läßt, bleibt der „KPD“ nur noch das Mittel der Verdrehung und der Lüge.

Einige Beispiele:

In der „RF“ vom 16.11.79 auf der ersten Seite zitierte und berichtete die „KPD“ u.a. aus einem Interview, das „Der Spiegel“ mit den Westexperten der KPD, Falin und Sagladin, gemacht hatte: „Sagladin und Falin haben im ‚Spiegel‘ nicht widersprochen, als ihnen vorgeworfen wurde, daß jeden zweiten Tag eine neue SS-20 - Atomrakete mit der 50-fachen Sprengkraft der Bombe von Hiroshima in Stellung gebracht wird.“ Eine bewußte Lüge der „KPD“, denn tatsächlich ist im „Spiegel“-Interview direkt auf die entsprechende Behauptung zu lesen: „Falin: Die Argumentation der Nato entspricht nicht den Realitäten“ (Siehe „Spiegel“ vom 5.11.79. Fast alle westlichen Quellen gehen von einer jährlichen Produktionsrate von ca. 50 SS-20 aus, und nicht von ca. 180, wie es „Spiegel“ und „KPD“ behaupten.

Ein weiteres Beispiel aus der „RF“ vom 22.2.79: „Mit der Backfire und der sowjetischen Boden-Boden-Rakete vom Typ SS 20 (von der SS-20 soll es bereits 600 geben) haben die sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa eine vielfache Überlegenheit.“ Daran ist soviel richtig, daß die Zahl 600 relativ häufig mit der SS-20 in Zusammenhang gebracht wird. Allerdings als höchste angelegte Planzahl! Heute streiten sich die westlichen Geister, ob die SU 70 oder (maximal) 120 Raketen des Typs SS-20 stationiert hat. (siehe Artikel dazu). Aber mehr noch; selbst wenn die SU bereits 600 SS-20 stationiert hätte, könnte man immer noch nicht von der „vielfachen“

Überlegenheit sprechen, wie es die „KPD“ getan hat.

Bemerkenswert sind die Randbemerkungen, die die „KPD“ häufig macht, wenn sie mit bestimmten Zahlen u.ä. operiert. Auf die eben beschriebene Angabe über die „600 SS-20“ folgt im gleichen Artikel: „Nun, das kann man nicht beweisen (...) Dennoch sollte man die Zahlen zur Kenntnis nehmen!“ („RF“, 22.2.79). Oder in einem anderen Artikel, im gleichen Zusammenhang (Kräftevergleich mittels Zahlen und Fakten):

„Wir können freilich solches Material nicht exakt überprüfen“ („RF“, Nr. 16/79, S.11).

Nun ist es in der Tat schwierig, Zahlen etc. über die Rüstung „exakt“ zu überprüfen. Allerdings bringt die „KPD“ häufig das Kunststück fertig, die (wohl nur selten unter treibenden) westlichen Zahlen über die SU-Rüstung noch zu übertreiben! Ein weiterer „Trick“, den die „KPD“ anwendet, um von westlichen Instituten veröffentlichte (Horror)Zahlen glaubwürdig zu machen, war in der „RF“ 16/79 nachzulesen. Dort wird schlangweg behauptet, daß Zahlen, Daten, etc. zum Kräftevergleich, die vom Londoner „Internationalen Institut für Strategische Studien“ (IISS) veröffentlicht werden, seitens der DDR „nie bestritten, geschweige denn widerlegt worden“ seien. Gleichzeitig beschreibt die „KPD“ das IISS als „wichtigste Quelle“ für Kräftevergleiche, auf die sich „nahezu alle militärwissenschaftlichen Veröffentlichungen außerhalb des Warschauer Paktes“ beziehen, und in der eine „ganze Reihe internationaler Wissenschaftler“ mitarbeiten. Der „RF“-Leser bekommt so den Eindruck, als handle es sich beim IISS um ein sehr seriöses Institut, welches sogar von der DDR anerkannt werde.

Das ist, wie jeder, der sich ein wenig mit dieser Materie auskennt, weiß, ein horrender Unsinn. Die „KPD“ selbst sogar weiß es sicherlich besser. Das IISS ist ein offizielles NATO - Institut. In führenden Positionen arbeiten hohe ehemalige NATO - Generale und NATO - Politiker. Der Direktor des IISS, Bertram, ist selbst innerhalb der NATO einer der größten Einpeitscher und Scharfmacher.

An anderer Stelle, in der „RF“ vom 22.2.79 wird der genannte Bertram vom IISS auf einmal als Direktor des Stockholmer SIPRI vorgestellt und somit als „Vertreter der Sozialdemokratischen Spannungslinie“ nach dem Motto zitiert - „sogar Entspannungspolitikern geben zu, daß die SU überlegen ist ...“.

Die „KPD“ greift gezwungenermaßen zu diesen Mitteln der Verfälschung und der Lüge, weil es eine „sowjetische Überlegenheit“, wie sie die „KPD“ ihrem Anhang glauben zu machen versucht, nicht gibt. Mehr noch: Der Griff zu diesen Methoden ist praktisch das Eingeständnis der „KPD“ - Führer, daß es nicht um „sowjetische Überlegenheit“ geht! Deshalb ist es heute allemal gerechtfertigt, nicht mehr von Vaterlandsverteidigern, sondern von lupenreinen proimperialistischen Kriegstreibern bei der „KPD“ zu sprechen. Die folgenden „Gedanken“, die auf einer entsprechend herbeigelogenen „sowjetischen Überlegenheit“ basieren, zum Thema „30 Jahre NATO“ stammen nicht etwa aus einer Militärschrift der NATO oder aus ähnlichen Organen, sondern aus der „RF“ vom 12.4.79:

„... in Europa die Auflösung der NATO oder den Austritt der Bundesrepublik aus ihr zu fordern, ... bedeutet ... objektiv Unterstützung der sowjetischen Hegemonialpolitik. Die eigentliche Frage ist nicht: Nato ja oder nein, mit oder ohne Amerika, sondern: Soll sich Europa gegen den sowjetischen Hegemonismus verteidigen? (...) Ein Verteidigungswille Europas setzt eine eigenständige Politik und einen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder voraus. Aber erschließt ein gleichberechtigtes Bündnis mit den USA ebenso wenig aus, wie eine Zusammenarbeit mit China und der übrigen Dritten Welt gegen den sowjetischen Hegemonismus.“

Und dies bedeutet ... : Im Rahmen der NATO alle Ansätze für eine wirksame Verteidigung und gegen Appeasement und Entwaffnungspolitik zu unterstützen sowie die Interessen der USA an einem nichtsozialistischen Westeuropa für die Interessen Europas zu nutzen.“

Was lange währt ...

„In der Bundesrepublik dauern die Bemühungen zur Ächtung des militärischen Spielzeugs bereits länger als 30 Jahre. Es begann mit einer Eingabe der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags. Gegen nur wenige Stimmen verabschiedete der Bundestag am 23. Juni 1950 eine Entschließung, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, „Herstellung und Vertrieb von Kriegsspielzeug jeglicher Art in dem Gebiet der BRD zu verhindern.“ Diese Aufforderung wurde damals von weiten Teilen der Bevölkerung getragen. Die CDU-Abgeordnete Dietz erklärte in der Debatte: „Nicht nur aus der sozialistischen Jugendbewegung, auch aus der Jungen Union und Kreisen der Frauen und Mütter sind uns zahlreiche Zustimmungserklärungen zugegangen. Ein junger Abgeordneter namens Franz Josef Strauß wirkte ebenfalls für ein gesetzliches Verbot. Doch 29 Jahre später — als Ministerpräsident von Bayern — ist er anderer Meinung: „Ich würde es heute nicht mehr tun.“ („Welt der Arbeit“, 27.9.79).

Mit dieser Ignoranz steht Strauß allerdings nicht alleine da. Auch die Bundesregierung erklärte in ihren Antworten auf entsprechende parlamentarische Anfragen 1975, 1976 und 1977, daß sie keineswegs beabsichtige, die Verbreitung von Kriegsspielzeug (KSZ) gesetzlich zu unterbinden. Und das, obwohl der Protest immer noch eine beträchtliche Breite aufweist: „Der Friede der Welt fängt schon im Kinderzimmer an“, heißt es in einem Aufruf des Münchener Erzbischof Ratzinger („SZ“, 30.11.78).

NRW-Justizministerin Donnepp (SPD) stellte fest, „daß diese Nachfrage nach KSZ nicht auf einem inneren Bedürfnis beruhe, vielmehr würden in vielen Bereichen Bedürfnisse erst mit Mitteln der Werbung geweckt“, und warnte „vor der Hinleitung von Phantasie und Verhalten der Kinder zu Aggression und Zerstörung durch KSZ“ („FR“, 7.11.78). Der Spielzeughandel-Einzelverband verabschiedete eine Erklärung, „kein KSZ mehr zu kaufen und zu vertrei-

ben“. Die Händler sollten „aggressive Werbung und Verpackung im Bereich des Modellbaus ablehnen“ („SZ“, 17.11.78). Das Internationale Kinderhilfswerk „Terre des Hommes“ appellierte an „alle Eltern und Erzieher, Kindern kein KSZ zu schenken“, denn „KSZ wecke Aggressionen“ („HNA“, 11.11.78). „Für ein Verbot von Kriegsspielen, bei denen an Automaten mit einem Leinwandgegnert tödliche Duelle ausgetragen und ganze Landstriche bombardiert werden können, hat sich der Vorsitzende der bayrischen FDP-Landtagsfraktion H. Jäger ausgesprochen“ („FR“, 7.3.79).

Diese Liste ließe sich mühelos noch um einiges verlängern. Hinzuweisen wäre aber noch auf eine große Zahl von Anti-Kriegsspielzeug-Aktionen, die jedes Jahr in vielen Städten stattfinden. So haben z.B. letztes Jahr über 200 Göttinger Bürger und Organisationen in einer halbseitigen Anzeige im „Göttinger Tageblatt“ („GT“) gegen KSZ protestiert. Die meisten dieser Appelle haben jedoch eines gemeinsam: sie richten sich an „alle Eltern und Erzieher“. Sicherlich haben diese bei der Erziehung zu einem kritischen Verhältnis gegenüber Waffen und Krieg eine sehr wichtige Aufgabe. Solange aber durch kriegsverherrlichende und gewaltbeschwönigende Werbung und nach wie vor ungenügende historische Aufklärung der Kinder bei diesen der Reiz des Kriegsspiels gefördert wird, muß das Bemühen der Eltern und Erzieher ein hoffnungsloses Unterfangen bleiben. „Bei den 5-11 Jährigen sind kriegerische Spiele am beliebtesten und ein Kind kann schnell zum Außenseiter werden, wenn er nicht mithält“ („GT“, 20.12.78). Eine böse Zwickmühle für alle Eltern: sollen sie oftmals die Isolierung ihrer Kinder von den Spielkameraden in Kauf nehmen oder dann doch lieber — zähneknirschend — dem „kindlichen“ Kriegsspiel zusehen?

Für ein gesetzliches Verbot von KSZ!

Ähnlich sinn- und erfolglos scheinen

die Aufforderungen an die Hersteller und Händler zu sein, „die Herstellung und den Verkauf durch Selbstbeschränkung und Selbstkontrolle einzudämmen“ (Justizminister Vogel, „FR“, 4.10.78). Ein außerordentlich schizophrener Appell, muß der Minister doch gleich im Anschluß feststellen, daß KSZ „auf dem Spielwarenmarkt bereits mit 12% (!!!) vertreten ist“. Welcher Hersteller und welcher Laden wird sich dieses doch außergewöhnlich lukrative Geschäft freiwillig entgehen lassen? Aber Vogel weiter: „In der geschichtlichen Perspektive lasse sich sagen, daß KSZ stets bewußt (!) und gezielt dazu verwendet worden sei, Kinder möglichst früh in die Kriegskunst einzuführen oder ihnen die Unausweichlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen nahezubringen“.

KSZ laufe „den Wertentscheidungen der Verfassung zuwider“. Große Worte — aber Taten? Warum er dennoch, „bei aller Besorgnis nicht an ein gesetzliches Verbot für den Vertrieb von KSZ denke“ (alles FR, 4.10.78) liegt einfach daran, daß auch von der SPD der Krieg als eine kalkulierte „Fortführung der Politik“ angesehen wird, an die sich auch Kinder gewöhnen müssen. Bestände doch sonst die Gefahr, daß die Rate der Kriegsdienstverweigerer noch steigt.

Ein besonders trauriges Kapitel...

... stellt die Auseinandersetzung um NS-Spielzeug dar (Modelle mit Hakenkreuzen, Hitler-Figuren, KZ-Modellbausätze...). Obwohl in §86a des Strafgesetzbuches klar und deutlich die „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ mit „Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe“, bedroht ist, hat sich die Justiz bisher mit der Anwendung dieses Paragraphen sehr schwer getan. Eine kleine, äußerst unvollständige Auswahl:

Fortsetzung nächste Seite

Zweite Europäische Soldatenkonferenz



Vom 2. - 4.11. wurde in Putten (Niederlande) die Zweite Europäische Soldatenkonferenz der European Conference of Conscript Organizations (ECCO) durchgeführt. Ein Beobachter dieser Konferenz, Mitglied der sozialistischen Soldatenorganisation Bond voor Dienstpflichtigen sandte uns den folgenden Bericht.

Die erste Konferenz der ECCO fand am 17./18.3.79 in Malmö statt. Sie war auf Initiative der skandinavischen Organisationen der Wehrdienstpflichtigen zusammengekommen worden, die schon seit 1974 regionale Treffen veranstalteten. Ursprünglich hatte diese erste Konferenz auf europäischem Niveau in Dänemark veranstaltet werden sollen, fand aber dann, da der dänische Verteidigungsminister die Konferenz verbot, in Schweden statt.

Die Malmö Konferenz gab eine Erklärung heraus, in der es u.a. hieß: „Durch die ganze Geschichte hin sind die Soldaten sich nur auf den Schlachtfeldern begegnet. Vor diesem Hintergrund ist es ein historisches Ereignis, daß Vertreter von Wehrdienstpflichtigen aus neun Ländern Europas in der Lage gewesen sind, einander in Frieden zu treffen, in einer Atmosphäre der Freundschaft und Solidarität, um gemeinsame Probleme und mögliche Formen der Zusammenarbeit zu besprechen.“

Dies ist der Beweis für uns, daß Wehrdienstpflichtige nicht länger als Instrumente der Aggression gebraucht werden wollen.

Wehrdienstpflichtige müssen als „Bürger in Uniform“ angesehen werden. Darum wird ihrer Diskriminierung ein Ende gemacht werden müssen. Der Wehrdienstpflichtige muß wie jeder Bürger behandelt werden. Insbesondere wollen wir bekräftigen, daß alle Wehrdienstpflichtigen in jedem Land das Recht haben müssen, legale gewerkschaftsähnliche Organisationen zu bilden, um ihre Interessen wahrzunehmen.“

In Malmö wurde beschlossen, den Austausch von Gedanken und Erfahrungen fortzusetzen und dazu eine zweite Konferenz zu organisieren.

An dieser Konferenz -ECCO 2- in Putten nahmen teil aus - Finnland: Suomen Varusmiesliitto R.Y.

- Schweden: Värnpligtiga Arbetsgrupper

- Dänemark: Forretningsudvalget Vaernpligtige Menige Talsmaend, Landstalsmandsudvalget For CP - Korpsets Menige

- Norwegen: Landsudvalget for Tillitsmenn

- Niederlande: Vereniging van dienstplichtige militairen (VVDM)

- Belgien: Vereniging van Vlaamse Dienstplichtige Militairen (VVDM België)

- Frankreich: Information pour les Droits Soldat (IDS)

- Spanien: Union Democratica de Soldados (UDS)

- Schweiz: Soldatenkomitee Zürich

Als Gäste (mit Sprech- aber ohne Stimmrecht) waren u.a. vertreten:

- BRD: Soldatenkomitees aus Hamburg, Regensburg und München; als Beobachter Vertreter des (DKP-orientierten) ADS

- Niederlande: als Beobachter die sozialistische Soldatenorganisation Bond voor Dienstpflichtigen (BVD)

- Chile: Vertreter der vor dem Pinochet-Regime geflüchteten Wehrdienstpflichtigen

Den unterschiedlichen Bedingungen ihrer Länder entsprechend ist der Charakter dieser Organisationen sehr verschieden.

Die skandinavischen Organisationen wurden von den jeweiligen Verteidigungsministerien gegründet, um über ein System von Vertretern in den einzelnen Armeeteilen mögliche Unruhe unter den Soldaten und die Bildung unabhängiger Gewerkschaften zu verhindern. Diese Organisationen werden zwar von den Regierungen subventioniert, unter den Soldaten besteht aber eine starke Strömung, sich mehr in die Richtung einer Gewerkschaft hin zu entwickeln; die schwedische Organisation hat Anfang dieses Jahres hierzu einen formellen Beschluß gefaßt.

Die niederländische Vereinigung van dienstplichtige militairen (VVDM) ist eine legale Massengewerkschaft mit etwa 18.000 Mitgliedern und unabhängig von der Regierung. Die Führung besteht aus Mitgliedern diverser linker Parteien und Unabhängigen.

Die französischen und spanischen Organisationen sind illegal, weil es in diesen Ländern den Soldaten verboten ist, Gewerkschaften zu bilden. Trotzdem hat die spanische UDS Massencharakter, es sollen rund 10.000 Mitglieder sein. Die französische IDS ist wiederum mehr antimilitaristisch orientiert, ebenso wie die Schweizer und die westdeutschen Gruppen.

Im Mittelpunkt der Konferenzdiskussion stand ein umfangreiches Forderungsprogramm (mit mehr als 40 Punkten) für eine zu gründende europäische Wehrdienstpflichtigen-Organisation. Die Besprechung dieses Programms kostete soviel Zeit, daß für die Diskussion der Organisationsfrage nur noch wenig Raum blieb.

Kleve: 12.000 DM Geldstrafe für den Geschäftsführer einer Firma, die englische Bausätze mit NS-Emblem ausgeliefert hatte („GT“, 31.10.79).

Ein (vorläufiges?) Ende dieses Skandals setzte der Bundesgerichtshof mit einem „Grundsatzurteil“, demzufolge „die kommerzielle Massenverbreitung von Kinderspielzeug mit Hakenkreuzen und anderen NS-Emblemen verboten“ ist („FR“, 27.4.79). Achten wir nun darauf, daß zumindest dieses Teilverbot auch tatsächlich eingehalten wird!

Von der Wiege bis zur Bahre...

So erfreulich und erstrebenswert ein generelles Verbot von KSZ auch wäre, so sollte nicht vergessen werden, daß dieses nur ein kleines Steinchen eines umfangreichen Mosaiks betreffen würde. Findigen Managern und Verkaufsstrategen ist es inzwischen gelungen, ein ganzes Netz von

Namentlich die schwedische Organisation wollte schon jetzt zur Bildung einer starken permanenten Organisation auf internationalem Niveau mit regelmäßigen Publikationen und Statuten kommen, die internationale Öffentlichkeitskampagnen führen und die europäischen Wehrdienstpflichtigen auf den verschiedenen Ebenen vertreten kann. Andere Organisationen, hierunter besonders die niederländische VVDM, waren der Auffassung, daß die Zeit hierfür noch nicht reif sei. Sie wollten erst untersuchen, welches die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Organisationen sind, wollten also die Diskussion um das Programm führen.

Als die Mehrheit den Standpunkt einnahm, erst auf einer der nächsten Konferenzen die Organisationsfrage diskutieren zu wollen, erboste dies die Delegierten von der schwedischen Organisation so sehr, daß sie den weiteren Verlauf der Diskussion faktisch boykottierten. An den Abstimmungen über einzelne Teile des Programms und Änderungsanträge beteiligten sie sich nicht mehr. Allerdings stimmten sie dann für die Annahme des Programms, als dies insgesamt zur Abstimmung stand.

Zur Organisationsfrage erklärte die (Mehrheit der) Konferenz, auch in Abgrenzung zum Gründungsfeber einiger teilnehmender Organisationen, in der Abschlusverlautbarung: „ECCO-2 muß als erster Schritt gesehen werden auf dem Weg zu stabileren Formen der Koordination, in der Abschlusverlautbarung: „ECCO-2 muß als erster Schritt gesehen werden auf dem Weg zu stabileren Formen der Koordination, auf der nächsten Konferenz werden nach der Diskussion in den nationalen Organisationen Vorschläge bezüglich der Organisationsstrukturen gemacht werden.“

Weiter beschloß die Versammlung, die Konferenzen künftig jährlich mit u.a. diesen Zielsetzungen durchzuführen:

- Erfahrungsaustausch zwischen den teilnehmenden Organisationen
- Förderung der Zusammenarbeit, Freundschaft und Solidarität der Wehrdienstpflichtigen Europas
- Förderung der Diskussion über eine friedliche Entwicklung in Europa
- Vertretung der Interessen der Wehrdienstpflichtigen für Organe auf nationalem und internationalem Niveau

Zur Vorbereitung der nächsten Konferenz wurde eine vierköpfige Leitung gewählt, sie hat u.a. zur Aufgabe:

- Organisation von Solidaritätskampagnen und Unterstützung von Wehrdienstpflichtigen-Organisationen in den verschiedenen Ländern

Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften von Wehrdienstpflichtigen und Berufssoldaten und der Entwicklung in Richtung auf Berufsarmeen

Herausgabe einer Vierteljahresschrift

Als kleines Zugeständnis an die schwedische Organisation wird diese Leitung von einem Koordinationskomitee kontrolliert werden, das aus je einem Vertreter der Länder besteht, die zur nächsten Konferenz im Mai 1980 zusammenkommen werden.

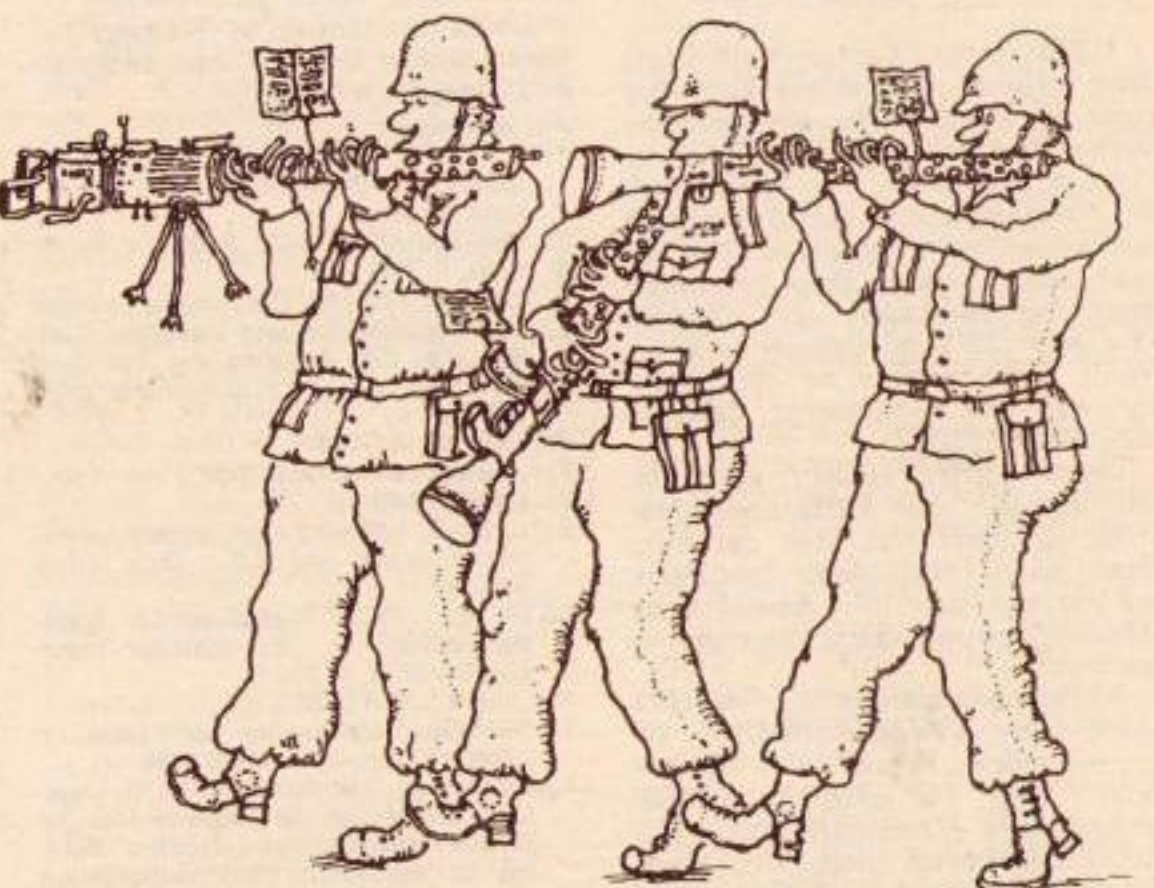
Die Teilnehmer von ECCO-2 erklärten ihre Solidarität mit den Soldaten im chilenischen Militär, die sich der Pinochet-Diktatur widersetzen. Die Konferenz protestierte gegen die Verurteilung des französischen Soldaten Gilles Buna, Mitglied von IDS und FEN (Lehrergewerkschaft), der wegen der Verteilung von Soldatenzeitungen vor dem Kasernenrat vor den Kriegsrat zitiert wurde. Die Konferenz protestierte ebenso gegen die Verurteilung des spanischen Soldaten Alfredo Perez, Mitglied von UDS, der wegen Verbreitung von UDS-Propaganda vom Kriegsrat zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden ist.

Abschließend noch ein Wort zur „Einladungspolitik“ auf der Konfe-

renz. Namentlich die Zusammenstellung der französischen Delegation hat große Probleme gemacht. Diese bestand nur aus Mitgliedern von IDS, die - wie ihre Delegierten selbst freimütig eingestanden - nur einen Teil der französischen Soldatenbewegung vertritt. Die Folge war, daß sich auf der Konferenz noch zwei weitere französische Delegationen anmeldeten, eine des Komitees Soldats en Lutte und eine der regionalen Komitees aus der Bretagne und Ostfrankreich. Diese Abordnungen wurden von der Konferenzleitung mit der Begründung, daß sie sich nicht vorher angemeldet hätten, nicht zugelassen. Ebensoviele wurde ihnen zugestanden, ihre Sache in einer kurzen Erklärung auf der Konferenz darzulegen. Nach vielem Hin-und-Hergerede „durfte“ schließlich am letzten Abend eine Erklärung der regionalen Komitees an die Konferenzteilnehmer verteilt werden, zusammen mit einem Kommentar von IDS.

Mit dieser starren Haltung hat die Konferenzleitung der französischen Soldatenbewegung keinen Dienst erwiesen. Es wird nun eher schwieriger sein, die verschiedenen Strömungen an einen Tisch zu bringen.

Ein Beobachter der Konferenz vom Bond voor Dienstpflichtigen



„FR“, 26.6.78) Titelzeile des „GT“: „In den Höllen proben Youngster den Krieg“ (9.8.78). Und auch die Bundeswehr mischt munter mit beim Kriegsspiel: In über 350 BW-Fan-Clubs mit über 2500 Mitgliedern, begleitet von der vom Streitkräfteamt herausgegebenen Infopost (Auflage: 50.000!) „trainieren“ Jugendliche:

„Hier sind die Deutschen und da der Feind. Die Luftunterstützung versteckt sich hinter dem alten Blockhaus - zwei Mann bleiben hier zur Feindbeobachtung... Generalstabsbesprechung im BW-Fan-Club. In einem alten Steinbruch in der Nähe von Ulm spielen Schüler und Auszubildende Krieg. In ausgedienten BW-Klamotten: Parka, leichtem Kampfanzug, Käppi, Knobelbecher aus dem Second-Hand-Schop und mit der INFOPOST im Tornister ist der Zweifrontenkrieg „um-Um-herum“ das schönste Freizeitvergnügen („FR“, 26.8.78).

Begleitend dazu eine Unmenge gewalt- und kriegsverherrlichender Fernseh- und Kinofilme sowie entsprechende „Literatur“. Durchaus beachtlich auch hier die Fürsorge und Kinderfreundlichkeit des Staates: der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“, u.a. zuständig für „verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeiten, zu Verbrechen oder Rassenhaß anreizende, den Krieg verherrlichende und verharmlosende Schriften“ gelang es im Zeitraum von 1960-1979 z.B., die stolze Zahl von 12 (zwölf!) Länderschriften auf den Index zu setzen.

Um diesen Schund, der letztlich an Gefährlichkeit dem Kriegsspielzeug in nichts nachsteht, muß sich noch viel mehr „gekümmert“ werden. Und das nicht nur zur Weihnachtszeit!

Ein Genosse aus Göttingen

Fortsetzung von Seite 45

- Frankfurt: der Oberstaatsanwalt lehnt ein Ermittlungsverfahren ab, da es sich „um eine gezielte Verbreitung von NS-Kennzeichen um ihrer selbst willen handle“. Es gehe um die „originalgetreue Wiedergabe von Modellen für Sammlerzwecke“. („FR“, 17.1.79).

- Bielefeld: ein Verfahren wird wegen „sehr geringer Schuld“ eingestellt („FR“, 21.2.79).

- Karlsruhe: das Landgericht billigt die Beschlagnahme von NS-Spielzeug, denn das Hakenkreuz stellt „das wohl markanteste Zeichen der damaligen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft dar und steht auch heute für jeden unbefangenen Bürger als deutliches Zeichen nationalsozialistischen Gedankengutes bzw. einer entsprechenden Bewegung“ („FR“, 15.1.79);

Peru:

Lehrerstreik und Vorbereitung der Linken auf die Wahlen 1980

Die Niederlage der Lehrer in ihrem über drei Monate langen Streik hat die Notwendigkeit eines Zusammengehens der Linken in den aktuellen Massenaaktionen und vor allem in Bezug auf die Wahlen im nächsten Jahr noch einmal deutlich gemacht.

Durch den ergebnislosen Abbruch des Lehrerstreiks besteht einerseits die Gefahr von Resignation und Einschüchterung innerhalb der Massenbewegung, er hat aber andererseits zu neuen und verstärkten Anstrengungen der linken Kräfte beigetragen, um ein gemeinsames Vorgehen und eine gemeinsame Kandidatur bei den Wahlen 1980 zustande zu bringen.

Zu den Bedingungen des Lehrerstreiks

Der Streik der Lehrer im vorigen Jahr hatte einige Zugeständnisse von der Regierung durchsetzen können, die aber gar nicht oder nur teilweise eingehalten wurden. So wurde zwar bis Januar 1979 eine regelmäßige Lohnerhöhung als Ausgleich für die Inflation gezahlt, ab Januar wurden diese Zahlungen aber stillschweigend eingestellt. Die zweite Forderung, Anerkennung der Lehrgewerkschaft SUTEP wurde bis heute nicht eingelöst, die SUTEP ist nach wie vor illegal (die stärkste politische Kraft innerhalb der SUTEP ist Patria Roja, eine chinesisch-orientierte ML-Partei, allerdings relativ „undogmatisch“ und „gemäßigt“).

In diesem Jahr wurde der Streik mit den gleichen Forderungen ausgerufen, zusätzlich wurde die Freilassung von 200 SUTEP-Funktionären verlangt, die im Februar wegen „Subversion“ verhaftet worden waren. Der Streik 1979 fand aber unter erheblich ungünstigeren Bedingungen statt als im vorigen Jahr:

- Die Massenbewegung befand sich im Abschwung, während der Streik 1978 auf dem Höhepunkt zahlreicher Kämpfe in den verschiedensten Sektoren stattfand.
- Die Regierung steht unter dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und hat - selbst wenn sie wollte - keinerlei Spielraum zur Gewährung von Lohnerhöhungen.
- Im vorigen Jahr fand der Streik kurz vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt, in einer Situation also, wo die Regierung es möglichst vermeiden wollte, sich durch brutale Repressionsmaßnahmen weiter zu diskreditieren.
- In diesem Jahr hatten die Militärs kaum Interesse an der Aufrechterhaltung einer demokratischen Politik, weil sowieso die Geschäfte 1980 an eine zivile Regierung übergeben werden sollen. Vielmehr kam es den Militärs darauf an, auf keinen Fall einen Erfolg der Streikbewegung zuzulassen, um der Massenbewegung nicht neuen Auftrieb zu geben.

Als am 3. September die Führungen fast aller revolutionären und reformistischen Organisationen in einen gemeinsamen Hungerstreik traten, war der Höhepunkt der Lehrerkämpfe bereits überschritten, und die Streikfront begann langsam abzubrockeln. Abgesprochen innerhalb der Linken war, die Lehrer mit einem 48stündigen Generalstreik zu unterstützen, der aber an der revisionistischen KP scheiterte. Die KP beherrscht den gewerkschaftlichen Dachverband CGTP und damit die Strukturen und den Apparat, der für die Ausrufung und Durchführung des Generalstreiks notwendig ist. Die KP argumentierte mit der fehlenden Streikbereitschaft der Basis, eine Einschätzung, die möglicherweise nicht völlig aus der Luft gegriffen war, andererseits aber von fast der gesamten Linken Perus verurteilt wurde.

Der Streik mußte dann am 30. September abgebrochen werden, weil die Lehrer nach drei Monaten ohne Gehalt einfach nicht mehr überleben konnten. (Die SUTEP verfügt als nicht anerkannte Gewerkschaft lediglich über Spendenaufkommen und ist natürlich nicht in der Lage, Streikgelder zu zahlen).

Außerdem schreckte die Regierung vor den brutalsten Mitteln nicht zurück. Über 30 Streikende kamen bei den Kämpfen ums Leben,

Hunderte wurden verletzt und verhaftet und sitzen z.T. noch heute in den Gefängnissen (wie die gesamte Führung der SUTEP), Tausende von Lehrern wurden entlassen, Hausdurchsuchungen und Bespitzelungen waren auf der Tagesordnung. Die Tatsache, daß die Lehrer trotz dieser Bedingungen über drei Monate gestreikt haben, zeigt den ungeheueren wirtschaftlichen Druck, unter dem die Massen in Peru stehen und auch ihre Kampfbereitschaft.

Vorbereitung auf die Wahlen 1980

Nach der Beendigung des Lehrerstreiks setzte die Linke verstärkt ihre Anstrengungen für ein einheitliches Vorgehen zu den Wahlen 1980 fort.

Zu den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1979 hatten drei linke Wahlbündnisse kandidiert und insgesamt über 30 % der Stimmen bekommen, die UDP (bestehend vor allem aus der kommunistischen Organisation Vanguardia Revolucionaria, der Minenarbeitergewerkschaft, verschiedenen kleineren Organisationen und der Bauerngewerkschaft CCP - erhielt 1978 vier Sitze), die VOCEP (ein Zusammenschluß trotzkistischer Organisationen unter Führung von Hugo Blanco - zwölf Sitze) und die PCP (revisionistische KP gemeinsam mit einigen verbündeten Organisationen; PCP sechs Sitze, PSR - sechs Sitze).



Hugo Blanco (PRT)

Diese drei Blöcke sind im Laufe des letzten Jahres weitgehend in Bewegung geraten:

1) Die UDP wird unterstützt von fünf MIR-Organisationen (alle Abspaltungen vom MIR der 60er Jahre, der von de la Puente gegründet worden war und durch seine Guerillakämpfe 1965 einen Namen hatte). Diese fünf MIRs haben sich kürzlich wieder vereinigt und unterstützen einheitlich die Kandidatur des UDP-Kandidaten Barrantes. Zur UDP gehört außerdem die PC-Mayoria (eine linke Abspaltung von der revisionistischen KP, die vor allem Einfluß unter den Minenarbeitern hat).

Der trotzkistische Block FOCEP ist weitgehend zerfallen, nachdem Hugo Blanco eine eigene Partei, die PRT, aufgemacht und die FOCEP verlassen hat. 2) Die Reste der FOCEP - gemischt von dem bekannten Gewerkschafter Ledesma - gehören jetzt unter dem Namen FOCEP-Independiente (unabhängige FOCEP) zum Bündnis der revisionistischen KP. Zu diesem Block gehört außerdem die PSR - Rodriguez, eine Partei, die sich aus Anhängern des ehemaligen Präsidenten Velasco Alvarado (der 1968 das peruanische Reformmodell eingeleitet hatte) zusammensetzt. Präsidentschaftskandidat dieses Blocks ist Jorge del Prado, der langjährige Generalsekretär der KP. Seine Kandidatur wurde auf dem VII. KP-Kongreß Anfang November gegen einigen Widerspruch beschlossen. Die Parteilinken hätten es vorgezogen, sich noch nicht auf einen Kandidaten festzulegen, um für die Verhandlungen mit anderen Organisationen offener zu sein und die Möglichkeiten für eine Einigung auf einen Präsidentschaftskandidaten der gesamten Linken nicht einzugrenzen. Del Prado selber äußerte in einem Interview mit „Marka“, daß seine Partei für eine Zusammenarbeit in einer Front auch mit Trotzkisten und Maoisten offen sei. Entscheidend sei allein, daß man sich über den



Lehrerstreik in Peru: „Eltern und Lehrer: Gemeinsam werden wir siegen.“

„Hauptfeind“ einige. Eine Zusammenarbeit mit allen Kräften, die im US-Imperialismus (und nicht im sowjetischen Sozialimperialismus) den Hauptfeind sehen, sei möglich, während er gleichzeitig eine Zusammenarbeit mit der APRA abgelehnt hat (APRA ist die nationalrevolutionäre Bewegung, die zur Zeit die Militärregierung mitsamt ihrer IWF-Politik unterstützt, für die Wahlen aber als die sozialdemokratische Alternative aufgebaut wird). Inwieweit sich durch diese Aussagen neue Verhandlungsmöglichkeiten mit der revolutionären Linken ergeben, bleibt abzuwarten. Die bisherige Praxis der KP (teilweise Zusammenarbeit mit der APRA in der Verfassungsgebenden Versammlung, Alleingang beim Lehrerstreik, jahrelange „kritische Unterstützung“ für die Militärjunta) läßt jedenfalls einen Vertrauensvorschuß nicht gerechtfertigt erscheinen.

3) Ein dritter, neu entstandener Block nennt sich UNIR (Union der revolutionären Linken), dazu gehören Patria Roja (MLer, die insbesondere bei den Lehrern stark sind, s.o.); Vanguardia Revolucionaria - El proletario Comunista, eine Abspaltung von der Vanguardia in der UDP, mit Einfluß vor allem bei den Campesinos in Cuzco; und der MIR von Gonzalez Gasco, ein MIR, der sich nicht mit den anderen fünf MIRs wiedervereinigt hat. Gonzalez Gasco war gemeinsam mit de la Puente Guerillaführer in den 60er Jahren und Mitbegründer des ursprünglichen MIR. Es selber hat in Peru als ehemaliger Guerillero, der in den letzten 15 Jahren fast ununterbrochen im Gefängnis saß, der die Zeit der bewaffneten Kämpfe repräsentiert (auch in Kuba ausgebildet wurde) großes Ansehen, seine Organisation ist aber sehr klein und ohne großen Einfluß. Alle Organisationen des UNIR hatten im vorigen Jahr bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zum Wahlboykott aufgerufen, diese Position aber inzwischen revidiert. Sie nehmen jetzt an den Verhandlungen um ein einheitliches Vorgehen teil. Rolando Brena, Vertreter von Patria Roja, hat in einem Interview mit „Amauta“ die grundsätzliche Bereitschaft seiner Organisation zum Zusammengehen mit der KP und auch mit den Trotzkisten erklärt.



Jorge del Prado (KP)

4) Ohne Anschluß an einen Block sind zur Zeit die Trotzkisten, insbesondere die PRT von Hugo Blanco, der jede Zusammenarbeit mit „Patronen und Generälen“ ablehnt und als Kapitulantentum verurteilt. Mit den „Generälen“ ist vor allem die PSR (Anhänger des ehemaligen Präsidenten Velasco) gemeint. Die „Patrone“ sieht die PRT in der FENATRACA, eine kleinbürgerliche Organisation von Händlern, Kaufleuten, aber auch Bauern, die vor allem in Puno stark ist. Um die Einbeziehung



Alfonso Barrantes (UDP)

Alfonso Barrantes (UDP)

der FENATRACA in ihren Block bemühen sich zur Zeit sowohl die KP als auch die UDP. Das gleiche gilt für die linken Teile der Christdemokratie. Die Christdemokratie wird unter anderem von der CDU unterstützt und soll insgesamt nach rechts gedrängt werden, indem man ihr ein Bündnis mit der PPC (Partei der Reaktion) nahelegt. Der Kampf um den linken Flügel der Christdemokratie ist noch nicht entschieden.

Drei Hauptprobleme stellen sich zur Zeit:

- a) Die formalen Hürden, die die Linken bei ihrer Kandidatur zu bewältigen haben. Da jede Partei 40.000 Unterschriften beibringen muß, um die Voraussetzungen einer Kandidatur zu erfüllen, haben verschiedene Organisationen sich bereits ins Wahlregister eingetragen, weil die weitere Entwicklung des Vereinheitlichungsprozesses noch nicht absehbar ist.
- b) Die Einigung auf eine programmatische Mindestplattform ist - schon von der formalen Seite her - ungeheuer kompliziert. Es hat zum Beispiel bisher kein gemeinsames Treffen aller Linken stattgefunden, weil es keine Einigung über den Modus gibt, nach dem die einzelnen Organisationen dort repräsentiert sein sollen. Die Absprachen und Verhandlungen finden meistens „bilateral“ statt, zwischen Organisationen, deren Positionen nicht allzu weit auseinanderklaffen.
- c) Die Frage nach einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der Linken ist völlig offen. Die UDP hatte bis Anfang des Jahres eine Kandidatur von Hugo Blanco unterstützt (vergl. Interview mit Ciez Canseco in AK 146), weil Hugo Blanco über den größten Bekanntheitsgrad und hohes Ansehen in den Massen, vor allem auch unter der armen Landbevölkerung, verfügt. Die letzten Alleingänge Hugo Blancos und seine kompromißlose Abgrenzung von bürgerlich-demokratischen

Kräften (wie PSR und FENATRACA) haben aber zu seiner relativen Isolierung innerhalb der Linken geführt und Skepsis hervorgerufen, ob er tatsächlich der Kandidat sein kann, der die gesamte Linke repräsentiert. Die UDP hat inzwischen Alfonso Barrantes als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, der als Rechtsanwalt und Verteidiger der Gewerkschaften gegenüber der Regierung einen Namen hat. Barrantes hat jedoch erklärt, daß er an seiner Kandidatur keinesfalls festhalten werde, wenn sich die Linke mehrheitlich auf einen anderen Kandidaten einigen kann. So hat die UDP auch ihre Veranstaltungen und Versammlungen, die jetzt überall im Land durchgeführt werden, für Sprecher anderer Organisationen geöffnet. Die Kandidatur von del Prado (von der KP) erschwert allerdings die Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten erneut.

D.h. im schlechtesten Fall werden drei Vertreter der Linken zur Präsidentschaft kandidieren (Barrantes, Blanco, del Prado). Eine Annäherung zwischen den beiden Blöcken UNIR und UDP erscheint jedoch noch nicht völlig aussichtslos, ein Zusammenschluß aller drei Blöcke, einschließlich der Revisionisten/Reformisten ist aber sehr unwahrscheinlich.

Und schließlich sollte man auch die Gefahr nicht aus dem Auge verlieren, daß die Militärregierung den gesamten „Demokratisierungsprozeß“ ren, daß die Militärregierung den gesamten „Demokratisierungsprozeß“ verzögert, die Wahlen möglicherweise verschiebt, um ihr Schock- und Verelendungsprogramm zunächst mit militärischer Autorität weiter zu vertiefen. Hier ist die größte Wachsamkeit der Linken notwendig. (Informationen aus: „Marka“ Nr. 128 bis 132 und „Amauta“, 25.10.79, 8.11.79, 15.11.79).

Lateinamerikakommission und Peru-Gruppe HH

Wer hat die Macht in Bolivien?

Zu den sich überstürzenden letzten Ereignissen in Bolivien (vgl. AK 166/167) führt die Boliviengruppe Hamburg eine Informationsveranstaltung durch:

- Welche Interessengruppen werden durch die putschistischen Militärs vertreten?
- Welche Kräfte werden von der neuen Regierung Lidia Gueiler repräsentiert?
- Welche konkreten Widersprüche werden in der bolivianischen Bourgeoisie ausgetragen?
- Wie sind die Chancen der Volkskräfte, eine demokratische Entwicklung durchzusetzen?

Diavortrag - Referat - Diskussion - Essen - Getränke - Musik

Samstag, 15.12.79 um 20 Uhr
Katholische Studentengemeinde (KSG), Rentzelstr. 17
Veranstalter: Grupo Bolivia Hamburg

Iran — ein Pulverfaß

Fünf Wochen nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran durch islamische Studenten ist eine Lösung immer noch nicht abzusehen: Sowohl die islamischen Studenten als auch Khomeiny haben bis zuletzt immer wieder unmißverständlich erklärt, daß mit einer Freilassung der Geiseln nur bei einer Auslieferung des Schah an den Iran zu rechnen sei.

Die kompromißlose Haltung der Besetzer und ihre Unterstützung durch Khomeiny haben ihnen nicht nur in der iranischen Bevölkerung breite Sympathie eingetragen und den Haß gegen die US-Imperialisten verstärkt, Demonstrationen und Botschaftsbesetzungen in anderen Ländern des Nahen Ostens können Zeichen für den Beginn einer neuen antiimperialistischen Bewegung in diesen Ländern sein.

Allerdings haben die Botschaftsbesetzung und die massiven wirtschaftlichen, politischen und militärischen Drohungen durch die USA die innenpolitischen Widersprüche Irans nur kurzfristig zurückgedrängt. Das Referendum über die Verfassung der Islamischen Republik, das nach dem Willen der Machthaber im Windschatten des hochgeputzten Antiamerikanismus möglichst ohne größeren Widerstand der Verfassungsgegner durchgezogen werden sollte, hat alle Widersprüche schlagartig wieder aufbrechen lassen. Protestdemonstrationen und bewaffnete Auseinandersetzungen besonders in den Minderheitsgebieten, Boykott des Referendums durch die nationalen Minoritäten und eine insgesamt niedrige Wahlbeteiligung sind ein deutliches Zeichen dafür, daß eine breite Opposition der Errichtung einer neuen Diktatur im Namen des Islam entgegensteht.

Tagung des UN-Sicherheitsrates

Auf Initiative des UN-Generalsekretärs Waldheims wurde der UN-Sicherheitsrat einberufen, um eine Lösung des Konflikts Iran-USA herbeizuführen. Die iranische Regierung nahm allerdings nicht, wie ursprünglich einmal angedeutet, an der Sitzung teil. Der gerade ernannte Außenminister Bani Sadr wurde vor allem wegen der von ihm befürworteten Teilnahme an der Sitzung des Sicherheitsrates und der angeblich zu kompromissbereiten Haltung gegenüber den USA (Bani Sadr hatte wiederholt Anstrengungen für eine Verhandlungslösung gemacht) durch den Direktor des Rundfunks und Fernsehens, Ghotbzadeh, abgelöst.

Dieser Amtswechsel bedeutet nicht so sehr einen Wechsel in der Außenpolitik Irans — nach anfänglich harten Worten zeigte sich auch Ghotbzadeh kompromissbereit —, er ist vielmehr Ausdruck der Rivalitäten und Widersprüche unter den derzeitigen Machthabern, die bis in die Islamische Republik-Partei Khomeinys hineinreichen. Ghotbzadeh ist inzwischen auch unter Beschuß aus den eigenen Reihen geraten, u.a. da er andeutete, daß demnächst einige der Geiseln freigelassen würden, die nicht unter Spionageverdacht stehen.

Außerdem hatte er den Beschluß des UN-Sicherheitsrates „als Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet, da er keine Verurteilung Irans enthielte. Der UN-Sicherheitsrat hatte einstimmig die sofortige Freilassung der Geiseln verlangt, hatte aber sowohl die USA als auch Iran aufgefordert, „angesichts der herrschenden Situation

äußerste Zurückhaltung an den Tag zu legen.“ In der Resolution wurden Iran keine Sanktionen angedroht („Frankfurter Rundschau“, 6.12. und 7.12.79). Die iranische Regierung erhielt zunächst fünf Tage Bedenkzeit, um zu der Forderung der Freilassung aller Geiseln Stellung zu beziehen. Khomeiny lehnte die Resolution nur einen Tag, nachdem der frischernannte Außenminister Ghotbzadeh sie ausdrücklich begrüßt hatte, ab. Die Resolution sei ein „Komplot des US-Geheimdienstes und der SAVAK“. Die Bevölkerung sollte aus Protest dagegen auf die Dächer ihrer Häuser steigen und „Gott ist groß“, „Tod dem weltherrigsten amerikanischen Imperialismus“ rufen. Khomeiny appellierte an die Bevölkerung „Amerikas Schnauze in den Staub (zu) drücken“ und „alle wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Beziehungen zu den USA zu zerreißen“ („FR“, 8.12.79).

Wirtschaftliche Sanktionen und militärische Drohungen gegen Iran

Während die Resolution des Sicherheitsrates relativ „milde“ gehalten ist — wahrscheinlich mit Blick auf die antiimperialistischen Protestaktionen in vielen Staaten des Nahen Ostens, so z.B. in Pakistan, Bangladesch und Libyen (in Tripolis wurde am 2.12. die US-Botschaft gestürmt und in Brand gesetzt) und die relativ breite Sympathie, mit der die Bevölkerung dieser Länder die kompromisslose Haltung Khomeinys betrachtet, weil sie selbst die Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus jahrzehntelang ertragen mußte — schlagen die USA unverändert harte Töne an.

Militärische Maßnahmen gegen den Iran sind weiter in Vorbereitung, die seit längerem geplante weltweite Einsatzztruppe der USA (110.000 Mann) soll jetzt aufgestellt werden, der Kongreß gibt den „Widerstand“ gegen erheblich höhere Militärausgaben auf. Nachdem zuvor schon von Seiten der US-Regierung ein Boykott gegen iranisches Erdöl verhängt, der Nachschub militärischer Ersatzteile gestoppt und alle Guthaben des iranischen Staates auf amerikanischen Banken eingefroren worden waren, haben inzwischen mehrere amerikanische Banken gerichtliche Verfügungen erreicht, die mit der Begründung, Iran sei mit Rückzahlungen von Krediten in Verzug, die Beschlagnahme iranischer Guthaben ermöglichen sowie Beteiligungen einfrieren. Spektakuläres Beispiel war die Pfändung der iranischen Beteiligung bei der Firma Krupp durch die Morgan Guaranty Trust Co.

„Nein“ zur Verfassung

„Nein“ zur Verfassung

Unmittelbar nach der Botschaftsbesetzung, ihrer offiziellen Unterstützung durch Khomeiny und der sich anschließenden breiten antiimperialistischen Bewegung im Iran, äußerte ein Mitglied des Revolutionsrates, daß damit 90% der inneren Probleme Irans gelöst seien.

Tatsächlich hat es bestenfalls so etwas wie eine Atempause für die derzeitigen Machthaber gegeben. Besonders der Widerspruch zwischen der Zentralgewalt und den Minoritäten ist durch das Referendum über die Verfassung der Islamischen Republik mit aller Schärfe wieder aufgebrochen. An



den Protesten gegen die Verfassung haben sich besonders die Aserbeidschaner beteiligt, die bisher in die Auseinandersetzungen zwischen dem Khomeiny-Regime und die Autonomie und Demokratie fordernden Minderheiten (Kurden, Turkmenen, Araber, Belutschen) nicht einbezogen waren.

Knapp drei Monate lang hatte die sogenannte Expertenversammlung, die Ende Juli „gewählt“ worden war, und vor allem aus Anhängern Khomeinys und der von ihm befürworteten theokratischen Republik bestand, den Verfassungsentwurf überarbeitet. An den Wahlen zur Expertenversammlung hatten sich noch verschiedene linke Gruppen, u.a. die Volksfedayin beteiligt.

Die jetzt erarbeitete Verfassung wurde von mehr als 20 politischen Organisationen und Parteien — von den linken und revolutionären Organisationen bis zu extrem rechten, weltlich orientierten Parteien — abgelehnt.

Befürworter der vorliegenden Verfassung waren — neben der Islamischen Republik-Partei Khomeinys — lediglich die „Islamische Bewegung des iranischen Volkes“ („Djama“, Initiatorin der Botschaftsbesetzung, fortschrittliche moslemische Gruppe), die „Partei für die Befreiung des Iran“ (Bazargan) und — in dieser illustren Gesellschaft — die revisionistische, moskauhörige Tudeh-Partei, die gleich an drei aufeinanderfolgenden Tagen ihre neu erworbene Religiosität und Loyalität Khomeiny gegenüber durch die immer gleichlautende Überschrift ihres Parteiorgans „Mardom“ unterstrich: „Wir sagen ja“.

Alle übrigen Parteien und Gruppierungen riefen, aus unterschiedlichen Erwägungen, zum Boykott des Referendums aus. Damit wurde der Einschüchterungswirkung des Wahlverfahrens Rechnung getragen. In offener Wahl konnten die Iraner(innen) nur eine grüne (ja) oder eine rote (nein) Karte in die Wahlurne werfen. Neben den linken und demokratischen Organisationen (z.B. Volksfedayin, Demokratische Nationalfront) riefen sowohl die fortschrittlichen religiösen Volksmodjahedin als auch die „Islamische Republikanische Volkspartei“ (Ayatollah Shariat Madari) zum Boykott der Wahlen auf.

Hauptkritikpunkt ist die Schaffung einer Art „Überpräsident“ („Wali Faqih“), der mit umfassenden Vollmachten ausgestattet ist. Dieses Amt geht auf ein Khomeiny-Buch zurück, in dem er ausführt, daß der islamische Gottes- und Gesetzesgelehrte (Faqih) am besten geeignet ist, in einem muslimischen Staat die Herrschaft auszuüben. Praktisch stattet die iranische Verfassung dieses Amt allerdings mit diktatorischen Vollmachten aus. Fol-

gende Rechte hat dieser „Überpräsident“ (gemeint ist im konkreten Khomeiny) u.a.: Ernennung des vom Volk gewählten Staatspräsidenten, Benennung der Kandidaten für das Staatspräsidentenamt, Ernennung der sechs geistlichen Mitglieder des elfköpfigen islamischen Überwachungsrates, der die Aufgabe hat, die vom Parlament verabschiedeten Gesetze zu kontrollieren. Der „Überpräsident“ ist der Oberste Kommandeur der Streitkräfte und berechtigt, sowohl die Oberkommandierenden der drei Armeegattungen als auch den Oberkommandierenden der Revolutionsgarden zu ernennen, außerdem kann er Krieg und Frieden erklären. Neben dem Recht, den obersten Richter des Verfassungsgerichtes zu benennen, ist er als oberster religiöser Wächter außerdem befugt, überall direkt einzugreifen („Neue Zürcher Zeitung“, 17.11.79).

Weitere wichtige Kritikpunkte der zugreifen („Neue Zürcher Zeitung“, 17.11.79).

Weitere wichtige Kritikpunkte der Verfassung sind, daß zum Streikrecht nichts ausgesagt wird und die Möglichkeit zur Bildung von Syndikaten nicht vorgesehen ist. Stattdessen ist diffus festgelegt, daß Arbeiterräte an der Geschäftsführung teilnehmen und an der Verbesserung der Lebensqualität beteiligt werden.

Den Frauen wird nach der Verfassung kein einziges konkretes Recht eingeräumt. In der Präambel zur Verfassung taucht die Bemerkung auf, daß die Frauen nicht mehr „Sexualobjekt“ und „Instrument des ökonomischen Profits“ sein sollen. Selbst diese Bemerkungen kann man vor der gesellschaftlichen Wirklichkeit (Verschleierung der Frauen, Verdrängung aus der Arbeitswelt) und der übrigen Gesetzgebung nur als frauenfeindlich bezeichnen. Ökonomische, politische und soziale Rechte der Frauen werden nicht erwähnt, besonders üble Vorrechte für Männer werden dagegen nicht untersucht: die Polygamie (gilt selbstredend nur für Männer), die provisorische Heirat (ein Mann kann eine Frau für einen sehr kurzen Zeitraum zum Bumsen ehelichen, diese im Schiismus mögliche Form der Ehe ist nichts weiter als eine verschleierte Prostitution), das Ehescheidungsrecht, das dem Mann das ausschließliche und willkürliche Recht zur Verstoßung der Frau gibt.

In Artikel 19 wird zwar die Gleichheit aller Bürger, unabhängig von Rasse, Farbe, Sprache oder politischer Überzeugung festgelegt, gleichzeitig wird aber der Schiismus zur Staatsreligion erhoben, sodaß die ebenfalls islamischen Sunniten zu einer zweiten Klasse werden (die nationalen Minderheiten — bis auf die Aserbeidschaner — sind vorwiegend Sunniten). Das Recht auf Selbstverwaltung

oder Autonomie für die nationalen Minoritäten wird mit keinem einzigen Wort erwähnt (zu Beginn der Verhandlungen mit den Kurden, die jetzt allerdings ins Stocken geraten zu sein scheinen, wurde von der iranischen Regierungsdelegation die Einfügung eines solchen Passus angedeutet) („le Monde“, 2./3.12.79).

Klar, daß eine solche „Verfassung“ auf breite Ablehnung stieß. Das machte sich zunächst in einer sehr geringen Wahlbeteiligung bemerkbar. Gewählt wurde nur zwei Tage nach den beiden wichtigsten Feiertagen des Trauermonats, an denen zu riesigen antiimperialistischen Protestdemonstrationen aufgerufen wurde. An beiden Wahltagen wurde ständig in Fernsehen und Rundfunk für die Wahlen mobilisiert, u.a. mit der Parole „Amerika sagt nein zu unserer Verfassung, aber wir bleiben auf der Linie unseres Imams und sagen ja, ja, ja!“ („Süddeutsche Zeitung“, 4.12.79). „Amerika sagt nein zu unserer Verfassung, aber wir bleiben auf der Linie unseres Imams und sagen ja, ja, ja!“ („Süddeutsche Zeitung“, 4.12.79). Trotzdem war die Wahlbeteiligung außerordentlich gering. Am zweiten Tag blieben deshalb die Wahllokale bis 12 Uhr nachts geöffnet.

In den Minderheitsgebieten wurde praktisch überhaupt nicht gewählt, die Wahlbeteiligung betrug maximal fünf Prozent. Sowohl in Kurdistan, Belutschistan und Aserbeidschan kam es zu schweren Auseinandersetzungen und Protestaktionen. Wahlurnen gingen in Flammen auf. Zu den schwersten Unruhen kam es in Aserbeidschan. Das nationale Problem wird hier allerdings überlagert durch die Differenzen zwischen Ayatollah Khomeiny und dem zweithöchsten Ayatollah Irans, Shariat Madari, der aus Tabriz stammt und hier die meisten seiner Anhänger besitzt, seinen Sitz hat er allerdings, ebenso wie Khomeiny, in Qom.

Shariat Madari hatte sich, zunächst etwas verklausuliert, gegen die Teilnahme an der Wahl ausgesprochen. Er äußerte, es gebe Widersprüche zwischen einzelnen Artikeln in der Verfassung, wenn diese beseitigt würden, würde er auch wählen. Er spielte dabei vor allem auf den Artikel 110, die Einrichtung eines „Überpräsidenten“ an. Seine Meinung wurde so verkürzt in Fernsehen und Rundfunk verbreitet, daß die meisten Aserbeidschaner sie als „ja“ zur Verfassung auslegten. Aus diesem Grunde betrug die Wahlbeteiligung in Tabriz, der Hauptstadt Aserbeidschans, 50%. Als die Bevölkerung von der Manipulation des Fernsehens und Rundfunks erfuhr, entlud sich der Protest in riesigen Demonstrationen, in denen die Abschaffung des Artikels 110, die Freilassung von 73 Menschen, die von Revolutionsgarden verhaftet worden

Fortsetzung nächste Seite



Interview mit einem Vertreter der „Vereinigten Linken“

Am 1.12. hatten wir Gelegenheit, in Frankfurt mit einem offiziellen Vertreter der iranischen „Vereinigten Linken“ ein Gespräch zu führen.

AK: Du bist vor einer Woche aus Teheran gekommen. Kannst du kurz die momentane Stimmung in Teheran und im Land beschreiben?

Antwort: Die antiimperialistische Stimmung geht um wie ein Gespenst. In Teheran und anderen großen Städten redet man ständig über die Botschaftsbesetzung. Die ungeheure Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Ereignissen ist bezeichnend. Die Aktion, die Folgen und die Nebenwirkungen, die diese Aktion mit sich bringt, kennzeichnen die Situation, und man kann sicher sagen, daß im heutigen Persien wieder eine starke revolutionäre Stimmung vorhanden ist, die durch die antiimperialistischen Parolen seitens verschiedener Organisationen gezeichnet ist. Sicher ist, daß Persien auch von vielen gesellschaftlichen Problemen behaftet ist, daß diese gesellschaftlichen Probleme durch diese Stimmung übermalt wurden. Das

wird aber nicht auf lange Dauer gehen, die realen Probleme werden sich durchsetzen und der antiimperialistische Kampf wird auch realistischer geführt werden.

AK: Was war der eigentliche Hintergrund der Botschaftsbesetzung, wer hat sie durchgeführt und wer trägt sie im Moment?

Antwort: Man kann nicht mit der genauen Darstellung der Hintergründe kommen. Das ist in dem vielfältigen Spektrum der politischen Fraktionen, auch innerhalb des islamischen Lagers, nicht unbedingt möglich. Wichtig ist nur, in unseren Vorstellungen zu wissen, daß jede antiimperialistische Aktion in den breiten Bevölkerungsschichten Unterstützung findet, massenpsychologisch Unterstützung findet, und man darf nicht nur davon ausgehen, daß diese und jene Aktion mit internationalen Regeln und Normen klappt oder nicht klappt.

AK: War es nicht so, daß kurz vor der Botschaftsbesetzung 3 Minister ihren Rücktritt erklärten, und zwar Minister, die der Organisation angehörten, die sich für die Botschafts-

bestzung verantwortlich erklärt hat. Sie begründeten ihren Rücktritt u.a. mit der Kritik an den neuen Kontakten der iranischen Regierung mit den USA.

Antwort: Die Minister, die zurückgetreten waren, waren nicht Mitglieder dieser Strömung, die die Botschaftsbesetzungen durchgeführt hat. Sie waren Mitglieder anderer Organisationen. Überhaupt gehören die Studenten wie sie selbst sagen — zu keiner Organisation. Wichtig ist aber in dieser Hinsicht die Bemerkung der Minister in Bezug auf das verlangsamte Tempo der Bazargan-Regierung gegen große internationale Konzerne und Machthaber. Sicher, die Minister, die zurückgetreten sind aus der Bazargan-Regierung, waren für eine kämpferische Linie gegen die amerikanischen Ambitionen, gegen die imperialistischen Machenschaften. Ob sie in Wirklichkeit auch eine konstruktive Konzeption gegen den Imperialismus aufweisen können, ist eine andere Frage. In Worten haben sie einen härteren Ton angeschlagen als Bazargan und seine Außenminister, der übrigens sehr gerne mit Brzezinski zusammengekommen war, wie er sich auch später ausdrückte.

AK: Die Botschaftsbesetzung und die folgenden Auseinandersetzungen mit den USA haben Khomeiny wieder stark an Einfluß gewinnen lassen. Wird er diesen Einfluß auf Dauer stabilisieren oder sogar ausbauen können?

Antwort: Wenn man von massenpsychologischem Einfluß spricht, muß man immer bedenken, daß diese Art von Einfluß nie von langer Dauer ist. Der langfristige Einfluß eines Führers kann nur auf gesellschaftlichen Strukturen beruhen. Um diesen langwierigen Einfluß zu schaffen, muß jeder Führer — egal welcher — diese vom Volk getragenen Strukturen erst schaffen. Wir sehen zur Zeit von den Machthabern in Persien keine konstruktive Konzeption, die zu solchen

umgewälzten gesellschaftlichen Strukturen führen wird.

AK: Die linken und demokratischen Organisationen haben die Besetzung kritisch unterstützt. Kannst du uns das genauer erläutern?

Antwort: Ich möchte dich hier richtigstellen. Die linken Organisationen in Persien haben diese Aktion nie als ihre betrachtet. Wir haben eigene Vorstellungen des antiimperialistischen Kampfes. Wir haben Forderungen gestellt, die beharrt haben auf der Offenlegung der CIA-Agentenlisten, der SAVAK-Listen, der geheimen Verträge, militärischen Abkommen; wir haben Verträge, die geheim gehalten worden sind, für ungesetzlich erklärt, wir sind dafür, daß alle diese Verträge — besonders die militärischen Verträge — annulliert werden! Das sind konkrete Vorstellungen. Zu dem kommt die Hauptforderung der Linken: Ein antiimperialistischer Kampf ist nicht trennbar von demokratischen Verhältnissen. Man kann in einem Land, wo demokratische Verhältnisse nicht herrschen, nicht immer von einem tatsächlich antiimperialistischen Kampf reden. Man kann in einem Land oder in einer Situation nur von wirklich antiimperialistischem Kampf reden, wenn demokratische Verhältnisse überall hergestellt sind, und alle politischen, revolutionären Organisationen sich frei betätigen und bewegen können. Aber wir haben große Kritiken in Bezug auf demokratische Verhältnisse in Persien. Solange diese Verhältnisse nicht herrschen, kann man nicht von einem wirklich antiimperialistischen Kampf reden.

AK: Khomeiny hat seit jeher für seine innenpolitischen Schwierigkeiten „Sündenböcke“ verantwortlich gemacht. Anfänglich waren das der Schah und der US-Imperialismus, danach waren es die Linken, dann die Kurden und jetzt sind es wieder die USA. Wird der Angriff Khomeinys bald wieder die Linke treffen, die im

Moment etwas aus der Schutzlinie gekommen ist?

Antwort: Die monopolistischen Machthaber in Persien haben schon einmal das linke Lager scharf angegriffen und starke Repressalien ausgeübt. Sowohl gegen die kurdischen Kämpfer als auch gegen andere Kämpfer in Persien. Wenn eine andere Repressionswelle bald kommen wird, müßte die Linke aus den Erfahrungen, die durchgemacht wurden, gelernt haben, um die Vorgehensmaßnahmen, die in solchen Phasen notwendig sind, schon in Gang gesetzt zu haben. Wir hoffen, daß die Freiheitsbestrebungen in breiten Teilen der Bevölkerung es verhindern werden, daß die monopolistischen Machthaber wieder auf die Linke losgehen.

AK: Sowohl Khomeiny, als auch die USA müssen jetzt erfolgreich aus dieser Auseinandersetzung hervorgehen. Muß das unbedingt ein Widerspruch sein?

Antwort: Nicht unbedingt. Erfolgreich kann man so oder so interpretieren. Man kann einen Mißerfolg in Amerika als einen Erfolg in Persien interpretieren und umgekehrt auch. Man kann auch gleichzeitig einen gleichen Mißerfolg als Erfolg für beide erklären. Das hat nicht unbedingt mit dem Inhalt dieser „Erfolge“ zu tun, sondern auch mit den Darstellungsmöglichkeiten beider Zentren dieses Problems.

AK: Welche Möglichkeiten stehen den USA jetzt noch offen?

Antwort: Die amerikanische Regierung hat im Moment sowohl weltliche als auch göttliche Hüfen zu erwarten in Bezug auf Leben und Tod des Schahs, in Bezug auf die Auslieferung und Nichtauslieferung des Schahs. Es können immer noch unvorhergesehene Ereignisse zutage treten, die dieser Regierung hilfreich sein können.

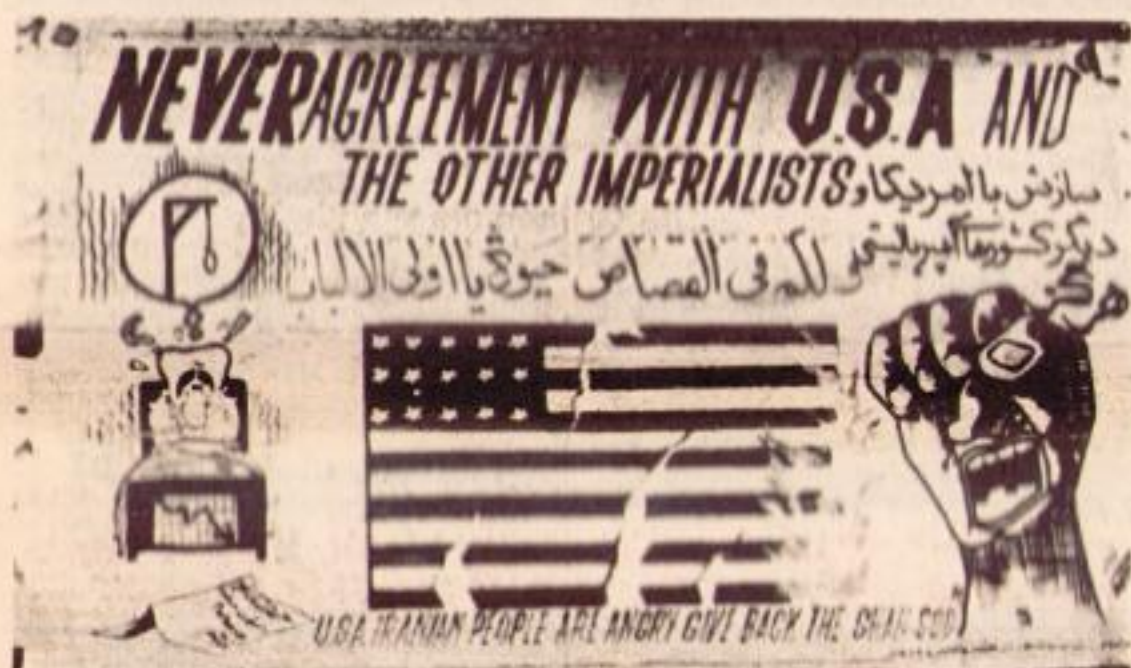
Wir danken Dir für das Gespräch.

Fortsetzung von Seite 48

waren, weil sie Flugblätter verteilt hatten, in denen die neue Verfassung kritisiert worden war, und die „Exekution von Sadegh Ghotbzadeh“ verlangt wurden. Gegen Ghotbzadeh, den Oberzensor des iranischen Rundfunks und Fernsehens, richtete sich der Zorn der Bevölkerung, weil er direkt verantwortlich für die Manipulation der Meinung Shariat Madaris war („le Monde“, 4.12.).

nischen Revolution aufschwingen, weil er während der revolutionären Bewegung dem Willen der Massen Ausdruck verlieh: Sturz des verhaßten Schah und Abschaffung der Monarchie. Shariat Madari wollte damals zurück zur Verfassung von 1906, die eine konstitutionelle Monarchie vorsah.

Allerdings: Gegenüber der Errichtung einer neuen Diktatur durch Khomeiny und seine Anhänger stellen die Ansichten Shariat Madaris doch einen



Wandmalerei in Teheran gegen den US-Imperialismus

Neue Höhepunkte erreichten die Proteste in Tabriz als bekannt wurde, daß das Haus Shariat Madaris in Oom

waren, weil sie Flugblätter verteilt hatten, in denen die neue Verfassung kritisiert worden war, und die „Exekution von Sadegh Ghotbzadeh“ verlangt wurden. Gegen Ghotbzadeh, den Oberzensor des iranischen Rundfunks und Fernsehens, richtete sich der Zorn der Bevölkerung, weil er direkt verantwortlich für die Manipulation der Meinung Shariat Madaris war („le Monde“, 4.12.).

gewissen Fortschritt dar. Khomeiny hat schon genug „Kostproben“ seiner neuen Diktatur gegeben, die die Ab... weil er während der revolutionären Bewegung dem Willen der Massen Ausdruck verlieh: Sturz des verhaßten Schah und Abschaffung der Monarchie. Shariat Madari wollte damals zurück zur Verfassung von 1906, die eine konstitutionelle Monarchie vorsah.

Allerdings: Gegenüber der Errichtung einer neuen Diktatur durch Khomeiny und seine Anhänger stellen die Ansichten Shariat Madaris doch einen



Wandmalerei in Teheran gegen den US-Imperialismus

Pflasterstrand: Asylrecht für den Schah

Eine herzhaft Satire ist einem (uns leider unbekannten) Autor in der letzten Ausgabe des Frankfurter Sponti-Organs „Pflasterstrand“ gelungen. Der „PS“ hatte seit langem schon — ausgehend von der Anti-Terrorismus-Kampagne des RZ-Dissidenten H.J. Klein — immer mehr erstaunliche Rechts-Positionen zum Abdruck gebracht. Hier nur einige wenige Beispiele:

— Ablehnung von Verbotsforderungen gegen faschistische Organisationen (wobei Cohn-Bendit sogar so weit ging, Demonstrationen für die auch später ausdrückte.

AK: Die Botschaftsbesetzung und die folgenden Auseinandersetzungen mit den USA haben Khomeiny wieder stark an Einfluß gewinnen lassen. Wird er diesen Einfluß auf Dauer stabilisieren oder sogar ausbauen können?

Antwort: Wenn man von massenpsychologischem Einfluß spricht, muß man immer bedenken, daß diese Art von Einfluß nie von langer Dauer ist. Der langfristige Einfluß eines Führers kann nur auf gesellschaftlichen Strukturen beruhen. Um diesen langwierigen Einfluß zu schaffen, muß jeder Führer — egal welcher — diese vom Volk getragenen Strukturen erst schaffen. Wir sehen zur Zeit von den Machthabern in Persien keine konstruktive Konzeption, die zu solchen

NPD und Freiheit für Rudolf Heß zu fordern)

— aktuell Ablehnung von Aktionen gegen den Frankfurter Nazi-Buchladen von Schönborn in Bornheim

— Unterstützung der Jusos im Frankfurter Stadtschülerrat u.v.a.m.

Offensichtlich um derartige Positionen zu karikieren und um sie total überspitzt der Lächerlichkeit preiszugeben, ist es o.g. äußerst talentierten Autor gelungen, die Forderung nach Asylrecht für den Schah in einen „PS“-Artikel über den Konflikt Iran — USA hineinzuschmuggeln. Die in einer Situation nur von wirklich antiimperialistischem Kampf reden, wenn demokratische Verhältnisse überall hergestellt sind, und alle politischen, revolutionären Organisationen sich frei betätigen und bewegen können. Aber wir haben große Kritiken in Bezug auf demokratische Verhältnisse in Persien. Solange diese Verhältnisse nicht herrschen, kann man nicht von einem wirklich antiimperialistischen Kampf reden.

AK: Khomeiny hat seit jeher für seine innenpolitischen Schwierigkeiten „Sündenböcke“ verantwortlich gemacht. Anfänglich waren das der Schah und der US-Imperialismus, danach waren es die Linken, dann die Kurden und jetzt sind es wieder die USA. Wird der Angriff Khomeinys bald wieder die Linke treffen, die im

Ironie wirkt dabei umso treffender, als diese Forderung scheinbar ganz ernsthaft formuliert wird. Es heißt da, „wir“ könnten nicht glaubhaft für den Schutz des Asylrechts eintreten, wenn dieses Recht nicht jedermann — also auch dem Schah — gewährt würde. Der Schah als politischer Verfolgter — das ist wirklich „titanic“-reif. Und die „PS“-Redaktion war tatsächlich doof genug, diese Verarschung nicht einmal zu bemerken ...

KB/Gruppe Frankfurt

Kann auch gleichzeitig einen gleichen Mißerfolg als Erfolg für beide erklären. Das hat nicht unbedingt mit dem Inhalt dieser „Erfolge“ zu tun, sondern auch mit den Darstellungsmöglichkeiten beider Zentren dieses Problems.

AK: Welche Möglichkeiten stehen den USA jetzt noch offen?

Antwort: Die amerikanische Regierung hat im Moment sowohl weltliche als auch göttliche Hüfen zu erwarten in Bezug auf Leben und Tod des Schahs, in Bezug auf die Auslieferung und Nichtauslieferung des Schahs. Es können immer noch unvorhergesehene Ereignisse zutage treten, die dieser Regierung hilfreich sein können.

Wir danken Dir für das Gespräch.

Pflasterstrand: Asylrecht für den Schah

Eine herzhaft Satire ist einem (uns leider unbekannten) Autor in der letzten Ausgabe des Frankfurter Sponti-Organs „Pflasterstrand“ gelungen. Der „PS“ hatte seit langem schon — ausgehend von der Anti-Terrorismus-Kampagne des RZ-Dissidenten H.J. Klein — immer mehr erstaunliche Rechts-Positionen zum Abdruck gebracht. Hier nur einige wenige Beispiele:

— Ablehnung von Verbotsforderungen gegen faschistische Organisationen

NPD und Freiheit für Rudolf Heß zu fordern)

— aktuell Ablehnung von Aktionen gegen den Frankfurter Nazi-Buchladen von Schönborn in Bornheim

— Unterstützung der Jusos im Frankfurter Stadtschülerrat u.v.a.m.

Offensichtlich um derartige Positionen zu karikieren und um sie total überspitzt der Lächerlichkeit preiszugeben, ist es o.g. äußerst talentierten Autor gelungen, die Forderung

Ironie wirkt dabei umso treffender, als diese Forderung scheinbar ganz ernsthaft formuliert wird. Es heißt da, „wir“ könnten nicht glaubhaft für den Schutz des Asylrechts eintreten, wenn dieses Recht nicht jedermann — also auch dem Schah — gewährt würde. Der Schah als politischer Verfolgter — das ist wirklich „titanic“-reif. Und die „PS“-Redaktion war tatsächlich doof genug, diese Verarschung nicht einmal zu be-

Shakaa wird nicht ausgewiesen

In ihrem Kampf gegen die fortschrittlichen arabischen Bürgermeister in den besetzten Gebieten, die sich der israelischen Besatzung entgegenstellen, hat die israelische Regierung eine Niederlage erlitten. Ihren Beschluß, den Bürgermeister von Nablus, Shakaa, aufgrund seiner Sympathien für die PLO auszuweisen, mußte sie nach mehreren Wochen harter Auseinandersetzungen zurücknehmen. Damit ist der Fall Shakaa zwar erledigt, das Mißtrauen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gegenüber den Autonomieplänen Israels, der USA und Ägyptens aber gewachsen. Die Proteste gegen den Ausweisungsbeschluß brachten die arabischen Bürgermeister vom Gazastreifen und dem Westjordanland. Die Regierung hatte beständig versucht, die besetzten Gebiete untereinander zu spalten und geplant, möglicherweise den Autonomieplan erst im Gazastreifen anzuwenden, nachdem deutlich war, daß im Westjordanland weitgehend Übereinstimmung unter den Palästinensern besteht, jegliche Pläne zu boykottieren.

Ein größerer Stolperstein für die israelische Regierung ist allerdings der Streit um die zionistische Siedlung Elon Moreh.

Während von den linken und liberalen Kräften die Siedlungspolitik heftig kritisiert wird, versuchen die rechtsradikalen Kräfte um die Gush Emunim (zionistische Siedlerbewegung) um den Landwirtschaftsminister Sharon, die Regierung zu einer Forcierung der Siedlungspolitik zu zwingen, andernfalls die Regierung zu kippen, nach dem Motto, es gehe nicht um den „Fortbestand der Regierung oder der Ministerliste“, sondern um die „Aufrechterhaltung des Zionismus und des Staates“ (Sharon).

Shakaa wurde am 11. November verhaftet und in das Zentralgefängnis von Ramleh gebracht.

3 Tage vorher war er beschuldigt worden, er habe für einen Palästinenser-Überfall auf einen israelischen Bus Verständnis geäußert, bei dem 34 Menschen ums Leben kamen. Seine Ausweisung wurde beschlossen. Tatsächlich hatte Shakaa in einem privaten Gespräch mit dem israelischen Aktionskoordinator in den besetzten Gebieten, Dani Matt, geäußert, daß die israelische Regierung mit Terroraktionen der Palästinenser rechnen müsse, solange die Okkupation und das Töten anhalte. Daß diese Äußerung nur der Anlaß für seine Ausweisung sein sollte, wurde daran deutlich, daß er in diesem Gespräch regelrecht zu dieser Stellungnahme gedrängt worden war, indem Matt ihn insgesamt fünfmal gefragt hatte, ob er diese Aktion rechtfertige.

Shakaa gilt als einer der unheimlichsten Bürgermeister im Westjordanland; unter anderem hatte er im Juni einen Protestmarsch gegen die Siedlung der Gush Emunim in Elon Moreh mitorganisiert, die verboten worden war. Nachdem es unter den arabischen Bürgermeistern, der arabischen Bevölkerung, in der israelischen Arbeiterpartei und auf internationaler Ebene zu starken Protesten gegen die Ausweisungsverfü-

gung kam, wurde die Beschuldigung gegen Shakaa erweitert, er habe lange als ein Führer der PLO im Westjordanland gewirkt, und es gebe genug anderes, was man Shakaa zur Last legen könne.

Innerhalb einer Woche nach seiner Verhaftung traten sämtlich Bürgermeister des Westjordanlandes sowie der Bürgermeister von Gaza zurück. Einige unter ihnen hatten in der letzten Zeit selber schon unter Beschränkungen, Prozessen etc. durch die Besatzer gelitten. Bemerkenswert ist, daß angeblich die PLO und Jordanien die zum großen Teil anfangs zögernden Bürgermeister aufgefordert hatten, nicht zurückzutreten, um nicht den Besatzungskräften die Verwaltung zu überlassen. Die radikaleren Kräfte unter den Palästinensern hatten dagegen zu einem Massrücktritt aufgefordert (israelischer Rundfunk, nach „MD“, 14.11.). Der ansonsten gemäßigte Bürgermeister von Bethlehem, Freij, erklärte: „Die Israelis können nichts machen, weil niemand mit ihnen zusammenarbeiten wird. Sogar die Straßenkehrer würden sich weigern, zu arbeiten“ (Le Monde, 17.11.).

Es fanden Streiks in Nablus, Ramallah, El-Bireh, Hebron und Ost-Jerusalem statt, die Schulen streikten ebenfalls, es gab zahlreiche Protestkundgebungen. Am 16. 11. trat Shakaa in den Hungerstreik. Er erinnerte daran, daß Westjordanien seine Heimat und nicht die der Besatzer sei, daß die israelischen Soldaten von daher zu gehen hätten. Nachdem sich die israelische Regierung in Gesprächen mit den zurückgetretenen Bürgermeistern nicht von dem Ausweisungsbeschluß abbringen ließ, zogen diese entsprechende Schlüsse: So erklärte Freij, dies sei das Ende des Autonomieplans, und der Bürgermeister von Gaza erklärte der ägyptischen Autonomieverhandlungsdelegation, das Interesse an einem Autonomietest im Gazastreifen sei sehr gering geworden, nachdem er verstanden habe, was die Israelis unter Demokratie und Autonomie verstünden (NZZ, 25./26. 11.).

Als offensichtlich wurde, daß die Regierung in der Frage der Ausweisung einen Rückzieher machen mußte, forderte sie den Rücktritt Shakaas. Ausserdem versuchte sie, die Regelung mit der Frage der Siedlung Elon Moreh zu verknüpfen. Die palästinensischen Grundeigentümer sollten ihre Klagen auf die vollständige Räumung der Siedlung Elon Moreh zurückziehen (IHT, 26.11.). Doch

Moreh zu verknüpfen. Die palästinensischen Grundeigentümer sollten ihre Klagen auf die vollständige Räumung der Siedlung Elon Moreh zurückziehen (IHT, 26.11.). Doch dieses Vorhaben mußte sie gleich aufgeben, nachdem dies öffentlich wurde. Shakaa ließ außerdem mitteilen, er sei zu keinerlei Kuhhandel über seine Freilassung bereit. Sein Amt werde er nicht aufgeben. Schließlich mußte die Regierung am 5.12. bekanntgeben, Shakaa werde freigelassen und könne seinen Posten als Bürgermeister wieder einnehmen. Es lägen zwar genug Gründe für eine Ausweisung vor, aber mittlerweile (?) habe sich Shakaa „gegen den Mord an Unschuldigen“ ausgesprochen (SZ, 6.12.).

Nahost-Kommission

Streik angekündigt, weil die Regierung ihnen Geld vorenthält.

Die jetzigen Preiserhöhungen haben eine Wut ausgelöst, die Israel seit langem nicht mehr gekannt hat. In den armen Stadtvierteln von Jerusalem, in denen hauptsächlich die orientalischen Juden (aus arabischen und afrikanischen Ländern) wohnen, gab es 2 Tage lang Protestaktionen, in denen Mülltonnen und Autoreifen in Brand gesetzt wurden und der Verkehr blockiert wurde. In Sprechchören riefen die Demonstranten: „Milliarden für die Siedlungen, aber Armut bei uns“. Um die erwarteten Demonstrationen niederzuschlagen, waren extra Polizeikräfte aus anderen Städten nach Jerusalem geholt worden. 5000 Menschen folgten einem Demonstrationsaufruf der Organisation „Frieden jetzt“; auf der Demonstration wurde die Regierung zum Rücktritt aufgefordert, weil sie „aus Geldmangel die wichtigsten Lebensmittel unmöglich teuer macht und stattdessen Milliarden in die jüdische Siedlung der besetzten Gebiete steckt“ (Welt, 26.11.).

Ein Generalstreik der Gewerkschaft Histadrut, der für den 27.11. geplant war, wurde vom Arbeitsgerichtshof verboten und dann von der Histadrut abgeblasen. Doch ist damit sicher nicht der Protest beendet, denn die Auswirkungen der Einsparungen werden in den nächsten Monaten voll durchschlagen.

Nahost-Kommission

Blutbad im Allerheiligsten

In der großen Moschee von Mekka, dem Ziel von jährlich mehr als einer Million muslimischer Pilger, kann wieder gebetet werden. Auch der letzte der Besatzer, die am Vorabend der Jahrhundertwende 14./15. Jh. muslimischer Zeitrechnung in großer Zahl bewaffnet in die Moschee eingebrungen waren, ist hingemetzelt oder wartet in einem saudischen Gefängnis auf seine Hinrichtung. Dieser mörderische Ausgang der Besetzung, bei dem der saudische Gewaltapparat letztlich die Oberhand behalten hat, ist dennoch mehr ein Schwächeden ein Stärkebeweis, und das in mehrfacher Hinsicht.

Saudi-Arabien preist sich gern als Hüter und Wächter der heiligsten islamischen Stätten an und leitet daraus propagandistisch seinen politischen Vormachtsanspruch in der islamischen Welt ab. Allein die Tatsache, daß die bewaffnete Besetzung einer Moschee, und noch dieser, unter den Augen der Bewacher möglich war, muß bei jedem Muslim mehr als Zweifel an der saudischen Qualifikation für diese Aufgabe erwecken. Jeder Muslim weiß, daß es strikt verboten ist, in einer Moschee Waffen auch nur mitzuführen, geschweige denn, sie ihrem Zweck entsprechend einzusetzen. Dieses Verbot gilt natürlich nicht nur für die nach Mekka pilgernden Gläubigen, sondern auch für die Hüter der heiligen Stätten. Die saudische Regierung war nach der Besetzung der Moschee in einer Zwickmühle: Einerseits mußte sie, wenn sie noch ein bißchen von ihrem selbstaufgebauten Image retten wollte, möglichst rasch die „Panne“ wiedergutmachen, d.h. die Besetzung beenden; doch wie sollte sie das andererseits bewerkstelligen, wenn keine Waffen eingesetzt werden durften?

Der Konflikt wurde, wie man weiß, auf recht fadenscheinige Weise mithilfe islamischer Rechtsverdreher gelöst. Der oberste Klerus, die königstreue „Ulema“, erstellte ein Gefälligkeitsgutachten. Der Rat der geistlichen Würdenträger „fand heraus“, daß Töten sogar in der heiligsten aller Moscheen erlaubt sei, wenn die Bewaffneten in der Moschee allen Aufforderungen, die Waffen niederzulegen, nicht nachkommen („Süddeutsche Zeitung“, 26.11.79).

Die Erklärung der Ulema war das Freizeichen für das grausame Schauspiel, das folgte. Es gibt keine zu-

verlässigen Angaben über die Anzahl der Toten und Verletzten, die Opfer der zweiwöchigen Schlacht zwischen saudischer Armee, Nationalgarde und Polizei einerseits, und den Männern und Frauen andererseits, die die Moschee besetzt hatten oder als Geiseln genommen waren; gehandelt werden Zahlen zwischen 70 und mehreren Hundert Toten.

Die Besetzung der Großen Moschee war nicht nur eine Schlappe im Hinblick auf das saudiarabische Image unter den gläubigen Muslimen in aller Welt, sondern führte auch die beharrlich wiederholte Behauptung, in Saudi-Arabien gäbe es keinerlei Opposition, ad absurdum.

Seit der Schah aus dem Iran vertrieben wurde, fragen sich die westlichen Imperialisten besorgt, ob der „persische Virus“ wohl auch auf Saudi-Arabien übergreifen könne. In der hiesigen Presse ergibt sich zu dieser Frage ein merkwürdiges Bild: So gut wie keine Berichte über Aufstände, Unruhen oder auch nur Unmut in der saudischen Bevölkerung, aber jede Menge über offizielle saudiarabische Beteuerungen, daß es für ihre imperialistischen Freunde keinen Grund zur Beunruhigung gäbe, und daß alle Berichte in (vorwiegend arabischen) Zeitungen anderer Länder, die etwas anderes behaupten, gelogen seien. Der Anlaß der Dementis wird immer nur vage angedeutet, aber immerhin sind ihnen Hinweise auf einige Konfliktherde zu entnehmen. In den letzten Monaten scheint es mehrere blutig niedergeschlagene Putschversuche gegeben zu haben („Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“, 23.4.79). Ob es hierbei einen Zusammenhang mit den fraktionsartigen Differenzen innerhalb des Königshauses gibt, die im Kontext der saudischen Haltung zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag offenkundig geworden sind und zu zeitweiligen Mißstimmungen im Verhältnis USA-Saudi-Arabien geführt haben, ist unklar. Ebenfalls dementiert wurden Meldungen der Beiruter Zeitung „as-Safir“, daß im Ölgebiet von Dhahran Unruhen unter den Arbeitern (überwiegend Ausländer) blutig niedergeschlagen worden seien („Tagesspiegel“, 12.2.79).

Die Besetzung der Großen Moschee war erstmals eine oppositionelle Aktion, die sich bei bestem Willen nicht verheimlichen ließ. Verlässliche

Informationen über die Motive oder Ziele der Besatzer – vermutlich einige Hundert, z.T. mit Familien – hat die saudische Regierung aber zu verhindern gewußt. Sie ließ lediglich verbreiten, daß es sich um abtrünnige Muslime handele, die einen neuen Mahde (Erlöser) ausgerufen hätten. Anderen Quellen zufolge hat sich eine „Union des Volkes der Arabischen Halbinsel“ für die Besetzung der Moschee verantwortlich erklärt mit den Worten: „Wir erwarten nicht den Mahdi, wir erwarten die Revolution“ („Frankfurter Rundschau“, 28.11.). Immer wieder berichtet wird auch, daß Beduinen, – die von der „Sozial“politik der Königsfamilie am stärksten getroffene Bevölkerungsgruppe – an der Besetzung beteiligt gewesen seien. In Presse und Rundfunk wurden die Mißmaßungen und Gerüchte über die Herkunft der Besatzer auf die Frage zugespitzt, ob es sich um einen religiös oder politisch motivierten Angriff gehandelt hat. Bezogen aber auf ein Land, in dem die Herrschenden Politik mit der Religion machen, wo emanzipatorische und demokratische Regungen mit der ganzen Bandbreite islamischer Folterstrafen (von Handhacken bis zum Steinigen) brutal unterdrückt werden mit Hinweis auf das islamische Recht, und wo zugleich eine korrupte Oberschicht in Saus und Braus lebt, ist es müßig zu fragen, ob ein religiös motiviertes Aufbegehren auch politische Forderungen beinhaltet. In einer so rückständigen Gesellschaft, wo religiöse Vorurteile und Werte in der Bevölkerung tief verankert sind, wird selbstverständlich jeder Massenprotest sich zunächst des religiösen Gewandes bedienen.

Auf jeden Fall haben die sozialen und politische Widersprüche in der saudischen Gesellschaft sich offenbar schon so zugespitzt: auf der einen Seite die im westlichen Stil prassende und eine oberflächliche Modernisierung durchpeitschende unermeßlich reiche Oberschicht, auf der anderen Seite die in islamischen Idealen (die dem Lebensstil der Oberschicht widersprechen) niedergehaltene einheimische Bevölkerung und die anwachsende überwiegend ausländische Arbeiterschaft. Man wird hoffentlich bald wieder von Saudi-Arabien hören!

Nahostkommission

Afrika

Afrika

Britische Regierung deckt Rassistenanschläge in Sambia

In einer Kette von Bombenanschlägen zerstörten Kommandos der rhodesischen Rassenarmee in den vergangenen Wochen fast sämtliche lebenswichtigen Verkehrsverbindungen des schwarzafrikanischen Nachbarstaates Sambia zur Außenwelt. Mehrere Brücken, über die Sambia Lebensmittel importieren muß, wurden in die Luft gesprengt. Straßenverbindungen wie Schienenwege vollkommen zerstört. Alle Verbindungen Sambias zu Mozambique, Tansania und Malawi sind mit diesen Anschlägen z.T. auf Monate hin unterbrochen; übrig bleibt anscheinend nur noch der Schienenweg nach Angola (der allerdings auch des öfteren Ziel terroristischer Anschläge der UNITA ist). Sambia ist ein vollkommenes „Innenland“ und ist auf Im-und

Exporte existentiell angewiesen. Die Überfälle wurden vom Sicherheitsrat der UN scharf verurteilt („IHT“, 26.11.).

Der sambische Präsident Kaunda veranlaßte angesichts dieser Situation eine Generalmobilisierung seiner Streitkräfte. Ausserdem verlangte er die sofortige Abberufung des britischen Botschafters Allison aus Lusaka. Kaunda deutete an, daß die britische Regierung im voraus von den rhodesischen Angriffen gewußt und diese mit ihrem Schweigen gedeckt habe. Vor 50.000 Menschen in Lusaka klagte Kaunda die britische Regierung an, daß sie auch im nachhinein „keinen klaren Standpunkt zu den Überfällen“ der Rassisten beziehe („IHT“, 24.11.). Der sambische Außenminister

Chakulya bezeichnete seinen britischen „Amtskollegen“ in diesem Zusammenhang als „Erfaschisten“ („FR“, 26.11.). Als daraufhin ca. 2000 Jugendliche vor der britischen Botschaft in Lusaka protestierten – hierbei gingen wohl einige Scheiben zu Bruch – wurde Allison tatsächlich „auf unbestimmte Zeit“ aus Lusaka abberufen.

An dem erneuten Skandal erweist sich die ganze Scheinheiligkeit der britischen Imperialisten, die sich momentan – mit einigem Erfolg – auf der Londoner Verfassungskonferenz zu Rhodesien gern als „Vermittler“ aufspielen und tatsächlich aber der Patriottischen Front ständig die Pistole auf die Brust setzen und diese zu immer weitergehenden Zugeständnissen erpresst.

Afrikakommission

Transkei: RSA verschärft Unterdrückung

Das Regime des ersten, „unabhängig“ gewordenen Homelands Transkei zeigt sein blutiges Gesicht. Am 1. November ließ Mantazima, Präsident (und gleichzeitig größter Schnapsladen- und Hotelbesitzer) der Transkei 25 Organisationen durch ein „Gesetz zur öffentlichen Sicherheit“ verbieten. Unter den 25 befinden sich so honoräre Verbände wie der Weltkirchenrat und der Südafrikanische Kirchenrat (SACC). Das Verbot dieser beileibe nicht revolutionären Organisationen, die z.T. sogar in der RSA selbst erlaubt sind (!), läßt einige Rückschlüsse auf das seit dem 26.10.1976 „unabhängige“ Marionettenregime zu. Die einzige diplomatische Anerkennung hat das Regime bisher auch nur von seinen Herren in Pretoria gefunden, die auch 2/3 der gesamten Staatsfinanzen tragen.

Die Wirtschaft der Transkei ist völlig bankrott. 47.500 Arbeitsplätze stehen 3,2 Millionen „Bürger der Transkei“ gegenüber, von denen ca. 2 Millionen in der Transkei dahinvegetieren. Vor kurzem führte Mantazima noch zusätzliche Steuern ein, die dem Volk das letzte Hemd vom Leib reißen – Steuern für jede Hütte, für jedes Stück Vieh. Daß diese Politik zum Widerstand der Bevölkerung führen muß, war einkalkuliert: der Polizei- und Militärapparat steht voll und ganz unter Kontrolle der RSA.

Mantazima kündigte bereits am „Unabhängigkeitstag“ an, daß er „die gerechten Gesetze der RSA“ übernehmen wolle – und hat sogar diese rassistische Gesetzgebung noch verschärft.

Auf diesem Weg versucht er derzeit, einen seiner Hauptkontra-

ten auszuschalten. Am 26. Juli ließ er den „König der Xhosas“ – Häuptling Sabata Delindyebo verhaften. Er steht unter Anklage, der Unterminierung der „Würde des Präsidentenamtes“ (2 Jahre Gefängnis) bzw. auch der Sabotage der „Unabhängigkeit der Transkei“ – was nach den Gesetzen der RSA/Transkei Hochverrat ist und für eine Todesstrafe reicht. Sabata ist seit Jahren offener Gegner der Bantustan-Politik der RSA und genießt anscheinend hohes Ansehen unter der Bevölkerung. Zu diesem Prozeß hat sich das Transkei-Regime einen berühmten-berüchtigten Ankläger besorgt: den südafrikanischen Chefankläger Percy Yutar. Dieser brachte 1964 die damalige ANC-Führung für Jahrzehnte ins Gefängnis (nach „FR“, 12.11.79).

Afrikakommission

Fortsetzung von Seite 49

grundstehen soll.

Die Wut großer Teile der israelischen Bevölkerung über diese Siedlungsvorhaben wird vor allem bestärkt durch die Tatsache, daß die Siedlungen zugegebenermaßen zum großen Teil überhaupt nicht wirtschaftlich lebensfähig sind. Die „Neue“ beschreibt dies an einem Beispiel: „Auf den Anhöhen oberhalb von Nazareth (45.000 Einwohner), einer Stadt mit arabischer Bevölkerung und Hochburg des Christentums, ist eine ultramoderne Stadt, Natsrat-Elit, aus dem Boden gestampft worden, die ausschließlich Juden vorbehalten ist. Die für 50.000 Einwohner erbaute Stadt ist zu zwei Dritteln leer.“ Das Budget von Nazareth ist auf 134 Millionen Pfund beschränkt, das von Natsrat-Elit beträgt für fast dreimal weniger Einwohner 300 Millionen Pfund. In Nazareth müssen Wohnungen gemietet und als Klassenzimmer benutzt werden, während in Natsrat-Elit eine bedeutende industrielle Zone geschaffen worden ist, in der die Einwohner von Nazareth – Bauern, die am wenigsten qualifizierten Arbeitsplätze besetzen (Neue, 17.11.). Aufgrund der Finanzkrise werden den arabischen Städten Gelder vorenthalten, so daß sie die Gehälter der Angestellten nicht auszahlen können und kein Geld für notwendige Projekte haben. Die arabischen Stadträte in den besetzten Gebieten hatten schon für den 15. Oktober einen

Streik angekündigt, weil die Regierung ihnen Geld vorenthält.

pakistan



Daß US-Botschaften derzeit ein heißes Pflaster sind, bekamen auch die Insassen dieser Institution in Islamabad, der Hauptstadt Pakistans, zu spüren. In den Angriffen der 3.000 bis 4.000 Demonstranten entlud sich sicher auch die Wut gegen das seit eineinhalb Jahren herrschende Militärregime unter General Zia-ul-Haq. Unter dem Banner der „Islamischen Republik“ unterdrücken die Militärs jede oppositionelle Regung im Lande. Prügelstrafen, öffentliche Auspeitschungen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung.

Die versprochenen Wahlen wurden unter fadenscheinigen Vorwänden bisher zweimal verschoben. Fortschrittliche Presseorgane werden verboten oder zensiert, die Redakteure sitzen häufig mehr im Gefängnis als in den Redaktionsräumen. Beim Vorgehen gegen die Demonstranten vor der Botschaft stellten sich Armee und Polizei voll auf die Seite der US-Imperialisten. Zwei Demonstranten wurden erschossen, 45 verletzt.

Vorher hatten Antimperialisten die Botschaft in Brand gesteckt, wobei auch ein US-Marineinfanterist getötet wurde. Im Stahltrussorraum der Botschaft, „fensterlos, mit Stahlwänden versehen, sechs mal neun Meter groß und ausgerüstet mit eigener Stromversorgung und Sprechfunkgeräten“ („Stern“, 29.11.79) verschanzen sich die Botschaftsinsassen. Daß einem solchen Raum sicher nicht nur Bargeld, sondern hochbrisantes Material lagert, läßt sich denken. Aus ihrer mißlichen Lage wurden die dort verschanzten US-Agenten dann von Hubschraubern der pakistanischen Armee gerettet. In Karachi, einer anderen Großstadt in Pakistan, gingen die Bullen mit Tränengas gegen Demonstranten vor, die Steine gegen das US-Konsulat warfen.

Während die UdSSR und die VR China im Welticherheitsrat die iranische Botschaftsbesetzung verurteilten, unterstützt die Koreanische DVR den „gerechten Kampf“ der Iraner gegen den US-Imperialismus.



Südkoreas Opposition meldet sich

Nach dem abrupten Ableben Park Jung His hatte es von einigen namhaften bürgerlichen Oppositionsführern in Südkorea zunächst ein Stillhalten gegenüber der neuen Führung gegeben. Verbunden damit war sicherlich die Hoffnung auf eine Liberalisierung. Die Bestimmung des Gründers des Koreanischen CIA und der Park-Partei DRP, Kim Jong Pil, als Nachfolger Parks in der Parteiführung hatte allerdings schon auf eine Fortsetzung der bisherigen Politik schließen lassen. Daß auch die neuen Herren in Seoul mit der Opposition ähnlich umzuspringen gedenken wie ihr verblichener Vorgänger, zeigt die Antwort auf einen Appell des „Katholischen Rats für Recht und Frieden“, daß „eine allzu behutsame Behandlung der allgemeinen Forderungen nach politischen Reformen nur Unruhe und Verwirrung im Land auslösen werde“ („FR“, 30.11.79). In einem Dekret des Premierministers Choi wird jede „indiskrete politische Agitation“ unter strenge Strafe gestellt.

Wer es nicht bei Appellen beließ, bekam die Staatsmacht direkter zu spüren. Als sich am 24. November nach dem Tode Parks die (bürgerliche) Opposition auf die Straße begab und ca. 1.000 Leute in der Konferenzhalle des CVJM gegen die geplante Präsidentschaftswahl protestierten, wurden 80 Personen verhaftet. In Flugblättern, die dort verteilt wurden, wurden auch erstmals die USA angegriffen: „Wir lehnen jede äußere Einmischung in den Prozeß der Demokratisierung Südkoreas ab. Die USA müssen aufhören, die Leute des Park-Regimes zu unterstützen“ („Le Monde“, 28.11.79).

In den letzten Tagen sind in Seoul mindestens 258 Personen verhaftet worden. Anlaß waren unter anderem Demonstrationen oppositioneller Gruppen („FR“, 30.11.79).

In der derzeitigen Auseinandersetzung geht es vordergründig um die anstehende Wahl des durch Parks Ableben freigewordenen Präsidentenamtes. Das Regime will diese Wahlen nach der Notstandsverfassung durchziehen, das heißt innerhalb von drei Monaten. Für die Zeit danach wird dann eine „Demokratisierung“ in Aussicht gestellt.

Die Opposition dagegen verlangt eine umgekehrte Reihenfolge: „Zuerst die Ausmerzungen aller Elemente der Diktatur einschließlich Verfassungsänderung, Freilassung politischer Häftlinge und Wiederherstellung der Meinungs- und Pressefreiheit, und danach auf dieser Grundlage wirkliche Wahlen“ („Süddeutsche Zeitung“, 29.11.79).

Hintergrund ist allerdings die Tatsache, daß die Ursache für die kurz vor Parks Tod ausgebrochenen Unruhen in Pusan und anderen Industriestädten des Landes natürlich bis heute nicht beseitigt sind: Inflation, Arbeitslosigkeit, Verbot wirklicher Gewerkschaften und politische Terrorherrschaft. Stattdessen wurden jetzt die ersten beiden der bei den Unruhen Verhafteten mit bis zu drei Jahren Knast bestraft.

Asien/Australien-Kommission



Die Polizei und der südkoreanische Geheimdienst (KCIA) sind bekannt für ihr brutales Vorgehen. Verhaftungen sind an der Tagesordnung

Unverhüllte Kriegsdrohungen Chinas

Während die chinesischen Truppen an der Grenze zu Vietnam ihre Übergriffe und Manöver in letzter Zeit weiter intensivieren, haben offizielle chinesische Vertreter offen mit erneutem militärischen Eingreifen gegen die indochinesischen Länder gedroht.

Im Verlauf der 14. Runde der Verhandlungen zwischen China und Vietnam äußerte der chinesische Delegationschef, der stellvertretende Außenminister Han Nianlong, unverblümt, daß „die chinesische Regierung fest Thailand und die anderen



ASEAN-Staaten in ihrem gerechten Kampf gegen ausländische Aggression und in Verteidigung ihrer staatlichen Souveränität unterstützt“ („Xinhua“, 22.11.79).

Der chinesische Botschafter auf den Philippinen (einer der ASEAN-Staaten) wurde noch direkter. Auf die Frage, ob die chinesische Zusicherung auch militärische Unterstützung einschließe, antwortete der Diplomat: „Sie umfaßt alles“ („Süddeutsche Zeitung“, 24.11.79)!

Asien-Australien-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
 Lerchenstraße 75
 2000 Hamburg 50
 Telefon Verlag: 43 53 06
 Telefon Redaktion: 439 5902

Rheinland-Pfalz
 Südpfalz
 G. Wißmeier
 Postfach 22
 6748 Bad Bergzabern

Sozialistischer Studentenbund
 Büro
 Schlüterstraße 4
 2000 Hamburg 13
 Tel.: 44 98 14

Nordrhein-Westfalen
 Bielefeld
 J. Reents Vertriebsbüro
 Buddestraße 9
 48 Bielefeld
 Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Schleswig-Holstein

Flensburg
 Peter Petersen
 Postlagerkarte 098245 A
 239 Flensburg

Geesthacht
 Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
 Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
 vor Hertle

Kappeln
 Dagmar Schneider
 Postlagernd
 234 Kappeln

Kiel
 H. Lankau
 Postlagerkarte 09 88 93 A
 2300 Kiel 1

Lübeck
 Postlagerkarte 082 314 A
 24 Lübeck 1

Neumünster
 Angelika Schuknecht
 Postlagerkarte A 023573
 2350 Neumünster

Ortholstein
 (Eutin, Plön, Malente)
 Postamt Eutin
 Postlagerkarte A 022853
 2420 Eutin
 Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
 am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
 Postlagerkarte A 022 926

Pinneberg/Steinburg
 Postlagerkarte A 022 926
 208 Pinneberg

Reinbek
 Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
 Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
 KB c/o arbeiterbuch
 Sonnenstraße 8
 2850 Bremerhaven
 Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
 Am Schwarzen Meer 104
 28 Bremen 1
 Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
 Postlagerkarte 081 378
 33 Braunschweig
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
 Verkauf jeden Sonnabend
 10 - 12 Uhr vor Karstadt
 Nordersteinestraße

Emden
 Postlagerkarte 0674 58 A
 297 Emden

Göttingen
 Buchladen Rote Straße
 Rote Straße 10 z.Hd. KB
 34 Göttingen

Hannover
 V. Campen
 Postfach 1262
 3 Hannover 1

Hildesheim
 Postlagerkarte A 019 084
 32 Hildesheim
 Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
 Fußgängerzone / Hoher Weg

Lüneburg
 Postlagerkarte A 017 890
 314 Lüneburg
 Sonnabend Bächerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
 Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
 am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
 Postlagerkarte 070 178 A
 29 Oldenburg

Wolfsburg
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Hessen

Darmstadt
 Edwin Herrmann
 Am Eichbaumeck 52
 61 Darmstadt

Frankfurt
 J. Reents Vertriebsbüro
 S. Lissner
 Rödelheimer Str. 13
 6 Frankfurt 90

Kassel
 Florian Rohs
 Kirchweg 77
 3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
 schriftlich über Buchladen Jos Fritz
 c/o Kommunistischer Bund
 Wilhelmstraße 15

Heidelberg
 AK-Lesekreis jeden Montag und
 Büchertisch jeden Mittwoch
 (Altstadt/Mensa) Kontakt über
 Postlagerkarte 080 845 B
 AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
 Mensa Triplex

Karlsruhe
 Heidi Zorn
 Humboldtstraße 13
 75 Karlsruhe

Stuttgart
 Postlagerkarte 924 B
 7000 Stuttgart 1

Mannheim
 „Der Andere Buchladen“
 c/o KB-Sympathisanten
 M 2,6
 6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
 Verkauf jeden Dienstag
 Büchertisch 11 - 13 Uhr
 Gesamthochschule

Landshut
 A. Fierbeck
 Postfach 2413
 83 Landshut
 Verkauf jeden Sa. 10 - 12 Uhr
 Altstadt vorm Oberpeur

Nürnberg
 P. Tröstler
 Postfach 150 472
 85 Nürnberg

Würzburg
 Postlagerkarte 079303 A
 8700 Würzburg
 Verkauf mittwochs nach
 AK-Erscheinen, Alte Mensa

„Ich habe Drachenzähne gesät und Flöhe geerntet“ (H. Heine)

Einige Überlegungen zur Auseinandersetzung mit Rudolf Bahro

Mit diesem Artikel wollen wir die Auseinandersetzung mit Bahros Analyse des „real existierenden Sozialismus“ beginnen. Bahro lehnt eine Einschätzung der Sowjetunion als staatskapitalistisch bzw. als kapitalistische Restauration kategorisch ab. Ihm scheint der „real existierende Sozialismus“ als eine „Gesellschaftsform eigenen Typs“, ebenso wie Kapitalismus und Sozialismus. Es geht bei dieser Auseinandersetzung nicht um einen Streit um Worte, sondern um handfeste ideologische Differenzen, denn verbunden mit Bahros Theorie der „Gesellschaftsform eigenen Typs“ ist die Ablehnung des Klassenkampfes und des Sozialismus als Diktatur des Proletariats. W. Thaa hat sicherlich recht, wenn er 1978 feststellte: „Daß das Proletariat als revolutionäres Subjekt abgedankt hätte, ist wohl die These Bahros, die von der westdeutschen Linken am meisten aufgegriffen wurde.“ (1)

Auf den Bahro-Kongressen in Westberlin (1978) und in Marburg (1979) wurde Bahro von antikomunistischen Linken wie Dutschke, Heinz Brandt u.a. zum Kronzeugen des Nihilismus ernannt. Die Begeisterung für „Die Alternative“ Bahros ist nicht zu trennen von der Krise der westdeutschen Linken. Bahros Rolle in Offenbach macht es nötig, sich mit den Theorien dieser Strömung intensiv auseinanderzusetzen. Worum es in diesem Artikel also auch geht, ist aufzuzeigen, daß die von Bahro in der BRD vertretenen Positionen seinen Äußerungen in der „Alternative“ zumindest nicht widersprechen.

R. Bahro über die Oktoberrevolution und den „real existierenden Sozialismus“

Bahro gesteht zwar den Bolschewiki zu, subjektiv den Sozialismus angestrebt zu haben, meint aber, daß eine sozialistische Revolution von vornherein zu Scheitern verurteilt gewesen sei: „Für Rußland konnte die Aufhebung der kapitalistischen Privateigentums einfach deshalb keine große positive Bedeutung haben, weil es dort nur wenig kapitalistisches Privateigentum gab und weil das ökonomische Leben erst punktuell davon berührt war. Die Tragödie der russischen sozialistischen Avantgarde beruht darauf, daß sie faktisch eine andere Aufgabe, die Erfüllung vorfand, als die, zu der sie sich unter dem Einfluß ihrer westeuropäischen Vorbilder berufen hatte. Die Oktoberrevolution leitete dann auch einen ganz anderen Prozeß ein als die für Westeuropa erwartete sozialistische Revolution.“ (2) Daher müsse mit aller „Deformationstheorie“ Schluß gemacht werden. (3) (Mit Theorien, die den russischen Kapitalismus als schwach und lediglich aus Westeuropa importiert erklärten, die — à la „asiatische Produktionsweise“ — ihn in Rußland für untergeordnet und ähnliches hielten, hat sich Lenin sehr intensiv auseinandergesetzt. Vergl. „Auf welches Erbe verzichten wir?“, LAW Bd. I und „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“, LW Bd. 3).

Bahro behauptet, die Revolution in Rußland sei „mehr durch äußere Widersprüche des Weltimperialismus als durch „normale“ innerkapitalistische Widersprüche ausgelöst worden“ (4). Die Expansion des Kapitalismus habe Rußland gezwungen, sich „sozialökonomisch neu zu formieren“. Aufgrund der vorherrschenden „asiatischen Produktionsweise“ wäre es bei der Oktoberrevolution nicht um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gegangen, die Revolution hätte „im Idealfall gerade am Kapitalismus vorbei“ geführt (5): „Das ist das Phänomen des nicht-kapitalistischen Wegs zur Industriegesellschaft ... Der real existierende Sozialismus ist die Ordnung, unter der sich Länder vorkapitalistischer Formation eigenständig die Voraussetzung des Sozialismus erarbeiten, wobei der Druck der vom Kapitalismus erzeugten industriellen Produktivkräfte den entscheidenden Anstoß gibt.“ Der „real existierende Sozialismus“ sei somit „Sozialismus im Larvenstadium, Vorbereitung des Sozialismus, aber in dem selben Sinne ... wie auch der Spätkapitalismus seit langem als ...

nach dem gesellschaftlichen Träger dieser Verhältnisse und dem Subjekt der von Bahro prophezeigten „gewaltlosen Umwälzung“, zumal Bahro der Ansicht ist, daß „der Begriff der Arbeiterklasse nicht mehr anwendbar ist“ (8).

Bahro lehnt eine Einschätzung des „real existierenden Sozialismus“ als Staatskapitalismus kategorisch ab. Er schreibt: „Das spezifische Wesen des real existierenden Sozialismus ist eben die Zurückführung auf dieses allgemeine Wesen aller Klassenherrschaft“ (9), d.h. die Trennung der Produzenten von ihrem Mehrprodukt, das „ihnen gegenüber in fremden Händen als Machtmittel konzentriert“ wird. Die Ablehnung der Einschätzung des „real existierenden Sozialismus“ als Staatskapitalismus (bzw. als kapitalistische Restauration) wird von Bahro nicht durch eine Bestimmung der Klassen im RGW ersetzt. Bahro schreibt zwar: „Der Bürokratismus hat längst aufgehört, eine bloß übergestreifte fremde Form zu sein. Er ist zur gewissermaßen natürlichen politischen Existenzform einer großen Gruppe von Menschen mit ausgeprägten Sonderinteressen geworden, die sich um den Stamm, die Äste und die Zweige des Machtapparats kristallisiert hat“ (10), „... dieser Funktionskörper steht den Massen tendenziell antagonistisch gegenüber“ (11). Legt man Lenins Klassendefinition zugrunde, wie er sie in dem Artikel „Die große Initiative“ (12) vornahm, so müßte bei einer den Massen tendenziell antagonistischen „Gruppe von Menschen mit ausgeprägten Sonderinteressen“ von einer herrschenden Klasse gesprochen werden. Dies lehnt Bahro, obwohl er den „real existierenden Sozialismus“ für eine „späte Klassengesellschaft“ (13) hält, ausdrücklich ab: „Der Begriff des Apparats, als des anzugreifenden Pols, ist exakt genug für strategische Zwecke“ (14). So spricht Bahro von „Klassenherrschaft“, von „Diktatur des Politbüros“, von „stalinistischen Bürokraten“ quer Beet. Die Einschätzung des „real existierenden Sozialismus“ bei Bahro ist also sehr widersprüchlich, um nicht zu sagen inkonsequent.

Bahro geht von einer ungebrochenen Kontinuität des „real existierenden Sozialismus“ seit der Oktoberrevolution aus; für ihn ist der „real existierende Sozialismus“ seit der Oktoberrevolution aus; für ihn ist der „real existierende Sozialismus“ eine logische und unvermeidbare Folge der gesellschaftlichen Zustände in Rußland vor der Oktoberrevolution. In diesem Punkt ist Bahro deckungsgleich mit linkssozialdemokratischen Theorien, die eine Unmöglichkeit sozialistischer Umwälzungen in nicht oder kaum industrialisierten Ländern behaupten.

Die Behauptung einer ungebrochenen Kontinuität des „real existierenden Sozialismus“ hängt eng zusammen mit der Inkonsistenz seiner Einschätzung des RGW. Bahro kann für seine Theorie keine herrschende Klasse gebrauchen, weil damit seine Aussagen über die Arbeiterklasse hinfällig würden. Bahro behauptet: „Von einer Herrschaft der Arbeiterklasse kann keine Rede sein, schon gar nicht für die Zukunft“ (15). Die Pole in der „späten Klassengesellschaft“ bestimmt Bahro als „den Apparat“ einerseits und die Massen (die „vornehmlich die Masse an Subalternität“ repräsentierten) andererseits. Die Herrschaft des Apparats zu „brechen — übrigens nicht gleichbedeutend mit seiner Abschaffung —, ist die historische Aufgabe. Aber „die Massen“ werden nicht das Subjekt sein, das diese Tat vollbringt. Es sei denn, man weitete ihren Begriff erneut in jener Weise aus, in der Marx seinerzeit den Begriff des Proletariats ausweitete, als er ihm eine welthistorische Mission zusprach. Ich denke, es ist heute klar, daß das eine Mystifikation war, wenn auch keine grundlose oder unfruchtbare. Sie reflektierte die Rolle der revolutionären Intelligenz, welche letztere „das Bewußtsein“ in die für sich genommen eben doch subalterne Klasse hineinbrachte, also ihre Führung übernehmen sollte. Gerade darin war übrigens die nach- bzw. nichtkapitalistische Apparatherrschaft schon in den vorrevolutionären Arbeiterorganisationen vorgeprägt“ (16).

Was Bahro hier — Anspruch hin, Anspruch her — propagiert, ist kein

tie“ und die Herrschaft der Arbeiterklasse nur eine verschrobene Idee weltfremder Intellektueller... Mit den tatsächlichen Aussagen Lenins und Marx' zur Parteifrage setzt sich Bahro nicht auseinander. Lenin hat zu keinem Zeitpunkt die Notwendigkeit, den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterbewegung hineinzutragen, mit der „Subalternität“ der Arbeiterklasse begründet, sondern mit der unbestreitbaren Tatsache, daß der wissenschaftliche Sozialismus eben nicht spontan aus den Kämpfen, sondern aus der Philosophie und Wissenschaft entstand, deren Träger die bürgerliche Intelligenz ist. Eben deshalb ist — den Gedanken hat Lenin stets wiederholt — ein Bündnis zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse absolut notwendig (bspw. in dem Artikel „Über die Bedeutung eines streitbaren Materialismus“ in LW 33).

Bahro zur Perspektive des „real existierenden Sozialismus“

Für Bahros Theorie einer Umwälzung des „real existierenden Sozialismus“ spielt sein Verhältnis zur Arbeiterklasse natürlich eine zentrale Rolle. Es steht somit die Frage nach dem gesellschaftlichen Träger der von Bahro anvisierten Veränderung (Kulturrevolution) und nach dem gesellschaftlichen Hauptwiderspruch. In der Beantwortung dieser Fragen ist Bahros Position undeutlich. Bezüglich des Widerspruchs schreibt Bahro: „Der Widerspruch zwischen den Massen und dem Apparat führt seinem Wesen nach nicht über das bestehende System hinaus.“ Wie das mit der Behauptung, der Funktionskörper stehe den Massen „tendenziell antagonistisch“ gegenüber, zusammenpaßt, ist Bahros Geheimnis. Zugleich ist Bahro der Ansicht, daß eine „andere Perspektive als die sozialistische“ nicht möglich sei (die Möglichkeit einer Restauration des Kapitalismus im RGW zieht Bahro nicht einmal in Betracht). Die sozialistische Perspektive sei die „einzige Alternative zu einer globalen zivilisatorischen Katastrophe“ (17). Dies bezieht Bahro auf den „real existierenden Sozialismus“ und auf den Kapitalismus westlicher Prägung (wobei er der Ansicht ist, daß sich „das System in der Bundesrepublik ... nicht auf Kapitalismus“ reduziert). Heute sei der „real existierende Sozialismus“ das System in der Bundesrepublik ... nicht auf Kapitalismus“ reduziert). Heute nun sei „die Bewegung der Arbeiterklasse (in den kapitalistischen Ländern) eine zu schmale Basis ... um eine Gesellschaft umzugestalten...“. Daher sei ein Bündnis „aller progressiven Elemente“ quer durch die Klassen notwendig, wie es von den Eurokommunisten angestrebt werde (18); denn: „Das Subjekt der Emanzipationsbewegung findet sich in den energischen, schöpferischen Elementen aller sozialen Schichten“ (19). Es verlagere sich „die soziale Entwicklungsdynamik allmählich von der materiellen Expansion auf die Entfaltung der menschlichen Subjektivität...“, daher entstehe die „Möglichkeit für ein großes Bündnis aller Kräfte und Strömungen, die die Menschen aus der Gefangenschaft der selbstgeschaffenen (?) Sachzwänge herausführen möchten“ (20), insbesondere mit den Christen. In dieser Situation könne sich die „kommunistische Bewegung nicht mehr auf den Standpunkt ausschließender, besonderer Klasseninteressen“ stellen. (21) Das theoretische Gerüst für die Überlegungen Bahros über einen „historischen Kompromiß“ usw. (siehe AK 167, S. 3) findet sich komplett in der „Alternative“.

Der von Bahro anvisierte Sozialismus, die als „Umwälzung der ganzen subjektiven (!) Lebensformen der Massen“ definierte „Kulturrevolution“ wird jedes Klasseninhaltes beraubt: „Unsere Zivilisation ist an jene Grenze der Ausdehnung angelangt, wo die innere Freiheit des Individuums als Bedingung des Überlebens erscheint. Sie ist einfach die Voraussetzung für den einsichtigen kollektiven Verzicht auf die so verhängnisvolle wie subjektiv zwecklose Fortsetzung der materiellen Expansion. Die allgemeine Emanzipation wird zur absoluten Notwendigkeit.“ (22) „Allgemeine Emanzipation“ als „kollektiver Verzicht“ — das klingt eher nach Club of Rome als nach Marxismus!

Die „innerste Tendenz“ dieses „überschüssigen Bewußtseins“ seien die „emanzipatorischen Interessen“ (24), die „die potentiell allumfassende Aneignung der Kultur“ verlangen würden, wobei das „höchste Ziel der Aneignung ... die Befreiung von aller Beschränktheit und vor allem Subalternität des Denkens, Fühlens und Verhaltens“ sei. Träger des „überschüssigen Bewußtseins“ sind für Bahro nicht die „subalternen“ Arbeiter, sondern die Künstler, Wissenschaftler, Funktionäre, — die Intelligenz und Teile der Neuen Bourgeoisie.

Als Bahro in Offenbach davon sprach, die Linke müsse nun bis „in das breite Spektrum der utopischen Sozialisten“ zurückgreifen (25), war das die wohl ehrlichste Selbsteinschätzung Bahros. Mit Marxismus hat es in der Tat rein gar nichts zu tun, wenn Bahro behauptet, eine revolutionäre Strategie müsse sich auf „die Struktur des psychischen Energieumsatzes und -aufwandes der Gesellschaft“ einstellen (26).

Alter Wein in neuen Schläuchen

Bahros Kritiken an der DDR, — daß sie auf kulturellem Gebiet den kapitalistischen Weg fortsetze, — daß die SED „aktiv massenhaft falsches Bewußtsein“ produziere, — daß sie die Grundlagen der Klassenherrschaft (Arbeitsteilung etc. pp) nicht antaste usw., sind richtig. Recht hat Bahro auch, daß die DDR einer grundlegenden, alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden Kulturrevolution bedarf. Und richtig ist schließlich auch sein Anspruch, den „real existierenden Sozialismus“ von seinem „allgemeinen Produktionsverhältnis“ her zu analysieren. Für das Zustandekommen einer linken Opposition in der DDR hat Bahro zweifelsohne einen wichtigen Beitrag geliefert.

Auf der anderen Seite steht aber eine durch und durch reformistische und idealistische Konzeption bei Bahro, „Überschüssiges Bewußtsein“, da mag Bahro durchaus Recht haben, drängt danach, sich Freiräume zur Betätigung zu suchen. Aber das garantiert keineswegs eine sozialistische Alternative.

Für eine sozialistische Strategie hat Bahro sehr wenig zu bieten. „Es läge zum Beispiel nahe, an die Intelligenz (als Subjekt — d. Verf.) zu denken.“ Bahro sei „wichtig zuzunehmen“, es läge zum Beispiel nahe, an die Intelligenz (als Subjekt — d. Verf.) zu denken. Das hätte immerhin einen rationalen Kern (!), hieße aber dennoch einen falschen Ausgangspunkt beziehen. Die Sozialstruktur in der späten, sich auflösenden Klassengesellschaft ist nur nach rückwärts in solchen Kategorien zu beschreiben“ (27). Zu der letzten Aussage kommt Bahro, indem er sagt, im „real existierenden Sozialismus“ gebe es alle Klassen der „bürgerlichen Gesellschaft minus Bourgeoisie und Junker“, und ohne das Gegenstück Bourgeoisie verliere der Begriff Arbeiterklasse seinen Sinn: „Individuen bilden eben nur insofern eine Klasse, als sie in Bezug auf ihre Stellung zu den Produktions- und Existenzbedingungen im gemeinsamen Gegensatz zu einer anderen stehen“. Eben das hatte Bahro (s.o.) bereits festgestellt: daß ein „Funktionskörper“ eine Gruppe mit „ausgeprägten Sonderinteressen“ den Massen „tendenziell antagonistisch“ gegenüberstehe. Diesen Widerspruch in der eigenen Position „löst“ Bahro durch die Behauptung: „das Grundverhältnis besteht nicht zwischen einer Arbeiterklasse und den übrigen Elementen der Sozialstruktur, sondern in ihrer gemeinsamen Gleichheit gegenüber einem dritten Faktor“, d.h. gegenüber der „Diktatur des Politbüros“ (28).

Was die Erklärung der Intelligenz (der Träger des „überschüssigen Bewußtseins“) zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderung mit Marxismus zu tun hat, ist ein weiteres Geheimnis Bahros. Bahro selbst schreibt, daß sich die Opposition im RGW größtenteils „auf rein liberaldemokratische Forderungen, auf eine Menschenrechtskampagne, zurückgeworfen sieht, auf eine Position also, die zugleich die breiteste und die platteste, konstruktiv gehaltloseste ist“ (29); daß der „real existierende Sozialismus“ bei seinen Bürgern „tätlich die Sehnsucht nach Restauration irgendwelcher früherer (!) Zustände“ erzeugt. Mit dieser Aussage hat Bahro sicherlich recht: Der Kampf der

gel“-Interview aufstellte: „Das, was ich in dem Buch zusammengefaßt habe, liegt insgesamt dort (in der DDR — d. Verf.) in der Luft. Das ist nicht eine irgendwie organisierte Strömung, sondern das ist Gedankengut, das sind Überlegungen, das sind Motivationen, die in der großen Mehrheit (!) der denkenden Parteimitglieder einfach drinstecken. Auch in den hohen Rängen gibt es Leute, die in meine Richtung denken“ (30). Kurz: „Evolution — da ist meine Hoffnung völlig ungebrochen.“

Den historischen Bezugspunkt für diese Theorien bildet der „Prager Frühling“: „Spätestens damals in der Tschechoslowakei wurde offenbar, daß es im real existierenden Sozialismus generell einen progressiven Interessenblock gegen die Apparatherrschaft gibt. Mehr noch, es wurde klar, daß die Mehrheit der aktiven Parteimitglieder auf einen Aufbruch zu neuen Ufern wartet“ (31). Der „Prager Frühling“ begann nach Bahro „bei den Ideologen“ (!) und „die Mobilisierung für die Reform lief als Kettenreaktion durch die Bildungsstruktur von oben nach unten“ (32). Diese Behauptung ist der Eckpfeiler des Konzeptes: „Die Ideologen (darunter versteht Bahro die Intelligenz — d. Verf.) sind als erste in der Lage, ihre Frustration durch das bürokratische Rollensystem, das die Entwicklung ihrer (!) Persönlichkeit deformiert und jeden wesentlichen Ausdruck ihrer Individualität verhindert, zu reflektieren und auf die sozialen Ursachen zurückzuführen“ (33). Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht darum, eine Sensibilität der Literaten usw. für Unterdrückung zu bestreiten. Bestritten werden muß aber, daß daraus automatisch eine sozialistische Perspektive erwächst. Und es ist eben alles andere als Zufall, daß die „Reform“versuche des „Prager Frühlings“ und nicht die Arbeiterkämpfe in Polen Bahros Bezugspunkt sind: „Letztlich wurde in Prag und Bratislava nichts geringeres nachgewiesen als die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaftsordnung ohne politbürokratische Diktatur“ (34). Das Gegenteil ist der Fall! Der „reale Sozialismus“ lebt mit dem permanenten Wider-

reents-bücher
reents-bücher
in jedem guten buchladen

Texte
zur
Stalinfrage

irv

168 S.

DM 12,50

Aus dem Inhalt:

Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution
Die Moskauer Prozesse
Die „Stalin-Frage“ und die KP Chinas
Mao-Tse-Tung: Bei der Unterdrückung der Konterrevolution muß die Massenlinie der Partei befolgt werden
Interview mit Charles Bettelheim

☐ Verlagsprospekt

Name

PLZ u. Ort

Fortsetzung von Seite 52

sprach zwischen kapitalistischer Restauration und den Eingriffen der Neuen Bourgeoisie in den „freien Lauf der Kräfte“, dort, wo sie ihre Herrschaft, ihre Existenz als Neue Bourgeoisie gefährdet sieht. Die „Reform“-Bestrebungen der Dubček-Fraktion waren der Versuch, diesen Widerspruch in Richtung „freien Lauf der Kräfte“ aufzulösen. Jan Skála hat recht, wenn er schreibt: „Die anfängliche Zurückhaltung (der Arbeiterklasse — d. Verf.) in der CSSR ist aber auch darauf zurückzuführen, daß die bereits 1967 eingeführte Wirtschaftsreform nicht eine größere Freiheit, sondern vor allem Rationalisierung und die Gefahr einer Arbeitslosigkeit versprach“ (35). Das System des „real existierenden Sozialismus“ (kapitalistische Restauration unter Beibehaltung der speziellen Existenzform der Neuen Bourgeoisie als Staats- und Parteibourgeoisie) ist ohne „politbürokratische Diktatur“ nicht lebensfähig, weil der „freie Lauf der Kräfte“, d.h. die spontane Entwicklung des Systems, unweigerlich zur vollständigen Restauration des Kapitalismus drängt. Dieser Widerspruch zeigt sich beispielsweise auch in der jüngsten DDR-Reform (s. AK 166): Einerseits erweiterte Autonomie der Kombinate, um mit den ökonomischen Schwierigkeiten fertig zu werden — andererseits verstärkte Zentralisierung, direkte Unterordnung der Kombinate unter die Industrieministerien.

Bahro sitzt einer gefährlichen Illusion auf, wenn er behauptet: „Ökonomisch gesehen kann die spät kapitalistische Gruppierung auf jede Roll-Back-Politik verzichten, weil unser Block sukzessiv (schrittweise — d. Verf.) wieder in den einheitlichen Weltmarkt integriert wird, auf den sie dominiert“ (36). Richtig ist, daß der RGW zunehmend in den kapitalistischen Weltmarkt integriert wird; falsch ist die Behauptung, der Imperialismus könne daher auf ein Roll-Back verzichten. Der rationale Kern des Geschwafels der Revisionisten über die „Systemkonkurrenz“ liegt gerade darin, daß der kapitalistischen Restauration (getragen durch die Neue Bourgeoisie) und dem Roll-Back des Imperialismus keineswegs identische Interessen zugrunde liegen. Während der Imperialismus auf eine Wiederherstellung eines einheitlichen Weltmarkts, d.h. auf die Etablierung eines „normalen“ Kapitalismus in den osteuropäischen Ländern abzielt, bastelt die Neue Bourgeoisie an einem System, das ihrer speziellen Existenzform gerecht wird, was kapitalistische Restauration und Beibehaltung der Monopolstellung von Partei- und Staatsapparat bedeutet (Ob das auf die Dauer überhaupt möglich ist, ist eine andere Frage).

„Gesellschaftsformation eigenen Typs“ oder Staatskapitalismus?

„Gesellschaftsformation eigenen Typs“ oder Staatskapitalismus?

Bahro hat selbstredend unbedingt recht, wenn er schwerwiegende Unterschiede zwischen dem „real existierenden Sozialismus“ und dem traditionellen Kapitalismus westlicher Prägung betont. Richtig ist auch, daß von daher eine Klassifizierung der osteuropäischen Länder als staatskapitalistisch problematisch ist, weil sie Gefahr läuft, die Unterschiede zu verwischen; insbesondere dann, wenn die enormen ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der RGW-Staaten vernachlässigt werden. Die Erklärung der Sowjetunion zur „aufsteigenden Supermacht“ ist blanke Unsinn angesichts der ökonomischen (und damit auch militärischen) Unterlegenheit der SU gegenüber dem Imperialismus. In dieser Unterlegenheit (und in nichts anderem) liegt in der Tat ein fundamentales Interesse der Sowjetunion an einer „friedlichen Koexistenz“ (sprich Kooperation) mit dem Imperialismus bei der Aufteilung der Welt. Für die Einschätzung der Sowjetunion sind zwei Fragen entscheidend: 1. Was sind die Grundlagen der Herrschaftsverhältnisse in der SU, welche Produktionsverhältnisse bestehen tatsächlich und 2. in welche Richtung wird sich die SU entwickeln, um aus dem permanenten Dilemma herauszukommen. Meiner Ansicht nach trifft der Begriff Staatskapitalismus die SU am genauesten, weil er zum einen das Moment der kapitalistischen Restauration enthält und zum anderen das der besonderen Rolle des Staatsapparates. Mit dem Begriff wird keineswegs die Möglichkeit einer Restauration in der SU bezweifelt, sondern festgehalten, daß die Produktionsverhältnisse im wesentlichen kapitalistisch sind. Der Begriff grenzt sich eindeutig von Theorien der „eingefrorenen Übergangsgesellschaft“ (Mandel), der „eigenständigen Gesellschaftsformation“ (Bahro,

Damus u.a.) ab. Der größte Nachteil des Begriffes liegt darin, daß er sich nicht abgrenzt von den Hirngespinnsten der „KPD“.

Wenn davon gesprochen wird, daß die Neue Bourgeoisie versucht, ihre spezielle Existenzform abzusichern, dann kann dabei nicht übersehen werden, daß die kapitalistische Restauration in den RGW-Staaten Strömungen hervorbringt, die auf die Wiederherstellung eines „regulären“ Kapitalismus abzielen und daß diese Strömungen (wie die Dubček-Fraktion) auf massive Hilfe des Imperialismus rechnen können. Es besteht also die Gefahr einer Restauration eines kapitalistischen Systems westlicher Prägung in den osteuropäischen Staaten.

Bei dem Streit um die Einschätzung des „real existierenden Sozialismus“ geht es nicht um Worte; es geht darum, ob eine sozialistische Entwicklung in diesen Staaten überhaupt möglich ist. Bahro verneint dies, wenn er behauptet, die Arbeiterklasse im RGW könne nicht „Klasse für sich“ sein, sei generell zu Herrschaft unfähig. Von einem Sozialismus unseres Verständnisses (Diktatur des Proletariats) kann dann keine Rede mehr sein und das von Bahro anvisierte „Bündnis aller progressiven Elemente“ mag alles mögliche, aber sicher keinen Sozialismus herstellen. Bahro hat nicht erst in Offenbach mit der Mischung aus Bergpredigt und utopischem Sozialismus „Farbe bekannt“. Bereits in der „Alternative“ heißt es: „Um den jungsozialistischen Flügel der Sozialdemokratie gruppieren sich heute die progressivsten Elemente der westdeutschen Gesellschaft ... Auf die Dauer kann die Stunde einer großen marxistischen Partei, einer Union aller wirklichen Sozialisten in Westdeutschland nicht ausbleiben. Aber sie wird ein qualitativ anderes Subjekt als die Arbeiterklasse politisch artikulieren“ (37). Zur Strategie einer solchen Union erklärte Bahro im „Spiegel“-Interview, das System in der BRD müsse „evolutionär transformiert werden“, unter anderem indem „ein Keil“ zwischen Staat und Monopole getrieben werde. Und Bahro sagt auch: „Das, was ich sage, kann man in der theoretischen SPD-Zeitschrift 'Neue Gesellschaft' lesen, das kann man auch bei Ideologen des Eurokommunismus lesen.“

Zweifelsohne — das kann man. Nur daß Bahro bei den Linken viel populärer ist als die abgewrackte SPD, deren „theoretische Zeitschrift“ kein Alternativer in die Hand nimmt...

Jan, RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anmerkungen:

1. „Internationalismus-Rundbrief“ Nr. 4, herausgegeben vom Sozialistischen Büro
2. Bahro: Sachs Vorträge ..., In: „Bahro — Eine Dokumentation“, EVA 1977, S. 17
3. ebenda S. 12
4. ebenda S. 12
5. ebenda S. 12
6. Bahro: Sachs Vorträge ..., In: „Bahro — Eine Dokumentation“, EVA 1977, S. 17
7. ebenda S. 12
8. ebenda S. 17
9. ebenda S. 17/18
10. ebenda S. 12/13
11. ebenda S. 13
12. ebenda S. 20
13. ebenda S. 22/23
14. „Die Alternative“, EVA 1977, S. 283
15. Anm. 2, S. 24
16. Lenin-Werke Bd. XXIX, S. 397-424
17. Anm. 10, S. 285
18. Anm. 2, S. 26/27
19. ebenda S. 26
20. ebenda S. 26/27
21. ebenda S. 10
22. Anm. 10, S. 305
23. ebenda S. 387
24. Anm. 2, S. 15
25. Anm. 10, S. 306
26. Anm. 2, S. 16
27. ebenda S. 28
28. ebenda S. 29
29. Rede in Offenbach, „taz“ vom 6. und 7.11.79
30. Anm. 2, S. 30
31. ebenda S. 26
32. Anm. 10, S. 216/217
33. Anm. 2, S. 13
34. Interview im „Spiegel“ Nr. 43/79
35. Anm. 2, S. 50
36. Anm. 10, S. 371
37. ebenda S. 384
38. ebenda S. 362
39. Jan Skála in „So oder So/Extra“
40. Anm. 10, S. 280
41. ebenda S. 222

WEITERE UNTERSTÜTZUNG FÜR APELL

Für den im AK bereits mehrfach abgedruckten „Appell für die gefangenen Revolutionäre und Demokraten in China“ gibt es neue Unterschriften:

- + Helmut Korte, u.a. in der Bahro-Solidarität engagiert.
- + Fachschaftsrat Politik an der Uni Freiburg (einstimmig angenommen am 22.11.79).
- + R. Hoffmann, Politikdozent an der Uni Freiburg, sowie eine Anzahl Freiburger Studenten.

Polen: Giereks Sorgen — Die Unzufriedenheit wächst

Trotz Vorbeugehaft für bekannte Dissidenten — wie Adam Michnik vom KOR — und Wohnungsdurchsuchungen ist es im November in Polen, nicht nur in Warschau, sondern auch in Krakau und Kattowice zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Politik der PVAP-Führung gekommen. In kleinerem Umfang auch in Gdansk, Poznan, Lodz und Lublin.

Am Freitagabend, 9. November, wurden (nach Angaben der Warschauer Dissidenten-Szene) mindestens 113 Menschen in Vorbeugehaft genommen oder während der Warschauer Kundgebung verhaftet. Der Sprecher der „Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte“ (ROPCO), Andrzej Czuma, wurde unmittelbar nach der Kundgebung inhaftiert und unter Anklage gestellt. Alle anderen sollen nach Angaben von Jacek Kuron (KOR) freigelassen worden sein. „Allerdings sei zu befürchten, daß mindestens sechs Personen vor Gericht gestellt würden“ („TAZ“, 14.11.).

Äußerer Anlaß der Manifestationen war der 61. Jahrestag der nationalen Wiedergeburt Polens nach fast 150 Jahren der Teilung. Am 10.11.1918 kam Marshall Pilsudski aus preußischer Haft nach Warschau zurück. Am 11. November begann die Bevölkerung Warschaws spontan, die Garnison der deutschen Okkupanten zu entwerfen. Einige Tage später übertrug der von Deutschland und Österreich eingesetzte Regentenschaft unter dem Druck der Ereignisse die gesamte Macht dem Bürgerlichen Pilsudski, um Schlimmeres für die Bourgeoisie zu verhindern. (Die junge Sowjetrepublik gewährte das „Recht auf Lostrennung“ — Lenin; es bildeten sich Sowjets unter Führung der Arbeiterparteien und fordern die Räte-Republik; in Lublin konstituiert sich die „Provisorische Volksregierung“; November-Revolution in Deutschland).

Der Nationalfeiertag des konservativ-reaktionären polnischen „Zwischenkriegsstaats“ wurde seit Gründung der VR Polen durch den 22. Juli ersetzt (Manifest des Polnischen Komitees für Nationale Befreiung im befreiten Lublin 1944). Der polnische Patriotismus hat nur bedingt die Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung und beim Wiederaufbau anerkannt. Auch die Haltung der SU während der Besetzung Ostpolens wird von allen Strömungen der Opposition kritisch hinterfragt.

Im September gaben Mitglieder des national-konservativen ROPCO während einer — nicht genehmigten — Demonstration von 4.000 Menschen zum Grab des „Unbekannten Soldaten“ in Warschau die Gründung der „Partei für Freiheit und Unabhängigkeit“ bekannt. Ihr Ziel sei es, „mit allen Nachbarn Freundschaft zu suchen“, mit den Russen, den Deutschen und anderen. Niemals werden wir aber wieder hinnehmen, Sklaven irgendeiner Seite zu sein“ (nach „Süddeutsche Zeitung“, 3.9.79).

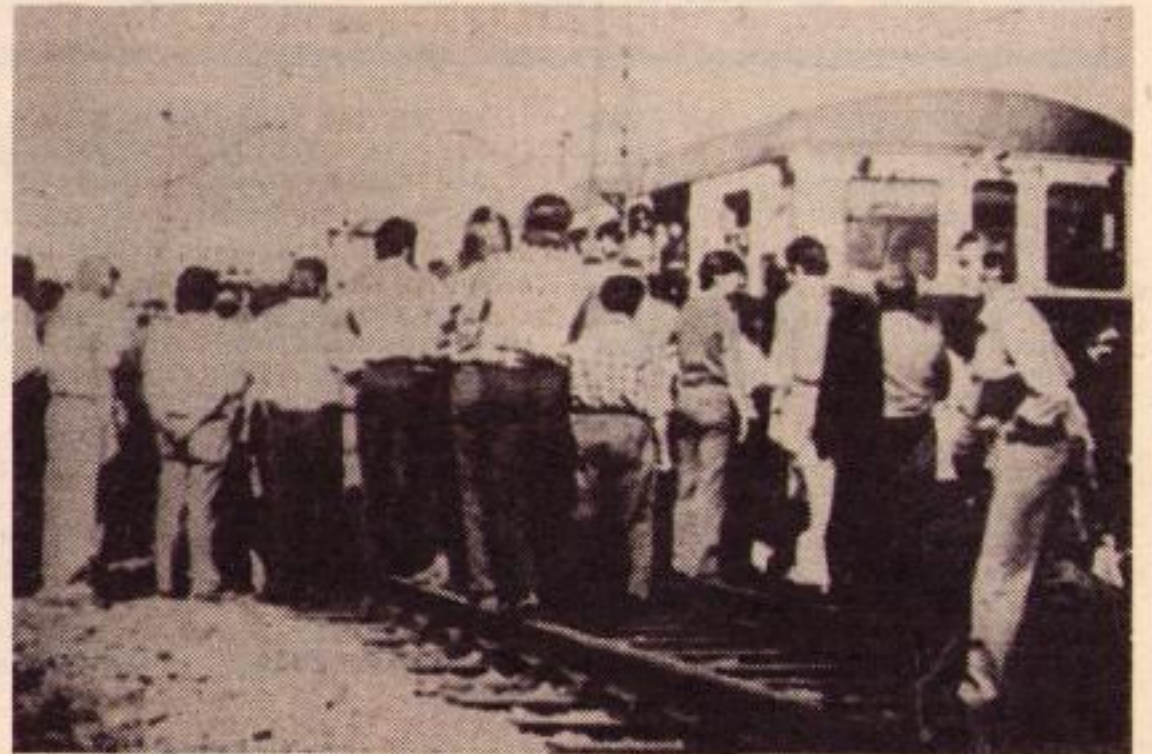
Das überwiegend sozialdemokratisch bestimmte KOR hat anlässlich des 40. Jahrestages des Einmarsches sowjetischer Truppen in den Ostteil des zuvor von den Hitler-Faschisten überfallenen Polen die Aufklärung und Strafverfolgung „sowjetischer Völkermordverbrechen“ gefordert. Es hat somit das heikelste Tabu der VR Polen öffentlich angetastet und klagt an:

- „die Deportation von 1,8 Millionen Zivilisten in die SU, von denen 600.000 starben“;
- 230.000 gefangene Soldaten, von denen nur 82.000 überlebten“;
- 15.000 kriegsgefangene Offiziere, die in sowjetischen Lagern verschwand, darunter 4.500 in Kattyn ermordete“;
- 30.000 Untergrundkämpfer, die beim ersten Sowjeteneinmarsch 1944 verschleppt wurden“ („Spiegel“, 19.11.).

Das KOR beteuert, daß „das Ziel nicht Rache, sondern Urteil (ist). Alle Menschen müssen das Bewußtsein haben, daß Weisungen der Staatsgewalt nicht die Ausführenden von der Verantwortung befreien“ („FAZ“, 19.9.).

Etwa 5.000 Menschen zogen am Sonntagabend nach einer Gedenkmesse in der Warschauer Johannes-Kathedrale mit Fackeln und Transparenten zum „Grab des Unbekannten Soldaten“ auf den Siegesplatz. Unmittelbar nach dem Verlassen der Kirche waren Demonstranten von der zivilen Geheim-Polizei unter Einsatz von Tränengas angegriffen worden.

Im Demonstrationszug wurde immer wieder die Parole „Ohne Freiheit kein Brot“ gerufen. Das verdeutlicht,



Polens Arbeiter (hier die Kollegen des Traktorenwerks Ursus, als sie einen Schnellzug gestoppt haben) bewiesen der Staats- und Parteiführung schon mehrmals ihre kämpferische Entschlossenheit.

daß die Opposition ihre Kritik nicht nur gegen die Wirtschafts- und Innenpolitik der PVAP richtet, sondern auch gegen die geringe Souveränität Polens innerhalb der „real-sozialistischen“ Staatengemeinschaft, insbesondere die Abhängigkeit von der Sowjetunion.

Ein Novum für die polnische Opposition ist die Aktionseinheit von sozialdemokratischen Teilen des KOR und des national-konservativen ROPCO, zumal ROPCO das KOR als „Systemverbesserer“ abqualifiziert. Erstmals waren die Organisatoren mit Lautsprechern ausgerüstet.

Die Menge stimmte wiederholt kirchliche und patriotische Lieder an und legte während der halbstündigen Abschlussskundgebung Kränze am Mahmal nieder. Die zahlreichen „Sicherheits“polizisten hielten sich zurück. Andrzej Czuma (ROPCO) kennzeichnete die „Freiheit“ als das Hauptanliegen seiner Bewegung, würdigte alle Menschen, die für die Sache der polnischen Unabhängigkeit ihr Leben ließen und erklärte: „Heute haben wir weder Freiheit noch Unabhängigkeit und darum haben wir auch kein Fleisch und keine Wohnungen“ („TAZ“, 13.11.). Er forderte die Zuhörer auf, die Wahlen zum Parlament, dem Sejm, im kommenden Jahr zu boykottieren.

ROPCO-Mitglied Wojciech Ziembinski griff diesen Aufruf auf: „Über die Wahlurne sei es den Polen nicht möglich, zu zeigen, ob wir den Kommunismus wollen oder nicht“. Er erklärte seine Verbundenheit mit den verurteilten „Charta 77“-Mitgliedern in der CSSR, und weiter: „Die Polen fühlen sich solidarisch mit den geknebelten Volksgruppen — Weißrussen und Ukrainern — die einst mit in der CSSR, und weiter: „Die Polen fühlen sich solidarisch mit den geknebelten Volksgruppen — Weißrussen und Ukrainern — die einst mit ihnen im polnischen Zwischenkriegsstaat gelebt hatten“ („SZ“, „FR“, 13.11.).

Bemerkenswert erscheint, daß die Partei- und Staatsführung, sowohl bei den Demonstrationen als auch bei den „präventiven Aktionen“, eine gewisse Zurückhaltung zeigte. Offenbar ist sie bestrebt, die oppositionelle Bewegung einzudämmen, nicht aber eine Zerschlagung durchzuführen. Andererseits lassen die Breite der Proteste in mehreren Städten und das Verlangen nach umfangreicher Unabhängigkeit für die VR Polen es fraglich erscheinen, ob es zwischen der Parteiführung und der Opposition bei dem bisherigen Zustand zwischen relativer Koexistenz und begrenztem Konflikt bleiben wird.

Die Kundgebungen fallen in eine Zeit, in der die PVAP-Führer um Vertrauen in der Bevölkerung werben. Doch an diese Aufrufe ist die Bevölkerung gewöhnt. Das Vertrauen, das Gierek nach seiner Amtsübernahme Ende 1970 von der Arbeiterklasse gewährt wurde, ist weitgehend ins Wanken geraten. Die PVAP-Führer versuchen, die katastrophale wirtschaftliche Lage Polens u.a. auch mit der verstärkten Kohleförderung — Polens wichtigstem Exportgut — zu lindern. Wie immer zu Lasten der Bergleute.

Am 5. Oktober kam es in der Nowa-Huda-Grube zu einer Gasexplosion (sieben Tote); am 10. Oktober gab es in der Dimitroff-Grube eine Kohlenstaub-Explosion (34 Tote); schließlich am 31. Oktober einen Brand in der Zeche „Silesia“ (22 Tote). (Alle Angaben nach „Zycie Warszawy“).

Die Kumpel sind bestürzt und aufgebracht. Für sie sind die Unglücksfälle auch das Ergebnis der Antreiberei. Sie werfen der PVAP-Führung vor, auf Kosten der Sicherheit die rücksichtslos forcierte Steigerung der Kohleförderung zu erzwingen.

Das hat den Ex-Bergmann Gierek bewogen, sich wieder einmal „als Arbeiter“ an die polnische Arbeiterklasse zu wenden. Er ließ sich bei seiner „Hausmacht“, der Zeche „Sosnowice“ (seiner offiziellen „Partei-Grundorganisation“) blicken und ließ sich „einen herzlichen Empfang“ bereiten („Zycie Warszawy“, 12.11.).

In einer vom Fernsehen übertragenen „offenen Aussprache“ — mit vorher eingereichten Fragen — mit „seinen Kumpeln“, kam Gierek den Arbeitern scheinbar entgegen. Auf die Frage, ob die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht auf überhastete Investitionen zurückzuführen seien, erwiderte er, „man habe seit 1970 für 2,5 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte aus den geburtenstarken Jahrgängen Arbeitsplätze schaffen müssen“. Die Schwierigkeiten seien Gegenstand der Sorge der Parteiführung und raubten ihm selbst den „Schlaf von den Augenlidern“. In eindringlichen Worten beteuerte er, daß seine „Lebensarbeit nur dem Wohlergehen der Nation und der Verbesserung der Lebensbedingungen“ gewidmet sei.

Dann zog er aber wieder andere Saiten auf. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme „erfordere Zeit, große Mittel, Konsequenz, Ausdauer und Energie“. Vor allem aber verlangte sie gute und ergebige Arbeit. „Mit der Qualität der Arbeit stehe es aber nicht zum besten“, wobei er die Bergleute loblich ausnahm.

Zynisch forderte er die Bergarbeiter auf, „nicht höhere Förderleistung um den Preis der Sicherheit zu erzwingen“. Damit gestand er indirekt ein, daß die Grubenunglücke auf Arbeitshetze zurückzuführen waren.

Zuletzt der Arbeiterklasse wieder den „Schwarzen Peter“ zuschiebend, ein, daß die Grubenunglücke auf Arbeitshetze zurückzuführen waren. Zuletzt der Arbeiterklasse wieder den „Schwarzen Peter“ zuschiebend, behauptete Gierek, „daß hohe Anforderungen an die Partei, die Gesellschaft, den Staat nicht Hand in Hand gehen mit der Erfüllung der bürgerlichen und beruflichen Pflichten“ (Zitate: „Zycie Warszawy“ 12.11., „TAZ“, „FR“, „FAZ“, „SZ“, 13.11.).

Die Opfer, die die Parteiführer von der Bevölkerung verlangen, sind beträchtlich. „Unter diesen Umständen“, wie es eine Studie der Freien Universitätsgesellschaft Polens bedrohlich einschätzt, „sei zu erwarten, daß sich der Unmut des Volkes früher oder später radikal entlade wie in den Jahren 1956, 1970 und 1976 ...“ (siehe AK 166).

In Polen sind die großen notwendigen „Reformen“ innerhalb des Gebildes vom „realen Sozialismus“ lange vernachlässigt und versäumt worden. Es hat sich ein Zustand entwickelt, der eine radikale „Umwälzung“ erforderlich macht, die nicht mehr systemimmanent sein kann...

Das Besondere der polnischen Lage ist, daß die Oppositionellen, aber auch das unzufriedene Volk keine Möglichkeit einer radikalen Alternative sehen, birgt sie doch auch die Gefahr einer sowjetischen Intervention ... auf die alle Dissidenten-Gruppen zweifelnd verweisen.

Deshalb ist bei der polnischen Bevölkerung neben viel Zorn und Unmut auch große Geduld und Ratlosigkeit zu verzeichnen. Doch der Winter nimmt Einzug und nichts spricht dafür, daß die Probleme der letzten Winter, wie das zusammenbrechende Transportwesen, Stromsperrungen und Kohlemangel, anders werden.

Indes ist im Februar der VIII. Parteitag der PVAP und Gierek hat den Zenit seiner „Karriere“ lange hinter sich. In einer ähnlichen Konstellation (Dezember 1970) hat die polnische Arbeiterklasse schon einmal spontan die Initiative ergriffen ...

Udo, RGW-Kommission (22.11.)

Bilanz nach 3 'tollen' Monaten

Am 22.8.79 wurde von der „Zentrumsleitung“ (ZL) der bisher schwerste Fraktionskampf im KB seit dessen Gründung 1971 ausgelöst. Drei Monate zunehmender Polemik, Unterstellungen und offener Feindseligkeit liegen nun hinter uns. Die Situation ist unerträglich geworden: Verhärtete Fronten in den fraktionsierten Bereichen; weit verbreitete Apathie gegenüber der „ideologischen Auseinandersetzung“ im AK; offene Konfrontation in der Wahlpolitik; Bindung von Kräften durch zunehmend irrationalere „Auseinandersetzung“ im Inneren; verminderte Handlungsfähigkeit nach außen.

Mit dieser Stellungnahme wollen wir eine Bilanz machen und unsere Überlegungen für die weitere Entwicklung unserer Organisation, des KB, darstellen.

Die Ausgangspunkte der ZL-Fraktion

In der ersten Phase der Auseinandersetzung profilierte sich die ZL als die knallharte ML-Riege im KB, die sich zum Ziel gesetzt habe, gegenüber ausufernden „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ die „alten Ideale“ des KB hochzuhalten, speziell den Marxismus-Leninismus. In dieser Phase der Fraktionsmacherei nahm die ZL vor allem den Feminismus und den „Utopismus“ aufs Korn. Angekündigt (aber nicht realisiert) war damals u.a. auch ein Artikel-Projekt gegen den Liberalismus in der Diskussion über die „Thesen zur Fraktionsbildung (I)“. Als „liberalistisch“ bezeichnete die ZL alle Tendenzen, Fraktionen (damals ging es konkret um die „Kritik-Fraktion“) zumindest bis zum Kongreß des KB ein Recht auf Bruch der Organisationsdisziplin einzuräumen. Als besonders „liberalistisch“ sah die ZL die zahlreichen Stimmen an, die eine Verpflichtung von Fraktionen auf die Einhaltung von Beschlüssen für falsch hielten. (Genau das aber fordert die ZL heute für sich mit Selbstverständlichkeit!).

Mit einschlägigen Äußerungen errang sich die ZL in dieser Phase auch den Ruf: Befürworter eines betont harten und „prinzipienfesten“ Stils in der Bündnispolitik zu sein – sein grandioser Irrtum, wie sich inzwischen herausgestellt hat!

Insbesondere die Frauen-Politik des KB war in dieser Phase Gegenstand von herzhafte „prinzipienfesten“ Polemiken der ZL-Fraktion, wobei uns mangelnde „Abgrenzung“ gegenüber der „kleinbürgerlichen Frauenbewegung“ zum Vorwurf gemacht wurde. Von der „kleinbürgerlichen Frauenbewegung“ müsse man (frau) sich erst einmal „abgrenzen“, bevor man sich zusammenschließen könne. Den in der Frauen-Politik aktiven Genossinnen wurde „Waffenstillstand mit dem Feminismus“ vorgeworfen, was wiederum zur Ausbreitung von „Grauzonen des Feminismus“ im KB selbst führe.

In dieser Phase entwickelte sich die Polemik der ZL in groben Zügen folgendermaßen:

- Im AK 160 eröffnete die ZL den Angriff auf die „Grauzonen des Feminismus“ im KB. In diesem Artikel führte sie erstmals das Mittel der Zitatenfälschung und der gezielten Verfälschung von Zusammenhängen in die Debatte ein. Seitens der ZL-Fraktion wurde es Mode, endlos wiederzukäuen, daß es im KB einen „Waffenstillstand“ mit dem Feminismus gebe.

- Im AK 161 führte die ZL erstmals die Vorwürfe ein, die LG-Mehrheit schüre „Angst vor der leninistischen Organisation“ und vor dem ideologischen Kampf!

- Im AK 163 „vertiefte“ die ZL diese nur auf Unterstellungen und plumpen Verdrehungen basierenden Vorwürfe. Dort hieß es nun, die Mehrheit der Organisation und das LG wolle „Waffenstillstand und friedliche Koexistenz“ mit den „Fehlströmungen“ im KB. Dies und die „Überstrapazierung des Keimform-Aspekts“ führe zur „Zersetzung“ des KB.

- Im AK 165 publizierte die ZL einen von Zitatenfälschungen strotzenden Artikel gegen die „Thesen“ von F.(Antifa) aus AK 162. F. wurde von der ZL vorgeworfen, er „feiere“ und „bejubele“ die Krise des KB. In diesem Artikel führte die ZL erstmals die These in die Debatte ein, daß Hauptursache der Krise der Linken nicht deren eigene Fehler, sondern eine 1973/74 begonnene „ideologische Offensive der Bourgeoisie und deren Agenturen“ sei.

- Im AK 166 wurde der LG-Mehrheit von der ZL ein „Angriff auf die Politik Lenins“ unterstellt. Damit hatte die Polemik der ZL für die erste Phase ihren krönenden Abschluß erreicht.

- Gleichzeitig deutete sich im AK 166 bereits die weitgehende Umorientierung der ZL auf neue Themen und völlig neue, teilweise entgegengesetzte Argumentationslinien an. Dem „Mehrheitsblock“ des KB wurde plötzlich und ohne inhaltliche Beweisführung unterstellt, er plane eine „Abkehr von der Wahlbewegung“ und verschanze sich zu diesem Zweck hinter „maximalistischen Forderungen“ gegenüber den Grünen.

Das neue „Zweckbündnis“ der ZL-Fraktion

Mit dem AK 166 (12.11.79) eröffnete die ZL die zweite Phase ihrer Fraktionsmacherei. Nachdem sie mit dem „knallharten“ und „prinzipienfesten“ ML-Profil wenig Anklang in der Organisation gefunden hatte, bemühte sie sich jetzt um ein „anti-sektierisches“ und liberalistisch-pluralistisches Profil. Drei Hauptstränge verfolgt sie dabei:

1. Die ZL versucht, die komplizierte und ernste Situation der Linken in der Wahlbewegung auszubuten. Derzeit unvermeidlich auftretende taktische Meinungsverschiedenheiten versucht die ZL zur Frage eines „Ausstiegs aus der Wahlbewegung“ hochzuspielen. Zugleich sucht die ZL jetzt das Bündnis mit genau dem zum Opportunismus und zur Anpassung neigenden Kräften, die sie in der ersten Phase so messerscharf zu bekämpfen vorgab. Die ZL spekuliert dabei hemmungslos auf den in der gesamten Linken erkennbaren Trend zur Selbstauflösung und zur ideologisch-organisatorischen Verschmelzung mit den „Grünen“.
2. Mit einer aus heiterem Himmel vorgetragenen, inhaltlich nicht ausgeführten Kritik am LG versucht die ZL, traditionell „Unzufriedene“ als Bündnispartner für ihre Fraktionsmacherei einzufangen. Dem LG wird unterstellt, es betreibe einen „Zickzackkurs“ zwischen „kurzatmigen Spurts“ und plötzlichen „Vollbremsungen“. Im LG selbst, in dem die ZL bis zu ihrer Beurlaubung am 25.11. vertreten war, wurde eine solche „Kritik“ der ZL niemals zur Diskussion gestellt.

3. Die ZL wendet sich an alle liberalistischen Strömungen im KB, die eine Abneigung gegen Organisationsdisziplin, Einhaltung gewisser „Spielregeln“, einer solidarischen Auseinandersetzung, demokratischen Zentralismus, usw. haben. Mit einem verlogenen Gejammer, der Meinungskampf im KB solle „administrativ abgewürgt“ werden (nach drei Monaten umfassender und z.T. zermürbender Diskussion!) wirbt die ZL ausgerechnet um das Mitleid jener „schwankenden kleinbürgerlichen Elemente“, deren „Hinaussäuberung“ sie in der ersten Phase der Auseinandersetzung anstrebte.

Die ZL auf den Spuren der „Kritik-Fraktion“

Besonders klar zeigt sich der Taktik-Wechsel der ZL-Fraktion in ihrem Verhältnis zur Fraktionsbildung im KB. In der Auseinandersetzung mit der „Kritik-Fraktion“ und auch noch in der ersten Phase ihrer eigenen Fraktionsmacherei gebärdete sich die ZL als konsequenteste Vertreterin rigider Organisationsprinzipien. In dieser Phase kritisierte die ZL vor allem den in der Erörterung der „Thesen zur Fraktionsbildung (I)“ aufgetretenen Liberalismus.

In der neuen Phase ihrer Fraktionsmacherei hingegen hat die ZL weitestgehend die alten Argumente der „Kritik-Fraktion“ übernommen – dargelegt in einer Resolution, die gegen 2 Enthaltungen auf der Bundeskonferenz der ZL-Fraktion am 24./25.11.79 angenommen wurde. In dieser Resolution heißt es:

1. Die Beurlaubung der ZL sei ein Versuch des LG, „die politische Auseinandersetzung auf rein administrative Weise durch Hinausdrängung der von der ZL repräsentierten Strömung (zu) liquidieren“. Über einen solchen Schritt (Beurlaubung der ZL wegen Verstoß gegen die Organisationsdisziplin) könne erst auf dem 1. KB-Kongreß im Januar entschieden werden. Das entspricht

wortgenau der Argumentation der „Kritik-Fraktion“ – mit der Schlußfolgerung, daß hinsichtlich der Organisationsdisziplin offenbar bis zum 1. Kongreß Narrenfreiheit herrschen soll. Der Argumentation des LG, daß sie mit ihren diffamatorischen Unterstellungen zur Wahlpolitik des KB („Abkehr von der Wahlbewegung“) die Organisationsdisziplin und innerorganisatorische Solidarität grob mißachtet habe, hat die ZL-Fraktion bisher nicht einmal inhaltlich widersprochen.

2. In ihrer Resolution beansprucht die ZL, „daß die Rechte und Pflichten von Fraktionen im KB erst auf dem KB-Kongreß Anfang Januar geklärt werden sollen“. Genau dies war auch die Argumen-

dem Einzelnen überlassen, Randfloskeln wie die „leninistische Ausrichtung nach innen“, die in dem Artikel noch als Versatzstücke auftauchen, als unverbindlich abzulehnen und sich trotzdem zur ZL-„Plattform“ zu bekennen.

Der Profil-Wechsel der ZL von den „Knallharten“ zu den Liberalistisch-Pluralistischen zeigt unzweifelhaft, daß es der ZL bei ihrer ganzen Fraktionsmacherei keineswegs um die Verteidigung irgendwelcher (möglicherweise abwegiger) „Prinzipien“ geht, sondern daß nach Belieben heute diese und morgen jene Argumentationslinie gewählt wird, um einer prinzipienlosen Fraktionsmacherei zu dienen. Oberstes bzw. einziges „Prinzip“ scheint dabei der

3. In wachsendem Maß ziehen sich die Mitglieder der ZL-Fraktion aus der politischen Arbeit des KB zurück, melden sich wegen Fraktionsgeschäften von anderen Terminen ab usw. Die Organisationsmehrheit trägt angesichts dieser Entwicklung nicht nur den Hauptteil der Arbeit, sondern ist ihrerseits gezwungen, politische Arbeiten zu reduzieren, um nicht total ins Hintertreffen gegenüber der geschlossen und aggressiv agierenden ZL-Fraktion zu geraten. Zunehmende Lähmung der Handlungsfähigkeit des KB ist die Folge.

4. Die Aufheizung und Überstrapazierung innerer Widersprüche durch die ZL-Fraktion hat eine Schwächung der Abwehrkräfte des KB nach außen zur Folge. Angesichts eines schweren organisatorischen und ideologischen Drucks seitens der grünen Sammlungsbewegung und ihres „linken Flügels“ läuft dieser Kurs der ZL objektiv darauf hinaus, den KB für die integrationistischen Manöver der Bourgeoisie (Rückgewinnung des „Protestpotentials“ durch die SPD, Isolierung der „K-Gruppen“) „sturmreif“ zu machen.

5. In der Wahlbewegung ist offensichtlich geworden, daß der KB nicht mehr „an einem Strang zieht“, obwohl es gerade hier angesichts einer komplizierten und schwierigen Lage für die revolutionäre Linke besonders notwendig wäre. Die ZL-Fraktion betreibt in der Wahlbewegung einen völlig autonomen Kurs, wobei sie zudem ihre Ziele nicht gegenüber der Organisation offenlegt. Von kommunistischen Organisationsprinzipien (Bemühung um Klärung nach innen, dann gemeinsames Handeln nach außen) kann bei der ZL in der Wahlbewegung nicht mehr die Rede sein. Zudem liefert sie mit verantwortungslosem Geschwätz („Abkehr von der Wahlbewegung“) und antikommunistischer Demagogie (vgl. letzte BuLi-VV) den Opportunisten in der Wahlbewegung Munition frei Haus.

6. In den Bereichen, wo die ZL-Fraktion entweder dominiert oder zumindest massiv vertreten ist, herrscht nach drei „tollen“ Monaten ganz eindeutig die Auffassung vor, daß eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist. Eine gemeinsame politische Arbeit und „Anleitung“ findet kaum noch statt; dafür werden die Bereiche durch fraktionelle Schlachten in Atem gehalten.

Die Situation der Linken

Die Krise der Linken ist mit der Her-

Die Situation der Linken

Die Krise der Linken ist mit der Herausbildung der Grünen Partei in ein neues Stadium getreten. Die Grüne Partei scheint den linken Gruppen und Organisationen traditionelle Einflusssphären streitig zu machen, in denen die Linken bisher weitgehend „konkurrenzlos“ waren. In Teilen der Linken („TAZ“, SB, „Langer Marsch“, AL Westberlin u.a.) macht sich ideologische und organisatorische Selbstauflösung gegenüber den Grünen breit. Die Thesen, daß es heute auf „rechts und links“ nicht mehr ankomme, daß die „Erhaltung der Gattung“ höher zu werten sei als der Klassenkampf usw., gewinnen an Boden. Die „KPD“, ehemals stramme Vertreterin eines dogmatischen „Marxismus-Leninismus“, scheint bereits in den Auflösungsstadien geraten zu sein, der von dieser Entwicklung ausgeht.

In dieser Entwicklung liegen Risiko und Chance für die Kommunisten eng beieinander: Auf der einen Seite formiert sich hier ein „Protestpotential“, aus dem ein sozialistischer Gegenpol gegen die SPD hervorgehen könnte. Auf der anderen Seite nährt sich dieses „Protestpotential“ teilweise aus den kommunistischen Gruppen und Organisationen selbst, stellt sie vor das Dilemma zwischen Anpassung und Isolierung.

Die Aufgabe der Kommunisten besteht in dieser Situation nicht in erster Linie darin, auf alle Züge „aufzuspringen“, ohne sich über kurz- und langfristige Ziele ihres Eingreifens Klarheit zu verschaffen. Gegenüber wechselnden Mode-Trends und Auflösungserscheinungen in der Linken besteht die Aufgabe der Kommunisten vor allem darin, „langfristige Klarheit zu schaffen“, d.h., den Gang der Entwicklung zu analysieren und einzuschätzen, sich intensiv mit den Strömungen der Linken und der demokratischen Bewegungen auseinanderzusetzen, orientierend zu wirken.

Fortsetzung nächste Seite

Satz zu sein: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Kennzeichnend für das Wesen dieser Fraktion als opportunistische Sammlungsbewegung ist zudem die Tatsache, daß die zwei zentralen Vorwürfe, die ihre „Plattform“ gegen die Mehrheit erhebt („Zickzack“-Kurs des LG; „Abkehr von der Wahlbewegung“), nur als schlichte Behauptungen ohne jede Beweisführung und Konkretisierung in den Raum gestellt wurden.

Der innere Zustand der Organisation

Die Aktivitäten der ZL-Fraktion haben die innere Krise des KB rasant verschärft.

1. Die ZL-Fraktion hat Formen in die innerorganisatorische Diskussion eingeführt, die uns bisher vor allem von Seiten des KB bekannt gewesen waren: Massive Verfälschung und Verdrehung von Zitaten und Zusammenhängen; Ausrichtung der eigenen Fraktion mit Unterstellungen und Lügengeschichten. Kennzeichnend für die ZL-Anhängerschaft ist eine weitgehende Bereitschaft zur blinden Gläubigkeit und zum Kadavergehorsam gegenüber den von der ZL ausgehenden Unterstellungen, Verdrehungen und Lügen. Diese Bereitschaft hat auch durch die wiederholte und detaillierte Widerlegung von Lügengeschichten der ZL und durch ihren totalen Taktik-Wechsel offensichtlich nicht gelitten.

2. Die dreimonatige Auseinandersetzung mit der ZL hat, teils wegen ihrer Breite und Unüberschaubarkeit, teils wegen der von der ZL gewählten Methoden, in der Organisation weit hin Widerwillen, teilweise auch Apathie und Resignation hervorgerufen. Das zu Beginn der Auseinandersetzung breit vorhandene Interesse, sich mit eigenen Beiträgen an der Diskussion zu beteiligen, war zeitweise gegen Null zurückgegangen und hat sich erst in letzter Zeit wieder belebt.

Die neue „Plattform“ der ZL

Mit der neuen taktischen Ausrichtung ihrer Fraktionsmacherei ist es der ZL tatsächlich gelungen, Teile des KB an sich heranzuziehen, die vor ein paar Monaten noch die „Kritik-Fraktion“ unterstützten bzw. den „Thesen zur Fraktionsbildung (I)“ ablehnend gegenüberstanden.

Der neuen Taktik entspricht auch die am 25.11. festgelegte „Plattform“ der ZL-Fraktion: „Politische Grundlage unserer Fraktion ist die Übereinstimmung mit der Stoßrichtung des in AK 166 veröffentlichten ZL-Artikels „Überlegungen zur Krise der KB““ (Resolution der ZL-Bundeskonferenz). – In diesem Artikel spielen die anfänglichen Hauptpunkte der Fraktionsmacherei der ZL kaum noch eine Rolle bzw. werden jeweils nur an untergeordneter Stelle mit einem Satz erwähnt: Der Kampf gegen den Feminismus, der Vorwurf des „ideologischen Waffenstillstands“, die lupenreine Berufung auf Lenin usw. spielen gar keine Rolle mehr in dieser „Plattform“. Da nicht der Artikel insgesamt, sondern nur dessen „Stoßrichtung“ Grundlage der ZL-Fraktion ist, bleibt es je-

Bilanz nach 3 'tollen' Monaten

Fortsetzung von Seite 54

Diese Funktion hat der KB gerade in der Wahlbewegung, soweit es die ZL-Fraktion angeht, derzeit fast völlig eingebüßt.

Die Linke befindet sich — wie auch die ZL in ihrem 'Plattform'-Artikel anerkennt — in einer Phase des Umbruchs und der Umgruppierung. Früher bedeutende Gruppen verschwinden oder verfaulen, neu Gruppierungen und Strömungen entstehen. Hieraus müßten sich die Arbeitsschwerpunkte des KB ergeben. Der KB könnte die Funktion übernehmen, sich dem Wuchern revisionistischer Thesen und Theorien entgegenzustellen, Antworten auf die neuen Fragen vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus zu erarbeiten. Auf diese Weise könnte der KB zu einem politisch-theoretischen und organisatorischen Anziehungspunkt werden.

Der KB kann diese Funktion aber nicht erfüllen, solange unsere Kräfte in erster Linie von der immer unfruchtbareren Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion gebunden werden, solange der KB nicht zu einheitlichem Handeln (bei voller Freiheit der innerorganisatorischen Diskussion) in der Lage ist, solange die ZL mit verantwortungslosem Geschwätz die Politik des KB diffamiert und unglaubwürdig macht.

- + Die ZL-Fraktion wertet ihre Fraktionsgeschäfte vorrangig gegenüber der Arbeit innerhalb der Strukturen des KB.
- + Die ZL-Fraktionsleitung hat angeordnet, den finanziellen Beitrag ihrer Anhänger an den KB auf einen sogenannten „Mindestbeitrag“ zu senken, und zwar z.T. rückwirkend ab Oktober. Dieser Mindestbeitrag reicht noch nicht einmal aus, um die vier freigestellten Funktionäre des KB, die zur ZL-Fraktion gehören zu bezahlen! Zugleich wurde eine Fraktions-Kasse eingerichtet.
- + Die ZL hat sich weitgehend aus der Arbeit am AK — abgesehen von ihren Polemik-Artikeln — zurückgezogen und geht zudem frech mit

Spaltung des KB rollt

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, sind im leitenden Gremium des KB Ausschlußanträge gegen Vertreter der KB-Minderheitsfraktion gestellt worden, da diese gegen das Prinzip der Einheit der Aktion verstoßen habe. Die KB-Spaltung läuft also ein paar Wochen früher an als allgemein erwartet.

aus „taz“, 6.12.79

„Getrennt marschieren ...“

Es ist allerhöchste Zeit, dem gegenwärtigen Zustand des KB ein Ende zu setzen. Das kann derzeit unserer Erfahrung und Einschätzung nach nur durch eine organisatorische Trennung der ZL-Fraktion vom KB erreicht werden, da eine Zusammenarbeit in einer Organisation sich vorerst als unmöglich erwiesen hat und die Konfrontation immer weiter verschärft, statt sie zu entspannen.

Wir befürworten, daß die ZL-Fraktion sich als autonome Organisation formiert — mit eigener Leitung, eigenen Strukturen, eigenem Zentralorgan, eigenen Finanzen usw. Dieser Prozeß sollte bereits vor dem 1. KB-Kongreß im Januar bzw. parallel zu diesem abgeschlossen sein, um zu erreichen, daß auf dem 1. Kongreß tatsächlich mit Blick nach vorn diskutiert werden kann, statt den unfruchtbaren Fraktionsstreit mit der ZL noch einmal aufzukochen. Dieser kultiert werden kann, statt den unfruchtbaren Fraktionsstreit mit der ZL noch einmal aufzukochen. Dieser Vorschlag s c h ä f f t keine Spaltung, sondern registriert nur die tatsächliche Entwicklung:

- + Die Wahlpolitik, die (neben der Schwulenbewegung) das einzige Arbeitsfeld ist, auf dem die ZL noch wesentliche Aktivitäten entfaltet, wird von der ZL-Fraktion schon heute weitgehend autonom und losgelöst vom KB (bzw. in offener Konfrontation mit diesem) gestaltet.
- + Die ZL setzt sich völlig eigene Schwerpunkte, die autonom gegenüber den vom KB gesetzten Arbeitsschwerpunkten (z.B. Kongreß-Diskussion) sind.

der Behauptung hausieren, sie sei redaktionell „kaltgestellt“ worden.

Aus den genannten Gründen kann eine ausdrücklich erklärte organisatorische Trennung nur den bestehenden Zustand konstatieren. Zudem k ö n n t e — auch wenn es derzeit durchaus nicht danach aussieht — in einer solchen Trennung auch eine kleine Chance liegen, daß seitens der ZL-Fraktion eine „Rückbesinnung“ auf die Gemeinsamkeiten mit dem KB erreicht wird, daß ein fruchtbarer Meinungsaustausch statt einer zunehmend irrationalen Konfrontation, ein Zusammenstehen angesichts des auf der Linken lastenden Drucks erreicht werden könnte.

Wir wollen uns in diesem Sinn dafür einsetzen, daß die sich aus der ZL-Fraktion bereits herausbildende autonome Organisation und der KB in möglichst engem Bezug zueinander bleiben sollten, daß möglichst intensive Beziehungen auf der Grundlage des „klassischen Gegensatzpaares“ bleiben sollten, daß möglichst intensive Beziehungen auf der Grundlage des „klassischen Gegensatzpaares“ von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung entwickelt werden.

Wir befürworten dringen, eine solche organisatorische Trennung noch vor dem 1. Kongreß des KB (Anfang Januar 1980) auf einer Delegierten-Konferenz zu beraten und zu beschließen.

Dieser Artikel wurde als Entwurf des LG in vielen Bereichen des KB diskutiert und in der Stoßrichtung für gut befunden zusammen mit klei-

Die örtliche Leitung des KB-Göttingen [Mehrheit] erklärt:

„Die ZL-Fraktion hat auf der DK in Hannover erklärt, sie werde sich in der Wahlpolitik nicht mehr an Mehrheitsbeschlüsse der Organisation halten, also angekündigt, sie werde ihre eigene Politik, unabhängig von den Diskussions- und Entscheidungsprozessen innerhalb des KB verfolgen.

Mitglieder der Fraktionsleitung (ro) sowie verschiedene Göttinger Mitglieder der Fraktion haben diese Haltung mit der Wahlpolitik des KB begründet: diese Politik würde auf die Zerstörung speziell der Bunten Liste und auf eine Isolation des KB von „der Wahlbewegung“ hinauslaufen, die Krise des KB verschärfen und die Organisation in die politische Bedeutungslosigkeit stürzen.

Ähnlich wie bei der Spaltungsdrohung am Anfang der Auseinandersetzung nimmt die ZL wiederum eine Art „Notwehr- und Ausnahmerecht“ in Anspruch („wir müssen die Notbremse ziehen!“). Sie mag das so interpretieren und vor ihren Anhängern rechtfertigen; nach leninistischem Verständnis stellt sie sich damit außerhalb der Organisationsdisziplin. Praktisch arbeitet sie in der Wahlpolitik im Bündnis mit verschiedenen opportunistischen Kräften und Organisationen gegen den KB, stellt sich also s e l b s t außerhalb der Organisation.

Die ZL-Fraktion ist eine Minderheit im KB, die sich nicht mehr an die Organisationsdisziplin gebunden fühlt; sie macht schlicht was sie will. Dieses Verständnis und die daraus resultierende Praxis programmiert einen ständigen Grabenkrieg innerhalb der Organisation zwischen Mehrheit und Minderheit. Der politische Meinungskampf innerhalb der Organisation verliert dann seinen Sinn und wirkt sich auf die Politik und den Zusammenhalt der Organisation direkt schädlich aus, wenn die demokratischen Prinzipien, nach denen die Auseinandersetzung organisiert werden muß, von einer Seite explizit aufgekündigt wird. Es wäre nur logisch, wenn die ZL-Fraktion daraus die Konsequenz einer organisatorischen Trennung zieht, anstatt weiterhin mit unkommunistischen Mitteln und Taktikereien den KB in ein fortgesetztes, aufreißendes Hlick Hack zu stürzen. Letzten Endes schadet diese Politik a l l e n Beteiligten und verhindert eine konstruktive Zusammenarbeit nach einer — nach Lage der Dinge — unausweichlichen Trennung.

Wir fordern das LG und die ZL-Fraktion auf, sofort Gespräche über die Modalitäten einer organisatorischen Trennung und über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zwischen „privilegierten Bündnispartnern“ einzuleiten. Bis zum 1. KB-Kongreß sollten solche Vereinbarungen möglichst unter Dach und Fach sein.“

(unterstützt in einem Meinungsbild auf der Göttinger MV am 7.12. von 23 Gen. bei ca. 34 Anwesenden)

- neren Änderungsvorschlägen. So schlossen sich das „Alternative Zentrum“ Hamburg und das „Komitee“ Hamburg dem Artikel an. Im „Alternativen Zentrum“, das aus der Aufteilung des alten „Zentrum“ hervorgegangen ist, sind folgende Bereiche vertreten:
- + ÖTV-Bereich (Mehrheit);
 - + Chemie-Bereich (Minderheit);
 - + Bezirk Barmbek (Minderheit);
 - + Bezirk Eimsbüttel (Minderheit);
 - + Bezirk Bergedorf (Minderheit);
 - + Lehrer (Mehrheit);
 - + Pastoren;
 - + Anti-AKW-Zelle;
 - + Antifa-Zelle;
 - + Kulturzelle;
 - + Nahost-Kommission;
 - + Lateinamerika-Kommission;
 - + Druck/HBV-Bereich.

Im „Komitee“ sind vertreten:

- + Bezirk Wandsbek;
- + Bezirk Steilshoop;
- + Bezirk Harburg/Wilhelmsburg;
- + Bezirk St. Pauli/St. Georg;

- + Metall-Bereich;
 - + Jugend-Bereich;
 - + Bez. Altona.
- Außerdem erklärten folgende Organisationsteile und Genoss(innen) ihre Unterstützung für den Artikel:
- + AG Frauen Hamburg;
 - + Kinder-Kommission Hamburg;
 - + Zellen I bis III im Kinder/Erzieher-Bereich Hamburg;
 - + Ortsleitung Bremen;
 - + KB-Ortsgruppe Braunschweig;
 - + 11 Genoss(innen) aus Schleswig-Holstein;
 - + 2 Gen. aus Paderborn;
 - + 9 Gen. aus Bochum.
 - + 2 Genossen aus Nürnberg (Mitglieder der erweiterten ZRK);
 - + Ortsgruppe Marburg;
 - + 6 Gen. aus Lüneburg.
- Bei den Unterstützern außerhalb von Hamburg ist zu berücksichtigen, daß die Zeit zur Diskussion des Artikel-Entwurfs relativ kurz war und hier nur nach dem Zufalls-Prinzip relativ wenig Genoss(innen) in die Diskussion einbezogen werden konnten.

In der Diskussion um Änderungen am ersten Entwurf gab es zwei Hauptpunkte: 1. Eine Reihe von Genoss(innen) trat dafür ein, im ersten Teil („Ausgangspunkte der ZL-Fraktion“) breiter auf die damaligen Thesen der ZL einzugehen, da vielfach gar kein Über- und Durchblick mehr über die Thesen der ZL vorhanden sei und der Artikel hierzu eine Zusammenfassung leisten sollte. Auf diese Vorschläge sind wir nur wenig eingegangen — zum einen mangels ausreichender Zeit; zum anderen auch, weil wir bei einem Ausbau d i e s e s Teils befürchteten, daß die Hauptlinien des Artikels schwerer erkennbar sein würden. Eine solche Zusammenfassung soll deshalb besser Gegenstand eines späteren Artikels sein. 2. Der Schlußteil des ersten Entwurfs, der zunächst insgesamt „freundlicher“ und hoffnungsvoller gegenüber der ZL-Fraktion gehalten war, ist auf allgemeines Drängen hin (nach Konfrontation auf der BuLi-VV vom 1./2.12.) zugespitzt worden.

Ausschluß-Anträge gegen die ZL

Die Vorfälle auf der Vollversammlung der Hamburger Bunten Liste am 1./2.12.79 (vgl. Bericht an anderer Stelle dieses AK) haben offenbar „das Faß zum Überlaufen gebracht“. Bis Redaktionsschluß lagen hierzu folgende Ausschluß-Anträge vor:

1. 10 Genoss/inn/en aus dem Bezirk Eimsbüttel beantragten am 2.12. den Ausschluß von drei Mitgliedern der ZL sowie zwei weiteren Vertretern der ZL-Fraktion, die sich auf der BuLi-VV besonders hervorgetan hatten. „Diese Gen., die größtenteils als KB-Mitglieder bekannt sind, haben in aller Öffentlichkeit mit einer antikomunistischen Argumentation leitende Gen. sowie den KB insgesamt in übelster Weise angegriffen und diffamiert. Um weiteren Schaden vom KB abzuwenden, halten wir es — unabhängig von der weiteren Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion — für unumgänglich, diese namentlich genannten Gen. mit sofortiger Wirkung aus dem KB auszuschließen.“

2. 25 Genoss/inn/en aus dem Druck/HBV-Bereich Hamburg beantragten am 2.12. „umgehend den Ausschluß der gesamten Fraktion um die HBV-Bereich Hamburg beantragten am 2.12. „umgehend den Ausschluß der gesamten Fraktion um die ZL“. In der Begründung heißt es u.a.: „Seit mehr als drei Monaten versucht die ZL, mit den Mitteln der unwahren Behauptungen, Stimmungsmache etc., sich innerhalb des KB eine eigene Organisation aufzubauen. Dabei scheuen sie vor einer Zersetzung des KB von innen her nicht zurück und verfolgen allein machtpolitische Interessen ohne Rücksicht auf die politische Substanz und Glaubwürdigkeit des KB. Die jetzt vollzogene Wendung der ZL-Strömung, die Differenzen offen und gegen den KB gerichtet in die Öffentlichkeit zu tragen, stellen eine neue Qualität dar. Dabei bildeten die antikomunistischen Ausfälle und Stimmungsmache seitens der ZL und ihrer Anhänger auf der BuLi-VV vom 1. und 2.12.79 den absoluten Höhepunkt...“ Diese Vorfälle hätten das Bild der ZL-Fraktion aber nur „abgerundet“. „Die Anhänger der ZL, die sich mit der bisherigen Praxis der ZL, insbesondere mit dem Vorgehen auf der letzten BuLi-VV, nicht voll identifizieren können, sollten Gelegenheit haben, sich entsprechend schriftlich dazu zu äußern.“

3. 12 Genoss/inn/en des Chemiebereichs Hamburg beantragten am 3.12., die Fraktionsleitung der ZL-Fraktion (als politisch verantwortlich für das Auftreten der ZL-Fraktion auf der BuLi-VV) sowie „die Akteure (Redner), die nicht nur extrem organisatorischschädigend, sondern auch direkt antikomunistisch aufgetreten sind, s o f o r t, und zwar unabhängig von einer organisatorischen Trennung, auszuschließen... Auf Grund der Erfahrungen (Lähmung und unfruchtbare Fraktionsmache) bei uns im Bereich begrüßen wir eine organisatorische Trennung von der ZL-Fraktion. Wir halten dies für einen vorwärtstreibenden Schritt zur Wiederaufnahme der politischen Debatte angesichts der anstehenden Aufgaben (Wahl, Kongreß)“.

4. 2 Gen. des Chemiebereichs Hamburg beantragten darüberhinaus „den sofortigen Ausschluß der gesamten ZL-Fraktion. Auch wenn vor allen Dingen die ZL-Leitung und ein enger Umkreis von ihr aktiv diese antikomunistische und organisationschädliche Politik betrieben haben, meinen wir, daß keiner der übrigen Mitglieder der Fraktion das Recht hat, im KB zu bleiben, der sich nicht sofort von der Politik der ZL, die ih-

ren Höhepunkt auf der BuLi-Versammlung an diesem Wochenende fand, distanziert“.

5. Die Kulturzelle (Hamburg) hat „aufgrund der Vorfälle auf der letzten BuLi-VV...“ am 4.12. „den sofortigen Ausschluß der ZL sowie sämtlicher eingetragenen Fraktionsmitglieder, soweit sich letztere vom Vorgehen der ZL noch nicht distanzieren“, gefordert. „Mit ihrem antikomunistischen Vorgehen hat die ZL endgültig den Bruch jeglicher Solidaritätsbasis herbeigeführt. Diese Provokateure können mit ihrem „Wissen“ über innerorganisatorische Dinge nur noch dazu beitragen, den KB zu diffamieren und, besonders in der Wahlpolitik, zu diskreditieren“.

6. Die Ortsleitung Bremen hat am 3.12. den „Ausschluß derjenigen Genossinnen und Genossen“ beantragt, „die öffentlich auf der BuLi-VV gegen den KB gehetzt haben“. Außerdem fordert sie die „sofortige Entbindung aller Hamburger ZL-Wahlarbeiter, die diesen Kurs mitgetragen haben, von dem Recht, in der Wahlbewegung als KB-Vertreter aufzutreten“.

7. Der Jugendbereich Hamburg hat am 3.12. gefordert, „daß die fällige organisatorische Trennung ... so schnell wie möglich durchgeführt wird“ und „alle dafür notwendigen Schritte“ sofort eingeleitet werden sollen.

8. Die „Kerngruppe“ Wandsbek (Hamburg) hat am 4.12. den Ausschluß von drei Mitgliedern der ZL und zwei weiteren Mitgliedern der ZL-Fraktion beantragt, die sich auf der BuLi-VV „als Organisatoren und Sprecher“ der ZL-Linie „hervorgetan haben“.

9. Die AG Frauen Hamburg hat am 3.12. den Ausschluß aller Mitglieder der ZL-Fraktion beantragt, soweit sich diese „nicht umgehend von dem Treiben der ZL auf der BuLi-VV vom 1./2.12. distanzieren“. „Wir meinen mit unserem Ausschlußantrag nicht nur einzelne, sondern die gesamte Fraktion, weil niemand aus diesem Kreis ... sich von dieser antikomunistischen Hetze abgegrenzt hat... Die Ausschlüsse sollten noch vor dem KB-Kongreß durchgeführt werden“.

10. Das „Komitee“ (Hamburg) hat am 5.12. Ausschlußantrag gegen die ZL-Mitglieder gestellt, „die auf der BuLi-VV gegen den KB gehetzt haben“. (Das „Komitee“ ist eine „Anleiter“-Runde folgender Hamburger Bereiche: Wandsbek, Steilshoop, Harburg/Wilhelmsburg, St. Pauli/St. Georg, Metall/Jugend und Altona).

11. Eine Hamburger Erzieher-VV hat am 5.12. Ausschlußantrag gegen drei Mitglieder der ZL sowie gegen einen weiteren Genossen der ZL-Fraktion gestellt: „Auf der BuLi-VV ... hat sich in erschreckender Weise gezeigt, daß sich die ZL-Fraktion bereits als eigene Organisation begreift, indem sie sich öffentlich gegenüber der KB-Mehrheit einen erbiterten Machtkampf liefert...“ „An die Anhänger der ZL-Fraktion stellen wir die Forderung, sich von dem Vorgehen ihrer Fraktionsgenoss(innen) zu distanzieren und kritisch dazu Stellung zu nehmen“.

12. Die VV des Bezirks Altona (Hamburg) nahm am 6.12. einstimmig eine Resolution an, in der es heißt, die ZL-Fraktion habe durch ihr Auftreten auf der BuLi-VV am 1./2.12. „sich selbst außerhalb der Organisation gestellt“. Erforderlich sei daher „eine organisatorische Trennung von der ZL, mit der eine gemeinsame Politik derzeit nicht mehr möglich

ist. Unserer Ansicht nach kann die Entscheidung über die Abtrennung der ZL, die de facto bereits als autonome Organisation handelt, nicht bis zum Kongreß aufgeschoben werden... Lieber olle Essentials als grüne Philosophie!“

13. Die Zelle III im Kinder/Erzieher-Bereich (Hamburg) hat am 5.12. sehr detailliert begründete Ausschlußanträge gegen die sechs Mitglieder der ZL gestellt. Außerdem Beurlaubungsantrag gegen die sechs anderen Mitglieder der ZL-Fraktionsleitung und gegen drei weitere Mitglieder der ZL-Fraktion (wegen deren provokativem Auftreten auf der BuLi-VV). Die Beurlaubung soll dazu dienen, eventuell Vorwürfe zurückzunehmen bzw. richtigzustellen, im Falle der Fraktions-Leitung eine Klärung ihrer Position zum Auftreten der ZL auf der BuLi-VV zu ermöglichen.

Weitere Anträge sind angekündigt, lagen aber bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Zustimmung zur Beurlaubung der ZL

Die „Beurlaubung“ der ZL (vgl. AK 167) ist im KB weit-hin auf Zustimmung und Erleichterung gestossen. Laut ZL-Sprachregelung habe das LG die Anordnung ausgegeben: „Ergebnisadressen“ an das LG zu schicken, in denen die Beurlaubung begrüßt wird. Die ZL scheint nicht begreifen zu wollen, wieviel Widerwillen sie mit ihrem ganzen Vorgehen bei der Organisationsmehrheit produziert hat. Gemessen an der breiten Zustimmung zu der „Beurlaubung“ ist das Spektrum schriftlich vorliegender Stellungnahmen eher gering. Hier eine Übersicht:

- + Die Ortsgruppe Münster begrüßte die Beurlaubung der ZL als „eine allerletzte Mahnung an die ZL, zur solidarischen Auseinandersetzung innerhalb des KB zurückzufinden. Wir verhehlen nicht unsere Befürchtung, daß die beurlaubten Genossen die Zeit nicht für eine grundlegende Selbstkritik, sondern für den Ausbau ihrer Fraktion nutzen“.
- + Eine Delegierten-Konferenz des KB (Ortsgruppen außerhalb Hamburgs) übernahm am 2.12. mit 61 gegen 7 Stimmen (2 Enthaltungen) die Münsteraner Resolution.
- + Die Ortsgruppe Bochum begrüßte am 3.12. die „Beurlaubung“ der ZL. Das Verhalten der ZL in der Wahlarbeit sei „schwer organisationschädigend und untragbar für eine kommunistische Organisation“. „Wir fordern die „ZL-Gruppe“ dazu auf, sich noch vor dem KB-Kongreß als eigenständige Organisation zu formieren“.
- + Die „Mehrheitsgruppe“ im Chemie-Bereich Hamburg erklärte am 26.11.: „Wir betrachten die Beurlaubung der ZL als einen logischen Schritt aus der bisherigen Auseinandersetzung, bei der der Bruch der Einheit nach außen in der Wahlfrage die bisherige Krönung war, und befürworten sie als eine politische Notwendigkeit im Sinn der Klärung der Fronten (Wer Sturm sät, braucht sich nicht zu wundern, wenn er Wind erntet)“.

Fortsetzung nächste Seite

Pro-ZL

Die Bundeskonferenz der ZL-Fraktion am 25.11. nahm bei zwei Enthaltungen einstimmig eine Protestresolution gegen die „Beurlaubung“ der ZL an. In dieser Resolution heißt es, die „Beurlaubung“, stellt nun vor der gesamten Organisation bloß, daß die LG-Mehrheit die politische Auseinandersetzung auf rein administrative Weise durch Hinausdrängung der von der ZL repräsentierten Strömung liquidieren will. Dies ist ein weitreichender Schritt in Richtung Spaltung. Die „Beurlaubung“ sei „illegalt“, wegen ihrer politischen Tragweite könnte sie erst auf dem KB-Kongreß (Anfang Januar) behandelt werden.

Das „Zentrum“ (36 Anwesende) hat am 28.11. eine Protestresolution gegen die „Beurlaubung“ der ZL beschlossen. In der Resolution wird der ZL „das Vertrauen ausgesprochen“ und die „sofortige Aufhebung“ der Beurlaubung gefordert. Mit der Beurlaubung sei „der demokratische Zentralismus verletzt“ worden, da die Genoss(inn)en der „Zentrums-Bereiche“ vorher nicht gefragt wurden. Außerdem könne „die Beurlaubung von Leitungsmitgliedern nur auf einem Organisationskongreß entschieden werden“. In der Resolution wird behauptet, im AK gebe es eine „Meinungszensur“ (unter Hinweis darauf, daß im AK 167 kein ZL-Artikel war — es lag allerdings auch gar keiner vor!). Das LG wolle „eine freie Debatte verbieten“. Der ZL-Fraktion müsse „angemessener Raum im AK gegeben“ werden.

Die Ortsgruppe Bielefeld nahm Anfang Dezember eine Resolution an, in der es heißt, das LG sei „nicht befugt, solch einen Beschluß zu fällen“. Überhaupt sei es „ein Unding, leitende Fraktionsmitglieder von ihren Funktionen im KB zu beurlauben ... Entscheidungen von solcher Tragweite können nur vom KB-Kongreß getroffen werden“. Als Rechte der ZL-Fraktion werden in der Bielefelder Resolution gefordert:

- „Teilnahme an allen Sitzungen der Leitungsorgane;
- Einsichtnahme in alle Organisationsunterlagen;
- innerorganisatorische Verbreitung ihrer Positionen ohne Bedingungen über die offiziellen Informationswege;
- Teilnahmemöglichkeit an allen KB-Terminen, wo bestehende Differenzen zur Diskussion stehen;
- Zugang zum technischen Apparat des KB“.

Fortsetzung von Seite 55

+ Die Ortsleitung Bremen begrüßte am 3.12. die „Beurlaubung“ und erklärte dazu u.a.: „Wir betrachten dies als notwendige Maßnahme, um weiteren Schaden von der Organisation abzuwenden. ... Für die ZL ist die Beurlaubung die letzte Gelegenheit, noch einmal zu überprüfen, ob sie an der Existenz einer nach außen einheitlich handelnden Organisation auf der Grundlage freier innerorganisatorischer Diskussion und Kritik interessiert ist. Wir sind der Meinung, daß das Verhalten der ZL in der Wahlpolitik genügend Gründe für den Ausschluß hergibt. Dem LG und anderen Teilen der Organisation angesichts maßloser Sonderrechte (und noch maßloser Forderungen nach solchen), die die ZL für sich in Anspruch nimmt, vorzuwerfen, es würde „die politische Auseinandersetzung auf rein administrative Weise... liquidieren“, ist nicht nur demagogisch, sondern zielt darauf ab, liberale Strömungen im KB zu mobilisieren, weiterhin auf die Trümpfe zu drücken. Die ZL unterscheidet sich hierin heute in nichts mehr von der „Kritik-Fraktion“. Das Vorgehen der ZL zielt auf eine Zerstörung der marxistisch-leninistischen Organisation“.

+Die VV des SSB (Studenten) Hamburg hat am 27.11. mit knapper 2/3-Mehrheit u.a. beschlossen: „Wir stehen heute — nachdem die ZL ihren Vorwurf gegenüber der Mehrheit der Organisation aufrechterhält — hinter dem Beschluß des LG, die ZL zu beurlauben. Wir sehen in der unbewiesenen Vorwürfe der ZL ein organisationsschädigendes und diffamatorisches Verhalten und fordern die ZL auf, diese Vorwürfe selbstkritisch zurückzunehmen.“ +Die VV der Westberliner KB-Genoss(inn)en unterstützte am 1.12. mit großer Mehrheit die „Beurlaubung“ der ZL „wegen ihres organisationsschädigenden und diffamatorischen Verhaltens“. Die ZL wurde aufgefordert, „ihre Vorwürfe und Handlungsweise selbstkritisch zu

Freiheit der Diskussion oder Narrenfreiheit

Die ZL unternimmt derzeit den Versuch, dem KB eine „stalinistische“ Behandlung ihrer Fraktion vorzuwerfen. In einem (bisher fraktions-internen) Papier der ZL heißt es dazu: „Weder die Bolschewiki noch die Menschewiki sind früher auf die Idee gekommen, wechselnde Mehrheiten in der SDAPR und ihren Leitungen dazu auszunutzen, Disziplinarstrafen gegen Mitglieder der sich in der Minderheit befindlichen Fraktion aufgrund einer Politik entlang den fraktionellen Differenzen zu verhängen, obgleich sich beide Fraktionen über lange Jahre hinweg in aller Öffentlichkeit z.T. scharf bekämpft hatten.“

Erst nach Lenins Tod konnte sich in den kommunistischen Parteien eine bürokratische Perversion der innerparteilichen Demokratie und des Fraktionsrechtes (sog. „Stalinismus“) durchsetzen. Dieser Geist des Stalinismus bringt Unbill auf der Sitzung des Sekretariats des EKKI 1928 auf den Punkt, wo es um die Auseinandersetzung mit einer rechten Strömung in der KPD (Brandler, Thalheimer, später KPO) ging: „Die erste Phase des Kampfes gegen die Rechten sind organisatorische Maßnahmen, die zweite der ideologische Kampf gegen sie“. Zu deutsch: zuerst Liquidierung, danach Hetzkampagne zur Isolierung der Opposition in der Öffentlichkeit. Die LG-Mehrheit hat sich in ihrem Kampf gegen die Zentrumsfraktion in diese unheilvolle Tradition gestellt. Demgegenüber sind Lenin, Mao und andere revolutionäre Führer stets von der Notwendigkeit eines umfassenden politisch-ideologischen Kampfes, nicht nur in der Partei, sondern auch in der Öffentlichkeit ausgegangen, der keineswegs durch administrative Maßnahmen unterdrückt werden darf. Insbesondere Lenin und andere Führer der Bolschewiki haben (mit einer einzigen vorübergehenden Ausnahme 1921/sog. „Kronstädter Aufstand“) sich stets für die umfassendste Entfaltung des interfraktionellen Meinungsstreits eingesetzt.“

Die von der ZL jetzt eingeschlagene Argumentationslinie wird hier deutlich genug: Es soll so getan

werden, als wolle das LG (das bekanntlich „nie gewählte“!) „administrativ“ einen politischen Meinungskampf abwürgen und als müsse man den „stalinistischen Methoden“ des LG die Prinzipien von Lenin und Mao entgegenhalten.

Tatsächlich hat, öffentlich nachvollziehbar, im AK sei Ende August ein heftiger und umfassender Meinungskampf „getobt“. Derartige Widersprüche offen auszutragen entspricht alter Tradition des KB; das wurde zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Es wäre vollständig „legitim“, wenn die ZL bestimmte, von der Organisationsmehrheit abweichende Auffassungen zur Politik des KB in der Wahlbewegung hat, diese auch öffentlich zur Diskussion zu stellen. Wenn dieses Recht bestritten würde, wäre der KB tatsächlich auf einem falschen, verhängnisvollen Weg. Nur ist das durchaus nicht der Fall.

In den gut drei Monate langen Auseinandersetzungen hat die ZL eine Neigung gezeigt, nicht an den realen Kern von Meinungsverschiedenheiten zu gehen und über diese einen sachlichen Streit zu führen. Stattdessen hat sie systematisch eine Polemik der grellen und einprägsamen Schlagworte geführt, um daran ihre Anhängerschaft „auszurichten“. So sagte die ZL nicht etwa: „Im KB wird sich zu wenig mit dem Feminismus auseinandergesetzt“, sondern: „Im KB gibt es einen Waffenstillstand mit dem Feminismus“. Sie begnügte sich nicht mit der Behauptung, das LG wolle den innerorganisatorischen Kampfabschwächen, sondern sprach gleich von einem „Waffenstillstand mit den Fehlströmungen“, usw. usf.

Diese Neigung der ZL zur propagandistischen Übertreibung war schon schlimm genug, solange sie auf innerorganisatorische Fragen beschränkt blieb. In der Wahl-Frage mußte sie verheerend wirken: Im AK 166 tischte die ZL plötzlich die durch absolut nichts belegte Unterstellung auf, der „Mehrheitsblock“ des KB beabsichtige eine „Abkehr von der Wahlbewegung“ und verschanze sich zu diesem Zweck hinter „maxima-

listischen Forderungen“. Irgendein sachliches Argument hierfür wurde nicht angeführt. Ebenso gut hätte die ZL also behaupten können: „Der Mehrheitsblock will 1980 die Wahl der SPD empfehlen“ oder gar „Der KB wird vom Staatssicherheitsdienst der DDR finanziert“ usw. usf. (Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt) Würde Genosse X aus dem KB so etwas oder ähnliches als Behauptung in die Welt setzen, würde es sicherlich viel Publikum dafür finden. Anders liegt der Fall jedoch selbstverständlich, wenn eine solche Behauptung von Leitungsmitgliedern des KB vorgetragen wird. In diesem Fall müssen Außenstehende selbstverständlich vermuten, daß hinter solchen Behauptungen „tiefere Einblicke“ oder zumindest der berühmte „wahre Kern“ stecken. Daraus ergibt sich für Leitungsmitglieder eine besondere Verantwortung. Auch für die ZL mußte klar sein, daß ihre Legende vom „Ausstieg aus der Wahlbewegung“ dem KB erheblich schaden würde und daß diese Legende von einigen Leuten sofort aufgegriffen werden würde, um linke Politik in der Wahlbewegung als „KB-Mehrheitspolitik“ zu diffamieren. Die im KB bestehenden Meinungsverschiedenheiten zur Wahlpolitik offen und auch öffentlich zu diskutieren, ist also nicht nur „legitim“, sondern notwendig. Zweifellos mußte es dabei aber um die Herausarbeitung der realen Streitpunkte und nicht um das überfallartige Auftreten sehr weitgehender, dafür aber total unbewiesener Unterstellungen gehen. Eben das liegt dem „administrativen Vorgehen“ gegen die ZL zugrunde. Die jetzt plötzlich (im totalen Widerspruch zu ihren früheren „knallharten“ Thesen) von der ZL vertretene (von der „Kritik-Fraktion“ übernommene) These, daß politische Differenzen ein Freibrief für Narrenfreiheit sein müßte, daß gegen „Andersdenkende“ auf gar keinen Fall „administrativ“ vorgegangen werden dürfe, teilen wir selbstverständlich nicht. Hierfür ausgerechnet Lenin und Mao zu bemühen, ist seitens der ZL schon ein starkes Stück.

Meldungen aus China

Meldungen aus China

Kampagne gegen „Unruhestifter“

Nach Berichten von Radio Schanghai wurden Anfang November mehrere „Unruhestifter“ festgenommen oder verurteilt. Nach diesen Berichten hatten seit dem 20. Oktober über 40 „Unruhestifter“ die Eingangshalle des Rathauses von Schanghai zu „besetzen“ versucht. Die „Unruhestifter“ hätten in den Gängen herumgelegen, einige hätten sich dort sogar einkuriert; sie hätten Wandzeitungen und Plakate geschrieben und den Dienstbetrieb gestört.

Namentlich genannt wurde u.a. ein „Unruhestifter“, der andere „aufgehetzt“ habe, ein- und ausfahrende Autos anzuhalten, und der am 4. November verhaftet wurde. Weiter genannt wurde eine Frau, die eine Kopfverletzung bei einem Arbeitsunfall erlitten hatte und sich seither, angeblich zu Unrecht, um eine Entschädigung bemüht hatte. Sie habe Wandzeitungen am Rathaus angebracht und Flugblätter verteilt; außerdem habe sie zusammen mit anderen Barrikaden aus Bänken in der Rathaus-Halle gebaut. Eine andere Frau habe Leute „aufgehetzt“, sich um das Rathaus zu versammeln und habe dabei von Ausländern Fotos machen lassen (!); außerdem habe sie am 20. Oktober eine Gruppe von 20 Leuten zur „Besetzung“ der Eingangshalle geführt (Radio Schanghai, 4.11. — nach „SWB“, 10.11.).

Kampagne gegen die „Mauer der Demokratie“

In der chinesischen Presse hat eine massive gelenkte Kampagne gegen die sogenannte „Mauer der Demokratie“ — die einzige Stelle, wo in Peking erlaubterweise politische Wandzeitungen angebracht werden dürfen — begonnen. Die „Mauer der Demokratie“ habe mehr Schaden als Nutzen gebracht, heißt es jetzt. Sie sei „von

den, um die soziale Ordnung und Sicherheit zu zerstören“. Mehrmals wurden im November Menschen an der „Mauer der Demokratie“ festgenommen, weil sie Protokolle von dem Prozeß gegen den kürzlich zu 15 Jahren Haft verurteilten „Bürgerrechtler“ Wei Jingsheng verteilt hatten. Anfang Dezember wurde die „Mauer“ in eine Straße am Stadtrand verlegt. Wer eine Wandzeitung anbringen will, muß sich registrieren lassen.

Drei „Dissidenten“ wurden (nach einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP vom 29.10.) in Tientsin verhaftet, als sie eine Wandzeitung gegen Polizei-Übergriffe anbringen wollten.

Zunahme der Kriminalität

Im Gefolge der Entwicklung nach dem Rechtsputsch von 1976 hat in China die Kriminalität, vor allem die Jugend- und Bandenkriminalität, drastisch zugenommen (vgl. dazu auch AK 166, S. 50). Zur Veranschaulichung einige neue Meldungen: + Zwei Jugendliche wurden in Schanghai am 26.10. zu acht bzw. zehn Jahren Haft verurteilt. Sie sollen Anführer einer Bande gewesen sein, die einen Bus auf der Straße stöppte, die Passagiere ausraubte und Frauen belästigte.

+ Am 19.10. wurden drei Bandenführer zu fünf bis sieben Jahren Haft verurteilt. Laut Anklage hatte die Bande Straßenkämpfe, Raubüberfälle und einen Zusammenstoß mit der Polizei organisiert.

+ Am 18.10. wurden in Schanghai 15 Bandenmitglieder zu Freiheitsstrafen von unterschiedlicher Länge verurteilt („Hsinhua“, 2.11. — nach „SWB“, 10.11.).

+ In der Stadt Changsha, Hauptstadt der Provinz Hunan, wird über Taschendiebe auf der Straße geklagt. Teilweise handele es sich um Schulab-

ten Leuten verführt“ würden. Die Taschendiebe würden sich häufig in Schlangen an Bushaltestellen mischen und dann beim Einsteigen „tätig“ werden (Radio Changsha, 27.10. — nach „SWB“, 10.11.).

+ In einer Fabrik in der Provinz Kiangs wurde eine Gruppe von Arbeitern erwischt, die im großen Stil den Diebstahl von Kupfer aus dem Betrieb organisiert hatte — insgesamt über 4 Tonnen Kupfer (das dann wahrscheinlich „schwarz“ an andere Betriebe verkauft wurde? ...) („Hsinhua“, 22.10. — nach „SWB“, 10.11.).

+ In der Stadt Changchun (Provinz Kirin) wurden im September vier Jugendliche als „Räufelführer“ verhaftet und weitere festgenommen. Laut Anklage hatten sie auf den Straßen „Zwischenfälle“ provoziert und Passanten überfallen (Radio Changchun, 1.11. — nach „SWB“, 10.11.).

Wieder Aktivisten der Kulturrevolution verhaftet

Liu Huaide, Chen Guangyu und Wang Zhenlu wurden am 12.10. verhaftet. Die drei hatten als Bahnarbeiter zu Beginn der Kulturrevolution eine „Rebellenorganisation“ gegründet und geleitet. Am 24. und 29. Dezember 1966 sollen sie die Blockade von Zügen für insgesamt 83 Stunden organisiert haben (Radio Hefei, Provinz Anhwei, 2.11. — nach „SWB“, 10.11.).

Aus der ZL-Szene

Die Konturen-Zieher von der ZL werden derzeit bei Liberalen und Undogmatischen um Mitleid. Man sei „innerorganisatorisch kaltgestellt“ worden, heißt es — und ein paar Tage später findet sich auf wunderbare Weise (Telepathie?) diese Sprachregelung in der „TAZ“ wieder. Nun ist ja spätestens seit Brokdorf II bekannt, wie die Kommunisten mit Andersdenkenden umspringen. Die ZL wird also willige Ohren für ihre Legendenbildung gegen den KB finden.

So weiß die ZL mal wieder von einer „Kampagne“ zu berichten; diesmal geht es angeblich darum, ihnen die Darstellung ihrer Ansichten im AK zu verbieten! Im AK 167, so klagt die ZL, habe sie bereits nichts mehr veröffentlichen dürfen. Grausam! Die Wahrheit ist allerdings, daß die ZL weder für den AK 167 noch für diesen AK (168) Artikel abgegeben hat. Sie scheint es also für klüger zu halten, die Auseinandersetzung um ihre Unterstellungen gegen die Wahlpolitik des KB, um ihre Thesen von der „ideologischen Offensive der Bourgeoisie und ihrer Agenturen“ etc. pp. erst einmal nicht mehr öffentlich weiterzuführen. Dahinter scheinen folgende Überlegungen zu stehen: 1. die ZL ist z.Zt. dabei, ihre ganze Argumentationslinie total umzustellen (von „knallhart“ auf „undogmatisch“ und „anti-sektiererisch“); daher ist eine Veröffentlichungspause sinnvoll. 2. Das Fehlen von Positions-Artikeln der ZL im AK soll als handfester Beweis für die Legendenbildung gegen den KB („Die lassen uns nicht mehr!“) dienen. Hinzu kommt, daß die ZL derzeit mit einer überschaubaren Fraktionsarbeit alle Hände voll zu tun hat. Ganz schön clever von der ZL, sich einerseits um eine Stellungnahme insbesondere zu ihren Unterstellungen im AK 166 („Abkehr von der Wahlbewegung“) heranzudrücken, und daraus gleichzeitig das Märchen von der Zensur im AK zu spinnen!

Wie aus der ZL-Fraktion verlautet, hat die ZL beschlossen, die Beurlaubung gegen sich (und gegen einige andere Mitglieder ihrer Fraktion) „aufzuheben“. Das LG habe (nach Meinung der ZL) zukünftig nicht mehr das Recht, Mitglieder der ZL-Fraktion zu beurlauben oder auszuschließen; dieses Recht habe nur noch die ZL-Fraktionsleitung. Das LG, so soll die ZL dazu erklärt haben, sei „umfassend von den revolutionären Traditionen der SDAPR abgerückt“ und bewege sich „auf dem Boden stalinistisch-bürokratischer Tradition“. Der Vorwurf

leitend. Das LG, so soll die ZL dazu erklärt haben, sei „umfassend von den revolutionären Traditionen der SDAPR abgerückt“ und bewege sich „auf dem Boden stalinistisch-bürokratischer Tradition“. Der Vorwurf des Stalinismus dürfte seitens der ZL zukünftig recht häufig gegen den KB erklingen — das sichert ein aufmerksames Publikum. Daß die ZL zu Beginn ihrer Fraktionsmacherei noch ankündigte, gegen das „Stalin-Buch“ des KB zu polemisieren (da angeblich „zu weitgehend“ etc.) haben wir selbstverständlich alle schon vergessen.

*** Mit „Verständnis“ meldet die ZL, daß ihre Anhänger den Beitrag an den KB jetzt auf ein „Minimum“ (20 Mark für Verdienende, 5 Mark für andere) gekürzt haben. Teilweise haben die Zler schon seit Oktober keine Beiträge bezahlt und kürzen jetzt „rückwirkend“.

Es liegt auf der Hand, daß bei 150 bis 200 Mitgliedern der ZL-Fraktion von diesen „reduzierten“ Beiträgen nicht einmal mehr die Löhne für die vier freigestellten ZL-Funktionäre gezahlt werden können, die bisher immer noch vom KB bezahlt wurden.

*** Die ZL-Fraktion hat derzeit nach unseren Schätzungen (offizielle Angaben liegen nicht vor) zwischen 150 und 200 Mitglieder. Von diesen kommen ca. 54% aus den alten „Zentrums“-Bereichen. Ca. 16% kommen aus der übrigen Hamburger Ortsgruppe, insbesondere aus dem SSB (Studenten). Ca. 30% kommen aus Ortsgruppen außerhalb Hamburgs, vor allem aus den bisher von der ZL angeleiteten Bereichen Schleswig-Holstein, Westberlin, Hannover und Göttingen. Zur ZL-Fraktion sind außerdem seit kurzem die Ortsgruppen Landshut und Bielefeld gestossen. Die ZL-Fraktion hat im Bezirk Eimsbüttel eine 2/3-Mehrheit, im Chemie-Bereich eine Mehrheit, im Bezirk Barmbek eine knappe Mehrheit, außerdem eine recht starke Minderheit im ÖTV-Bereich (Post und Angestellte).

Von den ca. 30 „Fach-Kommissionen“ des KB (vgl. Übersicht in UW 30) gehören folgende zur ZL-Fraktion: Afrika-Kommission; Dänemark-Kommission; Großbritannien-Kommission; Portugal-Kommission; AG-Schwule; Skandinavien-Kommission. In der Kommission Betrieb und Gewerkschaft haben bisher noch ZL-Anhänger mitgearbeitet, allerdings ihre Tätigkeit zunehmend zugunsten der

Beitrag zu: Überlegungen zur Krise im KB (AK 166)

Überraschungen war man ja – was die Krisenbeiträge der ZL angeht – gewöhnt, aber das nun vorgelegte „griffige Thesenpapier“ (ZL) stellt doch die bisherigen Krisenbeiträge in den Schatten. Überrascht wird der Leser/die Leserin schon in der Einleitung der „Überlegungen ...“, handelt es sich dabei doch um eine angebliche „zusammengefaßte Bewertung der bisher sichtbaren Differenzen“ aus der „Sicht“ der ZL. Überrascht allein deshalb, weil gerade ihre Thesen über einen „Umschichtungsprozeß“ bzw. „Neuformierungsprozeß“ innerhalb der Linken erstmals im AK 166 offengelegt worden sind; von einem „Versuch einer zusammengefaßten, gerafften Darstellung von Bedeutung und Umfang der Kontroverse“ kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden. Allerhöchstens ließen sich einige dieser nun veröffentlichten neuen Thesen der ZL aus ihren Darstellungen zur „Stolypinischen Reaktion“ errahnen, wenn man sich in die Logik und Argumentationslinien der ZL „hineingedacht“ hat. Ich halte dieses Vorgehen, bislang im AK vorenthalte „Überlegungen“ nun als „zusammengefaßte Darstellung“ den Leser/innen zu präsentieren, für unlauter und völlig unüblich. Warum die ZL zu dieser bislang unüblichen Methode übergegangen ist, wird einem im Zusammenhang mit den „Stolypin-Artikeln“ jedoch klar: wesentlicher Ausgangspunkt der ZL war und ist, nach „innen“ die „Konturen schärfer zu ziehen“, um – gemäß der ZL-Interpretationen über die Lehren aus den Zeiten Rußlands 1907 - 1912 – für den nächsten Aufschwung „fit“ zu sein. Das genau ist das Rezept zur „Krisenbewältigung“ der ZL, daß sie nun sehr verlockend und schmackhaft in ihren „Überlegungen ...“ anzubieten haben.

Der Speck, der der Maus dort angeboten wird, ist sehr verlockend – jedoch sollte sich die Maus diesen fetten Bissen sehr genau von allen Seiten her beschnuppern, ehe sie zu beißt. Sehen wir uns den „Bissen“ also mal etwas genauer an.

Grob lassen sich die 25 Thesen der ZL wie folgt unterteilen: Thesen 1 - 10 behandeln die „ideologische Krise“ des KB, die restlichen Thesen (11-25) behandeln die derzeitige Massenbewegung in der BRD setzen sich im Zusammenhang mit dieser Massenbewegung mit den Aufgaben und Perspektiven des KB auseinander. Im ersten Teil der ZL-Thesen ist sehr bemerkenswert, daß die „Krisenursachen ... im Inneren unserer Organisation zu suchen sind“, die „Krise ... ideologischer Natur“ ist. Klar ausgegrenzt wird sich von der Tatsache, daß die „innere Krise ... nicht bzw. nicht hauptsächlich (?) irgendwelchen sog. „objektiven Faktoren“ von außen geschuldet ist. Wortklaubig begründet die ZL ihre These, daß nur von „inneren Ursachen und äußeren Einwirkungen“ gesprochen werden kann, da eine „andere Sichtweise“ den „dialektischen Materialismus ... auf den Kopf“ stellen würde.

Einschränkend erwähnt die ZL, daß die „objektiven Krisenfaktoren“ in der „ersten Phase unserer Krisenbedeutung“ noch „eine gewisse Berechtigung“ gehabt hätten. Einschränkung betont die ZL ebenfalls, daß eine „Krisenbewältigung“ nicht „unabhängig von den äußeren Bedingungen“ zu meistern sei.

Sehr widersprüchlich – und keinesfalls „dialektisch“, finde ich. Hier muß sich bei der ZL eine eigenartige „Metamorphose“ vollzogen haben, denn noch in ihrem „Einstiegsartikel“ aus AK 160 („Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“) schrieben die Genoss/innen u.a.: „Die Hinwendung zu Versuchen individueller Schein-„Emanzipation“ hat u.E. das Ausbleiben rascher gesellschaftspolitischer Veränderungen zur objektiven Grundlage“ (Hervorhebung von mir). Erst die in These 1 beschworene „Rückbesinnung“ auf die „Klassiker“ scheint diese „Metamorphose“ bei den ZL-Genoss/innen vollzogen zu haben. (Nebenbei bemerkt: die geforderte „Rückbesinnung“ der ZL auf die „Klassiker“ und die Grundlage unserer Politik unterstellt zumindest daß die LG(Mehrheit) diese Positionen bereits verlassen hat – das ist in meinen Augen eine demagogische und durch nichts belegte Unterstellung!)

Nun einiges zur Dialektik. Ich finde, die ZL legt von Beginn der Krisenbedeutung an ein sehr merkwürdiges, mechanistisches Verständnis von „dialektischem Materialismus“ an den Tag. Deutlich wurde dies m.E. schon sehr frühzeitig an dem Basteln von „Begriffspaaren“ (Utopismus/

Entsolidarisierung, jetzt: „innere Ursachen und äußere Einwirkungen“ usw.). Diese Sichtweise negiert wesentliche Elemente einer dialektisch-wissenschaftlichen Herangehensweise – nämlich einmal, daß ein Ding bekanntlich nicht nur zwei, sondern mehrere Seiten haben kann (als Beispiel meine ich z.B. das Herangehen der ZL an die „utopistische“ Forderung nach Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, und jetzt ihre Krisenbewältigungsvorschläge). Die ZL nimmt aus ihrer Betrachtungsweise z.T. grobe und unzulässige Vereinfachungen oder Übertreibungen vor, die sich aus ihrer „dialektischen“ Sicht ergeben. Das zweite auffallende Merkmal ihrer „dialektischen“ Betrachtungsweise betrifft die Bestimmungen von Haupt- und Nebenseite; als Beispiele hierfür seien genannt die „Begriffspaare“ „Zweckbündnis und Keimform“ oder „innere Ursachen“ (als Hauptseite) und „äußere Einwirkungen“ (als „Neben“seite). Als Wesen der Dialektik betrachte ich immer noch, das „Ding“ allseitig zu untersuchen, dabei eine „Haupt“- und „Neben“seitenbestimmung vorzunehmen und dabei zu berücksichtigen, daß bei dieser Bestimmung Wechselverhältnisse, sogar Umkehrungen „gängig“ sind usw.

Schon bei der gesamten Krisenbedeutung innerhalb des KB läßt sich das anschaulich belegen, daß die „innere Krise des KB“ zahlreichen Faktoren geschuldet, deren Ursachen eben nicht „auf einen Nenner“ zu reduzieren bzw. zu vereinfachen sind (als „hauptsächlich“ Ursachen sind benannt worden die wiederum unterschiedlichen „äußeren Faktoren“ – angefangen beim „China-Portugal“-Schock, den Auswirkungen der Repression, den Problemen der individuellen/kollektiven Emanzipation (Frauenfrage!) bis hin zu „inneren Faktoren“ wie Unzufriedenheit mit den „Strukturen“, „Verweigerungshaltungen“ bis hin zur Infragestellung bis Ablehnung einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation usw. usw.).

Jede(r) Genossin/Genosse wird bei sich selbst festgestellt haben, daß eine „Haupt“seitenbestimmung zum Teil sehr problematisch ist, weil gleich mehrere (innere und äußere) Faktoren zusammenfließen usw. Umgekehrt halte ich es deshalb für undialektisch, die – anfangs auch von der ZL noch eingestandenen – objektiven Ursachen unserer Krise als platte Nebenseite abzustempeln. Der Streit über die Dialektik ist keinesfalls „akademisch“, sondern hat knallharte politisch-praktische Konsequenzen im Sinne einer „Krisenbewältigung“, die genau von den äußeren Faktoren abstrahieren soll.

Ich halte diese Lösungsvorschläge der ZL für gefährlich, die Beispiele, die die ZL für die Leugnung „äußerer Faktoren“ heranzieht, verdeutlichen dies. So würden bestimmte „enttäuschende internationale Entwicklungen“ nur eine ziemlich „untergeordnete“ Rolle für unseren „Zerfall“ spielen, sondern der „Kern“ würde in der „ideologischen Offensive“ der Bourgeoisie liegen. Natürlich war gerade der KB – was internationale Entwicklungen betrifft – (Chile, VR China usw.) auf „das Schlimmste gefaßt“, aber zwischen politisch-theoretischen Einsichten über bestimmte „enttäuschende Entwicklungen“ und der Verarbeitung dieser Prozesse besteht ein Widerspruch, wobei sich letzterer in Resignation, politischer Apathie usw. niederschlagen kann und sich ja auch niedergeschlagen hat. Und das in anderen Teilen der Linken weitaus stärker als bei uns.

Anders ausgedrückt: wenn die „Idee“ des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-Tung-Ideen bis in unsere Reihen hinein stark diskreditiert ist (im übrigen eine Banalität, denn die Herrschenden haben diese „Ideen“ angegriffen, seit es den Marxismus-Leninismus gibt!) durch die „Ideen“ der bürgerlichen Gesellschaft, der Reformisten, „Realsozialisten“ usw., so heißt für mich die Konsequenz daraus keine einseitige „Rückbesinnung“, sondern eine Verstärkung des ideologischen Kampfes dort, wo diese „Ideen“ herkommen – nämlich von „außen“. Nicht umsonst forderte das LG (Mehrheit) in den jetzigen Auseinandersetzungen mit der ZL die Notwendigkeit der Verstärkung der theoretischen Arbeit, d.h. des „Konturen-Ziehens“ gegenüber allen möglichen Strömungen, die auf uns einwirken. An dieser Front „hinkt die kommunistische Bewegung nach“, bleibt die kommunistische Bewegung „trotz großer Fortschritte objektiv hinter den Anforderungen zurück“ („Unser Weg“ 16/17, S. 16/17).

Wohlgemerkt: das hat nichts mit einer sektiererischen Bündnispolitik zu tun, auch nichts mit einem von der ZL unterstellten „Rückzug“ von der Wahlbewegung – im Gegenteil! Das „Konturen-Ziehen“ bezieht sich auf den Punkt des dialektischen Verhältnisses von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der in Bewegung geratenen Linken!

Ich kann es mir – als Westberliner – nicht verkneifen, auf den Hinweis der ZL auf die „eineinhalb Jahre früher zermürbte“ Westberliner Ortsgruppe (These 7) einzugehen – wird gerade Westberlin als „zusätzlicher Beleg“ dafür angeführt, daß bestimmte „internationale Entwicklungen“ eine völlig untergeordnete Rolle als Krisenursache spielen würden, sondern der Grad der „unterschiedlichen ideologischen Festigung“ entscheidend sei. Diese „Beweisführung“ seitens der ZL-Genoss/innen verdeutlicht eher die Ungleichzeitigkeit und den Grad von Zerfallserscheinungen; sie kennzeichnet und belegt u.a. auch, daß die „unterschiedliche ideologische Festigung“ nur ein Krisenmerkmal ist und gerade in Westberlin besondere Bedingungen bestehen (u.a. eine recht breite „linke Szene“, ein relativ starker Einfluß der „KPD“, eine relativ breite links-reformistische Strömung usw.) vor dem Hintergrund einer (gegenüber diesen „Bewegungen“) überforderten Westberliner Ortsgruppe.

Außerdem kann gerade anhand des Westberliner KB nachgewiesen werden, daß der Vorwurf der ZL, die LG (Mehrheit) würde die Krise nur „verwalten“, ist absurd.

Der faktischen Auflösung der Westberliner Ortsgruppe sah die LG (Mehrheit) keineswegs „tatenlos“ zu, sondern sie war das Ergebnis z.T. scharfer politischer Auseinandersetzungen u.a. an der Wahlfrage, die auch im AK nachzuvollziehen ist. Doch dies nur am Rande.

Eine weitere Bemerkung dazu: wenn die ZL eine „Rückbesinnung“ auf die „Klassiker“ und die „Grundlagen unserer Politik“ fordert, so ist mir unverständlich, warum die ZL nicht verstärkt in die Vorbereitung des 1. KB-Kongresses „einstiegt“, denn schließlich sollen anhand der diversen Resolutionsentwürfe für den Kongreß „schärfere Konturen“ und ein Prozeß politischer Vereinheitlichungen von Positionen des KB eingeleitet werden. Für absolut negativ und boykottistisch halte ich z.B. das Vorgehen von SSB-Genossen in Westberlin, die sich zur ZL rechnen, wenn sie für den Kongreß ausdrücklich nur einen „politischen Klärungsprozeß“ anhand der ZL- und LG (Mehrheits-)Positionen vollziehen wollen. Ich schenke mir an dieser Stelle, auf weitere Punkte, insbesondere die Thesen vom „ideologischen Angriff der Bourgeoisie“ – siehe hierzu den Artikel „ZL auf Entdeckungseise“ (AK 166), einzugehen.

einen „politischen Klärungsprozeß“ anhand der ZL- und LG (Mehrheits-)Positionen vollziehen wollen. Ich schenke mir an dieser Stelle, auf weitere Punkte, insbesondere die Thesen vom „ideologischen Angriff der Bourgeoisie“ – siehe hierzu den Artikel „ZL auf Entdeckungseise“ (AK 166), einzugehen.

Einige Anmerkungen zum zweiten Teil der ZL-„Überlegungen ...“ (These 11-25).

Was spontan aus diesen Thesen hervorsteht, ist die Anbetung einer sich „neu formierenden westdeutschen Linken“ seitens der ZL. Da ist von einem neuen „Formierungsprozeß“ die Rede, von „Umdenkprozessen ... im Lager des sog. Spontaneismus“ usw.

Erstmals auf diese Entwicklung ist der KB im Artikel „Kommunisten und Wahlbewegung“ eingegangen, wo er der „Herausbildung“ einer „sozialistischen Partei“, „nicht unbedingt ablehnend“ gegenüberstand (und steht). In diesem Zusammenhang betonte der KB, sich in diesen „Neuformierungsprozeß“ mit Beiträgen zur politischen Auseinandersetzung „einzumischen“.

Interessant ist dabei, daß die ZL diesen „Formierungsprozeß“ erst einmal beschreibt, den verdrossenen und krisengeschüttelten KBler/innen „anbietet“, ohne dabei in die „Grauzonen“ der Ökologiebewegung, der Wahlbewegung, des links-reformistischen Spektrums usw. herumschleichen. Interessant deshalb, weil anhand der „Grauzonen des Feminismus“ innerhalb des KB ja der Versuch des „Konturen-Ziehens“ unternommen wurde.

Das heißt nicht, einer sektiererischen Massen- oder Bündnispolitik das Wort zu reden, sondern sich verstärkt damit auseinanderzusetzen, daß dieser „Formierungsprozeß“ innerhalb der Linken, der Bürgerinitiativbewegung, der Ökologiebewegung die Gefahr eines „Rechtsrucks“ innerhalb der Linken in sich birgt. Ein Teil der linken Kräfte ist gerade eifrig dabei, bereits gültige und innerhalb der Linken „vereinheitlichte“ Positionen zu räumen, was sich vor allem bei den Diskussionen um die Bundes-

tagswahlen zeigt (so die „Mode“, daß „Links-Rechts-Schemata“ bereits „historisch überholt“ seien, die Anbahnung eines „deutschen historischen Kompromisses“ (Horacek) usw.).

Während ein Teil der damaligen APO noch die Hoffnung und Illusionen hatte, durch den „Marsch durch die Institutionen“ Veränderungen innerhalb der SPD zu erreichen – und zwar mit dem subjektiv ehrlich vorhandenen Willen und Versuch, marxistische Positionen innerhalb der SPD zu verankern – so verläßt ein nicht unbedeutender Teil des derzeitigen „Formierungsprozesses“ zwar außerhalb der SPD, aber auch unter zunehmender Aufgabe „marxistischer“ Positionen. Vor dieses – und eine ganze Reihe anderer – Probleme gegenüber der Massenbewegung sieht sich der KB verschäft gestellt. Ich habe hier nur beispielhaft einige wenige Probleme angerissen, um damit deutlich zu machen, daß das „Abwerfen von ideologischem Ballast“ innerhalb des KB sich nicht allein durch „schärfere innere Konturen“ vollzieht, sondern gerade im ideologischen Kampf mit „Fehlströmungen“ innerhalb des „Neuformierungsprozesses“ der linken und radikaldemokratischen Kräfte.

Die Forderung der ZL nach „dialektischer Einheit von anti-sektiererischer Massen- und Bündnispolitik einerseits und klarer leninistischer, innerer Ausrichtung“ läßt den Zusammenhang von „Fehlströmungen“ innerhalb des „Umdenkprozesses“ der Linken und die Rolle, die der KB innerhalb dieses „Formierungsprozesses“ unbedingt spielen muß, außer acht: Eine „ideologische Festigung“ bzw. Vereinheitlichung des KB ist nur möglich durch das Führen solidarischer Diskussionen über die zahlreichen auftauchenden Fragen, durch verstärkte Untersuchungsarbeit im KB einerseits und im Prozeß eines verstärkten politisch-ideologischen Eingreifens, des – wenn notwendig – „Konturen-Ziehens“ innerhalb des „Formierungsprozesses“ der linken Bewegung andererseits. Vorbedingung auch hier: eine verstärkte Untersuchungstätigkeit an dieser „Front“.

Nur in dieser „Dialektik“ – im ideologischen Kampf nach „innen“ und „außen“, kann sich der KB „zu einem erheblich bedeutenderen Faktor“ entwickeln. Hier sehe ich auch den Zusammenhang, wenn wir mit Recht von einer „Krise der Linken“ gesprochen haben. Ein „Her-

auskommen“ aus dieser Krise sehe ich u.a. in einer solidarischen Diskussion/Auseinandersetzung mit wesentlichen Teilen dieser Linken!

Ich schreibe diese Position auch vor dem Hintergrund als Mitglied in der AL-Westberlin, wo in der Tat die Schwierigkeit auftaucht, den Anforderungen und Problemen, den unterschiedlich auftretenden politischen Positionen innerhalb der AL überhaupt noch nachzukommen. Es „strömt“ im wahrsten Sinne des Wortes schon fast tagtäglich so viel Neues auf einen ein, daß kaum noch damit fertig zu werden ist.

Ich kann in diesem o.a. Zusammenhang die These 21 (Schlingerkurs der LG-Mehrheit in der Wahlbewegung, Anm. AK) überhaupt nicht teilen, sondern muß diese als plumpe Unterstellung und Demagogie schärfstens zurückweisen! Während die vorangestellte These 20 (Zusammenarbeit mit den linken Grünen gegen die rechten Grünen, Anm. AK) m.W. im KB „vereinheitlicht“ ist, kann ich sowohl aus den konkreten Erfahrungen der Arbeit in der Alternativen Liste Westberlin als auch aus dem, was ich dem AK entnehme hinsichtlich der Wahlberichterstattung/Auseinandersetzung, keinerlei „Schlingerkurse“ und „kurzzeitige Spurts“ usw. erkennen.

M.E. hat der KB in der Wahlfrage seit geraumer Zeit eine durchgängige und richtige Politik verfolgt, die – kurz und grob gesagt – die Stärkung und Verbreiterung radikaldemokratischer Elemente sowie erarbeiteter linker Inhalte (Repression, Frauenpolitik usw.) in Wahlbündnissen zur Grundlage hatte und hat. Die Positionen im letzten AK zum Offenbacher Kongreß bestätigen diesen „Kurs“ erneut.

Es ist eher der ZL vorzuwerfen, daß sie die von ihr so beschworene Einheit des KB gerade in der Wahl-Debatte anscheinend – zumindest an einigen Fragen – verlassen hat. Bestützend daran finde ich besonders, daß mir die ZL-Positionen von „undogmatischen“ Linken, die nicht im KB sind, zugänglich gemacht oder – in Andeutungen – sogar schon öffentlich in der „TAZ“ (z.B. vom 13.11.) erörtert werden.

Abschließend halte ich daran fest, daß eine solidarische politische Auseinandersetzung mit den nun zutage getretenen ZL-Positionen innerhalb des KB nötig und möglich ist. Eine „Rückbesinnung“ auf den bevorstehenden Kongreß des KB bietet dazu eine gute Möglichkeit...

D., Westberlin

kritik

alle brauchen kritik

deshalb abonniere ich die kritik ab der nächsten Ausgabe. ☐ bitte ankreuzen!

außerdem bestelle ich die bereits erschienenen Hefte, und zwar:

Datum, Unterschrift:

Olle & Wolter

Stalin

Wie immer die Bewertung der Rolle Stalins ausfallen mag, er gehört zweifellos zum Kreis derer, die man die „großen Männer“ der Politik des 20. Jahrhunderts zu nennen pflegt. Es ist das Verdienst Isaac Deutscher's, diese historische Dimension in seinem hier erstmals vollständig auf Deutsch vorliegenden Werk zum Ausdruck gebracht zu haben.

Der Autor schildert das Leben des Wladimir Iwanowitsch Dshugaschwili, seine Kindheit und Jugend, den Eintritt in die sozialistische Untergrundbewegung im zaristischen Rußland, seine Metamorphose zu Stalin, seine bescheidene Rolle in der Revolution von 1917, den allmählichen, unmerklichen und schließlich unaufhaltsamen Aufstieg des Josef S. nach der Revolution, seinen Machtkampf um die totale Herrschaft und deren Ausübung bis zu seinem Tode 1953.

Deutscher versteht es, die Entwicklung der Person nahtlos mit der gesellschaftlichen Entwicklung des vor- und nachrevolutionären Rußlands zu verknüpfen.

Damit ist diese Biographie, spannend wie ein Roman geschrieben, zugleich ein geschichtliches Werk von dauerndem Rang.

Isaac Deutscher: Josef Stalin - eine politische Biographie 2 Bände, 728 Seiten, DM 39,-

Verlag Olle & Wolter

kritik

Über all die vielen, anderen, schönen und wichtigen Bücher aus unserem Verlagsprogramm gibt unser kleiner Prospekt Auskunft. Wer sich informieren will, bekommt ihn kostenlos zugeschickt. – Postkarte genügt!

Verlag Olle & Wolter Postfach 4310 1000 Berlin 30

Politikastertum statt Polemik

2. Teil Zu einigen realen Differenzen

Soweit möglich werde ich im folgenden Verdröhnungen, Verfälschungen u.a.m. vernachlässigen, um mich auf die Herausarbeitung einiger wesentlicher Differenzen zu konzentrieren. Ich möchte damit noch mal das Hauptanliegen meiner „Thesen“ unterstreichen, nämlich: weg von unfruchtbaren Debatten an Nebenfronten; Konzentration auf die „brennenden Fragen der Bewegung!“ Nach dem überraschenden Erscheinen der „Überlegungen zur Krise“ seitens der ZL in AK 166 will ich auch hierauf Bezug nehmen.

Zum „Bejubeln der Krise“

Die ZL behauptet: „Ein Kernstück in F.'s „Thesen zur Krise“ ist seine Tendenz, bekannte Krisenerscheinungen der kommunistischen Organisation pauschal und einseitig als „Stärkung der demokratischen Bewegung“ zu bejubeln“ (AK 165, S.53, Sp. 4, Abs. 3). Dazu führt die ZL folgende Argumente auf: Erstens bedeute die Krise „auch eine personelle kadermäßige Schwächung“; zweitens „mißachtet (F.) schlicht die konkrete Erfahrung einer sich teilweise vollziehenden „ideologischen Aufweichung“ unserer Reihen ... und stellt dies schlicht als falsche Ängste, Einbildungen, Hirngespinnste usw. der „kommunistischen Zirkel“ dar“ (Zitate aus dem Abschnitt „Gegen das Bejubeln der Krise“); drittens „übersieht er dabei schlicht, daß die „Eigenständigkeit“ in der „Bewegung“ ... nicht nur eine Krise“; drittens „übersieht er dabei schlicht, daß die „Eigenständigkeit“ in erheblichem Umfang schlicht aus anti-kommunistischen Abgrenzungsmechanismen besteht“ (AK 165, S. 54, Sp.5, Abs.4); viertens werde von mir nicht der „Parteiliche Standpunkt einer kommunistischen Organisation“, sondern der der „gesamten Bewegung ... hauptsächlich und in erster Linie“ der der „eigenständigen demokratischen Bewegung“ eingenommen (Aus dem Abschnitt „Gegen das Bejubeln der Krise“).

Zu recht weist die ZL darauf hin, daß der Abgang von Mitgliedern der Zirkel/des KB deren Arbeit schwächt (These 7). Mit Recht betont sie das Vorhandensein von „ideologischen Aufweichung“ als Gefahr und als weitere Schwächung. Zweifelloso wäre ein gehöriger „Grund zum Erschrecken“, wenn aus der Spaltung der „kommunistischen Bewegung“ nur eine demokratische Bewegung hervorginge. Denn wenn aus Kommunisten — wie weit sie auch entwickelt sein mögen — „Nur-Demokraten“ werden, ist das sicher kein Grund zum Feiern!

Dies allerdings ist auch nicht der „Kerngedanke“ meiner Thesen. Der „erfreuliche“ Kernpunkt meiner Darstellung besteht natürlich nicht in der Umwandlung („Zerfall“) der „kommunistischen“ in eine demokratische Bewegung, sondern im Entstehen demokratischer Bewegungen, die ungleich breiter sind, als die bisherige „kommunistische Bewegung“ und ihr altes radikal-demokratisches Umfeld. Viele der neuen Bewegungen sind in der Kritik am etablierten Parlamentarismus entstanden, wesentlich in Kritik an der SPD/FDP und der von ihnen betriebenen Politik des sozialen Abbaus, der „Rechtsentwicklung“, dem Atomprogramm etc. Die Entfaltung einer solchen breiten demokratischen Bewegung links von der SPD und außerhalb des Parlaments hat die bisherige Rolle der „kommunistischen Bewegung“ der Nach-APO-Zeit als Stellvertreter eines nur relativ gering entfaltenen demokratischen Protestes gesprengt. Die jetzige Wahlbewegung verschärft diesen Vorgang noch. Die Anforderungen dieser Bewegung übersteigen auch die bisher für den begrenzten Rahmen einigermaßen ausreichenden Führungsqualifikationen der „kommunistischen Bewegung“ und drohen, die kommunistischen Gruppen zu überrollen.

Allerdings ist diese neue demokratische Bewegung selbstverständlich nicht „eigenständig“ in dem Sinne, daß sie etwa als „dritte Kraft“ unabhängig zwischen Bourgeoisie und kommunistischer Politik wäre. Ich habe die Kennzeichnung „eigenständig“ gebraucht, um klar zu machen, daß sich hier neue demokratische Kräfte in der BRD entwickelt haben, denen von der „kommunistischen Bewegung“ ein eigener Stellenwert beigemessen werden muß.

Die SPD-Führung versucht jetzt, an die Spitze der neu entstehenden Bewegung zu spuren, um sie wieder in den Griff zu bekommen und zugleich die Kommunistischen Gruppen ins Abseits zu drängen.

Ich sehe die Gefahr für die Entwicklung kommunistischer Politik gegenwärtig darin, daß es den „kommunistischen Zirkeln“ nicht gelingen könnte, eine eigene Alternative für die bevorstehenden Kämpfe zu entwickeln und damit vor dem sich abzeichnenden sozialdemokratisch/revisionistischen Roll-Back zu kapitulieren.

Vor diesem ganzen Hintergrund sind auch die Hinweise in meinen „Thesen“, Austritte seien „kein Grund zum Erschrecken“ und die „neuen Strömungen im demokratischen Spektrum“ dürften nicht nur als „Fehlströmungen“ betrachtet werden, denen entgegengetreten werden müsse, sondern müßten „auch als Bereicherung des eigenen Kampfes“ verstanden werden, zwar etwas verkürzt, aber kein „Bejubeln“ der Krise. Mir kam es darauf an, solchen Haltungen entgegenzutreten, die den gesamten Prozeß nur als „Zerfall der kommunistischen Bewegung“ begreifen, die Entstehung neuer demokratischer Kräfte dagegen gering schätzen.

Wie berechtigt meine Warnung ist, zeigte die Antwort der ZL auf meine „Thesen“. Zwar gesteht sie das „Entstehen neuer Protestpotentiale“ zu (AK 165, S.54, Sp.5, Abs.3) — in denen allerdings der „Antikommunismus und starke Abgrenzungsmechanismen gegenüber den K-Gruppen“ verankert seien. Es gebe dort „eine

Da mag folgen, wer will! Ich habe bisher von Faschisierung das Verständnis eines allseitigen gesellschaftlichen Prozesses, in dem sich verschiedene Aspekte verbinden — die ideologische Offensive, die politische, die ökonomische etc. Und dann weiß die ZL offenbar selber nicht, ob sie jubeln oder trauern soll. Überraschend stellt sie in ihren „Überlegungen“ eine „anschwellende Massenbewegung“ (These 11), sogar eine „Linksentwicklung in der Massenbewegung“ (These 14) fest, sieht einen objektiven „gesellschaftspolitischen Prozeß der Herausbildung einer neuen Partei“ (These 17). Dann bricht als Hauptlinie die Trauer wieder durch: Die Bewegung habe „im Zuge ihrer Verbreiterung an Substanz verloren“ (These 11), verflache politisch auf Grund des wachsenden Antikommunismus und der Unvereinbarkeitsbeschlüß-Praktiken (These 12). Da man von den „Grünen“ nicht wisse, ob sie für diesen „Formierungsprozeß“ als möglicher „Magnet (und vorübergehender Motor)“ oder als Spaltung wirkten, müsse „innerhalb“ der Bewegung, sprich der Grünen, Einfluß genommen werden, wenn der KB nicht zu einer „politisch bedeutungslosen Sekte (à la KBW/KPD/ML)“ verkommen“ will (These 19). Preis für den Eintritt: Aufgabe der von der ZL als „maximalistisch“ (ebenda) bezeichneten Forderungen und Programme der „Buntten“!

ke' gegenüber sozialdemokratischen und revisionistischen Thesen und Theorien.

In der ersten Phase der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung war es — nach dem etwas verspäteten Absprung — nicht zuletzt der KB, der „dominierte“. Der KB konnte Orientierung und organisatorischen Halt geben, solange die Bewegung überschaubar blieb. Mit ihrer Verbreiterung blieben unsere Kräfte zurück. In der Wahlbewegung konnte der KB sogar initiiert werden. Nachdem sich eine breite Bewegung entfaltet hat, wächst auch der Einfluß von Sozialdemokraten und Reformisten. Aus dieser Lage der Dinge folgt ein entschiedener Kampf um ein eigenes Profil „bunter“ und kommunistischer Gruppen in der Wahlbewegung, um zu versuchen, die Strategie der „Grünen“ aufzuhalten.

Das Bewußtsein zu schaffen, daß die gegenwärtige Krise des KB und anderer Organisationen der Zirkel eine Krise des revolutionären Selbstverständnisses der bisherigen kommunistischen Bewegung vor dem Hintergrund gewachsener und wachsender Anforderungen ist, daß die Erarbeitung einer kommunistischen Alternativen eine Überlebensfrage für kommunistische Politik ist, war das Hauptanliegen meiner „Thesen“. Ich halte das sehr wohl für einen „parteilichen“ Standpunkt einer kom-

entwickelt, in der die radikale Linke, speziell die kommunistische Bewegung, einige Lücken auf diesem Gebiet schließen mußte“.

Es waren wohl auch nur gaaanz kleine Lückchen, die die „kommunistische Bewegung“, z.T. speziell der KB, füllte?

- In der Entwicklung einer jahrelangen Kampagne gegen die „Terroristen“-Hetze — von den Aktionen nach der Erschießung Petra Schelms bis zu unserer Stammheim-Berichterstattung;

- in der Entwicklung von Kampagnen zu Chile, Portugal, Angola u.a.m.;

- während der Durchführung der „Russell“-Kampagne, in der die politische und organisatorische Initiative des KB eine wesentliche Stütze der Vorbereitung wurde;

- in der Entwicklung der Politik der antifaschistischen Aktionseinheit(en), in der es dem KB wesentlich zu verdanken ist, daß über den Protest der VVN hinaus unter dem Stichwort „antifaschistische Aktion“ sich der Protest verbreitert.

Noch peinlicher wird der Versuch der ZL — entgegen ihren eigenen Aussagen an anderer Stelle — für die Nach-APO-Zeit eine breite demokratische Bewegung zu erfinden:

- der „jahrelange Massenkampf“ um die Verbesserung des Schulsystems — das waren zersplitterte Kämpfe ohne organisierende Kraft;

- die „Anti-Barzel-Kampagne“ war voll in der Hand der SPD — nach dem Abbruch der Kampagne durch die SPD blieb nahezu nichts;

- die „breite Kampagne gegen den §218“ ist ein Beweis für die Stellvertreter-Funktion der „kommunistischen Bewegung“ — in diesem Fall vor allem des KBW, der über seine örtlichen Komitees die größte Demo gegen den §218 (Herbst 1975 in Bonn) organisierte;

- die „Kampagne gegen die Berufsverbote“ wurde vor allem von der DKP organisiert.

Bis hierher haben die Widersprüche der ZL-Argumentation zur Rolle der „kommunistischen Bewegung“ schon reichlich „getanzt“ — in der Beurteilung der Rolle der SPD gegenüber den demokratischen Bewegungen fangen sie nun aber mächtig an zu „hotten“!

Zur Erinnerung: Wir kämpfen in den demokratischen Bewegungen „schlicht um untergeordneten Einfluß“, behauptete die ZL im AK 165. In ihren „Überlegungen“ (AK 166) ergaben sich für die ZL aber doch „realisierbare Alternativen zum „kleineren Übel“, war von „Tendenz zum Verlust (Verfall) traditioneller Integrationskraft der SPD“ die Rede. „Es beginnt sich eine Krise auch in der SPD zu entwickeln“ (These 15).

— Dann geht es wieder andersherum: Der Verlust der „traditionellen Integrationskraft der SPD sollte allerdings nicht verwechselt werden mit einem Verlust ihrer generellen (ideologisch abgesicherten) Integrationskraft schlechthin“ (These 16). Was denn nun? — ist die „Dominanz“ der Sozialdemokraten nun „unbestritten“ — oder nicht? Die ZL hat darauf offensichtlich keine eindeutige Antwort. In der Praxis zeigt sich ihre Politik als Verharmlosung der von der Sozialdemokratie ausgehenden ideologischen Gefahr und Ablenkung von der Auseinandersetzung mit ihr (zugunsten des „Kampfes“ gegen Feminismus, Utopismus etc.pp.).

Eine besonders starke Begründung dafür, warum die Kommunisten gegenwärtig in den „derzeitigen Massenbewegungen“ nur eine „nebeneordnete Rolle“ spielen können, ist aus „Russisch Roulette“ noch erwähnenswert: das liegt nach Ansicht der ZL nämlich an ihrem „politisch-ideologischen Bezug zur Arbeiterbewegung“, die sich in einer „weitgehenden politischen Abstinenz“ zu den „derzeitigen demokratischen Massenbewegungen“ befindet (AK 165, S.55, Sp.1, Abs.3 und 4) — als ob der Einfluß der Kommunisten in „von Natur aus proletarischen“ Bewegungen (Arbeitskämpfe etc.) größer wäre!

Abschied von der „Faschisierungs-These“?

Die Göttinger Genossen Ha. und Kl. haben auf dem Pfingst-Kongreß des KB die „Faschisierungsthese“ des KB prinzipiell in Frage gestellt (vgl. Auseinandersetzung im UW und Artikel im AK 167, S.57). Die ZL, ansonsten

Fortsetzung nächste Seite



sowohl ideologische als auch politisch-organisatorische Dominanz reformistisch-kleinbürgerlicher und sogar tendenziell reaktionär-kleinbürgerlicher Strömungen (Gruhl und Co.)“ (ebenda, Abs.5). Dieses Verständnis der Krise als purer Zerfall „der politischen ideologischen Grundlagen unserer Politik unter Einschuß der Klassiker“ (AK 166, S.55, These 1) findet in den neuesten „Überlegungen“ der ZL im AK 166 ihren bisherigen Höhepunkt: Objektive Krisenursachen werden glatt geleugnet. Als „untergeordneten“ Punkt bezeichnet die ZL z.B. die revisionistische Entwicklung der VR China und vergleichbare internationale Entwicklungen (These 7). Zu den „untergeordneten Faktoren“ gehört inzwischen auch die Faschisierungspolitik. Schon in „Russisch Roulette“ (AK 165) fand die ZL ja die merkwürdige Formulierung, die Faschisierungspolitik sei „nur ein, wenn auch wichtiger Aspekt“ der „politisch-ideologischen Propagandaoffensive“ (AK 165, S.54, Sp.4, Abs.8). Jetzt heißt es: „Als Kern des gegen uns wirkenden Drucks schätzen wir nicht die Faschisierungspolitik der westdeutschen Bourgeoisie, also die konkrete Repressionspolitik (mit der Verhängung und Einschüchterung als Ergebnis) ein, sondern den umfassenden Angriff der Bourgeoisie und aller ihrer Agenturen auf die Idee des Leninismus und Maoismus (K-Gruppen-Hetze)“ (These 10).

Es bleibt als Methode der „Krisenbewältigung“: Einerseits strengste „ideologische Säuberung“ nach innen; andererseits nach außen die Orientierung auf eine prinzipienlose Nachtrabpolitik, das „Machbare“, das „hier und heute Erreichbare“.

Demgegenüber ist ein wesentlicher Gedanke meiner „Thesen“: Zu dem notwendigen „Rückgriff“ auf die „Grundlagen“ muß sich als zweites die Weiterentwicklung dieser Grundlagen, ihre Konkretisierung gesellen, wenn die „ollen Kamellen“ nicht totos Buchwissen bleiben sollen, ohne Bezug zur politischen Wirklichkeit. Dies gilt selbstverständlich besonders in einer Situation, in der der Sozialismus durch eine revisionistische Entwicklung im Weltmaßstab zum einen und durch Sekterismus der „kommunistischen Bewegung“ in der BRD zum anderen so gründlich in den Augen der Massen verunehrt worden ist.

Die Auseinandersetzung mit „ideologischer Aufweichung“ muß konzentriert werden, darf sich nicht voluntaristisch an Themen aufhängen, die aus irgendeinem Grund „in“ sind oder vordergründig die größte Aufmerksamkeit hervorrufen. So halte ich die Begründung der ZL für ihre „Feminismus“-Artikel, sie habe an der laufenden Debatte anknüpfen müssen, einfach für albern! Die „Hauptfront“ der ideologischen Auseinandersetzung liegt m.E. an der „offenen Flan-

munistischen Organisation.

Die „Stellvertreterrolle im demokratischen Kampf“

Die ZL bescheinigt mir „ahistorische Ignoranz“, wegen meiner Darstellung, daß die „kommunistische Bewegung“ der Nach-APO-Zeit häufig in „Stellvertretung“ für eine zu gering entwickelte demokratische Bewegung gehandelt habe. „Total ungereimt“ sei auch meine Behauptung, „kommunistische Bewegung“ und demokratische Bewegung seien in dieser Zeit „mehr oder weniger identisch“ gewesen (AK 165, S.54, Sp.3, Abs.4). Sie könne „nur noch den Kopf schütteln“ wo es doch — schon „mit flüchtigem Blick“ erkennbar — „den jahrelangen Massenkampf um die Verbesserung des Schulsystems, die Anti-Barzel-Kampagne (gegen das „Mißtrauensvotum“), die breite Kampagne gegen den §218, die Kampagne gegen die Berufsverbote und und und ...“ gegeben habe (Zitate aus dem Abschnitt „Führungs-krise“). Immerhin schreibt aber auch die kopfschüttelnde ZL von einer „katastrophalen Schwäche“ des „demokratischen Sektors“; es gebe „kaum Kontinuität demokratischer Entwicklungen und daher auch nur eine sehr schwache „demokratische Tradition“. Daher habe sich „ab und dann eine aktuelle und punktuelle Situation (wie präzise! — Anm. F.)

Fortsetzung von Seite 58

auf der Jagd nach „schärferen Konturen“, fiel in diesem Fall durch totale Enthaltensamkeit auf — kein Wort war von ihr zu dieser Auseinandersetzung bis heute zu hören oder zu lesen. Inzwischen ist zweifelhaft, ob dabei wirklich nur der „Zweckbündnis-Aspekt“ der ZL gegenüber Ha. und Kl. ausschlaggebend ist, oder ob die ZL tatsächlich selbst schon in eine ähnliche Richtung tendiert wie die Göttinger Genossen. Zwei Passagen in den ZL-Artikeln der letzten Zeit lassen eine solche Interpretation zu:

1. Im AK 165, S.54 schrieb die ZL: Die „Faschisierungspolitik“ sei „nur ein, wenn auch wichtiger Aspekt“ der „politisch-ideologischen Propaganda-Offensive der westdeutschen Bourgeoisie“ (Sp.4, letzter Absatz). Wir waren bisher wohl eher geneigt, umgekehrt zu formulieren, also die „Propaganda-Offensive“ als Teil der Faschisierung zu sehen. Hier wäre aber die Annahme möglich, daß die Verfasser von der ZL sich nur sehr „unglücklich“ ausgedrückt haben und vielleicht sagen wollten: Die „Propaganda-Offensive“ umfasse mehr als nur eine faschistische bzw. faschisierende Komponente, z.B. auch eine integrationistische?

2. In ihren „Überlegungen zur Krise“ schrieb die ZL: „Als Kern des gegen uns wirkenden Drucks schätzen wir nicht die Faschisierungs-Politik der westdeutschen Bourgeoisie, also die konkrete Repressionspolitik (mit der Verdinglichung und Einschüchterung als Ergebnis) ein, sondern den umfassenden ideologischen Angriff der Bourgeoisie und aller ihrer Agenturen auf die Idee des Leninismus und Maoismus („K-Gruppen“-Hetze)“ (AK 166, S.55, Sp.3, Abs.3). Soweit die ZL überhaupt noch an unserer „Faschisierungsthese“ festhalten will (das eben ist ja die Frage), ist ihr auch hier eine „sehr unglückliche“ Formulierung unterlaufen: Sie setzt die „Faschisierungs-Politik“ einfach gleich mit „konkreter Repressionspolitik“ und setzt den „ideologischen Angriff“ in Gegensatz dazu — im Widerspruch übrigens zu AK 165, wo sie die Faschisierungs-Politik als einen Aspekt der „ideologischen Offensive“ definierte. Hier müßte sich die ZL einmal entscheiden, was sie nun eigentlich meint. Abgesehen davon macht die ZL einen weiteren Fehler, indem sie schematisch („entweder-oder“) die Frage stellt, ob denn nun konkrete Repression oder ideologische Offensive den „Kern“ des Drucks gegen uns darstellt. Die Wahrheit ist, daß beides in dialektischem Zusammenhang miteinander wirkt. Nebenbei gesagt wird die These der ZL vom Angriff der Bourgeoisie nicht ist, daß beides in dialektischem Zusammenhang miteinander wirkt. Nebenbei gesagt wird die These der ZL vom Angriff der Bourgeoisie („und ihrer Agenturen“) auf die „Idee“ des Marxismus-Leninismus auch durch Wiederholungen nicht richtiger. Die „Idee“ des Marxismus-Leninismus ist in den letzten Jahren kaum Gegenstand von Angriffen gewesen, speziell die „K-Gruppen-Hetze“ richtet sich kaum gegen die „Idee“ des Marxismus-Leninismus, sondern nur gegen bestimmte Elemente, die keineswegs ein marxistisch-leninistisches Privileg sind, wie z.B. unsere Haltung zur „Gewaltfrage“. Auch die reformistische „K-Gruppen“-Diffamierung im Sinne von „Wir war'n die stärkste der Partei'n“ hat kaum und höchstens indirekt die „Idee“ des Marxismus-Leninismus angegriffen. Vielmehr hat sie durch demagogische Kritik am „real existierenden“ „K-Gruppen“-Spektrum indirekt auch den Gedanken einer generellen Untauglichkeit des Marxismus-Leninismus zu suggerieren versucht. Einen wirklichen Angriff auf die „Idee“ des Marxismus-Leninismus erleben wir erst seit ein paar Monaten (Thesen Bahros, Ökologismus statt Marxismus etc.), und es wäre sicher „verkürzt“, diesen Angriff einfach der Bourgeoisie oder auch nur „ihren Agenturen“ zuzuschreiben.

In den neuen Auffassungen der ZL wird eine Tendenz erkennbar, die Faschisierung nicht mehr zum Bestandteil der gesellschaftlichen Analyse zu machen (wie in den „Überlegungen zur Krise“ bereits geschehen), sondern die Faschisierung eventuell auf die „konkrete Repression“ zu reduzieren und ihren ideologischen Aspekt abzutrennen, verschiedene Arten von ideologischem Druck (reaktionäre, integrationistische, reformistische u.a.) unter dem Oberbegriff „ideologische Offensive der Bourgeoisie“ zusammenzuwerfen, den ideologischen Aspekt einseitig überzubetonen gegenüber der „konkreten Repression“...

Revisionismus — keine Gefahr?

Die ZL zeigt sich „verblüfft“ über meine „These“: „Mit der revisionistischen Entwicklung in der VR China, Kuba, Vietnam sind die spontanen Hoffnungen auf eine gültige und schnelle Alternative zur imperialistischen Krisenpolitik als übertragbares Rezept gescheitert; der Revisionismus verschiedenster Couleur (von DKP bis „KPD“) gewinnt an Boden“ (AK 162). In der ZL-Polemik wird so getan, als hätte ich damit nur gesagt, DKP und „KPD“ gewönnen an Boden. Es sei „blanker Unfug ... freie Erfindung, daß sich DKP und „KPD“ zu Lasten des KB mästen würden“ (AK 165, S.55, Sp.1, Abs.2). Dagegen bringt die ZL vier Argumente: erstens seien die „jüngsten Wahlergebnisse“ für die DKP keine „berauschende(n) Bodengewinne“ (AK 165, S.53, Sp.3, Abs.1); zweitens habe die „KPD“ „trotz aller geschickten Bündnisanstrengungen“ ihre „Massenorganisationen“ z.T. auflösen müssen, ein bloß vierzehntägiges Erscheinen der „Roten Fahne“ erwägen müssen (ebenda); drittens ergebe es der DKP und „KPD“ ähnlich wie uns: „Der Einfluß beider nimmt eher ab als daß er stagniert“ — wobei es „spezielle Ausnahmen, wie etwa im Antifa-Sektor“ gebe. Als „Beweis“ folgt die Behauptung: „Das läßt sich leicht belegen“ (AK 165, S.55, Sp.1, Abs.2); viertens soll es „nebenbei ... nicht allzu logisch“ sein, wenn die gescheiterten Hoffnungen auf die VR China oder Kuba „gerade in eine Zuwendung zu DKP und „KPD“ gemündet wären, also zu Bodengewinnen in der Massenbewegung für die bisherigen Bruderparteien der dort herrschenden Revisionisten umgeschlagen wären“ (ebenda, Abs.2). — Auch hier wieder die völlig unsinnige Einengung des Revisionismus auf DKP und „KPD“. Aber selbst in diesem Rahmen ist die Argumentation der ZL nicht haltbar: Selbstverständlich mißt sich der politische Einfluß einer Partei, erst recht einer wie der DKP, nicht allein (und in diesem Fall nicht einmal in erster Linie!) an ihren Wahlergebnissen — wie die ZL unterstellt. Die DKP hat bei früheren Wahlen von ihrer Rolle als Protestpartei links von der SPD profitiert — sie bekam auch Stimmen von Leuten, die ansonsten mit der DKP nichts am Hut haben. Nach Auftauchen der Grünen und Buntten als wählbare und attraktive Alternative hat die DKP ca. 50% ihrer Stimmen an diese Gruppierungen verloren. Der Stimmenverlust der DKP sagt jedoch wenig über reale Veränderungen des politischen Einflusses der DKP aus, den diese vor allem in der pazifistischen Bewegung und in den Gewerkschaften hat.

Ganz im Gegensatz zu ZL-Beobachtungen (?) scheint die DKP die allgemeine Krise der Linken in der BRD besser zu überstehen als der KB, zumindest gegenwärtig. Den Orientierungsschwierigkeiten der „kommunistischen Bewegung“ setzt sie ein gewisses Beharrungsvermögen entgegen. Dementsprechend tritt die DKP als organisierende Kraft im linkssozialdemokratischen und revisionistischen Bündnisspektrum nach wie vor mit großem Einfluß auf. Das gilt für die DKP-Dauerbrenner wie Berufsverbote, das gilt auch immer noch für die „Friedensbewegung“, die unter dem dominierenden Einfluß des „Entspannungs“-Schwindels steht. Hier kämpft die „Neue Linke“, speziell der KB, mit der Parole „Für eine wirkliche Abrüstung“ tatsächlich um ersten zaghaften Einfluß.

Darüber hinaus ist zu beobachten, daß die DKP Anpassungen an die neuen Massenbewegungen vornimmt. So die neuerliche Öffnung gegenüber der Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung, wo die DKP im Rahmen des BBU auch praktischen Einfluß ausübt. Ähnliches vollzieht sich gegenüber der Frauenbewegung, wo die DKP vor allem die Bewegung „Frauen zum Bund — Nein danke“ zu dominieren versucht.

Wenn die ZL allerdings als „Ausnahme der allgemeinen „Stagnation“ der DKP gerade den „Antifa-Sektor“ nennt, so ist das eher ein Witz, der wohl der Unkenntnis der ZL in dieser Frage „geschuldet“ ist: Gerade der Antifa-Sektor ist der Bereich, in dem die DKP (vor allem in Gestalt der VVN) gegenwärtig zu nehmen durch die neue Antifa-Bewegung, nicht zuletzt durch den KB, in Schwierigkeiten kommt und Boden verliert!

Nicht besser sieht es für die ZL-Argumente bezüglich der „KPD“ aus. Richtig ist, daß die „KPD“ wie der KB in der Krise steckt. Richtig ist auch, daß die „KPD“ in diesem Zusammenhang einige „Massenorganisationen“ auflöste und Mitglieder verlor, daß sie derzeit sogar am Rande der Auflösung steht. Nicht richtig ist jedoch, daß sie „trotz geschickter Bündnisbemühungen auf dem Zahnfleisch geht“. Die „KPD“ hat in ihrer Krisen-Diskussion eine umfassende Revision bis dahin (wenigstens verbal)

geltender Grundsätze „marxistisch-leninistischer“ Politik eingeleitet (Parteiaufbau, Orientierung an Betriebsarbeit u.a.m.) und propagiert die Umwandlung der „KPD“ in ein „ideologisches Zentrum“. Dessen Aufgabe soll vor allem die Propagierung des „antihegemonistischen Kampfes“ sein. Rund um das „ideologische Zentrum“ hat sich die „KPD“ inzwischen kultur-kritische Organe geschaffen, wie die „Berliner Hefte“, wie „Spuren“ (nicht zu vergessen das neue Verlagsprogramm von „Oberbaum“), die eine relativ gute Verbreitung finden.

Eine Weiterentwicklung des revisionistischen Kurses kündigte sich in der „Roten Fahne“ kürzlich unter der Überschrift „Theorie im Umbruch — Umbruch der Theorie“ („RF“, 44/79) an. Dieser Artikel gibt den Stand der Diskussion wieder, wie er vorher z.B. von den „Berliner Heften“ vorgetragen wurde (Abkehr vom Marxismus). Die „KPD“ betreibt auf dieser Linie in zunehmendem Maße eine zwar opportunistische, aber durchaus nicht erfolglose Vereinigungspolitik mit Vertretern der linken Sozialdemokratie und neuer revisionistischer Strömungen von Dutschke bis Bahro. Mit „nationaler Frage“ und Stoßrichtung gegen die Sowjetunion werden heute von der „KPD“ gewiß mehr Partner angesprochen als z.B. noch vor zwei Jahren.

Die ZL kann wohl nur deswegen so blind gegenüber diesem Prozeß sein, weil sie inzwischen selbst zu einem ähnlichen prinzipienlosen Opportunismus in der Wahlpolitik übergehen zu wollen scheint. Zudem läßt sich die gegenwärtig blühende Entwicklung revisionistischer Strömungen selbstverständlich nicht auf DKP oder „KPD“ begrenzen, sie vollzieht sich in erster Linie außerhalb bestehender Organisationen. Es bilden sich neben den „orthodoxen“ revisionistischen Strömungen gegenwärtig neue heraus, die auch mit linkssozialdemokratischen und ökologischen zusammenfließen. Zum einen sei verwiesen auf die Entwicklung des „Euro-Kommunismus“. Wesentlicher allerdings sind die neo-revisionistischen Kräfte so unterschiedlicher Herkunft wie Bahro, Dutschke, Teile der „KPD“, Teile des SB u.a.m. Unter dem Schlagwort der „Krise des Marxismus“ verbindet sich dieser revisionistische Reflex auf den weltweiten Rückschlag des revolutionären Lagers mit der Wiederentdeckung der „nationalen Frage“ als „Lebensfrage“, mit Parolen wie „Ökologie vor Ökonomie“ usw. zu einem ideologischen Kunterbunt, das eine starke Anziehungskraft auf die sich zersetzende Linke ausübt.

Es ist außerdem eine Binsenweisheit, daß in Zeiten der Krise des revolutionären Marxismus-Leninismus alle Spielarten des Revisionismus auch in revolutionären Organisationen und Bewegungen „Boden gewinnen“, insbesondere in solch ungefestigten wie der bisherigen „kommunistischen Bewegung“ und ihrem radikal-demokratischen Umfeld. Die Position der ZL zur Frage des Revisionismus ist eine gefährliche Verharmlosung dieser Tatsache.

Abschließend erscheint es mir angebracht, gerade die ZL noch einmal daran zu erinnern, daß auch Teile des KB in diesen Strömungen des Sozialdemokratismus und Revisionismus abzutreiben beginnen bzw. bereits abgetrieben sind. Auf diese Gefahr habe ich bereits in meinen „Thesen“ aufmerksam gemacht. Umso dümmere ist die Unterstellung der ZL, ich wolle das Vordringen bürgerlicher Ideologie in unseren Reihen als Bereicherung „abfeiern“ (AK 165, S.54, Sp.1, Abs.5). Konkret wären im KB als wichtigste Stationen zu nennen: die „Struktur“-Diskussion am Anfang der Krise, in deren Verlauf Vorschläge auftauchten, den KB in die Bunte Liste aufzulösen; die „Struktur“-Kritiken aus Westberlin sowie auch der Hannoveraner „Wellenlängen“-Gruppe, die auf Erledigung des demokratischen Zentralismus als Prinzip revolutionärer Organisation abzielten; das Auftreten der „Kritik-Fraktion“, die den Marxismus-Leninismus grundsätzlich „in Frage stellt“ und inzwischen zur Grünen Partei übergelaufen ist.

Die Verharmlosung der Bodengewinne des Revisionismus seitens der ZL, verbunden mit der arroganten Illusion, sie hätten bereits alle Antworten auf die brennenden Fragen der Bewegung fix und fertig in der Tasche, laufen auf eine theoretische und ideologische Entwaffnung unserer Organisation hinaus, führen letztlich zur Kapitulation vor dem drohenden sozialdemokratischen und revisionistischen Roll-Back.

F., Antifa-Kommission 18.11.79

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22 DM

ISBN: 3-88305-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlusspraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaftern für linke Gewerkschaftspolitik.



Bisher erschienen:

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1
Revisionismus-Kritik
50 Seiten A 4 DM 4,—
September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2
Zur Kritik
des „realen Sozialismus“
94 Seiten A 4 DM 7,50
Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

UNSER WEG Nr. 3
Zur Kritik
des „Eurokommunismus“
38 Seiten A 4 DM 3,—
Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents verlag

LIEFERUNG NUR GEGEN VORAUSKASSE!

Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers.

Pauschal und bei Einzelbestellungen 40 Pfg. mit zu überweisen auf unser Konto.

Dresdner Bank Hamburg — BLZ 200 800 00 — Kto. 451 83 78

oder

Postcheckamt Hamburg — BLZ 200 100 20 — Kto. 2405 95 203

j. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den.....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen



Harrisburg war nur der Anfang

Als am 1.4.79 US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors besuchte und anschließend behauptete, daß die Techniker alles im Griff hätten, wußte er da, daß ein längerer Aufenthalt als 10 Min. nicht erlaubt war? - daß dieser Raum 2 Tage vorher nur mit Atemgeräten zu betreten war?

Ein reich bebildeter Band voller Fakten, einer Analyse des Unfalls, und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg... und Unfallliste westdeutscher AKW's...

ISBN 3-88305-040-7
152 S.
DM 13,80

Strauß



NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß - ein Faschist?
Die „Sonhofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u. v. a. m.

ISBN 3-88305-007-5
100 S.
DM 7,50

NAZIM HIKMET

AN DER GRENZE

ROMAN

ÜB. VON

WOLFGANG ILLING

MIT EINEM

VORWORT VON

NAZIM HIKMET

ÜB. VON

WOLFGANG ILLING

MIT EINEM

VORWORT VON

NAZIM HIKMET

ÜB. VON

WOLFGANG ILLING

MIT EINEM

VORWORT VON

NAZIM HIKMET

ÜB. VON

WOLFGANG ILLING

MIT EINEM

VORWORT VON

NAZIM HIKMET

ÜB. VON

WOLFGANG ILLING

MIT EINEM

VORWORT VON

NAZIM HIKMET

ÜB. VON

WOLFGANG ILLING

MIT EINEM

VORWORT VON

NAZIM HIKMET

ÜB. VON

WOLFGANG ILLING

MIT EINEM

VORWORT VON

NAZIM HIKMET

ÜB. VON

WOLFGANG ILLING

MIT EINEM

VORWORT VON

NAZIM HIKMET

Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902-1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der verschiedenen Menschen.

Bisher erschienen Band 1 und Band 2
Band 3 in Vorbereitung

Erstes Buch
120 Seiten
Vorwort p.p. zahl
ISBN 3-88305-012-0

DM 14

Zweites Buch
184 Seiten
Vorwort Abidin Dino
ISBN 3-88305-022-9

DM 15

120 Seiten
Vorwort p.p. zahl
ISBN 3-88305-012-0

DM 14

184 Seiten
Vorwort Abidin Dino
ISBN 3-88305-022-9

DM 15

Aus dem Inhalt:

mit über 30 Interviews mit bedeutenden Persönlichkeiten und Politikern der Opposition - in 12 von 30 Interviews mit Frauen und Frauenorganisationen wird ihr Kampf um ein demokratisches Iran und ihre Gleichberechtigung geschildert - mit bisher teilweise erstmals in der BRD veröffentlichten Foto-Dokumenten

344 S.
DM 17,-

j. reents - verlag, lerchenstr.75, 2000 Hamburg 50

Abs.

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll
halbjährlich - DM 27,50
jährlich - DM 55,-

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents,
Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020
Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

mietkampf

GREIF ZU

Hausbesetzungen in verschiedenen Städten

Mainz: Aus Protest gegen die fortschreitende Wohnraumzerstörung wurde am 30.11. ein Haus in der Mainzer Altstadt besetzt. Die etwa 30 Studenten wollen damit auch auf ihre einge katastrophale Wohnsituation aufmerksam machen. Das besetzte Haus steht unter Denkmalschutz und ist im Besitz des Landes. Trotzdem soll es zusammen mit einem ebenfalls unter Denkmalschutz stehendem Nachbarhaus einer Polizeidienststelle Platz machen. Die Besetzer fordern die Stadt auf, die Wohnraumzerstörung durch eine Veränderungssperre zu stoppen. Die Besetzer haben ihre Aktion auf drei Tage begrenzt. Bei Kerzenschmieren und Gitarrenmusik herrschte gute Stimmung. Große Transparente an der Fassade machten auf die Situation aufmerksam. Hintergrund dieser Aktion ist der Wohnraummangel in Mainz: Nur 7% der Studenten haben einen Wohnheimplatz, 3000 Familien oder Alleinstehende sind beim Wohnungsamt gemeldet!

Angriff auf Sozialwohnungen

Am 30.11. verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der SPD/FDP das Wohnungsbauänderungsgesetz, das einen weiteren Schritt in Richtung „Liberalisierung des Wohnungsmarktes“ darstellt.

Die Miethöhenbeschränkung und die Vermietung nur an Sozialmieter entfällt demnach, wenn Hausbesitzer die öffentlichen Mittel für die Sozialwohnungen vorzeitig zurückzahlen. Die Bindungen entfallen dabei sofort, wenn die Wohnung leer steht oder „fehlbelegt“ ist, d.h. wenn das Einkommen des Mieters über 40% über den für Sozialwohnungen festgelegten Höchstgrenzen liegt. Der Vermieter kann dann sofort die „ortsübliche“ Miete verlangen. Wird die Wohnung als Eigentumswohnung verkauft, kann der Käufer bei Eigenbedarf sofort kündigen.

Nur wenn der Mieter berechtigt ist, eine Sozialwohnung zu mieten, hat er zehn Jahre Kündigungsschutz und bei Verkauf der Wohnung ein Vorkaufsrecht für sechs Monate. Kauft ein Dritter die Wohnung, bleibt die zehnjährige Kündigungsfrist bestehen, auch wenn Eigenbedarf angemeldet wird. Zieht der Mieter jedoch aus, ist die Wohnung auf jeden Fall „frei“ und alle Bindungen des sozialen Wohnungsbaus entfallen.

Das Gesetz sieht vor, daß diese Regelungen nur dort in Kraft treten, wo „kein erhöhter Bedarf an Sozialwohnungen“ besteht - was von den Landesregierungen entschieden wird. Die CDU/CSU hatte gefordert, daß diese Einschränkung nicht ins Gesetz aufgenommen wird und daß die Schonfrist für Mieter statt zehn nur drei Jahre betragen soll. So verweigerte sie ihm die Zustimmung, bezeichnete jedoch das Gesetz als „Schritt in die richtige Richtung“.

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate wurden die Althypotheken teurer. Betroffen hiervon sind insbesondere auch Sozialwohnungen, die mit variablen Hypothekenzinsen finanziert wurden. Die Mieter müssen mit hohen Mieterhöhungen rechnen. Nach Berechnungen der Neuen Heimat kann ein einziges Prozent mehr Zins zu einer Mieterhöhung von einer Mark pro Quadratmeter führen. Das Wohnungsbündelgesetz und die Neubaumietenverordnung erlaubt dabei Mietern unter Einhaltung von bestimmten Fristen die Mieten auch rückwirkend zu erhöhen („FR“, 23.11.79).

Den Verkauf von Sozialwohnungen die Finanzbehörden von Bund und Ländern steuerlich erleichtert. Gewinne aus dem Verkauf von Sozialwohnungen, die in Eigentums-

wohnungen umgewandelt werden, können steuerfrei auf Neuinvestitionen übertragen werden, wenn die Gebäude mindestens sechs Jahre zum betrieblichen Anlagevermögen des Verkäufers gehört haben („FR“, 24.11.).

Ausverkauf von Arbeitersiedlungen?

Die Bergbaugesellschaften im Ruhrgebiet wollen in den nächsten Jahren 50.000 Wohnungen verkaufen. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitersiedlungsinitiativen bezeichnete das als Auftakt einer Vertreibung des Großteils der Mieter und verlangte einen Verkaufstopp. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die neuen Besitzer zum Teil die dreifache Miete verlangen.

Goldgräbermentalität

macht sich auf dem Wohnungssektor breit, erklärte der neue Mietervereinspräsident Jahn, ohne Rücksicht auf die Mieter würden die Wohnungspreise unablässig heraufgesetzt.

Durch Verdrängungsmodernisierung, Mangel an Mietwohnungen besonders in Ballungsgebieten und die Spekulation mit Altbauten sei der Markt für Mietwohnungen praktisch zusammengebrochen. Mindestens 500.000 Wohnungen fehlen in der BRD. Mieterbund und DGB forderten eine erhebliche Beschleunigung des Baus von Sozialwohnungen und die Ausweitung des Sozialen Wohnungsbaus („Die Neue“, 30.11.). Der Mieterbund bezweifelt jedoch die politische Bereitschaft der Verantwortlichen hierzu, da die Finanzen für verstärkte Ausgaben nicht zur Verfügung gestellt werden.

Menschenhändler

2,2 Millionen DM in knapp zwei

Menschenhändler

2,2 Millionen DM in knapp zwei Jahren verdiente ein Hamburger Menschenhändler durch die Vermietung von illegal eingeschleusten ausländischen Kollegen.

Die Firma Kolobau, die insbesondere Türken und Jugoslawen auf Baustellen für 30 DM pro Stunde vermietete, zahlte den Arbeitern lediglich 7 DM und führe keinerlei Rentenversicherungs-, Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge ab, ebenso keine Lohnsteuern („Die Neue“, 14.11.79). Als die Firma aufflog, floh der Besitzer, sein Prokurist wurde festgenommen.

Wohnungskommission

Wohnungskommission

